

Das Umsetzungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte
im Internet

Von der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der
Universität Duisburg-Essen

zur Erlangung des akademischen Grades

Dr. rer. pol.

genehmigte Dissertation

von

Goertz, David

aus

Geilenkirchen

1. Gutachter: Prof. Dr. Korte, Karl-Rudolf
2. Gutachter: Prof. Dr. Mambrey, Peter

Tag der Disputation: 4. Februar 2015

1.	Einleitung	3
1.1	Forschungsleitende Fragestellungen	10
1.2	Relevanz des Themas	12
1.3	Aufbau und Gang der Argumentation	16
1.4	Forschungsstand	19
1.4.1	Forschungsstand: deliberative Demokratie	19
1.4.2	Forschungsstand: Internet und Social Web	30
1.4.3	Zusammenfassung des Forschungsstands und Forschungslücken	38
2	Demokratiethoretische Annäherungen – liberale und republikanische Demokratiethorien	40
2.1	Konzepte demokratischer Legitimation	40
2.1.1	Der Rechtsbegriff und institutionelle Voraussetzungen in liberalen und republikanischen Konzepten	44
2.1.2	Öffentlichkeit aus liberaler und republikanischer Perspektive	47
2.2	Zwischenfazit: Defizite liberaler und republikanischer Konzepte	50
3	Demokratiethoretische Herausforderungen	52
3.1	Wachsende Komplexität	55
3.2	Grenzen der Wirksamkeit staatlicher Steuerung	57
3.3	Pluralisierung	61
3.4	Globalisierung	64
3.5	Zwischenfazit	67
4	Grundlagen deliberativer Demokratiekonzepte	68
4.1	Kerngedanken deliberativer Demokratiekonzepte	70
4.2	Leistungen deliberativer Demokratiekonzepte	78
4.3	Kritiker und Defizite deliberativer Demokratiekonzepte	84
4.3.1	Deliberation als utopische Irrelevanz	84
4.3.2	Interne Defizite deliberativer Verfahren	87
4.4	Zwischenfazit: Grundlagen, Leistungen und Defizite	97
5	Vom World Wide Web zum Social Web	98
5.1	Die Entwicklung des Internets: vom vernetzten Rechner zur vernetzten Kommunikation	99
5.2	Merkmale, Praktiken und Folgen des Social Web	105
5.3	Der Begriff des Social Web	109
6	Interaktivität und Partizipation in deliberativen Demokratiekonzepten und dem Internet	113
6.1	Computervermittelte Kommunikation und Netzöffentlichkeit als Mehrebenenphänomen	114
6.2	Interaktivität und Partizipation in der computervermittelten Kommunikation und Netzöffentlichkeit	118
6.3	Interaktivität	120
6.3.1	Der soziologische Interaktionsbegriff	121
6.3.2	Definitionen von Interaktivität	124
6.3.3	Zwischenfazit: Interaktivität in der computervermittelten Kommunikation	130
6.4	Partizipation	132
6.4.1	Deliberative Demokratiekonzepte und Partizipation	136
6.4.2	Elektronische Partizipation	138
7	Computervermittelte Kommunikation und deliberative Demokratiekonzepte	140
7.1	Die Habermas'sche Theorie des kommunikativen Handelns	145
7.2	Das Rahmenkonzept Goffmans	151
7.3	Das Computerrahmenmodell von Höflich	154
7.4	Theorien computervermittelter Kommunikation	158
7.4.1	Computervermittelte Kommunikation als defizitäre Kommunikationsform	160

7.4.2	Kompensatorische Modelle computervermittelter Kommunikation	164
7.4.2.1	Das SIDE-Modell	165
7.4.2.2	Das Filtermodell	166
7.4.2.3	Die Social Information Processing Perspective	167
7.4.2.4	Der Common-Ground-Ansatz	169
7.4.2.5	Bewertung der kompensatorischen Modelle	172
7.5	Zwischenfazit: deliberative Demokratiekonzepte und computervermittelte Kommunikation	173
8	Öffentlichkeit unter den Bedingungen einer traditionellen Medienstruktur	179
8.1	Das Habermas'sche Modell von Öffentlichkeit	183
8.2	Die Strukturebene der Öffentlichkeit – das Arenenmodell	189
8.2.1	Formen der Öffentlichkeit	191
8.2.2	Leistungen und Defizite der massenmedialen Öffentlichkeit auf der Strukturebene	195
8.3	Die Akteursebene der Öffentlichkeit	197
8.3.1	Gatekeeper und Nachrichtenfaktoren	201
8.3.2	Leistungen und Defizite der massenmedialen Öffentlichkeit auf der Akteursebene	204
8.4	Zwischenfazit – Defizite der massenmedialen Öffentlichkeit	205
9	Grundlagen, Ambivalenzen und Leistungen der Netzöffentlichkeit	207
9.1	Grundlagen der Netzöffentlichkeit	209
9.2	Ambivalenzen der Netzöffentlichkeit	213
9.2.1	Vielfalt oder Fragmentierung?	215
9.2.2	Partizipationsungleichheiten im Internet	229
9.2.3	Die Diffusionstheorie	230
9.2.4	Die Wissensklufthypothese	234
9.2.5	Formen der digitalen Spaltung	237
9.2.6	Die empirische Dimension der digitalen Spaltung auf der Zugangs-, Nutzungs- und Wirkungsebene	240
9.2.7	Zwischenfazit	245
9.3	Leistungen der Netzöffentlichkeit – professionelle und partizipative Angebote	248
9.3.1	Professionell-redaktionelle Formate	250
9.3.2	Partizipative Angebote	253
9.3.3	Zwischenfazit: Vielfalt und Synthetisierung in professionellen und partizipativen Formaten	259
10	Zusammenfassung und abschließende Diskussion	262
10.1	Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse	264
10.2	Abschließende Bewertung	278
	Literaturverzeichnis	285

1. Einleitung

Moderne Repräsentativdemokratien sind ein noch junges Phänomen. Erst nach den Unabhängigkeitskämpfen der englischen Kolonien in Nordamerika und der Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts wurden sie realpolitisch gestärkt und nach dem Scheitern ihrer direktdemokratischen antiken Vorläufer rehabilitiert. In den 2500 Jahren seit ihrem Ursprung im antiken Athen durchliefen sie verschiedene praktische institutionelle Implementierungsmodelle in unterschiedlichen Kulturen und zahllosen Gesellschaften. Ebenso wurden zahlreiche politiktheoretische Entwürfe zur Verwirklichung demokratischer Vorstellungen vorgelegt (Vorländer 2010). Die Verwirklichung von spezifischen demokratischen Konzepten hängt eng mit einer Reihe von Kontextfaktoren zusammen, unter denen sie realisiert werden oder realisiert werden sollen und welche den Suchprozess beeinflussen. Sie bilden das Umfeld, in dem sich demokratische Arrangements bewähren und weiterentwickeln müssen. Die vorliegende Abhandlung soll an der dem Suchprozess eigenen Offenheit und Unabgeschlossenheit des demokratischen Prozesses ansetzen. Welche Verwirklichungspotenziale haben neue und innovative Formen demokratischer Entscheidungsfindung, wenn es zu einem Wandel der Kommunikationsprozesse und der Struktur der Öffentlichkeit kommt, die politischen Entscheidungen und Argumenten zugrunde liegen?

Kommunikationsprozesse sind, wie eine funktionierende Öffentlichkeit, konstituierende Faktoren von funktionierenden Demokratien. Was immer Gesellschaft ist, als was immer sie bezeichnet wird, als Weltgesellschaft, Risikogesellschaft, Wissensgesellschaft, Mediengesellschaft oder Erlebnisgesellschaft, Gesellschaft ist immer „Kommunikationsgesellschaft“ (Münch 1995). Eine Gesellschaft ohne Kommunikation ist nicht vorstellbar. Ebenso ist kein politisches System ohne kommunikativen Austausch denkbar. Die Diskussion von Problemen sowie die Durchsetzung und Verkündung von Entscheidungen erfordern zwangsläufig ein mehr oder weniger großes Maß an Kommunikation.

Öffentlichkeit ist auf die Mobilisierung und Nutzung von Kommunikation angewiesen. Zugleich bedarf die verantwortungsvolle Ausübung der Bürgerrolle Informationen, ansonsten äußern sich nur private Interessen und Vorurteile, fundiertes politisches Urteilen ist unmöglich. Durch den Austausch von Informationen und Argumenten kann ein gesellschaftlicher Überlegungsprozess in Gang gesetzt werden, um dadurch zu einer Übereinkunft über den einzuschlagenden Weg zu gelangen. Versteht man Demokratie als spezifische Form der Kommunikation, ist die Vermutung naheliegend, dass Veränderungen von Kommunikationsbedingungen und den Strukturen der Öffentlichkeit, unter denen eine

„diskursive Meinungs- und Willensbildung eines Publikums von Staatsbürgern zustande kommen kann“ (Habermas 1990, S. 38), Konsequenzen für das Verständnis von Demokratie haben.

Das Verhältnis von Kommunikation und Gesellschaft lässt einen fundamentalen Zusammenhang von Kommunikationsmedien und Form und Theorie von Demokratie erwarten. Unterschiedliche Medien transportieren nicht einfach dieselbe Botschaft in anderer Form oder Geschwindigkeit, sondern beeinflussen „das gesamte Kommunikations- und Interaktionsverhalten“ (Döring 2003, S. 131). Trotzdem werden die dem Demokratiemodell zugrunde liegenden Informations- und Kommunikationsmedien auf Basis der bestehenden Technologien als a priori gegebene Restriktionen vorausgesetzt. Wie die aktuelle Öffentlichkeit ausgestaltet ist und welche Vorstellungen die Menschen über Öffentlichkeit haben, hängt von technischen Voraussetzungen ab. Wie auch immer diese technischen Voraussetzungen in Form von Medien ausgestaltet sind, ohne Medien ist keine Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften vorstellbar (Münker 2009, S. 29). Der Zusammenhang zwischen dem Wandel von Kommunikationsstrukturen einer Gesellschaft und der Art und Weise, wie über Demokratie nachgedacht wird und sich politische Entscheidungsprozesse gestalten, wird indes zögerlich rezipiert (McLuhan 1969; Gebhardt 2008, S. 14 f.; Vorländer 2010, S. 51 ff.).¹

Beispielhaft für solche Restriktionen ist die Auffassung Aristoteles', dass das Einflussgebiet einer demokratischen Polis eine gewisse Größe nicht überschreiten dürfe, da sonst die Stimme des Herolds die Bürger nicht mehr erreichen könne (Meier 1993, S. 399). Durch kommunikationstechnologische Entwicklungen wurde diese Beschränkung obsolet. Ebenso obsolet wurde die ursprüngliche Vorschrift in der Verfassung der USA, dass zwischen den Wahlen in den Electoral Colleges in den einzelnen Bundesstaaten und der nationalen Präsidentenkür, angesichts der beschränkten Verkehrsmöglichkeiten, mehrere Wochen zu liegen haben (Scheuch 2003, S. 21). Unstrittig ist heute, dass der politische Diskurs, die politische Willensbildung und die Struktur von Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert durch Radio und Fernsehen ebenso nachhaltig verändert wurden wie durch das Aufkommen neuer Verkehrsmöglichkeiten im 19. Jahrhundert (Jarren und Bonfadelli 2001). Verändern sich die Rahmenbedingungen, worunter auch, aber nicht ausschließlich, der kommunikationstechnologische Fortschritt fällt, kann sich die Form demokratischer Entscheidungsfindung wandeln.

Neue Technologien tun dies, „indem sie bestimmte Arten, den Intellekt einzusetzen,

¹ Der kanadische Historiker Innis hat sich mit der Frage, wie Medien Kulturen prägen und zur Ausprägung politischer Strukturen beitragen, schon in den 1950er Jahren intensiv beschäftigt. Für Innis prägen die verwendeten dominierenden Kommunikationsmedien die politischen Strukturen einer Gesellschaft entscheidend mit (Innis 2007).

ermutigen, bestimmte Definitionen von Intelligenz begünstigen und eine bestimmte Art von Inhalten verlangen“ (Postman 1999, S. 65). Sie erzeugen ungeklärte Zuständigkeiten und eröffnen ein Durcheinander von neuen Möglichkeiten und Potenzialen, um die aufgrund ihrer Unbestimmtheit und ihrer vermuteten Bedeutung für die Verfasstheit demokratischer Strukturen gestritten wird (Bunz 2009, S. 116). Je umfassender eine technische Innovation ist, desto ungewisser sind dabei ihre Auswirkungen auf bestehende Institutionen und Normen sowie ihre Akzeptanz bei Nutzern und Bürgern (Rammert 2007, S. 25). Da Erfahrungen mit Innovationen fehlen, ist zu Beginn der Entwicklung einer neuen Technologie der Raum für Spekulationen besonders groß, in denen sich qua ihrer Unbestimmtheit übersteigerte Hoffnungen, Utopien und Skepsis widerspiegeln.²

Ein wesentlicher Irrtum des Diskurses um das in der Genese befindliche Internet in den 1990er Jahren bestand darin zu glauben, dass die Defizite im Bereich der massenmedialen Öffentlichkeit ein Problem darstellten, das sich alleine mit einem geeigneten technischen Werkzeug lösen ließe (Roesler 1997, S. 191 f.). Wie alle Technologien sind Kommunikationstechnologien aber eingebettet in soziale Systeme. Menschen entwickeln Technologien und die Nutzer dieser Technologien geben ihnen eine bestimmte Gestalt. Das Potenzial der Ideen und die Möglichkeiten der Akteure werden von der zur Verfügung stehenden Technologie mit konditioniert, nicht aber determiniert (Fuchs 2008, S. 340; Mambrey und Jeners 2010, S. 1 f.). Im Laufe eines Appropriationsprozesses werden technische Artefakte durch Nutzung und Aneignung in der Praxis durch die Anwender konstruiert und modifiziert. Das Internet und seine Anwendungen sind ein elastisches, unterspezifiziertes und daher gestaltungsoffenes Medium. Es ist prädestiniert widersprüchliche Tendenzen aufzunehmen und durch seine Nutzer modifiziert zu werden (Castells 2005, S. 14).

Der Diskurs über die Auswirkungen des Internets auf die politischen Strukturen demokratischer Gesellschaften fiel zusammen mit der Beobachtung eines Spannungsverhältnisses von Triumph und Krise der Demokratie, der auch in der politikwissenschaftlichen Theorie zu intensiven Diskussionen und neuen Theorieansätzen führte. Auf der einen Seite stieg die Zahl der demokratischen Regime weltweit in den 1980er und 1990er Jahren kontinuierlich. Demokratie als Staatsform erscheint als alternativlos (Christiano 1996; Dahl 1998). Niemand hat bislang „eine theoretisch respektwürdigere Alternative zur Begründung und Rechtfertigung des kollektivbindenden Entscheidens durch den empirischen Willen der Bürger“ erfunden (Offe 1992, S. 126). Auf der anderen Seite zeigte sich eine Motivationskrise in etablierten westlichen Demokratien (Steinbrecher;

² Ein Überblick über die Erwartungshaltungen, die seit den 1970er Jahren mit interaktiven Medien verknüpft waren, findet sich bei Schrape (2012).

Brodocz et al. 2009a; Glaab 2010).

„On the one hand, democracy is spreading over the world. Yet in the mature democracies, which the rest of the world is supposed to be copying, there is widespread disillusionment with democratic processes. In most Western countries, levels of trust in politicians have dropped over past years. Fewer people turn out to vote than used to, particularly in the US. More and more people say that they are uninterested in parliamentary politics, especially among the younger generation. Why are citizens in democratic countries apparently becoming disillusioned with democratic government, at the same time as it is spreading around the rest of the world“ (Giddens 2002, S. 71 f.).

Wie kann man unter den Bedingungen von Motivationsschwäche, unter den Herausforderungen wachsender Komplexität und damit verbundener Zeitknappheit, zunehmendem Verlangen nach Partizipation, schrumpfender Steuerungsfähigkeit des Nationalstaats und neuen technologischen Optionen Legitimität und Effizienz in demokratisch verfassten Gesellschaften herstellen?

Einer Gruppe aus freien und gleichen Bürgern, die eine kollektive Entscheidung treffen will, stehen laut Elster drei grundlegende Optionen offen: Argumentieren, Verhandeln und Abstimmen (Elster 1998a, S. 5 f.).³ Eine Konsensentscheidung ist in modernen Gesellschaften unwahrscheinlich, da ein weltanschaulicher Pluralismus existiert, der zu konträren Auffassungen auf der Ebene der Präferenzen führt (Deth 2009). Kollektiv bindende Entscheidungen haben damit Auswirkungen auf Bürger, die damit verfolgte Ziele nicht teilen oder ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt sehen. Wie können diese Mitglieder motiviert werden Entscheidungen zu unterstützen? Da in demokratischen Gesellschaften Zwangsmittel im Normalfall ausscheiden, übernimmt in demokratischen Staaten das Recht die Aufgabe, Freiheit und Gleichheit in Einklang zu bringen. Diese Aufgabe bedingt, dass sich die Adressaten des Rechts als deren Urheber verstehen können. Dies hat wiederum zur Voraussetzung, dass Entscheidungen als das Ergebnis der von Elster genannten Möglichkeiten des Argumentierens, Verhandelns und Abstimmens erkennbar sein müssen (Habermas 1992a).

Politische Entscheidungsfindungen in der Praxis enthalten häufig alle drei Möglichkeiten (Elster 1998a, S. 7). In einem typischen mehrstufigen Verfahren kann zunächst argumentiert, dann verhandelt und schließlich abgestimmt werden. Abstimmen oder Delegation für sich genommen können aber nicht sicherstellen, dass die Interessen der unterlegenen Minderheit in angemessener Weise berücksichtigt werden. Auch die Möglichkeit des Verhandelns

³ Losverfahren, wie sie in der attischen Demokratie verbreitet waren, wären ebenfalls denkbar (Buchstein 2009).

erscheint problematisch: In einem „Divide-the-Dollar“-Spiel kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitglieder über gleichwertige Ressourcen verfügen, um ihre Interessen durch den Austausch von Drohungen und Versprechen zu wahren (Sulkin und Simon 2001). Als ein zentrales Konzept demokratischer Entscheidungen kristallisiert sich somit die Argumentation heraus. Das schließt nicht aus, dass andere Entscheidungsmechanismen wie Verhandeln oder Abstimmen situationsabhängig zu präferieren sind. Voraussetzung ist aber, dass vorher öffentlich deliberiert wird, ob eine Abstimmung ein angemessenes Verfahren zum Abschluss der Entscheidung ist (Chambers 2003, S. 309). Die Qualität dieser Abstimmung kann wiederum abhängig sein von der Deliberation im Vorfeld. Deliberative Demokratie lebt somit von den Argumenten, die sich im öffentlichen Diskurs bewähren müssen.

„be defined most simply as reasoning on the merits of public policy. Deliberation is a reasoning process in which the participants seriously consider substantive information and arguments and seek to decide individually and to persuade each other as to what constitutes good public policy“ (Bessette 1994, S. 46).

Die Einführung deliberativer Demokratiekonzepte wird ambivalent beurteilt. Explizit oder implizit werden deliberative Demokratiekonzepte mit dem Vorwurf der Utopie und Naivität konfrontiert (Ryfe 2005). Neben der Standardschelte der „utopischen Irrelevanz“ (Benhabib 1995, S. 25) werfen Kritiker Vertretern deliberativer Theorien vor, dass sich zentrale Standards wie die der Inklusion, Partizipation und Interaktivität nur unzureichend in bestehenden Strukturen – besonders in einer durch traditionelle Massenmedien⁴ dominierten Öffentlichkeit – verwirklichen lassen.

Konkret werden primär drei Punkte bemängelt: Erstens hegen deliberative Demokratiekonzepte zu hohe Rationalitätserwartungen. Sie befürworten die Normen des rationalen Austausches von Argumenten und privilegieren damit bestimmte gesellschaftliche Gruppen, während diese Form der Kommunikation exkludierend auf marginalisierte Gruppen wirken kann (Schultz 2006; Young 2002). Zweitens ist die Struktur der traditionellen Massenmedien einer abwägenden und reflektierten Kommunikation nicht zugänglich. Für das Publikum existiert kein Rückkanal, der Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit steht nur wenigen organisierten Akteuren offen (Gerhards und Neidhardt 1991; Gerhards et al. 1998). Drittens neigen, auf einer mikrosoziologischen Ebene, deliberierende Gruppen dazu die Fehler ihrer Mitglieder zu verstärken und Informationen, über welche die Mitglieder verfügen, nicht ans Licht zu bringen. Außerdem weisen sie eine Tendenz zur Polarisierung auf (Avermaet 2003; Sunstein 2009a).

Veränderungen der Kommunikationsstrukturen, der Öffentlichkeit und Informationsprozesse,

⁴ Das heißt in einer durch Radio, Fernsehen und Printmedien dominierten Medienlandschaft.

welche die Basis für eine argumentative Entscheidungsfindung in deliberativen Prozessen bilden, wie sie durch das Internet initiiert werden, sind für deliberative Demokratiekonzepte besonders interessant (Gimmler 2001; Froomkin 2003; Bohman 2004). Als „defining technology“ entfalten das Internet und die mit ihm verbundenen Kommunikationsformen einen weitreichenden gesellschaftlichen Einfluss. Dieser zeigt sich im Bereich der öffentlichen Kommunikation und auch im Kontext der individuellen lebensweltlichen Kommunikation von Individuen.

„A defining technology develops links, metaphorical or otherwise, with a culture’s science, philosophy, or literature; it is always available to serve as a metaphor, example, model, or symbol. A defining technology resembles a magnifying glass, which collects and focuses seemingly disparate ideas in a culture into one bright, sometimes piercing ray. Technology does not call forth major cultural changes by itself, but it does bring ideas into a new focus by explaining or exemplifying them in new ways to larger audiences“ (Bolter 1984, S. 11).

Einen ähnlichen Einfluss von damals neuen Medien sah McLuhan, wenn er diagnostizierte, dass sich Medien vom technischen Übermittlungsorgan zum selbstständigen Träger von Bedeutungen wandeln (McLuhan 1969). Mit dieser Entwicklung verbinden sich für deliberative Demokratiekonzepte die Potenziale, Restriktionen, die realweltlichen deliberativen Entscheidungsverfahren unterliegen, ein Stück weit aufzuheben. Zum anderen die Hoffnung, dass medienspezifische Merkmale neuer Medien zu einer geänderten Einschätzung deliberativer Kapazitäten im Vergleich zu traditionellen Massenmedien führen.

„Angesichts der elektronischen Kommunikationsrevolution bietet sich jedoch das deliberative Paradigma an, um die starken normativen Ideen an die gesellschaftliche Komplexität der Gegenwart so anzuschließen, dass sie nicht von vornherein am Dementi der Tatsachen scheitern“ (Habermas 2008b, S. 141).

Hier handelt es sich durchweg um Potenziale, die nicht umgesetzt sein müssen. So sind die Möglichkeiten des Social Web⁵ geeignet die Asymmetrie zwischen Anbieter und Nutzer zu verringern. Gleichzeitig können diese Potenziale auch paradoxe Folgewirkungen zeigen (Neuberger 2008b). Bei der Einschätzung muss deswegen zwischen Potenzialen und vorfindbarer Nutzung unterschieden werden (Neuberger 2009b). Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich primär mit den Potenzialen des Internets, wobei diese Potenziale an empirische Ergebnisse fallweise rückgekoppelt werden.

Im einleitenden Kapitel werden zunächst die forschungsleitende Fragestellung und die

⁵ Der von O’Reilly 2005 geprägte Begriff des Web 2.0 ist zahlreicher Kritik ausgesetzt, vor allem wird ihm eine begriffliche Unschärfe vorgeworfen (Castells 2009, S. 97 f.; Schmidt 2009a, S. 21 f.). In der vorliegenden Arbeit wird deswegen der Begriff des Social Web verwendet.

Zielsetzung der Abhandlung vorgestellt. Daran anschließend wird argumentiert, dass politiktheoretische Studien für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand sinnvoll aufgrund der dynamischen Entwicklung des Internets und der geringen Halbwertszeit empirischer Daten sind. Politiktheoretische Studien können sich ein Stück weit von der schnellen Entwicklung des Forschungsgegenstandes entkoppeln, da sie auf einem relativ hohen Abstraktionsgrad argumentieren. Um einen Überblick über den umfangreichen fachwissenschaftlichen Diskurs zu deliberativen Demokratiekonzepten und dem Internet zu gewinnen, werden dann einige zentrale Entwicklungslinien deliberativer Demokratiekonzepte herausgearbeitet und wird der sozialwissenschaftliche Forschungsstand zum Internet herausgearbeitet.

1.1 Forschungsleitende Fragestellungen

Die Arbeit untersucht das Verwirklichungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte im Internet. Analysiert wird, inwiefern die für deliberative Demokratiekonzepte zentralen Standards der Interaktivität und Partizipation in der computervermittelten Kommunikation⁶ und Netzöffentlichkeit potenziell verwirklicht werden können. Bieten die Spezifika der Netzöffentlichkeit und die Besonderheiten der computervermittelten Kommunikation das Potenzial, offline zu beobachtende Umsetzungsprobleme deliberativer Standards zu beheben? Welche ambivalenten Folgeprobleme zeigen sich im Internet? Sind die Besonderheiten des Internets einer produktiven und konstruktiven Diskussion über politische Probleme durch eine relativ große Zahl von Menschen förderlich oder abträglich?

Um das abstrakte und theoretisch heterogene Feld deliberativer Demokratiekonzepte für eine differenzierte Bewertung der durch das Internet tatsächlich oder potenziell induzierten Veränderungen zugänglich zu machen, bedarf es Merkmale, die das Konzept greifbar machen. Zwei Strategien sind denkbar (Mutz 2008; Schaal und Ritzi 2009): Es können die Annahmen von einzelnen „Referenztheoretikern“ getestet werden. Die Studien von Steiner et al. (2004) und Spörndli (2004) sind dafür Beispiele. Eine andere Möglichkeit besteht darin, in den verschiedenen Ansätzen deliberativer Demokratie einen gemeinsamen Kern geteilter Attribute zu identifizieren, die allen Ansätzen gemeinsam sind (Neblo 2007). Diese zweite Vorgehensweise weist einige Vorteile auf: Erstens ermöglicht sie die Vielfalt deliberativer Konzepte so weit wie möglich einzufangen und einen Brückenschlag zu verschiedenen Theorien deliberativer Demokratie zu vollziehen. Zweitens basiert sie auf einem Kern im Wesentlichen unbestrittener Grundlagen. Drittens schließlich kann durch diese

⁶ Teilweise findet sich auch in der deutschsprachigen Literatur die englischsprachige Bezeichnung Computer-Mediated Communication (CMC) oder Onlinekommunikation (Schweiger und Beck 2010, S. 8 f.).

Herangehensweise eine Anpassung des Konzepts an den Forschungsgegenstand vorgenommen werden.

Die Vorgehensweise vorliegender Abhandlung entspricht der zweiten Strategie. Im Einzelnen sollen Netzöffentlichkeit und computervermittelte Kommunikation im Hinblick auf die aus deliberativer Sicht zentrale Dimension der Partizipation auf folgende Fragen hin analysiert werden:

- In traditionellen Massenmedien werden Bürger auf die Rolle eines passiv zuschauenden und bloß akklamierenden Publikums reduziert. Aus deliberativer Sicht sollen Medien durch eine Ausweitung des Spektrums der Sprecher und Themen Voraussetzungen dafür schaffen, um die Handlungsfähigkeit der Bürger zu stärken und ihrem Wissen in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen. Welche Strukturmerkmale zeigt im Vergleich zur traditionellen massenmedialen Öffentlichkeit die Netzöffentlichkeit?
- Akteure der Peripherie, die alternative Deutungen des massenmedial verbreiteten Wissens bereitstellen, beziehen ihren Einfluss durch Aufmerksamkeit der Medien und Unterstützung durch die Bürger. Aufbauend auf den Strukturmerkmalen der Netzöffentlichkeit wird die Frage nach dem Potenzial der Netzöffentlichkeit für die Inklusion alternativer Inhalte und Akteure diskutiert. Inwiefern können aus deliberativer Warte bestehende Defizite traditioneller massenmedialer Öffentlichkeit in der Netzöffentlichkeit behoben werden? Welche ambivalenten Folgeprobleme zeigen sich?
- Die Inklusion aller Betroffenen, oder vielmehr der von ihnen vertretenen Standpunkte in der Öffentlichkeit, die Möglichkeit, Themen auf die Tagesordnung zu setzen und Einfluss auf das Ergebnis auszuüben, sind zentrale Voraussetzung deliberativer Prozesse. In realweltlichen deliberativen Verfahren partizipieren sozioökonomisch bessergestellte Bevölkerungsgruppen überproportional stark. Eine Frage muss deswegen lauten, welche Teile der Bevölkerung das Internet nutzen, wie sie es nutzen, wie sich die Entwicklung darstellt und welche Effekte die Nutzung auf die politische Partizipation und Informiertheit zeigt. Diskutiert wird diese Frage unter den Stichworten des Digitale Divide und der Wissensklufthypothese.

Deliberative Demokratiekonzepte verstanden als die „Herrschaft der Gründe“ (Forst 2007) erfordern die argumentative wechselseitige Bezugnahme und die Angabe von Gründen, die sich nicht vernünftigerweise zurückweisen lassen. Da in traditionellen Massenmedien technisch ein Rückkanal nicht vorhanden ist und nichtdiskursive Formen von Kommunikation dominieren, sind traditionelle Massenmedien nicht geeignet das aus deliberativer Warte erforderliche Maß an wechselseitiger Bezugnahme zu gewährleisten (Peters 2007a, S. 89 ff.). Für die computervermittelte Kommunikation stellt sich die Frage, ob computervermittelte Kommunikation trotz der physischen Abwesenheit von Personen und der Kanalreduktion

Rückkopplungs- und Eingriffsmöglichkeiten eröffnet, die den deliberativen Anforderungen genügen. Im Einzelnen wird dies für die zentrale Dimension der Interaktivität anhand folgender Fragen untersucht werden:

- Computervermittelte Kommunikation verspricht auf der einen Seite neue und qualitativ bessere Formen von Interaktivität hervorzubringen (Beck 2006, S. 49). Gleichzeitig verorten viele Autoren medienvermittelte Kommunikation als defizitär gegenüber Face-to-Face-Kommunikation (Merten 1977, S. 65; Luhmann 1996, S. 11). Welche Unterschiede zeigen sich zwischen computervermittelter Kommunikation und Face-to-Face-Kommunikation? Welche übergreifenden Kommunikationsmerkmale kann man im Internet beobachten?
- Das Internet als Hybridmedium vereinigt und vermischt verschiedene Kommunikationsformen in verschiedenen Anwendungen. Welche Auswirkungen hat die Kanalreduktion computervermittelter Kommunikation im Unterschied zur Kommunikation unter Anwesenden auf die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte?

Angestrebt wird vor dem Hintergrund dieser Fragen zusammenfassend im Rahmen der Arbeit:

1. Eine Darstellung der Grundlagen deliberativer Demokratie.
 - Eine Beschreibung der Kernelemente deliberativer Demokratie, der Probleme und Stärken deliberativer Demokratiekonzepte sowie ihrer Anforderungen an eine funktionierende Öffentlichkeit (Kapitel 4).
 - Eine Erläuterung der für deliberative Demokratiekonzepte zentralen Standards der Interaktivität und Partizipation (Kapitel 6).
2. Eine Analyse der Spezifika des Internets.
 - Einen Überblick der kommunikationswissenschaftlichen Grundlagen und Spezifika des Internets (Kapitel 5).
 - Die Exploration der durch das Social Web hervorgerufenen Änderungsprozesse (Kapitel 5.2 und Kapitel 5.3).
3. Eine Überprüfung des Verwicklungspotenzials deliberativer Demokratiekonzepte im Internet anhand der Standards der 1) Partizipation und 2) Interaktivität.
 - Innerhalb der computervermittelten Kommunikation (Kapitel 7).
 - Unter den Bedingungen einer traditionellen Medienstruktur (Kapitel 8).
 - Sowie im Rahmen der Netzöffentlichkeit (Kapitel 9).

1.2 Relevanz des Themas

Politiktheoretische Studien, die in systematischer Weise die Potenziale politischen Handelns oder bestimmter normativer⁷ Demokratiemodelle in einem spezifischen Kontext ausloten, werden oftmals als abgehoben im Vergleich zu empirisch geleiteten Studien angesehen. Ihnen wird eine Orchideenfunktion zugewiesen: „Schön, aber selten“ (Münkler und Straßenberger 2007, S. 47). Kurz: ein bloßes spekulatives Glasperlenspiel. Normativen Theorien wird unterstellt „kontextfrei“, das heißt nicht mit den beobachtbaren Phänomenen ins Verhältnis gesetzt werden zu können, und ohne Anschlussfähigkeit für die übrigen Teildisziplinen der Politikwissenschaft zu sein (Hartmann 1997).

Politiktheoretische Studien werden für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand aus zumindest zwei Gründen für sinnvoll erachtet: Zunächst sind die Probleme des validen empirischen Datenmaterials zu nennen. Aufgrund der dynamischen Entwicklung des Forschungsgegenstandes ist das empirisch gesicherte Material über individuelles Nutzungsverhalten im Internet widersprüchlich, teils lückenhaft und mit Messunschärfen verbunden. Die derzeitige Halbwertszeit der Forschung über das Internet ist aufgrund des Modifizierens und Experimentierens mit neuen Technologien gering. Nachdem man sich an der Potenzialen berauscht hat, sind die Vor- und Nachteile nur in Umrissen sichtbar.

Das Internet befindet sich in einem schnellen Wandel. Vieles spricht dafür, dass diese Dynamik dem Internet mehr als anderen Medien inhärent ist (Castells 2005, S. 10). Theoretische Studien haben den Vorteil, über unmittelbare Ursache-Wirkungs-Relationen und kleinteilige Einzelfallstudien hinaus die Umsetzung demokratischer Modelle in einer breiteren Perspektive in den Blick zu nehmen. Sie haben damit das Potenzial, die Umsetzung politischer Ideen in einem bestimmten Kontext intellektuell zu testen. Sie müssen dafür nicht zwangsläufig auf empirisches Material zurückgreifen. Politische Theorie kann damit durchdringen, was die Möglichkeiten empirischer Forschung übersteigt (Göhler 2007, S. 87 f.).

Zweitens müssen politiktheoretische Arbeiten weit weniger mit der Beschleunigung der Entwicklung mithalten. Da sie auf einem relativ hohen Abstraktionsgrad argumentieren und Potenziale ganzheitlicher in den Blick nehmen, können sie sich ein Stück weit mehr von der Beschleunigung entkoppeln, als empirische Studien dies tun können. Durch eine deutliche Einbeziehung demokratiethoretischer Literatur soll in dieser Arbeit vermieden werden, sich von den Wundern des technologischen Fortschritts überwältigen zu lassen und sich kurzatmigen Trends und Moden anzuschließen. Als „kritische Reflexionsinstanz“ (Ladwig

⁷ Normativ wird hier als Oberbegriff für Aussagen über gute, gerechte und legitime gesellschaftliche Ordnungen und das auf sie bezogene Handeln verstanden (Schmaltz-Bruns/Hitzel-Cassagnes 2003, S. 132).

2007, S. 175) können theoretische Studien eher in der größeren Breite des neuen Mediums die Vorfrage ausloten, wie die Potenziale des neuen Mediums sinnvoll einzusetzen sind. Gesellschaftliche Selbstwahrnehmungen werden daher ein Stück weit durch politische Theorie konfiguriert.⁸ Politische Theorie liefert, in der Einschätzung von Göhler, das Vokabular für die Selbstbeschreibung der Gesellschaft (Göhler 2007, S. 87 ff.).

Geht es den empirischen Teildisziplinen der Politikwissenschaft darum zu beschreiben und zu erklären, fragt normative politische Theorie danach, was sein soll. Der Einbezug der Normativität ist ein Unterscheidungsmerkmal politischer Theorie von empirisch-analytischer Theoriebildung. Beyme konstatiert, dass „der wichtigste Wandel der neueren Theorieentwicklung die Wiederbelebung der normativen politischen Theorie sei“ (Beyme 2000, S. 39). Deliberative Demokratie versteht sich als eine normative Demokratietheorie. Die vorliegende Arbeit begreift Deliberation als ein normatives demokratietheoretisches Konzept (Gutmann und Thompson 2004).⁹ Gründe, die für deliberative Demokratiekonzepte eine zentrale Rolle einnehmen, sind normativ (Forst 2007). Wir meinen, dass wir etwas auf die eine oder andere Art sehen sollten. Wer zur Meinung seines Gegenübers Stellung bezieht, lässt sich auf diese Normativität ein und beurteilt die Argumente des anderen als gut oder schlecht, gültig oder ungültig (Ladwig 2007).

Er setzt sich selber einer kritischen Beurteilung und Rückfragen Dritter aus. Der Raum der Möglichkeiten der Beurteilung und Kritik ist in deliberativen Prozessen öffentlich. Wer moralisch argumentiert, kann nicht Beliebiges behaupten. Er bindet sich an Regeln der öffentlichen Rechtfertigung, die den Raum seiner Möglichkeiten der Behauptung einschränkt. Offen rassistisch zu argumentieren dürfte beispielsweise in modernen Gesellschaften in den meisten Fällen unmöglich sein. Will ein Akteur mit seinen Gründen überzeugen und Zustimmung gewinnen, muss er Gründe finden, die von anderen geteilt werden (Ladwig 2007, S. 179 f.).

Auch wenn nach strikt analytischer Auffassung Sein und Sollen unterschiedliche Dimensionen bilden, die in keinem Zusammenhang stehen, ist eine Trennung zwischen normativen und empirisch-analytischen Theorien nicht aufrechtzuerhalten. Aussagen, die soziales Handeln und Zusammenleben zum Inhalt haben, beschreiben nicht nur das Sein, sondern enthalten implizit selbst immer Bewertungen. Seinsaussagen sind letztlich ohne Sollensaussagen nicht zu haben (Göhler 2007, S. 92). Demokratie ist nicht nur ein zu beobachtendes Muster politischer Ordnung, welches mehr oder weniger gut funktioniert,

⁸ Der von Beck Mitte der 1980er Jahre geprägte Begriff der Risikogesellschaft ist dafür ein prägnantes Beispiel (Beck 1986).

⁹ Deliberation verstanden als reiner Interaktionsmodus blendet den normativen Aspekt der umfassenden Beteiligungsmöglichkeit aus und spricht Deliberation nur eine höhere Outputlegitimation aufgrund ihrer höheren Problemlösungskapazität zu (Risse 2000; Göler 2006).

sondern auch eine Sollensvorstellung, was eine Demokratie ausmacht. Deswegen müssen sich Demokratietheorien mit empirischen und normativen Fragen auseinandersetzen. Sie oszillieren zwischen Ideal und (empirischer) Wirklichkeit, in der Formulierung von Scharpf „zwischen Utopie und Anpassung“ (Scharpf 1972).

Entsprechend sind normative Demokratiekonzepte, die losgelöst von dauerhaften gesellschaftlichen Strukturmerkmalen sind, nur als kritisches Maßstab zu gebrauchen, inwieweit man in der empirischen Realität dem Ideal nahekommt (Hüller 2012, S. 134 f.). Vertreter deliberativer Demokratiekonzepte müssen somit auch entsprechende realistische Institutionalisierungsformen benennen können, die nicht an dauerhaft vorhandenen Restriktionen scheitern. Mit realweltlichen Verfahren, wie beispielsweise der Planungszelle und elektronischen Verfahren wie Liquid Democracy, liegen solche Verfahren vor.

Empirische Hinweise auf Einschränkungen eines normativen Modells, wie des der deliberativen Demokratie, sind zu berücksichtigen und zu überprüfen. Sie können eine heuristische Funktion einnehmen, indem sie zeigen, an welchen Stellen und inwieweit die empirische Realität vom normativen Modell abweicht oder mit ihm im Einklang steht (Peters 2007a, S. 67).¹⁰ Da sich das Internet durch ein hohes Maß an interpretativer Flexibilität auszeichnet (Castells 2005, S. 12 f.), das heißt technische Möglichkeiten und zu beobachtende Gebrauchsweisen deutlich auseinanderfallen können, bietet sich aus der Perspektive ein fallweiser Rückgriff auf empirische Studien an. Sie können den tatsächlichen Umgang der Nutzer mit bestimmten Internetanwendungen deutlicher in den Blick nehmen.

Die Sekundärauswertung der zentralen Erhebungen zu den Nutzungspräferenzen im Internet muss sich aus forschungspragmatischen Gründen auf Deutschland beschränken. Sie versucht vor allem Änderungen im Nutzungsverhalten in den Blick zu nehmen und nicht isoliert Studien zu einzelnen Internetanwendungen zu betrachten. Zurückgegriffen wird primär auf die seit 1997 jährlich erscheinende ARD/ZDF-Onlinestudie zur Entwicklung der Internetnutzung und des Umgangs der Nutzer mit den Angeboten (van Eimeren und Frees 2013). Da die Studie methodisch als Langzeituntersuchung angelegt ist und über einen konstanten Standardteil verfügt, können Ergebnisse über einen längeren Zeitraum in Bezug zueinander gesetzt werden.

Die Abhandlung versteht sich als Theoriearbeit, die das Potenzial des Internets für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte diskutiert. Die Studie fügt sich in einen

¹⁰ Dies lässt sich konkret an Beiträgen zur Demokratiequalität und Demokratiemessung oder zum problematischen demokratischen Charakter der Europäischen Union belegen. So zeigt Abromeit am Fallbeispiel Europäische Union, dass ohne einen Rückgriff auf normative Konzeptionen der Demokratie Fragen nach dem Grad der Verwirklichung einer demokratischen Ordnung nicht beantwortet werden können (Abromeit 2002). Gerade durch die Debatten der deliberativen Demokratie sind zunehmend normative Erwägungen in die empirische Forschung eingegangen (Steiner 2004; Thompson 2008).

Perspektivenwechsel ein, welcher sowohl die politische Theorie als auch die empirische Politikwissenschaft betrifft und als „democratic turn“ charakterisiert wird (Niesen 2007, S. 129). Dieser „democratic turn“ zeigt ein gewachsenes Interesse an den Funktionsvoraussetzungen demokratischer Systeme und wartet mit innovativen Gesichtspunkten demokratischen Regierens in ausdifferenzierten, pluralen Gesellschaften auf. Vor dem Hintergrund der sinkenden Akzeptanz traditioneller repräsentativer Entscheidungsmechanismen und der daraus resultierenden Suche nach alternativen Entscheidungsformen sind politiktheoretische Analysen deliberativer Demokratie im Zusammenspiel mit dem Internet in ein Forschungsprogramm von hoher Relevanz eingebettet. Schaut man sich beispielsweise das im englischsprachigen Raum weitverbreitete Standardwerk von Kymlicka „Contemporary Political Philosophy“ aus den frühen 1990er Jahren an, wird diese neue Blüte der Beschäftigung mit Demokratie deutlich (Kymlicka 1990). Wird Demokratie als Realisierungsform gerechter Institutionen in der ersten Auflage im Jahr 1990 kaum thematisiert, werden in der zwölf Jahre später erschienenen zweiten Auflage fundamentale demokratiethoretische Fragen, wie die nach Partizipation oder der Unterscheidung zwischen aggregativen und deliberativen Demokratiemodellen, ausführlich diskutiert (Kymlicka 2002).

Der Rückbezug auf Demokratie scheint bei auseinanderstrebenden Theorieentwürfen der empirischen und normativen Theoriebildung eine gemeinsame Semantik zu ermöglichen. Innovationen im Bereich deliberativer Demokratiekonzepte spielen eine wichtige Rolle. Sie strahlen auf die anderen Subdisziplinen der Politikwissenschaft aus und bewirken, dass sich auch die „Fachphilosophie“ dem „democratic turn“ nicht entziehen kann (Niesen 2007, S. 136).

„When we talk of governance as opposed to government, we are referring to the proliferation of discursive arenas of this type. Scholars' increasing interest towards deliberation is not a chance development: it reflects the increased interaction that is becoming necessary to make any type of public decision“ (Bobbio 2010, S. 20 f.).

Alternative Entscheidungsverfahren, wie sie in deliberativen Demokratiekonzepten diskutiert werden, finden seit einigen Jahren zunehmend Aufmerksamkeit in den Massenmedien. Ein Hauptgrund dafür ist, dass repräsentative politische Entscheidungsfindungsverfahren, vor allem aufgrund wachsenden Selbstbewusstseins der Bürger, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensumstände, unter zunehmendem Rechtfertigungsdruck stehen. In der Vokabel der „Politikverdrossenheit“ hat diese Entwicklung ihren schlagenden Ausdruck gefunden. Diese kann unter Umständen mittelfristig zu einer allgemeinen Schwächung der Legitimation führen (Brodocz et al. 2009b).

1.3 Aufbau und Gang der Argumentation

Im ersten Kapitel werden die dem Forschungsstand der Arbeit zugrunde liegenden deliberativen Demokratiekonzepte und des Internets diskutiert. Die Darstellung der dominierenden Positionen und Entwicklungslinien deliberativer Demokratiekonzepte erfolgt zur Strukturierung des umfangreichen Diskurses entlang mehrerer Schritte: der theoretischen Explikation des Projekts, seiner Kritik und der Expansion, was unter deliberativer Demokratie verstanden wird sowie ein kurzer Überblick über empirische Studien und Institutionalierungsformate. Im anschließenden Unterkapitel wird der sozialwissenschaftliche Forschungsstand zum Internet anhand der idealtypischen Dreiteilung des Diskurses zwischen Netzoptimisten, Netzneutralisten und Netzpessimisten systematisch zusammengefasst.

Deliberative Demokratiekonzepte haben sich in Auseinandersetzung mit den beiden großen Strömungen der Demokratietheorie der Neuzeit, liberalen und republikanischen Konzepten, entwickelt. Ohne Kenntnis dieser beiden Hauptströmungen der Demokratietheorie bleibt das Wissen über deliberative Demokratiekonzepte oberflächlich. Deliberative Demokratietheorie als normative Theorie beansprucht ein höheres Maß an Legitimität zu generieren als das outputorientierte liberale Standardmodell und ein höheres Maß an Effektivität als inputorientierte republikanische Konzepte. In Kapitel 2 werden beide Konzepte aus der Perspektive der Kritik und Ergänzung deliberativer Demokratiekonzepte dargestellt sowie die Erwartungen an eine funktionierende Öffentlichkeit in republikanischen und liberalen Modellen skizziert.

Die Diskussion über demokratietheoretische Modellierungen kann sich auf verschiedenen Ebenen bewegen. Kapitel 2 leistet dies, indem normative Demokratietheorien vergleichend dargestellt werden. Zum anderen kann bezogen auf bestimmte gesellschaftliche Entwicklungsprozesse analysiert werden, inwiefern eine demokratietheoretische Modellierung geeignet ist, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungstendenzen zu bewältigen. Kapitel 3 skizziert und analysiert daran anschließend zentrale Herausforderungen, mit denen sich demokratische Systeme auseinandersetzen müssen. Diskutiert werden die Themenbereiche Komplexitätszunahme und daraus erwachsende Steuerbarkeitsprobleme, Pluralisierungstendenzen auf der gesellschaftlichen Ebene und abschließend quer dazu liegende Globalisierungsprozesse. Das Internet ist mit diesen drei Wandlungsprozessen eng verbunden und Katalysator der Entwicklungen. Die dargestellten Herausforderungen dienen als Hintergrundfolie für die Fragen, inwiefern deliberative Demokratiekonzepte diese Herausforderungen bewältigen können und inwiefern die Herausforderungen Auswirkungen auf die Netzöffentlichkeit und computervermittelte Kommunikation zeigen.

Deliberative Demokratiekonzepte entwickelten sich vor dem Hintergrund dieser

Herausforderung und der Diagnose in die Unzulänglichkeit etablierter Entscheidungsfindungs- und Problemlösungsverfahren zur Bearbeitung daraus resultierender Probleme. Kapitel 4 diskutiert die Kerngedanken deliberativer Demokratiekonzepte sowie die von Befürwortern und Kritikern diagnostizierten Leistungen und Defizite deliberativer Demokratiekonzepte. Diese bilden den Hintergrund für die Frage, inwiefern sich die geschilderten Leistungen und Defizite auch im Internet wiederfinden.

In Kapitel 5 erfolgt ein kommunikationswissenschaftlich orientierter Überblick über das Internet und das Social Web. Dabei wird die Untersuchung von der Vorannahme eines nicht-deterministischen Technikverständnisses geprägt, bei der nicht vom Potenzial eines Mediums direkt auf seinen Gebrauch geschlossen werden kann. Vielmehr eignen sich Akteure Technik selektiv an und treffen aus Verwendungsoptionen eine Auswahl. Aneignungsprozesse werden durch technische Möglichkeiten beeinflusst, nicht aber determiniert. Entsprechend wird in der Arbeit differenziert zwischen technischem Potenzial und der Verwendung durch seine Nutzer. Dazu werden die grundlegenden Spezifika des Internets bestimmt und die entscheidenden Prozesse der Technologieentwicklung skizziert. Diese prägen Inhalt und Nutzungsformen des Internets in einer Weise, die über seine Anfänge hinausreicht, und hilft die Pfade zu verstehen, auf denen die zukünftige Entwicklung abläuft. Die Spezifika des Social Web und seine wesentlichen Unterscheidungsmerkmale zum klassischen Internet werden abschließend diskutiert.

Aufbauend auf den Vorarbeiten werden in Kapitel 6 zwei zentrale Merkmale deliberativer Demokratiekonzepte herausgearbeitet, um das abstrakte Konzept deliberativer Demokratie greifbarer zu machen. Ziel des Kapitels ist es, in die Merkmale Interaktivität und Partizipation einzuführen, die als Grundlage für die Diskussion der Frage dienen, inwiefern computervermittelte Kommunikation und die Netzöffentlichkeit für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte geeignet sind. Zum anderen wird in dem Kapitel der für die vorliegende Arbeit zentrale Begriff der Öffentlichkeit im Kontext der Mikro-Makro-Problematik analysiert.

Den Besonderheiten der computervermittelten Kommunikation und ihrer Wirkung auf Partizipation und Interaktivität ist Kapitel 7 gewidmet. Nachdem einige zentrale Begrifflichkeiten computervermittelter Kommunikation geklärt wurden, werden, um die Auswirkungen computervermittelter Kommunikation auf die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte zu fassen, die Habermas'sche Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas 1995b, 1984)¹¹ sowie die Goffman'sche Rahmenanalyse (Goffman 2008) und die darauf aufbauenden Arbeiten von Höflich zum Computerrahmen vorgestellt (Höflich 1998b).

¹¹ Neben den Schriften Habermas' wurde für die Darstellung der Habermas'schen Theorie des kommunikativen Handelns auf die „kommentierte Textcollage“ von Burkard und Lang (2012) zurückgegriffen.

An diesen Überlegungen anknüpfend werden verschiedene Theorien und Modelle computervermittelter Kommunikation kritisch analysiert und hinsichtlich ihrer Aussagen zu den Umsetzungspotenzialen deliberativer Prozess im Internet hin überprüft.

Eine Analyse des Wandels der Medienstrukturen muss zunächst den Blick auf die Struktur, Leistung und Defizite einer durch traditionelle Massenmedien dominierten Medienlandschaft richten. Kapitel 8 erarbeitet die Strukturmerkmale von Öffentlichkeit, die demokratiethoretischen Funktionen von Öffentlichkeit und die Vermittlungsleistungen und Defizite der traditionellen massenmedialen Öffentlichkeit. Damit ist ein adäquater Rahmen geschaffen für die Untersuchung der Netzöffentlichkeit in Kapitel 9. Zunächst werden die Grundlagen der Netzöffentlichkeit und ihre zentralen Unterscheidungsmerkmale zu einer traditionellen Öffentlichkeit analysiert. Im zweiten Schritt werden die aus deliberativer Perspektive zentralen Leistungen und Ambivalenzen der Netzöffentlichkeit diskutiert. Die Abhandlung schließt mit einem Fazit in Kapitel 10, das die zentralen Erkenntnisse der vorangegangenen Kapitel verdichtet.

1.4 Forschungsstand

Im Folgenden wird der Forschungsstand zur deliberativen Demokratie und zum Internet diskutiert. In beiden Fällen hat der fachwissenschaftliche Diskurs eine erhebliche Fülle an Literatur produziert und sich stark ausdifferenziert. Die Darstellung der dominierenden Positionen und Entwicklungslinien deliberativer Demokratie erfolgt zur Strukturierung des umfangreichen Diskurses entlang dreier Schritte: erstens der theoretischen Explikation des Projekts, zweitens seiner Kritik und der Expansion, was unter deliberativer Demokratie verstanden wird, sowie drittens neuerer empirischer Studien, die wichtige Hinweise zur Erarbeitung zentraler deliberativer Standards und zu bestehenden Forschungslücken liefern. Im anschließenden Kapitel wird der sozialwissenschaftliche Forschungsstand zum Internet und zur Onlinedeliberation anhand der idealtypischen Dreiteilung des Diskurses zwischen Netzoptimisten, Netzneutralisten und Netzpessimisten zusammengefasst und werden die zentralen Ergebnisse diskutiert.

1.4.1 Forschungsstand: deliberative Demokratie

Deliberative Demokratiekonzepte haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu der am meisten diskutierten zeitgenössischen Demokratiethorie entwickelt (Dryzek 2007; Rosenberg 2007; Schaal und Ritzi 2009). Ihnen wird attestiert, dass „kein anderes Modell in den letzten fünfzehn Jahren weltweit mehr intellektuelle Aufmerksamkeit auf sich [hat] ziehen können“ (Schaal und Heidenreich 2009, S. 23). Pettit gelangt zur folgenden Einschätzung: „It

is now widely accepted as an ideal that democracy should be seen as deliberative as possible“ (Pettit 2004, S. 52). Dieser „deliberative turn“ (Dryzek 2002) hat vor allem im angloamerikanischen Raum zu einer fast unüberschaubaren Zahl von Veröffentlichungen geführt. Deliberative Demokratie liegt quer zu den etablierten Grenzziehungen der Sozialwissenschaft. Neben der Politikwissenschaft und politischen Philosophie beschäftigen sich auch die Rechtswissenschaft, Soziologie und Kommunikationswissenschaft mit dem Thema. Und auch in der Ökonomie sehen einige Autoren inzwischen Kommunikation als ein Mittel der diskursiven Koordinierung und Kooperationsförderung an (Albrecht 2010, S. 16).

So sehr deliberative Demokratiekonzepte dadurch an Einfluss gewinnen konnten, so sehr hat die Heterogenität der unterschiedlich normativ gehaltvollen Modelle deliberativer Demokratie zugenommen. Der öffentliche Vernunftgebrauch durch den Austausch von Argumenten ist ein umstrittenes Konzept, unter anderem im Hinblick auf seine Anlässe, Akteure und Inhalte. *Die deliberative Demokratie existiert nicht. „To speak of a unified thing called deliberation is to speak of a chimera“* (Button/Mattson 1999: 619), auch wenn von einem Kern gemeinsamer Grundüberzeugungen ausgegangen werden kann (Elster 1998a, S. 8).¹²

Deliberative Demokratie segelt heute unter verschiedenen Fahnen. In den internationalen Beziehungen firmiert sie unter dem Begriff des „kommunikativen Handelns“ (Risse 2000; Göler 2006), ohne die voraussetzungsvolle normative Annahme einer breiten Partizipation. In der politischen Theorie unter dem Begriff deliberative Demokratiekonzepte. In der Governance-Forschung und Verwaltungswissenschaft wird wiederum stark auf den Diskursbegriff von Habermas als Legitimationskategorie zurückgegriffen. Gleichwohl lassen sich gemeinsame Grundlagen erkennen, auf die im weiteren Verlauf der Arbeit noch detaillierter einzugehen ist (Niesen 2007, S. 10 f.).

„Theorists disagree on many elements defining deliberation, such as whether deliberation must culminate in a binding consensus, whether it must necessarily be public, or whether informal conversations among ordinary people qualify. Indeed, much of the normative literature is concerned with refining these definitions and debating what should or should not be required“ (Mutz 2008, S. 525).

Im vorliegenden Beitrag wird neben der stark auf Habermas rekurrierenden kontinental-europäischen Schule deliberativer Demokratie die angloamerikanische Schule deliberativer Demokratiekonzepte betrachtet (Rosenberg 2007, S. 4 ff.). Sie ist aufgrund ihres pragmatischen Ansatzes und ihrer fruchtbaren Weiterentwicklung für den Forschungsgegenstand des Internets von besonderem Interesse. Das Prinzip der

¹² Der Begriff deliberative Demokratiekonzepte versucht in dieser Abhandlung diese Pluralität zu verdeutlichen.

Deliberation hat weit zurückliegende Wurzeln in der politischen Theorie. Bei klassischen Denkern der Antike wie Plato und Aristoteles finden sich deliberative Gedanken, wie auch bei Edmund Burke und John Stuart Mill (Steiner 2004). Ebenso liegen den Öffentlichkeitstheorien von Arendt und Dewey deliberative Vorstellungen zugrunde (Lösch 2005).

Deliberative Demokratie in einer umfassenden Bedeutung findet sich zum ersten Mal in einem Aufsatz von Bessette (1980). Er deutet in einer „Wiederentdeckung durch Neuinterpretation“ (Saretzki 2010, S. 128) die historische Interpretation der amerikanischen Verfassung in den Federalist Papers und ihr System der „checks and balances“ im Gegensatz zum Mainstream nicht elitär. Vielmehr verweist er auf das Bemühen der Verfassungsväter, durch ein repräsentatives System die „public voice“ überlegter und vernünftiger zum Tragen kommen zu lassen (Bessette 1980, S. 102 ff.).¹³

„The oftener the measure is brought under examination, the greater the diversity in the situations of those who are to examine it, the less must be the danger of those errors which flow from want of due deliberation, or of those missteps which proceed from the contagion of some common passion or interest“ (Hamilton et al. 2009, Article 73) .

Auch wenn im Aufsatz Bessettes der Begriff deliberativer Demokratie ein rechtshistorischer ist, verdeutlicht er, dass ein deliberatives Verfassungsverständnis Auswirkungen auf die Interpretation der amerikanischen Demokratie haben könnte. Implizit nimmt Bessette überdies die spätere Kritik der Vertreter deliberativer Demokratie an elitentheoretischen Demokratiekonzepten vorweg. Sie firmieren in den USA auch als „aggregative model of democracy“ (Young 2002, S. 19) und erachten das Element öffentlicher Beratschlagung und Argumentation außerhalb von Eliten für weitgehend überflüssig.

Mansbridge (1983) und Barber (1984) setzen an diesem Gegensatz zwischen aggregativen auf der einen sowie deliberativ und partizipativ geprägten Demokratiemodellen auf der anderen Seite an. Sie stellen grundlegende Überlegungen an, in denen sie sich von aggregierten Demokratiemodellen abgrenzen und auf die Vertreter deliberativer Ansätze aufbauen. Ihr Hauptkritikpunkt an aggregierten Demokratiemodellen ist, dass diese politische Präferenzen als gegeben unterstellen und auf eine Aggregation individueller Präferenzen abzielen, ohne dass Präferenzen in aggregierten Demokratiemodellen begründet oder öffentlich gerechtfertigt werden müssen. Öffentliche Argumentation und Begründung soll in den Hoffnungen deliberativer Theoretiker zu einem gewissen Maß an Reflexivität führen, das heißt inem Standpunkt, von allen Beteiligten aus zu denken.

¹³ Die Interpretation findet sich auch bei US-Präsident Obama, der einen Wechsel in der Lesart der amerikanischen Verfassung von einer machtzentrierten Lesart hin zu einer Auslegung fordert: „[...] that sees our democracy not as a house to be built, but as a conversation to be had“ (Obama 2006, S. 110 f.).

„In the early formulations of the deliberative ideal in the 1980s, deliberation was always opposed to aggregation and to the strategic behavior encouraged by voting and bargaining. Moreover, the superiority of deliberative democracy over competitive pluralism was established precisely by developing the distinctive rationality of the forum rather than the market“ (Bohman 1998, S. 400).

Die Studie von Mansbridge zeigt am Beispiel von politischen Bürgerversammlungen, dass sowohl auf Gemeinsamkeit und Konsens ausgerichtete Verfahren („unitary democracy“) wie auch formale Entscheidungsverfahren, die durch Wahlen gekennzeichnet sind („adversary democracy“), in einer modernen Gesellschaft notwendig sind (Mansbridge 1983). Im Gegensatz zu anderen frühen Vertretern deliberativer Demokratie, die dem kommunitaristischen Ideal einer konsensual deliberierenden Gemeinschaft anhängen, verdeutlicht Mansbridge, dass die Art der Entscheidungsfindung immer von den Ausgangsbedingungen sowie dem Zweck der Deliberation abhängt.

Ein vergleichsweise radikales Konzept vertritt der amerikanische Politikwissenschaftler Barber mit seiner Konzeption der „strong democracy“ (Barber 1984).

„Strong democracy tries to revitalize citizenship without neglecting the problems of efficient government by defining democracy as a form of government in which all of the people govern themselves in at least some public matters at least some of the time“ (Barber 1984, S. XIV).

Er entwirft als alternative Konzeption zu repräsentativen Organen „neighborhood assemblies“, die als Foren zur Aufstellung der politischen Agenda, der Diskussion einzelner Themen und schließlich der Entscheidungsfindung fungieren. „Neighborhood assemblies“ erinnern von ihrer Struktur her an die in Neuengland existierenden Town Meetings (Barber 1984, S. 21). Interessant ist vor allem der Aspekt der Diskursivität als Kern der Überlegungen Barbers:

„At the heart of democracy is talk. As we shall see, talk is not mere speech. It refers here to every human interaction that involves language or linguistic symbols“ (Barber 1984, S. 173).

Durch die Reflexivität des Gesprächs, so Barbers Hoffnung, wird der Bürger in die Lage versetzt, Wünsche und Bedürfnisse seiner Mitmenschen wahrzunehmen und sich in einen Zustand des „public thinking“ zu versetzen, in dem sich gemeinsame Ziele und Güter wiederfinden lassen (Barber 1984, S. 153). Deliberation als gemeinsames Sprechen und Zuhören dient bei Barber als Transformator von Eigen- in Gemeinschaftsinteresse. Er will diese Funktion jedoch nicht erkenntnistheoretisch oder moraltheoretisch verstehen, um die demokratische Politik nicht einem vorausgehenden erkenntnistheoretischen

Fundamentalismus (Foundationalism) zu unterstellen (Beierwaltes 2002, S. 153).

Die weitere Entwicklung deliberativer Demokratiekonzepte kann entlang dreier Phasen strukturiert werden (Chambers 2003; Schaal und Ritzi 2009, S. 7 ff.). Die erste Phase ist gekennzeichnet durch die weitere Explikation des theoretischen Projekts. In den 1990er Jahren erschien eine ganze Reihe einschlägiger Aufsatzsammlungen und Monografien, welche die Diskussion nachhaltig beeinflussten und wegweisend innerhalb der deliberativen Demokratietheorie wirkten. Verbunden werden kann diese Phase mit Namen wie Habermas (1992a; 1992b), Cohen (1999, zuerst 1989), Gutmann und Thompson (1996), Elster (1998a) sowie einem von Benhabib herausgegebenen Sammelband (1996) mit Beiträgen fast der gesamten Prominenz des deliberativen Diskurses.

Exemplarisch ist hier die vielfach aufgegriffene Bestimmung eines Idealtyps deliberativer Demokratie durch Cohen. Ausgangspunkt sind bei ihm – weitaus stärker als bei frühen Vorläufern deliberativer Konzepte – liberale Grundvorstellungen der persönlichen Freiheit und des gesellschaftlichen Pluralismus. Cohens Überlegungen gehen vom unabhängigen Individuum aus, ein objektives Gemeinwohl existiert nicht. Im Gegensatz zu liberalen Vorstellungen, in der Vernunft lediglich der Maximierung gegebener Präferenzen dient und damit auf einen privaten Akt beschränkt ist, erweitert deliberative Demokratie Vernunftthandlungen zu einem Prozess öffentlicher Rechtfertigung (Cohen 1999). Unmittelbar verknüpft ist diese Vorstellung mit der Diskursethik von Habermas. Dieser verankert die Vernunft nicht im subjektiven Bewusstsein, sondern deutet sie intersubjektiv. Somit wird die Rationalität erst durch die Begründung der Geltungsansprüche gegenüber anderen Individuen hervorgebracht (Habermas 1992b). In Anlehnung daran formulieren Gutmann und Thompson:

„The deliberative conception, as we have indicated, considers the reasons that citizens and their representatives give for their expressed preferences. It asks for justifications. The aggregative conception, by contrast, takes the preferences as given (though some versions would correct preferences based on misinformation)“ (Gutmann und Thompson 2004, S. 13).

Im deutschsprachigen Raum wird deliberative Demokratie mit den auch im angloamerikanischen Raum wirkungsmächtigen Arbeiten von Habermas (1992b; 2008a) verbunden, der „more than any other theorist [...] is responsible for reviving the idea of deliberation in our time“ (Gutmann und Thompson 2004, S. 4). Deliberative Demokratie geht davon aus, dass in modernen Gesellschaften eine Bindung an eine Bürgerschaft mit geteilten Werten und Normen brüchig geworden ist, und ersetzt sie durch das Ideal einer prinzipiell unabschließbaren Meinungs- und Willensbildung in einer dezentrierten Gesellschaft. Die Volkssouveränität verflüssigt sich und „zieht sich in die gleichsam

subjektlosen Kommunikationskreisläufe von Foren und Körperschaften zurück“ (Habermas 1992b, S. 170). Verfahren und Prinzipien der Deliberation gewinnen im Gegensatz zu Barber damit einen epistemischen Anspruch. Die Fixierung deliberativer Demokratie im deutschsprachigen Raum auf das Konzept von Habermas erscheint aber problematisch, da sie ein expansives Deliberationskonzept, welches sich in den letzten Jahren herausgebildet hat und über den rationalen Diskurs hinausgeht, nicht vollständig berücksichtigt. Daneben sind im deutschsprachigen Raum die Beiträge von Peters (1993; 2007b) zum Achsen- und Schleusenmodell der Öffentlichkeit hervorzuheben.

Herrschten in der ersten Phase politiktheoretische und philosophische Arbeiten vor, die sich mit einer Idealform deliberativer Demokratie befassten, entwickelte sich im Laufe des deliberativen Diskurses eine zunehmende interne Heterogenisierung. Sie wurde charakteristisch für die zweite Phase und prägt bis heute den Diskurs deliberativer Demokratie. Der interne Diskurs verläuft dabei entlang der Linien angloamerikanisch vs. kontinental, liberal-konstitutionalistisch vs. diskursiv sowie epistemisch vs. prozedural (Saretzki 2010). Was als Deliberation gelten soll, wie ein solches Verfahren abzuschließen ist, welche Ergebnisse erwünscht und zu erwarten sind, wie viel Deliberation in modernen Gesellschaften notwendig ist und schließlich zahlreiche institutionelle Vorschläge zur Umsetzung deliberativer Konzepte sind einige Streitpunkte, welche die Vielfalt deliberativer Konzepte verdeutlichen (Hüller 2005a; Forst 2007; Mansbridge 2007).

Konstituierend für die zweite Phase war überdies die Kritik an den Gründungsfiguren deliberativer Demokratie. Neben Mouffe (2000) und Young (2001; 2002) ist hier der von Macedo herausgegebene Aufsatzband hervorzuheben, der in einer Gesamtschau verschiedenste Einwände gegenüber deliberativer Demokratie versammelt (Macedo 1999). Kern von Youngs¹⁴ und Mouffes Kritik ist, dass die von den Gründungsfiguren propagierte rationale Deliberation einen Kommunikationsstil erfordere, der rational, unemotional, sachlich und unpersönlich ist und sozioökonomisch bessergestellte Personen privilegiert und damit zu einer Machtverzerrung führe:

„By privileging rationality, both the deliberative and the aggregative perspectives leave aside a central element, which is the crucial role, played by passions and emotions in securing allegiance to democratic values“ (Mouffe 2000, S. 10).

Young bezeichnet die Art von Argumenten, die in solchen Diskursen dominieren, als „gentlemanly arguments“, die vorwiegend von weißen, überdurchschnittlich gebildeten Männern genutzt werden und deswegen sozial exkludierend wirken (Young 2002, S. 49).

Zentral für viele frühe Befürworter deliberativer Demokratie war die Annahme, dass

¹⁴ Mit den Einwänden Youngs setzt sich Talisse kritisch auseinander (Talisse 2005b).

Deliberation, sofern sie nur lange genug dauere, Individualpräferenzen so verändere, dass ein Konsens erzielt werden kann. „[...] there would not be any need for an aggregation mechanism, since a rational discussion would tend to produce unanimous preferences“ (Elster 1999, S. 11).¹⁵ Ob ein Konsens als „intersubjektive Anerkennung kritisierbarer Geltungsansprüche“ (Habermas 1995b, S. 37) empirisch wahrscheinlich ist oder einen anzustrebenden Zustand darstellt, erscheint fraglich. Wird so lange beraten, bis sich ein vollständiger Konsens herausbildet, kann damit die Gefahr mehr oder weniger subtiler Formen des Drucks oder einer Schließung der Kommunikation verbunden sein (Feindt 2001, S. 77; Peters 2007a, S. 89 ff.).

Zum Zweiten existieren empirisch keine Hinweise, dass Deliberation eine einhellige Meinung herausbilden kann (List und Sliwka 2004). Nicht auszuschließen ist, dass Deliberation einen Dissens noch vertieft (Gutmann und Thompson 1996, S. 44). Drittens schließlich argumentieren einige deliberative Theoretiker sowie Anhänger antagonistischer Demokratiemodelle folgendermaßen:

„It is naïve and disciplining to think that there is one right answer to political questions, and that deliberation should be about a frank contest among rival claims on a plurality of goods“ (Neblo 2007, S. 535).

Von der für frühe deliberative Theoretiker wie Habermas zentralen Vorstellung eines vollständigen Konsenses als Ergebnis eines deliberativen Prozesses haben sich neuere Forschungsarbeiten gelöst. Sie gehen häufig von dem weniger anspruchsvollen Ziel eines Metakonsenses aus (Dryzek und List 2003; Gutmann und Thompson 2004). Ein Metakonsens liegt dann vor, wenn individuelle Akteure über die dem Entscheidungsproblem zugrunde liegende ideologische Dimension übereinstimmen und sich ihre Präferenzen auf derselben Links-rechts-Achse einordnen lassen (List 2002). Sie verabschieden sich indes nicht von qualitativen Anforderungen an deliberative Prozesse, da „reason-based collective formation and consensus are not the same thing“ (Fishkin 2009a).

Die Expansion deliberativer Demokratiekonzepte ist durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet. Es erfolgte die produktive Integration der Kritik und damit verbunden eine Ausweitung des Konzepts der Deliberation. Zum anderen ist ein „empirical turn“ im Sinne einer Hinwendung zu empirischen Voraussetzungen, Gestaltungsbedingungen und Folgen deliberativer Politik in unterschiedlichen Kontexten zu beobachten (Steiner 2004; Spöndli 2004; Bächtiger und Hangartner 2010; Neblo et al. 2010). Eine Ausweitung des Konzepts erfolgte durch die Aufnahme „weicherer“ deliberativer Konzepte, sodass die Pluralität auf der konzeptionellen Ebene versucht wird zu integrieren. Zu nennen sind hier beispielhaft Autoren wie Mansbridge (2010). Sie versuchen deliberativer Demokratie ursprünglich gegensätzliche

¹⁵ Ähnlich auch Habermas (1992b), Rawls (1993) und Cohen (1999).

Begrifflichkeiten, wie Selbstinteresse, Strategie, Macht und Emotionen, stärker in deliberativen Konzepten zu integrieren.

„Some deliberative democrats, especially those who traffic in public reason, want to impose narrow limits on what constitutes authentic deliberation, restricting it to arguments in particular kinds of terms; a more tolerant position, which I favour, would allow argument, rhetoric, humour, emotion, testimony or storytelling, and gossip“ (Dryzek 2002, S. 48).

Die Befreiung aus dem engen Korsett des rationalen Diskurses greift Kritikpunkte auf, die bereits von Young verdeutlicht wurden. Sie drehen sich im Kern darum, dass deliberative Demokratiekonzepte, mit ihrer Betonung des rationalen Diskurses als argumentativen Wettstreits um die Vorherrschaft des besseren Arguments, nicht neutral gegenüber gesellschaftlichen Milieus sind, da sie rhetorisch weniger fähige Gruppen benachteiligen. Gebildete Angehörige der Mittelschicht verhalten sich in Diskussionen oft kühl, sachlich und ergebnisorientiert. Sie scheinen an der Kraft des besseren Arguments orientiert und tendieren dazu, Redebeiträge, die emotional, ungeordnet oder zu persönlich erscheinen, zu ignorieren (Young 2002, S. 49). Deliberative Demokratiekonzepte, die den Anspruch erheben, möglichst alle relevanten Perspektiven zu inkludieren, laufen durch diesen rationalen Bias Gefahr, bestimmte Meinungen zu ignorieren, da diese häufig mit einer spezifischen Ausdrucksweise verknüpft sind. Für den vorliegenden Beitrag sind expansive Konzepte deliberativer Demokratie von Bedeutung, da gerade im Internet unkonventionelle Formen der Kommunikation zu beobachten sind. Wie Neblo verdeutlicht, stehen Erweiterungen dessen, was unter Deliberation verstanden wird, in Einklang mit den Intentionen deliberativer Gründungsväter wie Habermas und Cohen, solange sie zumindest einem der folgenden drei Ziele dienen:

1. Sie dienen dazu relevante Informationen, Perspektiven oder implizite Argumente zu geben, die auf anderem Wege nicht vorgebracht worden wären.
2. Sie dienen als Forum für Akteure, die ohne kommunikative Mittel wie Narrative, Humor oder Rhetorik ihre Interessen und Perspektiven nicht oder nur ungenügend artikulieren können.
3. Sie vertiefen Vertrauen, Inklusion, Respekt oder helfen in anderer Weise, um die Voraussetzungen für eine effektive Deliberation zu schaffen (Neblo 2007, S. 533 f.).

Ungeachtet des weiten Rahmens spricht sich auch Neblo dafür aus, dass Deliberation von anderen Formen der Entscheidungsfindung und Interaktion unterscheidbar bleiben muss.

„If deliberation and deliberative theory are to have any cutting power they must be contrasted with other forms of political interaction“ (Neblo 2007, S. 533).

Längere Zeit wurde der Diskurs über deliberative Demokratie fast ausschließlich politiktheoretisch ausgetragen. Trotz seines normativen Gehalts muss politische Theorie empirisch anschlussfähig sein (Göhler 2007, S. 81).

„Sollenspostulate haben nur dann eine Chance auf Umsetzung, wenn sie im Sein auf ‚aufnehmende Strukturen‘ treffen – wenn Wünschbarkeiten hingegen außerhalb des evolutionären gesellschaftlichen Korridors bleiben, bleibt ihr Status im bloß Appellativen befangen“ (Martinsen 2006, S. 63).

Die von Habermas entwickelte Konzeption kommunikativer Rationalität war nie als normative Theorie eines bloßen Sollens gedacht, sondern auch auf die Praxis bezogen (Heming 2007). Deliberation soll neben dem normativen Standard erhöhter Legitimation ein höheres Maß an rationaleren Entscheidungen generieren, das empirisch erkennbar sein muss. Dabei bewegen sich empirisch orientierte Arbeiten zur deliberativen Demokratie auf einem relativ schmalen Grat. Weder dürfen sie zu stark abstrahierend und vielschichtig argumentieren, um Deliberation empirisch zu messen, noch dürfen sie freilich den hohen normativen Anspruch der Theorie vernachlässigen. Trotz dieser kurz angerissenen Schwierigkeiten wird das ursprünglich theoretische Konzept deliberativer Demokratie von empirischen Forschern produktiv aufgegriffen.

Dabei stehen Fragen im Vordergrund, wie sich das theoretische Konzept von Deliberation operationalisieren lässt, inwieweit sich Deliberation in der politischen und zivilgesellschaftlichen Sphäre wiederfindet, und schließlich die Analyse von Deliberation förderlichen Kontextbedingungen (Bächtiger 2008; Thompson 2008). Unterschieden werden kann in der empirischen Deliberationsforschung zwischen der Deliberation unter Bürgern und Deliberation in institutionalisierten Entscheidungsforen wie Parlamenten und ob diese jeweils unter Laborbedingungen oder unter „Real-World-Bedingungen“ stattfindet (Schaal und Ritzi 2009, S. 18).

Zu nennen sind hier vor allem zwei Ansätze: das von Fishkin konzipierte Konzept des Deliberativ Polling (Fishkin 1995; Fishkin 2009b) sowie der Discourse Quality Index (Steiner 2004; Spörndli 2004; Bächtiger 2007). Zur Behebung des Mangels an qualitativ hochwertigen Diskussionsmöglichkeiten luden Fishkin und seine Mitarbeiter zu einer Diskussionsveranstaltung zu einem aktuellen und kontroversen Thema eine repräsentative Gruppe von mehreren hundert Personen ein. Sie konnten über ein politisches Thema mehrere Tage unter Anleitung von Moderatoren und ausgestattet mit ausgewogenem Informationsmaterial, in Kleingruppen sowie mit Experten und Interessenvertretern in größerer Runde, diskutieren (Fishkin 1995). Die theoretisch formulierten Hoffnungen deliberativer Theoretiker wurden unter Laborbedingungen der Deliberative Polls weitgehend erfüllt. So konnten durch Erhebungen vor Beginn und nach Beendigung ein signifikanter

Wissenszuwachs sowie politische Meinungsveränderungen bei den Teilnehmenden festgestellt werden. Gezeigt werden konnte auch, dass das öffentliche Interesse im Gegensatz zu Individualinteressen nach der Phase der Deliberation stärker in den Vordergrund rückt (List und Sliwka 2004; Fishkin 2009b).

Deliberative Polls sind damit ein Beleg für die These, dass deliberative Prozesse zwar keinen vollständigen Konsens erzeugen können, wie von Habermas (1992b) und Elster (1999) theoretisch formuliert, aber einen Metakonsens schaffen, sodass Einigkeit über die Strukturierung des Entscheidungsproblems besteht. Sie zeigen außerdem, dass die Qualität deliberativer Prozesse nicht zuletzt davon abhängig ist, wie diese organisiert sind. Die Leitung der Diskussion durch einen Moderator, ausgewogene Informationsmöglichkeiten sowie die Möglichkeit, unterschiedliche Ansichten externer Experten anzuhören, sind wichtige Faktoren.

Ein in Deutschland entwickeltes Verfahren, das Ähnlichkeiten zu Deliberative Polls aufweist, ist die Planungszelle. Maßgeblich konzipiert wurde sie von Peter C. Dienel (vgl. grundlegend Dienel 1992). Der Begriff der Planungszelle verweist auf den Entstehungszeitraum des Konzepts in den 70er Jahren, in denen staatliche Planung als eine moderne Form des Regierens galt. Dienel erkannte indes schon früh, dass reine Expertenrunden nicht geeignet sind für sich genommen Legitimation und Effizienz von Entscheidungen zu gewährleisten sowie Defizite bei der Bearbeitung von Zukunftsproblemen zeigen (Dienel 1992, S. 15 ff.).

Der hohe Praxisbezug des Verfahrens wird schnell deutlich, da Dienel vergleichsweise detaillierte Angaben zum Aufbau und Ablauf von Planungszellen macht. Eine Planungszelle besteht aus einer Gruppe von 25 Bürgern, die zufällig ausgewählt und für einen gewissen Zeitraum beruflich freigestellt werden. Für diesen Zeitraum erhalten diese eine Vergütung sowie gegebenenfalls weitere Unterstützung, um ihnen eine problemlose Teilnahme zu ermöglichen. Unter Anleitung von Fachexperten und Prozessbegleitern versuchen die Teilnehmer in der vorgegebenen Zeit Lösungen für bestimmte Problemstellungen zu entwickeln (Dienel 1992, S. 74). Die Erarbeitung von Lösungen erfolgt dabei sowohl alleine als auch in Klein- und Großgruppen, wobei Dienel Kleingruppen bevorzugt, da in diesen die Hemmschwelle, sich zu äußern, niedriger ist als in Großgruppen (Dienel 1992, S. 75 ff.). Der Ablauf einer Planungszelle gliedert sich wiederum in verschiedene Phasen, die gewährleisten sollen, dass die Problembearbeitung strukturiert erfolgt (Dienel 1992, S. 111 ff.).

Durch die Auswahl der Teilnehmer per Zufallsverfahren, die Unterstützung durch Moderatoren und Fachexperten sowie den vergleichsweise langen Zeitraum, in dem die Teilnehmer an einer Planungszelle teilnehmen – Dienel spricht von drei Wochen (Dienel 1992, S. 83) – ist diese in der Lage, auch komplexe Problemstellungen zu bearbeiten. Vor

allem die Heterogenität der Planungszelle und die Hilfestellungen für die Teilnehmer erscheinen dabei positiv im Vergleich zu onlinegestützten Verfahren. So ermöglichen die Vergütung und die befristete berufliche Freistellung auch ansonsten schwer abkömmliche Personengruppen zu erreichen. Diese Vorteile erweisen sich unter Umständen als problematisch, da die Teilnehmerzahl relativ begrenzt ist und nicht alle interessierten Bürger teilnehmen können. Hingegen ist die Betroffenheit und Motivation der per Zufallsverfahren ausgewählten Teilnehmer für das zu bearbeitende Thema nicht per se gewährleistet. Auch erscheint der hohe organisatorische und finanzielle Aufwand eher für eine selektive Anwendung des Verfahrens zu sprechen.

Die unter Laborbedingungen gewonnenen Erkenntnisse lassen die Frage offen, ob die mit deliberativen Verfahren verbundenen Erwartungen auch unter realweltlichen Bedingungen auftreten. Diese Frage wurde bezogen auf institutionalisierte politische Entscheidungskontexte von einer Gruppe um Steiner untersucht (Steiner 2004; Spöndli 2004; Bächtiger A 2007). Ausgehend vom Habermas'schen Diskursmodell untersuchten sie empirisch anhand der Indikatoren Begründungsrationalität, Gemeinwohlorientierung, Respekt und konstruktive Politik¹⁶ vergleichend Deliberation im Kontext legislativer Körperschaften in Deutschland, der Schweiz, den USA und Großbritannien. Außerdem wurden auf dem Discourse Quality Index aufbauend 20 ausgewählte Debatten des Vermittlungsausschusses des Deutschen Bundestages analysiert (Spöndli 2004).

Zentrales Ergebnis des Discourse Quality Index war, dass sich unter günstigen kontextualen Bedingungen „Spuren von folgenreicher Deliberation sowohl in der politischen wie in der zivilgesellschaftlichen Sphäre wiederfinden“ (Bächtiger 2008, S. 118). Für legislative Körperschaften wurden sechs deliberationsförderliche oder deliberationshinderliche Kontexte identifiziert: Konsensinstitutionen, Vetomacht, Parteidisziplin, Zweitkammern, Nicht-öffentlichkeit und tiefe Themenpolarisierung. Auch wenn diese Variablen im Zusammenhang mit parlamentarischen Verfahren entwickelt wurden, also unter dem Begriff Elitendeliberation rubriziert werden können, kann vermutet werden, dass einige dieser Elemente auch außerhalb von Parlamenten deliberationsfördernd wirken (Steiner 2004).

In modernen Flächenstaaten wird Öffentlichkeit primär über Massenmedien erzeugt, weswegen der Frage nach dem Ausmaß der Diskursivität der massenmedialen Öffentlichkeit besondere Bedeutung zukommt. Der Beantwortung dieser Frage widmen sich die empirischen Studien von Gerhards und Ferree zum Abtreibungsdiskurs (Gerhards et al. 1998; Ferree 2002) sowie von Rucht et al. zum Nutzen und zu den Gefahren von Genfood (Rucht et al. 2008). Geht man von den Kommunikationsmustern Verlautbarung, Agitation

¹⁶ Der Indikator konstruktive Politik wird durch die Frage erhoben, inwieweit die Redner Vermittlungsvorschläge einbringen.

und Diskurs aus (Neidhardt 1994, S. 20 ff.), dominieren in der massenmedialen Öffentlichkeit empirisch die ersten beiden Formen. Obwohl im Problemverarbeitungsmodus bearbeitet, dominiert der „Aspekt des Werbens gegenüber dem der Verständigung“ (Gerhards et al. 1998, S. 185). Resigniert zieht Washbourne das Fazit, „the rise of larger-scale capitalist and state institutions seemed to necessitate managing people rather than involving them in debate“ (Washbourne 2010, S. 15).

Mit empirischer Deliberationsforschung ist die Hoffnung verknüpft, diese an den theoretisch dominierten Diskurs der deliberativen Demokratie zurückzubinden. Empirische Deliberationsforschung sieht sich freilich mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert.

1. Falsifizierbare Hypothesen gehen Hand in Hand mit eindeutig und klar definierten Begriffen (Thompson 2008, S. 507). Da sich deliberative Demokratie durch eine Heterogenität und Pluralität ihrer zentralen Konzepte auszeichnet, ist sie als gesamte Theorie nicht falsifizierbar. Dies kann aber auf der anderen Seite zu der Gefahr führen, dass es zu einer zu starken Ausdehnung des Konzepts deliberativer Demokratie kommt, sodass sie empirische Sachverhalte nicht mehr erfassen kann oder alle Einheiten die Kriterien erfüllen (Mutz 2008).
2. Zweitens kann, wegen unterschiedlicher theoretischer Grundannahmen, das im Zuge empirischer Studien gewonnene Wissen nur schwer in Relation gesetzt werden. Ein kumulativer Erkenntnisgewinn ist nicht möglich (Schaal und Ritzi 2009, S. 6).

„[...] it is not clear what we have learned as a result. Research on deliberation suffers from (a) too many necessary and sufficient conditions, which are each insufficiently well-specified concepts; (b) a lack of specification of the relationships among the parts comprising the deliberative whole, and their theoretical linkage to the desired outcomes; and (c) a lack of a ‘control group’, that is, a baseline for comparison with other modes of decision making“ (Mutz 2008, S. 536).
3. Drittens schließlich sind einige zentrale Bausteine deliberativer Demokratie nur schwer in die empirische Deliberationsforschung integrierbar (Neblo 2007). So lässt sich beispielsweise das Kriterium der Qualität der Rechtfertigung von Argumenten und Wahrhaftigkeit, mit dem zwischen strategischen und kommunikativen Sprechakten bei Habermas unterschieden werden soll, im Fall von Sprechakten schwer messen. Da es sich dabei um intrapsychische Vorgänge handelt, müsste man schon in die Köpfe der Redner schauen, um zu verifizieren, ob ein Akteur Deliberation nicht vortäuscht, um dahinter bestimmte partikuläre Interessen zu verbergen. Ebenso verschließt sich eines der zentralen Versprechen deliberativer Prozesse, das einer erhöhten Legitimation deliberativ getroffener Entscheidungen, der empirischen Forschung (Thompson 2008, S. 498).

Bei empirischer Deliberationsforschung geht es also weniger um einen Test der Theorie, was bei einer normativ geprägten Theorie ohnehin problematisch wäre. Der Gewinn empirischer Deliberationsforschung für diese Abhandlung besteht vor allem darin, empirische Erkenntnisse in eine theoriegeleitete Arbeit einzuspeisen. In Sinne einer Feedbackschleife können Elemente integriert werden, die zu wahrscheinlicheren Aussagen gelangen, unter welchen Bedingungen deliberative Entscheidungsprozesse als sinnvoll erscheinen, und deliberationsförderliche Kontexte identifiziert werden. Vor allem für die Ausarbeitung der zentralen Standards deliberativer Demokratie, anhand derer das Verwirklichungspotenzial des Konzepts im Internet in dem vorliegenden Beitrag analysiert wird, ergeben sich damit Anknüpfungspunkte. Grundsätzlich erscheint es nicht angemessen, von zwei unabhängigen Strängen der Forschung im deliberativen Paradigma zu sprechen – einem theoretischen und einem empirischen. Vielmehr verweisen beide aufeinander.

1.4.2 Forschungsstand: Internet und Social Web

Im Bereich empirischer Deliberationsforschung sind auch viele Einzelfallstudien vor allem zu Internetdiskussionsforen zu verorten (vgl. Janssen und Kies 2005; Witschge 2007; Albrecht 2010), die aufgrund ihres Einzelfallcharakters indes kaum verallgemeinert werden können. Potenzielle Veränderungen der Kommunikation und Öffentlichkeit durch das Internet werden in der sozial- und politikwissenschaftlichen Literatur seit den 1990er Jahren kontrovers diskutiert. Mittlerweile hat sich diese Beschäftigung in den Sozialwissenschaften zu einem eigenen Forschungsfeld entwickelt, das sich mit der wachsenden Bedeutung des Internets immer weiter ausgebreitet und differenziert hat. Das „discipline building“, das sich in einer Etablierung von wissenschaftlichen Einrichtungen, Konferenzen, akademischen Zeitschriften und neuen Studienschwerpunkten ausdrückte, wurde von Silver (2006) skizziert.

Wie der Beitrag von Silver zeigt, zeichnet sich der Untersuchungsgegenstand als „meta-field“ durch eine interdisziplinäre Herangehensweise aus. Mit unterschiedlicher Intensität findet sich in sämtlichen Teilgebieten des politikwissenschaftlichen Kanons Forschungstätigkeit mit Bezug zu den neuen Medientechnologien. Neben der Politikwissenschaft und der politischen Theorie finden sich darüber hinaus auch Beiträge aus der Medien- und Kommunikationswissenschaft, der Techniksoziologie wie auch aus der Sozialpsychologie (Silver 2006; Grunwald 2006). Rössler weist dabei zu Recht darauf hin, dass Forschung auf diesem Feld ein „enormes Maß an Flexibilität von beteiligten Wissenschaftlern“ erfordere (Rössler 1998, S. 267). Insgesamt befindet sich der Forschungsbereich in einer immer noch relativ frühen Phase der wissenschaftlichen Erschließung, was angesichts des Alters, der raschen Abfolge von Innovationen und des noch bei weitem nicht abgeschlossenen institutionellen Aneignungsprozesses nicht verwundert. Entsprechend schwer tut sich die

Sozialwissenschaft ihre traditionellen Theorieansätze und Beobachtungsinstrumente, die in Auseinandersetzung mit traditionellen Massenmedien gewonnen wurden, den neuen Entwicklungsprozessen anzupassen oder neue Konzepte zur Erklärung zu finden (Neuberger 2009b, S. 22). Diese Entwicklungen spiegeln sich in uneinheitlichen Terminologien, disparaten Fragestellungen, kaum vorhandener Theoriebildung und einer Tendenz zu impressionistischen und anekdotischen Darstellungen wider.

Die Grenzen zwischen öffentlichen und fachwissenschaftlichen Debatten sind fließend, was mit dem schnellen Wandel des Forschungsgegenstandes zusammenhängt und auch Vorteile bietet, da eine Vernetzung und ein Austausch zwischen Praktikern und Wissenschaftlern gegeben ist. Neben den Arbeiten aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen muss deswegen der unter Experten, Praktikern und Nutzern des Mediums geführte öffentliche Metadiskurs über das Internet rezipiert werden. Dieser reagiert oftmals schneller und sensibler auf neuere Phänomene wie Social Web, Cloud-Computing, Privatsphäre und Datenschutz (Neuberger 2009a). Im Folgenden wird der sozialwissenschaftliche Forschungsstand zum Internet anhand der idealtypischen Dreiteilung des Diskurses zwischen Netzoptimisten, Netzneutralisten und Netzpessimisten zusammengefasst.

Die „Dialektik von Apokalypse und Euphorie“ (Kolb und Schemer-Reinhard 2008, S. 85) haben bislang noch alle „neuen“ Medien durchgemacht (Görke 2012). So bildet auch die Frage, ob das Internet der Demokratie Freund oder Feind sei, eine vorherrschende Denkfolie in der sozialwissenschaftlichen Debatte über die Folgen des Internets für politische Entscheidungsverfahren (Pariser 2012). Um einen Überblick über den Forschungsstand zum demokratischen Potenzial des Internets zu gewinnen, bietet es sich an, auf eine idealtypische Dreiteilung des Diskurses zwischen Netzoptimisten, Netzneutralisten und Netzpessimisten zurückzugreifen (Buchstein 1996; Norris 2001; Papacharissi 2002). Gemeinsamer Nenner der meisten Vertreter ist, dass die schnelle Verbreitung des Internets seit den späten 90er Jahren einen diametralen Einschnitt in der Medienentwicklung darstellt (Emmer et al. 2011b, S. 20).

Vor allem in den USA wurde die Möglichkeit einer partizipationserweiternden Wirkung des Internets zunächst positiv bis euphorisch eingeschätzt. Autoren wie Rheingold (1994; 2008), Negroponte (1996), Dyson (1997) sowie ein von Jones editierter Sammelband (1997) zählen zu den prominentesten Vertretern des Demokratisierungstheorems. Sie verbindet die Zuversicht, dass das Internet einen schnellen und kostengünstigen Zugriff auf Informationen in einem großen Umfang ermöglicht und dadurch die Transparenz politischer Prozesse wesentlich gesteigert wird. Damit verbunden fällt das Informations- und Agenda-Setting-Monopol der Massenmedien, sodass sich politische und zivilgesellschaftliche Akteure ohne verzerrende Filter direkt an die Bürger wenden können und die Bürger wiederum die

Rückkanalmöglichkeiten zu einer direkten Reaktion nutzen. Optimistischen Einschätzungen folgend kann sich durch technische Werkzeuge wie Chats, Newsgroups und E-Mail somit die Responsivität des politischen Systems verbessern und politisches Handeln dem Ideal eines ständigen Rückgekoppeltseins nähern.

Auch die Chancen zur Bürgerpartizipation sehen die Optimisten durch das Internet signifikant erhöht, da die Prozeduren ressourcenschonender und unter Umständen effektiver sind. In dem Zusammenhang sind auch Hoffnungen zu verorten, die auf eine Revitalisierung einer integrativen politischen Öffentlichkeit durch die Bildung von Gegenöffentlichkeit und die Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Gegenmacht setzt (Plake et al. 2001; Baringhorst et al. 2009; Winter und Kutschera-Groinig 2010). Mit dem Platzen der Dotcom-Blase erhielten die optimistischen Erwartungen einen herben Dämpfer, sodass Stimmen laut wurden, die statt eines fundamentalen medialen Wandels vielmehr ein „Konstrukt im Rahmen von Übertreibungszyklen“ (Sarcinelli 1997, S. 315) konstatierten. Grundlegende Skepsis äußern Vertreter des Potenzierungstheorems. Dazu zählen unter anderem Buchstein (1996), Postman (2000), Hindman (2009) und Pariser (2012). Sie befürchten, dass das Internet zu einer neuen Stufe der Machtkonzentration und Polarisierung führt. Die spezifischen Eigenschaften interaktiver Informationstechnologien, auf denen die Hoffnungen der Optimisten ruhen, sehen sie dagegen in ihrem Zusammenwirken demokratischen Strukturen abträglich. Informationsüberfluss und in der Konsequenz ein Aufmerksamkeitsmangel sowie Verlust an politischer Orientierung erzeugen ein „paradox of the plenty“ (Keohane und Nye 2004, S. 207), bei dem die Nutzer nicht mehr zwischen glaubwürdigen und unglaubwürdigen und relevanten und irrelevanten Informationen unterscheiden können. Auch die Möglichkeiten des Social Web zur Produktion eigener Beiträge durch die Nutzer und damit zu einer Umgehung des Monopols traditioneller Medienanbieter werden kritisch beurteilt:

„[...] the Internet is not eliminating exclusivity in political life; instead, it is shifting the bar of exclusivity from the production to the filtering of political information“ (Hindman 2009, S. 13).

Optimisten sehen in einer Ausdifferenzierung der Öffentlichkeit durch das Internet vor allem die Chance einer Etablierung für bislang unzureichend repräsentierte Gruppen. Pessimisten verweisen hingegen auf die Gefahren einer Fragmentierung von Öffentlichkeit in unverbundene Teilöffentlichkeiten, in der sich bestehende Positionen verfestigen, ohne durch Außenstehende hinterfragt zu werden, was wiederum zur Gruppenpolarisierung führen kann (Sunstein 2009b; Pariser 2012). Auch eine Ausweitung der Partizipation über das Internet sehen pessimistische Stimmen kritisch. Neben einer unsicheren Datenschutzlage sind sie der Überzeugung, dass Partizipation außerhalb bestehender Institutionen nur durch persönliche Kontakte Handlungsfähigkeit und Stabilität von Gruppen gewährleisten kann

(Nullmeier et al. 2002).

Das einfache Koordinatensystem zwischen dem Entweder einer Utopie und dem Oder eines Albtraums ist in den letzten Jahren in die Defensive geraten, sodass differenzierte und abwägende Stimmen zugenommen haben (Benkler 2006; Leggewie 2009; Sunstein 2009b; Bieber 2010; Neuberger 2011; Nuernbergk 2013). Inzwischen gibt es nur noch wenige wissenschaftlich ernst zu nehmende Analysen, die im Internet die alleinige Rettung der Demokratie oder deren apokalyptischen Untergang sehen.

„Early writings project utopian hopes on the new technology, eliciting a dystopian response. Research on each topic yields two conclusions. First, the Internet’s impact is more limited than either utopian or dystopian visions suggest. Second, the nature of that impact will vary depending on how economic actors, government regulation, and users collectively organize the evolving Internet technology“ (DiMaggio et al. 2007, S. 6).

Dass sich abwägende Stimmen in diesem Entweder-oder-Diskurs durchgesetzt haben, kann auf zwei Gründe zurückgeführt werden. Erstens bleiben beide Lager – unabhängig von ihren inhaltlichen Positionen – oftmals einem Technikdeterminismus verhaftet. In Bezug auf das Internet – so Leggewie schon in den 1990er Jahren – sei „zu viel von neuer Technik und zu wenig von Demokratie die Rede“ (Leggewie 1998, S. 16). Das bloße technische Transformationspotenzial des Internets wurde in positiver wie negativer Hinsicht überschätzt, weil es zu einer kausalen Verknüpfung von technischen Innovationen und sozialen Wirkungen kam, bei der Akteurshandeln, institutionelle Arrangements und Kontextfaktoren ausgeblendet wurden (Lindner 2007, S. 18).

Das Internet wird als ein bloßes technisches Potenzial konstruiert, das aufgrund seiner schnellen Entwicklung ein ideales Medium für ideologische und interessengeleitete Einschätzungen zu sein schien. Dementsprechend bildeten sich zwei Lager heraus. Netzoptimisten vermögen Chancen und Fortschritt hin zu mehr Partizipation und Interaktion zu sehen, während Netzpessimisten mit Verweis auf den Datenschutz und die Informationsüberlastung Alarm schlagen. Dass neue Technologien aufgrund ihrer interpretativen Flexibilität Projektionsfläche für übersteigerte Ängste und Erwartungen sind, ist nicht neu (Schrape 2012). So überschätzte Brecht schon in seiner Radiotheorie in den 20er Jahren den Rundfunk, als er forderte, das Radio solle sich von einem „Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat“ verwandeln, sodass „Hörer zu Mitspielern“ werden und die „Rolle des Sprechers“ einnehmen können (Pias et al. 2008). Auf eine ähnliche Weise wurde als „technikgewordene Reinkarnation der Utopien Bertolt Brechts“ (Schrape 2011, S. 415) das Internet in späteren Jahrzehnten überschätzt. Öffentlichkeit ist aber kein technisches Problem, das sich mit einem zweckdienlichen

technischen Instrumentarium lösen lässt. Der „lange Arm des real life“ wirkt ein Stück weit beharrend auf politische Akteure, Bürger und ihre Einstellungen (Schönberger 2000). Ebenso steht die Habitualisierung der Kommunikationsgewohnheiten und des Mediennutzungsverhaltens vieler Bürger einem schnellen Wandel entgegen (Vowe 2013, S. 31 f.)

Zum Zweiten hat seit dem Ende der 1990er Jahre die Anzahl sozialwissenschaftlicher empirischer Studien zum Internet zugenommen.¹⁷ Die meisten Untersuchungen beschränken sich aus forschungspragmatischen Gründen auf Einzelfälle. Sie betrachten einen kleinen Ausschnitt, da es eine nicht erschöpfend leistbare Aufgabe wäre, die sich im Netz entwickelnde Öffentlichkeit empirisch umfassend in den Blick zu nehmen. Mit tendenziell universalem Anspruch hat dies in einer Verknüpfung von theoretischem und empirischem Material als einziger Manuel Castells in seinem epochalen Werk „Das Informationszeitalter“ (2001, 2002, 2003) versucht. In der überwiegenden Zahl der Fälle zur sogenannten Onlinedeliberation wird Kommunikation im Regelfall in Onlineforen oder sozialen Netzwerken an den Maßstäben einer deliberativen Öffentlichkeit gemessen.

Die bislang vorliegenden empirischen Studien zeichnen ein eher ernüchterndes Bild. Witschge kommt in einer Untersuchung aus dem Jahr 2004 zu dem Fazit: „All in all, the empirical studies present a gloomy picture for deliberative democracy“ (Witschge 2004, S. 120). Rucht et al. kommen wiederum bei einem konkurrierenden Vergleich zwischen Internetangeboten und Printmedien-Erzeugnissen zum Genfood-Diskurs zu dem Ergebnis, dass sich die Vermutung einer Demokratisierung durch das Internet auf schwachem Niveau bestätigt. Zwar sind zivilgesellschaftliche Akteure und ressourcenschwache Akteure tatsächlich etwas stärker als im Vergleich zu Printmedien vertreten, allerdings sollte dieser Befund nicht überbewertet werden.

Bei einer näheren Betrachtung sind die Unterschiede gering, womit zumindest empirisch für den Fall das Reproduktionstheorem bestätigt wird. Hinzu kommt, dass die Internetangebote häufiger einseitig für oder gegen Genfood gerichtet sind, ohne sich auf die Gegenseite zu beziehen (Rucht et al. 2008). Thimm et al. wiederum kommen bei ihrer empirischen Untersuchung zur Frage, inwiefern sich der Microblogging-Dienst Twitter als Diskursmedium eignet, zu dem Ergebnis, dass Twitter aufgrund der Schnelligkeit und Kürze der Botschaften primär als Medium der Informationsverteilung fungiert und kaum als Diskussionsplattform genutzt wird (Thimm et al. 2012).

Übersteigende Erwartungen an neue Technologien sind kein exklusives Internetphänomen.

¹⁷ Zu nennen sind an neueren empirischen Studien beispielsweise Rucht et al. (2008); Wallsten (2008); Davies (2009); Polletta (2009); Neuberger et al. (2010); Zittel (2010); Papacharissi (2010); Albrecht (2010); Emmer et al. (2011a), S. 118 ff.; van Eimeren und Frees (2013).

Im Regelfall folgt auf eine Phase überschäumender Erwartungen eine Phase der allgemeinen Desillusionierung, bevor sich langfristig Vor- und Nachteile einer bestimmten Technologie herausstellen. Einordnungsraster für diese „Wellen des Fortschritts“ auf der Makroebene liefern Ansätze wie der Kondratjew-Zyklus (Reuter 2000). Das Neue am Internet scheint indes zu sein, dass auf die Phase der allgemeinen Desillusionierung diese zeitnah durch neue Visionen abgelöst wird. Nach dem Platzen der Dotcom-Blase folgte ab dem Jahr 2000 eine Phase der Ernüchterung. Mit dem Aufkommen des Social Web hat die binäre Unterscheidung zwischen utopischen und dystopischen Vorstellungen jedoch erneut an Zugkraft gewonnen.

Zu diesen übersteigenden Erwartungen haben auch die Vertreter klassischer Massenmedien in ihren euphorischen Einschätzungen der Möglichkeiten des Social Web beigetragen. So kam die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ im Jahr 2006 zu folgender Auffassung:

„Ein beträchtlicher Teil der Mediennutzung hat sich aus den traditionellen Strukturen gelöst und findet mittlerweile in Eigenregie statt. Mit DSL-Anschluss und Flatrate ist jeder sein eigener Programmierer.“¹⁸

Ähnlich euphorisch urteilte „Der Spiegel“ im gleichen Jahr über die Mitmach-Kultur des Social Web:

„Aus passiven Konsumenten werden höchst aktive Produzenten. Millionen Leser, Radiohörer und Zuschauer schaffen die Inhalte für sich und ihresgleichen selbst.“¹⁹

Die Visionen, die sich mit dem Social Web verbinden, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen (O'Reilly 2005):

1. Die traditionellen Strukturen der Massenmedien mit ihrer One-to-Many-Struktur werden ergänzt durch partizipative Formate wie Blogs und Wikis. Autoren wie Neuberger sehen in ihnen in Anlehnung an die Terminologie von Habermas Anhaltspunkte für einen „Strukturwandel der Öffentlichkeit im Internet“ (Neuberger 2006), die ein hohes Potenzial für alternative Formen von Öffentlichkeit bereitstellen.
2. Diese Entwicklungen wären wiederum nicht möglich durch Phänomene, die unter dem Begriff „Schwarmintelligenz“ oder „Weisheit der Vielen“ (Surowiecki und Gardner 2004) gefasst werden: Vereinfacht gesagt gehen diese Annahmen davon aus, dass Gruppenentscheidungen bessere Lösungen produzieren können als einzelne Experten. Als Paradebeispiel für kollaborative Plattformen wird häufig die Onlineenzyklopädie Wikipedia herangezogen, die in ihrem Umfang, aber auch in ihrer Qualität mit etablierten Nachschlagewerken wie der Enzyklopädie Britannica auf Augenhöhe agiert (Stegbauer

¹⁸ <http://www.zeit.de/2006/38/Popkomm>.

¹⁹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-47602985.html>.

und Rausch 2009).²⁰

3. Aufbauend auf diesen beiden Entwicklungen verschwimmt die klassische Trennung zwischen Produzenten und Verbrauchern. Im Social Web sind die Nutzer potenziell Verbraucher und Konsumenten. Hierfür wird wiederum häufig die Videoplattform YouTube als Beispiel herangezogen. Bruns hat für diese Prozesse, bei denen Nutzer gleichermaßen Rezipienten wie Produzenten von Daten und Informationen sein können, den Begriff des „Produsage“ in Anlehnung an Toffler geprägt (Bruns 2008).
4. Auf der Makroebene verbindet sich mit dem Social Web ein demokratisierungsförderliches Potenzial. So sieht der Netzwerktheoretiker Kruse im gegenwärtigen Social Web die „radikalste Form der Demokratisierung der Gesellschaft“ (Kruse 2010). Luna und Krause schlagen sogar einen Friedensnobelpreis für das Internet vor, denn „wir sind nicht mehr nur die Empfänger der Botschaft, wir sind die Botschaft“ (Luna und Krause 2010).

Sucht man nach den Ursachen, wieso neue Medien hinsichtlich ihres Veränderungspotenzials wiederkehrend überschätzt werden, spielen mehrere Gründe eine Rolle. Erstens wird von Wissenschaftlern und Journalisten beim Aufkommen neuer Medien, aufgrund des anfänglichen Fehlens von empirischen Daten, von technischen Potenzialen auf ihren tatsächlichen Gebrauch geschlossen. Im Internet ist wegen seiner Multioptionalität und schnellen Weiterentwicklung die Kluft zwischen den gewaltigen technischen Potenzialen und dem tatsächlichen Gebrauch besonders ausgeprägt. Nicht mehr der Mangel an Möglichkeiten, sondern das Zuviel an Optionen wird dann zum Problem (Neuberger 2008b, S. 16 ff.).

Zweitens wird das Nutzungsverhalten der frühen Nutzer als Grundlage genommen, um auf das Nutzungsverhalten eines neuen Mediums breiter Bevölkerungsschichten zu schließen. Dabei wird indes häufig nicht kritisch hinterfragt, ob später hinzukommende Normalnutzer die Zeit und die notwendigen Fähigkeiten besitzen, die neuen technischen Potenziale zu nutzen (Schrage 2012, S. 17 ff.). Drittens spielen schließlich ökonomische Interessen eine Rolle, wie sich besonders am Begriff Web 2.0 verdeutlichen lässt. Nach dem Platzen der Dotcom-Blase wurde mit der Suggestion eines Versionssprungs versucht unter dem Deckmantel der Verbreitung kommunikativer Wohltaten wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen (Bettel 2009).

Auch wenn sich mit dem Boom des Social Web primär Hoffnungen auf egalisierende und durchlässigere Strukturen verbinden, lassen sich zu den neuen Möglichkeiten des Social Web ebenso dystopische Stimmen finden. Diese warnen vor der Illusion kollektiver Intelligenz, der Gefahr von Wiki-Lynchjustiz, der Entwertung von Expertenwissen (Lanier

²⁰ Auch die traditionsreiche deutsche Enzyklopädie Brockhaus wird inzwischen nur noch online aktualisiert.

2006) ebenso wie vor einer zunehmenden Kontrolle über persönliche Daten, die sich als ertragreiche Quelle der Wertschöpfung für viele der im Social Web tätigen Unternehmen erweisen (Hindman 2009). Autoren wie Keen sehen durch soziale Netzwerke eine Jugendkultur des digitalen Narzissmus und die „Stunde der Stümper“ anbrechen (Keen und Dierlamm 2008). Pariser befürchtet das Entstehen von Informationsblasen, bei denen neue Informationen ausgeschlossen und bisherige Präferenzen der Nutzer verstärkt werden (Pariser 2012).

Immer noch relativ selten finden sich im aktuellen Diskurs abwägendere, theoretisch fundierte Studien. Im deutschsprachigen Raum sind hier vor allem der Mediensoziologe Schmidt (2006a; 2009a), der Kommunikationswissenschaftler Neuberger (2009b; 2010; 2011) und der Politikwissenschaftler Bieber (2010) zu nennen, die in ihren Studien bemüht sind, ein abwägendes Bild der momentanen Veränderungsprozesse im Internet nachzuzeichnen. Eine theoretische Rückbindung erfolgt nur relativ selten. So stellten Richter et al. in ihrer Analyse aktueller Studien im Bereich der sozialen Netzwerke fest, dass nur zehn Prozent aller Untersuchungen eine theoriegeleitete Perspektive einnahmen (Richter et al. 2011, S. 93).

Grundsätzlich stellt sich bei pauschalen Beurteilungen dieser Art die Frage, ob das Potenzial des Internets adäquat durch die isolierte Analyse einzelner unvermittelt nebeneinander stehender Foren oder Webangebote untersucht werden kann (Schmidt 2009a, S. 47).

„The relatively few sociologists who study the Internet have focused disproportionately on virtual communities, a worthy topic, but not the only one“ (DiMaggio et al. 2007).

Die Diskussion innerhalb sozialer Netzwerke oder Webforen kann als eine Art Encounter-Öffentlichkeit betrachtet werden. Sie als die dominierende Form von Netzöffentlichkeit isoliert zu untersuchen wird den Möglichkeiten des neuen Mediums nicht gerecht. Internetnutzung bedeutet eben auch Daten zwischen verschiedenen Internetformaten wie Blogs, Diskussionsforen, sozialen Netzwerken wie Facebook etc. auszutauschen, zu verlinken oder über unterschiedliche Formate hinweg zu nutzen; eine anwendungsorientierte Perspektive kann dies nicht in den Blick nehmen.

1.4.3 Zusammenfassung des Forschungsstands und Forschungslücken

Der Überblick über die beiden unterschiedlichen Forschungsgebiete zeigt sowohl in der Einzelbetrachtung der beiden Forschungsgebiete wie auch in ihrer Zusammenführung mehrere Forschungslücken. Im Bereich deliberativer Demokratie dominieren politiktheoretische Ansätze, die sich vornehmlich mit einer Idealform deliberativer Demokratie

befassen. Technologisierung wird bei vielen Theoretikern deliberativer Demokratie tendenziell eher mit Skepsis begegnet (Gutmann und Thompson 2004, S. 36). Implizit wird auf den Status quo des Medienwandels rekurriert, das heißt man bleibt den bislang dominierenden traditionellen Massenmedien verhaftet, weil man in der Auseinandersetzung mit ihnen seine Deutungsinstrumente entwickelt hat.

In Anlehnung an Überlegungen von McLuhan macht Kellner darauf aufmerksam, dass sich das Denken nicht nur eines Mediums bedient, um zu kommunizieren, sondern auch bestimmt wird von den in seinem Umfeld dominierenden Medien. Während in der linearen und logischen Anordnung eines Buches mit seinen Absätzen, Seiten und Kapiteln alles mehr oder weniger seinen richtigen Platz zur richtigen Zeit findet, begünstigen die Netzwerkstruktur und der Hypertext des Internets eine Multisequenzialität beim Lesen. Dies eröffnet die Chance, Argumente als Folge möglicher Konsequenzen, die auch zueinander in Widerspruch stehen können, zur Kenntnis zu nehmen (Kellner 2000). Habermas spricht in Bezug auf Öffentlichkeit von einem „Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen“ (Habermas 1992b, S. 436), bezieht aber das Internet nicht in seine Untersuchung mit ein. Während indes die von Habermas beschriebenen Kommunikationsräume aus einem physisch anwesenden Publikum auf Veranstaltungen und Diskussionsrunden etc. gefüllt waren, gilt dies immer weniger in der heutigen Zeit, in der die virtuelle Präsenz reale Präsenz teilweise ersetzt (Wimmer 2007, S. 86 f.).

Damit verbunden ist eine Idealisierung der Face-to-Face-Kommunikation. Ihr werden Eigenschaften zugeschrieben, die sie häufig gar nicht besitzt, wie kontinuierliches Feedback, Kommunikation über mehrere Wahrnehmungskanäle, Spontaneität des Formulierens und Gleichheit der Teilnehmer. Face-to-Face-Kommunikation wird als die dem sozialen Wesen angemessene Kommunikation stilisiert. Computervermittelte Kommunikation wird demgegenüber regelmäßig als minderwertig eingestuft, die Entfremdung erhöht und aufgrund ihrer Kanalreduktion nicht geeignet erscheint komplexe Sachverhalte zu erörtern.

Gleichzeitig ist aber eine wachsende Bedeutung medienvermittelter Kommunikation zu beobachten. So kommen Nullmeier et al. in ihrer theoriegeleiteten Untersuchung eines idealtypischen Webforums zu dem Schluss, dass deliberative Kriterien wie strikte Argumentativität, Zurückhaltungsverbot und Reaktionsgebot durch Verfahren online sichergestellt werden können. Es kann unter Umständen ein höheres Maß an diskursiver Qualität gesichert werden als in realweltlichen Versammlungen. Nur Versammlungen unter anwesenden Personen können nach Einschätzung von Nullmeier et al. indes das nötige Maß an Verpflichtung erzeugen, die eine Gruppe von Personen auf Argumentation und die Einhaltung argumentativ getroffener Entscheidungen festlegt. Erst in einer Face-to-Face-Kommunikation komme es zur Ausbildung einer „politischen Kultur der Deliberation“ und zur

wechselseitigen Stabilisierung von Sozialdisziplin (Nullmeier et al. 2002).

Interaktion zwischen anwesenden Personen wird so zum Ideal, an dem sich Analysen des Medienwandels ausrichten. Hierbei besteht die Gefahr, dass das Ideal der Interaktion zwischen anwesenden Personen als Maßstab genutzt wird. Aufgrund der Kanalreduktion computervermittelter Kommunikation kann dieses Ideal indes nicht erreicht werden. Dabei versäumt man außerdem die Vorteile computervermittelter Kommunikation im Vergleich zur Face-to-Face-Kommunikation herauszustellen.

„Solche Sehnsucht nach einem authentischen Gegenüber paart sich nun leicht mit technikskeptischen, wenn nicht technikkritischen Perspektiven. Die Tendenz, künstliche Medien mit einem drohenden Verlust an Authentizität und Sozialität zu assoziieren, ist seit jeher wirkungsmächtig“ (Schultz 2001, S. 90).

Ein Problem deliberativer Demokratietheorie ist weiterhin die Spezifikation institutioneller Arrangements, die deliberationsunterstützend wirken. Deliberative Demokratiekonzepte sehen sich immer noch explizit oder implizit mit dem Vorwurf der Utopie, Naivität und Realitätsferne konfrontiert (Luhmann 1993, S. 49 ff.; Hibbing und Theiss-Morse 2002), auch wenn inzwischen eine Reihe von Institutionalisierungsformen existiert. Deliberative Demokratietheorie gilt Kritikern dessen ungeachtet als normative Kontrastfolie zur empirischen Wirklichkeit (Schaal und Heidenreich 2009). Potenziell kann mit der Etablierung von Social-Web-Anwendungen, dem Erreichen einer kritischen Masse von Nutzern, die zunehmend mit den Vorzügen computervermittelter Kommunikation vertraut sind und die Vorteile der Netzöffentlichkeit nutzen, die Kommunikation im Internet eine neue Qualität annehmen. Damit wird die Frage aufgeworfen, inwieweit die bisherigen ambivalenten Ergebnisse sowohl zur realweltlichen Deliberation als auch zur Onlinedeliberation durch Social-Web-Anwendungen hinfällig werden könnten oder sich im Social Web fortschreiben.

2 Demokratietheoretische Annäherungen – liberale und republikanische Demokratietheorien

Ausgangspunkt deliberativer Demokratiekonzepte ist die Auseinandersetzung mit liberalen, outputorientierten und republikanischen, inputorientierten Demokratiemodellen. In der Auseinandersetzung mit den blinden Flecken beider Konzeptionen entwickelten deliberative Demokratiekonzepte ihre Grundbegriffe und Kernthesen. Ohne die Kenntnis der beiden Hauptströmungen der Demokratietheorie bleibt das Anliegen deliberativer Demokratiekonzepte unscharf. Im folgenden Kapitel werden die Grundzüge liberaler und republikanischer Modelle der Organisation politischer Herrschaft diskutiert. Den Ausgangspunkt bildet dabei die Frage, wie ein politisches System organisiert sein muss, um

als rechtmäßig angesehen zu werden. Zunächst wird der zentrale Begriff der Legitimität vorgestellt, der grundlegende Unterschiede zwischen den verschiedenen Konzepten aufzeigt. Ausgehend von den zentralen Differenzen ergeben sich weitere Unterschiede beim Rechtsbegriff, den institutionellen Voraussetzungen sowie bei normativen Ansprüchen, die liberale und republikanische Ansätze an eine demokratische Öffentlichkeit stellen. Vor dem Hintergrund werden in Kapitel 3 die gegenwärtigen Herausforderungen, denen sich demokratische Systeme stellen müssen, dargestellt und wird argumentiert, dass liberale und republikanische Konzepte in einer Absolutsetzung nicht geeignet erscheinen Legitimität und Effektivität politischer Entscheidungen zu gewährleisten. Einfache Mehrheitsentscheidungen, so die Argumentation, sind vor dem Hintergrund der dargestellten Herausforderungen weder effektiv noch in der Lage, diese auf legitime Art und Weise zu lösen. Das bedeutet indes nicht, dass Vertreter deliberativer Konzepte Mehrheitsentscheidungen ablehnen. Vielmehr hängt die Legitimation von Mehrheitsentscheidungen zunehmend davon ab, wie der davor geschaltete Willensbildungsprozess gestaltet ist (Saretzki 2014, S. 30).

2.1 Konzepte demokratischer Legitimation

Legitimität gehört zusammen mit Macht und Herrschaft zu den zentralen Begriffen der Politikwissenschaft (Jarren 1998, S. 253). Im Kontext der gegenwärtigen Transformation politischer Steuerung, Integration und Herrschaft, die allgemein unter dem Begriff Governance subsumiert werden, tritt die Legitimation politischer Entscheidungen verstärkt in das Zentrum der politikwissenschaftlichen Analyse (Benz et al. 2007; Scharpf 2009).

Kennzeichen von Politik, so Pelinka, ist Knappheit von Gütern. Aufgrund ihrer Knappheit entstehen Verteilungskonflikte, die durch Macht gelöst werden können. Herrschaft wiederum lässt sich in Anlehnung an Max Weber als institutionalisierte Macht verstehen (Pelinka 2004, S. 21 f.). Entscheidend ist die Frage, wie institutionalisierte Macht legitimiert ist. Legitimation stellt eine „demokratiethoretische Fundamentalkategorie“ dar, da politisches Handeln in demokratischen Systemen legitimiert sein muss und diese Legitimation über das bei Wahlen vergebene Vertrauen hinausreichen muss (Sarcinelli 2005, S. 85).

„Recht und politische Herrschaft müssen akzeptiert werden, dann entwickeln sich aus dieser Annahme durch die Bürger, wechselseitig wieder Stabilität der Demokratie und die Legitimität der Herrschaft kann weitergezeichnet werden“ (Habermas 1992a, S. 352).

Was aber kann den Legitimitätsglauben in einer Herrschaftsordnung begründen? Legitimitätsüberzeugungen unterliegen einem historischen Wandel und beinhalten unterschiedlich begründete Kriterien zur Beurteilung des Geltungsanspruchs politischer

Herrschaft. Der Einsatz herrschaftlicher Kompetenz bleibt ineffektiv, solange er nicht vom Legitimitätsglauben der Normadressen gestützt wird. Erst dieser Legitimitätsglaube sichert in der Formulierung Webers den Gehorsam in der Weise, „daß das Handeln des Gehorchenden im Wesentlichen so abläuft, als ob er den Inhalt des Befehls um dessen selbst willen zur Maxime seines Verhaltens gemacht habe“ (Weber 1921, S. 123).

Die Überzeugung von der Legitimität einer politischen Entscheidung beruht auf dem Glauben an die Richtigkeit der Entscheidungen (Schmidt 2000, S. 191 f.). Selbst wenn Normadressaten aber nicht von der Richtigkeit einer Entscheidung überzeugt sind, erhöht die Legitimation einer politischen Ordnung die Chance, dass Entscheidungen befolgt werden (Feindt 2001, S. 72). Geteilte Legitimitätsüberzeugungen verringern die Notwendigkeit und die Kosten von Kontrollen derjenigen, die nicht mit der Entscheidung einverstanden sind, die ansonsten erforderlich wären, um regelkonformes Verhalten zu erzwingen (Scharpf und Schmid 1999). Weber entwirft zusammenfassend eine empirische Legitimationstheorie, die Legitimität danach bemisst, ob Entscheidungen von Bürgern akzeptiert werden oder nicht. Ob dieser Glaube an die Richtigkeit inhaltlich auch gerechtfertigt ist, spielt in Webers Legitimitätskonzept keine Rolle.

Hieraus ergeben sich zwei Forschungsperspektiven: Die tatsächliche Folgebereitschaft der Bürger kann vor dem Hintergrund empirisch ermittelbarer Legitimitätsvorstellungen untersucht werden. Ferner kann in normativer Perspektive diskutiert werden, für welche Legitimitätsvorstellungen sich gute Gründe anführen lassen. Habermas und andere Vertreter deliberativer Demokratiekonzepte schlagen die zweite normative Richtung ein. Sie suchen nach Gründen, welche für die Richtigkeit politischer Entscheidungen inhaltlich sprechen. Zu dem Zweck differenziert Habermas zwischen Akzeptanz und Akzeptabilität (Anerkennungswürdigkeit). Akzeptanz ist nur die Anerkennung einer Norm, die auch durch Tradition, Loyalität, Furcht oder strategisches Kalkül hervorgerufen werden kann. „Legitimität bedeutet die Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung“ (Habermas 1976, S. 39). Legitim ist eine Herrschaftsordnung nur, wenn sie sich auf Normen stützen kann, denen alle potenziell Betroffenen – unter Abwesenheit von Zwang und Täuschung und unter den Bedingungen, die ihnen ein verständigungsorientiertes Handeln ermöglichen – zustimmen können.

Eine besondere Bedeutung in der demokratietheoretischen Diskussion über Legitimitätsvorstellungen nimmt das von Easton entwickelte systemtheoretische Modell ein (Easton 1965). Er unterscheidet in seinem Modell zwischen den Anforderungen an das politische System, dem Input, und den Leistungen des politischen Systems, dem Output. Scharpf entwickelte die Unterscheidung zwischen Input- und Outputlegitimation weiter. Er unterscheidet Demokratietheorien danach, ob sie das politische System primär vom Input

oder vom Output her zu rationalisieren versuchen (Scharpf 1972; Scharpf 1997). Zur Beantwortung der Kernfrage demokratischer Legitimation – auf welcher Weise „Herrschaft durch Demokratie“ legitimiert werden kann – nimmt Scharpf Bezug auf die berühmte Trias Lincolns, des „government of the people, by the people and for the people“ (Scharpf 1997, S. 5).²¹ Ausgangspunkt inputorientierter Ansätze ist die Frage, „wie das politische System eingerichtet sein müsse, wenn Entscheidungen möglichst unverfälscht aus der gleichen Partizipation aller hervorgehen sollen“ (Scharpf 1972, S. 25). Inputlegitimierung ist gleichbedeutend mit „government by the people“. Entscheidungen sind legitim, wenn sie von den authentischen Präferenzen der Mitglieder einer politischen Gemeinschaft abgeleitet werden können – die Teilhabe an der Entscheidungsfindung steht im Vordergrund.

„Government for the people“ entspricht der Vorstellung outputorientierter Ansätze. Legitimität bemisst sich nicht daran, ob der Volkswille unverfälscht implementiert wird. Legitimität erwächst aus der Leistungsfähigkeit und den Ergebnissen des Systems, was keiner gemeinsamen Identität, sondern nur einer Reihe von verallgemeinerungsfähigen Interessen bedarf (Scharpf 1997, S. 7 f.). Für outputorientierte Ansätze ist die Wahl und Abwahl der Entscheidungsträger in Verbindung mit der Forderung, dass in der politischen Öffentlichkeit alle Akteure und Meinungen abgebildet werden und nicht durch Ausschluss einzelner Gruppen oder Meinungen die Selbstbeobachtung beeinträchtigt wird, zentral (Sarcinelli 2005, S. 53 ff.). Die Legitimation von „government for the people“ kann auch für nichtdemokratische Systeme charakteristisch sein. Legitimation von Politikergebnissen erfolgt in outputorientierten Ansätzen ohne zwingende Rückbindung an ein demokratisches Zustandekommen der Herrschaft für das Volk und verhält sich neutral zum demokratischen oder nichtdemokratischen Zustandekommen dieses Outputs.

Moderne Demokratietheorien können in vielfältiger Hinsicht voneinander unterschieden werden. Dabei steht weniger die Frage eines Mehr oder Weniger an Demokratie im Raum, sondern zunächst die Frage der Organisation politischer Gleichheit. Folgt man den oben skizzierten Modellvorstellungen von Input- und Outputlegitimation, können normative Demokratietheorien danach differenziert werden, ob sie das politische System primär vom Input oder vom Output her rationalisieren wollen (Scharpf 1972, S. 21). Wie sich im Zuge der Diskussion herausstellte, können beide Konzepte nicht vollkommen unabhängig von dem jeweils anderen Modus bestehen. Trotzdem ist die idealtypische Differenzierung geeignet als erkenntnistheoretische Heuristik die großen Linien der Entwicklung der modernen Demokratietheorie zu skizzieren. Legen inputorientierte Demokratietheorien ihren normativen

²¹ Die Dimension des „government of the people“ und damit die Frage, wer das Staatsvolk ist, setzt Scharpf als gegeben voraus (Scharpf 1997, S. 5). Die Frage nach der Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft und der Abgrenzung des Staatsvolkes erscheint aber in modernen Gesellschaften wichtig, um zu bestimmen, wer überhaupt zu den Stimmberechtigten gehört.

Schwerpunkt auf der Beteiligung am politischen Prozess, argumentieren outputorientierte Demokratietheorien, dass es ausreichend ist, wenn das politische System responsiv auf die Präferenzen des Demos reagiert (Scharpf 2002).

Input- und outputorientierte Konzepte der Demokratietheorie bilden das Umfeld deliberativer Demokratiekonzepte. Habermas rubriziert verschiedene primär input- oder outputorientierte Konzepte unter die Begriffe liberale und republikanische Demokratietheorie und verortet sein deliberatives Demokratiemodell zwischen beiden Modellen (Habermas 1992a).²²

„Unterschiede ergeben sich sowohl zur liberalen Konzeption des Staates als des Hüters einer Wirtschaftsgesellschaft wie zum republikanischen Konzept einer staatlich institutionalisierten sittlichen Gemeinschaft“ (Habermas 1992a, S. 359).

Die vorgeschlagene Differenzierung zwischen liberaler und republikanischer Theorie hat den Vorteil, nicht an bestimmte institutionelle Arrangements anzuknüpfen. Diese unterscheidet stattdessen nach den Modi der Integration, das heißt, wie aus Einzelinteressen Willensbildung hervorgeht. Weiterhin differenziert die Unterscheidung zwischen liberaler und republikanischer Theorie, wie vor diesem Hintergrund Entscheidungen Legitimität beanspruchen dürfen. Erst darauf aufbauend entwickeln sich institutionelle Arrangements und Anforderungen an die Bürger sowie die Öffentlichkeit.

Liberale Ansätze bilden den heute dominierenden Typus moderner Demokratietheorien. Als sogenannte realistische Theorie der Demokratie weisen sie eine Affinität zur Funktionslogik moderner demokratischer Systeme auf. Ausgangspunkt bilden individuelle Akteure. Ihnen wird im Gegensatz zu republikanischen Theorien Vorrang vor dem Gemeinwesen eingeräumt. Da aus liberaler Warte Partikularinteressen dominieren, steht die Frage, wie der politische Prozess organisiert sein muss, um Effizienz zu sichern, individuelle Interessen zu wahren und Machtmissbrauch auszuschließen, im Zentrum liberaler Konzepte (Held 2006, S. 125 ff.).

Liberale Konzepte sehen in demokratischen Prozessen zwar das beste Mittel, die Ziele zu erreichen. Sie vertrauen den Abstimmungsberechtigten aber nur begrenzt, weswegen sie Schranken zur Wahrung von Grundrechten aufstellen (Forst 2007, S. 227). So bedarf es vor allem der Institutionalisierung eines konstitutionell abgesicherten Systems der „checks and balances“ sowie pluralistischer Strukturen der Interessenvertretung zur Beschränkung der Staatsgewalt. Zur liberalen Denkrichtung zählen utilitaristische, elitendemokratische und pluralistische Ansätze sowie die ökonomische Theorie nach Downs und konsens- und

²² Es existieren zahlreiche noch weiter ausdifferenzierte Typologisierungen von Demokratietheorien, die sich im Regelfall auf die Dreiteilung zwischen liberalen, republikanischen und deliberativen Demokratietheorien zurückführen lassen (Schmidt 2000; Kymlicka 2002; Held 2006). Ein Überblick findet sich auch bei Martinsen (2006, S. 50).

systemorientierte Theorien (Abromeit 2002; Palazzo 2002, S. 15).

Republikanische Theorien gehen vom Vorrang des Gemeinwesens gegenüber dem Individuum aus. Erst ein Gemeinwesen ermöglicht die Ausbildung der Fähigkeiten ihrer Mitglieder und ist für die Identität des Individuums konstitutiv. Selbstbestimmung jenseits des Selbstverständnisses einer Gemeinschaft ist nach der Auffassung nicht vorstellbar (Martinsen 2006, S. 57 ff.; Forst 2007, S. 236). Steht im liberalen Paradigma die individuelle Freiheit vor staatlichem Machtmissbrauch im Zentrum, bildet die Frage, wie ein Gemeinwesen organisiert sein muss, „wenn Entscheidungen möglichst unverfälscht aus der gleichen Partizipation aller hervorgehen sollen“, den Ausgangspunkt der in der Tradition Rousseaus stehenden republikanischen Demokratiemodelle (Scharpf 1972, S. 25). Als Antwort wird eine radikale Volkssouveränität im Sinne der Identität von Herrschenden und Beherrschten vorgeschlagen.

Der Gesetzgebungsprozess als Kern der Souveränität soll in republikanischen Theorien idealtypisch alleine dem Demos vorbehalten sein, möglichst ohne die Einschaltung intermediärer Instanzen. Demokratie so verstanden ist die Herrschaft der Bürger, nicht die Herrschaft über Bürger, wie sie in liberalen Modellen unvermeidlich ist (Palazzo 2002, S. 16). Die Übertragung der unveräußerlichen und unteilbaren Volkssouveränität auf Repräsentativorgane, wie im liberalen Paradigma, ist unter diesem normativen Anspruch nur eine Notlösung. Sie läuft Gefahr, sich als „Achillesferse der modernen Demokratietheorie“ zu erweisen (Sartori 1992, S. 40). Zur modernen republikanischen Theoriefamilie gehören heute kommunitaristische Ansätze (Taylor 1994; Walzer 1998), identitäre Demokratietheorien (Kielmansegg 1994), starke Demokratie (Barber 1984) und dialogische Demokratie (Giddens 1999).

2.1.1 Der Rechtsbegriff und institutionelle Voraussetzungen in liberalen und republikanischen Konzepten

Ausgehend von den zentralen Differenzen ergeben sich weitere Unterschiede beim Rechtsbegriff, den institutionellen Voraussetzungen sowie normativen Ansprüchen, die liberale und republikanische Ansätze an eine demokratische Öffentlichkeit stellen (Gerhards et al. 1998, S. 28 ff.; Ferree 2002; Martinsen 2009).

Beim Rechtsbegriff gehen liberale Konzepte von einem Primat subjektiver Rechte aus. In Abgrenzung zum vormodernen Recht, welches dem Individuum primär Verpflichtungen auferlegt, ihm vorgibt, wie es sich zu verhalten hat und ihm bei Unterlassung mit Konsequenzen droht, kommt es in liberalen Theorien zu einem Wandel des Rechtsbegriffs. Aus der Verpflichtung, nicht zu stehlen, und der bloßen Berechtigung, nicht bestohlen zu

werden, wird eine Machtquelle im Sinne subjektiver Rechte. Sie geben dem Einzelnen Recht auf Eigentum, Leben, Freiheit etc. Subjektive Rechte sind negative Rechte, das heißt Rechte, die die Freiheit des Einzelnen vor staatlicher Willkür garantieren sollen. Ziel solcher negativer Rechte ist es, Individuen Handlungsspielraum zu geben, um ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu verwirklichen (Habermas 1992a, S. 13 f.). Zur Folge haben subjektive Rechte eine Machtasymmetrie zwischen besitzenden und nichtbesitzenden Bürgern, da Letztere stärker an Autonomie gewinnen. Politische Rechte haben eine ähnliche Struktur. Als Träger politischer Rechte haben die Bürger die Möglichkeit, ihre individuellen Interessen durch Aggregation individueller Präferenzen so zur Geltung zu bringen, dass sie über die Zusammensetzung der politischen Repräsentativorgane und damit der Regierungsbildung entscheiden. Auf diese Weise können sie kontrollieren, ob in ihrem Interesse regiert wird (Habermas 1992a, S. 13).

Die Kritik republikanischer Vertreter gegenüber dem politischen Liberalismus gilt dem negativen, individualistischen Konzept persönlicher Freiheit. Nach republikanischer Auffassung ergibt sich die Freiheit des Einzelnen aus der kommunikativen Beziehung zu anderen. Persönliche Autonomie kann der Bürger deswegen nur in Assoziationen mit anderen erlangen (Honneth 2000, S. 287). Politische Teilhaberechte werden als positive Freiheitsrechte verstanden. Es wird nicht die Abgrenzung vom Gemeinwesen betont und die Abwehr von staatlichen Eingriffen, sondern die aktive Beteiligung an der Politik. Der republikanische Rechtsbegriff ist gegenüber dem Individuum somit fordernder. Aufgabe des Staates ist nach republikanischer Auffassung nicht nur der Schutz gleicher Grundrechte, sondern die Suche und Gewährleistung von inklusiven Meinungs- und Willensbildungsverfahren, die geeignet sind, den Volkswillen festzustellen, und unter denen sich Bürger über gemeinschaftliche Interessen verständigen können. Rechtsnormen in republikanischen Ansätzen haben damit einen objektivrechtlichen Gehalt (Habermas 1992a, S. 14 f.). Politische Teilhaberechte sind darauf angelegt Allgemeininteressen zu dienen. Sie begründen aber keine subjektiven Rechte, da jede Rechtsvorschrift republikanischer Auffassung folgend den Einzelnen schützt, indem sie die Allgemeinheit schützt. Ansprüche an die Mitglieder eines Gemeinwesens sind entsprechend höher, da republikanische Theorien das Engagieren für die eigenen öffentlichen Belange voraussetzen (Bonacker 2006, S. 203).

Welche institutionellen Designs gewährleisten, dass individuelle Interessen und Bedürfnisse oder ein möglichst inklusives Meinungs- und Willensbildungsverfahren umgesetzt werden? In liberalen Konzepten bildet die Verfassung die wichtigste Institution. Einerseits fixiert sie Verfahren repräsentativer demokratischer Willensbildung. Zum anderen enthält sie eine Liste mit Grundrechten, die dem Zugriff der demokratischen Mehrheit entzogen sind, sodass

demokratische Machtausübung sowohl ausgeübt als auch kontrolliert werden kann. Die Herrschaft des Demos erfolgt in liberalen Systemen durch Einschaltung von Repräsentanten. Demokratische Herrschaft ist in liberalen Modellen repräsentative Herrschaft. Die Beteiligung der Bürger beschränkt sich auf regelmäßig stattfindende Wahlen, die im Sinne des Responsivitätsprinzips den Wechsel des Regierungspersonals ermöglichen. Als übergeordnete Kontrollinstanz übernimmt eine unabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit die letztgültige Kontrolle der Legitimität demokratischer Entscheidungen und wacht über die Einhaltung der Grundfreiheiten (Habermas 1992a, S. 12 ff.; Martinsen 2009, S. 46 f.).

Zur konkreten Ausgestaltung von Institutionen, die den Volkswillen möglichst unmittelbar zum Ausdruck bringen, bleiben auch neuere republikanische Ansätze wage. Einen elaborierten Katalog von direkten politischen Beteiligungsmöglichkeiten hat Barber erarbeitet. Er schlägt als alternative Konzeption zu repräsentativen Organen „neighborhood assemblies“ vor, das heißt die Schaffung von Partizipationsangeboten auf lokaler Ebene in Nachbarschaften und Gemeinden, die als Schulen der Demokratie fungieren. Sie sollen zur Aufstellung der politischen Agenda und der Diskussion einzelner Themen dienen und schließlich auch als Gremium der Entscheidungsfindung fungieren – ein Modell, das von seiner Struktur her an die in Neuengland heute noch existierenden Town Meetings angelehnt ist (Barber 1984, S. 21).

Moderne Varianten republikanischer Theorie erkennen allerdings die Notwendigkeit von vermittelnden Akteuren an. Diese Funktion wird nicht vornehmlich politischen Parteien zugesprochen, sondern zivilgesellschaftlichen Organisationen, deren Führung den Mitgliedern gegenüber unmittelbar rechenschaftspflichtig ist. Grundrechten und einer Verfassungsgerichtsbarkeit messen republikanische Ansätze eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Da der Fokus auf gemeinsam geteilten Werten liegt, sieht man weniger in einer Tyrannei der Mehrheit eine Gefahr, als in Formen der Politik, die Gerichten mehr Autorität zugesteht als dem Demos. Sie wird von republikanischen Vertretern als „moderne Form der Philosophenherrschaft“ (Walzer) oder als „dünne Demokratie“ (Barber) kritisiert (Forst 2007, S. 227).

2.1.2 Öffentlichkeit aus liberaler und republikanischer Perspektive

Die zentrale Bedeutung von Öffentlichkeit ist in republikanischen wie in liberalen Konzepten unbestritten (Gerhards et al. 1998; Gerhards 1997; Ferree et al. 2002; Martinsen 2009). In Abhängigkeit von unterschiedlichen demokratiethoretischen Konzeptionen variieren aber die normativen Ansprüche, die liberale und republikanische Ansätze an eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit stellen.

Im liberalen Paradigma wird Politik als Konkurrenzkampf der politischen Eliten um Wählerunterstützung verstanden. Um vor dem Hintergrund eine wohlbegründete Wahl treffen zu können, müssen sich zum einen alle relevanten gesellschaftlichen Strömungen zu politischen Themen äußern können. Zum anderen muss den Stimmberechtigten die Möglichkeit gegeben werden, sich über ihre Repräsentanten und alternative Kandidaten vor der Wahl zu informieren (Gerhards et al. 1998, S. 28 ff.). In liberalen Konzepten ist Öffentlichkeit so verstanden ein Monitor, auf dem die Bürger ihre gewählten Vertreter beobachten, zwischen den Wahlen kontrollieren können und verschiedene Positionen politischer Akteure sichtbar gemacht werden. Gleichzeitig wissen im Resonanzraum Öffentlichkeit politische Akteure von der kontinuierlichen Beobachtung. Sie orientieren sich, da sie abhängig von den Beobachtern sind, an den Präferenzen der Bürger. Responsivität der Repräsentanten gegenüber den Wählern wird im liberalen Paradigma über Öffentlichkeit hergestellt (Gerhards 1997, S. 63; Sartori 1997, S. 476).

Trotz ihrer Bedeutung sollen politische Repräsentanten sich an der im Resonanzraum Öffentlichkeit geäußerten Meinung zwar orientieren, nicht aber von dieser abhängig sein. Im liberalen Paradigma dient Öffentlichkeit nicht der Herstellung von Mehrheitsentscheidungen. Diese herbeizuführen obliegt den politischen Entscheidungsinstanzen (Gerhards et al. 1998, S. 30 f.). Entsprechend wird auch für deliberative Demokratiekonzepte Nichtabgeschlossenheit von Debatten abgelehnt (Gutmann und Thompson 2002). Haben politisch legitimierte Volksvertreter eine Entscheidung getroffen, besteht kein Bedarf mehr an weiteren Debatten, da ansonsten die Gefahr besteht, dass sie aufgrund diametraler Gegensätze ins Unendliche ausufern und damit unter Effizienzgesichtspunkten keinen weiteren Beitrag zur Lösung leisten.

„Representatives are elected in order to decide for the people, and once a decision is reached, there is no further need for debate. Representative liberal theory endorses a norm of *closure* [Hervorhebung im Original] – a time at which all concerned can agree that the matter has been decided and the system moves on“ (Ferree et al. 2002, S. 294).

Folgt man den Annahmen, dann ist in Flächenstaaten Öffentlichkeit, die gesamtgesellschaftliche Relevanz besitzt, nur über Massenmedien vorstellbar. Formen von Präsenzöffentlichkeit sind mit den Leistungsanforderungen überfordert (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 54 ff.). Um die Freiheit der Massenmedien vor politischer Einflussnahme zu gewährleisten, setzen liberale Vertreter auf eine verfassungsrechtliche Absicherung. Die notwendige Widerspiegelung des Meinungspluralismus, das Kriterium der Vielfalt, bleibt primär dem Markt überlassen. Die Konkurrenz der Medienunternehmen soll einen freien Marktplatz der Ideen bewirken (Ferree et al. 2002, S. 293).

Da aus liberaler Werte eine möglichst umfassende Repräsentation gesellschaftlicher Interessen in den Massenmedien wünschenswert ist, sind aktuelle Wandlungsprozesse in den Rundfunkmedien, die zu einer Steigerung der Kanalvielfalt führen, positiv zu werten. Auch erhoffen sich liberale Vertreter eine größere Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme in privaten Rundfunkmedien (Martinsen 2009, S. 48 f.). Unterbeleuchtet bleibt die Frage, wie der vom liberalen Paradigma geforderte sachliche Kommunikationsstil (Ferree et al. 2002, S. 293 f.) und die in fundamentalen Konflikten geforderte „conversational constraint“ (Ackerman 1989, S. 17) in privatwirtschaftlichen Medien eingehalten werden können.²³ Daneben ergeben sich Risiken für die mediale Vielfalt durch Monopolisierungstendenzen, welche die Pluralität der veröffentlichten Meinungen gefährden und eine reine Vielfaltssicherung über Marktmechanismen zweifelhaft erscheinen lassen (Martinsen 2009, S. 47 f.).

Die Etablierung neuer Medien ist vor dem Hintergrund des aus liberaler Werte zentralen Konzepts der Responsivität und Meinungsvielfalt positiv zu beurteilen (Martinsen 2009, S. 49 f.). Sie fördert die Bereitstellung von öffentlichen Informationen durch Abgeordnete, Parlamente und staatliche Institutionen, die Transparenz politischer Verfahren. Neue Medien schaffen – beispielsweise durch die Veröffentlichung von Plenumsprotokollen – zusätzliche Informationsinhalte, die dem Bürger bislang schwer zugänglich waren. Ferner ermöglichen zum Beispiel E-Mail und das Social Web eine niedrigschwellige Kommunikationsmöglichkeit. Sie eröffnen im Zusammenspiel mit themenspezifischen Diskussionsforen politischen Akteuren die Option, den Resonanzraum Öffentlichkeit tiefergehend als über traditionelle Medien zu beobachten und in den direkten Austausch mit den Bürgern zu treten (Zittel 2010, S. 36 ff.). Problematisch erscheint aus Sicht liberaler Konzepte die Struktur neuer Medien, da diese kaum dem rationalen Meinungs Austausch zuträglich erscheint. Fragmentierungstendenzen und ein Zuviel an Partizipation können ebenso problematisch gewertet werden. Für liberale Konzepte stellt das Internet zusammenfassend eine Verbesserung der Möglichkeiten der Informationsvermittlung dar, die als Ergänzung der Funktionen traditioneller Massenmedien anzusehen ist (Martinsen 2009, S. 49).

Wie in liberalen Öffentlichkeitstheorien ist in partizipatorisch orientierten Öffentlichkeitsmodellen die Vielfaltssicherung eine zentrale Anforderung an eine funktionierende Öffentlichkeit. Darüber hinausgehend stellen republikanische Ansätze

²³ Ackerman beschreibt das liberale Gebot kommunikativer Selbstbeschränkung folgendermaßen: „When you and I learn that we disagree about one or another dimension of the moral truth, we should not search for some common value that will trump this disagreement; nor should we try to translate it into some putatively neutral framework; nor should we seek to transcend it by talking about how some unearthly creature might resolve it. We should simply say nothing at all about this disagreement and put the moral ideals that divide us off the conversational agenda of the liberal state“ (Ackerman 1989, S. 16).

weitere anspruchsvolle Anforderungen an eine funktionierende Öffentlichkeit. Da nach ihrer Auffassung das Ausmaß der Bürgerbeteiligung mit den Möglichkeiten, sich zu beteiligen, wächst, Demokratie mithin Demokratie erzeugt, ist eine zentrale Funktion von Öffentlichkeit, politisches Interesse aufseiten der Bürger zu fördern und zur Herausbildung entsprechender Fähigkeiten und Präferenzen beizutragen. Ziel ist ein „Empowerment“ der Bürger. Das Ensemble der Sprecher soll so ausgeweitet werden, dass möglichst viele Bürger als Experten der Lebenswelt in Angelegenheiten, die sie betreffen, in massenmedialen Debatten eine Stimme erhalten (Ferree et al. 2002, S. 296 f.).

„The argument that public participation transforms individuals into engaged citizens implies that media content should first and foremost encourage *empowerment* [Hervorhebung im Original]. This requires that media discourse should address a major impediment to political engagement“ (Ferree et al. 2002, S. 294).

Dass in komplexen Gesellschaften intermediäre Akteure notwendig sind, wird in republikanischen Ansätzen akzeptiert. Aus republikanischer Sicht ist eine rein advokatorische Vertretung von Interessen durch Journalisten oder Parteien aber nicht ausreichend. Diese Funktion sollen vor allem Graswurzelakteure, wie neue soziale Bewegungen, übernehmen, die auf eine aktive Teilnahme ihrer Mitglieder aufbauen und ihrer Basis gegenüber unmittelbar rechenschaftspflichtig sind (Martinsen 2009, S. 56).

Analog dazu lehnen republikanische Ansätze den Abschluss einer Debatte nach einer Mehrheitsentscheidung ab. Eine endgültige Schließung der Debatte demotiviere die Bürger sich weiterhin aktiv zu beteiligen. Ferner verweigere sie denjenigen, die sich in der Minderheitsposition befinden, die Möglichkeit, später neue Argumente zu präsentieren und die Mehrheit von ihren Vorstellungen zu überzeugen (Ferree et al. 2002, S. 298). Ähnlich wie in deliberativen Ansätzen geht man aus republikanischer Perspektive nicht von der heroischen Idee der fixen Interessenpräferenzen aus. Vielmehr vermutet man, dass sich oftmals Interessen erst im Zug der Diskussion herauskristalisieren und durch öffentliche Rechtfertigung eine Orientierung von Individualinteressen hin zum Allgemeinwohl erfolgt.

Auch im „Wie“ der Kommunikation unterscheiden sich liberale und republikanische Ansätze. Damit Bürger und ihr Erfahrungswissen in Massenmedien stärker Gehör finden, soll neben eines an Sachlichkeit, Respekt und Vernunft orientierten Kommunikationsstils der Prozess des „Empowerments“ durch emotionale, provozierende oder polemische Kommunikationsstile in republikanischen Konzepten angereichert werden (Nullmeier et al. 2002, S. 550). Einem auf Rationalität basierenden Kommunikationsstil wird vorgeworfen, dominierende gesellschaftliche Gruppen zu privilegieren und zu einer Zementierung des Status quo beizutragen (Martinsen 2009, S. 57). Emotional geführte Diskussionen – so die Hoffnung nicht nur republikanischer Vertreter, sondern auch neuer expansiver deliberativer

Ansätze – ermöglichen durch ihre Authentizität rhetorisch weniger fähigen gesellschaftlichen Akteuren die Chance, durch Narrative implizite Machtbeziehungen zu unterlaufen und ihre Anliegen überzeugend vorzutragen (Young 2002; Mansbridge 2010).

Aktuelle Veränderungsprozesse der Medienstruktur werden in republikanischen Ansätzen ambivalent betrachtet. Positiv wird wie im liberalen Paradigma die Erweiterung der Medienkanäle gesehen, da das Potenzial für partizipatorisch orientierte Angebote wächst. Auch das Aufkommen von Talkshows und Infotainmentangeboten im Zuge der Etablierung des Privatfernsehens kann aus republikanischer Warte als Gewinn betrachtet werden, da sich die Chance auf alternative Kommunikationsstile für marginalisierte Gruppe eröffnet (Martinsen 2009, S. 57 f.).

Ambivalent ist die Privatisierung des Rundfunks aus republikanischer Warte vor allem deswegen, weil in privaten Rundfunkmedien kommerzielle Interessen dominieren. Partizipatorisch orientierte Angebote spielen nur so weit eine Rolle in einem privatwirtschaftlich dominierten Mediensystem, wie sie sich in einer an Gewinn orientierten Medienwelt einfügen können, was vermutlich selten der Fall ist (Martinsen 2009, S. 57). Das Internet fügt sich in dieses ambivalente Bild des Medienwandels ein. Aufgrund ihrer vergleichsweise niedrigen Zugangsschwellen, der Möglichkeit zur Bottom-up-Kommunikation, ermöglichen sie die direkte Bürgerbeteiligung. Auch der unkonventionelle, häufig nur wenig am rationalen Austausch von Argumenten gepflegte Kommunikationsstil im Internet ist weniger ein Problem. Er schafft neue Möglichkeiten für die Inklusion von in den traditionellen Massenmedien bislang marginalisierten Gruppen (Martinsen 2009, S. 58). Auf der anderen Seite wird von Proponenten partizipatorischer Ansätze befürchtet, dass das Internet einer Privatisierung und Kommerzialisierung Vorschub leistet und gemeinsames Nachdenken und öffentliche Rechtfertigung behindere. Der virtuelle Raum ermöglicht es aus der Perspektive Entscheidungen zu treffen, „ohne Notwendigkeit, die Anderen oder ihre Interessen in Betracht zu ziehen“ (Barber 2002, S. 7).

2.2 Zwischenfazit: Defizite liberaler und republikanischer Konzepte

Der kurze Überblick über liberale und republikanische Demokratietheorien versuchte idealtypisch die zentralen Unterschiede zwischen beiden Ansätzen herauszuarbeiten. Die Legitimität politischer Entscheidungen in modernen Demokratien gründet sich sowohl auf liberalen als auch auf republikanischen Prinzipien. Die konkrete Gewichtung beider Prinzipien variiert je nach Staatswesen. Moderne Verfassungsstaaten sind liberal, da sie die Staatsgewalt konstitutionell einhegen, Grundrechte garantieren und relevanten Interessen ein Zugang zum politischen Prozess eröffnet wird. Republikanisch sind sie, weil die Staatsgewalt durch regelmäßig stattfindende, freie und gleiche Wahlen erlangt und entzogen

wird. Politische Entscheidungen fallen vor dem Hintergrund öffentlicher Debatten. Institutionen, die sich nicht unmittelbar politisch verantworten müssen, stehen im Schatten demokratischer Mehrheiten. Primär auf Outputlegitimation basierende liberale Konzepte setzen auch ein Mindestmaß an republikanischer Tugendhaftigkeit und Wir-Identität in Gestalt einer von allen geteilten politischen Kultur voraus, ohne die ein demokratisches System kaum funktionieren kann (Meyer 2009, S. 79). Die „Existenz eines Volks von Teufeln“ (Kant) reicht für die demokratische Praxis nicht aus (Buchstein 2003). Warum soll man sich sonst bei der Verfolgung seiner Partikularinteressen an Normen der Zivilität und Gerechtigkeitskriterien orientieren und wie soll ohne eine gewisse solidarische Orientierung überhaupt effizient bestimmt werden, wessen Interessen relevant und berücksichtigungswert sind (Scharpf 2009)?

Ziel deliberativer Theoretiker ist somit auch nicht die Entwicklung eines neuen Konzepts, welches unabhängig von beiden Hauptströmungen der modernen Demokratietheorie existiert, als vielmehr die Konzeption der „Mitte der Demokratie“ (Palazzo 2002). Deliberative Demokratiekonzepte erheben den Anspruch, beide Modelle in sich zu vereinen, ohne ihre Nachteile zu übernehmen (Beste 2013). Von republikanischen Ansätzen übernehmen deliberative Demokratiekonzepte die Vorstellung einer aktiven Teilhabe eines möglichst umfassenden Teils der Bürgerschaft. Ein nur auf möglichst große direkte Teilhabe der Bürger fokussiertes Demokratiekonzept erscheint aus deliberativer Perspektive indes unterkomplex (Martinsen 2006, S. 7 ff.). Ferner verabschieden sie sich von der kommunitaristischen Prämisse einer von allen Bürgern geteilten Vorstellung des guten Lebens und einer Tugendhaltung. Diese ist in republikanischen Ansätzen Bedingung der politischen Beteiligung, die die Bürger von zu Haus aus mitbringen sollten. Ob diese Voraussetzungen jedoch unter den Bedingungen des kulturellen und gesellschaftlichen Pluralismus gegeben sind, ist in modernen Gesellschaften fraglich (Habermas 1992a, S. 18).

Zweifelhaft ist auch die mit kommunitaristischen Ansätzen einhergehende Vorstellung einer unmittelbaren Volkssouveränität. Diese ist in modernen ausdifferenzierten Flächenstaaten schwer umsetzbar. Auch erscheint die hinter direktdemokratischen Abstimmungen stehende Legitimationsüberzeugung zweifelhaft. Aus deliberativer Warte genügt es nicht, „dass es deswegen gut ist, weil das Volk es will“ (Schmitt 1928, S. 229). Auch die von Rousseau vertretene Überzeugung, dass der Gemeinwille immer Recht hat und immer auf das Gemeinwohl ziele, wenn man vom direktdemokratisch ermittelten Gesamtwillen nur die Extreme abziehe, vermag nicht zu überzeugen (Benhabib 1995, S. 6 ff.). Weder ist klar, wie genau die Extreme abgezogen werden, noch wieso sich eine Minderheit diesem Gemeinwillen unterwerfen soll und ob es überhaupt ein Gemeinwohl in pluralen Gesellschaften gibt, auf das man sich einigen könnte. Deliberative Demokratiekonzepte

versuchen das Problem aufzugreifen, indem sie das, was als Gemeinwohl verstanden wird, als das Produkt eines rational und fair zwischen gleichberechtigten Bürgern geführten Deliberationsprozesses begreifen (Benhabib 1995, S. 8).

Ein aggregatives Demokratiemodell, welches alleine durch Wahlen und Parteienwettbewerb den demokratischen Alltag auf den Augenblick der Stimmabgabe reduziert, bleibt aus deliberativer Sicht ebenso wie republikanische Ansätze unbefriedigend. Dabei werden die Vorteile von Mehrheitsentscheidungen von deliberativen Vertretern anerkannt. Sie produzieren im Regelfall eindeutige, zeitnahe Ergebnisse. Sie sind ein etabliertes Entscheidungsverfahren auch für deliberative Demokratiekonzepte (Gutmann und Thompson 2004, S. 15).

Eine Absolutsetzung von Mehrheitsentscheidungen birgt aber zwei Gefahren: erstens die Gefahr einer zunehmenden Distanzierung zwischen den Bürgern und der Politik, die in der Folge zum Motivationsverlust und konkret zur sinkenden Wahlbeteiligung führt.

„If the democratic method is introduced in a society solely because of the side effects on economic prosperity, and no one believes in it on any other ground, it will not produce them“ (Elster 1987, S. 96).

Zum anderen werden durch das Zusammenfassen der individuellen Präferenzen der Bürger und ihre Überführung in kollektive Präferenzen und Entscheidungen sogenannte Null-Präferenzen als Ausgangspunkt genommen. Das heißt, es sind Präferenzen, die nicht aufgeklärt und nicht den Ansprüchen an öffentlich gereinigte politische Präferenzen genügen werden (Schaal und Ritzi 2009, S. 10). Kollektive Entscheidungen, die gravierende Umverteilungen oder Einschnitte vornehmen, sind auf der Basis unaufgeklärter Präferenzen schwer zu verwirklichen, wenn man nicht eine solidarische Orientierung der Bürger unterstellt (Neidhardt 2010, S. 27). Wieso sollte man sich bei der Maximierung der eigenen Interessen auf gemeinwohlorientierte Präferenzen einlassen, wenn diese unter Umständen den eigenen Präferenzen schaden könnten (Scharpf 1997, S. 8)?

3 Demokratietheoretische Herausforderungen

Diskurse über demokratietheoretische Modellierungen können sich auf verschiedenen Ebenen bewegen (Palazzo 2002, S. 24 f.). Auf der einen Seite kann man normative Theorien vergleichend diskutieren, wie es im vorangegangenen Kapitel anhand der Gegenüberstellung eines idealtypischen liberalen und republikanischen Demokratiemodells geschehen ist. Zum Zweiten kann – bezogen auf bestimmte Gegenwartsdiagnosen – analysiert werden, inwiefern eine theoretische Modellierung geeignet ist, aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Im folgenden Kapitel wird die

Perspektive gewechselt und die zweite Möglichkeit gewählt. Es werden zentrale Herausforderungen, denen sich demokratiethoretische Modelle stellen müssen, diskutiert. Der Forschungsgegenstand des Internets ist mit diesen Wandlungsprozessen und Herausforderungen eng verbunden. Es ist Katalysator der Entwicklungen und diese spiegeln sich in der Ausgestaltung des Internets wider (Slevin 2000, S. 5 ff.). Somit dienen die dargestellten Herausforderungen als Hintergrundfolien für die Analyse der Netzöffentlichkeit und computervermittelten Kommunikation.

Regierungsformen, die auf die politische Beteiligung ihrer Bürger ausgelegt sind, sind voraussetzungs- und anspruchsvolle Herrschaftsmodelle. Als Form politischer Selbstorganisation haben sie eine Vielzahl offener Flanken (Buchstein 1997, S. 133). Moderne Demokratien beruhen – je nach ihrer konkreten institutionellen Ausgestaltung mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung – auf einer Reihe von Voraussetzungen wie Toleranz, Gleichachtung der Interessen sowie einem Mindestmaß an Solidarität und Verständigungswillen. Diese können demokratische Systeme fördern, aber nicht aus sich selbst heraus erzeugen (Meyer 2009, S. 225). Da demokratische Systeme einen fruchtbaren Rahmen für Pluralität, Dynamik und Modernität bieten, erwächst ihnen auf der anderen Seite daraus die Gefahr, nicht Schritt zu halten mit technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in ihrem Umfeld (Feindt 2001, S. 368).

Die gegenwärtige Debatte um die Krise demokratischer Systeme kann auf eine längere Vorgeschichte zurückblicken. Sie reicht von Deweys und Arendts düsteren Prognosen in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts (Lösch 2004, S. 67 f.) bis hin zu Habermas' aporetischen Gesellschaftsanalysen, die vor einer tiefgreifenden „Legitimations- und Motivationskrise“ (Habermas 1973) sowie einer „neuen Unübersichtlichkeit“ und der „Erschöpfung utopischer Energie“ warnen (Habermas 1985). Aktuelle Krisendiagnosen, die sich beispielsweise unter dem Schlagwort der „Postdemokratie“ (Crouch 2008) einordnen lassen, fügen sich auf den ersten Blick ein in das Standardrepertoire vieler kritischer Gesellschaftsanalysen. Beruhte die Krisendiagnose früherer Jahre aber auf hochgesteckten normativen Maßstäben akademischer Zirkel, entspringen aktuelle Reflexionen normativen Überlegungen wie empirischen Untersuchungen (Blatter 2007, S. 274). Theoretische Überlegungen zu Herausforderungen demokratischer Systeme werden durch empirische Studien, die sich zum Beispiel mit abnehmender politischer Partizipation oder sinkendem Vertrauen in politische Institutionen beschäftigen (Steinbrecher 2008; Glaab 2010), nicht obsolet. Theoretische Studien erleichtern vielmehr eine Einordnung und Bewertung der Ergebnisse. Häufig unterschätzt die Krisenrhetorik freilich die Anpassungsfähigkeit demokratischer Systeme.

„It would be a mistake to assume that democracy was just invented once and for all,

as, for example, the steam engine was invented“ (Dahl 1998, S. 9).

Demokratie kann bis heute als etwas nicht Fertiges gelten und befindet sich immer noch in einem „mühsamen Suchprozess“ (Heinrichs 2005, S. 17). Demokratische Systeme haben sich seit ihren Anfängen zu einem komplexen Geflecht institutioneller Settings und Entscheidungsverfahren, zu einer in der Terminologie Noltes „multiplen Demokratie“ weiterentwickelt (Nolte 2011, S. 12). Der Möglichkeitsraum der handelnden Akteure wird durch die zur Verfügung stehenden (Kommunikations-)Technologien mit bestimmt. Technologien wiederum sind eingebettet in soziale Systeme, womit soziale Systeme Auswirkungen auf Technologien haben können.

Die Beschreibung zentraler Herausforderungen, mit denen sich demokratische Systeme auseinandersetzen müssen, versteht sich nicht als apokalyptisches Untergangsszenario. Es soll im vorliegenden Kapitel vielmehr der Blick dafür geschärft werden, dass Gesellschaften, die einem hohen Veränderungs- und Modernisierungsdruck ausgesetzt sind, die Angemessenheit tradierter Entscheidungsverfahren und politischer Institutionen beständig den Erfordernissen ihrer Zeit anpassen müssen. Die Rahmenbedingungen demokratischer Systeme und die Dynamik der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung scheinen sich im neuen Jahrhundert so weit beschleunigt zu haben, dass die vergleichsweise statische Verfasstheit von Entscheidungsformen auf Veränderungen nicht oder zu langsam reagiert. Bestehende Entscheidungsverfahren und Strukturen der Öffentlichkeit, die sich vor dem Hintergrund anderer Fragen und anderer Ansprüche der Bürger im 19. und 20. Jahrhundert ausgebildet haben, scheinen nicht immer problemadäquat. Der Bedarf an neuen Entscheidungsverfahren wächst damit.

Die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen lassen sich schlagwortartig umreißen: Komplexitätszunahme und daraus erwachsende Steuerbarkeitsprobleme, Pluralisierungstendenzen auf der gesellschaftlichen Ebene und quer dazu liegend Globalisierungsprozesse.²⁴ Die genannten Phänomene überlappen sich, bedingen oder verstärken sich. Eine getrennte Betrachtung erscheint geboten, als ihnen sowohl unterschiedliche theoretische Vorannahmen als auch unterschiedliche Perspektiven zugrunde liegen. Deliberative Demokratiekonzepte sind mit diesen Transformationsprozessen eng verknüpft und verstehen sich als Reaktion auf diese Herausforderungen, indem sie versuchen diese bei der Entscheidungsfindung zu integrieren.

²⁴ Für einen gelungenen Überblick über Herausforderungen, denen sich demokratische Systeme stellen müssen (Schmidt 2006b; Brodocz et al. 2009a).

3.1 Wachsende Komplexität

Wie in der „Weltgesellschaft“ (Luhmann 1998) sind auch in nationalstaatlichen Gegenwartsgesellschaften und ihre funktionellen Teilsystemen, Komplexität, Interdependenzen und kausale Zusammenhänge fortlaufend gewachsen. Nicht zuletzt (kommunikations-)technische Entwicklungen haben, neben gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen, ökonomischen und politischen Verflechtungen, in den letzten Jahren zu einem Anwachsen von Komplexität geführt. In ausdifferenzierten Gesellschaften ist ein Anwachsen der Kluft zwischen dem Koordinations- und Verständigungsbedarf der unterschiedlichen Lebens-, Funktions- und Handlungsbereiche auf der einen und der zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Integrationsleistung auf der andere Seite zu beobachten (Mayntz 1987). Antworten auf die soziologische Kardinalfrage zu finden – mit welchen Mechanismen und in welchem Umfang moderne, funktional differenzierte und pluralisierte Gesellschaften demokratisch regiert werden können – kann als Erkenntnis leitendes Motiv normativ anspruchsvoller deliberativer Demokratiekonzepte gelten (Peters 2007a). An diese Diagnose anschließend stellt sich das Problem, wie bei zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung und wachsender Komplexität kommunikative Botschaften von gesamtgesellschaftlicher Relevanz verbreitet werden und Gehör finden können (Sutter 2010, S. 85).

Die Herausforderung wachsender Komplexität lässt sich anhand dreier Dimensionen strukturieren: sachliche, soziale und zeitliche Komplexität (Willke 2000). Das Problem der Zunahme sachlicher Komplexität zeigt sich in der Vielfalt und neuen Herausbildung von Einheiten (Willke 2000, S. 81). Willke verdeutlicht das Ausmaß sachlicher Komplexität anschaulich anhand der Gegenüberstellung des „Mensch-ärgere-dich-nicht“-Spiels und des Schachspiels. Während beim „Mensch-ärgere-dich-nicht“-Spiel die im Spielfeld verteilten Figuren nur in Ausnahmefällen aufeinandertreffen, trifft beim Schachspiel eine Vielzahl von Figuren, auf einer Vielzahl von Feldern, mit einer Vielzahl von Konsequenzen, aufeinander (Willke 2000, S. 81). Heterogene und bislang als isoliert angesehene Materien erweisen sich als kausal miteinander verknüpft. Akteure sehen sich gezwungen in ihrem Handeln diese Interdependenzen zu berücksichtigen oder zu begründen, wieso sie es unterlassen.

Erhöhte Wechselwirkungen führen fast zwangsläufig zu einer steigenden Zahl direkt oder gefühlter Betroffener. Lösungsmöglichkeiten werden so erschwert und Handlungsmöglichkeiten reduziert. Entscheidungen gleichen einem inkrementellen Durchwursteln („Muddling through“), einem minimalistischen Entscheidungsverhalten, bei dem Einigungen selten von langer Dauer sind (Lindblom 1959). Um der sachlichen Unsicherheit über angemessene Lösungen zu begegnen, greift die Politik zunehmend auf handlungs- und problembezogene Expertise zurück. Damit einher geht nicht automatisch

eine Verminderung von Unsicherheit. In vielen Fragen ist vielmehr eine Vervielfältigung von Expertenmeinungen zu beobachten, sodass die Unsicherheit noch weiter wachsen kann (Saretzki 1997, S. 278 ff.).

„Wenn es um komplexe Systeme geht, dürfte es aber häufig unvernünftig sein, auf übereinstimmende Ansichten oder zuverlässige, quantitative Aussagen über die Wahrscheinlichkeit möglicher Ergebnisse zu warten. Unter Umständen wartet man dann so lange, dass es zum Handeln oder zur Vermeidung zu spät ist“ (Mitchell 2008, S. 113).

Politisches Regieren ist damit mehr denn je als Entscheiden unter den Bedingungen von Unsicherheit anzusehen (Korte 2010, S. 211).

Da sich in Interaktionszusammenhängen, bei denen sich mehrere Personen einbringen, schnell ein unüberschaubares Geflecht an Beziehungen ergibt, entsteht parallel zur sachlichen Komplexität soziale Komplexität (Willke 2000, S. 84). Das Social Web mit seinen vielfältigen Vernetzungsmöglichkeiten wirkt potenziell weiter komplexitätssteigernd. Zur Begegnung sozialer Komplexität entwickeln sich eine zunehmende Differenzierung sozialer Systeme und eine interne Rollenverteilung. Willke verdeutlicht dies anhand der Ausdifferenzierung der Rollen vor Gericht in Ankläger, Richter, Verteidiger etc. (Willke 2000, S. 84 ff.).

Damit steigt nicht nur der Koordinierungsbedarf, sondern auch die Zahl der Deutungs- und Interessenkonflikte an. Widersprüchliche und unvereinbare Interessenorientierungen stehen im Zusammenhang mit Prozessen wie Individualisierungstendenzen, postmaterialistischen Wertemustern und der Bildung multikultureller Gesellschaften (Geißler und Meyer 2011). Der Zwang zur Berücksichtigung einer erhöhten Zahl von Interessen, bei gleichzeitig für die politischen Akteure nur schwer zu kalkulierenden Kräfteverhältnissen und dem Rückgang klarer Antagonismen, macht eine Einschätzung von Ereignissen und Konfliktausgängen unkalkulierbarer.

Auf den Forschungsgegenstand bezogen bedeuten diese Tendenzen eine wachsende Fragmentierung bei der Rezeption und Produktion von Inhalten im Internet. Wie Beck – vor dem Hintergrund einer traditionellen Medienlandschaft – hervorhebt, gehen diese Tendenzen einher mit einer Standardisierung, die wiederum eine neue Art sozialer Einbindung schafft (Beck 1986, S. 206 f.).

„Die Ausdifferenzierung von Individuallagen geht aber gleichzeitig mit einer hochgradigen Standardisierung einher. Genauer gesagt: Eben die Medien, die eine Individualisierung bewirken, bewirken auch eine Standardisierung“ (Beck 1986, S. 206).

Zeitliche Komplexität entsteht, wenn Systeme eine eigene Vergangenheit und die Vorstellung einer gemeinsamen Zukunft entwickeln. Statt einer einfachen Gegenwart eröffnet sich die Option einer „vielfältigen und in Grenzen wählbaren Gegenwart“ und auf die Zukunft bezogen die Option, „Handlungsstrategien intern zu probieren, zu planen und aufgrund der am Modell gewonnenen Prognosen zu wählen“ (Willke 2000, S. 87 f.). Durch eine Verknüpfung von Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart ergeben sich Abstimmungsschwierigkeiten, die mit den Institutionen der zurückliegenden Evolutionsstufe nicht bewältigt werden können (Willke 2000, S. 88 f.). Während auf der einen Seite für politische Akteure dadurch der Druck steigt, möglichst zeitnah Entscheidungen zu treffen, haben Entscheidungen eine immer längere Wirkungszeit und bedürfen, da die divergierenden Strukturen und Handlungsmuster beständig neu auszutarieren sind, längere Implementationsphasen (Korte 2010, S. 223).

Demokratischen Systemen ist eine charakteristische Gegenwartsorientierung eigen, da sie versuchen die „Bedürfnisse des Augenblicks“ (Tocqueville 1987, S. 258) zu befriedigen. Gefördert wird die Gegenwartsfixierung durch ihre hohe Responsivität sowie die Machtvergabe über einen begrenzten Zeitraum. Diese zwingt politische Akteure Themen anzugehen, die den eigenen Machterhalt und Machterwerb in ihrer begrenzten Amtszeit fördern (Schmidt 2006b, S. 819). Ebenso ist aufseiten der Wähler eine Privilegierung von Gegenwarts- gegenüber Zukunftsinteressen zu beobachten. Aufseiten der Bürger dominiert die Neigung zu einer „Diskontierung der Zukunft“. Probleme werden als umso unbedeutender eingeschätzt, je weiter sie in der Zukunft liegen, was auch damit zusammenhängt, dass Zukunftsinteressen weniger einflussreiche Sprecher in der Öffentlichkeit ins Feld führen können (Elster 1986, S. 42 ff.).

3.2 Grenzen der Wirksamkeit staatlicher Steuerung

Verknüpft mit der Diagnose wachsender Komplexität sind die Schwierigkeiten des politisch-rechtlichen Systems, mit tradierten Mitteln Integrationsprobleme in ausdifferenzierten Gesellschaften zu lösen. Die Steuerbarkeit gesellschaftlicher Vorgänge und die Koordination über Systemgrenzen hinweg sinken in sozialen Systemen aufgrund einer wachsenden Komplexität gesellschaftlicher Vorgänge (Mayntz 1987; Peters 1993; Voigt 1995; Martinsen 2006, S. 21).

Idealtypisch programmieren die Bürger über periodisch stattfindende Wahlen und Abstimmungen den Staat im Interesse der Gesellschaft (Habermas 1992a, S. 12). Politische Teilhabe der Bürger ist darauf reduziert in regelmäßig stattfindenden Wahlen personelle und programmatische Alternativen zu bestimmen, die den Bürgern im Rahmen des Parteienwettbewerbs vorliegen. Zwischen den Wahlen übernimmt die massenmediale

Öffentlichkeit die Aufgabe, Politiker mit Interessen und Präferenzen zu Themen zu konfrontieren (Neidhardt 1994, S. 10 f.). Mit dieser Auffassung verbunden ist die Annahme, dass der Staat ein von der Gesellschaft weitgehend abgetrenntes System ist, welchem politische Funktionen übertragen werden und der durch demokratisch legitimierte Repräsentanten gesellschaftliche Vorgänge steuern kann.

Seit der Desillusionierung angesichts der Ergebnisse der Planungseuphorie der 1960er und 1970er Jahre und der Verbreitung von Luhmanns Theorien autopoietischer Systeme sind die Grenzen staatlicher Steuerungsfähigkeit deutlich geworden (Luhmann 1989). Neben diesen theoretischen Kenntnissen weisen empirische Befunde der Implementationsforschung auf die Grenzen hoheitlicher Steuerung hin.²⁵ Der Staat – so der Eindruck dieser Enttäuschungserfahrungen – war nicht in der Lage, gesellschaftliche Vorgänge insofern zu steuern, als dass er einige zentrale Probleme, wie etwa Umweltschutz, aber auch Arbeitslosigkeit, oder eine wachsende Einkommensungleichheit, einer adäquaten Lösung zuführen konnte.

Als Ursachen für die Grenzen regulativer Politik nennt Mayntz folgende Probleme (Mayntz 1987, S. 96 f.): Implementationsprobleme können auftreten, weil die Vollzugsinstanzen das Verhalten der Normadressaten nicht im Sinne der Steuerungsintention zu beeinflussen vermögen. Zum Zweiten kann es Widerstände der Adressaten gegen eine restriktive Verhaltensnormierung geben, bei denen diese die Befolgung und eine notwendige Mitwirkung verweigern. Subsumiert werden kann dies unter dem Begriff Motivationsprobleme. Selbst wenn aber das Verhalten der Normadressaten erfolgreich beeinflusst wird, können Vollzugsdefizite auftreten. Mayntz führt drittens Wissensprobleme über steuerungsrelevante Zusammenhänge an. Sie verhindern, dass das ursprüngliche Problem gelöst wird. „Den Apparat intelligenter machen“ (Mayntz 1987, S. 97), der mit der Vorstellung von der Planbarkeit und Machbarkeit politischer Vorgänge korrespondiert und der von der Vorstellung ausgeht, mehr Informationen und Informationsverarbeitungskapazität würden Wissensdefizite und damit die Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen verbessern, erwies sich als Trugschluss (Mayntz 1987, S. 97). Viertens nennt Mayntz die prinzipielle Unmöglichkeit, mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten steuernd einzugreifen (Mayntz 1987, S. 96 f.).

Die Probleme staatlicher Steuerung stehen in einem reziproken Verhältnis zueinander. Kommunikationsprobleme können Motivationsprobleme erhöhen, da die kommunikativen

²⁵ So kam man bereits Ende der 1970er Jahre zu dem Ergebnis, dass in Deutschland im Bereich des Umweltschutzes ein Gutteil der intendierten Ziele der Gesetzgebung nicht erreicht wurde. Dabei spielte weniger die defizitäre Qualität der Programme eine Rolle als vielmehr das Fehlen der erforderlichen Informationen, aber auch Machtmittel der Verwaltung vor Ort zur Umsetzung der jeweiligen Programme (Voigt 1995, S. 61).

Botschaften des politischen Systems von anderen gesellschaftlichen Systemen falsch interpretiert werden können und nicht anschlussfähig sind. Auch können sich bei Interessenkonflikten zwischen mächtigen sozialen Akteuren beim Übergehen Betroffener Motivations- und Implementationsdefizite verstärken. Wachsende Motivationsdefizite führen unter Umständen zu einem Rückgriff auf autoritative Formen der Durchsetzung von Regelungen (Feindt 2001, S. 389 f.).

Die regulative Durchsetzung von Normen, die auf Motivation, Akzeptanz, Eigeninitiative und Engagement angewiesen sind, kann bei wachsender Regelungsintensität und Vorherrschen von soziokulturellen Werten, wie dem Anspruch auf Selbstbestimmung, nicht mehr gewährleistet werden. Auch das Wissensproblem ist für die zentralen Steuerungsakteure nicht lösbar. Unter den Bedingungen von steigender Komplexität und wachsender Interdependenz kann kaum auf einem gesicherten Wissensfundament entschieden werden (Mayntz 1987, S. 99). Wenn traditionelle Steuerungsmedien wie Recht, Geld und ein Wissensvorsprung staatlicher Bürokratie weder als selbstverständlich noch als wirksam betrachtet werden können, sich über Zwang, Anreiz und Beratung nicht mehr alle politischen Ziele verwirklichen lassen, wie kann dann staatliche Einflussnahme hergestellt werden?

Das politische System hat auf die Komplexität von politischen Problemlagen und die damit einhergehende sinkende Steuerungsfähigkeit mit einer Auslagerung von Entscheidungen in Expertengremien, Politiknetzwerken²⁶ und der Einführung von weichen Steuerungssystemen zur Durchsetzung von kollektiv verbindlichen Interessen reagiert (Dose 2008). Die Strategie erscheint auf den ersten Blick paradox, die Rücknahme hoheitlicher Steuerungsfähigkeit soll zur Wiedererlangung staatlicher Steuerungsfähigkeit beitragen. In der politikwissenschaftlichen Literatur werden diese Handlungsformen unter dem Stichwort des „verhandelnden Staates“ (Grimm 1994) oder „kooperativen Staates“ (Voigt 1995) rubriziert. Verhandeln und das Aufrechterhalten von Verhandlungsprozessen werden neben dem eigentlichen Handeln zur zweiten Grundlage politischer Entscheidungsfähigkeit. Deliberative Demokratiekonzepte mit ihrer Affinität zu Verhandlungsprozessen sind damit im Vorteil.

Neben Staat/Hierarchie und Markt/Tausch haben sich Netzwerke als ein dritter Steuerungsmodus etabliert (Welzel 1997; Martinsen 2006, S. 25). Welzel unterscheidet ähnlich wie die Steuerungsmodi Anweisung und Abstimmung, die auf Hierarchie und Markt beruhen, als einen dritten Modus die Verständigung. Dem Steuerungsmodus der Verständigung liegen Netzwerke zugrunde, die durch elektronische Medien gefördert

²⁶ Mayntz definiert Politiknetzwerke als „überwiegend informelle (aber auch formelle) Interaktion zwischen Akteuren, meist Organisationen oder Einzelpersonen (als Mitglieder von Organisationen) mit unterschiedlichen, aber wechselseitig abhängigen Interessen, die ein gemeinsames Handlungsproblem auf einer dezentralen, nicht hierarchischen Ebene bearbeiten“ (Mayntz 1993, S. 12).

werden, sodass ihre Bedeutung wächst (Welzel 1997). Netzwerke, als spontane Ordnungen, die „das Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs“ (Hayek 1996, S. 97) sind, wird inzwischen eine hohe Problemlösungsfähigkeit zugeschrieben. Sie sind nach Auffassung Castells die zentrale Organisationsform heutiger Gesellschaften, die sich aufgrund ihrer großen Flexibilität, schnellen Anpassungsfähigkeit und überlegenen Wissensproduktion in allen Bereichen der Gesellschaft ausdehnt (Castells 2001a, 2001b).

„Sie sollen einerseits die Vorteile vereinen und die Nachteile vermeiden, die mit Steuerung bzw. Handlungskoordination von Markt (Flexibilität, aber Unverbindlichkeit) und von Hierarchie (Verbindlichkeit, aber Inflexibilität) verbunden sind“ (Martinsen 2006, S. 25).

Der wachsenden Bedeutung von Netzwerken für moderne Gesellschaften liegen dabei drei Prozesse zugrunde: erstens die Forderung der Wirtschaft nach flexiblen Managementmethoden, zweitens die Globalisierung von Kapital, Produktion und Handel, drittens gesellschaftliche Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen (Papsdorf 2013, S. 47 f.).

Netzwerke ab einer bestimmten Größe und Komplexität sahen sich früher mit der Schwierigkeit konfrontiert, Funktionen und Ressourcen zu bündeln und auf spezifische Ziele und Aufgaben zu konzentrieren. Sie hatten aus diesen Gründen einen strukturellen Nachteil gegenüber hierarchischen Organisationen (Castells 2005, S. 10). Mit der Etablierung von IuK-Technologien und der Verbreitung des skalenfreien und offenen Internets war es Netzwerken möglich ihre Vorteile auszubauen, während gleichzeitig das Problem koordinierter Entscheidungsfindung in Netzwerken entschärft wurde. Als spontane Ordnungen haben Netzwerke in Verbindung mit digitalen Technologien damit eine neue Qualität gewonnen (Bucher et al. 2008, S. 44 ff.).

Individuen sind nicht mehr nur in traditionellen sozialen Netzwerken, sondern zunehmend in digitalen und sozialen Netzwerken organisiert. Das Social Web stellt „die technologische Inkarnation“ (Steinbicker 2001, S. 450) des Netzwerks dar und wird zu einem Werkzeug der Handhabung der neuen Vernetzungsformen (Castells 2001a, S. 437). Da Netzwerke, ob nun realweltliche oder technisch vermittelte, informelle Züge tragen und an ihren Rändern ausfransen, erleichtern sie die Eingliederung, aber auch die Ausgrenzung von neuen Akteuren. Sie bieten potenziell höhere Kapazitäten für die Bearbeitung von Komplexität und Heterogenität (Martinsen 2006, S. 25 f.). Gleichzeitig werden der Zugang zu Netzwerken, seine Kontrolle und seine Programmierung zu einer zentralen Machtressource (Castells 2009).

Demokratiethoretisch ist die Etablierung neuer staatlicher Handlungsformen ambivalent.

Auf der einen Seite setzt Demokratie voraus, dass Wähler durch ihre Stimme Einfluss auf Politikinhalt nehmen können. Gewinnen gewählte politische Repräsentanten durch die Hinzuziehung von Expertenwissen Steuerungsfähigkeit zurück, ist das zunächst als positiv anzusehen. Die Outputlegitimation kann erhöht und die Leistungsfähigkeit gesteigert werden, wenn es zu einem fruchtbaren Austausch zwischen verschiedenen Akteuren und Ressourcen kommt (Feindt 2001, S. 398). Auch aus einer inputorientierten Perspektive kann eine Ausweitung der Beteiligungs- und Zugangsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen die Legitimation erhöhen (Blatter 2007, S. 276). Auf der anderen Seite gehen spezifische Probleme damit einher, da eine konkrete Zuordnung von Verantwortlichkeit bei zunehmender Auslagerung von Entscheidungen nicht gewährleistet werden kann. Anders als gewählte politische Vertreter können Verhandlungsnetzwerke und Expertengremien nur schwer zur politischen Verantwortung gezogen werden (Voigt 1995, S. 57).

„Where decision making becomes less transparent, it is less easily to locate *loci* [Hervorhebung im Original] of power, to identify where decisions are being taken and who is responsible. With that, legal certainty, legal equality and legal interest protection may become endangered“ (Clarke 2009, S. 57).

Dabei kann weiterhin eine Begünstigung bestimmter Akteure in Verhandlungsnetzwerken zur Ausbildung von Vetopositionen führen. Ihre Legitimation ist demokratietheoretisch oft fragwürdig (Scharpf 1997). Drittens besteht die Gefahr, dass bei einer Einbindung gesellschaftlicher Akteure, oder von Experten aus dem wissenschaftlichen Umfeld, aus „Kooperation Kollaboration wird“, bei der die notwendige Distanz verloren geht (Zilleßen 1993, S. 27).

Experten sehen sich unter Umständen einem sozialen Druck ausgesetzt, der sie in eine Dilemmasituation führen kann, bei der sie auf unsicherem wissenschaftlichem Fundament Stellung beziehen müssen, die Wahrscheinlichkeit des Irrtums allerdings hoch ist. Oder aber sie sagen unter Verweis auf die unklare Datenlage nichts und erfüllen ihre Funktion, die sie in den Augen der Öffentlichkeit haben, nicht (Falk et al. 2007, S. 334). Viertens besteht die Gefahr, dass bei einer Bearbeitung von Sachmaterien durch die Hinzuziehung von Experten quantitative gegenüber qualitativen Kriterien bevorzugt werden. Daraus resultiert eine Privilegierung der systemischen gegenüber den lebensweltlichen Funktionsweisen, die gleichwohl eigenen Logiken unterworfen sind und nicht ohne negative Folgen substituiert werden können (Feindt 2001, S. 374).

3.3 Pluralisierung

Politisches Handeln und gesellschaftliche Wirklichkeit sind nicht nur komplexer geworden,

sondern die Antriebskräfte für politisches Handeln und gesellschaftliche Wirklichkeit haben sich parallel dazu auch pluralisiert (Berger und Hitzler 2010; Geißler und Meyer 2011). Pluralisierung und Individualisierung sowie als mögliche Folge eine Fragmentierung – beispielsweise in der Mediennutzung (Handel 2000) – können als Vervielfältigungen der Formen sozialer Beziehung verstanden werden. Pluralisierung und Individualisierung verlaufen parallel zu einer zunehmenden Vernetzung von Individuen, die sich im Konzept des „networked individualism“ wiederfinden (Wellman 2001). Das Internet ist weniger die Ursache dieser Entwicklung als vielmehr das Werkzeug, das die Handhabung neuer Formen der Soziabilität erleichtert (Castells 2005, S. 142 f.).

Soziologische Gegenwartsdiagnosen ordnen Prozesse wie die der Pluralisierung und Individualisierung der Postmoderne zu (Dederich 2002; Bauman 2005; Welsch 2008). Waren traditionale Gesellschaften ein „Spiel gegen die Natur“, die industrielle Gesellschaft ein „Spiel gegen eine vom Menschen fabrizierte Natur“ – als Kampf um wirtschaftliches Wachstum –, sind theoretisches Wissen und Beziehungen zwischen Menschen zentrale Charakteristika der postindustriellen Gesellschaft (Bell 1985, S. 134). Postmoderne ist keine Antimoderne, sondern eine radikalere und zwiespältig gewordene Moderne (Welsch und Baudrillard 1994, S. 2). Für zentrale Kategorien des sozialen Lebens wie Wahrheit und Gerechtigkeit finden sich keine allgemein akzeptierten Vorstellungen mehr. Es dominiert vielmehr eine Pluralität an Wertvorstellungen (Welsch 2008, S. 5). Somit geht die Pluralität der Postmoderne über den Pluralismus der Moderne hinaus. Bislang Bekanntes verflüchtigt oder transformiert sich, unklar ist, was es ablösen wird (Jörke 2011, S. 282). Auch hier ist das Internet nicht Auslöser, aber Katalysator dieser Prozesse.

Der Postmoderne ist eine strukturelle Ambivalenz eingeschrieben: Auf der einen Seite erscheint sie chancenreich, in der von Beck geschilderten Freisetzung aus traditionellen Herrschafts- und Versorgungszusammenhängen, in deren Folge individuelle Freiheit gefördert wird (Beck 1986, S. 208 ff.). Risikoreich ist sie, wenn Pluralisierung einer übersteigerten Relativierung Vorschub leistet und ein gemeinsamer Verständigungshorizont über Probleme erodiert. Eng damit verbunden ist die Ausdifferenzierung der Medienlandschaft, sodass es zunehmender Anstrengungen bedarf, um gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit in komplexen Gesellschaften herzustellen (Peters 2007a, S. 95 f.).

Die Beliebigkeit von Bewertungen und kritisierbaren Erkenntnisansprüchen führt zu einer Auflösung von eindeutigen Wahrheiten, sodass Individuen Schwierigkeiten haben „die Situation richtig zu lesen und zwischen alternativen Handlungen zu wählen“ (Bauman 2005, S. 13). Unterm Strich handeln Individuen nicht als Wissende, sondern als Nichtwissende. Es dominiert das Gefühl, dass man so frei wie nie zuvor in seiner Entscheidungswahl ist, diese

jedoch weder Verantwortung fordert noch bleibende Spuren hinterlässt. Entsprechend geht es auch der modernen Wissenschaft nicht mehr um das Erkennen ewiger Wahrheiten, sondern um fallible Erkenntnisansprüche (Habermas 2001, S. 121).

„There is no activity called ‘knowing’ which has a nature to be discovered [...] there is simply the process of justifying beliefs to audiences“ (Rorty 1999, S. 36).

Wie vor allem Bauman (2000) und Beck (1986; 1994) herausgearbeitet haben, übertragen Individuen ihre persönliche Wertschätzung für Heterogenität, Differenz und Individualisierung auf den politischen Kontext sowie in ihre alltäglichen Handlungen, beispielsweise bei der Auswahl und Nutzung von Medienangeboten (Handel 2000). Spezifische sozioökonomische Kontexte lassen sich nicht mehr eindeutig bestimmten politischen Präferenzen zuordnen, klassische Milieus, wie das der Arbeiter oder das katholisch geprägte Milieu, die mit bestimmten Präferenzen in Verbindung gebracht werden, schrumpfen (van den Daele 1996; Vögele 2002). Auf der Inputseite des politischen Prozesses führen die Veränderungsprozesse unter Umständen zu einer Erosion des Gemeinsinnes und einem zunehmend schwieriger werdenden Suchen nach einem übergreifenden Konsens in grundlegenden Entscheidungsfragen. Wenn aber die Bürger immer weniger in der Lage sind, einen gemeinsamen Zweck zu bestimmen, und atomistische Sichtweisen zunehmen, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich ihren Mitbürgern und übergeordneten Wertvorstellungen verpflichtet fühlen (Jesse und Sturm 2003, S. 483).

Konkret manifestiert sich das Aufbrechen dieses klassischen Rechts-links-Schemas in abnehmender Bindekraft der Volksparteien, sinkender Wahlbeteiligung und politischer Entfremdung (Glaab 2010). Stattdessen ist eine komplexe und widersprüchliche, „alle bisherigen politischen Schematisierungen unterlaufende Formenvielfalt“ zu beobachten (Beck 1986, S. 317). Demokratisch legitimierte repräsentative Politik steht neben expertokratischen und direktdemokratischen Entscheidungsverfahren, nationalstaatliches Regieren neben supranationalen und globalen Formen des Regierens (Jörke 2011, S. 282 f.). Während Handlungsspielräume der offiziellen Politik immer stärker eingeschränkt werden, zeigt sich ein alltagspraktisches Engagement verschiedener informeller und zivilgesellschaftlicher Gruppen, bei der eine klare Trennung von Politik und Nichtpolitik aufgehoben ist.

„Politik ist nicht länger der einzige Ort oder auch nur der zentrale Ort, an dem über die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft entschieden wird“ (Beck 1986, S. 371).

Auch hier sind die Folgen ambivalent: „Subpolitik“ kann zu einer Verhinderung und Erschwerung von durch gewählten Repräsentanten getroffenen kollektiv verbindlichen Entscheidungen führen. Andererseits schafft sie kreative Spielräume (Beck 1994, S. 162). Es

werden durch Pluralisierung neue Themen und neue Protestformen in die politische Öffentlichkeit gebracht. Etablierte Akteure des politischen Systems werden gezwungen in Aushandlungsprozesse mit zivilgesellschaftlichen Kräften zu treten, um die Spielregeln neu zu verhandeln. Für bislang passive Teilnehmer eröffnen sich neue Mitmachoptionen. Gleichzeitig besteht die Gefahr einer Fragmentierung zivilgesellschaftlichen Engagements (Ottersbach 2003, S. 46).

Das Internet wirkt wiederum als Katalysator. Die ubiquitäre Verbreitung des Internets hat die Möglichkeiten, zivilgesellschaftlich aktiv zu werden, erweitert (Baringhorst et al. 2009). Nie erschien es einfacher, virtuell politisch aktiv zu werden, wie Onlinepetitionen – beispielsweise gegen das Zugangserschwerungsgesetz – exemplarisch zeigen (Bieber 2010, S. 54 ff.). Gleichzeitig begünstigt die niedrige Partizipationsschwelle eine gewisse Beliebigkeit und Sprunghaftigkeit des Engagements, was letztlich die Durchsetzungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Gruppen einschränken kann. Sachbezogene, langfristig angelegte Politik tritt in diesem Kontext des schnellen Meinungs-, Werte- und Stimmungswandels unter Umständen in den Hintergrund. Sie wird abgelöst durch eine Orientierung am sich schnell ändernden Meinungsklima sowie an dem vom Fernsehen vermittelten Bild politischer Realität, das mit starker Vereinfachung und ideologischem Reduktionismus operiert (Korte und Fröhlich 2004, S. 98 ff.).

3.4 Globalisierung

Neben internen Herausforderungen wird der Handlungsspielraum nationalstaatlicher Akteure durch Supra- und Internationalisierungsprozesse von außen herausgefordert. Globalisierung erhöht auf der einen Seite Komplexität und Interdependenz der behandelnden Politikmaterien. Auf der anderen Seite ist Globalisierung eine gegenläufige Tendenz zur Pluralisierung, die Uniformierungstendenzen begünstigen kann (Ottersbach 2003, S. 56).

Die zentrale Eigenschaft der Globalisierung und ihre Folgewirkungen liegen in der von Giddens beschriebenen Trennung von Raum und Zeit sowie darauf folgend des Raums vom Ort (Giddens 1997, S. 28 ff.). In der Moderne ist es typisch geworden, unabhängig von kulturellen Unterschieden, Handlungen über beliebig große Distanzen zu koordinieren. Als Folge davon setzt ein „disembedding“ und „reembedding“ ein. Institutionen und soziale Praktiken werden aus ihren tradierten Räumen gerissen und in anderen Regionen neu implementiert. Individuen werden aus ihren Selbstverständlichkeiten ausgebettet. Für eine Wiedereinbettung sind sie gezwungen sich in wechselnder Folge für eine Mitgliedschaft in einer sozialen Gemeinschaft zu entscheiden. Die Gestaltung der Prozesse bleibt häufig demokratisch nur schwach legitimierten Gruppen überlassen. Allenfalls können die Bürger indirekt Einfluss auf internationale Politikprozesse ausüben. So führen

Globalisierungsprozesse und daraus entstehende Vereinbarungen und Organisationen, wie beispielsweise die Welthandelsorganisation, zu einer Erhöhung der Outputeffektivität. Ihre Inputlegitimation bleibt aber relativ defizitär (Altvater und Mahnkopf 1999).

Auf den politischen Raum übertragen ist das „Globalisierungs-Demokratie-Dilemma“ ambivalent zu beurteilen (Schmidt 2009b, S. 35). Zum einen werden die Verschiebungen hin zu einer „postnationalen Konstellation“ (Habermas) als Gefährdungen gesehen, die die Autonomie des Nationalstaates unterminieren und den Spielraum für gewählte demokratisch legitimierte Repräsentanten durch die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf supranationale Institutionen begrenzen. Da diese nur in Ansätzen als demokratisch zu klassifizieren sind, werden die Chancen auf Bildung einer transnationalen Öffentlichkeit, Identität und Demokratie – beispielsweise auf europäischer Ebene – als schwierig angesehen (Brüggemann et al. 2009). So haben sich auf supra- und internationaler Ebene einflussreiche politische Institutionen und Akteure etabliert, die nur schwach demokratisch legitimiert sind und hinter verschlossenen Türen verbindliche Entscheidung präjudizieren (Imhof 2008, S. 81).

Für Habermas resultieren aus Globalisierungsprozessen zwei gegensätzliche und gleichzeitige Tendenzen, bei denen sowohl eine Fragmentierung als auch eine Erweiterung des Bewusstseins der Subjekte zu beobachten ist: Separatismus, ethische Konflikte und Abschottung nehmen zu, ebenso ist im Medien-, Finanz- und Telekommunikationsbereich eine zunehmende Vernetzung zu beobachten (Habermas 1995a, S. 182 f.) In einem sich internationalisierten Umfeld haben deliberative Arrangements Vorzüge: Sie haben im Vergleich mit tradierten Entscheidungsverfahren wie der Stimmaggregation, die dem „nationalstaatlichen Container“ (Neyer 2009, S. 331) verhaftet bleiben, ein höheres Maß an Flexibilität. Anders als eine institutionell voraussetzungsreiche Stimmabgabe funktioniert Deliberation sowohl in institutionalisierten Kontexten auf nationalstaatlicher Ebene als auch in informellen Verhandlungsgremien auf internationaler Ebene (Niesen 2008, S. 10).

Bei Themenzusammenhängen mit grenzüberschreitender Reichweite kann es zu einem Auseinanderdriften von Deliberation und den Kriterien der Partizipation und Inklusion kommen. Die Frage, wer bei grenzüberschreitenden, komplexen Problemgegenständen betroffen ist, wer beteiligt werden soll, wie diese konkret umgesetzt werden muss und welcher Teil der Betroffenen sich am Ende tatsächlich beteiligt, eröffnet ein weites Feld für mögliche Antworten. Die pauschale Beantwortung mit „alle“ wird unplausibel, sobald danach gefragt wird, wie „alle“ abgegrenzt werden kann (Niesen 2008, S. 10 f.). Das Internet kann hier insofern Milderung schaffen, als es die notwendigen Werkzeuge bereitstellen kann, um grenzüberschreitende Diskussionszusammenhänge zu ermöglichen und die aufgeworfenen Fragen zwar nicht abschließend zu lösen, aber immerhin ihre Problematik abzuschwächen.

Deliberative Demokratiekonzepte stützen sich außerdem auf ein Öffentlichkeitsmodell, welches nicht mehr aufgrund gemeinsamer vorpolitischer Überzeugung ausgeprägt wird und bei dem sich Solidarität nicht aufgrund gemeinsam geteilter Überzeugung ausbildet (Bohman 2010, S. 59 ff.). Deliberative Öffentlichkeitsmodelle verabschieden sich von der territorialen Gebundenheit. Sie begreifen Öffentlichkeit analog zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft als differenzierte Öffentlichkeit, welche sich über gemeinsam geteilte grenzüberschreitende Problemzusammenhänge konstituiert (Klinke 2007, S. 4; Winter und Kutschera-Groinig 2010, S. 89 ff.).

Themen wie Menschenrechts- oder Umweltschutz zeigen, dass sich neben kulturellen Praktiken und neuen Informationstechnologien auch Öffentlichkeit und Kommunikation über Grenzen hinweg ausbilden können. Die Expansion global ausgerichteter Medien, sei es nun das Internet oder auch einiger Fernsehsender, hat die Chancen zivilgesellschaftlicher Akteure potenziert, für ihr Anliegen Gehör und Unterstützung zu finden. Globalisierung kann so ebenso als chancenreicher Prozess gedeutet werden (Baringhorst et al. 2009; Winter und Kutschera-Groinig 2010).

„Even as relations of interdependency driven by global markets overwhelm the nation state as a location for democratic regulation, this same interdependence creates new opportunities for the development of international civil society and institutions“ (Bohman 1998, S. 418 f.).

Für Habermas fungieren advokatorische Teilöffentlichkeiten, worunter er vor allem NGOs versteht, als kritische Gegeninstanz gegenüber global agierenden Unternehmen, Staaten und internationalen Organisationen, die Unglaubwürdigkeiten und Fehlinformationen helfen aufzudecken. Diese advokatorischen Teilöffentlichkeiten sensibilisieren idealerweise die Öffentlichkeit für neue Problemlagen (Habermas 2006a). Nicht verfasste Teilhabeformate sind mit Schwächen verbunden. Entscheidungsferne Verfahren vermögen durch Protest die Themenagenda mitzugestalten. Ihre politische Durchsetzungsfähigkeit bleibt oft gering und thematisch beschränkt. Protest kann für Themen sensibilisieren, oft kaum aber zur konkreten Problem- und Konfliktlösung beitragen. Ebenso reduzieren sich viele Protestformen auf zeitlich befristete spektakuläre Einzelaktionen, deren langfristige Wirkung unsicher bleibt (Wimmer 2007, S. 133 f.).²⁷

²⁷ Zu nennen ist hier beispielsweise ein kurzfristiger Käuferboykott, bei dem aufgrund Fehlverhaltens von Unternehmen Kunden eine bestimmte Marke nicht mehr kaufen oder einzelne Händler wegen ihrer Firmenpolitik boykottieren.

3.5 Zwischenfazit

In modernen Gesellschaften sind politische Akteure mit einer wachsenden Komplexität und Entscheidungsdichte konfrontiert. Politische Akteure müssen zunehmend mehr und komplexere Entscheidungen treffen. Aufgrund der oben dargestellten Entwicklungen wird es jedoch zunehmend schwierig allgemeinverbindliche Entscheidungen im Rahmen traditioneller repräsentativer Entscheidungsfindungsverfahren zu treffen, die den Gütekriterien der Legitimation und Effizienz genügen. Mehr Wissen und Informationen führen nicht per se zu besseren Entscheidungen oder einer klaren Entscheidungsgrundlage. So eröffnet das Internet zwar einen fast unerschöpflichen und einfach durchsuchbaren Wissensschatz, diese Vielzahl an Informationen steigert unter Umständen aber noch die Unsicherheit, da es keine eindeutigen Problemlösungen gibt (Rüb 2009). Die oben skizzierten Herausforderungen, die unter den Stichworten Globalisierung, Pluralisierung und wachsende Komplexität diskutiert wurden, sind für sich genommen nicht neu. Was ihre Brisanz in den letzten Jahren erhöht hat, sind ihr Zusammenwirken, ihre Beschleunigung und Ausweitung. Die Rolle des Internets in diesen Prozessen ist widersprüchlich. Es ist auf der einen Seite Treiber der Entwicklungen; auf der anderen Seite eröffnet das Internet ein Potenzial, die positiven Folgen der Entwicklung verstärkt zu nutzen.

Das Aufkommen deliberativer Demokratiekonzepte ist Reaktion auf aktuelle und strukturelle Transformationsprozesse demokratischer Systeme, bei denen deliberative Konzepte versuchen auf Theorieebene diese Herausforderungen zu integrieren. Argumente für einen Ausbau deliberativer Prozesse zielen darauf, die alleinige Angemessenheit bestehender Entscheidungsfindungsverfahren anzuzweifeln und den daraus resultierenden Demokratiedefiziten mit veränderten Formen staatlichen Handelns zu begegnen. Während ein steigendes Bedürfnis nach Teilhabe und wachsende Pluralisierung den Impuls bilden, die Grenzen staatlicher Steuerung die Problemstellung, sind steigende Komplexität und Globalisierung der Kontext, in dem sich deliberative Demokratiekonzepte bewähren müssen (Feindt 2001, S. 367). Eine Ausweitung demokratischer Teilhabe ist bei den skizzierten Herausforderungen aus deliberativer Sicht nicht nur ein „normatives Gebot“, sondern auch „funktionales Erfordernis“ komplexer Gesellschaften. In Abhängigkeit von der Problemstellung sind bestimmte demokratische Arrangements indes handlungsadäquater als andere (Martinsen 2006, S. 91 ff.).

Pluralisierung und Wertewandel gehen mit zwei Entwicklungen einher: auf der einen Seite wachsende politische Apathie, auf der anderen Seite eine neue Bereitschaft zur politischen Teilhabe an der Basis. Für deliberative Demokratiekonzepte ist letztere Entwicklung eine überzeugende Begründung für die Einführung deliberativer Verfahren. Politische

Verdrossenheit wird von deliberativen Proponenten als Signal gedeutet, neue Formen der Teilhabe zur Aktivierung zu schaffen, die an dem Interesse an themenbezogener politischer Aktivität ansetzen. Positiv gewendet könnte man vermuten, dass Bürger auf die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen mit geänderten Erwartungshaltungen und Beteiligungsformen reagiert haben, ohne ihr Grundvertrauen in eine demokratische Regierungsform aufzugeben (Blatter 2007, S. 274). Deliberative Verfahren spiegeln die Pluralität von Beobachtungs- und Beschreibungsformen wider, indem sie darauf abzielen einen akzeptierten und nachvollziehbaren Umgang mit Uneinigkeit zu erreichen. Nicht Konsens, sondern der vernünftige Umgang mit Dissens ist das Ziel (Palazzo 2002, S. 173).

„Legitimationsgewinn kann daher nicht darin bestehen, dass im Konsens entschieden wird, sondern nur darin, dass mit besserem Recht im Dissens entschieden werden kann“ (van den Daele 1996, S. 46).

4 Grundlagen deliberativer Demokratiekonzepte

Deliberative Demokratiekonzepte entwickelten sich vor dem Hintergrund der in Kapitel 3 geschilderten Herausforderungen und der aus deliberativer Warte in Kapitel 2 besprochenen Defizite liberaler und republikanischer Konzepte. Innerhalb der zeitgenössischen politischen Theorie sind deliberative Demokratiekonzepte heute zum zentralen Paradigma geworden (Dryzek 2007; Rosenberg 2007; Schaal und Ritzi 2009; Beste 2013). Sprachen Autoren wie Bohman Mitte der 1990er Jahre noch von einem „‘come of age‘ as a complete theory of democracy rather than simply an ideal of legitimacy“ (Bohman 1998, S. 2), konnte Dryzek wenige Jahre später bereits einen „deliberative turn“ in der Demokratietheorie diagnostizieren (Dryzek 2002). In Dryzeks neueren Werken avanciert die Theorie deliberativer Demokratie zum zentralen Paradigma innerhalb der zeitgenössischen politischen Theorie (Dryzek 2006; Dryzek 2012).

Selbst wenn man die Einschätzung für übertrieben hält, lässt sich schwerlich übersehen, wie sehr die deliberative Demokratietheorie seit ihren Anfängen die Debatte innerhalb der politischen Theorie prägt. Deliberative Demokratiekonzepte versuchen eine Lösungsmöglichkeit aufzuzeigen, wie unter den Herausforderungen von wachsender Komplexität, zunehmendem Verlangen nach Partizipation, bei gleichzeitig abnehmender konventioneller Beteiligung, begrenzter, mitunter schrumpfender Steuerungsfähigkeit und neuen technologischen Optionen, legitime und effiziente politische Entscheidungen in demokratischen Gesellschaften möglich sein können.

Deliberative Demokratiekonzepte erheben nicht den Anspruch, eine völlig neue Alternative

zu liberalen und republikanischen Konzepten darzustellen. Sie kombinieren und ergänzen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung als „middle democracy“ (Gutmann und Thompson 1996, S. 17) liberale und republikanische Ansätze und nehmen eine Neujustierung zwischen den Zielgrößen der Legitimität, Gleichheit und Effizienz vor (Buchstein 1997, S. 135). Deliberative Demokratiekonzepte verkörpern damit den Fluchtpunkt normativ begründeter Hoffnungen, denen tradierte Entscheidungsfindungsverfahren, die versuchen Präferenzen allein durch ein Zählen von Köpfen zu aggregieren, eine immer geringere Legitimation und Qualität der Ergebnisse zuzusprechen. Vier Gründe werden für die Attraktivität und den Aufschwung deliberativer Konzepte von Young sowie Schaal und Ritzi genannt (Young 2001; Schaal und Ritzi 2009).

1. Deliberative Demokratiekonzepte werfen einen kritischen Blick auf bestehende repräsentative politische Entscheidungsverfahren, ohne die aus heutiger Sicht utopisch anmutenden theoretischen Vorannahmen der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule zu übernehmen.
2. Deliberative Demokratiekonzepte, die in vielen der gängigen Standardwerke der politischen Theorie unter dem attraktiven Label der partizipatorischen Demokratie rubriziert werden (Schmidt 2000), sind mit dem Versprechen verbunden, die Inputlegitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen. Im Gegensatz zu älteren partizipatorischen Ansätzen machen sie den Input abhängig von der Qualität des politischen Outputs. Sie beanspruchen rationalistische und partizipative Anforderungen zu erfüllen (Niesen 2008, S. 4; Beste 2013, S. 8 ff.). Sie fügen sich auf diese Weise in den fachwissenschaftlichen Diskurs der modernen Demokratietheorie ein, der stärker auf eine Rationalisierung des Outputs fokussiert (Buchstein 2003, S. 476 ff.).
3. Deliberative Verfahren haben ihre Praxistauglichkeit in bestimmten Kontexten bewiesen. Diese unter realweltlichen und Laborbedingungen gewonnenen Ergebnisse zeigen, dass sich die Hoffnungen deliberativer Theoretiker hinsichtlich einer erhöhten Legitimation und Qualität der Entscheidungen unter bestimmten Bedingungen realweltlich und im Internet erfüllen können (Min 2007). Zu nennen ist hier beispielsweise das Deliberative Polling, welches zivilgesellschaftliche Akteure zur Diskussion eines Themenkomplexes zusammenbringt (Fishkin 1995).
4. Die Heterogenität deliberativer Demokratie macht sie in unterschiedlichsten Kontexten anschlussfähig. Dadurch, dass sich deliberative Arrangements mit tradierten Entscheidungsverfahren vergleichsweise einfach kombinieren lassen, erscheinen die Kosten als relativ gering. „Nearly everybody these days endorses deliberation in some form or other (it would be hard not to)“, so Chambers (2003, S. 308). Auch ist Deliberation in transnationalen und informellen Kontexten unter Umständen weniger voraussetzungsreich als andere demokratische Entscheidungsfindungsverfahren.

Im Kapitel 4 wird das grundlegende Konzept deliberativer Demokratie erörtert. Dazu werden zunächst einige zentral geteilte Annahmen verschiedener deliberativer Demokratiekonzepte analysiert. Zu den zentral geteilten Annahmen deliberativer Demokratiekonzepte gehören die Verwendung kritischer rationaler Argumente, die Vorläufigkeit der Ergebnisse, Themenoffenheit ohne Konsenszwang sowie der öffentliche Vernunftgebrauch. Aufbauend auf dieser Basis werden Leistungen und Schwachstellen deliberativer Demokratiekonzepte diskutiert. Dabei wird zwischen zwei Arten von Leistungen deliberativer Demokratiekonzepte differenziert: intrinsischen Leistungen, die ergebnisunabhängig sind, und Leistungen, die durch deliberative Prozesse hervorgebracht werden.

Auch bei der Kritik lassen sich zwei Positionen unterscheiden: zum einen Positionen, die deliberativen Prozessen grundsätzlich kritisch gegenüberstehen aufgrund des fehlenden Willens und der mangelnden Befähigung der Bürger, sich an deliberativen Prozessen zu beteiligen; zum anderen Kritiker, die deliberativen Demokratiekonzepten grundsätzlich positiv gegenüberstehen, jedoch Zweifel äußern, ob spezifische Kontexte deliberationsförderlich sind. Im weiteren Verlauf der Arbeit bildet die Darstellung in Kapitel 4 die Grundlage zur Beantwortung der Frage, inwiefern sich unter den geänderten Bedingungen der computervermittelten Kommunikation und den Spezifika der Netzöffentlichkeit die Leistungen und Defizite zeigen und ob durch die Änderung des Kontextes diese Probleme entschärft werden, oder aber sich neue Probleme in der Netzöffentlichkeit und computervermittelten Kommunikation zeigen.

4.1 Kerngedanken deliberativer Demokratiekonzepte

Einer Gruppe aus freien und gleichen Bürgern, die eine kollektive Entscheidung treffen muss, stehen drei prinzipielle Optionen zur Verfügung: Argumentieren, Verhandeln und Abstimmen oder die Delegation der Entscheidung durch die Wahl eines Repräsentanten. Ferner ist eine Kombination von zwei oder drei dieser Elemente denkbar (Elster 1998a, S. 5 f.). Denkbar, aber eher unüblich wäre auch ein Zufallsverfahren durch das Ziehen eines Loses (Buchstein 2009).

Konsensentscheidungen sind in modernen Gesellschaften unwahrscheinlich, da in pluralistischen Gesellschaften „Dissens die Regel und Konsens die Ausnahme“ ist (Palazzo 2002, S. 164), der zu konträren Auffassungen auf der Ebene der Präferenzen führt (Gimmler 2001, S. 27). Für einen gewissen Zeitraum besteht die Möglichkeit des Nichtentscheidens. Die meisten Materien müssen im Regelfall aber irgendwann entschieden werden. Dabei kann nicht davon ausgegangen werden, dass republikanische Konzepte, die auf der Idee der unmittelbaren politischer Teilhabe aufbauen, mit dem Niveau gesellschaftlicher Differenzierung in modernen Flächenstaaten vereinbar sind (Schmidt 2000, S. 261 ff.).

Schließlich können politische Institutionen, die eine Balance zwischen Effektivität und Legitimation suchen und in einem Umfeld agieren, dessen Inhalte, Werte und Ziele einer permanenten Pluralisierung und einem hohen Veränderungstempo unterliegen, sich nicht darauf beschränken den Output politischen Handelns auf Effizienzkriterien hin zu rationalisieren.

Uneinigkeit hinsichtlich der Ziele und die Notwendigkeit zum Entscheiden bilden das gesellschaftliche Umfeld, in dem sich deliberative Demokratiekonzepte bewegen. Legitimation des ablaufenden Entscheidungsprozesses und eine möglichst hohe Rationalität der Entscheidungen sind die Ergebnisse, welche deliberative Demokratiekonzepte anstreben (Feindt 2001, S. 367 f.).

„Wenn Demokratie kollektive Selbstregierung bedeuten soll, wie ist dann zu erreichen, daß es zu einer Einigung auf Entscheidungen kommt, die zugleich freiwillig und vernünftig sind“ (Peters 2007a, S. 63)?

Kollektiv bindende Entscheidungen haben, wenn ein Konsens ausgeschlossen werden kann, Auswirkungen auf Bürger, die damit verfolgte Ziele nicht teilen oder ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt sehen. Wie können diese Mitglieder motiviert werden Entscheidungen zu unterstützen? Da in demokratischen Gesellschaften Zwangsmittel meist keine gangbare Option darstellen, übernimmt in demokratischen (Rechts-)Staaten das Recht die Aufgabe, Freiheit, Gleichheit und Effektivität in Einklang zu bringen. Diese Aufgabe bedingt, dass sich die Adressaten des Rechts als deren Urheber verstehen können, was wiederum zur Voraussetzung hat, dass Entscheidungen als das Ergebnis der von Elster genannten Möglichkeiten des Argumentierens, Verhandeln und Abstimmens erkennbar sein müssen.

Abhängig davon, wie schnell eine Entscheidung erreicht werden muss, kann davon ausgegangen werden, dass bei Zeitdruck Abstimmungen das schnellste Ergebnis zeigen. Abstimmen für sich genommen kann nicht sicherstellen, dass die Interessen der unterlegenen Minderheit in angemessener Weise berücksichtigt werden. Auch die Möglichkeit des Verhandeln ist problematisch: In einem „Divide-the-Dollar“-Spiel ist nicht davon auszugehen, dass alle Mitglieder über gleichwertige Ressourcen verfügen, um ihre Interessen durch den Austausch von Drohungen und Versprechen zu wahren (Sulkin und Simon 2001). Politische Entscheidungsfindung involviert deshalb häufig alle drei Möglichkeiten (Elster 1998a, S. 7).

In einem mehrstufigen Verfahren wird beispielsweise zunächst argumentiert, dann verhandelt und schließlich abgestimmt. Mehrheitsentscheidungen fungieren als „natürliches Auffangnetz“, wenn andere Möglichkeiten nicht mehr greifen (Spöndli 2004, S. 38). Ein

zentrales Element demokratischer Entscheidungen ist die Argumentation. Dies schließt nicht aus, dass andere Entscheidungsmechanismen, wie Verhandeln oder Abstimmen, situationsabhängig zu präferieren sind oder verschiedene Verfahren kombiniert werden. Aus deliberativer Sicht ist es zentral, dass vorher deliberiert wird, welches das angemessene Verfahren zum Abschluss einer Entscheidung bildet (Chambers 2003, S. 309).

Wie auch im Falle anderer politischer Konzepte ist deliberative Demokratie mit unterschiedlichen Vorstellungen verbunden (Hüller 2005a; Rosenberg 2007; Mutz 2008). Dabei koexistiert auch im Begriff der Deliberation „das Gute und Vage“ (Rosanvallon 2010, S. 279). Die deliberative Demokratie existiert nicht. „To speak of a unified thing called deliberation is to speak of a chimera“ (Button und Mattson 1999, S. 619). Definitionen und Formen deliberativer Demokratie sind vielfältig. Oft geht es dabei um die Fragen, wie groß der Kreis der an der Deliberation Beteiligten ist oder welche Rolle der Rationalität von Argumenten zugesprochen wird (Mutz 2008, S. 525 ff.).

Wenig zu seiner begrifflichen Schärfe trägt weiterhin der Umstand bei, dass er im angloamerikanischen Raum in der Alltagssprache Verwendung findet und seine Bedeutung unterschieden werden muss vom fachterminologischen Gebrauch. Für den fachterminologischen Gebrauch führt Elster in einem von ihm herausgegebenen Sammelband vier unterschiedliche Definitionen von Deliberation auf (Elster 1998a, S. 8). Es besteht damit die Gefahr, dass der „deliberative umbrella“ zu groß wird – ein Begriff, der alles eint und nichts mehr ausschließt, verliert seinen Wert (Mutz 2008, S. 526). Deliberative Demokratiekonzepte müssen somit den Spagat bewältigen, hinreichend allgemein zu sein, um in verschiedenen Bereichen angewandt werden zu können. Auf der anderen Seite müssen sie hinreichend präzise definiert sein, sodass von einem gemeinsamen Grundgerüst an Kernmerkmalen ausgegangen werden kann. Nur so kann der Transfer in empirische Studien gelingen oder aber festgestellt werden, wo die Grenzen der Deliberation liegen (Mutz 2008, S. 523 f.).

Grundsätzlich kann zwischen deliberativen Verfahren unterschieden werden, die im institutionalisierten Rahmen, wie beispielsweise Bürgerversammlungen, ablaufen, und nichtinstitutionalisierten und spontanen Verfahren (Thimm et al. 2012, S. 285). Letztere sind durch eine Unstrukturiertheit, geringe Regelungsdichte, Diskontinuität und eine disperse Zusammensetzung der Teilnehmer gekennzeichnet. Anders als institutionalisierte deliberative Verfahren sind sie weiterhin zeitlich teilweise nicht beschränkt und an ihrem Ende muss nicht zwingend eine kollektiv verbindliche Entscheidung getroffen werden. Schwerpunkte der vorliegenden Arbeiten sind nichtinstitutionalisierte Verfahren, da diese im Internet die am häufigsten vorkommende Kommunikationssituation darstellen.

Normativ anspruchsvolle deliberative Demokratiekonzepte erhalten, ungeachtet von

Auffassungs- und Gewichtungunterschieden, ein gemeinsames Profil in ihrer Abgrenzung gegenüber demokratiethoretischen Modellen, in denen nicht die öffentliche Deliberation, sondern die bloße Aggregation individueller Interessen im Vordergrund steht. Modelle, die von der „heroischen Annahme, dass politische Präferenzen gegeben sind“ (Buchstein 1997, S. 135) ausgehen und versuchen Präferenzen, ähnlich dem eines Marktes, primär über Verhandlungen zum Ausgleich zu bringen, bleiben aus Sicht deliberativer Vertreter unbefriedigend. Indes schließen deliberative Demokratiekonzepte Verhandlungen und Kompromisse an einem bestimmten Punkt nicht aus.

„The task of politics is not only to eliminate inefficiency [wie in Märkten], but also to create justice - a goal to which the aggregation of prepolitical preferences is a quite incongruous means“ (Elster 1999, S. 111).

Weiterhin grenzen sich deliberative Demokratiekonzepte gegenüber elitentheoretischen Konzepten ab. Sie beschränken die Partizipation der Bürger auf bloße Personalauswahl und führen zu einer Abkoppelung der Sachentscheidungen von der öffentlichen Meinung aus Sicht deliberativer Vertreter (Saretzki 2010, S. 129 f.).

Folgende Elemente sind grundlegend für deliberative Demokratiekonzepte: die Verwendung kritischer rationaler Argumente, die Vorläufigkeit der Ergebnisse, Themenoffenheit ohne Konsenszwang sowie der öffentliche Vernunftgebrauch (Dryzek 2002; Gutmann und Thompson 2004, S. 6; Parkinson 2006, S. 3).

Das erste Element rekurriert auf die Verwendung von (öffentlichen) kritisch-rationalen Argumenten als Leitlinie des politischen Prozesses. Dies steht im Unterschied zur bloßen Aggregation von privaten Präferenzen durch Abstimmung oder Verhandlungen zwischen konkurrierenden Interessen. Entscheidungen sollen idealerweise auf Basis logisch aufgebauter Argumente gefunden werden. Anzumerken ist hier jedoch, dass sich vor allem seit den Arbeiten von Young ein expansives Deliberationskonzept durchgesetzt hat, welches über den rationalen Austausch auch andere Kommunikationsformen wie „story-telling“, Narrative, aber auch strategisches Handeln und Eigeninteresse einschließt (Young 2002; Warren 2007). Gerade im Internet spielen unkonventionelle Formen der Kommunikation wie Narrative, Humor oder Rhetorik eine wichtige Rolle, da die Grenzen mündlicher und schriftlicher Kommunikation verwischen.

Zweitens sollen die Ergebnisse deliberativer Verfahren Bindungswirkung erzeugen. Die Ergebnisse müssen aber im Lichte neuer Erkenntnisse sowohl moralisch als auch politisch vorläufig und revidierbar bleiben.²⁸ Deliberative Demokratiekonzepte schließen sich damit

²⁸ Wie Martinsen verdeutlicht, ist aufgrund der „Langlebigkeit und Irreversibilität“ einiger Entscheidungen die Revidierbarkeit so getroffener Entscheidungen durch eine neue Mehrheit oder neue Erkenntnisse eingeschränkt (Martinsen 2006, S. 48 f.).

dem „falliblen Erkenntnismodus moderner Wissenschaft“ an (Thaa 2006, S. 20). Wissenschaftlichen Experten kommt in dem Kontext die Aufgabe zu, „Reflexionswissen“ zur Verfügung zu stellen, auf das die Beteiligten zurückgreifen können (Imhof 2008, S. 77).

„Although deliberation aims at a justifiable decision, it does not presuppose that the decision at hand will in fact be justified, let alone that a justification today will suffice for the indefinite future. It keeps open the possibility of a continuing dialogue, one in which citizens can criticize previous decisions and move ahead on the basis of that criticism. Although a decision must stand for some period of time, it is provisional in the sense that it must be open to challenge at some point in the future“ (Gutmann und Thompson 2004, S. 6).

Dabei stellt sich drittens die Frage, ob sämtliche Fragen prinzipiell Gegenstand deliberativer Verfahren sein können oder nur bestimmte. Ackerman unterscheidet zu dem Zweck zwischen „normal lawmaking“ und „higher lawmaking“. Deliberative Verfahren sollen nur bei Letzteren zur Verwendung kommen, das heißt bei Ereignissen wie dem Verfassungsgebungsprozess und anderen zentralen politischen Fragen wie dem New Deal in den USA in den 1930er Jahren (Ackerman 1993, S. 6 ff.). Ebenso können religiöse oder persönliche Wertvorstellungen für Individuen nicht deliberierbar sein. Auch ist ein Ausschluss bestimmter radikaler politischer Positionen – beispielsweise links- oder rechtsextreme Positionen – von der Themenagenda vorstellbar. So sind in Deutschland die demokratische Staatsverfassung und ihre zentralen Merkmale nicht verhandelbar und könnten durch eine noch so große Mehrheit, die mit theoretisch guten Gründen operieren würde, nicht aufgehoben werden. Aber selbst wenn diese zentralen Merkmale nicht, oder nur mit aufwendigen Prozeduren, geändert werden können, wird doch über ihre Auslegung, ihre Anwendung und ihren Geltungsbereich beständig öffentlich diskutiert, sodass die Diskussion und Interpretation wesentlicher Verfassungsinhalte die Spielregeln demokratischen Regierens bestimmt (Benhabib 1995, S. 22; Gutmann und Thompson 2004, S. 29 ff.).

Die meisten Autoren setzen dem Gegenstandsbereich deliberativer Verfahren möglichst wenig Grenzen, da ein genereller Ausschluss bestimmter Themen nicht dazu beiträgt in modernen Gesellschaften Konflikte abzubauen (Benhabib 1995; Dryzek 2002; Gutmann und Thompson 2004; Cohen 2007). Das Internet beendet, was die verhandelbaren Themen angeht, diese Debatte, wie Buchstein hervorhebt. Da das Netz nicht effektiv kontrolliert werden kann, kann im Netz potenziell jedes Thema diskutiert werden (Buchstein 1996, S. 593). Diese Themenoffenheit ermöglicht den Teilnehmern deliberativer Öffentlichkeit die Unterschiedlichkeit und gegensätzlichen Ansichten der anderen Bürger zu verstehen und nach gemeinsamen Ausgangspunkten zu suchen (Gutmann und Thompson 1996, S. 298).

Dabei geht es nicht darum Unterschiede zu nivellieren. Vielmehr ist es das Ziel, eine Verdeutlichung der unterschiedlichen Standpunkte zu erreichen. Das heißt, Positionen herauszuarbeiten, die einer Konfliktlösung zugänglich sind, und die Präferenzen auszuschließen, die nicht begründet sind, und bei Ansichten, die inkompatibel sind, sich darauf zu einigen keinen gemeinsamen Standpunkt zu haben (Palazzo 2002, S. 159 ff.).

Nicht Konsens, sondern vertieftes Verständnis und Berücksichtigung der Perspektiven des anderen, damit Dissens sich nicht zum Konflikt ausweitet, sind das Ziel. Diesen nachvollziehbarer Umgang mit Uneinigkeit bezeichnet Palazzo als „vernünftigen Dissens“ (Palazzo 2002, S. 173). Gutmann und Thompson sprechen von einer „economy of moral disagreement“ (Gutmann und Thompson 2004, S. 11). Mansbridge von einem „structuring of disagreement, which sets the stage for a decision by non-deliberative methods, such as aggregation or negotiation among cooperative antagonists“, einer Haltung, bei der nicht zwingend alle Konflikte aufgelöst werden müssen (Mansbridge 2010, S. 68).

„Deliberation cannot make incompatible values compatible, but it can help participants recognize the moral merit in their opponents' claims when those claims have merit. It can also help deliberators distinguish those disagreements that arise from genuinely incompatible values from those that can be more resolvable than they first appear“ (Gutmann und Thompson 2004, S. 11).

Implizite oder explizite Konsenserwartungen an ein deliberatives Verfahren bringen weitere Probleme mit sich. So kann die Praxis, so lange zu diskutieren, bis ein Konsens erreicht wird, zu sozialem Druck auf diejenigen Akteure führen, die sich der Mehrheitsmeinung nicht anschließen wollen (Feindt 2001, S. 77). Damit wird ein „Freund-Feind-Schema“ begünstigt, bei dem Gegenargumente möglicherweise als Verrat an der gemeinsamen Sache oder Untergrabung der Gruppensolidarität gedeutet wird, sodass es am Ende zur unheilvollen Schließung des Diskurses kommt (Peters 2007a, S. 91 ff.).

Einige Autoren sprechen in dem Zusammenhang von einem Metakonsens als Ziel. Konflikte werden in Dispute auf der Basis einer gemeinsamen Entscheidungsgrundlage überführt (List 2002; Dryzek und Niemeyer 2006). Ein Metakonsens liegt dann vor, wenn individuelle Akteure über die dem Entscheidungsproblem zugrunde liegende ideologische Dimension übereinstimmen und sich ihre Präferenzen auf derselben Links-rechts-Achse einordnen lassen. Ein vollständiger Konsens in Form der Übereinstimmung der individuellen Präferenzen ist nicht erforderlich. So könnten, wie List anführt, beispielsweise alle Individuen die gleiche Auffassung über die ideologische Einschätzung der Bundestagsparteien auf einer Links-rechts-Achse haben. Sie müssen aber zu keinem vollständigen Konsens über die Frage kommen, ob sie eine Partei bevorzugen (List 2002, S. 77). Individuelle Akteure stimmen vielleicht nicht über den Lösungsvorschlag eines Problems überein, ein Konsens

kann aber erreicht werden über die Frage, wie man zur Lösung eines Problems gelangen kann. Dabei kann am Ende eines deliberativen Prozesses ein Kompromiss oder eine Mehrheitsentscheidung stehen, was von Vertretern der ersten Generation deliberativer Demokratiekonzepte eher skeptisch betrachtet wurde. Der Vorteil eines Metakonsenses ist, dass Konflikte abgebaut und Entscheidungen sowie Präferenzen im Laufe des Verfahrens transparenter werden.

Der Austausch von Argumenten in einem deliberativen Verfahren ist viertens ein öffentlicher Akt. Im Unterschied zu liberalen Demokratietheorien, in denen Abstimmungen der Maximierung individueller Präferenzen dienen und die Wahlhandlung auf einen privaten Akt reduziert wird, verlangen deliberative Demokratiekonzepte, dass Meinungen zu einem spezifischen Thema einer öffentlichen Überprüfung und Rechtfertigung unterzogen werden müssen (Cohen 1999, S. 67; Gutmann und Thompson 2004, S. 4). Wer in einem Deliberationsprozess Gegenstände von allgemeinem Interesse öffentlich mit eigenen Argumenten verteidigt oder andere Argumente kritisiert, muss dies mit Argumenten tun, die öffentlich überprüfbar sind. Dies bedeutet, dass er Argumente vorbringen muss, die das allgemeine Interesse fördern. Rationalität wird aus deliberativer Warte durch die öffentliche Rechtfertigung der Geltungsansprüche gegenüber anderen gefördert. Öffentliche Argumentation bewirkt, dass Argumente, die sich auf bloßes Eigeninteresse oder strategisches Kalkül beziehen, eher entlarvt werden. Öffentlichkeit verstärkt das Gewicht gemeinwohlorientierter Kriterien im Bewusstsein der Partizipierenden (Scharpf 1997, S. 10). Das bedeutet nicht, dass Eigeninteressen in einem Deliberationsprozess keine Rolle spielen dürfen.

„If self-interest is not part of the process of exploration and clarification, the chances increase greatly of a group’s adopting a version of the common good that does not take everyone’s interests into account. If members of the group can speak only as ‘we’ and not as ‘I’, neither they nor the other participants may be able to discover what is really at stake and forge integrated solutions“ (Mansbridge 2010, S. 73).

Eine aus deliberativer Warte funktionierende Öffentlichkeit – als Ort der diskursiven Auseinandersetzung – nimmt aus deliberativer Warte eine Schlüsselstellung ein. Sie ist der Ort, an dem Bürger und ihre Repräsentanten Meinungen und Problemlösungskonzepte vorstellen und rechtfertigen müssen und der das politische System kontinuierlich zwischen den Wahlen an die Interessen der kritisch rasonierenden Bürger rückkoppelt (Habermas 1992b; Bohman und Rehg 1999; Dryzek 2002).

Demokratische Entscheidungen werden kollektiv getroffen. Akteure versuchen andere Akteure öffentlich mit sprachlichen Mitteln zu überzeugen. Können interne Reflexionsprozesse eines Individuums – das Nachdenken über ein bestimmtes Problem –

als Deliberation verstanden werden? Goodin hat sich in einigen Aufsätzen dieser Problematik gewidmet (Goodin 2000; Goodin 2003, S. 169 ff.). Folgt man seiner plausiblen Auffassung, bilden interne Reflexionsprozesse einen wichtigen Input für deliberative Verfahren. Auch ist der Übergang zwischen den Prozessen des Nachdenkens und der öffentlichen Argumentation in der Praxis sicherlich fließend. Fraglich ist, ob interne Reflexionsprozesse öffentliche Deliberation substituieren können. Goodins Argumentation folgend ist das individuelle Nachdenken über ein Problem zumindest eine „Second-Best-Lösung“ (Goodin 2000, S. 82 ff.). Dabei ist es allerdings wahrscheinlich, dass einige Perspektiven in einem internen Reflexionsprozess nicht bekannt sind. Andere werden hingegen unter Umständen zu stark gewichtet. Damit leisten interne Reflexionsprozesse zwar einen wichtigen Input. Sie können aber nicht als Ersatz für eine öffentliche Rechtfertigung fungieren (Goodin 2000, S. 109).

Verknüpft mit dem öffentlichen Vernunftgebrauch sind drei Voraussetzungen. Die Teilnehmer eines Deliberationsprozesses müssen sich auf seine Dynamik einlassen und bereit sein ihre eigenen Präferenzen im Lichte überzeugenderer Argumente zu transformieren. Wenn sich der Gebrauch von Argumenten in der Öffentlichkeit darauf beschränkt seine eigene Position zu verteidigen, sobald aber Gegenargumente die eigene Position in Frage stellen, kein Lernprozess initiiert wird, kann Deliberation keinen Erfolg haben. Das bessere Argument muss im gemeinsamen Diskurs gesucht werden (Steiner 2008, S. 187). Damit verbunden ist die Vorstellung, dass ein Dissens über ein bestimmtes Problem berechtigt ist und durch Deliberation gelöst werden kann. Sind die beteiligten Akteure nicht der Meinung, dass überhaupt ein Problem existiert, oder nicht der Auffassung, dass man unterschiedliche Ansichten zu dem Thema haben kann, ist eine sinnvolle Argumentation nicht möglich (Peters 2007a, S. 89). Deliberation als argumentativer Prozess, der sich über den Austausch von Argumenten und Gegenargumenten vollzieht, verlangt schließlich, dass die Teilnehmer über ein Mindestmaß an kommunikativen und kognitiven Fähigkeiten verfügen. Sie müssen Argumente verstehen und kritisch hinterfragen sowie eigene Positionen öffentlich begründen können (Habermas 1992b, S. 370).

Somit steht in deliberativen Demokratiekonzepten nicht das bloße Aggregieren von ungefilterten Individualpräferenzen zu kollektiven Entscheidungen am Anfang des politischen Prozesses. Vielmehr bildet die Deliberation über Präferenzen den Ausgangspunkt. Im Rahmen eines argumentativen Austausches werden Akteure dazu gezwungen Argumente, die aus purem Eigeninteresse vertreten werden, zu transformieren. Der Zwang zur begründeten Argumentation am Beginn des Entscheidungsfindungsprozesses kann dazu beitragen Paradoxien von Mehrheitsentscheidungen – wie das Condorcet-Paradox²⁹ – zu

²⁹ Das Condorcet-Paradox zeigt, dass Aggregationsverfahren der paarweisen Mehrheitswahl zu

umgehen (Miller 1992, S. 58). Ob der Abschluss der Entscheidungsfindung über ein Zählen von Köpfen oder aber über andere Modi wie das Gewichten von Gründen gestaltet wird, steht, im Unterschied zu liberalen Ansätzen, aus deliberativer Sicht den Teilnehmern frei zu entscheiden (Gutmann und Thompson 2004, S. 16 f.).

4.2 Leistungen deliberativer Demokratiekonzepte

Die Einführung deliberativer Demokratiekonzepte ist eine riskante Vorleistung, da bestehende repräsentative Verfahren zwar Defizite zeigen, als etablierte Entscheidungsfindungsverfahren jedoch über eingespielte Institutionen und Routinen verfügen. Deliberative Demokratiekonzepte müssen deswegen darlegen, dass sie Leistungen erbringen, welche sie gegenüber anderen etablierten Entscheidungsverfahren vorzugswürdig machen. Zentrale Leistungen deliberativer Demokratiekonzepte werden im Folgenden diskutiert. Grundlegend können nach Hüller zwei Arten von Leistungen deliberativer Demokratiekonzepte differenziert werden: erstens intrinsische Leistungen, die sich aufgrund der Durchführung eines Beratungsprozesses einstellen und ergebnisunabhängig sind; zweitens instrumentelle Leistungen, die durch deliberative Prozesse hervorgebracht werden (Hüller 2005a, S. 19).

Einige Autoren postulieren aus der ersten Perspektive, dass die Beschäftigung mit Politik und die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen Bestandteil eines erfüllten Lebens sind (Barber 1984; Manin 1987; Habermas 1992b, S. 355). Zum anderen soll die Durchführung und Teilnahme an deliberativen Prozessen die Herausbildung geteilter Normen der Gegenseitigkeit und der Anerkennung der Ansprüche anderer begünstigen.

„Perhaps most broadly, deliberative public engagement serves a purpose beyond any single policy or issue area. It can be intended to generally strengthen democratic culture and practice in the long-term by upgrading democratic practice, improving the public debate and promoting collaboration“ (Friedman 2006, S. 19).

Damit verbunden ist die Annahme, dass die Teilhabe an deliberativen Prozessen eine qualifizierende Wirkung entfaltet, da sich „frontenüberschreitende Lerneffekte“ einstellen (van den Daele 1996, S. 26). Bürger lernen in deliberativen Verfahren differenzierte

inkonsistenten kollektiven Präferenzen führen können. So kann eine Mehrheit eine Option A gegenüber einer Option B bevorzugen, die Mehrheit Option B aber auch gegenüber Option C bevorzugen, trotzdem aber die Mehrheit Option C gegenüber A präferieren. Da jeder Wähler möglicherweise seine eigene Präferenzenreihenfolge hat, kann es zu inkonsistenter Präferenzordnung kommen und es existiert kein Condorcet-Sieger. Das Condorcet-Sieger-Kriterium wird allerdings als überzeugendes Kriterium des Mehrheitswillens angesehen. Wie daran anschließend das Arrow-Theorem nachweist, ist es nicht möglich aus den Präferenzen der einzelnen Gruppenmitglieder auf eindeutige Präferenzen der gesamten Gruppe zu schließen, da jedes Aggregationsverfahren eine ethische und methodische Bedingung (Arrow'sche Bedingungen) verletzt (List und Sliwka 2004).

Zusammenhänge zu verstehen, was die individuelle Entwicklung der Partizipierenden fördert und Konfliktlinien mit der Zeit hilft zu entschärfen. Aus dieser Warte tragen deliberative Prozesse zu einer „Demokratisierung der Demokratie“ und der Herausbildung einer demokratischen Diskussionskultur bei (Geißel 2008, S. 38). Diese philosophisch motivierten Hoffnungen einer moralischen Qualifizierung der Bürger sind einer empirischen Untersuchung schwer zugänglich (Mutz 2008, S. 524). Als Ergänzung bedürfen sie Argumente, die die Leistungsfähigkeit des Outputs von Deliberationsprozessen gegenüber anderen Verfahren verdeutlichen. Dies steht in Einklang mit dem Anspruch deliberativer Demokratiekonzepte, die sowohl Legitimität als auch Rationalität der Entscheidungsfindung zu verbessern trachten.

Aus instrumenteller Sicht ist mit der Durchführung deliberativer Verfahren eine Reihe von positiven Resultaten verbunden, die von verschiedenen deliberativen Theoretikern genannt werden. Dazu gehören die Aufdeckung bislang nur privat vorhandener Informationen einzelner Akteure, die Entschärfung des Problems begrenzter Rationalität, die Einnahme eines gemeinwohlorientierten Standpunkts zur Rechtfertigung eigener Ansprüche sowie die Erhöhung der Akzeptanz kollektiv verbindlicher Entscheidungen (Miller 1992, S. 60; Fearon 1998; Gambetta 1998, S. 22; Christiano 1999; Cooke 2000; Friedman 2006; Mutz 2008, S. 530 f.).

Ein Vorteil deliberativer Verfahren ist die Aufdeckung privater Informationen (Fearon 1998, S. 45 ff.). Für die Lösung eines kollektiven Problems steht einer Gruppe die Möglichkeit offen, abzustimmen, zu diskutieren, zu verhandeln, oder der Rückgriff auf ein Losverfahren. Wieso sollte eine Gruppe diskutieren, wenn beispielsweise die erste Option zeitsparender realisiert werden kann? Eine Diskussion ermöglicht den Partizipierenden ihre Präferenzen und Informationen („private information“), die bislang nur dem Individuum bekannt waren, der Gruppe mitzuteilen. Weiterhin eröffnen Diskussionen die Option, eigene Präferenzen nuancierter zu artikulieren als in einem Wahlverfahren, welches idealtypisch nur eine dichotome Unterscheidung zwischen dafür oder dagegen ermöglicht (Fearon 1998, S. 46 ff.).

Müsste eine Gruppe beispielsweise darüber entscheiden, ob eine Umgehungsstraße gebaut werden kann, hätte eine Diskussion gegenüber einer geheimen Abstimmung zwei Vorteile: Erstens könnten private Informationen der einzelnen Teilnehmer in der Diskussion enthüllt werden. Beispielsweise der Hinweis, dass der Bau zwar zu einer Verkehrsentlastung für einige Bewohner führe, jedoch auch Bewohner durch die neue Umgehungsstraße einer stärkeren Lärmbelastung ausgesetzt wären. Zum Zweiten könnten sie stärkere oder schwächere Zustimmung für die Wahl einer bestimmten Option artikulieren. In einem Diskussionsprozess können die Teilnehmer ihre Präferenzen nuancierter darstellen, als bloß dafür oder dagegen zu sein.

Indes besteht bei der Aufdeckung privater Informationen durch Diskussion für die Entscheidungsfindung das Risiko des „cheap talk“, das heißt, dass einzelne Akteure strategische Motive besitzen und deswegen ihre Motive oder Präferenzen falsch oder verzerrt wiedergeben. Allerdings kann das Problem bei einer Wahl ebenso auftreten. Aufgrund der fehlenden öffentlichen Rechtfertigung für eine Präferenz ist es in dem Fall sogar wahrscheinlicher. Das Problem des „cheap talk“ im Zusammenhang mit der Aufdeckung privater Informationen in Deliberationsprozessen ist vermutlich vor allem dann plausibel, wenn die Beteiligten stark divergierende Meinungen und Interessen haben und ein nur geringer Gruppenzusammenhalt existiert (Landa und Meirowitz 2009, S. 435 ff.).

Viele Entscheidungssituationen zeichnen sich dadurch aus, dass Akteure über private Informationen verfügen, die der Gruppe nicht zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind die eigenen Entscheidungskapazitäten aufgrund der Komplexität vieler Probleme zu gering, um eine vernünftige Lösung zu finden. Die Auswirkungen dieses Phänomens der begrenzten Rationalität können durch ein deliberatives Verfahren gemildert werden. Begrenzte Rationalität umschreibt ein Phänomen, dass sich Akteure rational unter Abwägung aller Informationen verhalten wollen. Diese Rationalität wird aber durch Informationsbeschaffungskosten, Unsicherheit sowie Ungewissheit begrenzt, denn „the decision-maker’s information about his environment is much less than an approximation to the real environment“ (Simon 1959, S. 272). Konfrontiert mit komplexen mehrdimensionalen Themen kann ein deliberatives Verfahren das Wissen von verschiedenen Akteuren zusammenzutragen, um so die Wahrscheinlichkeit einer qualitativ hochwertigen Entscheidung zu erhöhen. Irrationale Präferenzen, die auf falschen Tatsachenannahmen beruhen, können so aussortiert werden (Miller 1992, S. 61; Gambetta 1998, S. 22).

„Keiner weiß alles, was die anderen wissen, oder kann alle Gedankengänge vollziehen, die die anderen zusammen vollziehen können. Die Diskussion ist eine Methode zur Zusammenfassung von Information und Erweiterung der Gesichtspunkte“ (Rawls 1975, S. 395).

Viele individuelle Akteure haben bereits mehr oder weniger konkrete Ansichten über Problemstellungen. Sie sind aber nicht in der Weise sortiert, wie es klassische wirtschaftswissenschaftliche Modellannahmen unterstellen, da Akteure im Regelfall weder über die Konsequenzen noch über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten ausreichend informiert sind. Erst Deliberation regt zur kritischen Reflexion des eigenen Standpunktes an und verdeutlicht existierende Konfliktdimensionen (Benhabib 1995, S. 16). Aufbauend auf diesen aufgeklärten Präferenzen können Änderungen und Modifikationen des eigenen Standpunktes vorgenommen sowie kollektive Lernprozesse initiiert werden, die zu einem „enlarged thinking“ (Dryzek 2002, S. 152) führen

(Bohman 1996, S. 137). Ziel ist kein optimaler Output, sondern zunächst ein aufgeklärterer Input in das politische System, der idealerweise in Konsens oder Kompromissfindungen auf Basis geteilter Annahmen mündet. Neben diesen additiven Effekten kann durch eine Diskussion ein „Brainstorming-Effekt“ ausgelöst werden, bei dem neue Alternativen der Problemlösung gefunden werden, an die die Akteure vorher nicht dachten (Elster 1998b, S. 11; Wilke und Wit 2003, S. 515 ff.). Deliberationsprozesse können die zur Wahl stehenden Optionen vor der eigentlichen Abstimmung idealerweise so transformieren, dass inkonsistente Ergebnisse unwahrscheinlich werden oder durch Konsens oder Kompromiss Abstimmungen überflüssig werden.

Im Gegensatz zur Enthüllung privater Informationen ist im Fall der Verringerung der Auswirkungen beschränkter Rationalität die Gefahr, dass Motive oder Präferenzen aus egoistischen Motiven falsch und verzerrt wiedergegeben werden, gering. Selbst bei einer starken Polarisierung zwischen den Partizipierenden kann eine empirisch überzeugende Tatsache, oder ein objektives Argument, plausibel wirken, auch wenn man sich darüber im Klaren ist, dass das Gegenüber damit bestimmte egoistische Interessen verfolgt. Nuancierte Präferenzen können im gewissen Umfang durch ein komplexes Wahlsystem abgebildet werden, bei welchem die Stimmverteilung gewichtet wird. Hingegen ist das Zusammentragen von Wissen über ein Entscheidungsproblem, oder die Generierung von neuen Lösungsansätzen, durch ein Wahlsystem nicht abbildbar (Fearon 1998, S. 52).

Angenommen Akteure hätten durch das Poolen verschiedener individueller Informationsbestände ihre eigenen Präferenzen auf ein höheres qualitatives Niveau gehoben. Was spricht dagegen, diese Präferenzen durch Abstimmung zu aggregieren? In repräsentativen Demokratien sind Wahlen im Normalfall aus guten Gründen geheim. Dafür sprechen unter anderem die Erschwerung des Stimmenkaufs und eine Verhinderung der Einschüchterung von Wählern vor und nach der Wahl (Nohlen 2007, S. 25 ff.). Diese Vorteile sind aus deliberativer Warte mit einem signifikanten Nachteil verbunden, da sie den Stimmberechtigten keine Verpflichtung auferlegen, öffentlich Gründe für ihre Entscheidung anzuführen, obwohl die daraus resultierenden Entscheidungen nicht nur sie, sondern auch die übrigen Gruppenmitglieder betreffen. Keiner hindert in einer geheimen Abstimmung einen Stimmberechtigten daran für eine kollektiv verbindliche Entscheidung zu stimmen, die für die Allgemeinheit suboptimal ist (Fearon 1998, S. 53). Es fehlt ein normativer Standard, anhand dessen individuelle Präferenzen beurteilt werden können (Teorell 2006, S. 790).

Grundsätzlich kann ich in einer Diskussion einen Standpunkt zu vertreten, der zwar offensichtlich für die Allgemeinheit schädlich, für mich selber aber nützlich ist. In einer öffentlichen Diskussion werden allerdings die Partizipierenden mit hoher Wahrscheinlichkeit Gründe anführen, die eher gemeinwohlorientiert sind und für andere überzeugend klingen.

Dafür sprechen mehrere Gründe: Ausschließlich an partikularen Interessen orientierte Vorschläge überzeugen die Diskussionsteilnehmer im Regelfall nicht. Auch halten moralische Gründe in vielen Fällen Partizipierende davon ab, öffentlich ausschließlich am Eigenwohl orientierte Gründe vorzubringen (Gutmann und Thompson 2004, S. 19). Schließlich schließt der Zwang zur öffentlichen Rechtfertigung seines Standpunktes einige Optionen – beispielsweise offener Rassismus oder Frauenfeindlichkeit – in den meisten öffentlichen Kontexten in modernen Demokratien aus (Miller 1992, S. 61).

Deliberative Verfahren fördern zusammenfassend die Einnahme eines reflexiven Standpunktes, der seine eigene Meinung vom Standpunkt aller Beteiligten aus denkt. Anliegen schwächerer Gruppen haben es in Verfahren, in denen verallgemeinerungsfähige Interessen vertreten werden, vergleichsweise einfacher, wenn sie sich auf überzeugende Gründe berufen können, als in Verfahren, die sich auf Verhandlungsmacht oder Stimmaggregation stützen (Hüller 2005a, S. 21). Selbst wenn aber die so gefundenen Problemlösungen qualitativ nicht besser sein sollten, bewirken sie zumindest, dass kollektive Entscheidungen nachvollziehbarer und transparenter werden und eher freiwillig befolgt werden (Dryzek 2007, S. 242). Die Einnahme eines so erreichten reflexiven Standpunktes und das Erlernen von Normen des gegenseitigen Respekts machen es einfacher einmal getroffene Entscheidungen in der Zukunft im Lichte neuer Argumente zu revidieren.

Während eines Deliberationsprozesses erreicht eine Gruppe einmal einen Punkt, an dem eine Entscheidung getroffen wird und sie implementiert werden muss. Die Implementation kollektiv verbindlicher Entscheidungen beruht auf der Folgebereitschaft auch der Bürger, denen eine in ihren Augen unerwünschte staatliche Regel auferlegt wird. Fehlt diese Akzeptanz, kommt es zu Problemen der Regelbefolgung und zum Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit (Scharpf und Schmid 1999). Beispielsweise wäre ein Gesetz, welches die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auf 120 km/h festlegt, alleine durch Zwangsandrohungen und ohne ein gewisses Maß an freiwilliger Folgebereitschaft der Bürger, vermutlich schwer durchsetzbar. Ähnliches ist in vielen Bereichen der Umweltgesetzgebung zu beobachten (Voigt 1995, S. 61). Dabei kann mit einiger Plausibilität davon ausgegangen werden, dass die Diskrepanz zwischen einer von der Mehrheit beschlossenen Regelung und ihrer freiwilligen Folgebereitschaft umso geringer ist, je mehr Bürger an der Entscheidung beteiligt sind und je indirekter das Verfahren ist.³⁰ Im Umkehrschluss ist davon auszugehen, dass in einem Entscheidungsverfahren, an dem nur vergleichsweise wenige Teilnehmer beteiligt sind und in dem unter aktiver Teilhabe aller

³⁰ Wie die zunehmende Zahl von Bürgerprotesten bei vielen Planungs- und Standortentscheidungen demonstriert, ist die Abnahme von kollektiv verbindlichen Entscheidungen, die durch eine Mehrheit der Volksvertreter indirekt und mit nur schwach ausgebildeten Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger beschlossen wurden, immer weniger gewährleistet (van den Daele 1996, S. 15).

Betroffenen diskutiert wird, Identifikation, kognitive Übereinstimmung und emotionale Bindung der kollektiv getroffenen Entscheidung höher sind (Meyer 2009, S. 223).

Ist das Ergebnis eines Deliberationsprozesses – durch die Enthüllung privater Informationen, die Verringerung der Auswirkungen beschränkter Rationalität und stärker am Gemeinwohl ausgerichtete individuelle Präferenzen – ein breiterer (Meta-)Konsens, ist die Akzeptanz einer Entscheidung höher, da ein größerer Teil der Bürger die getroffene Entscheidung unterstützt (Fearon 1998, S. 55 f.; Gutmann und Thompson 2004). Eine deliberativ getroffene Entscheidung beansprucht damit nicht nur ein höheres Maß an Qualität durch eine „Präferenzwäsche“ (Goodin 1992), sondern auch ein höheres Maß an Akzeptanz. Gutmann und Thompson führen als Beispiel Organtransplantationen an, um zu zeigen, wie sich Qualität und ein höherer Legitimitätsglaube gegenseitig verstärken können. Ein Deliberationsprozess über die faire Verteilung von Transplantationsorganen erhöht nicht nur die Legitimität, sondern auch die Qualität der Entscheidung. Die Bereitschaft der Bürger, Organe zu spenden, steigt, wenn sie überzeugt sind, dass das zugrunde liegende Verfahren fair ist (Gutmann und Thompson 2004, S. 10 f.).

Dieser positive Effekt basiert auf der Annahme, dass im Regelfall Deliberationen einen gesellschaftlichen Konsens über eine Problemlösung erhöhen. Vorstellbar ist indes auch das Gegenteil. Deliberation kann auch Gräben vertiefen oder neue aufreißen (Gutmann und Thompson 1996, S. 44). Nicht auszuschließen ist ferner, dass Deliberation individuelle Akteure zwar von ihren eigenen Fähigkeiten der Problemlösung überzeugt, sie aber an der Fähigkeit von Gruppen, Probleme in einem deliberativen Verfahren zu lösen, am Ende eines solchen Prozesses zweifeln lässt. Die Aufgabe eines deliberativen Verfahrens muss es deswegen vor allem sein, einen anerkannten Umgang mit dem Dissens zu erreichen („structuring of disagreement“) und eine Akzeptanz des Standpunktes des Gegenübers zu entwickeln (Mansbridge 2010, S. 67 f.). Dabei können im Zuge eines deliberativen Verfahrens allmählich einige Positionen als nicht plausibel ausgeschlossen werden. Andere Vorschläge können hingegen an Plausibilität gewinnen, auch wenn sie nicht einhellig akzeptiert werden müssen (Peters 2007d, S. 200 ff.).³¹

Deliberation kann die freiwillige Akzeptanz einer Entscheidung zweitens bei denen erhöhen, die sich am Ende in der Minderheitenposition befinden. Die Möglichkeit, in einem als fair angesehenen Verfahren den eigenen Standpunkt vorzutragen und ihn zu verteidigen, bevor in einer Abstimmung final entschieden wird, stabilisiert die freiwillige Folgebereitschaft. Akteure, die beteiligt waren und eigene Gesichtspunkte vorbringen konnten, können den Ergebnissen aus der Perspektive fundamentaler Opposition nicht mehr glaubhaft

³¹ Als Beispiele für die graduellen Verschiebungen führt Peters die Debatte um die Deutung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland sowie Fragen der Familien- und Geschlechterbeziehungen an (Peters 2007d, S. 201).

entgegenstehen. In beiden Fällen entlasten erfolgreiche Deliberationsprozesse den Staat von der Notwendigkeit von Kontrollen und Sanktionen zur Herstellung von Folgebereitschaft (Scharpf 2009, S. 245).

Als Einschränkung muss hinzugefügt werden, dass die Akzeptanz von der Bürde der Entscheidung, die die Unterlegenen zu tragen haben, abhängt (Scharpf 2009, S. 245). Schwierig bleibt auch die Frage, inwieweit permanente Diskursverlierer ein solches Verfahren langfristig akzeptieren. Dieses Problem taucht indessen ebenso bei Mehrheitsentscheidungen auf (Palazzo 2002, S. 173). Da deliberative Verfahren beanspruchen politisch vorläufig und jederzeit im Lichte überzeugenderer Argumente revidierbar zu sein, haben die Unterlegenen die Möglichkeit, bei überzeugenden Argumenten in Zukunft eine Entscheidung nach ihren Präferenzen zu erzielen.

4.3 Kritiker und Defizite deliberativer Demokratiekonzepte

Deliberative Demokratiekonzepte beanspruchen ein höheres Maß an Partizipation und Inklusion der Bürger zu gewährleisten. Diese Versprechen müssen deliberative Demokratiekonzepte in modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften einlösen, bei denen nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass alle Gesprächsteilnehmer einen gemeinsamen Bedeutungs- und Werthorizont teilen. Angesichts dieses ambitionierten Anspruchs ist es wenig verwunderlich, dass der Aufschwung deliberativer Demokratiekonzepte mit einer Vielzahl unterschiedlicher Kritikpunkte einherging (vgl. für einen ersten Überblick Macedo 1999). Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Leistungen deliberativer Verfahren erörtert wurden, werden im Weiteren Kritikpunkte deliberativer Demokratiekonzepte diskutiert.

Zwei Richtungen der Kritik lassen sich differenzieren: zum einen Positionen, die Deliberation aufgrund der mangelnden Befähigung oder des fehlenden Willens der Bürger für undurchführbar halten. Andere Kritiker stehen deliberativen Verfahren vergleichsweise positiv gegenüber. Sie sehen aber die Gefahr, dass bei der Präferenztransformation im Rahmen einer Deliberation eine Entwicklung zum Schlechteren auftreten könne, die dem Wohl der Allgemeinheit widerspricht. Besonders letztere Positionen sind vor dem Hintergrund des Umsetzungspotenzials deliberativer Demokratiekonzepte im Internet interessant. Sie stehen den grundlegenden Gedanken deliberativer Demokratiekonzepte positiv gegenüber, zweifeln jedoch daran, ob spezifische Kontexte deliberationsförderlich sind. Damit stellt sich im zweiten Schritt die Frage, ob durch eine Änderung des Kontextes diese Probleme entschärft werden können oder aber sich neue Probleme in einem veränderten Kontext zeigen.

4.3.1 Deliberation als utopische Irrelevanz

Vor allem aus elitentheoretischer und systemtheoretischer Perspektive wird die Auffassung vertreten, dass öffentliche Deliberation in modernen und komplexen Gesellschaften unmöglich ist. Deliberative Demokratiekonzepte seien entsprechend utopisch. Die grundlegende Explikation dieser Kritik stammt von Schumpeter. Er argumentiert, dass der Bürger „auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung [fällt], sobald er das politische Gebiet betritt“. Er ist unfähig zu einer kohärenten Willensäußerung und verfügt in politischen Angelegenheiten nur über unzureichendes Urteilsvermögen und Wissen (Schumpeter 2005, S. 416 f.). Geht man von dieser Prämisse aus, ist Deliberation zum Scheitern verurteilt.

Von dieser simplen Logik des unfähigen und unwissenden Bürgers entfernt sich Downs, der den Bürgern zugesteht, im Sinne des Homo oeconomicus, rational zu entscheiden (Downs 1957). Ausgehend von der Grundannahme, dass politische Präferenzen als exogene Faktoren festgefügt sind, eröffnet sich aus dieser Perspektive aber kein Raum für Deliberation, deren Ziel eine Transformation individueller Präferenzen ist.³² Luhmann wiederum geht bei seiner Konzeptualisierung des Begriffs Demokratie und der binären Unterscheidung zwischen Regierung und Opposition von „einem schmerzlichen Verzicht auf Rationalitätserwartungen und auf Hoffnungen auf eine Revitalisierung zivilrepublikanischen Lebens“ aus (Luhmann 2005, S. 182). Ist die Bereitschaft zur Partizipation, das heißt sich an einer Deliberation zu beteiligen, nicht vorhanden, sind deliberative Verfahren, die den Anspruch haben, eine möglichst breite Inklusion von Bürgern zu gewährleisten, zum Scheitern verurteilt.

In der Tradition von Schumpeter stehend hat sich im angloamerikanischen Raum eine aktualisierte Kritik herausgebildet. Sie rekurriert auf den für den Bürger angeblich kaum zu bewältigenden Informationsaufwand für die Ausbildung informierter Präferenzen, die Verkürzung komplexer Sachverhalte in den Massenmedien und das schlichte Desinteresse der Bevölkerung an politischer Partizipation. Zu nennen sind hier Hibbing und Theiss-Morse (2002) und Posner (2005)³³. Letzterer vertritt folgende These:

„With half the population having an IQ below 100 [...], with issues confronting modern government highly complex, with ordinary people having as little interest in complex policy issues as they have aptitude for them, and with the officials whom the people elect buffed by interest groups and the pressures of competitive elections, it would be unrealistic to expect good ideas and sensible policies be a process aptly termed deliberative“ (Posner 2005, S. 107).

³² Eine ähnliche Sichtweise nimmt Sartori (2006) ein.

³³ Eine Replik auf Posner aus deliberativer Warte findet sich bei Talisse (2005a).

Posner diagnostiziert zwei Mängel. Zum einen mangelt es den Bürgern am Interesse an politischen Themen. Das aus deliberativer Sicht erforderliche Engagement der Bürger ist unrealistisch. Wenn selbst im Fall von mit niedrigen Kosten verbundenen Beteiligungsformaten wie „first order elections“ in vielen westlichen Demokratien nicht mehr als die Hälfte der Bevölkerung zur Wahlurne geht, wieso sollten die Bürger dann an kostenintensiveren und anspruchsvolleren deliberativen Verfahren partizipieren? Zum anderen argumentiert Posner, dass Bürger aufgrund der Komplexität der zu regelnden Materien nicht über die notwendige Qualifikation verfügen. Eine über Wahlen hinausgehende Beteiligung würde die Qualität der Ergebnisse deshalb nur verschlechtern. Diese These wird von Hibbing und Theiss-Morse empirisch untermauert. Sie kommen in ihrer Studie zu dem Fazit, dass die Mehrzahl der US-Bürger nicht nur kein Interesse an Deliberation hat, sondern das fehlende Interesse aufgrund mangelnder Qualifikation der Bürger und komplexer Handlungsmaterien positiv anzusehen ist (Hibbing und Theiss-Morse 2002).

„Real-life deliberation can fan emotions unproductively, can exacerbate rather than diminish power differentials among those deliberating, can make people feel frustrated with the system that made them deliberate, is ill-suited to many issues, and can lead to worse decisions than would have occurred if no deliberation had taken place“ (Hibbing und Theiss-Morse 2002, S. 191).

Hibbing und Theiss-Morse bezweifeln die höhere Qualität des Ergebnisses eines deliberativen Verfahrens gegenüber etablierten Verfahren der Stimmenagggregation. Wie reagieren sie aber auf das zunehmende Verlangen der Bürger nach mehr politischer Teilhabe? Sie sehen dies als Folge von sogenannten „nonseparable preferences“ an (Lacy 2001).³⁴ Bürger beteiligen sich und fordern weitergehende Beteiligungsmöglichkeiten nicht aus Interesse an politischer Partizipation. Sie befürchten vielmehr, dass sich unfähige Politiker auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, würden sie sich nicht beteiligen. Der Ruf nach mehr Partizipation dient somit der Abwendung eines noch größeren Übels. Wäre der politische Prozess dagegen besser organisiert, würde der Wunsch nach mehr Beteiligung der Bürger an politischen Verfahren nicht geäußert. „They want democracy - they just don't want to see it“ (Hibbing und Theiss-Morse 2002, S. 5), so die These.

Die Vermutungen von Hibbing und Theiss-Morse sowie Posner stehen der Verwirklichung deliberativer Demokratiekonzepte diametral gegenüber. Sie gehen in elitendemokratischer Tradition davon aus, dass die Bürger aufgrund ihres zu geringen Wissensstands und mangelnden Interesses an Themen keine geeigneten Teilnehmer an diskursiven Entscheidungsfindungsverfahren sind. Aus Sicht von „Angebotstheoretikern“ – zu denen sich

³⁴ Eine Person hat „nonseparable preferences“, wenn ihre Präferenzen für das Ergebnis eines Themas von dem Ergebnis eines anderen Themenkomplexes abhängen (Lacy 2001, S. 239).

auch deliberative Ansätze zählen – sind politische Apathie und der Eindruck geringer kognitiver Kompetenzen bei den Bürgern Resultat, nicht Ursache fehlender Mitwirkungsmöglichkeiten im gegenwärtigen Politikprozess (Schmalz-Bruns 1995, S. 200). Würden politische Verfahren mehr Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für Bürger bieten, wäre die Partizipation von Bürgern tendenziell stärker und wären in der Folge ihre Fähigkeiten und ihr Wissen auf dem Gebiet besser ausgebildet (Neblo et al. 2010, S. 568).

Deliberative Demokratiekonzepte gehen von einem sich selbst verstärkenden Effekt aus: Mehr und wirkungsvollere Beteiligungsmöglichkeiten führen zu einem erhöhten Interesse an Partizipation. In der Folge kommt es zu einer Vertiefung von entsprechenden kognitiven Fähigkeiten, welche die Qualität der Ergebnisse verbessern. Eine Demokratie, wie sie Hibbing und Theiss-Morse vorschwebt, kann aus deliberativer Sicht weder die notwendige Legitimation in pluralen Gesellschaften noch die nötige epistemologische Qualität bei komplexen Entscheidungsmaterien gewährleisten.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt. Deliberative Demokratiekonzepte verstehen sich als normative Theorie. Einige ihrer zentralen Leistungen, wie die Erhöhung der Legitimation, sind prozessinhärent und einer empirischer Analyse nicht zugänglich (Thompson 2008, S. 498). Sie pauschal aufgrund von vermuteten Mängeln, oder wegen nur in spezifischen Kontexten zu beobachtenden Defiziten, als irrelevant zu verwerfen, verkennt die Bedeutung, die normative Modelle für die empirische Realität besitzen. Normativ anspruchsvolle Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte verstehen sich als eine Messlatte, die eine Irritations- und Lernfunktion einnehmen und Defizite bestehender Entscheidungsverfahren sichtbar machen sollen (Young 2001, S. 688; Peters 2007a, S. 98). Vor dem Hintergrund der in Kapitel 3 diskutierten Herausforderungen, denen sich demokratische Systeme stellen müssen, stellt sich damit grundsätzlich die Frage, inwieweit komplexe Gesellschaften demokratisch regiert werden können, wenn sie nicht verstärkt deliberative Entscheidungsfindungsverfahren nutzen.

4.3.2 Interne Defizite deliberativer Verfahren

Neben der oben dargestellten grundsätzlichen Ablehnung deliberativer Verfahren wird von einigen Autoren die adäquate Durchführbarkeit deliberativer Verfahren grundsätzlich für möglich gehalten. Allerdings werden ihnen unter Umständen negative Folgewirkungen zugeschrieben. Da diese Defizite durch eine Änderung des Kontextes der Deliberation behoben werden können, spielen sie für die forschungsleitende Fragestellung eine besondere Rolle. Hinzu kommt, dass auf dem Feld eine produktive Auseinandersetzung mit empirisch und theoretisch plausiblen Defiziten deliberativer Verfahren zu beobachten ist. Sie zeigen, anders als die im vorangegangenen Kapitel beschriebene fundamentale Ablehnung

deliberativer Demokratiekonzepte, Ansätze für eine Verbesserung auf.³⁵ Zentrale Voraussetzung normativ anspruchsvoller demokratietheoretischer Konzepte ist politische Gleichheit. In einem politischen Verfahren sollen Bürger als gleichwertig behandelt und sie oder ihre Repräsentanten den annähernd gleichen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben.³⁶ Symmetrische Kommunikation sowie Partizipationsgleichheit bilden zentrale Bausteine der Deliberation (Jörke 2011, S. 273).

„Equal participation requires that no one person or advantaged group completely dominate the reason-giving process, even if the deliberators are not strictly equal in power and prestige“ (Thompson 2008, S. 504 f.).

Bestimmte Grundaspekte menschlichen Lebens und der sozioökonomischen Ressourcenverteilung lassen das Streben nach vollständiger Gleichheit illusorisch erscheinen. Es stellt sich aber die Frage, ob die ungleiche Verteilung der Ressourcen zur Beeinflussung politischer Entscheidungen in deliberativen Verfahren besonders ausgeprägt ist und sie einen deliberativen Elitismus befördert (Sander 1997; Hüller 2012).

Während in Abstimmungen bei gleicher Stimmgewichtung („One Man, One Vote“) Gleichheit verhältnismäßig einfach zu verwirklichen ist, ist dies in Verfahren, bei denen Gründe ausschlaggebend sind und sich der „zwanglose Zwang des besseren Argumentes“ (Habermas) durchsetzen soll, schwieriger zu erreichen. Soziale Ungleichverteilungen werden vermutlich umso stärker hervortreten, je anspruchsvoller das politische Verfahren ist (Hüller 2012, S. 131 f.). In einer Gesellschaft, die durch soziale Stratifikation gekennzeichnet ist, reicht die formelle Möglichkeit der Teilnahme nicht aus, um jeden Partizipierenden den annähernd gleichen Einfluss ausüben zu lassen. Sowohl die bessere Ressourcenausstattung einflussreicher Interessengruppen als auch die unterschiedliche Verteilung von kognitiven Kompetenzen, freien Zeitressourcen und grundlegenden Sachkenntnissen kann deliberative Verfahren zugunsten bestimmter Personen und Gruppen verzerren (Teorell 2006, S. 798 ff.).

Während eine formelle Exklusion spezifischer Gruppen, wie beispielsweise Frauen oder ethnischer Minderheiten, in modernen demokratischen Gesellschaften heute weitgehend ausgeschlossen ist, sind „graduierbare Asymmetrien in Kommunikationen“ latent vorhanden

³⁵ Weiterhin wäre beispielsweise zu diskutieren, ob deliberative Verfahren mit der Zunahme an symbolischer Politik und Politainment vereinbar sind, die zunehmende Beschleunigung politischer Entscheidung und ihre Verträglichkeit mit zeitintensiven deliberativen Verfahren, das Verhältnis von Strategie und deliberativen Demokratiekonzepten (Saretzki 2010), oder inwieweit sich kulturelle Unterschiede auf deliberative Verfahren auswirken (Gambetta 1998; Peters 2007d).

³⁶ Jörke nennt als zweites „Versprechen“ der Demokratie neben der gleichen Teilhabe am politischen Prozess noch die Angleichung sozialer Lebensverhältnisse, wobei Letztere ohne Erstere nicht verwirklicht werden kann (Jörke 2011, S. 274 f.).

(Peters 2007a, S. 70). Informelle Exklusionen können in zwei Bereiche differenziert werden: auf der Ebene des Zugangs und beim Agenda Setting. Exklusionen korrelieren positiv mit sozioökonomischen Faktoren wie Bildung und Einkommen (Deth 2009, S. 152 ff.). Während bei Wahlen sozioökonomisch Bessergestellte eher wählen gehen als sozioökonomisch Schlechtergestellte, ist die Verzerrung zulasten der sozial Schwachen bei anspruchsvollen Beteiligungsformaten besonders ausgeprägt. „Je anspruchsvoller das Beteiligungskriterium, desto niedriger ist deren Engagement“ (Schäfer 2010, S. 3 f.).³⁷ Dies gilt allerdings nur bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung. Nimmt die Wahlbeteiligung flächendeckend ab, werden Wahlen immer stärker sozial verzerrt, da überproportional viele Menschen mit geringem Bildungsstand in der Gruppe der Nichtwähler zu finden sind (Schäfer 2010, S. 3 f.).

Selbst wenn alle externen Hürden beseitigt und idealerweise ein repräsentativer Mikrokosmos an einem deliberativen Verfahren partizipiert, existieren zweitens verschiedene interne Hindernisse. Ein erheblicher Teil dieser Hürden ist darauf zurückzuführen, dass sich deliberative Demokratiekonzepte zwischen den Zielgrößen der Partizipation und Inklusion sowie der rationalen Argumentation bewegen. Pointiert hat diese Position Estlund zusammengefasst, der der Meinung ist, dass die Effizienz politischer Entscheidungen in modernen Demokratien vernachlässigt wird.

„Political equality is in tension with political quality, and quality has recently been neglected. My thesis is that proper attention to the quality of democratic procedures and their outcomes requires that we accept substantive inequalities of political input in the interest of increasing input overall“ (Estlund 2009, S. 175).

Durch die Aufwertung von Gründen in deliberativen Demokratiekonzepten besteht die Tendenz, gesellschaftliche Gruppen zu bevorzugen, die aufgrund individueller Fähigkeiten wie Ausdrucksvermögen, Auftreten, Vorwissen oder gesellschaftlichen Status privilegiert sind (Habermas 1987, S. 14). Somit existiert die Gefahr einer problematischen Vermischung von Leistungen und den Voraussetzungen deliberativer Verfahren. Auf der einen Seite sollen sie die Informiertheit der Beteiligten erhöhen. Auf der anderen Seite ist eine Grundvoraussetzung für eine sinnvolle Teilnahme das Vorhandensein bestimmter kognitiver und rhetorischer Fähigkeiten.

Der rationale Bias deliberativer Demokratiekonzepte ist von verschiedenen Autoren kritisiert worden (Sanders 1997; Young 2001, 2002; Mouffe 2009). Sie werfen deliberativen Verfahren

³⁷ So beteiligten sich beim Hamburger Volksentscheid für eine sechsjährige Grundschulzeit knapp 40 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung. In den Hochburgen der Reformgegner, in den wohlhabenden Vierteln, lag die Wahlbeteiligung über 50 Prozent, während sie in den Quartieren mit niedriger Sozialstruktur um die 25-Prozent-Marke pendelte, obwohl diese Gruppen vermutlich am stärksten von der Reform profitieren würden (vgl. http://statistik-nord.de/fileadmin/maps/referendum_hh_2010/atlas.html).

vor einen unemotionalen, eloquenten und akademischen Kommunikationsstil zu fördern – einen Sprachstil, den weiße und gebildete Männer der Mittelschicht bevorzugen. Diese Akteure scheinen an der Kraft des besseren Arguments orientiert und tendieren dazu Redebeiträge, die emotional, ungeordnet oder zu persönlich erscheinen, zu ignorieren. Marginalisierte Gruppen haben die Vorgaben des rationalen Austausches so weit internalisiert, dass sie selber nicht merken, inwieweit diese ihren eigenen Interessen schaden. Wenn in deliberativen Verfahren Sprache die Schlüsselrolle spielt und Konzeptionen des Möglichen und Unmöglichen vorgibt, können diejenigen, die den entsprechenden Kommunikationsstil beherrschen, besser als andere die Diskussion hin zu der aus ihrer Perspektive besten Lösung lenken (Young 2002, S. 49).

Nicht nur sprachliches Kapital ist ungleich verteilt. Selbst wenn idealerweise alle Personen einen rationalen Kommunikationsstil pflegen, besteht die Tendenz, dass einzelne Stimmen und Positionen überhört werden. Ihnen kann entweder die notwendige „epistemologische Autorität“ fehlen (Sanders 1997, S. 2) oder marginalisierte Gruppen können kein Gehör bei einflussreicheren Gruppen finden (Mendelberg 2002, S. 161). Außenseiterperspektiven können so zum Verstummen gebracht werden (Martinsen 2009, S. 57). Deliberative Demokratiekonzepte laufen auf diese Weise Gefahr, den Zugang zu Sprechakten so weit zu beschränken, dass gegenseitiges Lernen durch Kenntnis der Interessen der anderen nicht mehr möglich wird. Politische Gleichheit, als Voraussetzung der Demokratie, wird damit untergraben (Thaa 2006, S. 14). Da Ressentiments in subtiler Weise auftreten, erscheint es schwierig ihnen mit Argumenten zu entgegnen. Young hat diese Strategie pointiert zusammengefasst:

„Many academics are very good at adopting a stance of controlled and measured expression that commands authority, transcending the dirty world of interest and passion“ (Young 2002, S. 64).

Dabei ignorieren Sanders und Young freilich ein Stück weit die Erfahrung, dass Minderheiten oder unterdrückte Gruppen oftmals rhetorisch und kognitiv begabte Sprecher finden, die ihre Interessen stellvertretend kraftvoll artikulieren. In den USA ist hier beispielsweise Martin Luther King Jr. zu nennen, in Südafrika Nelson Mandela. Auch wird ausgeblendet, dass marginalisierte Gruppen, oder auch Gruppen mit relativ beschränkten Ressourcen wie NGOs, in der Öffentlichkeit teilweise eine höhere Glaubwürdigkeit und Authentizität zugesprochen wird als etablierten und institutionalisierten Akteuren. Hüller fragt zudem, ob das Ziel deliberativer Demokratiekonzepte überhaupt die Beseitigung sozialer Ungleichheit im Rahmen eines Deliberationsprozesses sein muss. Deliberation ist vielmehr ein Entscheidungsverfahren zur Lösung politischer Konflikte neben anderen (Hüller 2005a, S. 147 ff.). Ohne Deliberation ist keine Demokratie möglich, ebenso scheint es unrealistisch,

dass eine Demokratie allein auf deliberative Entscheidungsprozesse setzt (Hüller 2012, S. 130).

Weiterhin sollte unterschieden werden, ob am Ende eines Deliberationsprozesses bereits eine kollektiv verbindliche Entscheidung getroffen werden soll, bei der andere Beteiligungsformen substituiert werden, oder ob der Deliberationsprozess nur andere Formate ergänzen soll. Als ergänzendes Instrument erscheinen deliberative Demokratiekonzepte vergleichsweise unproblematisch. Die meisten Vertreter deliberativer Konzepte räumen Wahlen nach einer Deliberation einen berechtigten Platz ein. Sie sind unter Umständen inklusiver und egalitärer, sodass sich die geäußerten Kritikpunkte als weniger drängend darstellen (Gutmann und Thompson 2004, S. 15 f.).³⁸

Mit ihrer Kritik haben Young und Sanders wesentlich dazu beigetragen, dass das Konzept der deliberativen Demokratie durch die Aufnahme weicherer Faktoren, wie Emotionen und Leidenschaft, ausgeweitet wird. Es stellt sich die Frage, ob „[...] rhetorical gifts or the ability to tell compelling stories are any better distributed throughout the population than argumentative skills“ (Rosenberg 2007, S. 56). Ist dies nicht der Fall, würde es zu neuen Ungleichheiten führen. Für die vorliegende Frage ist darüber hinaus interessant, inwiefern computervermittelte Kommunikation mit ihrer primären Textbasiertheit einen bestimmten Kommunikationsstil fördert und inwiefern der geringe Formalisierungsgrad der Sprache und die Verwendung umgangssprachlicher Ausdrücke marginalisierten Gruppen stärker entgegenkommen.

Ist es überhaupt sinnvoll an einer zeit- und arbeitsaufwendigen und unter Umständen kostenintensiven Deliberation teilzunehmen? Existieren nicht sinnvollere, für das Gemeinwohl nützlichere Tätigkeiten? Walzer bejaht dies. Er wirft deliberativen Demokratiekonzepten einen rationalen Bias vor. Vor allem sieht er die Gefahr, dass weitere, wichtigere politische Tätigkeiten vernachlässigt werden (Walzer 1999). Der rationale, wissenschaftsanalogue Austausch von Argumenten bewirkt, selbst wenn er zu egalitären Ergebnissen führt, dass die Teilnehmer eines solchen Verfahrens Ungleichheit und Kampf nicht direkt erfahren (Walzer 1999, S. 8 f.). Aufgrund der Permanenz von Konflikten und des Vorherrschens von Ungleichheit zementieren deliberative Verfahren bestehende Ungleichheiten und verschaffen ihnen eine partizipativ unterfütterte Scheinlegitimation, so die Kritik Walzers.

³⁸ Interessant sind in dem Zusammenhang einige Überlegungen Buchsteins zur Wiedereinführung von Losverfahren in modernen Demokratien, die den Bias deliberativer Verfahren hin zu einer Privilegierung einer Outputrationalität und damit einer Bevorzugung bestimmter Bevölkerungsschichten abmildern könnten. Konkret schlägt Buchstein die Einführung einer zweiten, gelosten Kammer des Parlaments („House of Lots“) auf EU-Ebene vor, dessen Mitglieder aus den wahlberechtigten EU-Bürgern ausgelost werden, damit eine Auswahl der Bürger eine wichtige Stimme im Gesetzgebungsverfahren erhält (Buchstein 2009).

Auf Basis dieser Kritik entwirft er eine Liste von für eine demokratische Politik seiner Meinung nach notwendigen Aktivitäten. Sie sollen „Leidenschaft, Engagement, Solidarität, Courage und Konkurrenzverhalten“ fördern. Allein durch vernünftiges Argumentieren können diese Verhaltensweisen seiner Auffassung nach nicht erreicht werden (Walzer 1999, S. 41). Die Aufzählung der recht bunt gemischten Tätigkeiten reicht von klassischer politischer Bildungsarbeit bis hin zu Kampagnen und Demonstrationen und politischer Kleinarbeit („scut work“), wie Flugblätter verteilen und Plakate kleben. Sie schließt auch das Regieren und die Korruption mit ein, die Walzer als einzige negative Tätigkeit angibt (Walzer 1999, S. 39 ff.).

Auf seiner Liste nichtdeliberativer Aktivitäten führt Walzer auch Verhandeln als Tätigkeit auf. Die gefundenen Kompromisse in Verhandlungen spiegeln bei ihm eine Kräftebalance und nicht die Bedeutung der einzelnen Argumente wider. Kompromisse sind also abhängig von den Machtressourcen der Beteiligten (Walzer 1999, S. 47). Walzer wirft, ähnlich wie Shapiro (1999) und Mouffe (2000), deliberativen Demokratiekonzepten in dem Zusammenhang vor, dass sie die Bedeutung von Interessen und Macht sowie Leidenschaft und Emotionen bei der Konzeptualisierung politischer Konflikte vernachlässigen.

„By privileging rationality, both the deliberative and the aggregative perspectives leave aside a central element, which is the crucial role, played by passions and emotions in securing allegiance to democratic values“ (Mouffe 2000, S. 10).

Nicht derjenige, der die überzeugenderen Argumente vorbringt, sondern die Akteure, welche über die notwendigen Machtressourcen verfügen, würden sich am Ende durchsetzen. Deswegen bedarf es eines hierarchischen staatlichen Durchgriffs. Während privilegierte Gesellschaftsmitglieder häufig die Möglichkeit haben, bei für sie negativen Entscheidungen eine Exitoption zu wählen, fehlt den Schwächsten der Gesellschaft diese Möglichkeit (Shapiro 1999, S. 34).

Zusammenfassend setzt auch Walzers Kritik am rationalen Bias deliberativer Demokratiekonzepte an. Er lenkt den Blick nicht primär auf die Benachteiligung bestimmter sozialer Bevölkerungsgruppen, sondern fokussiert spezifische Aktivitäten, die für den Bestand einer Demokratie entscheidend sind und die seiner Meinung nach durch ein Zuviel an Deliberation nicht genügend Raum bekommen. Viele seiner Gegenargumente erwecken indes den Eindruck, dass Walzer die Notwendigkeit der Deliberation einsieht. Er wirft selbst die Frage auf, ob man nicht anfangen soll, die „bestmöglichen Argumente zu erarbeiten“ (Walzer 1999, S. 57). Dies erscheint schon deswegen sinnvoll, da Politik in einer „endlosen Wiederaufnahme von Meinungsverschiedenen und Konflikten“ besteht (Walzer 1999, S. 57).

Die Zugeständnisse an deliberative Verfahren sind bei ihm mit einer einschneidenden Veränderung verbunden: Während in deliberativen Demokratiekonzepten die Teilnehmer

idealtypisch ihre Präferenzen im Lichte besserer Argumente transformieren, ist die Anerkennung des anderen bei Walzer nicht an die Anerkennung der Vernünftigkeit der Argumente des Gegenübers gekoppelt, sondern vielmehr daran, dass andere auch Überzeugungen und Interessen besitzen, die seinem Gegenüber ähnlich wichtig sind wie die eigenen (Walzer 1999, S. 57).

„If self-interest is not part of the process of exploration and clarification, the chances increase greatly of a group’s adopting a version of the common good that does not take everyone’s interests into account. If members of the group can speak only as ‘we’ and not as ‘I’, neither they nor the other participants may be able to discover what is really at stake and forge integrated solutions“ (Mansbridge 2010, S. 73).

Nicht Macht steht im Widerspruch zu Deliberation, zu der auch bloße Handlungsfähigkeit und integrative und auf Kommunikation beruhende Macht gehört, sondern Formen der Macht als Drohung („threat power“), bei denen Zwang und Gewalt eingesetzt werden (Boulding 1989). Bilden Prozesse auf der Meso- und Makroebene den primären Untersuchungsschwerpunkt der Politikwissenschaft und Soziologie, stehen Prozesse auf der individuellen Ebene im Zentrum der Sozialpsychologie. Von sozialpsychologischer Seite werden deliberativen Verfahren verschiedene „Groupthink-Effekte“ vorgeworfen, die unter dem Stichwort der Gruppenpolarisierung zusammengefasst werden. Janis definiert Groupthink-Effekte wie folgt:

„A mode of thinking that people engage in when they are deeply involved in a cohesive in-group, when the members’ strivings for unanimity override their motivation to realistically appraise alternative courses of action“ (Janis 1972, S. 9).³⁹

Im Kontext deliberativer Verfahren gehören dazu unter anderem, dass Gruppen die Fehler ihrer individuellen Mitglieder noch verstärken, Informationen von individuellen Gruppenmitgliedern nicht offengelegt werden, sowie Kaskadeneffekte und Polarisierungseffekte (Mendelberg 2002, S. 155; Rosenberg 2002; Avermaet 2003; Sunstein 2002, 2009a).⁴⁰ Sozialpsychologische Effekte sind auch im Zusammenhang mit computervermittelter Kommunikation und dem Verhalten der Nutzer im Internet von verschiedenen Autoren diskutiert worden (Sunstein 2009a; Anderson et al. 2013).

„Much in the same way that watching uncivil politicians argue on television causes polarization among individuals, impolite and incensed blog comments can polarize

³⁹ Als Beispiele des Gruppendenkens im politischen Bereich nennt Janis unter anderem die gescheiterte Invasion der USA in der Schweinebucht auf Kuba 1961, bei der eine gleichgesinnte Gruppe um Präsident Kennedy eine Entscheidung ohne alternative Informationsquellen traf. Als Hauptgrund für den Erfolg und als Gegenmittel des Gruppendenkens identifiziert er die Offenheit des Gruppenleiters für unkonventionelle Meinungen und seine aktive Aufforderung an die Beteiligten diese zu äußern. Ein *Advocatus Diaboli* wäre ein weiteres Gegenmittel (Janis 1972).

⁴⁰ Ähnliche Vermutungen finden sich in Ansätzen schon im Konzept der Schweigespirale (Noelle-Neumann 1996).

online users based on value predispositions utilized as heuristics when processing the blog's information“ (Anderson et al. 2013, S. 11).

Erklärt werden diese Phänomene damit, dass die meisten Individuen nicht über den notwendigen Willen verfügen, ihre eigenen Positionen gegen die Mehrheitsmeinung oder gegen Autoritäten zu vertreten. Individuen sind nicht nur bestrebt richtig zu urteilen, sondern ebenso wollen sie von anderen Gruppenmitgliedern akzeptiert und bestätigt werden (Avermaet 2003, S. 457 f.). Weiterhin hängt der Informationsgehalt von Diskussionsbeiträgen von individuellen Vorteilen und den Kosten einer Offenlegung ab. Schließlich ist eine Ursache des Versagens deliberierender Gruppen die Angst vor Sanktionen (Sunstein 2009a, S. 85 ff.). Bezogen auf deliberative Verfahren ergeben sich daraus mehrere Probleme für deliberative Verfahren (Sunstein 2009a, S. 95 ff.).

Gruppen können die Fehler einzelner Mitglieder verstärken. Ausgangspunkt dieses Effekts ist die Beobachtung, dass Informationen von Gruppenmitgliedern häufig nicht adäquat verarbeitet werden können. Das kann an heuristischen Methoden liegen. Personen halten den Eintritt eines Ereignisses für wahrscheinlicher, wenn ihnen konkrete Beispiele dafür einfallen, dass ein Ereignis besonders auffällig war, im Fernsehen übertragen wurde und/oder zeitnah stattfand (Sunstein 2009a, S. 95 ff.). Eine weitere Quelle individueller Irrtümer sind Framing-Effekte, bei denen Entscheidungen in Abhängigkeit von der Art der Präsentation der Entscheidung getroffen werden. Diese kognitiven Individualfehler können sich in deliberierenden Gruppen verstärken.

Individuen, die ein Urteil fällen müssen, stehen zwei Alternativen zur Verfügung: Sie können sich auf das verlassen, was ihnen ihre eigenen kognitiven Fähigkeiten und Sinne über die Realität sagen, oder auf das, was ihnen die Menschen ihrer Umgebung mitteilen. Im Normalfall werden beide Quellen genutzt. Aus pragmatischen Gründen und aufgrund der individuellen Erfahrung, dass es lohnenswert sein kann sich auf die Urteile anderer zu verlassen, beruht ein Gutteil unserer eigenen Informationen auf dem, was wir an Informationen von unseren Mitmenschen erhalten. Wir vertrauen dem Urteil von anderen unter Umständen mehr als unserem eigenen Urteil (Avermaet 2003, S. 457 f.). Individuen in Gruppen nutzen die Möglichkeit, sich auf die Menschen ihrer Umgebung zu verlassen, besonders stark. Damit steigt die Gefahr, die Fehler der Mehrheit zu kopieren.

„Ihr Vertrauen in das Urteil der anderen kann all Ihre eigenen Gründe überwiegen, die dafür sprechen, daß die Überzeugungen falsch sind, und daher kann es sein, daß sie sich schlichtweg der Mehrheit beugen“ (Sunstein 2009a, S. 86).

Neben diesen Faktoren spielen soziale Faktoren eine Rolle. Individuen begehen bewusst Fehler, um nicht aufzufallen (Sunstein 2009a, S. 101).

Ein weiteres Problem umschreibt Sunstein mit dem Begriff „verdeckte Profile und Gemeinplätze“ (Sunstein 2009a, S. 102). Viele Informationen werden von Gruppenteilnehmern in der Gruppe nicht offengelegt und damit nicht bekannt, obwohl bei einer Offenlegung die Wahrscheinlichkeit einer richtigen Entscheidung der Gruppe steigen würde. Während es für den individuellen Akteur rational sein kann bestimmte Informationen der Gruppe nicht zur Verfügung zu stellen, ist es für die Gesamtgruppe schädlich (Mendelberg 2002, S. 155). Die Aufdeckung privater Informationen in deliberativen Verfahren kann sich durch das Phänomen der verdeckten Profile in das Gegenteil verkehren. Für den Informationsstand der gesamten Gruppe kann das zur Folge haben, dass Informationen, die von allen Gruppenmitgliedern geteilt werden, einen (zu) hohen Einfluss besitzen. Zentrale Informationen, über die nur wenige Gruppenmitglieder verfügen und die nicht geteilt werden, bleiben für die Mehrheit verborgen. Sie können nicht im vollen Umfang zur Verbesserung der Qualität der Entscheidung beitragen. Diejenige Position, die von der Mehrzahl der Diskursteilnehmenden häufiger und länger vertreten wird, setzt sich dann durch (Spörndli 2004, S. 48).

Wenn aber zentrale Informationen nicht geteilt werden, ist es fraglich, ob Gruppen qualitativ rationalere Entscheidungen treffen als Individuen, obwohl die Gruppe potenziell als Ganzes über viel mehr Informationen verfügen müsste (Sunstein 2009a, S. 106 ff.). Eng verbunden mit verdeckten Profilen sind Informationskaskaden (Spiwox et al. 2006). Darunter versteht man hintereinander geschaltete individuelle Entscheidungen wie Redebeiträge, die sich in ihrem Beitrag jeweils an dem des Vorgängers orientieren. Dieses Verhalten ist individuell rational. Es führt aber dazu, dass Blinde anderen Blinden den Weg weisen (Sunstein 2009a, S. 112 ff.).

Gruppen können schließlich zur Polarisierung neigen. In bestimmten Kontexten kann eine Gruppendiskussion am Ende ein Ergebnis beschließen, welches extremer ist als die durchschnittlichen Anfangspositionen der individuellen Mitglieder der Gruppe (Avermaet 2003, S. 453 ff.; Myers 2008, S. 654 f.; Sunstein 2009a, S. 116 ff.).

„Put simply, group polarization is the finding that discussion tends to amplify the strength of a majority opinion“ (Mendelberg 2002, S. 158 f.).

Besteht innerhalb der Mehrheit der Gruppenmitglieder zu Anfang des Deliberationsprozesses eine Präferenz für eine bestimmte Position, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich im Laufe der Verfahren der Standpunkt weiter radikalisiert. Die Gruppenentscheidungen fallen durch einen Aufschaukelungsprozess extremer aus, als es der Mittelwert der Einzelurteile der Gruppenmitglieder erwarten ließe. Als Erklärung für die Gruppenpolarisierung werden drei Ansätze genannt. Theorien des sozialen Vergleichs gehen davon aus, dass Individuen innerhalb einer Gruppe extremere

Ansichten vertreten als die Grundposition der Gruppe, um sich positiv von anderen zu unterscheiden. Weiterhin können Polarisierungseffekte aufgrund eines informativen Einflusses auftreten. Dabei wird davon ausgegangen, dass im Zuge eines Diskussionsprozesses eine Reihe von Argumenten genannt wird, welche die bevorzugte Grundposition der Gruppe noch weiter untermauern, und vermutlich auch neue Argumente zur Stützung der favorisierten Präferenz gefunden werden. Diese wechselseitige Überzeugung verschiebt im Laufe der Diskussion die Präferenzen hin zu immer extremeren Positionen. Schließlich macht die Selbstkategorisierungstheorie darauf aufmerksam, dass sich eine Gruppennorm aus der prototypischen Position einer Gruppe und nicht aus dem Durchschnittswert einer Gruppe ableitet (Sunstein 2002; Sunstein 2009a, S. 116 ff.).

Prototyp ist die Position, die Unterschiede zu anderen Gruppen und die Gemeinsamkeiten der eigenen Gruppe am besten wiedergibt (Avermaet 2003, S. 480). Ordnet man diesen Prototyp einem Individuum zu, kann davon ausgegangen werden, dass seine Argumente am überzeugendsten wahrgenommen werden. In Abhängigkeit vom Kontext ist bei Anwesenheit einer unähnlichen Fremdgruppe von einer stärkeren Polarisierung hin zu einer Kategorisierung der Realität in „wir“ und „sie“ auszugehen als bei einer ähnlichen Fremdgruppe (Avermaet 2003, S. 479 ff.).

Für deliberative Demokratiekonzepte sind die Erkenntnisse problematisch, da sie sowohl die epistemische als auch die prozedurale Dimension tangieren. Prozedural sind sie insofern heikel, als sie die prinzipielle Möglichkeit des gleichen Zugangs und der gleichen Beeinflussbarkeit eines politischen Verfahrens betreffen. Polarisierungsprozesse begünstigen statt größtmöglicher Inklusion und Anerkennung aller Betroffenen Verhaltensweisen wie Intoleranz und Extremismus. Zum anderen fördern sie eine sogenannte „Enklaven-Deliberation“, in der Gruppen gleichgesinnter und gleichgestellter Personen diskutieren, statt Teilnehmer mit unterschiedlichen Hintergründen und Ansichten (Sunstein 2002, S. 177). Der epistemische Anspruch deliberativer Demokratiekonzepte wird verletzt, da uninformierte oder falsche individuelle Präferenzen von Diskussionsteilnehmern in homogenen Gruppen nicht „gereinigt“ werden. Die Entscheidung der Gruppe ist am Ende tendenziell suboptimal und schlechter als individuelle Einzelentscheidungen.

Gründe für Polarisierungsprozesse sind sozialer und informationeller Natur (Avermaet 2003, S. 452 ff.). Informationelle Einflüsse spielen die Hauptrolle, wenn es innerhalb einer Gruppe die Tendenz hin zu einer präferierten Meinung gibt. Die Mehrheit der Sprecher wird Argumente für diese Position artikulieren, sodass die Teilnehmer nur einen limitierten Pool an Argumenten hören. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich eigene Präferenzen hin zu extremeren Positionen verschieben als die ursprünglichen Präferenzen (Sunstein 2009a, S. 118 f.). Wie Mendelberg anführt, kann eine überzeugende numerische Minderheit im

Regelfall nicht das Abstimmungsverhalten der Mehrheit ändern. Die Mehrheit kann aber dazu gebracht werden über neue Alternativen und neue Perspektiven nachzudenken – ein Effekt, den eine Mehrheit gegenüber ein entschlossenen Minderheit eher selten erreicht (Mendelberg 2002, S. 162). Avermaet macht den Einfluss einer Minderheit von ihrem Verhaltensstil abhängig. Eine Minderheit, die es schafft zu einem spezifischen Sachverhalt eine konsistente und einheitliche Positionen über einen längeren Zeitraum zu vertreten und dem Mehrheitsdruck widersteht, hat eine Chance, dass die Mehrheit langfristig ihre eigene Position kritisch hinterfragt (Avermaet 2003, S. 463 ff.; Myers 2008, S. 656). Soziale Einflüsse sind von Bedeutung, da Menschen daran gelegen ist von anderen Gruppenmitgliedern als sympathisch angesehen zu werden. Entsprechend passen sie ihre eigene Ansicht der dominierenden Position der Gruppe an oder aber – um sich vom Durchschnitt positiv abzuheben – vertreten eine ähnliche, aber extremere Position als die der Mehrheit (Mendelberg 2002, S. 159).⁴¹

Die These der Gruppenpolarisierung geht von einer Homogenisierungstendenz individueller Präferenzen im Laufe der Diskussion aus, wobei die Präferenzen extremere Züge am Ende der Diskussion annehmen können. Statt zu einer Homogenisierung kann es aber auch zu einer Steigerung des Dissenses innerhalb einer Gruppe während eines deliberativen Verfahrens kommen. Der Austausch von Argumenten kann zu einer Potenzierung unterschiedlicher Interessen und Ansprüche führen, bei der die Teilnehmer erst im Rahmen der Deliberation erfahren, wie unterschiedlich ihre Positionen gelagert sind. Deliberative Verfahren würden so Dissens produzieren statt aufzulösen. Damit verbunden kann Deliberation bereits bestehende Gräben zwischen den Partizipierenden vertiefen (Shapiro 1999, S. 31; Perlot 2008, S. 54).

„Deliberation can reasonably be expected to shed light on human interaction, but this may reveal hidden differences as well as hidden possibilities for convergence. It all depends on what the underlying interests at stake actually are“ (Shapiro 1999, S. 31).

Schließlich steigt mit zunehmender Einspeisung von Themen und direkten Beteiligungsformen die Erwartungshaltung der Bürger an das politische System. Damit wächst aber die Wahrscheinlichkeit, dass der Output nicht mit den ursprünglichen Erwartungen der Beteiligten in Einklang steht. Legitimationsgewinne können so zunichtegemacht werden (van den Daele 1996, S. 16).

⁴¹ Allerdings deuten empirische Studien für die USA darauf hin, dass der Konformitätsdruck seit den 1950er Jahren zurückgegangen ist, sodass der Einfluss der Gruppe auf ihre Mitglieder schwindet (Avermaet 2003, S. 459).

4.4 Zwischenfazit: Grundlagen, Leistungen und Defizite

Wie im vorangegangenen Kapitel deutlich wurde, sind deliberative Demokratiekonzepte mit diversen theoretischen und empirischen Problemen behaftet. Sich deswegen von anspruchsvollen deliberativen Demokratiekonzepten zu verabschieden, wäre indes verfehlt. So ist unklar, ob alternative Verfahren der Entscheidungsfindung, wie beispielsweise Abstimmungen, nicht ähnliche und sogar zusätzliche Probleme aufweisen, ohne dass sie die Vorteile deliberativer Verfahren zeigen (Thompson 2008, S. 506 f.; Hüller 2012). Auch muss bei den geschilderten Problemen unterschieden werden, ob diese Probleme ein inhärentes Problem der Deliberation sind oder nur in bestimmten Kontexten auftreten. So bleiben trotz der Vielzahl möglicher Fehlerquellen viele Kritiker deliberativer Demokratiekonzepte relativ optimistisch, was die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte angeht. Sie zweifeln nicht an dem Nutzen von Deliberation als solcher, sondern ihr Ziel ist es, das Augenmerk auf die konkrete Ausgestaltung und Fehlerquellen zu lenken. Da die Ausgestaltung deliberativer Verfahren häufig defizitär ist, bewegen sich viele deliberierenden Gruppen in „Informationskokons“, „in denen wir nur zu hören bekommen, was wir auswählen und was uns beruhigt und zusagt“ (Sunstein 2009a, S. 20). Das Internet spielt eine ambivalente Rolle. Es kann helfen diesen Informationskokons, in denen wir uns unter Umständen bewegen, zu entfliehen. Gleichzeitig ist im Internet die Wahrscheinlichkeit vergleichsweise hoch, dass sich virtuelle Informationskokons bilden (Sunstein 2009a, S. 122 f.).

Viele der diskutierten Probleme erscheinen abhängig von der Art der Ausgestaltung der Deliberation. Wie Sunstein anmerkt, muss deswegen „eine Reihe kreativer und frischer Mechanismen zur Aggregation von Informationen, die auf viele Köpfe verteilt sind, in den Blick [genommen werden]“ (Sunstein 2009a, S. 128). Wenn dies der Fall ist, müssen spezifische Kontexte – wie etwa das Internet – dahingehend untersucht werden, ob und inwieweit die vermuteten Defizite deliberativer Verfahren dort virulent werden. Adäquat gestalteten Deliberationsverfahren könnten der von Hibbing und Theiss-Morse vertretene These der Motivationsschwäche der Bürger, sich an solchen Verfahren zu beteiligen, begegnen, wenn man davon ausgeht, dass sich Bürger weitaus stärker und umfangreicher an einem deliberativen Verfahren beteiligen, von denen sie den Eindruck haben, dass ihre Position gehört wird und Ergebnisse hervorbringt. Die skizzierten Probleme können deswegen die Suche nach deliberationsförderlichen Kontexten anregen.

Ein zentrales und kaum vollständig auflösbares Problem der Deliberation ist die Frage, ob anspruchsvolle, am Ideal des rationalen Austausches orientierte Verfahren Inklusion und Gleichheit ermöglichen können (Thaa 2006, S. 6). Diese Frage kann nur annäherungsweise und kontextspezifisch beantwortet werden. Verknüpft mit dem Problem der Inklusion und

Gleichheit ist die Frage des Verhältnisses gereinigter und nichtgereinigter politischer Präferenzen. Geht man von der Vorstellung aus, dass eine Präferenzwäsche eine höhere Rationalität der Entscheidung beanspruchen kann, erscheinen eine Selektion und ein begründeter Ausschluss bestimmter Präferenzen, unter teilweiser Umgehung des Ideals politischer Gleichheit und möglichst umfassender Repräsentation, unumgebar (Estlund 2009).

5 Vom World Wide Web zum Social Web

Im vorangegangenen Kapitel wurden die zentralen Charakteristika, Leistungen und Defizite deliberativer Demokratiekonzepte herausgearbeitet. Diese Charakteristika, Leistungen und Defizite wurden vor dem Hintergrund einer durch traditionelle Massenmedien geprägten Medienstruktur dargestellt. Um das Umsetzungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte im Internet einzuschätzen, werden im folgenden Kapitel die kommunikationswissenschaftlichen Grundlagen und die Entstehungsgeschichte des Internets skizziert. Ziel ist es, ein Fundament für eine tiefergehende Diskussion der Besonderheiten der computervermittelten Kommunikation und der Netzöffentlichkeit für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte zu legen.

Zunächst wird die Entstehungsgeschichte des Internets anhand dreier Phasen kursorisch rekapituliert, um dabei organisatorische, technische und gesellschaftliche Entstehungsumstände des Internets schlaglichtartig zu beleuchten. Diese sind für Aneignungsprozesse und aktuelle Nutzungspraktiken bedeutsam. Im Anschluss an die Erörterung der Entstehungsgeschichte des Internets werden die grundlegenden Charakteristika des Social Web skizziert. Sie bilden das technische Fundament für die weitere Analyse der Netzöffentlichkeit und computervermittelten Kommunikation. Dabei geht es im vorliegenden Kapitel nicht darum die aktuellsten Entwicklungen zu reflektieren. Sie sind aufgrund des schnellen Wandels des Forschungsgegenstands bei Drucklegung veraltet. Ziel ist es vielmehr, bestimmte Kernmerkmale und Potenziale des Internets hinsichtlich der forschungsleitenden Fragestellung aufzuzeigen, welche auch in Zukunft die Entwicklung mitbestimmen. Dabei zeigt sich, dass das Internet empfänglich für ganz unterschiedliche und teils gegenläufige Trends ist, was dazu geführt hat, dass die Entwicklung vom ARPANET zum heutigen Social Web keine zielgerichtete, lineare Entwicklung war, sondern immer wieder durch eine „fortlaufende Reinvention“ (Höflich 2003, S. 101) seiner Nutzer aufgebrochen wurde. Damit bildet das Internet ein Medium, welches von seiner Struktur her grundsätzlich den Vorstellungen deliberativer Demokratiekonzepte entgegenkommt.

5.1 Die Entwicklung des Internets: vom vernetzten Rechner zur vernetzten Kommunikation

Die Entwicklung des Internets bis in die 90er Jahre lässt sich anhand dreier Phasen aufzeigen (Friedewald 2000; Castells 2005; Bunz 2009). Die Frühphase des Internets beginnt an der „unwahrscheinlichen Schnittstelle“ zwischen universitärer Forschung, mit einer libertär geprägten Kultur, Thinktanks mit Verbindungen zum US-Militär und dem US-Verteidigungsministerium (Castells 2005, S. 27).⁴² Das Internet ist vor dem Hintergrund bestimmter gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen entstanden und entwickelt sich vor diesem Hintergrund weiter. Inzwischen beeinflusst das Internet gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen. Es ist damit Abbild der Gesellschaft und hat Rückwirkungen auf die Gesellschaft. Das Internet kann ohne die Realwelt nicht existieren. Wer wären, abgesehen von Maschinen, sonst seine Nutzer? Zunehmend sind indes auch viele realweltliche Prozesse ohne Internet nicht mehr vorstellbar. Von Anfang an war das Internet dabei keine fertige Laborerfindung. Es war ein komplexer, langfristiger Entwicklungsprozess, bei dem die Vorstellungen der ursprünglichen Entwickler aufgrund ihrer Orientierung an etablierter Technik nur begrenzt den tatsächlichen Anwendungen durch seine Nutzer entsprachen (Hellige 2006, S. 3; Warnke 2011, S. 12).

Als Teil der Forschung zum Aufbau eines für den militärischen Gebrauch bestimmten dezentralisierten flexiblen Kommunikationsnetzwerks wurde mit dem Aufbau des ARPANET begonnen, um mit dessen Hilfe die knappen Hardwareressourcen der vernetzten Rechner effizient zu nutzen und Daten zwischen Forschungsgruppen auszutauschen (Castells 2005, S. 21). Das soziale Potenzial der Nutzung vernetzter Computer als Kommunikationsmedium zwischen Menschen und der daraus resultierenden Bildung von virtuellen Gemeinschaften und der Aspekt des Wissenstransfers wurden noch nicht wahrgenommen. Computer waren reine Rechenmaschinen. Als Medien wurden sie nicht angesehen. Für den Aufbau des ARPANET mussten im ersten Schritt Protokolle und Standards entwickelt werden, da zu dem Zeitpunkt selbst Computertypen des gleichen Herstellers keine Daten problemlos untereinander austauschen konnten. Protokolle und Standards bilden das technische Grundgerüst des Internets. Sie wurden von den damals Beteiligten diskursiv ausgehandelt (Papsdorf 2013, S. 16).⁴³

⁴² De facto brachte die Finanzierung durch das Militär für die von der ARPA geförderten Forscher keine größeren Einschränkungen bei ihrer alltäglichen Arbeit (Warnke 2011, S. 20 f.). „Die Auftraggeber gaben sich bei der Genehmigung von Projekten im allgemeinen mit wenig spezifischen Hinweisen auf eine potentielle militärische Verwendbarkeit neuer Technologien zufrieden und stellten den Forschern ausdrücklich frei, ihre Arbeiten zu publizieren und auf Kongressen vorzustellen“ (Musch 2000, S. 16).

⁴³ Ein auch für Nichtinformatiker gut lesbarer Überblick über die technischen Standards des Internets findet sich bei Warnke (2011, S. 53 ff.) und Abbate (2000, S. 147 ff.).

„Die Protokolle sind die Klammer, die bis heute dafür sorgt, dass die Elemente des Netzes miteinander interagieren können“ (Warnke 2011, S. 31).

1. Redundanz: Um die Funktionalität des Gesamtnetzwerks auch nach dem Ausfall eines Knotens zu gewährleisten, wurde das ARPANET als dezentrale, spinnennetzartige Netzwerkarchitektur mit redundanten Datenleitungen ohne Zentralrechner konzipiert. Während der Wegfall eines Knotens in einem auf ein Zentrum ausgerichteten Netzwerk den Zusammenbruch des gesamten Netzes bedeutet, kann ein verteiltes Netzwerk den Verlust eines Knotens kompensieren, indem es den Verkehr um den Ausfall lenkt. Im Umkehrschluss lässt sich ein solches Netz bei einer Expansion umso schwerer kontrollieren (Bunz 2009, S. 60).⁴⁴
2. Aufteilung der Daten in Pakete: Durch die Aufteilung der Daten in Pakete kann eine Datenleitung gleichzeitig von mehreren Teilnehmern benutzt werden, was zu einer effizienten und fairen Nutzung der zur Verfügung stehenden Leitungen führt. Jedes Paket wird als „heiße Kartoffel“ (Bunz 2009, S. 62) betrachtet, bei der jeder vermittelnde Netzwerkknoten das Paket schnellstmöglich zum nächsten Knoten weitergibt. Alle Daten werden gleichberechtigt übertragen, sodass keine Inhalte diskriminiert werden und das Prinzip der Netzneutralität bislang gewahrt bleibt.
3. Interkonnektivität: Daten können in einer heterogenen Netzlandschaft über verschiedene Übertragungsmedien und zwischen den Netzen verschiedener Hersteller ausgetauscht werden (Friedewald 2000, S. 334).

Da das Internet – wie Castells hervorhebt – im Wesentlichen „das Ergebnis der gesellschaftlichen Aneignung seiner Technologie durch seine User/Produzenten ist“ (Castells 2005, S. 207 f.) und sein Nutzungsspektrum erheblich von den ursprünglichen Intentionen der Entwickler abwich, wurde exemplarisch durch die ungeplante Popularität der E-Mail deutlich. Zwar konnten auch mittels Telnet und FTP Nachrichten ausgetauscht werden, allerdings zwischen Menschen und Maschinen.⁴⁵ Erst die E-Mail bildete das erste „wirkliche Kommunikationsmedium“ des ARPANET (Warnke 2011, S. 36). „Unplanned“ „unanticipated“ und „unsupported“ nennt ein Abschlussbericht des ARPANET treffend den Erfolg der E-Mail (Siegert 2008, S. 212 ff.).

Aus einer technischen Perspektive stellt sich die Herausforderung, Computer an geografisch verstreuten Orten zum Datenaustausch und zur verteilten Nutzung von Rechenzeit zu vernetzen. Seinen Erfolg verdankte das ARPANET darüber hinaus aber der Möglichkeit,

⁴⁴ Die Kontrolle über weniger zentrale Knoten oder aber die Einrichtung eines Zentralknotens, über den alle Rechner eines Landes mit dem übrigen Internet vernetzt sind, wird in autoritären Staaten wie China allerdings wirkungsvoll angewandt, um den Internetverkehr des Landes nach außen zu überwachen.

⁴⁵ Auch wenn prinzipiell über einen FTP-Server Nachrichten zwischen Personen in Form von Dateien ausgetauscht werden könnten.

Menschen über große Distanzen schnell und günstig miteinander kommunizieren zu lassen. Treiber der Entwicklung von Internetanwendungen zum sozialen Austausch waren die Nutzer der Technik (Abbate 2000, S. 6).

Die experimentelle Frühphase reichte bis Anfang der 1980er Jahre. Die Zahl der angeschlossenen Rechner betrug in der Phase nie mehr als 500. Der Zugang zum ARPANET wurde restriktiv gehandhabt. Neben militärischen Forschungslabors verfügten nur die an der Entwicklung beteiligten Universitäten und Unternehmen über eine Zugangsmöglichkeit. Hauptanwendungen blieben Dateiübertragungen (FTP) sowie der Remote-Login (Telnet) auf einem entfernten Rechner (Abbate 2000, S. 43 ff.). Drei Ereignisse markierten das Ende der ersten Phase und den Übergang in die Reifephase Anfang der 1980er Jahre: erstens die Durchsetzung des TCP/IP-Protokolls als De-facto-Standard, zweitens die Bildung des Internet Architecture Boards, das die Grundsätze, Leitlinien und Standards für das TCP/IP-Protokoll als technisches Grundgerüst des Internets entwickelte, drittens schließlich die Abspaltung des militärischen Teils des ARPANET in ein eigenes Netzwerk (Friedewald 2000, S. 334).

Auf diesem Fundament entwickelte das ARPANET in den folgenden Jahren eine zunehmende Dynamik. Diese manifestierte sich in einer Vielzahl neuer Dienste wie dem Internet Relay Chat (IRC) und den Multi-User Dungeons (MUD). Sie vertieften die latent vorhandene soziale Komponente des Netzes weiter. War das Wachstum des Vorläufers des Internets bis in die frühen 1980er Jahre linear, wuchs es in der zweiten Phase exponentiell an.⁴⁶ Die Zahl der angeschlossenen Rechner (Hosts) stieg von 212 im Jahr 1981 bis auf über 300.000 Ende der 1990er Jahre. Im Januar 2015 waren über eine Milliarde Rechner an das Internet angeschlossen.⁴⁷ Vor allem Forscher und Studierende nutzten in den 1980er Jahren das Internet. Sie entwickelten und passten Programme an, tauschten sie über das Netz aus und kommunizierten über E-Mail und in Diskussionsforen. Eine kommerzielle Nutzung war zu dem Zeitpunkt in der „Acceptable Use Policy“ der National Science Foundation ausgeschlossen (Friedewald 2000, S. 336 f.).

Zwar wuchs die Zahl der angeschlossenen Rechner wie auch die Zahl der akademischen Nutzer exponentiell an, doch die UNIX-Bedienungsoberfläche, mit ihrer textbasierten Navigation, behinderte die Ausdehnung des Netzes auf den Kreis der nichtakademischen Nutzer (Friedewald 2000). Das änderte sich erst mit dem Aufkommen des World Wide Web (WWW). Es war ähnlich ungeplant wie der E-Mail-Dienst, hat im Endeffekt aber noch stärker zur Popularisierung des Internets beigetragen. Sein Aufkommen markierte den Beginn der

⁴⁶ Klassische Massenmedien wie Radio und Fernsehen verzeichneten über Jahrzehnte nur ein lineares Wachstum zwischen zwei und acht Prozent. So dauerte es 38 Jahre, bis 50 Millionen Menschen einen Radioapparat besaßen (Kübler 2009, S. 56).

⁴⁷ Vgl. <http://ftp.isc.org/www/survey/reports/2015/01/>

dritten Phase, der sogenannten Transformationsphase. Sie wird von vielen Autoren als eigentliche Geburtsstunde des Internets für breite Bevölkerungskreise gesehen (Castells 2005, S. 27).⁴⁸

Um die Bedeutung des WWW zu verdeutlichen, ist es hilfreich sich die Situation vor seiner Entwicklung zu vergegenwärtigen: De facto gab es im Internet vor dem Aufkommen des WWW keine Möglichkeit, Informationen Nutzern einfach zugänglich zu machen oder zu verknüpfen. Die Bedienungsfläche der Rechner war textbasiert. Seit den 1960er Jahren waren bereits Hypertextsysteme bekannt. Bei diesen war Text nicht den Einschränkungen einer linearen Anordnung unterworfen. Textpassagen konnten mithilfe von Verknüpfungen (Links) in einen anderen Text durch Anklicken wechseln, um so seine Vernetzungsstruktur hervorzuheben (Münz und Nefzger 2002). Diese Systeme blieben jedoch auf einen Rechner beschränkt. Berners-Lee stand am Kernforschungszentrum CERN Anfang der 1990er Jahre vor dem Problem, Forschungsergebnisse der verschiedensten Wissenschaftler, die am CERN geforscht hatten, weltweit auf übersichtliche Art und Weise bereitzustellen, austauschbar zu machen und zu verknüpfen. Er entwickelte deswegen ein Hypertextsystem für den vernetzten Einsatz im Internet auf Basis des TCP/IP-Protokolls weiter (Warnke 2011, S. 51). Die Entwicklung benutzerfreundlicher grafischer Browser wie Mosaic zur Navigation ermöglichte im nächsten Schritt technisch weniger versierten Nutzern weltweit verlinkte Datenbestände aufzufinden. Die Entwicklung von grafischen Browsern trug so maßgeblich zur Popularisierung des Internets bei. Die Entwicklung des WWW und des ersten grafischen Browsers markierte gleichzeitig die letzte bedeutsame Innovation aus der akademischen Phase des Internets. In der Folge bestimmten kommerzielle Anbieter maßgeblich die weitere Entwicklung (Friedewald 2000, S. 336).⁴⁹

Betrachtet man zusammenfassend die anhand dreier Phasen skizzierte Entstehung des Internets, wird deutlich, dass die Entwicklung vom ARPANET zum heutigen Internet keine zielgerichtete, lineare Entwicklung war. Zentrale Innovationsquelle waren seine Nutzer, die bestehende Anwendungen modifizierten und anpassten oder neu entwickelten wie MUDs oder Chat-Anwendungen wie IRC (Abbate 2000, S. 83 ff.). Die Nutzer vertieften damit die soziale Dimension des Internets, obwohl diese zunächst nicht direkt im Zusammenhang mit der eigentlichen Verwendung des Internets als Netzwerk für den Datenaustausch und

⁴⁸ Franklin unterscheidet zwei Phasen bei der Durchsetzung einer neuen Technologie. In der ersten Phase wird sie primär von Experten und einem Teil der besser ausgebildeten Bürger genutzt und werden seine neuen Möglichkeiten eruiert. In der zweiten Phase ist die Technologie so weit in das Alltagsleben vorgedrungen, dass auch diejenigen, welche sie bislang nicht benutzten, sich zunehmend gezwungen sehen sie zu nutzen. Die neue Technologie wird somit fester Bestandteil des Lebens der meisten Menschen, so dass die zugrunde liegenden technischen Komponenten selber immer weniger Beachtung finden (Franklin 1990).

⁴⁹ Mit dem Aufkommen der Open-Source-Software-Bewegung ist allerdings eine einflussreiche Gegenbewegung entstanden.

vernetztes Rechnen stand (Abbate 2000, S. 83).⁵⁰

Vergleicht man das Internet mit der Presse und dem Fernsehen, sind diese traditionellen Massenmedien nur zum Teil das Ergebnis von Interaktionsprozessen zwischen Produzenten und Konsumenten. Das Internet ist, im Gegensatz zu traditionellen Medien, jedoch durch den Pull-Modus geprägt, bei dem sich Nutzer nicht nur ihre Informationen selber zusammenstellen können, sondern auch ohne tiefere technische Vorkenntnisse ihre eigenen Angebote schaffen können. Hinzu kommt, dass Medien mit einer „bestimmten Disposition“ in Verbindung gebracht werden. Während im Fall des TVs diese Disposition passiv ist, ist die Nutzung des PCs und des Internets mit einer vergleichsweise aktiven Haltung verbunden (Kolo 2010, S. 288). Vor allem dem Social Web ist eine dialogische Orientierung im Gegensatz zu traditionellen Massenmedien inhärent.

Sozialkonstruktivistische Ansätze weisen in dem Zusammenhang ferner auf die hohe interpretative Flexibilität neuer Technologien hin, bevor ein Artefakt in der Phase der Stabilisierung und Schließung seine Bedeutung erlangt (Rammert und Schubert 2006). Eine Schließung findet statt, wenn die beteiligten Akteure ein gemeinsames Verständnis von den Leistungen und Merkmalen einer Technologie entwickelt haben. Soziale Normen spielen bei einem Schließungsprozess ebenso eine Rolle wie die zugrunde liegenden technischen Optionen und die Herausbildung bestimmter Gebrauchsweisen im Zuge der Aneignung einer Technologie (Höflich 2003, S. 97). Die Entwicklung des Internets kann vor dem Hintergrund als Beleg für die unter dem Begriff „Social Construction of Technology“ subsumierten Überlegungen gelten, die auf die Bedeutung der sozialen Konstruktion von Technik verweisen (Bijker et al. 1989). So beeinflussen Technologien menschliches Handeln, auf der anderen Seite kann die Bedeutungszuschreibung relevanter sozialer Gruppen für ein neues technologisches Artefakt konstitutiver sein.

Übertragen auf das Internet bedeutet dies, dass nach einiger Zeit sich stabilisierte Handlungs- und Nutzungsweisen beginnen durchzusetzen. Sie nehmen im weiteren Verlauf die Form von Regeln an, die einen Rahmen vorgeben, wie man sich beispielsweise in bestimmten Anwendungen des Internets verhält und welche Nutzungsformen akzeptiert sind (Höflich 2003, S. 97 f.). Aus sozialkonstruktivistischer Perspektive ist die Schließung ein vorübergehender Zustand, bei dem ein zeitweiser Konsens erreicht wird (Friedewald 2000, S. 343). Technische Artefakte wie das Internet werden durch Aneignung und Nutzung in der alltäglichen Praxis durch eine Vielzahl von Anwendern weiterentwickelt. Dabei können

⁵⁰ So hatte beispielsweise niemand Berners-Lee beauftragt das WWW zu entwickeln, auch die Entwicklung des Netzwerks weltweiter Diskussionsgruppen im USENET wurde von einigen Informatikern entgegen dem ursprünglichen Nutzungszweck des ARPANET entwickelt und zu Anfang versucht zu verbieten (Castells 2005, S. 14).

Reibungen zwischen den technischen Artefakten und den Nutzungsvorstellungen zutage treten (Mambrey und Jeners 2010, S. 2 f.).

Die von Castells beschriebene „Elastizität“ von Informations- und Kommunikationstechniken (Castells 2005, S. 14) macht das Internet empfänglich für ganz unterschiedliche und teils gegenläufige Trends. Diese Elastizität hat dazu beigetragen, dass der Schließungsprozess im Internet immer wieder durch eine „fortlaufende Reinvention“ aufgebrochen wurde (Höflich 2003, S. 101). Diese „Institutionalisierungsschwäche“ des Internets macht Neuberger an zwei Punkten fest. So führen die bislang nicht gekannte Vielfalt der Möglichkeiten des Internets und seine Vereinigung und Rekombination verschiedenster Medienformate zu einer bislang unbekanntem Formbarkeit, was eine Schließung erschwert. Weiterhin ermöglicht das Internet einen hohen Grad an Interaktivität und Partizipation. Neben professionellen und kommerziellen Akteuren, wie in traditionellen Massenmedien, können so auch private Nutzer mit ganz unterschiedlichen Interessen Einfluss auf die Ausgestaltung von Internetanwendungen nehmen. Auch dies erschwert einen Schließungsprozess (Neuberger 2014, S. 233 f.).

5.2 Merkmale, Praktiken und Folgen des Social Web

Mit der Dominanz des WWW wurden neben textbasierten Informationen zunehmend Bilder, später auch Videos und 3D-Anwendungen, verfügbar, was die Zugänglichkeit von Informationen und die Attraktivität des Mediums für einen breiten Benutzerkreis förderte (Winter und Kutschera-Groinig 2010, S. 43). Das Internet und sein inzwischen zum Synonym gewordenes WWW blieben für die Mehrzahl ihrer Nutzer indes lange Zeit eine „bessere Litfaßsäule“ (Münker 2009, S. 16). Informationsangebote im WWW orientierten sich an denen etablierter Massenmedien. Das Web der 1990er Jahre erreichte die meisten Nutzer als passives Erlebnis. Faktisch blieb bis zum Boom des Social Web ab dem Jahr 2005 das WWW ein „Web of Documents“, in dem Dokumente die zentralen Wissensobjekte bildeten (Schmidt und Pellegrini 2009, S. 459).

Nicht zuletzt spielten hierbei ökonomische Aspekte eine Rolle. Indem bestehende Medienkonzerne das WWW als neuen Distributionskanal entdeckten, mit Internet Providern teils fusionierten oder kooperierten, wurden die Medieninhalte und Wirtschaftsstruktur traditioneller Massenmedien auf das Medium Internet versucht zu übertragen. Die Intention von Berners-Lee, dass die Adressaten von Informationen im WWW zwischen den Rollen des Produzenten und Konsumenten nahtlos wechseln konnten, wurde nicht verwirklicht:

„Obwohl sich Browser langsam verbreiteten, unternahm niemand den Versuch, Bearbeitungsfunktionen zu integrieren. Man war anscheinend der Meinung, daß sich

die Erstellung eines Browsers auszahlte, weil damit Benutzern Informationen aus der ganzen Welt zugänglich gemacht würden. [...] Aus diesen Gründen entwickelte sich das Web, das ich als Medium für alle Arten von lokalen bis weltweiten Informationen entwickelt hatte, in Richtung der ganz globalen Informationen und zu einem Publikationsmedium anstatt zu einem Mittel der Zusammenarbeit“ (Berners-Lee 1999, S. 91).

Eine Änderung trat erst ein, als sich Möglichkeiten verbreiteten, Internetauftritte so zu gestalten, dass ihre Erscheinungsweise durch die Partizipation ihrer Nutzer mitbestimmt wird. Der Browser nimmt damit eine Stellung ein, die Berners-Lee in der Anfangszeit des WWW schon vorschwebte. Er ist nicht nur Software zum Anzeigen von Dokumenten, sondern eröffnet auch Möglichkeiten des einfachen Erstellens, Bearbeitens und Verteilens von Inhalten und der erweiterten sozialen Vernetzung mit anderen Nutzern (Alby 2010, S. 111). Das Social Web geht über klassische Abrufmedien weit hinaus und bietet relativ einfach zu bedienende Werkzeuge, die eine aktive Partizipation und Interaktion der Nutzer fördern.

Im öffentlichen und fachwissenschaftlichen Diskurs hat sich für diese Veränderungsprozesse als „ideenleitendes Schlagwort“ der Begriff Web 2.0 durchgesetzt (Ebersbach et al. 2010, S. 27). Das Schlagwort Web 2.0 ist, was seinen Gebrauch im wissenschaftlichen Kontext angeht, vielfältiger Kritik ausgesetzt (Castells 2009, S. 97 f.; Schmidt 2009a, S. 21 ff.). Was unter dem Web 2.0 verstanden werden kann, ist wissenschaftlich nicht präzise zu fassen. Gerade die Unschärfe des Begriffs hat indes als Katalysator für seine Popularität in der breiten Öffentlichkeit gewirkt. Da die vorliegende Arbeit das Verwirklichungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte im Internet untersucht und die erweiterten Partizipationsmöglichkeiten im Social Web dabei eine zentrale Rolle spielen, werden im Folgenden die zentralen Charakteristika des Social Web und seine Unterscheidungsmerkmale zum „alten“ WWW skizziert.

Der amerikanische Verleger O'Reilly und einige von ihm publizierte Aufsätze sind zentral für das Verständnis der durch das Social Web induzierten Veränderungsprozesse (O'Reilly 2005; O'Reilly und Battelle 2009). Dafür sprechen zwei Gründe: O'Reilly war der Erste, der nach einer Konferenz im Jahr 2004 versuchte den Begriff enumerativ zu definieren. Weiterhin dienen seine Überlegungen einer Vielzahl weiterer Autoren als Grundlage für ihre Arbeit auf dem Gebiet des Social Web (Alby 2008; Schmidt 2009a; Ebersbach et al. 2010).

Um das Neue am Social Web herauszuarbeiten, nähert sich O'Reilly dem Phänomen zunächst durch eine Unterscheidung zwischen Geschäftsmodellen des „alten“ und „neuen“ Web an und nennt darauf aufbauend folgende zentrale Charakteristika des Social Web (O'Reilly 2005).

1. Das Web als Plattform: Anhand der Gegenüberstellung des prototypischen Web-1.0-Unternehmens Netscape mit dem an die Anforderungen des Web 2.0 angepassten Unternehmens Google verweist O'Reilly auf die wachsende Bedeutung von Anwendungen, die direkt in einem Browser verwendet werden können. Statt Software auf einem Datenträger oder digital zu erwerben und zu installieren, werden Anwendungen ohne diese Zwischenschritte direkt im Webbrowser als eine Dienstleistung angeboten. Die Daten können auf Onlinefestplatten gespeichert werden (Alby 2008, S. 141 f.). Der Nutzer kann von überall und mit jedem Gerät, welches über einen Browser verfügt, auf seine persönlichen Daten zugreifen. Streamingangebote führen diesen Grundgedanken beispielsweise für Musik oder Filme fort.
2. Kontinuierliche technologische Weiterentwicklung: Da Software als ein Dienst online angeboten wird, kann sie im laufenden Betrieb angepasst und verbessert werden. Dieser Gedanke des „release early and release often“ spiegelt sich in dem Schlagwort der „perpetual beta“ wieder. Anwendungen werden – unter Einbeziehung des Feedbacks der Nutzer – häufig täglich aktualisiert. Sie tragen außerdem teils über Jahre hinweg ein Beta-Logo und werden entsprechend früh veröffentlicht, um die Nutzer in den Entwicklungsprozess mit einzubinden (Schmidt 2009a, S. 61-69).⁵¹
3. Einbeziehung kollektiver Intelligenz: Waren im alten Web primär Medienangebote anzutreffen, in denen Redaktionen nach professionellen journalistischen Selektionskriterien Informationen anboten, gestalten im Social Web die Nutzer – zumindest teilweise – die Inhalte einer Website mit Bildern, Videos, Kommentaren und Texten mit. Die Einstiegshürden sind so niedrig angesetzt, dass man auch ohne große technische Vorkenntnisse an der aktiven Veränderung von Inhalten mitwirken kann.
4. Datengetriebene Anwendungen: Die Qualität nutzergenerierter Angebote steht und fällt mit der Qualität und Quantität ihrer Datenbestände. Datenbestände, wie die von Wikipedia oder auch sozialer Netzwerke, konnten lange Zeit gar nicht, oder nur mit sehr großem Aufwand, gewonnen werden. Im Social Web geht es darum, die gewonnenen Daten zu verbinden und zu nutzen (Ebersbach et al. 2010, S. 25).
5. Leichtgewichtige Modelle, sowohl im Bereich der Programmierung der Benutzerschnittstellen als auch der Geschäftsmodelle: Google Maps und RSS-Feeds sind hier prototypische Beispiele, die aufgrund ihrer Einfachheit und des „Weniger-ist-mehr-Ansatzes“ zu den am weitesten verbreiteten Webservices wurden. Diese Simplizität ermöglicht es Komponenten auf effektive und innovative Weise collagenartig zusammensetzen und draus neue Serviceangebote zu generieren. So entstanden

⁵¹ Gmail oder auch Google Maps schmückte beispielsweise das Beta-Logo über mehrere Jahre. Auch in der Open-Source-Szene sind langjährige öffentlich zugängliche Beta-Versionen nicht ungewöhnlich.

Mashups⁵², wie beispielsweise Placeopedia, die Google-Maps- und Wikipedia-Funktionalitäten verbindet, indem Nutzer eine Nadel auf einer Karte auf einen Ort in geeigneter Zoomstufe auf Google Maps platzieren und mit einem einschlägigen Wikipedia-Artikel verknüpfen konnten (Alby 2008, S. 142 ff.; Ebersbach et al. 2010, S. 154 ff.).

6. Aufmerksamkeitsstreuung: Während dem Pareto-Prinzip folgend in vielen Situationen ein geringer Anteil des Aufwandes für den größten Teil des Nutzens – zum Beispiel Umsatz oder öffentliche Aufmerksamkeit – verantwortlich ist, kann es im Social Web sinnvoll sein, auf Waren oder Informationsangebote zu setzen, für die nur ein Nischenmarkt existiert. Im sogenannten „Long Tail“ (vgl. hierzu grundlegend Anderson et al. 2009) entstehen im Social Web so Nischenöffentlichkeiten. Diese können sich untereinander vernetzen und sind nach Themen und Interessen häufig homogen. Sie sind aber gleichzeitig über Suchmaschinen, oder Nachrichtensuchmaschinen wie Google News und Weiterempfehlungen in sozialen Netzwerken, in der Lage, breite Aufmerksamkeit zu erlangen. Dabei treten neue intermediäre Akteure auf den Plan:

„Google happens in the space between browser and search engine and destination content server, as an enabler or middleman between the user and his or her online experience“ (O’Reilly 2005).

7. Software, welche die Grenze einzelner Geräte überschreitet: Das Social Web ist nicht mehr auf PC-Anwendungen beschränkt, sondern schafft nahtlos den Übergang zu internetfähigen mobilen Anwendungen. O’Reilly führt als Beispiel iTunes an, das den PC als lokale Kontrollstation nutzt und bei dem das Web nahezu unsichtbarer, aber integrierter Bestandteil der Infrastruktur ist. iTunes setzt dabei direkt auf mehrere zentrale Social-Web-Prinzipien: Es nutzt die kollektive Intelligenz seiner Nutzer, indem sie Bewertungen abgeben und die Datenbank von iTunes aktualisieren helfen können. Zum anderen ist iTunes eine ideale Plattform, um Produkte aus dem „Long Tail“ und „User Generated Content“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die starke Verbreitung von Cloud-Diensten verstärkt diese Entwicklungen, indem sie bislang orts- und gerätegebundene Anwendungen und Daten überall dort, wo ein Internetanschluss vorhanden ist, verfügbar macht.

Zusammenfassend bietet das Social Web erstens eine Melange aus neuen technischen Möglichkeiten. Zweitens finden sich im Social Web neue Typen von Anwendungen, wie Wikis oder Blogs. Drittens setzt das Social Web auf neue Geschäftsmodelle im Long Tail.

⁵² Der Begriff des Mashup stammt ursprünglich aus der Musik und wird dort ähnlich verwendet wie das Neuabmischen (Remixen) eines bereits bekannten Musikstückes. Probleme können sich bei Mashups hinsichtlich der Frage des Copyrights ergeben.

Schließlich bietet es erweiterte Möglichkeiten des Identitäts- und Beziehungsmanagements. Die Rolle der Nutzer und die soziale und kommunikative Bedeutung sind deutlich aufgewertet worden (Richter und Koch 2007, S. 5 f.). War das alte Web zugespitzt ein Abrufmedium, haben sich die Potenziale zur Schaffung kollaborativ erstellter Inhalte und die Möglichkeiten der sozialen Vernetzung durch die Nutzer im Social Web deutlich erhöht. Nutzer sind nicht mehr nur Konsumenten verfügbarer Inhalte, sondern können niedrigschwellig Inhalte im Web mitgestalten. Die Grenzen zwischen Rezipienten und professionell organisierten Produzenten von Medienangeboten verschwimmen. Ebenso verschwimmen die Grenzen zwischen massenmedialer und interpersonaler Kommunikation. Bruns bezeichnet den neuen Nutzertyp dieser Medienangebote treffend als Produzter (Bruns 2008; Bruns 2009a).

Hat das Internet zunächst seine wesentlichen Impulse aus der Realwelt erhalten und oftmals Anwendungen aus dieser auf das Internet übertragen, haben sich inzwischen verstärkt Formate entwickelt, die in der Realwelt keine Entsprechung haben. Zwar beeinflussen realweltliche Entwicklungen das Internet immer noch maßgeblich, zunehmend strahlt das Internet aber auch auf die Realwelt aus. Papsdorf nennt hier als Beispiel das Urheberrecht. Wurde es zunächst unverändert auf den Onlinekontext übertragen, haben verschiedene Adaptionsprobleme dazu geführt, dass sich partiell ein neues Verständnis von Urheberrecht durchgesetzt hat (Papsdorf 2013, S. 77).

5.3 Der Begriff des Social Web

Begriffe wie der des Web 2.0 beruhen auf einer gewissen Schwammigkeit, damit sie in den verschiedensten Kontexten anschlussfähig bleiben. So gesehen ist der Begriff Web 2.0 dem Demokratiebegriff nicht unähnlich (Jörke 2011, S. 272 f.). Weiterhin bildet der Begriff Web 2.0 eine Metapher, mit der man noch unbestimmte, neue technische und soziale Wandlungsprozesse zu fassen versucht. Ähnliches versuchte in den 1990er Jahren der Begriff Multimedia (Beck 2006, S. 11). Drittens wurde der Begriff zu einer Zeit geprägt, als die Internetbranche mit den wirtschaftlichen Nachwirkungen des Platzens der Dotcom-Blase im Jahr 2000 zu kämpfen hatte. Mit Web 2.0 verband man von Unternehmensseite, zusammen mit der Etablierung von Konzepten wie dem User Generated Content oder dem Long Tail, die Hoffnung auf wirtschaftlichem Gewinn.

Dass vonseiten der Wissenschaft die Wortschöpfung Web 2.0 zahlreicher Kritik ausgesetzt ist, verwundert kaum. Primär wird dem Begriff eine begriffliche Unschärfe vorgeworfen, da er unterschiedlichste technische, ökonomische und soziale Entwicklungen unter einer Begrifflichkeit rubriziert, ohne zu differenzieren und zu begründen, wieso sie dem Web 2.0 zugerechnet werden (Castells 2009, S. 97 f.; Schmidt 2009a, S. 21 f.). Pointiert hat Berners-

Lee, der Erfinder des WWW, diese Kritik auf den Punkt gebracht. Er vertritt die Auffassung, dass der Begriff des Web 2.0 ein Jargonausdruck sei, von dem niemand wisse, was er eigentlich bedeutet. Das neue Netzverständnis des Web 2.0 ist laut Berners-Lee nichts anderes als das ursprüngliche Verständnis, welches bereits dem WWW zugrunde lag, als es Anfang der 1990er Jahre entwickelt wurde.

„Web 1.0 was all about connecting people. It was an interactive space, and I think Web 2.0 is of course a piece of jargon, nobody even knows what it means. If Web 2.0 for you is blogs and wikis, then that is people to people. But that was what the Web was supposed to be all along.“⁵³

Aus dieser Perspektive ist das Social Web keine neue Entwicklung, sondern greift den ursprünglichen Gedanken des WWW wieder auf (Bettel 2009, S. 27). Aufgrund technischer Restriktionen – geringer Bandbreite, fehlender Softwareanwendungen etc. –, aber wohl auch wegen des teilweise fehlenden Bedürfnisses der Nutzer, die erst mit dem neuen Medium vertraut werden mussten, wurden die ursprünglichen Intentionen nicht im vollen Umfang in den 1990er Jahren verwirklicht (Emmer und Wolling 2010, S. 53).

Auf der anderen Seite suggeriert das „buzzword“ Web 2.0 einen revolutionären Sprung, den es so nicht gegeben hat. Das Web 2.0 stellt anders als das WWW erstens keine Basisinnovation dar, sondern ist eine facettenreiche Melange verschiedener Phänomene. Neben technologischen Innovationen verweist es auf soziale Dynamiken, wie Menschen ihre privaten und beruflichen Beziehungen pflegen und Informationen austauschen. Zum Zweiten ist der Begriff Web 2.0 ein marketinggetriebener Begriff, der versucht neue Geschäftsfelder zu generieren und wirtschaftlich zu verwerten. Als sich selbst erfüllende Prophezeiung versucht er, unter dem Deckmantel der Verbreitung kommunikativer Wohltaten, wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen (Bettel 2009, S. 24). Mit seiner am Softwareentwicklungszyklus angelehnten Versionsbeschreibung suggeriert das Web 2.0 drittens einen plötzlichen Entwicklungsschub, der so nicht stattgefunden hat. Auch traditionelle Internetdienste, wie Mailinglisten und Newsgroups, die es schon vor dem WWW gab, sind Internetanwendungen, die Kommunikation und Diskussion mit relativ geringen Zugangsbarrieren ermöglichten. Und selbst Kernelemente des Web 2.0 sind nicht erst im Jahr 2005 aufgekommen, wie wikibasierte Dokumentationssysteme oder Blogs. Beide Formate nahmen schon in den 1990er Jahren ihren Anfang (Bettel 2009, S. 27; Ebersbach et al. 2010, S. 41).

Bei all dieser Kritik kann nicht abgestritten werden, dass das Web heute andere Möglichkeiten bietet als noch zu Zeiten der Netscape-Dominanz in den 1990er Jahren. Der

⁵³ Für ein Transkript der Interviews vgl. <http://www.ibm.com/developerworks/podcast/dwi/cm-int082206.txt>.

Unterschied zwischen den statischen Webseiten vor dem Aufkommen des Web 2.0 und vielen heutigen Webseiten ist signifikant. Moderne Webseiten erlauben es online Kontakte zu knüpfen, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und Meinungen auszutauschen, ohne die gewohnte Umgebung des Browsers zu verlassen. Die Veränderungsprozesse waren jedoch evolutionär, keine revolutionäre Veränderung wie der Begriff Web 2.0 suggeriert.⁵⁴ Eine Dichotomisierung zwischen Web 1.0 und Web 2.0 ist nicht haltbar.

„Der Begriff Web 2.0 beschreibt einen Mythos, welcher zwar die gegenwärtige Gestalt des Internets darstellt, allerdings die ihm enthaltene Interpretation eines Bruchs mit früheren Phasen der Internetentwicklung nicht einlöst“ (Schmidt 2009a, S. 21).

Wenn der Begriff Web 2.0 für eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema nicht geeignet ist, welche Alternativen bieten sich dann an, um die neuen Entwicklungen einzufangen? Der allgemeine Begriff „neue Medien“ für das Internet allgemein, wie er bis heute in der Literatur teils verwendet wird, scheint wenig zielführend. Dafür spricht die historische Gebundenheit des Begriffs. Er kann nur so lange zumindest eine gewisse Informationskraft reklamieren, bis wieder neuere Medien entwickelt werden. Ferner ist das Merkmal der Neuartigkeit wenig informativ (Papsdorf 2013, S. 32). Von verschiedenen Autoren (Hippner 2006; Koch und Richter 2009; Schmidt 2009a; Ebersbach et al. 2010) wird der Begriff Social Web vorgeschlagen.⁵⁵ Ebersbach et al. definieren ihn folgendermaßen:

„Das ‚Social Web‘ besteht aus (im Sinne des WWW) webbasierten Anwendungen, die für Menschen den Informationsaustausch, den Beziehungsaufbau und deren Pflege, die Kommunikation und die kollaborative Zusammenarbeit in einem gesellschaftlichen oder gemeinschaftlichen Kontext unterstützen, sowie den Daten, die dabei entstehen, und den Beziehungen zwischen Menschen, die diese Anwendungen nutzen“ (Ebersbach et al. 2010, S. 35).

Soziale Netzwerke wie Facebook oder Xing als wichtiger Teil des Social Web dienen primär dem Zweck, soziale Beziehungen neu aufzubauen und bestehende Beziehungen zu pflegen. Primär im privaten Bereich, aber zunehmend auch im beruflichen Umfeld (Richter et al. 2011, S. 89).

„We define social network sites as web based services that allow individuals to (1) construct a public or semi-public profile within a bounded system, (2) articulate a list of other users with whom they share a connection, and (3) view and traverse their list

⁵⁴ Auch wenn die Assoziation mit der chronologischen Softwareversion (1.0, 1.1, 2.0 etc.) bewusst gefällt wurde, ist der Begriff Web 2.0 im „alten“ Denken verhaftet, da bei prinzipiell täglich neuen Versionen Versionsprünge keine Rolle mehr spielen dürften.

⁵⁵ Hippner sowie Koch und Richter verwenden den Begriff Social Software, der auf die Anwendungen des Social Web abzielt. Die Definition von Social Software durch Hippner weist zahlreiche Überschneidungen zu der Definition von Ebersbach et al. auf (Hippner 2006, S. 7).

of connections and those made by others within the system“ (Sampath Kumar et al. 2013, S. 2).

Drei Vorzüge sprechen für die Verwendung des Begriffs Social Web und die vorgeschlagenen Definitionen: Erstens verweisen sie auf die Zentralität des Web für die neuen Internetanwendungen. Zweitens unterscheiden sie keine abgeschlossenen zeitlichen Phasen, die es so im Web kaum geben kann. Drittens betonen sie den sozialen Kontext des „neuen“ Internets stärker als der am Softwarezyklus orientierte Begriff des Web 2.0 (Schmidt 2009a, S. 21 ff.). Für die Anwendungen des Social Web hat sich der Begriff der Social Software durchgesetzt. Coates definiert Social Software folgendermaßen:

„Software which supports, extends, or derives added value from, human social behaviour - message-boards, musical taste-sharing, photo-sharing, instant messaging, mailing lists, social networking“ (Coates 2005).⁵⁶

Rubriziert werden darunter beispielsweise Blogs, Wikis, Social-Bookmarking- und Social-Tagging-Anwendungen und soziale Netzwerke (Koch und Richter 2009, S. 13). Das vielfältige Anwendungsspektrum der Social Software lässt sich auf verschiedene Weise strukturieren. Häufig findet man in der Literatur Einteilungen anhand dreier Kriterien. Sie bilden die Eckpunkte eines Dreiecks, in dessen entstandene Fläche verschiedene Anwendungen verortet werden. Hippner nennt als Eckpunkte des Dreiecks erstens die Publikation und Verteilung von Informationen, zweitens Aufbau und Verwaltung von Beziehungen sowie als dritten Eckpunkt Kommunikation zwischen den Nutzern (Hippner 2006, S. 8 f.). Während die Eckpunkte Information und Beziehungen schlüssig sind, bleibt unklar, wieso Kommunikation als eigenständiges Merkmal bestimmter Anwendungen aufgeführt ist, da Kommunikation auch das Fundament anderer Social-Software-Anwendungen ist.

Schmidt unterscheidet drei Handlungsweisen als Rahmenmodell für die Analyse der Nutzung von Social Software. Identitätsmanagement meint das Zugänglichmachen seiner eigenen Person, seiner Interessen, Kompetenzen, Erfahrungen und Meinungen für andere. Verknüpft damit ist das Beziehungsmanagement, das heißt neue Sozialkontakte im Social Web zu knüpfen, zu pflegen und diese abzubilden. Dazu gehören neben beruflichen Beziehungen vor allem auch freundschaftliche Beziehungen des Privatlebens. Identitäts- und Beziehungsmanagement geschieht in Gruppen von Menschen, die im Regelfall soziale Netzwerke nutzen (Schmidt 2009a; Schmidt und Pellegrini 2009).

Bilden der vernetzte Individualismus (Wellman 2001) und die Netzwerkgesellschaft (Castells 2001) das Leitmotiv für Identitäts- und Beziehungsmanagement, sind soziologische Gegenwartsdiagnosen, wie die der Informations- und Wissensgesellschaft (Kübler 2009), der

⁵⁶ Weitere Definitionen finden sich beispielsweise bei Hippner (2006) und Richter (2007).

Kontext für das Informationsmanagement (Schmidt 2009a, S. 95). Darunter wird das Filtern, Selektieren, Bewerten, Austauschen und Verwalten von Informationen in einer Vielzahl thematisch spezialisierter Öffentlichkeiten verstanden. Einige dieser Teilöffentlichkeiten oder kleinen Öffentlichkeiten ergänzen die massenmediale, politische Öffentlichkeit. Die überwiegende Zahl ist aber als persönliche Öffentlichkeit anzusehen, in der Themen von persönlicher Relevanz behandelt werden (Neuberger 2009, S. 43 f.). Ergänzungsbedürftig an dem fundierten Rahmenmodell von Schmidt sind zwei Punkte, wie Döring hervorhebt: Erstens muss unter Informationsmanagement mehr als das selektive Rezipieren von Informationen verstanden werden. Zum Zweiten ist neben dem Austausch von Informationen deren Erstellung im Social Web von zentraler Bedeutung. Kollaborative Verfahren zur Erstellung von User Generated Content können das Fundament zivilgesellschaftlicher Gegenöffentlichkeit bilden. Kollaboration ist deswegen eine wesentliche Dimension sozialer Interaktion im Netz (Döring 2010, S. 173 f.).

Identitäts-, Beziehungs- und Informationsmanagement können nicht losgelöst vom realweltlichen Kontext betrachtet werden, da dieser allen drei Handlungskomponenten im Social Web zugrunde liegt. So werden im Rahmen des Beziehungsmanagements Kontakte abgebildet, die im Regelfall offline entstanden sind. Die Darstellung der eigenen Person im Social Web erfolgt vor dem Hintergrund, wie man seine eigene Person im realweltlichen Kontext präsentiert. Schließlich haben die dem Informationsmanagement zugrunde liegenden Nachrichten meist ihren Ursprung und ihre Bedeutung in der Realwelt. Ebenso müssen die basalen Fähigkeiten zur Ausnutzung aller drei Komponenten im realweltlichen Kontext erworben werden. „Das Social Web ist nur vermeintlich virtuell, tatsächlich aber hochgradig real“, hebt Schmidt treffend hervor (Schmidt 2009a, S. 73). Dabei ist dieser Prozess ebenso umgekehrt von Bedeutung. Bestimmte sprachliche Verhaltensweisen im Internet können auf die Realwelt ausstrahlen.

In der Praxis bieten Social-Software-Anwendungen häufig die Möglichkeit, alle drei Handlungsweisen integriert auf einer Plattform zu nutzen. So bieten Social Network Sites grundlegende Möglichkeiten für das Identitäts- und Beziehungsmanagement sowie das Informationsmanagement. Andere Dienste, wie etwa Social-Bookmarking-Anwendungen⁵⁷ wie Delicious, dienen primär dem eigenen Informationsmanagement. Durch die Veröffentlichung der eigenen Lesezeichen bestehen Anschlussmöglichkeiten für das Identitäts- und Beziehungsmanagement (Alby 2008, S. 91).

⁵⁷ Eine Spielart von Social-Bookmarking-Anwendungen sind Social-Citation-Anwendungen, die es erlauben Links auf wissenschaftliche Artikel im Web zu teilen, zu speichern und zu organisieren. Dienste wie CiteULike erlauben dann problemlos, dass ein so geteilter wissenschaftlicher Artikel der persönlichen Bibliothek mit den bibliografischen Daten hinzugefügt wird (Hippner 2006, S. 12).

6 Interaktivität und Partizipation in deliberativen Demokratiekonzepten und dem Internet

Das folgende Kapitel bildet die Überleitung vom ersten Teil der Abhandlung, in dem die beiden grundlegenden Konzepte der Arbeit – deliberative Demokratiekonzepte und das Internet – erörtert wurden, zur Analyse des Verwirklichungspotenzials deliberativer Demokratiekonzepte in der computervermittelten Kommunikation und der Netzöffentlichkeit.

Zunächst wird im folgenden Kapitel der Begriff der Öffentlichkeit im Kontext der Mikro-Makro-Problematik analysiert. Die Mikro-Makro-Problematik ist im Internet insofern von besonderer Relevanz, als es im Internet zu einer Amalgamierung von Kommunikationsebenen kommt, die im Gegensatz zu den bislang vergleichsweise abgeschlossenen Komplexitätsebenen von Öffentlichkeit in einer durch traditionelle Massenmedien dominierten Gesellschaft stehen. Dabei rückt die Frage in den Mittelpunkt, welche Folgen daraus erwachsen, dass die Mikro-, Meso- und Makroebene von Öffentlichkeit im Internet schwimmen, und wieso vor diesem Hintergrund die Politik- und Kommunikationswissenschaft gezwungen ist, auf Forschungsergebnisse der Sozialpsychologie und Sprachwissenschaft zurückzugreifen.

Daran anschließend wird in die beiden für deliberative Demokratiekonzepte und ihr Umsetzungspotenzial im Internet zentralen Begriffe der Interaktivität und Partizipation eingeführt sowie die Veränderung ihrer Bedeutung im Internet nachgezeichnet. Interaktivität als eine „Form von Rückkoppelung“ (Höflich 2003, S. 86) wird schwerpunktmäßig auf der Mikro- und Mesoebene der Kommunikation im Bereich der computervermittelten Kommunikation in Kapitel 8 analysiert. Partizipation, das heißt das Ausmaß, in dem alle von einer Entscheidung Betroffenen die Möglichkeit haben, Themen in die Öffentlichkeit zu transportieren und überhaupt an Entscheidungsprozessen teilnehmen, ist eine Grundbedingung für die Legitimität politischer Entscheidungen. Sie steht schwerpunktmäßig auf der Makroebene von Öffentlichkeit bei der Herausbildung der Netzöffentlichkeit im Fokus und wird in Kapitel 9 analysiert. Abgeleitet werden beide Merkmale aus zwei zentralen Versprechen deliberativer Demokratiekonzepte: die Legitimität politischer Entscheidungsfindung zu erhöhen sowie die Qualität getroffener Entscheidungen zu verbessern (Teorell 2006, S. 795 f.). Wie die aktuelle Diskussion um das Social Web zeigt, gewinnen Angebote an Bedeutung, die postulieren interaktiv und partizipativ ausgerichtet zu sein. Im Kontext des Social Web müssen die Begriffe Interaktivität und Partizipation, aufbauend auf ihrem traditionellen Verständnis, neu interpretiert und konzeptualisiert werden.

6.1 Computervermittelte Kommunikation und Netzöffentlichkeit als Mehrebenenphänomen

Die ubiquitäre Verbreitung von Massenmedien wie Zeitung, Rundfunk und Fernsehen hat es im 20. Jahrhundert breiten Bevölkerungsschichten ermöglicht mit geringem Zeit- und Geldaufwand Informationen zu rezipieren. Einher ging damit eine Asymmetrie in der Kommunikation: Durch die technisch bedingte Unidirektionalität traditioneller Massenmedien konnte das Publikum – im Unterschied zur Gruppen- und Individualkommunikation – seine konsumierende Rolle als Rezipient von Informationen kaum verlassen (Grimm 2005, S. 85; Neuberger 2009c, S. 192). Der Beitrag der Mikro- und Mesoebene zur gesamtgesellschaftlich wahrgenommenen Öffentlichkeit war aufgrund ihrer geringen Reichweite hingegen auf Anschlusskommunikation in den Massenmedien angewiesen.

In den Sozialwissenschaften wird Öffentlichkeit vor dem Hintergrund entsprechend ihrer „Kommunikationsdichte, Organisationskomplexität und Reichweite nach Ebenen differenziert“ (Habermas 1992b, S. 452). Auf der Mikroebene kann Öffentlichkeit als Interaktion zwischen zwei oder mehr Personen betrachtet werden. Auf der Mesoebene findet sich Kommunikation unter Gruppenangehörigen, während sich auf der Makroebene Öffentlichkeit als massenmedial vermittelte Interaktion zeigt. Während die Mikro- und Mesoebene von Öffentlichkeit primär Forschungsgegenstand der Sozialpsychologie und Sprachwissenschaft sind, ist die Makroebene in erster Linie Forschungsgegenstand der Politik- und Kommunikationswissenschaft (Wimmer 2012, S. 165 ff.). Verschwimmen diese Ebenen – wie es im Internet zu beobachten ist –, bedarf es deswegen für Sozialwissenschaftler eines Rückgriffs auf Forschungsergebnisse der Sozialpsychologie und Sprachwissenschaft sowie vice versa. Für die vorliegende Arbeit bedeutet die Vermengung der verschiedenen Ebenen von Öffentlichkeit, dass neben der Makroebene von Öffentlichkeit die Mikro- und Mesoebene von Öffentlichkeit stärker in den Fokus genommen werden muss.

„Fast ausschließlich wird [in den Sozialwissenschaften] die komplexeste Ebene von Öffentlichkeit – die massenmediale Öffentlichkeit und der darin entfaltete öffentliche Diskurs – berücksichtigt (= Publizitätssyndrom)“ (Wimmer 2012, S. 173).

Deliberative Öffentlichkeitskonzepte sind vor dem Hintergrund der Struktur traditioneller Massenmedien und ihrer Leistungen und Defizite entwickelt worden (Habermas 1992b, S. 452). Sie rekurrieren primär auf die Makroebene von Öffentlichkeit und orientieren sich an den bislang dominierenden unidirektionalen Massenmedien. Publizistische Bedeutung erlangen Themen vorrangig erst dann, wenn sie in der massenmedialen Berichterstattung Aufmerksamkeit bekommen (Lingenberg 2010, S. 150; Fraas et al. 2012, S. 7 f.; Wimmer 2012, S. 173). Für ein Öffentlichkeitsmodell, das durch traditionelle Massenmedien dominiert wird, ist Öffentlichkeit, die gesamtgesellschaftliche Wirkung entfalten kann, massenmedial

hergestellte Öffentlichkeit (Habermas 1992b, S. 432 ff.). Die durch traditionelle Massenmedien konstituierte Öffentlichkeit zeigt aus deliberativer Perspektive zentrale Defizite auf der Input-, Throughput- und Output-Ebene. Sie wurden sowohl theoretisch (Habermas 1962; Peters 2007a) als auch empirisch (Gerhards et al. 1998; Schultz 2006) analysiert.

In deliberativen Demokratiekonzepten nimmt eine funktionierende Öffentlichkeit eine Schlüsselstellung ein. Öffentlichkeit stellt aus deliberativer Warte den kommunikativen Kontext dar, in dem Bürger und ihre Repräsentanten Meinungen und Problemlösungen vorstellen und rechtfertigen (Cohen 1999, S. 67). Anders als im Spiegelmodell von Luhmann muss in deliberativen Öffentlichkeitskonzeptionen nicht nur die Pluralität unterschiedlicher Sichtweisen abgebildet werden (Imhof 2006, S. 34). Aufgabe einer aus deliberativer Perspektive funktionierenden Öffentlichkeit ist es, dass durch sie das politische System kontinuierlich an die Interessen der kritisch rasonierenden Bürger rückgekoppelt wird (Martinsen 2009, S. 49 ff.). Themen von allgemeiner Relevanz müssen öffentlich werden und vermittelt über die Öffentlichkeit potenziell von allen diskutiert und gebilligt werden können. Öffentlichkeitsdefizite, ob auf supranationaler oder auf nationaler Ebene, werden von deliberativen Theoretikern im Zusammenhang mit Demokratie-, Legitimitäts- und Identitätsdefiziten diskutiert (Fraser 1996; Peters 2007b).

Öffentlichkeit kommt in deliberativen Demokratiekonzepten zwei Aufgaben zu: Sie kann selbst Raum von Deliberation sein oder übernimmt für deliberative Verfahren außerhalb der Beobachtung durch die massenmediale Öffentlichkeit Funktionen, beispielsweise die des Informationsinputs der Teilnehmer und die der Anschlusskommunikation (Hüller 2005b, S. 31). Sind schon im realweltlichen Kontext beide Bereiche nicht immer trennscharf, sind sie im Internet gar nicht zu trennen. Potenziell ist jedes über das Internet veranstaltete deliberative Verfahren auch öffentlich zugänglich, außer man sichert es durch spezielle technische Schutzvorrichtungen ab (Nutz 2008, S. 35; Neuberger 2011, S. 64 ff.).

Für den weiteren Verlauf der Arbeit stellt sich die Frage, ob die aus deliberativer Warte bestehenden Defizite traditioneller Massenmedien aufgrund der besonderen technischen Bedingungen, wie begrenzter Übertragungskapazität und fehlenden Rückkanals, medienspezifisch sind und inwiefern das Internet einen virtuellen Raum bietet, der den normativen Ansprüchen deliberativer Demokratiekonzepte an eine funktionierende Öffentlichkeit stärker entgegenkommt. Dabei transportieren unterschiedliche Medien und Öffentlichkeitsebenen nicht einfach dieselbe Botschaft in anderer Form oder Geschwindigkeit, sondern beeinflussen das „gesamte Kommunikations- und Interaktionsverhalten“ (Döring 2003, S. 131).

So ist der Konsum eines Fernsehprogramms mit einer „bestimmten Disposition“ verbunden,

die primär passiver Natur ist – man schaut das entsprechende TV-Programm von der Couch aus. Im Unterschied dazu steht die Nutzung des Internets, die eine eher aktive Haltung verlangt, bei der man am Schreibtisch am PC sitzt, und auch die Tabletnutzung, die vielleicht vom Sofa aus erfolgt, verlangt zumindest die aktive Bedienung des Geräts. Indes zeigt sich auch hier, wie sich beide Formate – in der Terminologie von Höflich die Medienrahmen – zunehmend vermischen, wenn beispielsweise Videos aus dem Internet konsumiert werden (Kolo 2010, S. 288 f.). Öffentlichkeitsebenen, wie auch Medienformate, sind somit „keine neutralen Vehikel zur Übermittlung von Botschaften, sondern bedeutungsvolle sozio-kulturelle Artefakte“ (Höflich 1998a, S. 151). Eine bloße Betrachtung der Medien als technisches Verbreitungsmedium, das heißt die bloße Betrachtung ihres technischen Potenzials, greift zu kurz.

Die Existenz von kleinen Öffentlichkeiten wurde von deliberativen Öffentlichkeitskonzepten nicht geleugnet. Gesamtgesellschaftlich wurde ihnen indes eher wenig Relevanz zugesprochen. Das Internet stellt diese Status-quo-Orientierung deliberativer Demokratiekonzepte in Frage. Wie Lingenberg hervorhebt, ist heute die „Beteiligung an öffentlichen Diskursen ebenso wie die Beobachtung politischen Geschehens nicht mehr nur über Massenmedien, sondern auch über spezialisierte Newsgroups, Diskussionsforen, Blogs und Twitter im Internet oder über das Mobiltelefon denkbar“ (Lingenberg 2010, S. 150). Soziale Netzwerke oder die Blogosphäre können potenziell eine synchronisierende Funktion übernehmen beziehungsweise kleine Öffentlichkeiten für einen breiten Rezipientenkreis einfach zugänglich machen und damit eine Verknüpfung der verstreuten Einzelpublikationen schaffen.

Im Internet verwischt zusammenfassend die Trennung zwischen Massen- und Individualkommunikation. Das Internet als Hybridmedium vereint und kombiniert Anwendungen der Individual-, Gruppen- und Massenkommunikation. Öffentlichkeit im Internet konstituiert sich sowohl auf der Makroebene, etwa über die Ableger traditioneller Massenmedien, als auch auf der Meso- und Mikroebene durch kleine Öffentlichkeiten, wie sie zum Beispiel durch Newsgroups, Diskussionsforen, Blogs oder Tweets konstituiert werden. Dabei sind häufig alle drei Ebenen auf einer Plattform vereint. Übergänge zwischen den verschiedenen Ebenen sind fließend möglich. Dazu kommt, dass Onlinediskurse in vielen Fällen langfristig archiviert werden und auch nachträglich betrachtet und modifiziert werden können und relativ einfach auffindbar sind (Schweiger und Weihermüller 2008, S. 546 f.). In einer durch traditionelle Massenmedien geprägten Medienlandschaft lassen sich bestimmte Inhalte mittels bestimmter Medien besonders gut konsumieren. So eignet sich das Fernsehen vermutlich besser für die Liveübertragung von Sportereignissen als andere und für die Veröffentlichung wissenschaftlicher Studien eignen sich Fachzeitschriften im Regelfall

am besten. Das Internet als Hybridmedium bietet hier das Potenzial, fast jeden Inhalt adäquat publizieren zu können.

Eine Analyse des Umsetzungspotenzials deliberativer Demokratiekonzepte im Internet muss deswegen sowohl die Makroebene wie auch die Meso- und Mikroebene von Öffentlichkeit in den Blick nehmen. Dies macht es erforderlich bisherige Restriktionen der Massenmedien und sich daran anlehrende vergleichsweise statische theoretische Modelle der Sozialwissenschaften mit ihrem Schwerpunkt auf die Makroebene zu überdenken (Wimmer 2012, S. 173). Eine bloße Gegenüberstellung von traditionellen Massenmedien auf der einen Seite und dem Internet in der Gesamtheit auf der anderen Seite ist nicht zielführend (Schrape 2011, S. 409). Auch im Internet werden Nachrichten aus traditionellen Massenmedien verwertet. Allerdings können sie im Laufe dieses Prozesses modifiziert und von den Lesern kritisch diskutiert werden.

Wenn die „Perspektive des Individuums“ bei einer elaborierten Analyse des Umsetzungspotenzials deliberativer Demokratiekonzepte im Internet stärker Berücksichtigung finden muss, muss neben der Makroebene die Öffentlichkeit, die durch Gruppen- und Individualkommunikation konstituiert wird, stärker in den Blick genommen werden (Wimmer 2012, S. 166). Welche Konzepte bieten sich in einem Hybridmedium an, bei dem traditionelle Grenzen verwischen, das Umsetzungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte zu diskutieren? Eine Alternative, die aus forschungspragmatischen Gründen in empirischen Studien Anwendung findet, betrachtet das Internet nicht in seiner Gesamtheit, sondern untersucht einzelne Anwendungen anhand ihrer dominierenden Nutzungsmuster und ordnet diese der Individual-, Gruppen- oder Massenkommunikation zu.

Diese Festlegung erscheint für eine theoriegeleitete Arbeit, die die Gesamtheit der im Internet zu beobachtenden neuen Phänomene von Öffentlichkeit in den Blick zu nehmen versucht, problematisch. Zwar könnte das WWW aufgrund der Zahl seiner Empfänger primär als Medium der Massenkommunikation bezeichnet werden, während die E-Mail als eine Anwendung der Individualkommunikation angesehen werden kann. Diese Zuordnungsversuche unterschlagen, dass Internetnutzung in Zeiten des Social Web bedeutet Daten zwischen verschiedenen Formaten wie Blogs, sozialen Netzwerken etc. auszutauschen und zu verlinken. Früher primär unidirektionale und statische Anwendungen wie Webseiten bieten interaktive Elemente an. Gleichzeitig werden verschiedene Kommunikationsformen auf einer Plattform vereint. Nutzer verwenden parallel verschiedene Kommunikationsformen oder wechseln zwischen diesen fließend. In der vorliegenden Abhandlung soll – um eine umfassende Betrachtung zu gewährleisten – dies anhand zweier für deliberative Demokratiekonzepte zentralen Merkmale geschehen: der Interaktivität und der Partizipation, die in den beiden folgenden Kapiteln diskutiert werden.

6.2 Interaktivität und Partizipation in der computervermittelten Kommunikation und Netzöffentlichkeit

Für die Überprüfung des Verwirklichungspotenzials deliberativer Demokratiekonzepte im Internet ist eine Reihe von Indikatoren beziehungsweise Merkmalen denkbar. Von diversen Autoren sind in empirischen (Steiner 2004; Spörndli 2004; Witschge 2007) und theoretischen Studien (Gutmann und Thompson 2004; Peters 2007a) Merkmale operationalisiert worden, um das Umsetzungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte zu analysieren. Empirische Untersuchungen, wie die von Ferree et al. (2002) sowie von Gerhards (1998) und Rucht (2008), sind zu eher ernüchternden Ergebnissen gekommen, was das Umsetzungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte und an sie anlehrender Öffentlichkeitsmodelle in einer durch traditionelle Massenmedien dominierten Öffentlichkeit angeht. Positiver werden die Umsetzungschancen realweltlicher deliberativer Prozesse innerhalb von Face-to-Face-Interaktionen auf der Mikro- und Mesoebene eingeschätzt (Fishkin 1995; Fishkin 2009b). Da realweltliche Kommunikation auf der Mikro- und Mesoebene auf Anschlusskommunikation in den traditionellen Massenmedien angewiesen ist, um gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit zu finden, zeigen sich indes auch hier die Schwierigkeiten, Problemstellungen einem größeren Personenkreis bekannt zu machen.

Versucht man für das theoretisch heterogene Konzept deliberativer Demokratie Indikatoren hinsichtlich ihrer Umsetzung in verschiedenen Settings zu definieren, sind zwei Optionen vorstellbar (Mutz 2008; Schaal und Ritzi 2009). Man kann auf einzelne Referenztheoretiker Bezug nehmen und daran anschließend einen Kriterienkatalog entwickeln. Die Studien von Steiner et al. (2004) und Spörndli (2004) sind dafür Beispiele. Sie basieren auf der Diskurstheorie von Habermas und entwickeln darauf aufbauend Indikatoren, die sie empirisch testen. Problematisch erscheint, dass sie weder der Komplexität der Referenztheorie noch der Vielfalt deliberativer Demokratiekonzepte und dem Forschungsgegenstand immer gerecht werden. Ein expansives Deliberationskonzept, welches sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, kann bei diesem Vorgehen schwer berücksichtigt werden. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, einen gemeinsamen Kern geteilter Merkmale in der heterogenen Landschaft deliberativer Demokratiekonzepte zu ermitteln, die den verschiedenen Ansätzen gemeinsam sind. Prämisse ist, dass ein Konzept eine Reihe von nichtzentralen und eine Reihe von zentralen, gemeinsam geteilten Merkmalen besitzt. Für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand des Internets sowie vor dem Hintergrund einer Theoriearbeit scheint die zweite Herangehensweise vorteilhafter. Dafür spricht, dass es so möglich ist die Vielfalt deliberativer Konzepte ein Stück weit einzufangen, ohne zu stark auf einen Referenztheoretiker zu kaprizieren. Auch basieren sie auf von Vertretern deliberativer Demokratiekonzepte unbestrittenen Grundlagen. Drittens

kann so eine vorsichtige Anpassung der Merkmale an den Forschungsgegenstand vorgenommen werden, während die Gefahr besteht, dass bei der Bezugnahme auf einen Referenztheoretiker definierte Merkmale mit den Eigenschaften des Forschungsgegenstandes nicht korrespondieren.

Im vorliegenden Beitrag werden zwei Merkmale schwerpunktmäßig betrachtet: Interaktivität und Partizipation. Zwischen Partizipation und Interaktivität kann es zu einem Spannungsverhältnis und zu Trade-offs kommen. Steigt die Zahl der Bürger, die Meinungen äußern oder publizieren, sinkt tendenziell die Wahrscheinlichkeit auf Rezeption, Resonanz und Einflussnahme. Zwar steigt die Zahl der Botschaften und aktiven Kommunikationsteilnehmern an, der Empfängerkreis wird hingegen immer kleiner, womit eine so konstituierte Öffentlichkeit an Integrationskraft einbüßt (Hüller 2005b, S. 19; Neuberger 2007, S. 43). Auch kann möglicherweise die Qualität von Informationen, aufgrund der einfachen Möglichkeit der Veröffentlichung eigener Botschaften, leiden. Die bloße Existenz einer Vielzahl verfügbarer Informationen ist kein Indikator für Qualität oder die Fähigkeit der Urteilskraft der Rezipienten (Bredow 2009, S. 52). Die erweiterten Möglichkeiten des Internets bedeuten somit auf der einen Seite potenziell eine Leistungssteigerung der Öffentlichkeit. Auf der anderen Seite führt diese Leistungssteigerung wiederum zu ambivalenten Folgeproblemen, die es in dieser Form in traditionellen Massenmedien bislang unter Umständen nicht gab (Neuberger 2008b, S. 16).

6.3 Interaktivität

Deliberative Demokratiekonzepte und auf ihnen beruhende Öffentlichkeitskonzepte bedürfen nicht nur passiv Medienangebote konsumierender Bürger, bei denen ein Sender zu einem dispersen Publikum spricht. Vielmehr bedarf es Akteure, die miteinander kommunizieren und aufeinander argumentativ Bezug nehmen (Peters 2007d, S. 119 ff.; Bächtiger et al. 2010, S. 199).⁵⁸ In medienvermittelter Kommunikation setzt die Interaktivität eines Mediums technisch die Existenz eines Rückkanals voraus. Mittels eines Rückkanals können die Bürger auf Äußerungen reagieren und so potenziell von der Rolle des Zuschauers in die des Sprechers wechseln. Der aus der Soziolinguistik stammende Begriff des „turn taking“, des Rollentauschens und der Sicherung des Rederechts für andere Nutzer, ist damit eng verbunden (Sacks et al. 1974).

Dieser Rollentausch ermöglicht aus deliberativer Warte Rückkopplungseffekte und Wissensmehrung, die zusätzlich vertrauensbildend wirken kann (Goodin 2000, S. 92). Auf die Bedeutung des Kriteriums der Interaktivität machen auch andere Vertreter deliberativer

⁵⁸ Kommunikationsformen, die keine Einwände oder Rückfragen zulassen, genügen somit nicht den Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte (Peters 2007d, S. 120).

Demokratiekonzepte mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung aufmerksam. Für Fishkin beispielsweise zeichnet sich Deliberation dadurch aus, dass gewährleistet wird, dass:

„1) political messages of substance can be exchanged at length; (2) there is opportunity to reflection on and debate the messages; and, (3) opinions stated in the messages can be interactively tested against rival arguments“ (Fishkin 1992).

Auch die von Neidhardt ausgearbeiteten drei grundlegenden Kommunikationsmuster verdeutlichen den engen Zusammenhang zwischen Interaktivität und deliberativen Demokratiekonzepten. Das „Verlautbarungsmodell“ ist dadurch gekennzeichnet, dass Sprecher in Monologen ihre Standpunkte vorbringen. Die Haltung des Publikums wird dabei in der Kommunikation des Sprechers nicht berücksichtigt. Ebenso hat das Publikum nicht die Möglichkeit, auf den Sprecher zu reagieren – eine Situation, wie sie in einer durch traditionelle Massenmedien dominierten Medienlandschaft vorliegt. Zweitens das „Agitationsmodell“, bei dem Sprecher aufgrund strategischer Überlegungen aufeinander reagieren. Sie bleiben jedoch grundsätzlich bei ihrer Überzeugung und hegen keine Verständigungsabsicht. Drittens schließlich das „Diskursmodell“, bei dem eine Auseinandersetzung mit den Beiträgen anderer Teilnehmer stattfindet und die Teilnehmer ihre eigene Position im Lichte besserer Argumente revidieren (Neidhardt 1994, S. 20 ff.).

Alleine die Möglichkeit, auf Kommunikationsbeiträge zu reagieren, reicht aus deliberativer Werte nicht aus. Während bei einer geheimen Wahl der Wähler frei in seinen Gründen ist, die sein Stimmverhalten motivieren, muss er in einer öffentlichen Diskussion Gründe vorbringen, die auch andere überzeugen. Nur wenn Diskussionsteilnehmer im Rahmen eines „reason-giving requirement“ ihre Positionen und Geltungsansprüche öffentlich begründen, bereit sind anderen Positionen und Argumenten mit Respekt zu begegnen sowie ihre eigenen Präferenzen im Licht besserer Argumente ändern, kann eine höhere Qualität von Entscheidungen erreicht werden (Gutmann und Thompson 2004, S. 3). Traditionelle, unidirektionale Massenmedien, bei denen Einseitigkeit ein Strukturmerkmal ist, können aufgrund ihrer fehlenden Rückkanalfähigkeit das aus deliberativer Werte erforderliche Maß an wechselseitiger Bezugnahme nicht gewährleisten. Eine kritische Reflexion von Argumenten ist in traditionellen Massenmedien nicht möglich (Martinsen 2009, S. 53 ff.). Nur die „epistemische Orientierung der Kommunikation“, wie sie im Diskursmodell zu finden ist, erfüllt die Anforderungen einer aus deliberativer Werte funktionierenden Öffentlichkeit (Schmaltz-Bruns 2001, S. 115).

Interaktivität ist ein Schlüsselbegriff neuer Medien (Bieber 2004, S. 7). Versteht man unter Interaktivität Medienformate, die eine „Form von Rückkoppelung“ (Höflich 2003, S. 86) ermöglichen, dann speist sich die Attraktivität des Interaktivitätspotenzials neuer Medien für deliberative Demokratiekonzepte im systemimmanenten Potenzial des Internets, ein

Feedback über einen Rückkanal zu eröffnen. Die Debatte um Interaktivität hat mit dem Aufkommen des Social Web an Zugkraft gewonnen (Höflich 2003; Bieber 2004; Neuberger 2007; Niedermaier 2008). Kooperative und partizipative Formen des Wissensgenerierens und der Informationsbereitstellung in Wikis, Blogs und partizipativen Nachrichtensites sind prototypische Konzeptionen für diesen inhärenten Rückkanal des Internets. Das Social Web wäre ohne Interaktivität nicht vorstellbar (Alby 2008; Scherfer 2010, S. 19).

6.3.1 Der soziologische Interaktionsbegriff

Für eine nähere Bestimmung des Begriffs der Interaktivität im Kontext des Internets ist es sinnvoll zunächst den soziologischen Begriff der Interaktion als Ausgangspunkt zu nehmen. Im Vergleich zum soziologischen Kernbegriff der Interaktion kann der Begriff der Interaktivität erst auf eine junge Begriffsgeschichte zurückblicken (vgl. zur Einführung Abels 2010). So kann eruiert werden, welche Erwartungen und Bedingungen mit dem Begriff verbunden sind. Anknüpfend an die Weber'sche Definition sozialen Handelns liegt Interaktion vor:

„[...] wenn das Verhalten von ego als Reaktion ein Verhalten bei alter hervorruft, das heißt, wenn sich Individuen in ihrem Erleben und Handeln auf das Erleben und Handeln der anderen beziehen, die im gleichen sozialen Kontext anwesend sind. Interaktion bezeichnet also die durch Kommunikation vermittelte wechselseitige Beeinflussung der Einstellungen, Erwartungen und Handlungen von Individuen“ (Schäfers et al. 2006, S. 117).

Kernmerkmal des soziologischen Interaktionsbegriffs ist, dass jeder Handelnde, insbesondere durch Sprache, die Erwartungen und Reaktionen seines Gegenübers antizipiert und bei seinem eigenen Handeln mitberücksichtigt.

Interaktion wird in der Soziologie mit dem Kriterium der physischen Anwesenheit verbunden. Es wird davon ausgegangen, dass Kommunikationsteilnehmer realweltlich von Angesicht zu Angesicht in Beziehung zueinander treten, sodass das vollständige Repertoire an verbalen und nonverbalen Ausdrucks- und unmittelbaren Reaktionsmöglichkeiten gegeben ist (Merten 1977, S. 65). Physische Anwesenheit ist deswegen wichtig, da mittels Wahrnehmung Informationen übermittelt werden können, die ansonsten explizit kommuniziert werden müssen. Nonverbale Kommunikation übernimmt die Aufgabe, Botschaften zu übertragen, die verbal nicht, oder nur schwer, kommuniziert werden können, wie beispielsweise Stimmungen und Gefühle (Papsdorf 2013, S. 116 f.). Ähnlich definiert Goffman Interaktion als eine „wechselseitige Handlungsbeeinflussung, die Individuen aufeinander ausüben, wenn sie füreinander anwesend sind“ (Goffman 1969, S. 18). Räume, in denen Interaktion stattfindet, sind aus dieser Perspektive wiederum von interaktionsfreien Räumen der Massenmedien

abzugrenzen.⁵⁹ Benutzen Menschen ein Kommunikationsmedium, darf einer strengen soziologischen Definition folgend nicht mehr von Interaktion gesprochen werden.

Auch in vielen Konzeptionen der Interaktivität, wie auch in vielen Theorien der computervermittelten Kommunikation, wird als Leitmodell die Face-to-Face-Kommunikation herangezogen. Medienvermittelte Kommunikation wird demgegenüber als mehr oder weniger defizitär eingestuft (Rafaeli 1988, S. 110; Goertz 1995). Face-to-Face-Kommunikation werden – häufig ohne dies empirisch oder theoretisch zu begründen – a priori Eigenschaften wie kontinuierliches Feedback, Mehrkanalkommunikation, Spontanität und Gleichheit der Teilnehmer zugeschrieben (Schudson 1978, S. 320). Trotz der Alltäglichkeit von Face-to-Face-Kommunikation sind die ihr zugrunde liegenden Prinzipien aber bislang relativ unzureichend erforscht, sodass Face-to-Face-Kommunikation in vielen Fällen pauschal als natürlichste und beste Kommunikationsform dargestellt wird, ohne eine differenzierte Bewertung vorzunehmen, so Rüggenberg (2007). Medienvermittelte Kommunikation wird aus dieser Sichtweise pauschal als problematisch eingestuft und mit „Enträumlichung“, „Entzeitlichung“, „Entsinnlichung“, „Entwirklichung“ und schließlich auch „Entmenschlichung“ in Verbindung gebracht (Wende 2007, S. 107). Indem man Face-to-Face-Kommunikation bestimmte Eigenschaften zuschreibt, besteht freilich die Gefahr, vom Potenzial auf seine tatsächliche Anwendung zu schließen. Anwesenheit wird mit Interaktion und implizit mit kritischer Reflexion eigener Argumente gleichgesetzt.

„Wer Sozialität an die Kommunikation unter Anwesenden bindet, und damit auf den Begriff der Interaktion zurückführt, wird gar nicht anders können, als in der Mediatisierung (wie immer sie aussieht) den Verlust von Unmittelbarkeit, von Intimität, von Sozialität zu beklagen“ (Paetau 1999, S. 271).

Die vorliegende Arbeit argumentiert, dass die pauschale Verortung medienvermittelter Kommunikation und speziell computervermittelter Kommunikation als defizitär gegenüber der Face-to-Face-Kommunikation nicht aufrechterhalten werden kann. Ebenso zweifelhaft erscheint die Vermutung von zwei getrennten, abgekapselten Welten – auf der einen Seite eine virtuelle Welt und auf der anderen Seite die Realwelt, bei der direkte Kommunikation die „natürliche Normalform“ darstellt (Schultz 2001, S. 98).⁶⁰ Solange in Formen computervermittelter Kommunikation die „Nutzer selbst zu Aussagenden werden können und die Möglichkeit haben, jederzeit darauf zu antworten, diese Informationen zu kommentieren oder sogar neue Themen ins Leben zu rufen, über die dann elektronisch vermittelter

⁵⁹ Die Rückkopplungsmöglichkeiten der Massenmedien (beispielsweise Leserbriefe, Einschaltquoten, Talkshows) dienen in der Luhmann'schen Systemtheorie nicht dem Kontakt des Mediensystems mit der Umwelt, sondern der Selbstreproduktion des Systems der Massenkommunikation (Luhmann 1996, S. 11).

⁶⁰ Der Begriff der „Parallelwelt“ umschreibt diese Sichtweise (Neuberger 2011, S. 55).

Austausch stattfindet“, also das Kriterium der Wechselseitigkeit gegeben ist, kann von „Interaktivität ermöglichender Kommunikation“ gesprochen werden (Jäckel 1995, S. 473). Unterschiede zur Face-to-Face-Kommunikation bleiben davon unberührt bestehen. Diese können neben Risiken aber auch Potenziale bergen, wie die Theorien computervermittelter Kommunikation verdeutlichen werden. Kommunikation unter nicht physisch Anwesenden ist nicht neu und hat sich als Kommunikationsform fest im Alltagsleben etabliert. Die Alltäglichkeit des Telefons als interaktives, synchrones Medium und die Diffusion von Mobiltelefonen, Smartphones, Tablet-PCs, E-Mails, SMS etc. haben Kommunikation ohne physische Präsenz zur Routine werden lassen (Höflich 2003, S. 85).

Es können grundlegend asynchrone und synchrone Kommunikationsformen unterscheiden werden. So führt asynchrone interpersonale Kommunikation, wie sie textbasiert durch Briefe, E-Mails oder Kommentare erfolgt, zu argumentativ unter Umständen fundierteren Aussagen als die Face-to-Face-Kommunikation. Eine räumliche und zeitliche Entkopplung interpersonaler Kommunikation und das Auseinanderfallen von Information, Mitteilung und Verstehen müssen deswegen nicht pauschal als Hindernis für wechselseitige verständigungsorientierte Bezugnahme erscheinen (Beck 2010a, S. 22). So kann beispielsweise die Kommunikation in einer Fremdsprache durch asynchrone Kommunikation gefördert werden, da für die Kommunikationsteilnehmer die Möglichkeit besteht, sich intensiver mit dem Inhalt einer Nachricht zu beschäftigen, oder aber mehr Zeit auf die Formulierung seiner eigenen Botschaft verwendet werden kann.

Im Internet finden sich neben textbasierter Kommunikation visuelle Ausdrucksformen wie Videos, Tonaufnahmen und Bilder; populäre Plattformen unterstützen die Verbreitung dieser Formate (Volpers 2010, S. 35). Ein pauschales Restriktionsmodell computervermittelter Kommunikation aufgrund des Fehlens von visuellen und akustischen Sinneswahrnehmungen ist somit nicht haltbar. Schließlich ist auch Face-to-Face-Kommunikation von Ungleichgewichten der Sprecheranteile sowie dem Ausschluss bestimmter Ausdrucksformen geprägt. Ein Wechsel zwischen Sender und Empfänger unter Anwesenden ist in vielen Situationen faktisch ausgeschlossen. Man denke nur an einen Vortrag, bei dem die anschließende Diskussion entfällt oder aber die Zuhörer aus bestimmten Gründen ihre Stimme nicht vor einem Publikum in der Realwelt erheben wollen (Schultz 2001, S. 91).

6.3.2 Definitionen von Interaktivität

Opp zufolge zeichnet sich eine Definition als eine „Einführung einer Konvention über die Verwendung von sprachlichen Ausdrücken“ (Opp 2005, S. 108) durch die Minimal Kriterien der „Präzision“ und „Eindeutigkeit“ sowie das Kriterium der „Zweckmäßigkeit“ aus (Opp 2005, S. 135). Die drei Kriterien können in einen Konflikt geraten. Folgt man dieser Vorgabe und

beschäftigt sich näher mit dem Begriff der Interaktivität, stellt man fest, dass trotz eines inflationären Gebrauchs des Begriffs und zahlreicher Definitionsversuche es bislang an einer griffigen und allgemein akzeptierten Definition mangelt. „Interactivity is a widely used term with intuitive appeal, but it is an underdefined concept“ (Rafaeli 1988, S. 110)⁶¹, vermerkte vor über 25 Jahren ein grundlegender Artikel von Rafaeli. Bis heute hat sich an dieser Diagnose wenig geändert.

Ein Grund für die Schwammigkeit des Begriffs der Interaktivität ist, dass zwischen einer immanenten, für eine Wissenschaftsdisziplin bestimmten Begriffskonstruktion, transdisziplinären Begriffskonstruktionen, die die Grenzen einer Disziplin verlassen, und metaphorischen Perspektiven zu unterscheiden ist. Die anzutreffende metaphorische Dichotomisierung zwischen nichtinteraktiver Massenkommunikation einerseits und der Behauptung, Interaktivität sei eine implizite Eigenschaft aller Internetanwendungen im öffentlichen Diskurs, verschleiert sowohl Potenziale als auch den tatsächlichen Gebrauch vieler Anwendungen im Internet. Dazu kommt, dass der Begriff in verschiedenen Disziplinen Anwendung findet (Kolb und Schemer-Reinhard 2008). Für die vorliegende Ausarbeitung ist die sozial- und kommunikationswissenschaftliche Bedeutung des Begriffs von Interesse. Einen umfassenden Versuch zur Klärung des Begriffs, der medienvermittelte Mensch-zu-Mensch-Kommunikation sowie Mensch-zu-Maschine- und Maschine-zu-Maschine-Beziehungen umfasst, hat Kiousis vorgeschlagen.

„Interactivity can be defined as the degree to which a communication technology can create a mediated environment in which participants can communicate (one-to-one, one-to-many, and many-to-many), both synchronously and asynchronously, and participate in reciprocal message exchanges (third-order dependency). With regard to human users, it additionally refers to their ability to perceive the experience as a simulation of interpersonal communication and increase their awareness of telepresence“ (Kiousis 2002, S. 372).

Der Begriff der Interaktivität knüpft damit lose an die soziologischen Vorstellungen der Interaktion an. Er verweist auf die zentrale Dimension der gegenseitigen Bezugnahme, die im Fall medienvermittelter Kommunikation zunächst als Grundvoraussetzung eine Rückkanalfähigkeit bedingt. Unterschiedliche Kommunikationsmedien werden häufig entlang eines Kontinuums der Interaktivität angeordnet (Höflich 2003, S. 85). Sozial- und kommunikationswissenschaftliche Versuche zur Klärung des Begriffs Interaktivität unterscheiden zwischen „Medien als Partner“ („face to interface“) und „Medien als Mittel“ der Kommunikation („computer mediated communication“) (Goertz 1995, S. 479). „Medien als Partner“ personifizieren den PC als Interaktionspartner. Sie schreiben ihm Kommunikations-

⁶¹ Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangen van Dijk (2005, S. 8) und Höflich (1997, S. 95 ff.).

und Dialogfähigkeiten ähnlich denen menschlicher Interaktionspartner zu. In der Sozialwissenschaft wird der Begriff der Interaktivität für die Bezeichnung von Mensch-Maschine-Beziehungen eher abgelehnt (Sutter 2010, S. 94). Er ist reserviert für wechselseitig aufeinander bezogene menschliche Handlungserwartungen.⁶² Als Maßstab dient häufig – so beispielsweise in vielen Theorien computervermittelter Kommunikation – eine idealisierte Form der Face-to-Face-Kommunikation. Ein Medium ist aus der Warte umso interaktiver, je stärker es dem Ideal der Face-to-Face-Kommunikation nahekommt (Goertz 1995, S. 479).

Die Unterscheidung zwischen „Medien als Partner“ und „Medien als Mittel“ wirft unterschiedliche Forschungsfragen auf. Betrachtet man die für die Arbeit relevanten „Medien als Mittel“ der Kommunikation, steht die Frage im Zentrum, inwieweit computervermittelte Kommunikation die in deliberativen Demokratiekonzepten geforderte gegenseitige argumentative Bezugnahme ermöglicht und als „Mittler“ der Kommunikation zwischen Menschen über politische Sachfragen fungieren kann. Technische Medien als Vermittler erzeugen ambivalente Folgewirkungen, sodass weiterhin nach den Vor- und Nachteilen computervermittelter Kommunikation gefragt werden muss.

Interaktivität kann verschiedene Grade annehmen, die man auf einem Kontinuum von hoher vs. geringer Interaktivität abstufen kann (Rafaeli 1988, S. 110; Goertz 1995; Kiousis 2002; van Dijk 2005). Somit kann es mehr oder weniger interaktive Medien geben. Ebenso ist eine flexible Umgangsweise mit interaktiven Medien durch deren Nutzer zu vermuten. So kann die objektive im Sinne von technisch möglicher Interaktivität einer bestimmten Anwendung von der Bewertung der durch die Nutzer gefühlten subjektiven Interaktivität abweichen. Einige dieser Interaktivitätsskalen werden im Folgenden vorgestellt. Rafaeli unterscheidet zwischen drei Ebenen der Kommunikation (Rafaeli 1988, S. 118 f.):

1. Bidirektionale, nichtinteraktive Kommunikation.
2. Reaktive, oder quasi-interaktive Kommunikation, bei der die Reaktion einen Bezug zur vorangegangenen Sequenz aufweist.
3. Vollständig interaktive Kommunikation, bei der die kommunikative Reaktion eine Referenz zum Inhalt und Kontext der früheren Sequenz beinhaltet.

Zwei Formen interaktiver Kommunikation werden hier unterschieden: die einfache Bezugnahme auf vorangegangene Mitteilungen und die sogenannte vollständig interaktive

⁶² Huber macht darauf aufmerksam, dass in der Praxis dem Internet im Sinne eines „Mediums als Partner“ eine sogar noch größere Bedeutung zukommt, da Zugang und Recherche politisch relevanter Information als Primäranwendung des Internets in den E-Government-Programmen im Zentrum stehen. Die Kommunikation zwischen Menschen mittels vernetzter Computer zum Zweck der politischen Willensbildung spielt hingegen in der institutionalisierten Politik bislang eine eher geringe Rolle (Huber 2009, S. 30).

Kommunikation. Letztere liegt vor, wenn bei der Beantwortung einer Frage auch Bezugnahmen zu früheren Fragen und Antworten zur Sprache kommen. Die Frage muss demnach in einen Gesamtkontext eingebettet sein. Überträgt man den Vorschlag Rafaelis auf das Internet, würde das Aufrufen einer Webseite den niedrigsten Interaktivitätsgrad besetzen. Ein mittleres oder hohes Niveau würde erreicht, wenn die Beteiligten Bezug auf die vorangegangene Botschaft nehmen, wie es beispielsweise für viele Foren oder bei der Kommentierung von Blogeinträgen typisch ist. Aus deliberativer Perspektive wäre als Minimum die zweite Ebene der Kommunikation erforderlich. Die Unterscheidung von Rafaeli erfasst zunächst nur die objektiven, das heißt die technischen Eigenschaften digitaler Medien. Neben den objektiven Eigenschaften der Technologie müssen darüber hinaus intersubjektive Kontextbedingungen berücksichtigt werden, indem man den Gebrauch digitaler Medien durch seine Nutzer betrachtet. Auch bleibt in Rafaelis Skala unklar, welchen Grad an Interaktivität er einem Hybridmedium wie dem Internet zugesteht.

Die Differenzierungen von Goertz (1995) und van Dijk (2005) kommen diesen Forderungen stärker nach. Ausgangspunkt von Goertz ist, „daß das Gespräch tatsächlich als Ideal der interaktiven Kommunikation angesehen werden kann [...], denn hier ist das Einfühlungsvermögen in die Kommunikationspartner am größten“ (Goertz 1995, S. 485). Er bleibt also den soziologischen Wurzeln des Interaktionsbegriffs treu, was gleichzeitig die Gefahr einer Privilegierung der Face-to-Face-Kommunikation birgt. Ziel von Goertz ist es herauszufinden, welches Medium dieser Idealsituation der sozialen Präsenz am nächsten kommt. Ziel von Görtz ist es die Interaktivität von Medien anhand von fünf Dimensionen zu messen (Goertz 1995, S. 486 ff.):

- Dem Grad der Selektionsmöglichkeiten, das heißt der Frage, welche Möglichkeiten zur Auswahl beziehungsweise Freiheitsgrade das Medium bietet.
- Dem Grad der Modifikationsmöglichkeiten, mit dem Spektrum keine Modifikation, abgesehen von Speichern und Löschen, bis hin zu Modifikation durch beliebig häufiges Löschen, Ändern und Hinzufügen.
- Der quantitativen Größe des Selektions- und Modifikationsangebots, die das Spektrum keine Selektion bis hin zu theoretisch unendlich vielen Wahlmöglichkeiten umfasst.
- Dem Grad der Linearität/Nichtlinearität, das heißt, ob der Beteiligte Einfluss auf den zeitlichen Ablauf der Kommunikation hat, die von einer Vorgabe des zeitlichen Ablaufs des Dargebotenen bis hin zur eigenen Bestimmung von Zeitpunkt und Abfolge sowie der eigenen Verknüpfung reicht.
- Der Zahl der verwendeten Sinneskanäle zur Messung der Reichhaltigkeit des medialen Angebots.

Positiv an den fünf Dimensionen ist die Berücksichtigung der verschiedenen kommunikativen Kontexte und Wahrnehmungsweisen der Nutzer zu werten. Auch sorgen Medienanwendungen mit hohem Interaktivitätsgrad nicht automatisch für ein hohes Engagement der Nutzer. Goertz schließt nicht technikdeterministisch vom Potenzial auf den Gebrauch der Technik durch seine Nutzer (Goertz 1995, S. 488). Durch die Abstufung von qualitativen und quantitativen Selektions- und Modifikationsgraden können vergleichsweise präzise Abstufungen des Interaktivitätsgrades verschiedener Medienformate vorgenommen werden. Vernachlässigt wird, wie Goertz selber kritisch anmerkt, inwieweit die Nutzer das interaktive Potenzial einer Medienverwendung tatsächlich ausschöpfen und zur wechselseitigen Bezugnahme nutzen (Goertz 1995, S. 485). Auch ist unklar, wie ein Hybridmedium wie das Internet, das sowohl Massen- als auch Individualkommunikation erlaubt, einzuordnen ist, was allerdings auch an der Entstehungszeit der Arbeit von Goertz und Rafaeli liegt. Van Dijk schlägt eine ähnliche Begriffsfassung von Interaktivität vor. Er unterscheidet allerdings unter Bezugnahme auf das Internet vier Interaktivitätsebenen (van Dijk 2005).

1. Bidirektionale Kommunikation, die er als grundlegende erste Stufe von Interaktivität konstituierend für alle digitalen Medien ansieht und als räumliche Dimension bezeichnet.
2. Die zweite Stufe von Interaktivität ist erreicht, wenn synchrone Kommunikation vorliegt, da „an uninterrupted sequence of action and reaction usually improves the quality of interaction“ (van Dijk 2005, S. 8). Diese zweite Stufe bezeichnet van Dijk als zeitliche Dimension.
3. Liegt bidirektionale und synchrone Kommunikation vor, steigt der Grad an Aktivität und Kontrolle der Kommunizierenden. Die Verhaltensdimension ermöglicht den freien Rollentausch zwischen Sender und Empfänger sowie die gleichberechtigte Festlegung des Inhalts der Kommunikation durch die Kommunikationspartner.
4. Die qualitativ höchste Ebene ist die kontextbezogene und mentale Dimension. Sie setzt ein wechselseitiges Verständnis über den jeweiligen Kommunikationskontext voraus und ist realweltlicher Face-to-Face-Interaktion vorbehalten.

Deliberative Demokratiekonzepte, die auf die Bezugnahme der Argumente der Diskussionsteilnehmer untereinander verweisen, würden sich in der dritten und vierten Ebene wiederfinden. Dabei verweist van Dijk in seiner kumulativen Interaktivitätsskala bemerkenswerterweise auf die Vorteile der synchronen Kommunikation, da Interaktivität durch zu viel Zeit zwischen Aktion, Reaktion und der Reaktion auf die Reaktion beschädigt werde. Diese Annahme von van Dijk ist aus deliberativer Warte indes diskussionswürdig. Ein zeitlicher Abstand zwischen Aktion und Reaktion ist einer reflektierten Reaktion eher

förderlich. Die Interaktivität neuer Medien beurteilen van Dijk und Hacker skeptisch:

„All current so-called interactive media get stuck somewhere at the second or third level of interactivity“ (van Dijk und Hacker 2000, S. 47).

Um die höchste Interaktivitätsebene zu erreichen, müssen ihrer Auffassung folgend computervermittelte Kommunikation mit realweltlicher Face-to-Face-Interaktion verbunden werden. Auf diese Mehrdimensionalität des Interaktivitätsbegriffs und seiner innewohnenden Ambivalenz macht Heeter aufmerksam (Heeter 1989, 2000). Sie macht Interaktivität davon abhängig, inwiefern das Medium den Nutzer versteht. Heeter klassifiziert Medien – anders als Goertz und van Dijk – als Eigenschaft eines Mediums. Zum Teil versucht sie aber auch das Verhalten der Nutzer in ihrem sechsstufigen Klassifikationsschema abzubilden.

1. „Complexity of choice available“: Diese ist abhängig von der Selektivität; je größer die Auswahl, umso größer die Interaktivität. Interaktivität wird in dem Fall nicht als Erweiterung der Kommunikationsmöglichkeiten verstanden, sondern als Erweiterung der Auswahloptionen, beispielsweise von TV-Programmen. Eine große Auswahl kann allerdings eine Verkleinerung des Publikums in Nischenöffentlichkeiten zur Folge haben.

„No longer is there a mass, undifferentiated audience, receiving the same information at the same relative time, but instead audiences are characteristically specialized, often small and undifferentiated, with more in common with other consumers of the same content“ (Heeter 1989, S. 27).

2. „Effort users must exert“: Interaktivität wird in der zweiten Dimension als die Aktivität verstanden, die ein Nutzer aufwenden muss, um ein Medium zu verwenden. Die einfachste Form der Entscheidung ist ein Medium zu nutzen oder nicht zu nutzen. Dem stehen Medienangebote gegenüber, die ohne aktiven Aufwand nicht zugänglich sind. Hier kann an die Unterscheidung zwischen Push- und Pull-Medium angeknüpft werden (Dittmar 2009, S. 39 ff.). Während Radio und Fernsehen Push-Medien sind, bei denen der Informationsfluss unidirektional vom Sender gesteuert wird, das heißt zu einem festgelegten Zeitpunkt Themen bereitgestellt werden und damit die Rezipienten von der Notwendigkeit zur eigenen Aktivität und Entscheidung entlastet werden (Jarren 2008, S. 333), ist das Internet ein Pull-Medium. Der Nutzer muss bewusste Entscheidungen treffen, welche Internetseite er beispielsweise aufruft.

3. Mit der zweiten Dimension verweist Heeter darauf, dass die Interaktivität eines Mediums ebenso abhängig ist von dem individuellen Gebrauch durch seine Nutzer und nicht nur eine objektive, technisch fest stehende Eigenschaft eines Mediums ist. Die erste Dimension ist mit der zweiten verknüpft. Zunehmende Selektionsmöglichkeiten erfordern steigende Aktivität.

4. „Responsiveness to the user“: Rückantworten auf Nutzeraktivitäten können sowohl von einer konkreten Person als auch vom System (Mensch-Maschine-Interaktion) kommen. Für Heeter können somit Maschinen interaktiv sein.
5. „Monitoring information use“: Neue Medientechnologien ermöglichen durch Feedbackprozesse eine beständige Aufzeichnung von Nutzeraktivitäten. In der vierten Dimension geht es Heeter primär um die Folgen von Interaktivität, wie sie in der Datenschutzproblematik deutlich werden. Fraglich ist aber, ob in dem Fall von Interaktivität gesprochen werden kann (Höflich 2003, S. 88 f.).
6. „Ease of adding information“: Die fünfte Stufe bietet dem Nutzer die Möglichkeit, Informationen hinzuzufügen. Der User ist auf dieser Stufe dann nicht nur Rezipient, sondern kann als Kommunikator Informationen an Einzelne oder ein disperses Publikum versenden.
7. „Facilitation of interpersonal communication“: Während die anderen Klassifikationen Verbindungen zu Massenkommunikation aufweisen, verweist die sechste Klassifikation auf technisch vermittelte interpersonale Kommunikation zwischen zwei und mehreren Nutzern, sowohl synchron als auch asynchron. Je mehr Teilnehmer kommunizieren, desto geringer ist tendenziell jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass die Botschaften rezipiert werden und sich aufeinander beziehen. Heeter verweist bei dieser Dimension auf die Ambivalenz, die mit einer Ausweitung von Interaktivität verbunden ist.

Interaktivität wird bei Heeter als technische Eigenschaft eines Mediums aufgefasst. Sie berücksichtigt aber auch das Verhalten der Nutzer beim Gebrauch eines Mediums. Diese zweifache Betrachtungsweise erscheint sinnvoll. Das Potenzial des Social Web führt zu Eingriffs-, Gestaltungs- und Feedbackmöglichkeiten für die User. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie auch genutzt werden. Bei Interaktivität muss, um technikdeterministische Fehlschlüsse zu vermeiden, differenziert werden zwischen dem technischen Potenzial eines Mediums und seinem tatsächlichen Gebrauch.

Technologie kann das Potenzial für die Interaktivität bestimmter Medienformate bestimmen, Grenzen setzen und verschieben. Höflich spricht in dem Zusammenhang davon, dass sich Nutzungsweisen am „Computerrahmen“ ausrichten, die Regeln und Routinen festlegen, in welcher Form und wann ein Medium und seine Dienste verwendet werden (Höflich 2003). Will man ein gewisses Maß an Funktionalität der zugrunde liegenden Technologie erhalten, sind der Ausgestaltung der Nutzung von bestimmten Anwendungen somit Grenzen gesetzt. Sie determinieren die Nutzung aber nicht (Höflich 2003, S. 97). Techniken in ihrer Anfangsphase besitzen einen besonders hohen Gestaltungsspielraum, wie sich an der Entwicklung des Internets zeigte. Ebenso ist dem Social Web und seinen Anwendungen ein

hohes Maß an durch die Nutzer gesteuerter Flexibilität inhärent. Dies begünstigt wiederum unterschiedliche Gebrauchsweisen und die unterschiedliche Ausschöpfung ihrer Interaktivitätspotenziale.

6.3.3 Zwischenfazit: Interaktivität in der computervermittelten Kommunikation

Die bisher dargestellten Ansätze haben gezeigt, dass zur Annäherung an den Begriff der Interaktivität ein mehrdimensionaler Zugang notwendig ist. Es müssen verschiedene Interaktivitätsgrade abgestuft werden. Das Hybridmedium Internet verfügt über unterschiedliche Anwendungen, die kombiniert werden und unterschiedliche Interaktionsgrade aufweisen können. Dabei müssen sowohl die Dimension der technischen Möglichkeiten als auch der tatsächliche Gebrauch durch die Nutzer berücksichtigt werden. Interaktivität ist somit weder technologieinhärente Eigenschaft noch ist sie dem Dispositionsspielraum der Nutzer frei überlassen. Sie entsteht erst im Zusammenspiel der beiden Komponenten. Computervermittelte Kommunikation ist potenziell umso interaktiver, je stärker die beiden Komponenten ausgeprägt sind.

„Interactivity is not a characteristic of the medium. It is a process-related construct about communication. It is the extent to which messages in a sequence relate to each other, and especially the extent to which later messages recount the relatedness of earlier messages“ (Rafaeli und Sudweeks 1997).

Dies steht im Einklang mit der Vielgestaltigkeit deliberativer Prozesse. Aus ihr resultieren Einteilungen in verschiedene Diskurstypen, die einen unterschiedlich hohen Grad an Interaktivität und Partizipationsgleichheit aufweisen (Bächtiger et al. 2010, S. 196). Ebenso wie deliberative Prozesse eine unterschiedlich hohe Deliberationsqualität zeigen, können auch Social-Web-Anwendungen einen unterschiedlich hohen Interaktionsgrad aufweisen. Ein möglichst hoher Grad an Partizipation und Interaktivität befinden sich unter Umständen in einem Spannungsverhältnis. Die Chance der reflektierten Bezugnahme aufeinander ist tendenziell umso geringer, je mehr Teilnehmer kommunizieren (Neuberger 2007, S. 43). Abhilfe können hier beispielsweise technische Hilfen oder Moderatoren schaffen, die sachliche und soziale Bezüge verdeutlichen, Beiträge filtern oder zusammenfassen und Beiträge, die bestimmten argumentativen Mindeststandards nicht entsprechen, in letzter Konsequenz löschen. Diese „ethischen Normen“ computervermittelter Kommunikation haben keine Sanktionsmöglichkeiten durch gesetzliche Strafen oder Zwang. Sozialer Druck oder auch Überzeugung sowie die Angst des Verlusts der eigenen Reputation beispielsweise in einem sozialen Netzwerk zeigen sich häufig als vergleichsweise wirkungsmächtig (Beck 2010b, S. 151).

Folgt man den vorgestellten Interaktivitätskontinua, findet sich das von deliberativen Demokratiekonzepten geforderte Kriterium der argumentativen wechselseitigen Bezugnahme bei Rafaeli in der quasi-interaktiven Interaktion auf der zweiten Ebene und bei van Dijk auf der dritten und vierten Ebene, der Verhaltens- und mentalen Ebene. Bezogen auf die von Ball-Rokeach und Höflich entwickelten Formen computervermittelter Kommunikation, die idealtypisch im Internet zu finden sind, spielen für deliberative Demokratiekonzepte vor allem Computerrahmen eine Rolle. Hier fungiert der Computer nicht nur als Informationsmedium, sondern als Werkzeug, das quasi-öffentliche, wechselseitig aufeinander bezogene Kommunikation ermöglicht (Höflich 1998a, S. 54).

Die Betrachtung von Interaktivitätsskalen sollte darüber hinaus zur Vorsicht bei der Abschätzung des Potenzials des Internets für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte anhalten. In vielen Teilen des Internets dominiert, was den tatsächlichen Gebrauch vieler Anwendungen angeht, eher eine einseitige Massenkommunikation. Interaktivität erschöpft sich dabei dem Schema von Heeter folgend auf Aktivität („effort users must exert“) und Selektivität („complexity of choice available“). Die weitgehenden interaktiven Möglichkeiten vieler Social-Web-Anwendungen werden bislang nur von vergleichsweise wenigen Anwendern genutzt (van Eimeren und Frees 2013). Die Dimension des technisch Möglichen auf der eine Seite und seine tatsächliche Nutzung fallen auseinander.

„Von einer Revolution der Informationsvermittlung durch den Einfluss der ‚Wisdom of Friends‘ und durch ‚soziale Mundpropaganda‘ kann demnach weder 2010 noch 2011 die Rede sein“ (Busemann et al. 2012, S. 258).

Zusammenfassend können für das aus deliberativer Warte erforderliche Mindestmaß an Interaktivität folgende Merkmale für die Analyse computervermittelter Kommunikation herangezogen werden. Erstens muss die Möglichkeit eines flexiblen Rollentausches zwischen Sender und Empfänger gegeben sein. Voraussetzung dafür ist die Existenz eines Rückkanals, der einen Wechsel zwischen der Rolle des Kommunikators und der des Rezipienten ermöglicht. Zweitens muss der Inhalt der Kommunikation durch die Kommunikationsteilnehmer gleichberechtigt festgelegt werden. Eine zeitliche und räumliche Entkopplung schließt Interaktivität nicht aus und kann einer reflektierten Stellungnahme förderlich sein. Drittens ist es aus deliberativer Perspektive erforderlich, auf vorangegangene Nachrichten argumentativ Bezug zu nehmen. Dafür haben sich im Internet Techniken wie das Zitieren („Quoten“) und Trackbackfunktionen sowie allgemein Archiv- und Suchfunktionen etabliert. Schließlich müssen argumentative Mindeststandards eingehalten werden, deren Einhaltung durch die Etablierung geteilter Routinen, Konventionen und Erwartungen sowie durch Moderatoren und Sanktionsmechanismen gewährleistet werden

kann (Neuberger 2007, S. 46 f.).

6.4 Partizipation

Politische Partizipation bildet den Dreh- und Angelpunkt moderner Demokratietheorien (Niedermayer 2000; Deth 2009). Kaase (1992, S. 682) versteht unter politischer Partizipation „alle Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.“ Diese breite Definition fasst Partizipation multidimensional auf. Zur politischen Partizipation gehören neben Wahlen verschiedenste andere Aktivitäten, die Bürger unternehmen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Demokratie, als Regieren durch den Demos, ist ohne ein Mindestmaß an politischer Partizipation nicht vorstellbar. So ist im Polyarchiekonzept Dahls die „aufgeklärte politische Beteiligung großer Teile der Bevölkerung“, neben „Menschenrechten“ sowie dem politischen Wettbewerb zwischen verschiedenen politischen Richtungen, ein zentrales Merkmal für funktionierende Demokratien beziehungsweise in der Terminologie von Dahls Polyarchien (Dahl 2006, S. 23 f.).

Zentrale demokratietheoretische Begriffe wie die der Responsivität, Legitimität, Gleichheit und Selbstbestimmung bedürfen als Fundament politischer Partizipation, wobei sich „die Qualität einer konkreten Demokratie unter anderem an dem Ausmaß der Beteiligung ihrer Bürger an den politischen Prozessen festmachen lässt“ (Fuchs 2000, S. 250). Interaktivität und Partizipation sind zentrale Merkmale deliberativer Demokratiekonzepte und bedingen sich gegenseitig. Ohne ein Mindestmaß an Partizipation bleibt die Interaktivität des Internets ein bloßes technisches Potenzial. Ohne Interaktivitätsmöglichkeiten würden selbst bei umfassender Partizipationsbereitschaft die Nutzer nur Informationen im Internet abrufen können. Die Möglichkeit, sich fundiert über bestimmte Zusammenhänge zu informieren, bildet freilich die Basis von weitgehenden partizipativen Aktivitäten.

Trotz zahlloser Möglichkeiten der Beteiligung und eines wachsenden freien Zeitbudgets vieler Bürger nimmt die Partizipation im Rahmen konventioneller, verfasster politischer Beteiligung ab (Brodcz et al. 2009b, S. 16; Glaab 2010; Kersting 2013, S. 55 ff.). Auf der anderen Seite deutet die wachsende Relevanz postmaterialistischer Werte darauf hin, dass anspruchsvollere Partizipationsformen, die über die bloße Mitwirkung der Auswahl politischen Personals durch Wahlen hinausgehen, an Bedeutung gewinnen (Deth 2009, S. 155 ff.). Computertechnische Nutzungsfertigkeiten werden flankierend zu diesen Entwicklungen in immer breiteren Bevölkerungskreisen zur Norm. Auch setzt sich das Internet im zunehmenden Maße bei Älteren und weniger gut Gebildeten als etabliertes Kommunikationsmedium durch (van Eimeren und Frees 2013, S. 358 f.). Der zunehmenden Politikabstinz und dem gleichzeitigen Verlangen nach mehr Teilhabe und anspruchsvollen

Partizipationsangeboten mit entsprechenden Angeboten im Internet zu begegnen, kann deswegen eine Lösung zur Milderung des Problems sein.

In Abhängigkeit vom Demokratieverständnis werden die Funktion politischer Partizipation und der Umfang der wünschenswerten politischen Beteiligung unterschiedlich bewertet (Voss 2013, S. 14 ff.). Vertreter inputorientierter republikanischer Ansätze verweisen auf die mit politischer Partizipation verbundenen Entwicklungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten. Durch Teilhabe werden Bürger qualifiziert, indem sie sich problemspezifisches Wissen aneignen und ihren eigenen intellektuellen Horizont erweitern, um so differenzierter über politische Zusammenhänge nachzudenken und besser begründete politische Entscheidungen treffen zu können. Idealerweise führt dieser Kompetenzzuwachs zu verantwortungsvolleren und gemeinwohlorientierten Bürgern, die demokratische Werte internalisiert haben, und damit zu einem insgesamt besseren Funktionieren demokratischer Staatswesen (Geißel 2008, S. 38 f.).

Für einen instrumentell geprägten Partizipationsbegriff spielt der Aspekt der Qualifizierung und Selbstverwirklichung eine nachgeordnete Rolle. Aus instrumenteller Sicht sollen mithilfe politischer Partizipation bei möglichst geringen Kosten und gleichzeitig hohem Nutzen der Partizipierenden eigene Ziele verfolgt werden. Übersteigen die Kosten der Partizipation ihren Nutzen, macht es keinen Sinn sich politisch zu beteiligen (Fuchs 2000, S. 263 f.). Wenn Partizipation nur dann erfolgt, solange die Grenzkosten den Grenzertrag nicht übersteigen, kann aus der Warte das Internet die Kosten politischer Partizipation senken und es damit für Akteure rationaler erscheinen lassen sich zu beteiligen. Neben kostenarmen Beteiligungsformaten wie Wahlen, die durch Onlinewahlen langfristig an Attraktivität hinzugewinnen könnten, könnten realweltlich kostenintensivere Partizipationsformate online aufgrund niedrigerer Zugangshürden an Attraktivität gewinnen.

Grundlegend lassen sich zwei Funktionen von Partizipation unterscheiden. Auf der Outputseite des politischen Prozesses soll die Effizienz gesteigert werden und so zu einer besseren Politik führen. Des Weiteren soll auf der Inputseite die Legitimation politischer Entscheidungen erhöht werden (Voss 2013, S. 14). In der öffentlichen Diskussion und im Großteil des fachwissenschaftlichen Diskurses dominiert eine positivere Sichtweise von Partizipation. Partizipation wird als „Problemlösungsformel“ verstanden (Bora 2005, S. 15). Seit der „partizipativen Revolution“ soll mehr politische Teilhabe Legitimationsdefizite verringern und die Qualität von Entscheidungen durch Einbindung von Bürgern in den Phasen des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses erhöhen (Kaase 1992; Barnes und Kaase 1979).

Ein Mehr an politischer Teilhabe muss indes nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung der Qualität und Legitimität von Entscheidungen führen. Politische Partizipation verstanden als

„Problemerzeugungsformel“ argumentiert, dass ein Übermaß an Beteiligung, Legitimität und Effektivität repräsentative Demokratien gefährde (Bora 2005, S. 15). Politische Systeme werden, so die Vermutung, durch ein Zuviel an Partizipation überfordert (Voss 2013, S. 15). Es drohe sogar eine „tyranny of participation“ (Cooke und Kothari 2007).⁶³ Entsprechend unterschiedlich werden auch die Möglichkeiten einer Erweiterung politischer Partizipation durch das Internet beurteilt. So kann beispielsweise bei Onlinepetitionen ein Zuviel an Partizipation entstehen, was wiederum der Qualität und Effektivität abträglich ist.

Politische Partizipation kann verschiedene Formen und Intensitätsgrade annehmen. Wollen einige nur ihre Informationsbedürfnisse befriedigen, möchten andere Bürger spezifische Wissensbestände aufbauen, diskutieren und sich aktiv am politischen Geschehen beteiligen. In der sozialwissenschaftlichen Partizipationsforschung werden entsprechend verschiedene Systematisierungsvorschläge gemacht, um Formen und Repertoire einerseits und Umfang und Verbreitung der Beteiligung andererseits zu unterscheiden (Deth 2009, S. 143; Kersting 2013, S. 60 ff.). Die häufig zitierte Partizipationspyramide ordnet Partizipationsformen entlang dreier Kategorien an (Milbrath und Goel 1977). An der Basis der Pyramide stehen sogenannte „spectator activities“, worunter neben Wahlen auch das Sich-Informieren und die politische Diskussion fallen. Die Mitte wird durch „transitional activities“, wie das Kontaktieren von Politikern und die Beteiligung am Wahlkampf, bestimmt. Die Pyramidenspitze bilden die aufwendigen und seltenen „gladiator activities“. Dazu gehört beispielsweise die aktive Mitwirkung in politischen Parteien und Entscheidungsgremien (Milbrath und Goel 1977, S. 18).

Eine vom Grundsatz her ähnliche Differenzierung schlägt Kersting vor. Er unterscheidet zwischen repräsentativer, direkter, deliberativer und demonstrativer politischer Partizipation. Die Beteiligung an Wahlen, die Vorrang gegenüber den anderen Verfahren hat, zählt er zu den repräsentativen Verfahren, die wiederum je nach konkreter Ausgestaltung unterschiedlich ablaufen können. Zur „numerischen Demokratie“ zählt er zweitens direktdemokratische Verfahren, bei denen über bestimmte Sachverhalte abgestimmt wird und Repräsentanten nur eine untergeordnete Rolle spielen. Auch sind direktdemokratische Verfahren nicht zwingend bindend. Als dritten Bereich nennt Kersting deliberative Verfahren. Hierunter werden verschiedene Formate wie Planungszellen und dialogorientierte Beteiligungsinstrumente subsumiert, die teils institutionalisiert sind, häufig aber informelle Natur besitzen. Nicht verfasste, unkonventionelle Partizipationsformate wie Demonstrationen, aber auch gewaltsame Protestformen fasst er unter dem Begriff

⁶³ Vor den dysfunktionalen Folgen eines Zuviels an Partizipation warnen auch Luhmann (2009) und Huntington (1975). Huntington konstatiert: „Some of the problems of governance in the United States today stem from an excess of democracy [...]. The effective operation of a democratic political system usually requires some measure of apathy and noninvolvement on the part of some individuals and groups“ (Huntington 1975, S. 169).

demonstrative politische Beteiligung zusammen. Hier geht es weniger um eine Entscheidungsfindung als um Identitätsfindung und die Betonung von Gruppenzugehörigkeit (Kersting 2013, S. 60 ff.).

Deliberative Demokratiekonzepte, die auf eine aktive Beteiligung der Bürgerschaft bauen, verweisen auf die Bedeutung aller genannten Kategorien. Idealerweise beschränkt sich politische Teilhabe nicht auf das bloße Informieren über politische Entscheidungsprozesse und die Beteiligung an Wahlen, sondern umfasst ebenso die aktive Mitwirkung von Bürgern an der politischen Entscheidungsfindung. Eine besondere Bedeutung messen deliberative Demokratiekonzepte Verfahren bei, bei denen versucht wird eine repräsentative Gruppe von Bürgern in der Realwelt oder virtuell zusammenzubringen, die wiederum auf informierter Grundlage politische Probleme diskutieren.

Die frühe Partizipationsforschung bezog sich primär auf den Bereich der konventionellen, verfassten politischen Beteiligung. Dass Demokratie aber nicht nur eine Staatsform darstellt, in der die Bürger mittels konventioneller Instrumente wie Wahlen, Abstimmungen und repräsentativer Organe Herrschaft oder Herrschaftskontrolle ausüben, bemerkte – bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland der 1960er Jahre – bereits Habermas. Legitimität des Regierens könne auf diese Art und Weise zwar funktional gesichert werden. Die Eigenschaft von Demokratie bestünde aber auch darin, „dass sie die weitreichenden gesellschaftlichen Wandlungen vollstreckt, die die Freiheit der Menschen steigern und am Ende ganz herstellen können“ (Habermas et al. 1961, S. 11). Mit den Arbeiten von Barnes und Kaase setzte sich ein mehrdimensionaler Partizipationsbegriff durch (Barnes und Kaase 1979). Er unterscheidet zwischen verfassten vs. nicht verfasst und konventionellen vs. unkonventionellen Partizipationsformaten.

Verfasst ist eine Beteiligungsmöglichkeit, wenn sie institutionell verankert ist, etwa im Grundgesetz, im Wahl- oder Kommunalrecht. Bürgerbegehren fallen unter die verfassten Beteiligungsformen, während Bürgerinitiativen sowie das Engagement bei Protestaktionen nicht verfasst sind.⁶⁴ Damit verbunden ist die Differenzierung zwischen einmaligen, punktuellen Beteiligungsverfahren und zumeist verfassten kontinuierlichen Beteiligungsverfahren (Kersting 2008b, S. 24 f.). Weniger trennscharf ist die Unterscheidung zwischen konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen. „Legale, auf öffentliche Wahlen bezogene, verfasste oder nicht verfasste Handlungen mit unstrittig positivem Legitimitätsstatus“ versteht Kaase als konventionelle Formen politischer Partizipation. „Unverfasste Handlungen unabhängig von ihrem Legalitäts- und Legitimitätsstatus“ subsumiert er als Formen unkonventioneller Beteiligung (Kaase 1992, S.

⁶⁴ Indirekt sind viele dieser Protestformen durch die Verfassung abgesichert, beispielsweise durch die Grundrechte der Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit.

340). Konventionelle Beteiligungsformen sind institutionalisiert, legal und legitim. Unkonventionelle Aktivitäten sind weniger institutionalisiert und nur größtenteils legal. Ihre Legitimität ist häufig umstritten.

6.4.1 Deliberative Demokratiekonzepte und Partizipation

In dieser Abhandlung diskutierte deliberative Demokratiekonzepte verstehen ein Mehr an Partizipation als Problemlösungsformel. Ein Mangel an Beteiligungsmöglichkeiten wird als Ursprung politischer Apathie identifiziert. Die normative Forderung der Vollinklusion und breiter Partizipation bildet den Dreh- und Angelpunkt deliberativer Demokratiekonzepte (Habermas 1992b, S. 367-372; Thompson 2008). Grundbedingung für das Entstehen eines Diskurses ist eine möglichst uneingeschränkte Partizipationsmöglichkeit. Nicht nur das „Was“ – die Themenauswahl – soll offen sein und nicht a priori festgelegt werden, sondern auch das „Wer“ soll für alle offen sein. Ziel ist es, allen möglicherweise Betroffenen Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen.

„Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit“ (Habermas 1962, S. 100).

Partizipation in einer durch Massenmedien geprägten Öffentlichkeit muss als Grundvoraussetzung die Abbildung der Präferenzen möglichst breiter Bevölkerungsschichten gewährleisten. Akteure der Peripherie dürfen dabei nicht nur passive Rezipienten sein, sondern müssen als aktive Teilnehmer medialer Diskurse auftreten können. Dabei ist weniger entscheidend, ob alle Individuen oder Gruppen die gleiche Redezeit erhalten oder sich zu Wort melden. Vielmehr muss die Chance bestehen, dass sich das gesamte Meinungsspektrum in der Öffentlichkeit wiederfindet. Bestimmten Positionen und Akteuren kann mit guten Gründen mehr Zeit eingeräumt werden, um ihre Anliegen zu artikulieren, als anderen Akteuren (Burkhalter et al. 2002, S. 405 ff.; Hüller 2005b, S. 13 f.). Daneben existieren weitere qualitative Merkmale. Dazu gehören die Effizienz des Verfahrens wie auch die Transparenz und Rationalität des Diskurses sowie die Responsivität der politischen Entscheidungsträger (Kersting 2013, S. 54).

Deliberative Demokratiekonzepte beerben den republikanischen Anspruch auf ein höheres Maß an Legitimität durch eine umfassende Partizipationsmöglichkeit der Bürger, die eine direkte Teilhabe aller potenziell Betroffenen ermöglichen soll (Thaa 2006, S. 3 f.). Auf der anderen Seite erheben deliberative Demokratiekonzepte den Anspruch, die epistemologische Qualität von Entscheidungen zu verbessern. Dieser Doppelcharakter

deliberativer Demokratiekonzepte trägt zu ihrer Attraktivität und ihrem Status als „working theory“ bei. Dieser hohe Anspruch führt gleichzeitig unter Umständen zu Zielkonflikten, wenn es gilt beide Forderungen miteinander in Einklang zu bringen (Chambers 2003, S. 307; (Hüller 2005a, S. 145 ff.).

Die Verbindung der Forderung der Beteiligung möglichst aller Betroffenen und der Verbesserung der Qualität von Entscheidungen kann Konflikte aufwerfen, die sich im Internet aufgrund der niedrigen Kosten für die Beteiligung verstärken können (Geißel 2008, S. 41). So kann zwar beispielsweise in einem Diskussionsforum eine vergleichsweise umfassende Beteiligung aller von einer Entscheidung Betroffenen potenziell gewährleistet werden. Gleichzeitig wirft eine umfassende Beteiligung einer Vielzahl von Bürgern unter Umständen neue Probleme auf, was die epistemologische Qualität von Entscheidungen betrifft. Ferner erweist sich auch das Gebot der Gleichheit für deliberative Demokratiekonzepte als problematisch. Kann politische Gleichheit in Abstimmungen noch einfach nach dem Gebot „One Man, One Vote“ realisiert werden, ist dies bei einem Verfahren, bei dem der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ (Habermas) entscheidend ist, schwieriger zu verwirklichen. Folgende Zielkonflikte sind denkbar (Hüller 2005a, S. 145 ff.):

1. Die Qualität deliberativer Verfahren zu erhöhen kann auf Kosten der Partizipation geschehen. So kann die Qualität der Diskussion in einem deliberativen Verfahren erhöht werden, wenn weniger informierte Bürger ausgeschlossen werden. In dieser Variante tendieren deliberative Verfahren dazu zu einer egalitären Veranstaltung zu mutieren, die bestimmte Formen der Kommunikation und Argumentation privilegiert. So können zum Beispiel Blogs oder Foren durch eine restriktive Filterung die Qualität der Kommentare steigern.
2. Auf der anderen Seite kann eine Ausweitung der Teilhabe – durch eine Erhöhung der Bandbreite der Themen und/oder der Zahl der Teilnehmer – die Qualität deliberativer Verfahren beeinträchtigen. Referenden oder Volksinitiativen ermöglichen beispielsweise einen großen Einfluss auf Policy-Entscheidungen auszuüben. Auch kann der Wahlakt für sich in Anspruch nehmen, breite Teile der Bevölkerung potenziell zu inkludieren. Die Beschränkung auf eine Ja-Nein-Alternative kann aber dem begründeten Austausch von Argumenten abträglich sein. Aufgrund der interaktiven Möglichkeiten besteht im Internet jedoch die Chance, Ja- oder Nein-Entscheidungen in einen breiteren Diskussionskontext einzubinden.
3. Soziale Komplexität und die Größe des Demos bilden Grenzen, innerhalb derer realweltliche Deliberationsverfahren den Anspruch erheben können, deliberativ und partizipativ zugleich zu sein. Voraussetzung qualitativ hochwertiger deliberativer Verfahren sind Teilnehmer, die über das Mindestmaß an kognitiven Kompetenzen,

grundlegendem Vorwissen und bestimmten Ressourcen wie Zeit verfügen. Steigt die Zahl der Teilnehmer, umfasst sie repräsentativ alle gesellschaftlichen Gruppen und verlässt den lokalen Kontext, kann jedoch die Qualität der Entscheidungen aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit von verschiedenen Ressourcen (Wissen über das aktuelle Problem, Zeit etc.) bei den Teilnehmern sinken. E-Partizipationsformate können dieses Problem abmildern, da im Internet ein umfassender Zugriff auf verschiedenste Informationsbestände einfacher möglich ist und der Zeitaufwand zur Teilnahme im Vergleich zu realweltlichen Formaten geringer ist.

6.4.2 Elektronische Partizipation

Mit dem Aufkommen des Internets hat sich die Diskussion über die Strukturen und Formen politischer Partizipation verändert. Auch wenn heute im fachwissenschaftlichen Diskurs weiterhin auf die enge Verbindung von realweltlichen Protestformen und elektronischer Partizipation (E-Partizipation) verwiesen wird und Face-to-Face-Kontakte weiterhin zentral für viele Protestformen sind (Rucht 2014, S. 115), haben sich die Möglichkeiten durch die Nutzung des Internets für unterschiedlichste Partizipationsformen multipliziert (Voss, 2013).

E-Partizipation wird in dieser Arbeit verstanden als die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, um die politische Beteiligung der Bürger zu erweitern und zu vertiefen (Macintosh 2006). Davon abzugrenzen sind Protestbewegungen, die sich verschiedener internetgestützter Werkzeuge bedienen, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Vegh definiert diese Form des Onlineaktivismus als „a politically motivated movement relying on the Internet“ (Vegh 2003, S. 71). Für Vegh lassen sich die Ziele von Onlineaktivismus drei verschiedenen Typen zuordnen, die zunehmend eskalieren. Auf der ersten Stufe ist es das Ziel, „Awareness“, also ein öffentliches Bewusstsein für ein Problem, zu schaffen (Vegh 2003, S. 72). Dies kann beispielsweise durch die Schaffung alternativer Informationsquellen geschehen. Auf der zweiten Stufe finden sich verschiedene Formen der Organisation und Mobilisierung von Protestbewegungen. So kann das Internet genutzt werden, um realweltliche oder virtuelle Proteste vorzubereiten und um kollektives Handeln zu koordinieren. Auch können Aktionen, die früher offline durchgeführt wurden, heute mit geringerem Aufwand online stattfinden, wie etwa der Versand von Protest-E-Mails an Entscheidungsträger oder die Unterzeichnung von Petitionen (Vegh 2003, S. 72 f.). Auf der dritten Stufe finden sich Aktivitäten, die Vegh unter dem Begriff „hacktivism“ subsumiert (Vegh 2003, S. 76). Dazu gehören einmalige sowie koordinierte Cyberattacken und Cyberkampagnen wie auch der Cyberwar als Extremform (Vegh 2003, S. 81).

E-Partizipation und Onlineaktivismus sind ähnlichen Einflussfaktoren wie realweltliche Partizipationsformen unterworfen. Individuelles Vorwissen, der sozioökonomische Status und

Faktoren wie Medienkompetenz spielen wie in der Realwelt eine zentrale Rolle bei der Frage, wie intensiv und kompetent Akteure virtuell an politischen Prozessen teilnehmen. Weiterhin spielt das Alter der Beteiligten eine wichtige Rolle bei der E-Partizipation (Kuhn 2006, S. 32; Marr und Zillien 2010, S. 270; Voss 2013, S. 16 ff.). Auch im Bereich E-Partizipation ist der Kreis der aktiven Teilnehmer klein. Einige Autoren sprechen in dem Zusammenhang sogar von einer „Tyrannei der politisch Aktiven“ (Voss 2013, S. 16). Fragen, die die Legitimität und Repräsentativität von E-Partizipation betreffen, sind auch im Internet weiterhin von großer Relevanz und gewinnen teils vor diesem Hintergrund an Bedeutung.

Die unterschiedlichen Erscheinungsformen politischer Partizipation entlang der Gegensatzpaare verfasst vs. nichtverfasst, konventionell vs. unkonventionell sowie ihre Anordnung auf der Partizipationspyramide lassen sich analog auch elektronischen Partizipationsformen zuordnen. E-Partizipation muss darüber hinaus aber unterschieden werden in „Internet-enhanced“ oder „Internet-based“.⁶⁵ Im ersten Fall handelt es sich um virtuelle Pendanten realweltlicher Partizipationsformate, bei denen das Internet primär genutzt wird, um realweltliche Partizipationsformate effizienter durchzuführen. Im zweiten Fall dagegen stehen Formate im Mittelpunkt, die so nur im Internet möglich sind (Vegh 2003, S. 71 f.).

Die Partizipationspyramide von Milbrath kann auch auf den Bereich E-Partizipation übertragen werden, um verschiedene Aktivitäten nach ihrem Ressourcenaufwand zu differenzieren (Baringhorst 2013, S. 104 ff.). Auf der Basis der Pyramide, bei den „spectator activities“, finden sich analog zu realweltlichen Partizipationsaktivitäten Formen der Informations- und Meinungsbildung in Onlinemedien, die auch im Internet einen Großteil der partizipativen Aktivitäten der meisten Nutzer ausmachen. In der Mitte und an der Spitze der Pyramide sind „aktive Praktiken“. Darunter versteht Baringhorst mit geringem Ressourcenaufwand verbundene Aktivitäten, die sie unter dem Begriff „Klicktivismus“ fasst, bei dem Bürger etwa bei einer Kampagnenseite auf Facebook auf einen Like-Button klicken oder Onlinepetitionen elektronisch unterzeichnen. Onlinespenden und das Verfassen eigenen Kommentare in Blogs, sozialen Netzwerken etc. zu kritischen Themen erfordern demgegenüber einen relativ hohen Ressourceneinsatz und entsprechende Kompetenzen. An der Spitze stehen Aktivitäten wie die Entwicklung eigener Plattformen für Proteste im Internet oder die Publikation von eigenen Artikeln über protestrelevante Phänomene (Baringhorst 2013, S. 105).

Generell lässt sich im Vergleich zu realweltlichen Formen von Partizipation tendenziell ein

⁶⁵ Kuhn unterscheidet bei der E-Partizipation zwischen Mobilisierungs-, Organisations- und Aktionsmedium. Bei der dritten Form der Nutzung wird das Internet zur Durchführung des politischen Protests genutzt (Kuhn 2006).

geringerer Ressourceneinsatz für partizipative Aktivitäten im Internet konstatierten. Im Unterschied zu realweltlichen Partizipationsformaten biete die E-Partizipation außerdem den Vorteil einer größeren Flexibilität und das Potenzial, dass Aktionen, die für den Einzelnen relativ wenig Aufwand bedeuten, durch Kollaboration wirkungsvoll gebündelt werden können. So können Onlinepetitionen trotz eines für den Einzelnen geringen Ressourceneinsatzes in bestimmten Kontexten und mit einer großen Anzahl Unterstützer erhebliche Auswirkungen nach sich ziehen (Baringhorst 2013, S. 105). Durch die Zuhilfenahme von Bildern und Videos sowie Wiki-Software, die die kollaborative Zusammenarbeit erleichtert, profitiert E-Partizipation von den erweiterten technischen und sozialen Möglichkeiten des Social Web (Baringhorst 2013, S. 109 f.) Die hohe Flexibilität von E-Partizipationsformaten und die niedrigen Einstiegs- und Ausstiegskosten fügen sich damit ein in gesellschaftliche Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen, bei denen auch ressourcenschwache Akteure unter geschickter Ausnutzung der neuen Möglichkeiten potenziell eine große Aufmerksamkeit erlangen können.

7 Computervermittelte Kommunikation und deliberative Demokratiekonzepte

Im vorangegangenen Kapitel wurden die für deliberative Demokratiekonzepte zentralen Begriffe Interaktivität und Partizipation eingeführt und auf den Kontext des Internets übertragen. Darüber hinaus wurde im Kontext der Mikro-Makro-Problematik skizziert, welche Folgen aus der Amalgamierung der Mikro-, Meso- und Makroebene von Öffentlichkeit im Internet entstehen. Ein zentrales Ergebnis war, dass neben der Betrachtung der Makroebene von Öffentlichkeit, die bislang in der Politikwissenschaft dominiert, die Mikro- und Mesoebene stärker berücksichtigt werden muss, da im Internet kleine Öffentlichkeiten gesamtgesellschaftliche Bedeutung erlangen können.

Davon ausgehend werden im vorliegenden Kapitel die Merkmale der Individual- und Gruppenkommunikation in den Blickpunkt gerückt und Merkmale, Leistungen und Defizite computervermittelter Kommunikation erörtert. Zunächst wird dabei der Versuch einer Definition computervermittelter Kommunikation unternommen und werden verschiedene Systematisierungsvorschläge vorgestellt. Daran anschließend werden die Universalpragmatik von Habermas, die Rahmenanalyse von Goffman und das darauf aufbauende Modell des Computerrahmens von Höflich veranschaulicht. Während die Habermas'sche Universalpragmatik als kritischer Maßstab für ein angemessenes Verhalten der Akteure computervermittelter Kommunikation dient und damit die Verbindung zu deliberativen Demokratiekonzepten herstellt, wird anhand der Rahmenanalyse auf einer vergleichsweise abstrakten Ebene analysiert, wie Interaktionsprozesse zustande kommen

und auf welche Weise mit vorhandenen Restriktionen – die im Fall der computervermittelten Kommunikation vor allem in der Kanalreduktion liegen – in kommunikativen Kontexten umgegangen wird. Um die Auswirkungen computervermittelter Kommunikation auf die Umsetzung deliberativer Prozesse detaillierter zu untersuchen, werden verschiedene Theorien computervermittelter Kommunikation diskutiert. Ziel ist es, die Theorien, die unterschiedliche Schwerpunkte setzen, nicht als konkurrierende Ansätze zu begreifen, sondern als Theorien, die helfen bestimmte Teilaspekte computervermittelter Kommunikation zu erklären.

Moderne Gesellschaften sind gekennzeichnet durch eine Trennung von Raum und Zeit sowie des Raums vom Ort (Giddens 1997, S. 28 ff.). Waren in der Vormoderne Raum und Ort, als physische Umgebung der eigenen Aktivitäten, deckungsgleich, das heißt eigene Handlungen an einen geografischen Ort gebunden, löst sich in der Moderne Interaktion von seiner geografischen Gebundenheit. Raum und Ort werden getrennt. Der Raum ist „etwas von jedem spezifischen Ort oder Gebiet Unabhängiges“ (Giddens 1997, S. 31). Die Trennung von Raum und Zeit sowie Raum und Ort bewirkt, dass Menschen miteinander nicht nur face-to-face kommunizieren, sondern über geografisch entfernt liegende Orte. Zur Überwindung der Distanz der Interaktionspartner sowie zur Ermöglichung von Fernkontakten wurden Raumüberwindungstechniken und Verbreitungsmedien wie die Schrift, die Druckerpresse, später das Telefon sowie Fax und schließlich elektronische Medien wie das Internet entwickelt (Hörisch 2009). Neue Medien zielten somit auch darauf ab, „raumzeitliche Restriktionen“ in modernen Flächenstaaten zu überwinden. Sie bilden damit die Infrastruktur für die Herstellung von Öffentlichkeit (Schmidt 2000b, S. 192).

„Sie [die Massenmedien] lösen Kommunikationsvorgänge aus der Provinzialität raumzeitlich beschränkter Kontexte und lassen Öffentlichkeit entstehen, indem sie die abstrakte Gleichzeitigkeit eines virtuell präsent gehaltenen Netzes von räumlich und zeitlich weit entfernten Kommunikationsinhalten herstellen und Botschaften für vervielfältigte Kontexte verfügbar halten“ (Habermas 1995b, S. 573).

Durch die Verbreitung elektronischer Massenmedien gewinnt öffentliche Kommunikation an Bedeutung, die nicht mehr an gegenständliche öffentliche Orte gebunden ist. Damit ist auch das grundlegende Merkmal computervermittelter Kommunikation genannt: die räumliche Abwesenheit des Kommunikationspartners (DGPuK 2004). Infolgedessen kommt es zu einer „räumlichen und zeitlichen Entkoppelung von Mitteilung und Verstehen“ und in der Folge zu einer „Explosion von Anschlußmöglichkeiten“ (Luhmann 1998, S. 266).

„Ebenso wie Face-to-Face-Kommunikation ubiquitär und zu jeder Zeit stattfindet, findet aber auch Medienkommunikation ubiquitär und ständig statt. Dies gilt entsprechend auch für die wichtiger werdende interaktive Kommunikation“ (Krotz 2007, S. 114).

Zusammenfassend existieren drei Orte, an denen öffentliche Kommunikation in modernen Gesellschaften stattfinden kann. Erstens ortsgebundene Präsenzöffentlichkeiten mit einem überschaubaren Kreis von Teilnehmern. Der Ort kann eine Halle, ein Saal oder auch ein Theater sein. Zweitens ortsungebundene, massenmediale Kommunikation, bei der die Produktion und Rezeption der Kommunikation getrennt voneinander an weitgehend privaten Orten – in einem Sendestudio und in der Wohnung der Zuschauer – stattfinden. Eine Interaktion zwischen Produzent und Konsument findet nicht statt. Drittens öffentliche Kommunikation im Internet, die ebenfalls ortsungebunden ist, jedoch im Gegensatz zur öffentlichen Kommunikation mittels traditioneller Massenmedien sich durch Interaktivität auszeichnet und sowohl synchron als auch asynchron ablaufen kann (Heesen 2008, S. 40 ff.).

Ungeachtet des Bedeutungszuwachses medienvermittelter Kommunikation halten viele Sozial- und Geisteswissenschaftler am Idealmodell der Face-to-Face-Kommunikation als Referenzkategorie und der damit verbundenen Ortsgebundenheit fest (Neuberger 2007, S. 37 f.). Die wachsende Bedeutung medienvermittelter Kommunikation wird skeptisch beurteilt (Merten 1977, S. 65; Luhmann 1996, S. 11; Goffman 2008). So konstatieren Sozialwissenschaftler wie Giddens, dass „die gegenwärtige Entwicklung eine Deformierung menschlicher Kommunikation“ bewirke und „sozialer Entropie“ Vorschub leiste (Giddens 1997, S. 110). Luhmann wiederum weist unter anderem auf die beschränkte Kanalvielfalt medienvermittelter Kommunikation hin, während in der Face-to-Face-Kommunikation Informationen übermittelt werden können, die ansonsten explizit kommuniziert werden müssen (Luhmann 1996). Für Goffman bedingt Interaktion physische Präsenz als eine „wechselseitige Handlungsbeeinflussung, die Individuen aufeinander ausüben, wenn sie füreinander anwesend sind“ (Goffman 1969, S. 18). Ungeachtet dieser skeptischen Einschätzungen hat die Bedeutung medienvermittelter Kommunikation mit der Verbreitung des Internets weiter zugenommen. Die Akzeptanz und die Tatsache, dass sich computervermittelte Kommunikation im Alltagsleben vieler Menschen etabliert hat, zeigen, dass auf Nutzerseite medienvermittelte Kommunikation als zweckmäßige Kommunikationsform angesehen wird, welche das Spektrum an Kommunikationsmöglichkeiten in vielen Kontexten sinnvoll erweitert.

Was versteht man unter computervermittelter Kommunikation? Trotz seiner häufigen Verwendung ist der Begriff im fachwissenschaftlichen Diskurs oft nicht genau definiert. Nicht zuletzt ist dieser Umstand der Tatsache geschuldet, dass sich computervermittelte Kommunikation beständig verändert und weiterentwickelt. Computervermittelte Kommunikation umfasst heute mehr als nur den Austausch von Textnachrichten, sondern ebenso Audio- oder Videokommunikation auf den unterschiedlichsten Geräten (Joisten

2007). So stellt sich etwa die Frage, ob mit der zunehmenden mobilen Nutzung des Internets mittels Smartphones oder Tablet-PCs der Begriff „computervermittelt“ noch passend ist. Wie Hauptmann richtigerweise hervorhebt, kommuniziert man „mit einem Handy auf eine andere Weise als mit einem Rechner mit großem Bildschirm und großer Tastatur“. Dazu kommt, dass man mit mobilen Endgeräten an anderen Orten kommunizieren kann als mit einem PC (Hauptmann 2012, S. 137).

Ein sinnvolle Definition computervermittelter Kommunikation – die den oben genannten Umständen Rechnung trägt und über die notwendige Abstraktheit verfügt – ist von der Fachgruppe „Computervermittelte Kommunikation der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft“ (DGPuK) in ihrem Selbstverständnispapier aus dem Jahr 2004 vorgeschlagen worden. Sie subsumiert unter computervermittelter Kommunikation „alle Formen der interpersonalen, gruppenbezogenen und öffentlichen Kommunikation, die offline oder online über Computer(netze) und digitale Endgeräte erfolgen“ (DGPuK 2004). Folgt man der Definition, ist das zentrale Merkmal computervermittelter Kommunikation die Vermittlung von Kommunikation zwischen zwei oder mehr Kommunikationspartnern über ein Computernetzwerk über verschiedenste digitale Endgeräte Ein zentrales Merkmal computervermittelter Kommunikation ist implizit genannt: die physische Abwesenheit des Kommunikationspartners.

Computervermittelte Kommunikation umfasst textbasierte Massenkommunikation nach einem Sender-Empfänger-Modell, textbasierte Kommunikation zwischen kleineren Gruppen, Individualkommunikation und ebenso visuelle Formate wie beispielsweise Videokonferenzen. Die im Einleitungsabschnitt hervorgehobene Verschmelzung von Massen-, Gruppen- und Individualkommunikation ist in der Definition berücksichtigt. Computervermittelte Kommunikation gehört zur Gruppe der technisch vermittelten Kommunikation, das heißt, dass dem Austausch kommunikativer Botschaften ein Kommunikationsmedium zwischengeschaltet ist und dieses vermittelnd wirkt. Technisch vermittelte Kommunikation steht im Gegensatz zur Face-to-Face-Kommunikation, bei der der Austausch direkt und ohne die Zwischenschaltung eines Mediums erfolgt.

Zur Strukturierung der verschiedenen Formen computervermittelter Kommunikation sind diverse Systematisierungsvorschläge gemacht worden (Morris und Ogan 1996; Rössler 1998; Boos 2000; Döring 2003; Beck 2006). Grundlegend unterschieden werden kann zwischen synchronen und asynchronen Kommunikationsformen, das heißt zwischen Kommunikationsformen, bei denen Informationen in Echtzeit ausgetauscht werden, und zeitversetzter Kommunikation. Charakteristikum asynchroner computervermittelter Kommunikation ist, dass eine Nachricht zunächst verfasst wird, der Entstehungsprozess der Nachricht dem Empfänger verborgen bleibt, dem Sender ausreichend Zeit zur Überprüfung

des Inhalts der Nachricht zur Verfügung steht und die Nachricht vom Empfänger zum Abruf bereit liegt, wo er sie rezipieren kann. Dabei ist weniger der Zeitraum zwischen Versand und Empfang der Nachricht von Bedeutung. Es kann angenommen werden, dass E-Mails in vielen Kontexten vom Empfänger heute mit geringer Verzögerung empfangen und gelesen werden, als dass die zu sendende Nachricht, ebenso wie die Antwort, vor dem Versand abgeschlossen ist. Sender und Empfänger arbeiten ihre Kommunikation nacheinander ab (Morris und Ogan 1996). Zweitens kann bei der Anzahl der an der Kommunikation Beteiligten unterschieden zwischen One-to-One-, One-to-Few-, One-to-Many-, Many-to-One- und Many-to-Many-Kommunikation. Das WWW würde typischerweise in die Kategorie Many-to-Many eingeordnet werden, während E-Mail eine klassische One-to-One- oder One-to-Few-Kommunikationsform darstellt. Schließlich kann zwischen textbasierten und audiovisuellen Formen computervermittelter Kommunikation differenziert werden (Boos 2000, S. 2).

Diese Unterscheidungsmerkmale erlauben eine idealtypische Differenzierung verschiedener Formen computervermittelter Kommunikation. Vor dem Hintergrund der unter anderem durch das Social Web induzierten Veränderungsprozesse zeigen sich die Schwierigkeiten, einzelne Formate anhand der Kriterien Zeit oder Anzahl der Kommunikationspartner zu verorten. Eine derartige Systematisierung lässt, neben erweiterten technischen Möglichkeiten, ihre flexible Aneignungsweise durch die Nutzer außer Acht (Beck 2006, S. 21 ff.; Gebhardt 2008, S. 19). Typischerweise als asynchron klassifizierte Anwendungen wie E-Mail werden durch veränderte Nutzergewohnheiten und die permanente Verbindung mit dem Internet in so kurzen Abständen beantwortet, dass sie faktisch zeitgleich beantwortet werden. Ähnliches gilt für Microblogging-Dienste und dynamisch generierte Webseiten, die erst zum Zeitpunkt des Abrufs durch den Nutzer erstellt werden. Treffender müsste deswegen von quasi-synchronen Formen gesprochen werden (Dürscheid 2003). Freilich besteht bei der E-Mail-Kommunikation grundsätzlich die Möglichkeit, die Kommunikation wieder zu entschleunigen und zu einem asynchroner Kommunikationsmodus zurückzukehren (Beck 2006, S. 86 f.). Ob synchron oder asynchron kommuniziert wird, hängt vor allem von den Nutzern ab. Während in der Face-to-Face-Kommunikation aber eine direkte Reaktion erwartet wird, ist in der synchronen Chat-Kommunikation im Internet eine prompte Reaktion nicht zwingend erwartbar.

Wenn die skizzierten Systematisierungsvorschläge aber nicht vollständig ausreichen, um die neuen Kommunikationsformen im Internet zu erfassen, müssen andere Konzepte ergänzend genutzt werden. Im Folgenden werden daher als theoretische Hintergrundfolie die Habermas'sche Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas 1995b, 1984)⁶⁶ sowie die

⁶⁶ Neben den Schriften von Habermas wurde für die Darstellung der Habermas'schen Theorie des

Goffman'sche Rahmenanalyse (Goffman 2008) und die darauf aufbauenden Arbeiten von Höflich zum Computerrahmen vorgestellt (Höflich 1998b). In allen drei Fällen geht es nicht darum die Ansätze umfassend darzustellen. Vielmehr werden einige für die Arbeit zentralen Aspekte herausgegriffen und auf den Forschungskontext übertragen. Auf diese Modelle aufbauend werden Anforderungen abgeleitet, die aus deliberativer Warte Bedingungen einer kommunikativen Verständigung sind. Zum Zweiten werden anhand der Rahmenanalyse Goffmans einige übergreifende Kommunikationsmerkmale betrachtet und wird die Frage erörtert, wie Interaktionsprozesse zustande kommen und auf welche Weise mit vorhandenen Restriktionen in kommunikativen Kontexten umgegangen wird.

7.1 Die Habermas'sche Theorie des kommunikativen Handelns

Der Zweck sprachlicher Kommunikation⁶⁷ besteht Habermas zufolge darin, dass sich Sprecher und Hörer über einen Sachverhalt versuchen zu verständigen. Sprache ist für ihn das „Medium der Verständigung schlechthin“ (Burkart und Lang 2012, S. 42). Auch wenn in empirischen Kommunikationssituationen Verständigung oftmals nicht erreicht wird und stattdessen „[...] Grauzonen zwischen Unverständnis und Mißverständnis, beabsichtigter und unfreiwilliger Unwahrhaftigkeit, verschleierter und offener Nicht-Übereinstimmung einerseits, Vorverständigtsein und Verständigung andererseits [...]“ (Habermas 1984, S. 253) dominieren, dient eine an Verständigung orientierte Kommunikation als normativer Maßstab. Mit seiner Hilfe lassen sich Gütekriterien für kommunikative Handlungen ableiten und defizitäre Formen der Kommunikation identifizieren (Habermas 1984, S. 114).

Zur Herbeiführung eines auf Freiwilligkeit und geteilten Grundsätzen beruhenden Einverständnisses zwischen Sprecher und Hörer müssen bestimmte Ansprüche erfüllt werden. In Alltagssituationen sind das Wissen über diese Ansprüche und der Grad ihrer Erfüllung bei ausreichend sozialisierten Kommunikationsteilnehmern gefühlsmäßig vorhanden (Habermas 1995b, S. 386 f.). Dieses implizite Wissen explizit zu verdeutlichen ist das Ziel der Habermas'schen Universalpragmatik. Sie will universal gültige Konstitutionsbedingungen kommunikativen Handelns aufzeigen, die für eine Verständigung zwischen Sprecher und Hörer notwendig sind (Habermas 1995b, S. 353).

Ausgangspunkt der Habermas'schen Universalpragmatik ist die Sprechakttheorie, wie sie von Austin (1962) geprägt wurde. Kommunikationssituationen bestehen der Sprechakttheorie folgend aus mehreren Teilakten. Zentral für die Universalpragmatik ist

kommunikativen Handelns auf die „kommentierte Textcollage“ von Burkard und Lang (2012) und das Werk von Edelmayer (2012) zurückgegriffen.

⁶⁷ Sprachliche Kommunikation umfasst bei Habermas auch nonverbale Kommunikationsformen wie Mimik und Gestik, da sie auf sprachliche Kommunikation verweisen.

primär der illokutionäre Akt. Anschließend an die Äußerungen zu Gegenständen und Ereignissen der vorherigen Teilakte wird im illokutionären Akt versucht eine Bindung zwischen Sprecher und Hörer aufzubauen. Dies geschieht beispielsweise in Form eines Versprechens, einer Bitte, einer Empfehlung oder einer Drohung. So bindet das Versprechen „Ich bringe dir das Buch morgen zurück“ den Sprecher daran den Anspruch einzulösen, will er seine Glaubwürdigkeit nicht verlieren. Mit dem illokutionären Akt erhebt der Sprecher Ansprüche gegenüber dem Hörer, die diesen veranlasst das Sprechangebot anzunehmen oder auszuschlagen. Ein an Verständigung orientierter Akteur erhebt mit seinen Äußerungen intersubjektiv einlösbare Geltungsansprüche, die als Anforderungen zur Konsensbildung zu verstehen sind (Burkart und Lang 2012, S. 45 ff.).

In Sprechakten erhebt ein an Verständigung interessierter Sprecher vier Anforderungen. Grundvoraussetzung der allgemeinen sprachlichen Verständlichkeit sind für Habermas die Verwendung einer korrekten Grammatik und die richtige Artikulation. Der Anspruch der Verständlichkeit ist die Voraussetzung für Kommunikation und hat eine Vorrangstellung, ohne die die drei anderen Ansprüche nicht erhoben werden können. Ist der Anspruch der Verständlichkeit eingelöst, muss ein Sprecher drei weitere Ansprüche gegenüber einem Hörer erfüllen (Habermas 1995b, S. 588 f.):

- Richtigkeit, das heißt in Bezug auf die soziale Welt angemessen zu kommunizieren.
- Wahrheit, das heißt, Äußerungen über die Welt der Tatsachen müssen der Wahrheit entsprechen.
- Wahrhaftigkeit, das bedeutet hinsichtlich eigener Absichten und Gefühle – der inneren Welt – aufrichtig zu sein.

Die vier Geltungsansprüche der Verständlichkeit, Richtigkeit, Wahrheit und Wahrhaftigkeit leitet Habermas aus vier Weltbezügen ab, auf die Sprechakte rekurrieren (Burkart und Lang 2012, S. 39 f.).

Verständigungsprozesse können sich auf die formale Welt der Sprache beziehen, also auf die allgemeine Verständlichkeit. Geltungsansprüche beziehen sich des Weiteren 1) auf die soziale Welt der interpersonalen Beziehungen, beispielsweise mit der Aussage, dass meine Religionszugehörigkeit niemanden etwas angeht, 2) auf die objektive Welt, beispielsweise der Sachverhalt, dass ich in München wohne, oder 3) auf die innere Welt, beispielsweise mit der Aussage, dass ich Person X sympathisch finde (Habermas 1995b, S. 584 ff.). In empirischen Kommunikationssituationen beziehen sich die Teilnehmer simultan auf alle vier Welten – auf die formale, objektive, soziale und subjektive Welt (Burkart und Lang 2012, S. 46). Kommunikatives Handeln bildet vor diesem Hintergrund eine soziale Situation ab, die einen Ausschnitt auf der Lebenswelt von Sprecher und Hörer ist.

„Indem sich Sprecher und Hörer frontal miteinander über etwas in einer Welt verständigen, bewegen sie sich innerhalb des Horizonts ihrer gemeinsamen Lebenswelt; diese bleibt den Beteiligten als ein intuitiv gewußter, unproblematischer und unzerlegbarer holistischer Hintergrund im Rücken“ (Habermas 1986, S. 348 f.).

Zur Bestimmung der sozialen Situation spielen zunächst Ort, Zeit, die interpersonalen Beziehungen der Teilnehmer und die objektiven und subjektiven Rahmenbedingungen eine Rolle. Die Habermas'sche Lebenswelt als „Kontext“ und „Ressource“ (Habermas 1986, S. 348) der Kommunikationsteilnehmer besteht des Weiteren aus folgenden Komponenten: erstens der Kultur als Wissensvorrat an Deutungsmustern, über die ein Konsens besteht; zweitens der Gesellschaft, das heißt, den sozialen Beziehungen, Gruppenzugehörigkeiten etc. der Individuen, aus denen sie Solidarität schöpfen; und drittens der Persönlichkeit, worunter Habermas kommunikative Kompetenzen subsumiert, welche es Individuen ermöglicht an Verständigungsprozessen teilzunehmen. Die Habermas'sche Lebenswelt bildet somit Kontext und Rahmen kommunikativer Äußerungen und gleichzeitig ihren wichtigsten Reproduktionsmechanismus (Burkart und Lang 2012, S. 54 f.). Dadurch, dass sich Kommunikationsteilnehmer austauschen, nehmen sie Bezug auf kulturelles Wissen, soziale Beziehungen, Gruppenzugehörigkeiten etc. und bekräftigen, erneuern und koordinieren sie parallel dazu (Burkart und Lang 2012, S. 208).

Voraussetzung für kommunikatives Handeln ist, dass sich intersubjektiv geteilte Erfahrungen in Form von nicht thematisierten Selbstverständlichkeiten und Wissen überschneiden. Ist das nicht der Fall, müssen die Kommunikationsteilnehmer versuchen eine geteilte Situationsdefinition auszuhandeln. Habermas kritischer Diagnose folgend kommt es, auch durch das ambivalente Potenzial von elektronischen Massenmedien, im Laufe der Entwicklung von Gesellschaften zu einer Differenzierung der Lebenswelt, die sich in den Bereichen Kultur, Gesellschaft und der individuellen Persönlichkeit widerspiegelt. In der Wissenschaft, dem Justizwesen, der Politik, dem Schulsystem etc. institutionalisieren sich „Foren diskursiver Willensbildung“ (Schützeichel 2004, S. 231), die traditionell eingewöhntes Wissen und Selbstverständlichkeiten zunehmend in Frage stellen (Habermas 1986, S. 399 f.).

Wie können vor dem Hintergrund eines brüchiger werdenden Hintergrundkonsenses Geltungsansprüche in Kommunikationsprozessen erhoben werden, ohne auf defizitäre Kommunikationsformen auszuweichen? Habermas folgend muss sich, da nicht mehr auf geteilte Überzeugungen und nicht in Frage gestellte Traditionen rekuriert werden kann, verständigungsorientierte Kommunikation zunehmend auf „die Autorität des besseren Arguments“ stützen (Habermas 1995b, S. 218). Diese Form verständigungsorientierter Kommunikation bezeichnet Habermas als Diskurs. Seine Funktion besteht im Auffinden

überzeugender Argumente, mit denen umstrittene Geltungsansprüche eingelöst werden können (Schützeichel 2004, S. 231 ff.). Diskurse sind an anspruchsvolle Bedingungen geknüpft, damit es zu einem Konsens kommt, der nicht durch Zwang, Täuschung oder Irrtum herbeigeführt wird. Dieser „wahre“ Konsens wird in der idealen Sprechsituation erreicht:

„Ideal nenne ich eine Sprechsituation, in der Kommunikationen nicht nur nicht durch äußere kontingente Einwirkungen, sondern auch nicht durch Zwänge behindert werden, die sich aus der Struktur der Kommunikation selbst ergeben“ (Habermas 1984, S. 177).

Statt Anforderungen an die Inhalte der Kommunikation zu stellen, bestimmt sich die Qualität eines Diskurses also an formalen Eigenschaften. Zu diesen formalen Anforderungen gehört, dass alle Teilnehmer die gleichen Chancen haben, „Sprechakte zu wählen und auszuführen“. Auch darf kein Thema potenziell auf Dauer von einem Diskurs ausgeschlossen werden (Habermas 1984, S. 177). Die ideale Sprechsituation beschreibt einen normativen Idealzustand, der unerreichbar ist. Räumliche und zeitliche Begrenzungen, Belastungsgrenzen der Diskursteilnehmer, Machtbeziehungen sowie die unterschiedliche Verteilung von intellektuellen Fähigkeiten prägen die empirischen Kommunikationssituationen. Die ideale Sprechsituation dient infolgedessen als kritischer Maßstab, an dem sich Sprechsituationen messen müssen.

Um einen Dissens zu bewältigen, existieren neben der Möglichkeit des Diskurses weitere Alternativen. Dazu gehören das „Dahinstellen und Ausklammern kontroverser Geltungsansprüche“, der „Abbruch der Kommunikation“ und die „Umstellung auf das strategische Handeln“ (Habermas 1988, S. 84). Strategisches Handeln charakterisiert Habermas im Unterschied zu verständigungsorientierter Kommunikation als Handlung, bei der Sprache nicht als Mittel der Verständigung dient, sondern Akteure ausschließlich am Erfolg orientiert sind (Habermas 1995b, S. 384 f.). Soziale Situationen, die durch solche egozentrische Nutzenkalküle dominiert werden, können verschiedene Formen annehmen, wie die Form offener strategischer Kommunikation, bei der mittels Drohungen oder Verlockungen versucht wird einen „erzwungenen Konsens“ zu erreichen. Beispielsweise kann Druck auf Akteure ausgeübt werden oder sie können durch Bestechungen „überzeugt“ werden (Habermas 1988, S. 21).

Von dieser offenen Form strategischer Kommunikation können verdeckte Formen strategischer Kommunikation unterschieden werden, bei denen es sich wiederum um bewusste oder unbewusste Täuschung handeln kann. Im ersten Fall ist sich Akteur A der bewussten Täuschung durch Akteur B nicht bewusst. Etwa wenn Akteur B Akteur A ein Produkt als funktionstüchtig verkauft, obwohl Akteur B weiß, dass es nicht fehlerfrei funktioniert (Habermas 1995b, S. 388). Im zweiten Fall ist sich Akteur B der Täuschung

selber nicht bewusst. Habermas spricht in dem Fall von systematisch verzerrter Kommunikation, wie sie zum Beispiel bei ideologisch verformter Kommunikation zu finden ist (Habermas 1995b, S. 445 f.).

Nimmt man als Ausgangspunkt die von Habermas erarbeiteten vier Anforderungen, die ein an Verständigung interessierter Sprecher in Sprechakten erhebt, zeigen sich verschiedene kommunikationsethische Schwierigkeiten. Teilweise sind diese bereits aus der Face-to-Face-Kommunikation bekannt, andere wiederum sind Probleme, die schon in traditionellen Massenmedien auftreten. Schließlich führen die Besonderheiten computervermittelter Kommunikation zu neuen Problemen, oder bislang bekannte Probleme verschärfen sich (Beck 2010b, S. 140 f.). Grundsätzlich muss diagnostiziert werden, dass sich die Erfüllung aller vier Ansprüche innerhalb der computervermittelten Kommunikation schwieriger gestaltet.

Die Verwendung einer richtigen Grammatik und Artikulation der Stimme spielt vor dem Hintergrund der Oraliteralität computervermittelter Kommunikation eine geringe Rolle. Stattdessen spielen Aspekte wie das richtige Verstehen von allgemein in der computervermittelten Kommunikation oder in speziellen Formaten gebräuchlichen Abkürzungen oder Emoticons eine zentrale Rolle. Ferner nehmen im Gegensatz zur realweltlichen Kommunikation aufgrund der Internationalität des Internets interkulturelle Kompetenzen und Fremdsprachenkompetenz eine wichtigere Rolle ein (Beck 2010b, S. 136). Der Anspruch der Wahrheit, der sich in der Realwelt häufig vergleichsweise einfach anhand beobachtbarer Fakten verifizieren lässt, ist im Internet ebenso weitaus schwerer zu überprüfen. Computervermittelte Kommunikation bezieht sich häufig nicht auf „beobachtbare Fakten“, zum anderen werden Ambivalenzen aufgrund der einfachen Publikationsmöglichkeiten für alle Internetnutzer sichtbar. Tendenziell ist es im Internet einfacher als in traditionellen Massenmedien falsche oder ungeprüfte Tatsachen zu publizieren. Kollaborative Werkzeuge der Kontrolle, die sich im Social Web etabliert haben, können hier entgegenwirken (Beck 2010b, S. 137). Die Ambivalenz computervermittelter Kommunikation wird auch im Falle des Wahrhaftigkeitsanspruchs deutlich. Die spezifische Form der Anonymität computervermittelter Kommunikation erleichtert eine Täuschung über die eigene Identität und die eigenen Gefühle und Absichten. Gleichzeitig eröffnet die Anonymität neue Handlungspotenziale für Akteure (Beck 2010b, S. 138).

Die Angemessenheit der Kommunikation, die Habermas unter dem Begriff der Richtigkeit zusammenfasst, kann innerhalb der computervermittelten Kommunikation aufgrund der im Vergleich zur Face-to-Face-Kommunikation vielfältigeren Möglichkeiten problematisch sein. Es existieren im Internet bislang nur vergleichsweise wenige oder unterspezifizierte Regeln zum kommunikativen Umgang miteinander. Die Vielfalt der kommunikativen Möglichkeiten

im Internet steigert die Wahrscheinlichkeit, dass beispielsweise die Wahl einer bestimmten Kommunikationsform oder die Form der Ansprache für das Gegenüber als unangemessen angesehen wird (Beck 2010b, S. 139).

Die Theorie des kommunikativen Handelns bietet ein elaboriertes theoretisches Modell zur Identifizierung universeller Verständigungsbedingungen. Habermas selber betont die Offenheit und Anschlussfähigkeit seines Ansatzes, „dessen Fruchtbarkeit sich allein in verzweigten sozialwissenschaftlichen und philosophischen Forschungen bewähren kann“ (Habermas 1995b, S. 562). Seine Theorie trifft keine Vorfestlegung über das verständigungsorientierte Potenzial des Mikro- oder Makrobereichs von Kommunikation. Sie versteht sich als ein kritischer Maßstab, mit dessen Hilfe verschiedene Kommunikationsformen analysiert werden können. Somit eignet sie sich als kritischer Maßstab zur Beurteilung des Potenzials neuer Formen elektronischer Kommunikation, wie sie die computervermittelte Kommunikation darstellt. Elektronische Massenmedien wie Rundfunk und Fernsehen haben in späteren Werken von Habermas ihre negative Konnotation ein Stück weit eingebüßt, die sie noch in seinem Frühwerk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1962) hatten. In elektronischen Massenmedien und in den durch sie geschaffenen Öffentlichkeiten sieht er inzwischen ein ambivalentes Potenzial eingeschrieben. Sie können den Horizont möglicher Kommunikation hierarchisieren, aber auch einschränken durch ihre inhaltliche Struktur sowie durch ihre Organisationsform.

„Sie lösen Kommunikationsvorgänge aus der Provinzialität raumzeitlich beschränkter Kontexte und lassen Öffentlichkeit entstehen, indem sie die abstrakte Gleichzeitigkeit eines virtuell präsent gehaltenen Netzes von räumlich und zeitlich weit entfernten Kommunikationsinhalten herstellen und Botschaften für vielfältige Kontexte verfügbar halten“ (Habermas 1995b, S. 573).

Klassische Massenmedien können auf der einen Seite soziale Kontrolle verstärken und bestimmte Themenkomplexe privilegieren und ihr autoritäres Potenzial ausschöpfen. Ebenso wohnt ihnen ein emanzipatorisches Potenzial inne, indem sie als Zentren verdichteter Kommunikation aus der Alltagswelt fungieren können (Habermas 1995b, S. 573).

Da für Habermas verständigungsorientierte Kommunikation, Öffentlichkeit, Massenmedien und Demokratie in modernen Flächenstaaten zusammengehören, ist die Frage, ob es ihnen gelingt „zu Netzwerken zu werden, die die Kommunikationsflüsse der Lebenswelt potenzieren, oder ob sie als Komponenten des Systems gelten“, entscheidend für die demokratische Qualität eines politischen Systems. Die von Habermas tendenziell diagnostizierte Dominanz des autoritären Gebrauchs moderner Massenmedien stellt ein Demokratiedefizit dar (Habermas 2005, S. 12). Begründet liegt der autoritäre Gebrauch elektronischer Massenmedien in ihrer Orientierung an Nachrichtenfaktoren. Die

massenmediale Berichterstattung orientiert sich an den Kriterien Vereinfachung, Identifikation und Sensationalismus (Östgaard 1965, S. 40). Flankierend dazu begünstigt die technische Infrastruktur elektronischer Massenmedien eine unidirektionale und einseitige Kommunikation vom Zentrum zur Peripherie. Dem Hörer ist es nur eingeschränkt möglich sich zu äußern, zu antworten oder effektiv zu handeln.

7.2 Das Rahmenkonzept Goffmans

Computervermittelte Kommunikation ist – wie auch andere Interaktionsprozesse – gekennzeichnet durch bestimmte Potenziale und Restriktionen. Wie es Akteuren gelingt trotz bestehender Restriktionen in unterschiedlichen Situationen mit diesen umzugehen, thematisiert die Goffman'sche Rahmenanalyse (vgl. grundlegend Goffman 2008). Für die Verwendung der Goffman'schen Rahmenanalyse sprechen primär zwei Punkte. Mit der Rahmenanalyse kann man sich von einer Format- und Anwendungsfixierung lösen und übergreifende Kommunikationsmerkmale analysieren, wie sie in verschiedenen Anwendungen computervermittelter Kommunikation zu finden sind. Außerdem beschäftigt sich Goffman in seinen Werken primär mit der Frage, wie Interaktionsprozesse zustande kommen. Den Mittelpunkt seines Forschungsinteresses bildet die Frage, wie Akteure in verschiedenen Situationen Interaktionen ausgestalten, auf welche Weise sie mit vorhandenen Restriktionen umgehen und welche Fähigkeiten sie dafür besitzen müssen. Soziale Situationen zeichnen sich nach Goffman durch Kontingenz aus. Jeder Akteur steht aufgrund fehlender Eindeutigkeit in einer sozialen Situation vor der Frage: „Was geht hier eigentlich vor?“ (Goffman 2008, S. 16).

„Ich gehe davon aus, dass Menschen, die sich gerade in einer Situation befinden, vor der Frage stehen: Was geht hier eigentlich vor? Ob sie nun ausdrücklich gestellt wird, wenn Verwirrung und Zweifel herrschen, oder stillschweigend, wenn normale Gewissheit besteht – die Frage wird gestellt, und die Antwort ergibt sich daraus, wie die Menschen weiter in der Sache vorgehen“ (Goffman 2008, S. 16).

Goffman geht es in seiner Analyse primär um die Frage, wie Interaktionsprozesse in den unterschiedlichen Situationen und unter verschiedenen Bedingungen gelingen können. Die Resultate dieser Interaktionen interessieren ihn weniger. Damit Interaktionen zustande kommen, bedarf es individueller Kompetenzen. Um diese zu beschreiben, greift Goffman auf den Begriff des Rahmens zurück. Rahmen sind für ihn in jeder Situation entwickelte individuelle Interpretationsschemata, welche als Organisationsprinzip die innerhalb des Rahmens ablaufenden Handlungen verstehbar machen.

„Ich gehe davon aus, dass wir gemäß gewissen Organisationsprinzipien für Ereignisse

– zumindest für soziale – und für unsere persönliche Anteilnahme an ihnen Definitionen einer Situation aufstellen; diese Elemente [...] nenne ich Rahmen“ (Goffman 2008, S. 19).

Akteure ordnen Situationen zur Beantwortung der Frage „Was geht hier eigentlich vor?“ in Erfahrungs- oder Interpretationsschemata ein. Interpretationsschemata werden meist unbewusst angewandt. So ist es beispielsweise eher unüblich, in einer U-Bahn spontan fremde Personen anzusprechen, auch wahrt man eine körperliche Distanz zu anderen Personen in der U-Bahn, ebenso hat sich eine Vielzahl von Begrüßungs- und Verabschiedungsritualen etabliert. Eine erste Einordnung eines Ereignisses in ein Interpretationsschema erfolgt in den sogenannten primären Rahmen. Goffman unterscheidet zwei Klassen von primären Rahmen, natürliche primäre Rahmen und soziale Rahmen. Natürliche Rahmen ordnen die Ereignisse als physikalische Naturereignisse ein, die ohne menschliches Zutun determiniert sind, wie etwa ein Sturm, den ein Mensch nicht beeinflussen kann. Zum anderen existieren soziale Rahmen, welche intentional, durch eine menschliche Intelligenz gesteuerte Ereignisse darstellen, die bestimmten Regeln unterworfen sind, wie ein Sportwettkampf, dessen Ablauf durch Menschen beeinflusst wird (Goffman 2008, S. 31 ff.).

Die Einordnung in einen primären Rahmen kann durch Modulation verändert werden, wenn eine Tätigkeit, „die bereits im Rahmen eines primären Rahmens sinnvoll ist, in etwas transformiert wird, das dieser Tätigkeit nachgebildet ist, von den Beteiligten aber als etwas ganz anderes gesehen wird“ (Goffman 2008, S. 55). Typische Beispiele für Modulationen sind Scherze oder das von Goffman als Beispiel häufig angeführte Theaterspiel. Modulationen sind für Beteiligte und Zuschauer ersichtlich. Es herrscht Einstimmigkeit über die Art der Modulation. Die Zuschauer eines Theaterstücks wissen, dass das Geschehen auf der Bühne nur gespielt ist oder die Äußerung ein Scherz ist. Anders verhält es sich mit Täuschungen. Sie beruhen auch auf einem Kern untransformierbarer Situationen, der Rand des Rahmens bildet jedoch eine Täuschung, bei der nur der Täuschende weiß, dass es sich um eine solche handelt, während der Getäuschte von einem untransformierten Geschehen ausgeht (Goffman 2008, S. 98 f.). Hier zeigen sich Verbindungen zu der von Habermas analysierten verdeckten strategischen Kommunikation und der bewussten und unbewussten Täuschung (Habermas 1995b, S. 445 f.).

Da in der computervermittelten Kommunikation die Wahrscheinlichkeit einer falschen oder unterschiedlichen Deutung aufgrund technischer Restriktionen höher ist, spielen Modulationen und Täuschungen hier eine besondere Rolle. Den Rahmen bilden „Wirklichkeitsräume“ wie auch „Grenzeichen“ (Willems 1997, S. 66). Die Goffman'sche Rahmenanalyse beruht zusammenfassend auf einem inneren Kern untransformierbarer

Situationen, sie bilden den Rand des Rahmens. Kommt es zu einer Modulation des primären Rahmens, spaltet er sich in zwei Schichten auf, die nicht mehr identisch sind, sodass bei einer Situation, die moduliert wird, „die äußere Schicht, der Rand des Rahmens, die Stellung des Vorgangs in der Wirklichkeit bestimmt“ (Goffman 2008, S. 176). Goffman nutzt einen engen Interaktionsbegriff. Von Interaktionen kann aus seiner Perspektive nur gesprochen werden, wenn Kommunikation unter der Bedingung von Kopräsenz stattfindet, sodass zwei oder mehr physisch anwesende Personen aufeinander reagieren können (Goffman 2008, S. 55).

„Die einzelnen müssen deutlich das Gefühl haben, dass sie einander nahe genug sind, um sich gegenseitig wahrzunehmen bei allem was sie tun, einschließlich ihrer Erfahrung der anderen, und nahe genug, auch um wahrgenommen zu werden als solche, die fühlen, dass sie wahrgenommen werden“ (Goffman, 1971, S. 28).

In diesem Zusammenhang ist der Begriff des klaren Rahmens von Bedeutung, der auch für die computervermittelte Kommunikation Anknüpfungspunkte bietet. Klare Rahmen liegen vor, wenn die Beteiligten eine richtige, das heißt „klare“ Vorstellung haben von dem, was in einer Situation geschieht, und eine entsprechende Vorstellung von den Gedanken der anderen besitzen (Goffman 2008, S. 368 ff.).

Es muss, ähnlich wie in der Habermas'schen Theorie des kommunikativen Handelns, ein von allen Kommunikationspartnern geteiltes Hintergrundwissen geben, welches unumstritten ist. Wird ein Kommunikationsmedium dauerhaft für einen bestimmten Zweck verwendet, bildet sich mit der Zeit ein „klarer Rahmen“ aus, bei dem das Medium mit bestimmten Gebrauchsweisen und oftmals bestimmten Inhalten verbunden wird. Somit kann sich auch in der computervermittelten Kommunikation bei entsprechender Routine der Kommunikationspartner ein klarer Rahmen ausbilden, sodass es zu einer „wechselseitigen Reflexivität der Rahmung“ kommt (Lübcke 2011, S. 124). Medien sind dessen ungeachtet aber „keine neutralen Vehikel zur Übermittlung von Botschaften, sondern bedeutungsvolle sozio-kulturelle Artefakte“, die die Art und Weise, wie wir kommunizieren und interagieren, beeinflussen (Höflich 1998b, S. 151). Was aber, wenn den Akteuren das notwendige Rahmenwissen fehlt? Laut Goffman resultieren Täuschungen und die Modulierbarkeit sozialer Rahmen in Fehlrahmungen oder Rahmenbrüchen, worunter er Irrtümer versteht, die ein „falsch orientiertes Verhalten nach sich ziehen [...]. Der Handelnde muss dann feststellen, daß er nicht nur ein falsches Wort gebraucht, sondern eine ganz falsche Sprache“ (Goffman 2008, S. 339).

7.3 Das Computerrahmenmodell von Höflich

Bei unter den Bedingungen von Kopräsenz ablaufenden Interaktionen erleichtern determinierten Naturereignissen und kulturelle Vorgaben die Interpretation einer Situation und damit den Kommunikationsablauf. Auf den Untersuchungsgegenstand der computervermittelten Kommunikation übertragen sind dies technische Vorgaben und interpretierbare soziale Rahmen. Höflich spricht in dem Zusammenhang von „computerbezogenen Medienrahmen“ oder allgemeiner einem „Computerrahmen“ (Höflich 2003, S. 37 ff.).

„Der Medienrahmen wird subjektiv wahrgenommen, obwohl er technisch durch die Kommunikationspotenziale der jeweiligen Kommunikationstechnologien präformiert ist. Er wird aber auch kommunikativ zusammen mit anderen konstituiert und damit auf eine intersubjektive Grundlage gestellt“ (Höflich 2003, S. 39).

Goffman selber hat sich – schon aufgrund der Entstehungszeit seiner Studien – nicht mit computervermittelter Kommunikation beschäftigt. Seinem Hauptinteresse galten Interaktionsformen, in denen Akteure physisch präsent sind. Medienvermittelte Kommunikation kann ihm zufolge aufgrund fehlender Kopräsenz nicht unter dem Begriff der Interaktion rubriziert werden (Goffman 2008, S. 55).

Rückt man von dem engen Interaktionsverständnis ab, lassen sich aus der Goffman'schen Rahmenanalyse für den Untersuchungsgegenstand computervermittelte Kommunikation folgende Überlegungen ableiten. Erstens stehen Akteure, wie in der Face-to-Face-Kommunikation, im Fall computervermittelter Kommunikation zunächst vor folgender Frage: „Was geht hier eigentlich vor?“ Zur Beantwortung dieser Frage stehen Interpretationsschemata zur Verfügung. Die technische Konfiguration bildet den natürlichen primären Rahmen. Dieser determiniert, anders als der natürliche primäre Rahmen in einer realweltlichen Situation, eine Situation nicht vollständig. Der technische Rahmen wird durch Codiergrenzen geprägt. Nutzer computervermittelter Kommunikation können den technischen Rahmen im Gegensatz zu dem realweltlichen natürlichen Rahmen im gewissen Umfang und abhängig von der Anwendung modifizieren. Einfacher noch ist es in einen anderen Rahmen zu wechseln, da im Internet eine Vielzahl von „Kommunikationsrahmen“ existiert, die einen fließenden Wechsel ermöglichen (Beck 2010a, S. 21). Durch das Aufkommen des Social Web werden die Möglichkeiten zur Modifikation und zum Wechsel des Rahmens erweitert. Social-Web-Anwendungen erlauben es den Rahmen an seine eigenen Bedürfnisse anzupassen.

Neben dem technischen Rahmen spielt der soziale Rahmen bei der Betrachtung computervermittelter Kommunikation eine zentrale Rolle. Da bei computervermittelter

Kommunikation der „sprachliche Sonderfall zur Regel wird“ (Lübcke 2011, S. 132), stehen anders als bei der Face-to-Face-Kommunikation für die Einordnung in einem sozialen Rahmen Merkmale wie Raum, Mimik, Gestik, Alter, Geschlecht, körperliche Erscheinung etc. als Deutungs- und Interpretationsschemata nicht zur Verfügung. Dieser Ausschluss bedeutet jedoch nicht, dass computervermittelte Kommunikation kontextfrei verläuft (Höflich 2003, S. 43 ff.).

Der Begriff „Computerrahmen“ verdeutlicht die Existenz eines Raums, der sich durch bestimmte Verhaltensnormen und Erwartungen, ebenso wie durch bestimmte strukturelle Eigenschaften, auszeichnet. Diese Verhaltensnormen und Erwartungen können sich aufgrund der hohen interpretativen Flexibilität des Internets durch die Akteure verändern (Castells 2005, S. 9). Genauso wie bei einem Schriftwechsel, oder bei Face-to-Face-Interaktionen, sind soziale Normen in der computervermittelten Kommunikation wirksam. Dabei werden realweltliche Normen teils übernommen, und/oder auf den jeweiligen Kontext bezogen angepasst (Beck 2010b, S. 151). Diese „Selbstbindungskräfte“ (Beck 2010b, S. 132) erweisen sich als vergleichsweise wirkungsvoll, trotzdem können immer wieder „Rahmenstreitigkeiten“ auftreten, wenn es beispielsweise um die Netiquette geht (Beck 2006, S. 27 f.). Auch die Internationalität computervermittelter Kommunikation kann sich in dem Zusammenhang als „Problem“ erweisen. Im Gegensatz zu realweltlichen Gesprächen, die meist von Angehörigen des gleichen Kulturraums und häufig mit einem ähnlichen sozialen Hintergrund geführt werden, können Wertekonflikte über die Einschätzung bestimmter Medieninhalte, etwa als rassistisch, im Internet weitaus leichter entstehen. Hier zeigt sich ein Konflikt zwischen der Freiheit der Kommunikation und dem Schutz berechtigter Interessen (Beck 2010b, S. 139 f.). Das Internet gibt damit nur einen groben Rahmen vor, in dem die Nutzer ihre eigenen veränderbaren Regeln formen, die in vielen Kontexten in der computervermittelten Kommunikation eine größere Rolle spielen als gesetzliche Normen.

„Computerrahmen entstehen erst im praktischen Gebrauch des Internets, der zwar auch technisch, vor allem aber soziokulturell und motivational gerahmt ist“ (Schmidt 2004).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Rahmen innerhalb der computervermittelten Kommunikation existieren, welche Grenzen diese setzen und wie die Nutzer sie verändern können. Einen ersten Anhaltspunkt für mögliche idealtypische Computerrahmen schlägt der Kommunikationswissenschaftler Höflich vor.⁶⁸ Sein Vorschlag bietet Anhaltspunkte, computervermittelte Kommunikation und das Internet als Hybridmedium zwischen Individual- und Massenkommunikation zu strukturieren (Höflich 2003, S. 80 ff.):

⁶⁸ Er orientiert sich an Vorarbeiten von Ball-Rokeach und Reardon (1988).

- 1) Der „Computer als Abrufmedium“: Diese Kommunikationsform wendet sich an ein disperses Publikum und verläuft vom Sender zum Empfänger. Diese Form ähnelt klassischen massenmedialen Angeboten, bei denen Feedback eine untergeordnete Rolle spielt und der Abruf von Inhalten im Vordergrund steht, ohne dass es zu einer besonderen sozialen Beziehung kommt.
- 2) Der „Computer als Kontakt- und Diskussionsmedium“: Höflich subsumiert hierunter Kommunikationsformen, die von Beiträgen der Nutzer leben. Neben Foren und Chats fällt darunter eine Vielzahl von Social-Web-Anwendungen wie beispielsweise Blogs. Sie sind öffentlich, im Unterschied zu 1) ist der Adressat im Regelfall aber kein disperses Publikum. Durch gegenseitige Bezugnahme der Nutzer haben sich Rollenerwartungen, gemeinsame Gebrauchsweisen und Normen und Regeln gebildet, sodass von einer virtuellen Gemeinschaft gesprochen werden kann. Virtuelle Gemeinschaften füllen auf diese Weise eine Lücke, die in der klassischen medienvermittelten Kommunikation zwischen massenvermittelter und interpersonaler Kommunikation besteht (van Dijk 2005, S. 169).
- 3) Der Computer als Medium technisch vermittelter interpersonaler Kommunikation: Hierunter fallen synchrone und asynchrone Kommunikationsformen wie E-Mail oder private Chats. Im Unterschied zu 1) und 2) sind sie nur eingeschränkt öffentlich, jedoch stärker als 2) durch gegenseitige aktive Bezugnahme und persönliche Verständigung geprägt. Persönliche Beziehungen zwischen zwei oder mehr Nutzern stehen hier im Vordergrund, sodass sie einen ausgrenzenden Charakter annehmen.

Für deliberative Demokratiekonzepte sind vor allem Formen computervermittelter Kommunikation interessant, die in der Begrifflichkeit von Ball-Rokeach und Reardon als „debate telelogues“ bezeichnet werden. In „debate telelogues“ wird computervermittelte Kommunikation zur Diskussion genutzt und die Teilnehmer entwickeln gemeinsame Gebrauchsweisen, Normen und Regeln (Ball-Rokeach und Reardon 1988, S. 155).

Aufgrund der einfachen Möglichkeit, zwischen den Computerrahmen zu wechseln, zeigen sich die Schwierigkeiten einer Trennung zwischen den idealtypischen Rahmen in der Praxis. Die drei skizzierten Computerrahmen verschmelzen im Social Web. Potenziell können für einen kleinen Benutzerkreis bestimmte Botschaften, wenn sie beispielsweise in einem Forum stehen, von einem unbegrenzten Publikum rezipiert und kommentiert werden. Auch ist das Vorhandensein unterschiedlicher Kommunikationsformen auf einer Plattform für das Social Web charakteristisch. Schließlich kann auch aufgrund der technischen Fähigkeiten nicht pauschal auf die Verwendungsart einer bestimmten Anwendung geschlossen werden. Zwar gibt es strukturelle Restriktionen, innerhalb dieser Restriktionen sind aber verschiedenste Verhaltensweisen vorstellbar.

Höflich bezeichnet den Computer zutreffend als „Hybridmedium“ mit „multiplen Medienrahmen“, das bislang getrennte Medien in einem Medium vereint (Höflich 2003, S. 75). Informationsvermittlung, Diskussion und Partizipation können ohne Medienbruch innerhalb eines Medienrahmens stattfinden. Internetnutzer können sich in einem Medium über politische Inhalte informieren, über diese diskutieren und gleichzeitig beispielsweise eine elektronische Petition unterzeichnen (Vowe 2013, S. 87). Castells argumentiert ähnlich, wenn er computervermittelte Kommunikation als neue Kommunikationsform zwischen Massen- und Individualkommunikation unter den Begriff „mass self communication“ fasst:

„It is mass communication because it can potentially reach a global audience, as in the posting of a video on YouTube, a blog with RSS links to a number of web sources, or a message to a massive e-mail list. At the same time, it is self-communication because the production of the message is self-generated, the definition of the potential receiver(s) is self-directed, and the retrieval of specific messages or content from the World Wide Web and electronic networks is self-selected“ (Castells 2009, S. 55).

Freilich dominiert oftmals je nach Anwendung Massen- oder Individualkommunikation. Zwischen diesen kann aber im Vergleich zu anderen Kommunikationsmedien flexibel und ohne großen Aufwand gewechselt werden. Die Adressaten der Massenkommunikation können sich an der Kommunikation beteiligen, indem sie sich untereinander – über Foren, Kommentarfunktionen etc. – austauschen (Leggewie und Bieber 2008). Sie können außerdem rezipierte oder eigene Botschaften weiterempfehlen und publizieren, sodass bislang getrennte Medienformate zusammenwachsen.

Der Verschmelzungsprozess findet auf mehreren Ebenen statt (Schuegraf 2008, S. 26 f.; Kolo 2010, S. 286 ff.; Beckert und Riehm 2012, S. 40 ff.). Erstens wachsen auf der technischen Ebene Einzelmedien oder Übertragungswege zusammen. So kann man auf der Rezipientenseite zum Beispiel mit dem internetfähigen Fernseher surfen und Videos über das Internet abrufen, mit dem Mobiltelefon fernsehen und mit dem PC über Programme wie Skype telefonieren. Auf dem technischen Fundament aufbauend schließen sich Medienunternehmen aus vorher getrennten Bereichen zusammen.⁶⁹ Zweitens kommt es auf der inhaltlichen Ebene zu einer Angleichung der Inhalte auf den verschiedenen Plattformen. Die sogenannten Newsrooms vieler Medienhäuser, in denen Nachrichten medienneutral für Print-, Online- und unter Umständen Fernseh- und Hörfunkangebote produziert werden, zeigen auf der Produzentenseite die zunehmende inhaltliche Konvergenz, bei der Inhalt und Technik idealtypisch entkoppelt sind. Unterschieden wird bei dieser Grenzaufhebung

⁶⁹ Die letztlich wenig erfolgreiche Fusion von AOL und Time Warner 2001 ist dafür ein prominentes Beispiel.

allenfalls noch zwischen „legacy media“ – Inhalten, die ursprünglich für traditionelle Massenmedien konzipiert wurden – und „web-native media“, die ausschließlich im Internet zu finden sind (Kolo 2010, S. 286). Daneben beziehen sich auch traditionelle Massenmedien zunehmend auf Inhalte aus dem Internet, so ist es inzwischen weit verbreitet, dass TV-Programme Twitter-Meldungen, YouTube-Videos oder Google-Maps-Ausschnitte einblenden.

Die verschiedenen Ebenen verschmelzen nicht in einem trivialen Sinn. Es eröffnen sich für den Nutzer drittens neue Handlungsoptionen, sodass trotz technischer Integration und medienneutraler Produktion nicht von einheitlichen Nutzungsmustern gesprochen werden kann. Es kommt zu einer zunehmenden Differenzierung und Fragmentierung, bei der sich die Nutzungsweise nicht mehr über die technische Konfiguration des Geräts erschließt. Stattdessen dominieren „Mischformen“ sowie „partielle Kombinationen und Überschneidungen“, auch wenn die Praktiken der Mediennutzung immer noch unter Berücksichtigung des „Ursprungskontextes“ analysiert werden müssen (Beckert und Riehm 2012, S. 44 f.). Den Nutzern wird so die Möglichkeit geboten, sich von technischen Restriktionen einer Plattform zu lösen, das heißt in der Terminologie Goffmans den natürlichen primären Rahmen zu modifizieren. Auf der anderen Seite bedeutet die Vielzahl an zur Verfügung stehenden Rahmen innerhalb des „genuinen Konvergenzmediums“ Internet, dass der Bedarf an Deutungs- und Interpretationsschemata gegenüber realweltlichen Situationen zunimmt (Beckert und Riehm 2012, S. 23).

Wie das Computerrahmenmodell zeigt, laufen vermittelt über die technische Infrastruktur des Internets verschiedene Kommunikationsprozesse ab. Zentral ist, in welcher Weise die technischen Möglichkeiten durch die Nutzer verwendet werden. Diesen Aspekt hebt Höflich hervor, wenn er davon spricht, dass es eine der Aufgaben bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit computervermittelter Kommunikation sei, die „gruppen- und segmentspezifischen Aneignungen des Computers als Medium“ zu analysieren (Höflich 1997, S. 104). Um diese Auswirkungen computervermittelter Kommunikation theoretisch zu erfassen, sind seit den 80er Jahren verschiedene Theorien und Modelle entwickelt worden, die im folgenden Kapitel diskutiert und auf ihre Aussagen über Umsetzungspotenziale deliberativer Prozess im Internet überprüft werden.

7.4 Theorien computervermittelter Kommunikation

Den Bezugspunkt der theoretischen Modelle computervermittelter Kommunikation bildet die Face-to-Face-Kommunikation (vgl. für einen ersten Überblick Walther 1996; Döring 2003; Thurlow et al. 2005; Misoch 2006). Die vorgestellten Modelle gehen von unterschiedlichen Grundannahmen und Schwerpunktsetzungen aus. Ihre Aussagen zu den Auswirkungen

computervermittelter Kommunikation zeichnen ein heterogenes Bild über die Leistungen und Auswirkungen computervermittelter Kommunikation und zeigen damit die Vielschichtigkeit dieses Forschungsfeldes (Hauptmann 2012, S. 148).⁷⁰ Jedes der Modelle hat ferner mehr oder weniger deutliche blinde Flecken. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll die verschiedenen Theorien nicht als konkurrierende, sich einander ausschließende Modelle zu betrachten, sondern als Theorien, die einen bestimmten Teilaspekt computervermittelter Kommunikation erklären helfen können.

„Universelle Aussagen über netzbedingte Veränderungen von Identitäten, sozialen Beziehungen und Gruppen – oder anderen sozialen Phänomenen [...] – sind nicht sinnvoll, vielmehr muss man sich in allen Bereichen mit kontextspezifischen, subtilen und ambivalenten bzw. polyvalenten Folgen beschäftigen. Für deren Erklärung sind die CvK-Theorien mit sozialpsychologischen Theorien – etwa mit Identitäts-, Beziehungs- und Gruppentheorien – zu verbinden“ (Döring 2003, S. 197).

Unterschieden werden kann grob zwischen zwei Forschungsrichtungen (Rüggenberg 2007; Gebhardt 2008). Es existieren Modelle, die von der Prämisse ausgehen, dass die technischen Eigenschaften eines Mediums die über sie vermittelte Kommunikation determinieren. Ausgehend von der Annahme, dass Face-to-Face-Kommunikation die ursprünglichste und reichhaltigste Form der Kommunikation ist, wird computervermittelte Kommunikation aufgrund ihrer eingeschränkten Kanalvielfalt als defizitär eingestuft. Die Auswirkungen der Kanalreduktion computervermittelter Kommunikation auf das Kommunikationsverhalten werden je nach Theorie unterschiedlich beurteilt. Grundsätzlich betrachten sie computervermittelte Kommunikation im Vergleich zur Face-to-Face-Kommunikation als eingeschränkt.

Eine zweite kompensatorische Richtung löst sich von dieser technikedeterministischen Defizitanalyse. Sie fokussiert stärker die Nutzerseite computervermittelter Kommunikation und fragt danach, zu welchem Zweck computervermittelte Kommunikation eingesetzt wird, wie die Nutzer den technischen und sozialen Rahmen ihren Bedürfnissen anpassen und wie Restriktionen computervermittelter Kommunikation durch deren Nutzer kompensiert werden. Ihre Beurteilung der computervermittelten Kommunikation fällt im Gegensatz zu den Defizitmodellen deutlich positiver aus. Im Folgenden werden zunächst die Defizitmodelle vorgestellt und hinsichtlich ihrer Schwachpunkte beleuchtet, um dann kompensatorische Modelle zu diskutieren.

⁷⁰ Schon aufgrund der Grundannahmen lassen sich einige Modelle leichter als andere miteinander verbinden, einige Teilaspekte stehen auch in einem unvereinbaren Gegensatz zueinander (Hauptmann 2012, S. 147 ff.).

7.4.1 Computervermittelte Kommunikation als defizitäre Kommunikationsform

Innerhalb der Theorien medien- und computervermittelter Kommunikation nimmt das Modell der sozialen Präsenz eine zentrale Position ein (Short et al. 1976). Dies liegt darin begründet, dass auf dem Modell aufbauend eine Reihe empirischer Studien entstanden ist (Ijsselstein 2004), auch diente das Modell der sozialen Präsenz als Grundlage für weitere Modelle computervermittelter Kommunikation. Nach der grundlegenden These des von Short, Williams und Christie erarbeiteten Modells unterscheiden sich Kommunikationsmedien in dem Ausmaß, in dem es ihnen gelingt soziale Präsenz zu erzeugen. Soziale Präsenz – definiert als „the degree of salience of the other person in the interaction and the consequent salience of the interpersonal relationships“ – wird von Nutzern eines Mediums umso höher eingeschätzt, je stärker das Gefühl der Anwesenheit eines Kommunikationspartners vorherrscht (Short et al. 1976, S. 69).

Das Gefühl der Anwesenheit eines Kommunikationspartners ist abhängig von der Anzahl der technisch zur Verfügung stehenden Kommunikationskanäle und folgt einer technikedeterministischen Position. Je mehr Kommunikationskanäle zur Verfügung stehen, desto mehr nonverbale Elemente übermittelt werden, umso stärker kann ein Medium ein Gefühl der Anwesenheit vermitteln.

„Je weniger Kanäle, desto weniger ist man sich der Anwesenheit anderer Personen bewusst und desto unpersönlicher werden die Interaktionen“ (Frindte und Köhler 1999, S. 147).

Des Weiteren spielt die Kontextspezifität eine gewichtige Rolle bei der Einschätzung eines Mediums durch seine Nutzer als sozial verträglich. Während für komplexe Kommunikationsprozesse – wie beispielsweise Konfliktschlichtung – Medien mit einem hohen Grad an sozialer Präsenz notwendig sind, reichen für einfache Aufgaben Medien mit einem geringen Grad an sozialer Präsenz aus (Short et al. 1976, S. 158 ff.). Im Umkehrschluss kann vermutet werden, dass es zu Problemen kommen könnte, wenn ein Medium, dem nur ein geringer Grad an sozialer Präsenz zugeschrieben wird, zur Lösung von Problemen verwendet wird, die ein hohes Maß an sozialer Präsenz erfordern (Höflich 2003, S. 45). Zur Bestimmung der sozialen Präsenz eines Mediums greifen Short, Williams und Christie auf die Attributpaare unsoziabel/soziabel, kalt/warm, emotional/sachlich und intensiv/sensitiv zurück. Anhand dieser Attribute können die Nutzer eines Mediums auf einer 7-Punkte-Skala abtragen, inwiefern ihrer Einschätzung nach durch ein Medium vermittelte Botschaften soziale Präsenz erzeugen (Short et al. 1976, S. 64 ff.). Sie lösen sich damit teilweise von einer Perspektive, die nur aufgrund der technischen Beschaffenheit eines Mediums auf das Ausmaß sozialer Präsenz versucht zu schließen.

Die Theorie der sozialen Präsenz wurde für Untersuchungen über Audio- und Videokonferenzen entwickelt und später auf den Bereich der computervermittelten Kommunikation übertragen (Culnan und Markus 1987). Computervermittelte Kommunikation wird den Annahmen der Theorie sozialer Präsenz folgend als Medium mit vergleichsweise geringer sozialer Präsenz eingeschätzt, da die Anzahl der Kommunikationskanäle wegen der primären Textbasiertheit gering ist und nonverbale Signale nur schwer übertragen werden können. Computervermittelte Kommunikation eignet sich aus dieser Perspektive nur für einfache Kommunikationsprozesse und ist als Medium zur Vermittlung deliberativer Demokratiekonzepte ungeeignet. Deliberative Demokratiekonzepte setzen den Austausch rationaler Argumente voraus. Sie bedürfen aus dieser technikdeterministischen Perspektive eines Mediums mit einem hohen Grad an sozialer Präsenz, das heißt eines Mediums mit einer technisch bedingten hohen Kanalvielfalt.

Aufbauend auf dem Modell der sozialen Präsenz sind weitere Modelle entwickelt worden. Dazu gehören das Restriktionsmodell (Vitouch und Winterhoff-Spurk 1989)⁷¹ und die Medienreichhaltigkeitstheorie (Daft und Lengel 1984). Wie auch das Modell der sozialen Präsenz argumentieren sie von einer technikdeterministischen Grundlage ausgehend, sodass bestimmten Medien aufgrund ihrer technischen Konfiguration spezifische soziale Eigenschaften zugeschrieben werden – das Medium bestimmt die Form der Kommunikation. Computervermittelte Kommunikation, die einhergeht mit einer Reduzierung der Übertragungskanäle, wird pauschal als defizitär eingestuft. Face-to-Face-Kommunikation wird aufgrund ihrer ungefilterten Beteiligung aller Sinneskanäle als Idealform angesehen. Aus dieser Position heraus argumentierend muss die Analyse des Potenzials computervermittelter Kommunikation für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte negativ ausfallen.

Die Medienreichhaltigkeitstheorie argumentiert demgegenüber elaborierter. Medien werden anhand ihrer Fähigkeit, komplexe Kommunikationsaufgaben zu bewältigen, in reiche und arme Medien differenziert (Daft und Lengel 1984; Rice und Shook 1990; Misoch 2006, S. 76 ff.). Als Merkmal wird zum einen die Unsicherheit, zum anderen die Mehrdeutigkeit einer Kommunikationsaufgabe berücksichtigt. Der Reichtum eines Mediums hängt von Faktoren wie der Schnelligkeit des Feedbacks, der Kanalvielfalt, der Natürlichkeit und der Vielfalt der übermittelten Sprache ab (Daft und Lengel 1984, S. 561). Bei mehrdeutigen Aufgaben haben reiche Medien Vorteile, da hier die Akteure ein gemeinsames Verständnis der Situation entwickeln müssen, bei unsicheren Aufgaben sind hingegen arme Medien unter Umständen effektiver, die eine Vielzahl von Informationen vermitteln (Walther 1996, S. 8).

„Rich media are better suited to highly equivocal (and, later, interpersonally

⁷¹ Häufig auch als Kanalreduktionsmodell bezeichnet.

demanding) tasks, whereas lean media are more efficient for unequivocal tasks“ (Walther 1996, S. 8).

Es wird bei der Medienreichhaltigkeitstheorie weiterhin differenziert, inwiefern ein Medium geeignet ist spezifische Kommunikationsprobleme zu lösen. So ist es möglich, dass eine Face-to-Face-Interaktion nicht effektiv ist, weil die Vielzahl von übertragenen Wahrnehmungskanälen eine Routineaufgabe – wie beispielsweise eine Terminabsprache – verkompliziert und von der eigentlichen Aufgabe ablenkt. In dem Fall wäre die Verwendung eines armen Mediums effektiver (Walther 1992, S. 57). Arme Medien sind aus der Perspektive der Medienreichhaltigkeitstheorie aus dem Grund nicht pauschal defizitär, sondern nur für bestimmte Aufgaben nicht geeignet. Die Medienreichhaltigkeitstheorie geht trotz dieses innovativen Ansatzes von einer technikdeterministischen Grundannahme aus. Modifikationen und Kompensationen der Restriktionen computervermittelter Kommunikation durch die Nutzer werden von ihr nicht berücksichtigt. Da computervermittelte Kommunikation ein armes Medium ist, welches sich aus dieser Warte nur für unzweideutige, einfache Kommunikationsaufgaben eignet, ist es für die Vermittlung deliberativer Prozesse aus der Warte kein passendes Medium.

Die vorgestellten Defizitmodelle gehen von der Prämisse aus, dass technische Eigenschaften eines Mediums seine Nutzung vorgeben, das heißt, dass technisch vorhandene Restriktionen eines Mediums durch die Nutzer unabhängig von der Art und Weise der Nutzung existieren und von ihnen nicht beeinflussbar sind. Gemeinsam ist ihnen außerdem die Anordnung verschiedener Kommunikationsformen entlang einer festgefügt Medienhierarchie. Die Face-to-Face-Kommunikation findet sich aufgrund ihrer Kanalvielfalt an der Spitze, kanalreduzierte, primär textbasierte computervermittelte Kommunikation am unteren Ende. Eine Kompensation technischer Restriktionen durch die Nutzer spielt in den Modellen keine Rolle. Aus der Warte bleibt computervermittelte Kommunikation defizitär und nur für einfache Kommunikationsaufgaben geeignet.

Eine kritische Betrachtung der Modelle relativiert diese Annahmen und zeigt die blinden Flecken der Defizitmodelle. Exemplarisch offenbaren sich die Mängel beim Modell der sozialen Präsenz (Misoch 2006, S. 66 ff.). Das gravierendste Problem des Modells ist, dass es das Ausmaß sozialer Präsenz als objektive Eigenschaft von Medien einstuft, die sich als nicht durch seine Nutzer beeinflussbar zeigen:

„We regard Social Presence as being a quality of the communications medium. Although we would expect it to affect the way individuals perceive their discussions, and their relationships to the persons with whom they are communicating, it is important to emphasize that we are defining social presence as a quality of the medium itself“ (Short et al. 1976, S. 65).

Ungeachtet dieser technikdeterministischen Position scheinen Short et al. sich des Problems bewusst zu sein, dass eine alleinige Bewertung des Maßes sozialer Präsenz eines Mediums aufgrund seiner technischen Eigenschaften nicht ausreicht. Sie schlagen deswegen vor, das Ausmaß der sozialen Präsenz einzelner Medien durch seine Nutzer entlang einer Skala zu bewerten. Diese subjektive Beurteilung wirft neue Probleme auf. Es handelt es sich bei Attributen wie warm, emotional, intensiv etc. um kaum messbare latente Merkmale (Mühlenfeld 2004, S. 48). Weiterhin bleibt unklar, in welchem Verhältnis die subjektive Beschreibung und die objektiven Medieneigenschaften zueinander stehen. Misoch vermutet, dass Short, Williams und Christie an der Prämisse des objektiven Vorhandenseins „überindividueller ‚Ranglisten‘ der Mediennutzung“, das heißt technologisch determinierter Restriktionen eines Mediums festhalten (Misoch 2006, S. 67 f.). Eine Vermischung beider Komponenten trägt ebenso wie eine im Voraus erstellte Rangliste aber nicht zur Klarheit des Konzepts bei.

Mängel zeigen sich desgleichen bei dem auf dem Modell der sozialen Präsenz aufbauenden Restriktionsmodell und der Medienreichhaltigkeitstheorie. Zwar ist computervermittelte Kommunikation technisch kanalreduziert; dass sich aufgrund dieser technischen Vorprägung computervermittelte Kommunikation nur für einfache Kommunikationsformen eignet, ist aber fragwürdig. Die Medienreichhaltigkeitstheorie argumentiert differenzierter. Die Unterscheidung zwischen mehrdeutigen Aufgaben, für die sich reiche Medien besser eignen, und eindeutigen Aufgaben, für die arme Medien sinnvoller sind, löst sich von der pauschalen Einstufung bestimmter Formate als minderwertig. Sie lenkt den Blick auf den Verwendungskontext einzelner Formate. Die Medienreichhaltigkeitstheorie greift letztlich aber zu kurz, da sie von einer festen Hierarchie reicher und armer Medien ausgeht, das heißt ausblendet, wie Nutzer mit vorhandenen Restriktionen umgehen und versuchen diese zu kompensieren. Auf die Problematik einer festen Hierarchie armer und reicher Medien verweisen auch die Ergebnisse empirischer Studien. In diesen bewerten erfahrene Nutzer computervermittelter Kommunikation arme Medien als deutlich reichhaltiger als unerfahrene User (Walther 1992, S. 59 ff.; Misoch 2006, S. 80; Min 2007).

Vor dem Hintergrund dieser empirischen Erkenntnisse stellt sich die Frage, ob der Reichtum eines Mediums an inhärenten, objektiven Eigenschaften eines Mediums festgemacht werden kann. Die Medienreichhaltigkeitstheorie geht davon aus, dass „such effects are inherent, constant, and context invariant“ (Walther 1992, S. 58). Die empirischen Ergebnisse können als Beleg dafür gelten, dass Medienreichhaltigkeit keine objektive Eigenschaft ist, sondern subjektiv von Nutzer zu Nutzer variiert. Dieser Aspekt und wie beide Aspekte zueinander im Verhältnis stehen, wird von den Defizitmodellen jedoch ausgeblendet.

Zusammenfassend weisen die Defizitmodelle richtigerweise darauf hin, dass

computervermittelte Kommunikation kanalreduziert ist und technisch bedingte Codiergrenzen besitzt. Sie bilden in der Goffman'sche Terminologie den natürlichen primären Rahmen. Nur das, was digital codiert werden kann, kann auch innerhalb der computervermittelten Kommunikation übertragen werden. Face-to-Face-Kommunikation hat damit vermutlich eine höhere Annahmewahrscheinlichkeit als schriftliche Kommunikation. Während die Ablehnung von Inhalten schriftlicher Kommunikation vergleichsweise einfach ist, ist dies aufgrund der Nähe und Intensität im Fall von Face-to-Face-Kommunikation schwieriger. Auch die Unterscheidung nach Kommunikationsaufgaben, für deren Erledigung unterschiedliche Medien am geeignetsten sind, ist überzeugend. So kann kanalreduzierte medienvermittelte Kommunikation zur Erfüllung bestimmter Kommunikationsaufgaben Vorteile zeigen. Dessen ungeachtet ist computervermittelte Kommunikation aus der Perspektive der Defizitmodelle kein geeignetes Medium zur Vermittlung deliberativer Prozesse. Akteure müssen in deliberativen Prozessen versuchen in mehrdeutigen Situationen eine gemeinsame Interpretation eines Problems durch den Austausch kritischer und rationaler Argumente zu entwickeln. Aus der Perspektive der Defizitmodelle bedarf es dafür eines Mediums, welches von seiner technischen Struktur her bereits eine hohe Kanalvielfalt besitzt und damit einen hohen Grad an sozialer Präsenz erzeugen kann, wie die Face-to-Face-Kommunikation.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass bestimmte Eigenschaften computervermittelter Kommunikation technisch determiniert sind, nicht modifiziert werden können und als Codiergrenzen einen primären natürlichen Rahmen bilden, spricht einiges dafür die Erzeugung sozialer Präsenz innerhalb medienvermittelter Kommunikation nur im Zusammenspiel mit anderen Faktoren zu analysieren. Die Defizitmodelle ignorieren aufgrund ihres technikdeterministischen Grundverständnisses diesen Umstand. Das Ausmaß sozialer Präsenz und damit die Geeignetheit eines Mediums für die Erfüllung komplexer Kommunikationsaufgaben ist keine objektive Eigenschaft eines Mediums, sondern durch seine Nutzer beeinflussbar. Ein zentraler Faktor ist die Vertrautheit mit dem Medium. Wächst die Erfahrung mit computervermittelter Kommunikation und wird sie als adäquate Möglichkeit zur Lösung komplexer kommunikativer Aufgaben angesehen, steigt auch die Einschätzung des Grades der Erzeugung sozialer Präsenz computervermittelter Kommunikation. Damit wächst auch die Zahl der kommunikativen Kontexte, in denen computervermittelte Kommunikation als adäquate Form der Kommunikation akzeptiert wird.

7.4.2 Kompensatorische Modelle computervermittelter Kommunikation

Die oben dargestellten Defizitmodelle konzentrieren sich auf die technischen Eigenschaften eines Mediums und vergleichen diese mit der Face-to-Face-Kommunikation. Aufbauend auf

dem Vergleich ziehen sie Rückschlüsse auf die Ausgestaltung der Kommunikation.

„Es ist die stetige Gretchenfrage nach dem, was gleich bleibt, und nach dem, was sich verändert, wenn zwischenmenschliche Kommunikation nicht mehr von Angesicht zu Angesicht, sondern mit Hilfe eines Computers von statten geht“ (Rüggenberg 2007, S. 18).

Aufgrund ihrer technikdeterministischen Grundannahme wird computervermittelte Kommunikation im Vergleich zur Face-to-Face-Kommunikation als defizitär und nur für einfache Kommunikationsaufgaben geeignet angesehen. Die Annahme erscheint vor dem Hintergrund der zunehmenden Nutzung computervermittelter Kommunikation in verschiedensten Kontexten und des kreativen Umgangs seiner Nutzer mit computervermittelter Kommunikation diskussionswürdig. Sogenannte kompensatorische Modelle lösen sich von der technikdeterministischen Position der Defizitmodelle und lenken den Blick auf die Nutzerseite. Zu den zentralen Modellen zählen das Filter- und das SIDE-Modell, die Social Information Processing Perspective und der Common-Ground-Ansatz.

7.4.2.1 Das SIDE-Modell

Der SIDE-Ansatz (vgl. grundlegend Spears und Lea 1994; außerdem Misoch 2006, S. 128 ff.; Döring 2003, S. 174 ff.) legt seinen Schwerpunkt auf die Anonymität und physische Isolation als Strukturmerkmale computervermittelter Kommunikation. Aufbauend auf sozialpsychologischen Theorien (Spears und Lea 1994, S. 441 ff.) postuliert der SIDE-Ansatz eine Tendenz zur Meinungspolarisierung bei der Nutzung computervermittelter Kommunikation (Spears und Lea 1994, S. 442). Dafür verantwortlich machen Spears und Lea eine saliente Identität der Individuen. Saliente Identität differenzieren sie in soziale und personale Identität. Anknüpfend an die Arbeiten von Tajfel verstehen sie unter sozialer Identität die Zugehörigkeit einer Person zu einer Gruppe oder sozialen Kategorie:

„[...] that part of an individual's self-concept which derives from his knowledge of his membership in a social group [or social groups] together with the value and emotional significance attached to the membership“ (Tajfel 1978, S. 63).

Unter personaler Identität werden personenspezifische Besonderheiten wie Alter, Vorlieben etc. sowie ein Vergleich dieser Merkmale mit anderen Personen gefasst. Ist sich ein Individuum primär seiner sozialen Identität bewusst, nimmt es sich als Mitglied einer Gruppe und ihrer Normen wahr. Dominiert bei einer Person die personale Identität, betont sie ihre individuellen Besonderheiten und grenzt sich in der Folge von anderen ab.

Auf dieser Unterscheidung aufbauend stellt der SIDE-Ansatz die These auf, dass sich in Abhängigkeit von der vorhandenen salienten Identität des Individuums die soziale oder personale Identität bei der Nutzung computervermittelter Kommunikation stärker ausprägt (Misoch 2006, S. 133 f.). Gründe für die Verstärkung der sozialen Identität innerhalb der computervermittelten Kommunikation sind die Anonymität (Walther 1996; Joinson 2001; Döring 2003; Thiedeke 2003; Sutter 2008, S. 67) sowie die fehlende räumliche und visuelle Nähe. Der einhergehende Informationsverlust kann dazu führen, dass Unterschiede zwischen den Nutzern nicht wahrgenommen werden und sich die Nutzer den Gruppennormen anpassen. Ist die personale Identität salient, weil beispielsweise keine klar identifizierbare Gruppe vorhanden ist, oder diese keinerlei Anknüpfungspunkte für das Individuum bietet, kann es zu einer ähnlichen Akzentuierung kommen, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Statt sich den Normen einer Gruppe anzupassen, verstärken sich individuelle Besonderheiten (Döring 2003, S. 174 f.; Boos 2008, S. 213 f.). Neben kognitiven Aspekten können strategische Aspekte eine Rolle spielen. Personen, die gegenüber einer Gruppe identifizierbar sind, können sich den Normen einer Gruppe anpassen, um Sanktionen zu vermeiden oder um Unterstützung von der Gruppe zu erhalten.

7.4.2.2 Das Filtermodell

Wie die Medienreichhaltigkeitstheorie und das Modell der sozialen Präsenz konzentriert sich auch das Filtermodell (vgl. grundlegend Sproull und Kiesler 1986; Kiesler et al. 1988; außerdem Misoch 2006, S. 72 ff.; Döring 2003, S. 174 ff.) auf die technisch bedingte kanalreduzierte Kommunikation im Internet. Die Grundannahme des Filtermodells ist einfach. Face-to-Face-Kommunikation und computervermittelte Kommunikation unterscheiden sich signifikant voneinander. Die Folge daraus ist eine Veränderung des Kommunikationsprozesses, die sowohl positive als auch negative Folgen haben kann. Der zentrale Unterschied zwischen Face-to-Face-Kommunikation und computervermittelter Kommunikation besteht für Sproull und Kiesler im Fehlen von sozialen Hinweisen („social context cues“).

Computervermittelter Kommunikation fehlen unmittelbar die Kommunikationssituation betreffende Hinweise („situational variables“) und organisatorische Hinweise („organizational position“), welche beispielsweise den Status oder Aussehen, Alter, Bildung etc. betreffen (Sproull und Kiesler 1986, S. 1494 ff.). Welche Folgen das Fehlen der „social context cues“ und „situational variables“ innerhalb computervermittelter Kommunikation hat, wird unterschiedlich beurteilt. So geht Döring von positiven Folgen aus und spricht von einem „Nivellierungseffekt“ (Döring 2003, S. 155). Ähnlich argumentiert Misoch, die sich eine

„Egalisierung der Interaktionssituation“ (Misoch 2006, S. 72) erhofft.⁷²

„Weder die imposante Gestalt noch die laute Stimme, der Altersvorsprung oder die elegante Kleidung schaffen in CvK-Szenarien einen Kommunikationsvorteil“ (Döring 2003, S. 155).

Verbunden mit der Hoffnung auf eine Egalisierungstendenz computervermittelter Kommunikation ist die Einschätzung, dass es aufgrund des Fehlens sozialer Hinweise zu einer Konzentration der Kommunikationspartner auf den Inhalt der Nachricht kommt (Misoch 2006, S. 72). Als mögliche negative Effekte des Fehlens von sozialen Hinweisen innerhalb der computervermittelten Kommunikation wird befürchtet, dass in Foren, oder in anderen durch Anonymität geprägten Anwendungen, ein ungehemmter und aggressiver Kommunikationsstil dominiert.

„Typically, when social context cues are strong, behavior tends to be relatively other-focused, differentiated, and controlled. When social context cues are weak, people’s feelings of anonymity tend to produce relatively self-centered and unregulated behavior“ (Sproull und Kiesler 1986, S. 1495).

7.4.2.3 Die Social Information Processing Perspective

Wenn auch das SIDE- und das Filtermodell differenzierter argumentierten als die Defizitmodelle, gehen sie von ambivalenten Folgewirkungen computervermittelter Kommunikation aus, das heißt, dass computervermittelte Kommunikation sowohl positive als auch negative Folgen zeigt. Die Social Information Processing Perspective (grundlegend Walther 1992, 2007; außerdem Misoch 2006, S. 123 ff.; Rüggenberg 2007, S. 90 ff.) nimmt innerhalb der Modelle computervermittelter Kommunikation eine Sonderstellung ein. Die Social Information Processing Perspective stellt die These auf, dass computervermittelte Kommunikation unter bestimmten Bedingungen im gleichen Umfang wie Face-to-Face-Kommunikation verbindlich und emotional sein kann und ein geeignetes Medium ist, um persönliche Beziehungen zu pflegen oder neu aufzubauen. Zwar leugnet die Social Information Processing Perspective nicht die technisch vorhandenen Grenzen. Vertreter der Social Information Processing Perspective sind aber der Auffassung, dass diese Defizite kompensiert werden können (Walther 1992, S. 67 ff.). Die Anonymität computervermittelter Kommunikation spielt auch in diesem Ansatz eine zentrale Rolle. Anonymität wirkt unterstützend, da sie eine entspannte und ungezwungenere Kommunikation fördern kann. Damit verweist die Social-Information-Perspektive allerdings implizit auf die Spannbreite der Möglichkeiten anonymer computervermittelter Kommunikation: Betrachten die Defizitmodelle

⁷² Empirisch konnten Sproull und Kiesler diese Egalisierungstendenzen untermauern (Sproull und Kiesler 1986, S. 1509).

⁷²

Anonymität als Problem, sieht die Social Information Processing Perspective in ihr eine Chance (Thurlow et al. 2005, S. 53).

Vertreter der Social Information Processing Perspective gehen davon aus, dass die Nutzer im Zeitverlauf ein an die „Medien angepasstes Verhalten“ entfalten und neue Fähigkeiten entwickeln, welche vorhandene Restriktionen ausgleichen können (Wende 2007, S. 108). Computervermittelte Kommunikation kann nicht nur zur Face-to-Face-Kommunikation hinsichtlich ihrer Möglichkeiten aufschließen: „CMC-Interaktionen können sich sogar als freundlicher, sozialer und vor allem intimer gestalten“ als Face-to-Face-Kommunikation (Rüggenberg 2007, S. 91). Computervermittelte Kommunikation ist damit nicht nur gleichwertig, sondern aus dieser Perspektive ein unter Umständen adäquateres Mittel für die Kommunikation.

„[...] given sufficient time and message exchanges for interpersonal impression formation and relational development to accrue, and all other things being equal, relational valences in later periods of CMC and face-to-face communication will be the same“ (Walther 1992, S. 69).

Eine zentrale Voraussetzung, damit sich über computervermittelte Kommunikation persönliche Beziehungen aufbauen können, ist der Zeitfaktor und damit zusammenhängend die Erfahrung mit der neuen Kommunikationsanwendung (Walther 1992, S. 80). Folgt man der Argumentation, verlieren die im Rahmen von Labortests gewonnenen empirischen Erkenntnisse über die Problematiken computervermittelter Kommunikation, auf welche die Defizitmodelle verweisen, an Erklärungskraft. Man muss vielmehr davon ausgehen, dass den Nutzern in zeitlich eng begrenzten Labortests nicht genügend Zeit zur Verfügung steht, um sich an das neue Medium zu gewöhnen.

Folgt man der Annahme, dass die Nutzung computervermittelter Kommunikation inzwischen zum Alltag vieler Menschen gehört und damit die Erfahrung und der Gewöhnungsaspekt mit ihr gewachsen sind, scheinen die Voraussetzungen für den Aufbau persönlicher Beziehungen über computervermittelte Kommunikation günstig. Neben dem Zeitfaktor und dem Gewöhnungsaspekt spielen ferner das bereits Vorhandensein einer Beziehung in der Realwelt, die gegenseitige Erwartung, dass sich die Verbindung in Zukunft fortsetzen wird, und die soziale Kontaktfähigkeit der Beteiligten eine wichtige Rolle (Rüggenberg 2007, S. 91 f.). Auch hier kann mittlerweile davon ausgegangen werden, dass die Voraussetzungen im Social Web weitverbreitet sind, da in sozialen Netzwerken oft realweltlich existierende Kontakte gepflegt und vertieft werden.

Noch einen Schritt weiter geht das Modell der Simulation und Imagination, welches auf der Social Information Perspective aufbaut. Die Social Information Perspective geht davon aus,

dass innerhalb der computervermittelten Kommunikation nonverbale Signale zwar auf anderen Wegen übertragen werden können, es grundsätzlich aber die gleichen sind. Das Modell der Simulation und Imagination argumentiert radikaler. Computervermittelte Kommunikation eröffne vielmehr die Möglichkeit, „Identitäten und sonstige Lebenszusammenhänge in nahezu beliebiger Weise zu konstruieren“ (Döring 2003, S. 167). Die Social-Information-Perspektive verweist auf die Kompensationsmöglichkeiten nonverbaler Signale. Das Modell der Simulation und Imagination begreift ihr Fehlen als Vorzug, um so eine virtuelle Identität zu erschaffen, die unter Umständen nichts mit der realweltlichen zu tun haben muss (Döring 2003, S. 167 ff.).

7.4.2.4 Der Common-Ground-Ansatz

Der Common-Ground-Ansatz gehört nicht zu den Modellen computervermittelter Kommunikation im engeren Sinne. Aufgrund seines hohen Abstraktionsniveaus kann er jedoch auf die Besonderheiten computervermittelter Kommunikation übertragen werden. Er zeigt sich anschlussfähig an Modelle computervermittelter Kommunikation, da er elaboriert ausarbeitet, auf welcher Basis einzelne Akteure oder Gruppen zu einer gemeinsamen Verständigung, entweder in Face-to-Face-Interaktionen oder medienvermittelt, gelangen. Prämisse des Common-Ground-Ansatz ist, dass ein Kommunikationsprozess erfolgreich verläuft, wenn die Kommunikationspartner über eine gemeinsame Wissensbasis verfügen. Von dieser Annahme ausgehend wurde der Common-Ground-Ansatz entwickelt (vgl. grundlegend Clark und Schaefer 1989; Clark und Brennan 1991). McCarthy et al. definieren Common Ground als „the mutual knowledge, beliefs and assumptions of the participants in a conversation“ (McCarthy et al. 1991, S. 209).

Im Zentrum des Konzepts steht das sogenannte Grounding. Damit werden verschiedene Techniken und Signale benannt, mithilfe derer sich die Kommunikationspartner versichern sich gegenseitig zu verstehen. Grounding ist ein Kommunikationsprozess, bei dem der „common ground is updated in an orderly way, by each participant trying to establish that the others have understood their utterances well enough for the current purposes“ (McCarthy et al. 1991, S. 209). Der Prozess der Verständigung läuft in zwei Richtungen ab: Akteur A will von B richtig verstanden werden, zum anderen will A richtig verstehen, was B ihm mitteilt. Erfolgreich ist der Prozess, wenn die Kommunikationsteilnehmer zu der Überzeugung gelangen, sich untereinander richtig verstanden zu haben, da sie über einen geteilten Vorrat an Werten, Wissen und Annahmen die Gesprächssituation betreffend verfügen (Clark und Schaefer 1989, S. 262).

Zur Überprüfung, ob ein gemeinsames Verständnis vorhanden ist, kommen Grounding-

Techniken zum Einsatz (Clark und Schaefer 1989, S. 267 ff.; McCarthy et al. 1991, S. 131 ff.). Sie dienen der Überprüfung, ob der Kommunikationspartner die eigene Botschaft verstanden hat. Zu den Grounding-Techniken werden folgende Verfahren gezählt:

- Der Empfänger zeigt dem Kommunikator, dass er seiner Botschaft folgen kann
- Sprecherwechsel
- Verbale Zustimmung oder Ablehnung
- Nichtverbale Signale

Als Teil des Common Ground kann eine kommunikative Botschaft erst dann angesehen werden, wenn die Rückversicherung durch eine der Grounding-Techniken erfolgt ist (Clark und Schaefer 1989, S. 265 ff.; Clark und Brennan 1991, S. 129 ff.). Das genutzte Medium spielt für die Rückversicherung eine zentrale Rolle, wobei in vielen Situationen der Prozess des Groundings unbewusst im Hintergrund und parallel zur Kommunikation abläuft. Beispielsweise genügt in vielen Face-to-Face-Interaktionen ein kurzes Kopfnicken, um dem Gegenüber zu signalisieren, dass man seine Botschaft verstanden hat. Wie aufwendig die Herstellung eines Common Grounds ist, hängt vom gewählten Medium und dem Inhalt der Botschaft ab. Clark und Brennan nennen acht Dimensionen, in denen ein Medium den Prozess des Groundings beeinflussen kann (Clark und Brennan 1991, S. 141 f.):

- 1) Copresence: A und B teilen dieselbe Umwelt
- 2) Visibility: A und B sind füreinander sichtbar
- 3) Audibility: A und B können die Stimmen des Kommunikationspartners hören
- 4) Cotemporality: B empfängt die Botschaft von A ohne Zeitverzögerung
- 5) Simultaneity: A und B können Botschaften simultan senden und empfangen
- 6) Sequentiality: Die Botschaften von A und B bilden eine logische Sequenz
- 7) Reviewability: A und B können auf vergangene eigene und Botschaften des Kommunikationspartners zurückgreifen
- 8) Revisability: A kann, bevor er die Nachricht an B sendet, diese zwecks Korrektur noch einmal überprüfen

Face-to-Face-Kommunikation erfüllt bis auf 7) und 8) alle Punkte. Im Vergleich dazu stellt sich die Situation innerhalb der computervermittelten Kommunikation anders dar. Hier sind bei synchronen Kommunikationsanwendungen, wie der E-Mail, 7) und 8) gegeben, 1) bis 6) nicht. Bei vielen anderen Anwendungen computervermittelter Kommunikation sind häufig 4) bis 8) vorhanden. Was beeinflusst die Wahl eines Mediums? Der Common-Ground-Ansatz geht davon aus, dass die Herstellung eines gemeinsamen Verständnisses Kosten

verursacht. Die beteiligten Akteure greifen deshalb auf ein Medium zurück, welches für das Verstehen seiner eigenen Botschaft am adäquatesten und dem Kontext am angemessensten erscheint, das heißt die niedrigsten Kosten verursacht (Clark und Brennan 1991, S. 140 f.). Die Kosten können sich im Zeitverlauf verändern. So können aufgrund von Gewöhnungsaspekten, oder infolge der Verbreitung eines Mediums, die Kosten für computervermittelte Kommunikation sinken. Die Kosten, die ein Medium verursacht, stehen somit nicht von Anfang an endgültig fest, sondern das Medium gibt nur einen Rahmen vor. Kosten können sowohl exklusiv für den Sender oder Empfänger einer Botschaft entstehen. Sie können aber auch Kosten sein, die beide Akteure bezahlen müssen (Clark und Brennan 1991, S. 142 ff.).

Bei der mündlichen Kommunikation sind die Kosten tendenziell am niedrigsten, während sie in der schriftlichen Kommunikation – worunter auch ein Großteil der computervermittelten Kommunikation subsumiert wird – höher sind. Aufgrund der Vermischung von Mündlichkeit und Schriftlichkeit in der computervermittelten Kommunikation sind die Produktionskosten tendenziell niedriger zu veranschlagen als in der klassischen schriftlichen Kommunikation. Aufnahme- und Verständigungskosten entstehen beim Empfänger einer Botschaft. Wie hoch diese Kosten sind, hängt vom Inhalt der Botschaft ab. Face-to-Face-Interaktionen haben bei der Vermittlung einfacher Botschaften einen Vorteil, bei der Vermittlung komplizierterer Inhalte kann es aber zweckmäßiger sein sie zu lesen.

„Techniques should change, for example, with the content of the conversation – with what needs to be understood. Indeed, specialized techniques have evolved for grounding different types of content“ (Clark und Brennan 1991, S. 136).

Weitere Kosten entstehen auf Empfänger- und auf der Senderseite. Dazu zählen die Kosten eine Konversation zu starten, die in Face-to-Face-Interaktionen am niedrigsten sind, Verzögerungskosten, die entstehen, wenn man nicht direkt antwortet, sowie Kosten, um Fehler zu korrigieren. Hier wiederum hat die schriftliche Kommunikation und damit auch die computervermittelte Kommunikation Vorteile gegenüber dem schnelleren mündlichen Austausch, da im ersten Fall die Möglichkeit der genaueren Überprüfung der Botschaft vor dem Versenden gegeben und die Fehlerwahrscheinlichkeit daher niedriger ist.

Zusammenfassend geht der Common-Ground-Ansatz davon aus, dass Face-to-Face-Interaktion in vielen empirischen Kommunikationssituationen Vorteile gegenüber medienvermittelter Kommunikation aufweist. Allerdings wird der Prozess des Groundings vom Inhalt der Botschaft und von der Vertrautheit mit einem Medium beeinflusst. Bei der Vermittlung komplexerer Inhalte verursachen auf Schriftlichkeit basierende Medien niedrigere Kosten und werden deswegen von den Akteuren präferiert. Ebenso kann sich ein Medium mit zunehmender Verbreitung und Gewöhnung als situationsadäquat für neue

kommunikative Kontexte erweisen.

„Which medium is best for which purpose, then, depends on the form grounding takes in a medium and whether that serves the participants' purposes“ (Clark und Brennan 1991, S. 147).

7.4.2.5 Bewertung der kompensatorischen Modelle

Die diskutierten kompensatorischen Modelle lösen sich von der technikdeterministischen Perspektive der Defizitmodelle. Sie lenken stattdessen den Blick auf die Motive und die Folgen der Nutzung computervermittelter Kommunikation. Sie gehen von der Prämisse aus, dass computervermittelte Kommunikation nicht per se negativ ist, da Nutzer technische Restriktionen kompensieren können. Für die Umsetzung deliberativer Prozess erscheinen ihre Thesen zu den Auswirkungen computervermittelter Kommunikation vielversprechend.

Wie bei den Defizitmodellen zeigen sich auch bei den kompensatorischen Modellen blinde Flecken. Dazu gehört erstens die Annahme der Dominanz anonymer und punktueller Kontakte. Die Anonymität computervermittelter Kommunikation erodiert im Social Web. Erwartet wird in vielen Anwendungen des Social Web, dass seine Nutzer ihre reale Identität verwenden. Zweitens erweist sich die Annahme der kompensatorischen Modelle einer Trennung zwischen realweltlichem Kontext auf der einen Seite und der virtuellen Welt auf der anderen im Social Web als Fehlschluss. Computervermittelte Kommunikation und Kommunikation in der Realwelt überschneiden sich thematisch und hinsichtlich der beteiligten Akteure im Social Web (Neuberger 2011, S. 56). Eine Analyse computervermittelter Kommunikation, als ein vom realweltlichen Leben abgekapselter Kommunikationsraum, bei dem „social context cues“ ausgeblendet werden – wie es das Filtermodell oder das Modell der Simulation und Imagination postuliert – greift zu kurz.

„Online communications have become – and probably always were – immanent parts of the real world“ (Wellman 2004, S. 4).

Vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden Durchdringung des Internets in alle Lebensbereiche, die in den Schlagwörtern des „Internets der Dinge“ und „Ubiquitous Computings“ ihren Ausdruck gefunden hat (Friedewald 2010), ist eine Trennung beider Bereiche nicht zielführend. Vielmehr müssen gegenseitige Wechselwirkungen betrachtet werden. Computervermittelte Kommunikation ist damit nicht kontextfrei, sondern findet in einem neuen Rahmen statt. Dabei können realweltliche soziale Statusmerkmale in der computervermittelten Kommunikation zunächst eine untergeordnete Rolle spielen, jedoch kann dieser egalisierende Effekt durch neue Statusmerkmale abgelöst werden (Höflich 2003, S. 42 ff.). Drittens sind soziale Regularien in der computervermittelten Kommunikation

ebenso zu finden wie in der Realwelt, auch wenn sie abweichen können.

„People take the reality they know with them, as a kind of baggage, when they surf the Internet and take part in virtual communities“ (van Dijk 2005, S. 166).

Geht man davon aus, dass computervermittelte Kommunikation im Social Web weniger durch Anonymität gekennzeichnet ist und genutzt wird, um realweltliche Kontakte zu pflegen, dürften Normen und Werte, die in der Realwelt als angemessen gelten, online an Bedeutung gewinnen und ihr Nichtbefolgen sanktioniert werden. Computervermittelte Kommunikation und Face-to-Face-Kommunikation nähern sich im Social Web an. Da die kompensatorischen Modelle, hier ist vor allem das Social-Information-Processing-Modell zu nennen, den aktiven Nutzer in das Zentrum ihrer Analyse rücken und voraussetzen, dass er bestehende technische Restriktionen kompensieren kann, zeigt sich ein vierter Kritikpunkt. Zwar kann davon ausgegangen werden, dass Gewöhnung und Erfahrung mit computervermittelter Kommunikation eine zentrale Rolle bei der Beurteilung des Verwendungskontextes und der Häufigkeit des Einsatzes computervermittelter Kommunikation spielen. Es besteht jedoch die Gefahr, in ein ähnliches Argumentationsmuster wie technikdeterministische Defizitmodelle zu verfallen. Weder sind die Nutzer computervermittelter Kommunikation aber willenlos der Technik ausgesetzt, noch können sie sich über alle technisch bedingten Codiergrenzen hinwegsetzen. Die technischen Eigenschaften eines Mediums haben einen Einfluss wie auch die Kommunikationssituation und die Erfahrung seiner Nutzer mit dem Medium. Für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte sind die postulierten Auswirkungen der kompensatorischen Modelle computervermittelter Kommunikation insgesamt jedoch positiv.

7.5 Zwischenfazit: deliberative Demokratiekonzepte und computervermittelte Kommunikation

Aufgrund ihres zeitlichen Entstehungskontextes in den 80er und 90er Jahren basieren die Modelle computervermittelter Kommunikation schwerpunktmäßig auf folgenden Annahmen:

1. Computervermittelte Kommunikation ist textbasiert.
2. Computervermittelte Kommunikation findet über einen einzigen Übertragungskanal statt.
3. Die Nutzer kommunizieren primär anonym in Foren, per E-Mail oder in Chats.
4. Computervermittelte Kommunikation ist punktuell und zeitlich begrenzt und abgekoppelt vom realweltlichen Kontakten (Lübcke 2011, S. 28).

Die damals entwickelten Modellierungen und ihre Annahmen reflektieren die mit dem Aufkommen des Social Web induzierten Veränderungen nicht vollständig. Computervermittelte Kommunikation im Social Web gestaltet sich häufig nicht mehr anonym

und punktuell und dient oftmals einer Vertiefung realweltlicher Kontakte. Außerdem findet sie nicht mehr primär textbasiert statt und hat sich stärker auf Plattformen wie Facebook, auf Blogs und Videoplattformen verlagert.

Ungeachtet dieser Einschränkungen bilden die dargestellten Theorien computervermittelter Kommunikation das Fundament des fachwissenschaftlichen Diskurses. Sie sind eine sinnvolle Ausgangsbasis zur Beurteilung der Potenziale computervermittelter Kommunikation für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte, da sie auf grundlegenden Prämissen basieren, die im Social Web weiterhin Bestand haben. Führt man die Kernaussagen sowohl der Defizitmodelle als auch der kompensatorischen Modelle zusammen, zeigt computervermittelte Kommunikation für das Umsetzungspotenzial deliberativer Prozesse zusammenfassend folgende Auswirkungen.

Computervermittelte Kommunikation ist erstens kanalreduziert. Sie ist primär textbasiert, nonverbale Signale werden im Normalfall nicht mit übertragen. Die Nutzung computervermittelter Kommunikation erfordert damit eine gewisse Fähigkeit im Umgang mit der Tastatur, primär synchrone Anwendungen verlangen für eine adäquate Nutzung das Beherrschen des Zehnfingersystems. Der Anteil verbaler Kommunikation, das heißt Kommunikation, die auch digital übermittelt werden kann, ist gemessen an der gesamten Kommunikation vergleichsweise gering (Frey 1984). In Face-to-Face-Interaktionen ergänzen, verstärken oder relativieren sich verbale und nonverbale Kommunikation. Bei den Auswirkungen der Kanalreduktion kommen Defizitmodelle und kompensatorische Modelle zu unterschiedlichen Einschätzungen.

Aus einer technikdeterministischen Warte heraus argumentierend gehen die Vertreter der Defizitmodelle von einer Verarmung des Kommunikationsprozesses aus. Kompensationsmöglichkeiten, welche innerhalb der computervermittelten Kommunikation denkbar sind, sind aus der Warte nur graduelle Verbesserungen, die an der Beschränktheit computervermittelter Kommunikation nichts zu ändern vermögen. Durch die Kanalreduktion wird der Kommunikationsprozess aus seinem Kontext gerissen, was die Wahrscheinlichkeit senkt, dass sich die Kommunikationspartner aufeinander argumentativ beziehen. Für die Umsetzung deliberativer Prozesse stellt computervermittelte Kommunikation von diesen Annahmen ausgehend kein geeignetes Medium dar. Computervermittelte Kommunikation eignet sich ausschließlich für die Vermittlung einfacher Kommunikationsprozesse.

Kompensatorische Modelle relativieren die Defizitanalyse überzeugend, indem sie auf Besonderheiten computervermittelter Kommunikation aufmerksam machen. Die Nutzer können den technischen und sozialen Rahmen ihren Bedürfnissen anpassen, die technischen Restriktionen computervermittelter Kommunikation können durch ihre Nutzer auf diese Weise partiell kompensiert werden. Die einfache Möglichkeit von Audio- und

Videoübertragungen im Internet erweitert die zur Verfügung stehenden Sinneskanäle. Der Zeitfaktor und damit zusammenhängend der Gewöhnungsaspekt spielen ferner eine wichtige Rolle. Sie können dazu führen ein an die „Medien angepasstes Verhalten“ zu entwickeln, welches vorhandene Restriktionen ausgleicht (Wende 2007, S. 108). Die Kanalreduktion kann schließlich von Vorteil sein, da es so zu einer Konzentration auf den Inhalt der Nachricht kommt. Gerade komplexe Entscheidungssituationen, wie sie in deliberativen Prozessen abgebildet werden, können davon profitieren.

Computervermittelte Kommunikation findet zweitens meist anonym statt. Die Anonymität computervermittelter Kommunikation ist allerdings anders als die Anonymität des Publikums klassischer Massenmedien keine strukturelle Anonymität. Sie ist eine sekundäre Anonymität, bei der die Nutzer computervermittelter Kommunikation je nach Format weitgehend selber wählen können, ob sie anonym bleiben wollen und ob sie selber aktiv in den Kommunikationsprozess eingreifen möchten (Sandbothe 1997; Sutter 2008, S. 66). Zur Beschreibung dieser besonderen Form der Anonymität computervermittelter Kommunikation bietet sich in einigen Formaten im Internet der Begriff der Pseudonymität an. Durch Verwendung des gleichen Pseudonyms und unter Umständen der gleichen E-Mail-Adresse lassen sich in anonymen Formaten wie Foren, Onlinerollenspielen oder auch Wikipedia-Einträgen Beiträge derselben Person zuordnen.

Mit der Zeit entsteht bei entsprechend häufiger und konsequenter Nutzung eines Pseudonyms, von E-Mail-Adressen oder auch dem Schreibstil oder Interessen eine Onlineidentität, die andere Nutzer kennen und mit bestimmten Verhaltensweisen und Informationen verbinden. Die Onlineidentität ist von der realen Identität nicht zu trennen, kann aber mittels eines Identitätsmanagements besser kontrolliert werden (Dahlberg 2001), was wiederum eine gewisse Medienkompetenz voraussetzt. Die steigende Bedeutung von Onlineidentitäten macht eine Onlineidentität dabei zunehmend zu einem wichtigen Teil der Gesamtidentität einer Person.

„These signifying mechanisms indicate that offline identity seeps into cyberspace, whether participants like it or not. But these signifiers also provide participants in cyberspace with quite a degree of control over self-presentation“ (Dahlberg 2001).

Ein Identitätsmanagement ermöglicht „nicht völlig gesichtslos zu bleiben“ und auch in der virtuellen Welt in bestimmten Kontexten wiedererkannt zu werden. Hier taucht eine weitere Ambivalenz sozialer Netzwerke auf. Auf der einen Seite ist das Internet kein rechtsfreier Raum und die klare Zuordnung von Aussagen zu einer Person erhöht ihre Glaubwürdigkeit. Auf der anderen Seite wächst damit das Gefahrenpotenzial durch die gezielte Auswertung persönlicher Daten durch gewinnorientierte Unternehmen. So stehen Facebook und Google seit einiger Zeit massiv unter Kritik von Datenschützern, da ihre Praktiken nicht immer den

EU-Richtlinien entsprechen. Auch sorgen die Voreinstellungen von sozialen Netzwerken wie Facebook dafür, dass (unter Umständen ungewollt) viele Informationen preisgegeben werden. Letztlich kann die reale Identität auch in anonymen Anwendungen technisch mit einigem Aufwand über die IP-Adresse zurückverfolgt werden, zumindest Privatpersonen steht diese Möglichkeit aber im Regelfall nicht offen.

Im Schutze dieser Form der Anonymität des Internets wagen Nutzer sich eher über Sachverhalte auszutauschen, vor denen sie in der Realwelt fürchten, dass sie sozial stigmatisiert sind oder nur von einer Minderheit vertreten werden. So scheint die Teilnahme in homosexuellen Diskussionsforen identitätsstiftend zu wirken und die Offenlegung seiner eigenen gleichgeschlechtlichen Empfindungen im realen Leben vorzubereiten (Döring 2010, S. 166). Und während es in Face-to-Face-Interaktionen eher unwahrscheinlich ist mit einem Fremden auf der Straße spontan eine Diskussion zu starten, ist die Wahrscheinlichkeit, dies im Internet zu tun, weitaus höher.

Neben den postulierten Vorteilen der Anonymität computervermittelter Kommunikation sowie den niedrigen Eintritts- und Austrittskosten wurde von verschiedenen Autoren die Befürchtung geäußert, dass Anonymität einem antisozialen, aggressiven Austausch Vorschub leiste und durch Internetdiskurse Unverbindlichkeit gefördert werde. Indes können diese Defizite durch Moderatoren, die Nutzer bei wiederholtem Vergehen auch sperren können, abgemildert werden (Leggwie und Bieber 2008, S. 101 f.). Kritisch anzumerken ist hierzu, dass auch in kontroverseren Face-to-Face-Diskussionen ein aggressiver Diskussionsstil und unfaire Attacken dominieren können. Betroffene können dies in einer durch Sichtbarkeit und Nähe charakterisierten Kommunikationssituation als weitaus unangenehmer empfinden (Döring 2003, S. 156; Leggwie und Bieber 2008, S. 95). Für die Umsetzung deliberativer Prozesse bietet die in Teilen computervermittelter Kommunikation gegebene Anonymität Vorteile. Durch die Ausblendung nonverbaler Signale können die von Goffman genannten Statuskategorien wie Alter, Geschlecht, Klasse und ethnische Zugehörigkeit ausgeblendet werden. Computervermittelte Kommunikation ist vor diesem Hintergrund eine ein Stück weit egalisierende Kommunikationsform (Höflich 2003, S. 49).

Durch das Social Web induzierte Veränderungsprozesse bewirken drittens, dass computervermittelte Kommunikation nicht mehr per se als „flüchtig, unverbindlich und jederzeit wieder aufkündbar“ (Gebhardt 2001, S. 15) charakterisiert werden kann. Computervermittelte Kommunikation im Social Web hat ein Mindestmaß an Verbindlichkeit und Verlässlichkeit erreicht, welches für die Umsetzung deliberativer Prozesse förderlich ist. In vielen Social-Web-Anwendungen ist die virtuelle Identität an die realweltliche Identität gekoppelt. Facebook oder Xing bieten die Möglichkeit, soziale Beziehungen zu vertiefen, neu herzustellen und online abzubilden, die im Regelfall bereits in der Realwelt bestehen (Richter

et al. 2011, S. 95). Die „Zwei-Welten-Lehre“, das heißt, die strikte Trennung zwischen Realwelt und virtuellem Raum, die frühere Diskussionen bestimmte, ist im Social Web nicht mehr aufrechtzuerhalten. Vielmehr überschneiden sich Online- und Offlinekontext. Normen und soziale Verhaltensmuster, die in der Realwelt akzeptiert werden, spielen dadurch eine zentrale Rolle beim Verhalten der Nutzer im Social Web (Neuberger 2011, S. 55 f.).

Für deliberative Demokratiekonzepte bietet diese Überschneidung von Realwelt und virtuellem Raum ein Innovationspotenzial. Geht man davon aus, dass Vertrauen und Glaubwürdigkeit Voraussetzung für eine gelungene Interaktion sind, kann die Vermischung beider Kommunikationsräume Interaktionsprobleme im Internet abmildern. Die strikte Trennung der virtuellen Welt auf der einen Seite und der Realwelt auf der anderen Seite verliert damit an Bedeutung. Die Nutzer computervermittelter Kommunikation sind Teil der Realwelt und nehmen ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus dieser in die virtuelle Welt mit. Auf der anderen Seite kann jedoch auch von einer Wechselwirkung ausgegangen werden. Erfahrungen, die online gemacht werden, beeinflussen zunehmend auch das realweltliche Kommunikationsverhalten (Papsdorf 2013, S. 54).

Anlehnend an das Konzept des Sozialkapitals, das heißt jene Ressourcen, die „ein Akteur nicht selbst besitzt, sondern über die ein Individuum nur aufgrund seiner sozialen Kontakte zu anderen Akteuren verfügen kann“ (Franzen und Pointner 2007, S. 2), können sich im Social Web die potenziellen Zugriffsmöglichkeiten auf Ressourcen anderer Akteure vereinfachen. Differenzieren kann man diese Ressourcen in „brückenschlagendes (bridging) und bindendes (bonding) Sozialkapital (Putnam 2000, S. 22 ff.) beziehungsweise in starke und schwache Bindungen (Granovetter 1973). Starke Bindungen existieren zwischen engen Freunden und Verwandten, während es schwache Bindungen zwischen flüchtigen Bekannten gibt. Computervermittelte Kommunikation bietet vor allem die Möglichkeit, schwache Bindungen zu pflegen und zu vertiefen. Schwache Bindungen haben gegenüber starken Bindungen den Vorteil, dass neue Informationen schneller übertragen werden können. Bei Akteuren, die sich sehr gut kennen, fließen tendenziell hingegen wenig neue Informationen (Granovetter 1973, S. 1361 ff.).

„Intuitively speaking, this means that whatever is to be diffused can reach a larger number of people, and traverse greater social distance (i.e., path length),“ when passed through weak ties rather than strong. If one tells a rumor to all his close friends, and they do likewise, many will hear the rumor a second and third time, since those linked by strong ties tend to share friends“ (Granovetter 1973, S. 1366).

Schwache Bindungen, die über computervermittelte Kommunikation gepflegt werden, können eine Brückenfunktion zwischen Personengruppen einnehmen, die nicht über den gleichen Informationsstand verfügen, und so zu einer Diffusion von neuen Ideen und

Informationen führen. Das von Sunstein mit dem Begriff „verdeckte Profile und Gemeinplätze“ beschriebene Problem, dass Gruppenmitglieder in realweltlichen Diskussionsprozessen Informationen nicht offenlegen, obwohl bei einer Offenlegung die Wahrscheinlichkeit einer zutreffenden Entscheidung der Gruppe steigen würde, kann dadurch entschärft werden. Computervermittelte Kommunikation ist viertens ein hybrider Kommunikationsstil zwischen mündlicher und schriftlicher Kommunikation. Während schriftliche Kommunikation durch reflektierte Äußerungen und eine argumentative Durchdringung der Botschaft gekennzeichnet ist und die Möglichkeit der Archivierung von Mitteilungen beinhaltet, zeichnet sich synchrone Kommunikation durch Spontanität und unmittelbares Feedback aus. Computervermittelte Kommunikation findet meist in Textform statt. Der Austausch gleicht aber teils eher einem schriftlich geführten mündlichen Gespräch. Formen des mündlichen Austausches in einem schriftlichen Medium werden als Oraliteralität bezeichnet. Charakteristisch für diese Kommunikationsform sind der geringe Formalisierungsgrad der Sprache, die Verwendung umgangssprachlicher Ausdrücke sowie der Gebrauch relativ einfacher Satzstrukturen (Misoch 2006, S. 166 ff.; Sutter 2010, S. 95 f.). Für expansive deliberative Demokratiekonzepte, die über den rationalen Austausch hinausgehende Kommunikationsformen wie „story-telling“ und Narrative propagieren, bieten sich hier Anknüpfungspunkte. Computervermittelte Kommunikation kann damit die Reflexivität der Kommunikation fördern, da Diskussionsbeiträge nach Ablauf archiviert werden und zumindest im Vergleich zur Face-to-Face-Kommunikation keine sofortige Antwort erwartet wird.

Vor dem Hintergrund der spezifischen Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte stellt sich abschließend die Frage, ob es sinnvoll ist sich am Vorbild der Face-to-Face-Interaktion zu orientieren und ob Face-to-Face-Interaktionen ideal für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte sind. Wie in jedem anderen Kommunikationsprozess besteht auch bei Face-to-Face-Interaktionen die Gefahr einer fehlgeschlagenen Kommunikation. Ebenso unterliegt Face-to-Face-Kommunikation zahlreichen Restriktionen, vor allem in räumlicher und zeitlicher Hinsicht (Döring 2003, S. 151).⁷³ Einiges spricht dafür, dass die spezifischen Eigenschaften von Face-to-Face-Interaktionen diese Gefahr noch erhöhen. Die Medienreichhaltigkeitstheorie verweist auf diesen Umstand, wenn sie reiche Medien für Routineaufgaben wie Terminabsprachen als unter Umständen ungeeignet qualifiziert.

„One of the biggest problems for CMS is this tendency for people to idealize offline, FtF communication. Some time ago communication scholar Nikolas Coupland and his colleagues suggested that people often make the mistake of assuming that

⁷³ Eine kurze Übersicht über die Restriktionen der Face-to-Face-Kommunikation findet sich bei Döring (2003, S. 152 f.).

successful communication can be taken for granted. Instead the argued all communication is potentially miscommunication“ (Thurlow et al. 2005, S. 50).

Computervermittelte Kommunikation weist gegenüber der Face-to-Face-Kommunikation in vielen Kontexten Vorteile auf, die den Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte eher entgegenkommen. Dazu gehört das partielle Verschwinden von Statusmerkmalen ebenso wie ein ungehemmter Kommunikationsfluss. So machen Sproul und Kiesler darauf aufmerksam – wobei sie ähnlich argumentieren wie Vertreter expansiver deliberativer Demokratiekonzepte –, dass Effekte einer ungehemmten Kommunikation im Internet positive Auswirkungen haben:

„Uninhibited behavior may lead to more new ideas flowing through electronic mail, just as brainstorming techniques are supposed to release inhibitions so that ideas can flow in face-to-face groups“ (Sproull und Kiesler 1986, S. 1510).

Empirische Studien scheinen diese theoretischen Annahmen zu bestätigen. So kommen Riethmüller und Boss in mehreren aktuellen Aufsätzen (2013, 2014) zu dem Ergebnis, dass textbasierte computervermittelte Kommunikation dazu geeignet sei auch komplexe Aufgaben und Entscheidungen zu lösen. In seiner empirischen Untersuchung stellen Riethmüller und Boss fest, dass nonverbale und paraverbale Hinweise verbal kommuniziert und damit die Einschränkungen kanalreduzierter Kommunikation erfolgreich kompensiert werden können, wenn es zu einer Anpassung des Kommunikationsverhaltens kommt. Auch expansive Deliberationskonzepte stehen vor diesem Hintergrund nicht im Widerspruch zur computervermittelten Kommunikation. Vielmehr erscheint computervermittelte Kommunikation wegen ihres geringen Formalisierungsgrads der Sprache, der häufigen Verwendung umgangssprachlicher Ausdrücke und einer innovativen Zeichenverwendung ein geeignetes Medium für deliberative Demokratiekonzepte zu sein.

8 Öffentlichkeit unter den Bedingungen einer traditionellen Medienstruktur

Da eine unmittelbare Interaktion unter Anwesenden zur verbindlichen Lösung von kollektiven Entscheidungsproblemen in ausdifferenzierten Gegenwartsgesellschaften unrealistisch ist, hat sich in modernen Demokratien ein Repräsentationsprinzip etabliert, welches Macht auf Zeit an gewählte politische Repräsentanten delegiert. Periodisch stattfindende, freie und geheime Wahlen gewährleisten, dass die Interessen der Bürger angemessen berücksichtigt werden. Um demokratische Selbstbestimmung der Bürger zu ermöglichen, bedarf es der Transparenz des politischen Prozesses und eines kommunikativen Austausches zwischen Bürgern und dem politischen System. Dieser Austausch ermöglicht es den Bürgern eine

wohlbegründete Wahl zu treffen und politische Herrschaft an den Willen der Bürger zwischen den Wahlen zurückzukoppeln. Diese Funktionen übernimmt in modernen Demokratien eine durch die Zwischenschaltung von Massenmedien hergestellte Öffentlichkeit.⁷⁴

(Politische) Öffentlichkeit, als Teilbereich der allgemeinen Öffentlichkeit, dient der öffentlichen Kommunikation über Politik. Sie bildet die Sphäre, in der gesellschaftliche und politische Akteure aufeinandertreffen und ein informativer und kommunikativer Austausch zwischen ihnen stattfindet (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 39 ff.; Imhof 2008; Martinsen 2009). Der Zugang zur Öffentlichkeit steht prinzipiell allen Individuen und kollektiven Akteuren offen, die sich in den diverseren Foren öffentlich zu politischen Themen äußern möchten. Öffentlichkeit ist heute durch eine Dominanz der technischen Vermittlung und die zentrale Rolle von Massenmedien und damit verbundenen Selektionslogiken geprägt (Wimmer 2012, S. 165 ff.). Öffentlichkeit und eine funktionierende Demokratie sind eng miteinander verknüpft und bedingen sich. Erst die Herausbildung demokratischer Strukturen ermöglicht die volle Entfaltung einer Öffentlichkeit, ihre Stärkung führt zu einer Stärkung demokratischer Strukturen (Peters 2007, S. 59 ff.).

Entsprechend kommt in deliberativen Demokratiekonzepten Öffentlichkeit eine zentrale Bedeutung zu. Öffentlichkeitsdefizite, ob auf supranationaler oder auf nationaler Ebene, werden im Zusammenhang mit Demokratie-, Legitimitäts- und Identitätsdefiziten diskutiert (Tobler 2010). Öffentlichkeit und verwandte Begriffe wie öffentliche Meinung, Gegenöffentlichkeit und Privatheit sind viel genutzte positiv konnotierte Schlüsselbegriffe des Selbstverständnisses moderner Demokratien, die sowohl im Alltagsgebrauch⁷⁵ als auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung Verwendung finden (Wimmer 2007, S. 31). Auch aufgrund seines doppelten Verwendungskontextes ist Öffentlichkeit ein mehrdeutiger und fluider Begriff von „bemerkenswerter Schwammigkeit“ (Negt und Kluge 1977, S. 17).

Peters identifiziert drei Gebrauchsweisen des Begriffs Öffentlichkeit. Erstens öffentlich vs. privat: Öffentlichkeit setzt die Existenz von Privatheit voraus (Imhof 2006, S. 7). Während öffentlich mit bestimmten Verpflichtungen, Kontrollen und Kompetenzen verbunden und für alle zugänglich ist, ist das Private geschützt und abgetrennt.

„[...] eine geschätzte Handlungssphäre, in der die Gesellschaftsmitglieder ihre Ziele und Lebensprojekte verfolgen können, *ohne* [Kursivsetzung im Original] sich kollektiven Entscheidungen zu unterwerfen oder sich gegenüber dem Kollektiv

⁷⁴ Öffentlichkeit wird in der vorliegenden Arbeit mit politischer Öffentlichkeit gleichgesetzt.

⁷⁵ Im Alltagsgebrauch sind nach Wimmer zwei Verwendungen zu beobachten: Öffentlichkeit wird als kritische Kontrollinstanz verstanden im Sinne von im „Lichte der Öffentlichkeit“ stehen. Zum Zweiten wird Öffentlichkeit als Akteur betrachtet im Sinne von „unter Druck der Öffentlichkeit“ stehen (Wimmer 2008, S. 21).

rechtfertigen zu müssen“ (Peters 2007b, S. 56;).⁷⁶

Zum Zweiten kann Öffentlichkeit als Grenzziehung zu den Gegenbegriffen geheim und vertraulich gebraucht werden⁷⁷, wobei sich die Unterscheidung zu privat als nicht trennscharf erweist. Während Wissensbestände und Kommunikationen, die frei zugänglich sind und an denen sich ein prinzipiell unabgeschlossenes Publikum beteiligen kann, öffentlich sind, sind vice versa Wissen und Kommunikationsformen mit eingeschränktem Zugang privat oder geheim. Geheim bezieht sich auf den Bereich staatlicher Arkanpolitik (Peters 2007b, S. 57 f.).

Die Unterscheidung von Peters zwischen öffentlich sowie privat und geheim ist für den Untersuchungsgegenstand aufschlussreich, da öffentliche und private Kommunikation im Social Web verschwimmen. Drang das Internet zunächst vor allem in wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Bereiche vor, wird inzwischen auch eine Vielzahl privater Lebensbereiche vom Internet tangiert. Öffentliche und private Kommunikation sind in Social-Web-Anwendungen nicht eindeutig zu trennen. Social Network Sites wie Facebook oder Microblogging-Dienste wie Twitter legen es in das Ermessen der Nutzer, welche Kommunikationen öffentlich werden und welche privat bleiben sollen (Neuberger 2011, S. 68 ff.). Von den beiden deskriptiv-analytischen Gebrauchsweisen ist die Verwendung des Begriffs als „Öffentlichkeit im empathischen Sinne“ zu unterscheiden (Peters 2007b, S. 58). Diese Verwendung übernimmt Merkmale der ersten beiden Bedeutungen und fügt eine Reihe normativer Bestimmungen hinzu, die vor dem Hintergrund deliberativer Demokratiekonzepte von Bedeutung sind. Öffentlichkeit umfasst beschreibende und normative Elemente. Normative Vorstellungen bilden die Grundlage für die kritische Analyse von Defiziten der existierenden Öffentlichkeit.

„Das Konzept der Öffentlichkeit wurde nicht etwa entwickelt, um lediglich empirische Kommunikationsflüsse zu verstehen, sondern um zu einer normativen, politischen Demokratietheorie beizutragen. [...] Es ist demnach wichtig festzuhalten, wer partizipiert und zu welchen Bedingungen dies der Fall ist“ (Fraser 2005).

Die Vorstellung, wie eine „gute“ Öffentlichkeit beschaffen sein soll, ist abhängig vom zugrunde liegenden normativen Demokratiemodell (Beierwaltes 2002; Martinsen 2009). Eine

⁷⁶ Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt Rössler. Für sie ermöglicht Privatheit erst ein „autonomes Leben zu führen und zu schützen (Rössler 2001, S. 10). Rössler unterscheidet zwischen drei Formen individueller Privatheit: der dezisionalen, der informationellen und der lokalen Privatheit. Erste meint die Interpretationshoheit über sein eigenes Leben zu besitzen. Informationelle Privatheit ist vor dem Hintergrund der aktuellen Datenschutzdebatte im Internet interessant und rekuriert auf die Kontrolle über personenbezogene Daten, deren Verlust einem Verlust an Autonomie gleichkommt. Lokale Privatheit bezieht sich auf die räumliche Dimension und verweist auf die Bedeutung eines eigenen Raumes, der interne Deliberationsprozesse ermöglicht (Rössler 2001, S. 10 ff.).

⁷⁷ Peters rekuriert damit auch die ursprüngliche etymologische Bedeutung von öffentlich als Gegenbegriff zu geheim.

Analyse des gegenwärtigen Wandels der Medienstrukturen durch das Internet wird am deutlichsten, wenn man den Blick auf die Struktur, Leistungen und Defizite einer durch traditionelle Massenmedien dominierten Medienlandschaft richtet. Das vorliegende Kapitel analysiert vor diesem Hintergrund zunächst die zentralen öffentlichkeitstheoretischen Grundlagen einer durch traditionelle Massenmedien dominierten Medienstruktur. Ziel ist die theoretische Herausarbeitung der Strukturmerkmale von Öffentlichkeit, der demokratietheoretischen Funktionen von Öffentlichkeit und der Vermittlungsleistungen und Defizite der traditionellen massenmedialen Öffentlichkeit.

Um zu einer fundierten Einschätzung des Potenzials der Netzöffentlichkeit für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte zu gelangen, müssen als Vergleichsmaßstab die Strukturen, Leistungen und Defizite einer über traditionelle Massenmedien vermittelten Öffentlichkeit aus deliberativer Warte analysiert werden. Ziel des Kapitels ist es somit, die Bedeutung von Öffentlichkeit für deliberative Demokratiekonzepte darzustellen sowie ihre Vermittlungsleistungen und Mängel zu analysieren.

Wie eine aus deliberativer Warte funktionierende Öffentlichkeit beschaffen sein muss, wurde elaboriert in verschiedenen Studien von Habermas ausgearbeitet (Habermas 1962, 1992b, 2006b). Seiner Bedeutung entsprechend greifen viele Arbeiten im Bereich der Netzöffentlichkeit auf das Habermas'sche Öffentlichkeitskonzept zurück (Fromkin 2003; Benkler 2006; Witschge 2007; Albrecht 2010). Aus deliberativer Perspektive muss eine funktionierende Öffentlichkeit nicht nur die Pluralität unterschiedlicher Sichtweisen abbilden, wie es in anderen Öffentlichkeitsmodellen gefordert wird. Aufgabe einer funktionierenden Öffentlichkeit ist es, das politische System kontinuierlich zwischen den Wahlen an die Interessen der kritisch rasonierenden Bürger zurückzukoppeln (Habermas 1992b; Bohman und Rehg 1999; Dryzek 2002). Im ersten Schritt scheint es deswegen geboten das Profil der bürgerlichen Öffentlichkeit von Habermas zu skizzieren und die Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte daran anlehnend zu spezifizieren.

Auf diesen normativen Anforderungen aufbauend kann dann ein deskriptives Modell der Öffentlichkeit dem gegenübergestellt werden. Dabei wird auf das Arenenmodell von Gerhards und Neidhardt rekurriert (Gerhards und Neidhardt 1991; Wimmer 2007, S. 107 ff.; Jarren und Donges 2006, S. 102 ff.). An dem Arenenmodell anschließend werden grundlegende Öffentlichkeitsfunktionen thematisiert und die verschiedenen Komplexitätsebenen von Öffentlichkeit auf der Strukturebene vorgestellt. In einem Zwischenfazit werden abschließend die zentralen Defizite der massenmedialen Öffentlichkeit aus deliberativer Warte zusammengefasst. Aufbauend auf dem unterschiedlichen Einfluss der einfachen bis komplexen Ebenen von Öffentlichkeit wird aus der Akteursperspektive ein Überblick über die verschiedenen Akteure, ihre unterschiedliche Ressourcenausstattung,

Durchsetzungspotenziale und Funktionen in einer durch traditionelle Massenmedien geprägten Medienlandschaft gegeben. Anhand der Gatekeeper- und Nachrichtenwertforschung wird eruiert, welche Faktoren professionelle Akteure – wie Journalisten und Medienunternehmen – als Grundlage für die Auswahl von Nachrichten nutzen. Zum Zweiten wird die Frage diskutiert, welche Merkmale und Eigenschaften den Nachrichtenwert eines Ereignisses bestimmen. Das Kapitel schließt ebenso mit einem kompakten Fazit, das die Leistungen und Defizite einer durch professionelle Akteure dominierten Medienstruktur zusammenfasst. Beide Zwischenfazite leiten über auf die in Kapitel 9 diskutierte Frage, inwieweit in der Netzöffentlichkeit diese Leistungen und Defizite zu beobachten sind und welche neuen Auswirkungen die Netzöffentlichkeit zeigt.

8.1 Das Habermas'sche Modell von Öffentlichkeit

Öffentlichkeit als Ort diskursiver Auseinandersetzung nimmt in deliberativen Demokratiekonzepten eine zentrale Funktion ein. Sie stellt für deliberative Demokratiekonzepte als „association whose affairs are governed by the public deliberation of its members“ (Cohen 1999, S. 67) den kommunikativen Kontext dar, in dem Bürger und ihre Repräsentanten Meinungen und Problemlösungskonzepte vorstellen und rechtfertigen müssen. In deliberativen Demokratiekonzepten kommt Öffentlichkeit zwei Aufgaben zu. Öffentlichkeit kann selbst der Raum von Deliberation sein. Weiterhin übernimmt sie für deliberative Verfahren außerhalb der Öffentlichkeit wichtige Funktionen, beispielsweise die des Informationsinputs der Teilnehmer und die der Anschlusskommunikation (Hüller 2005b, S. 31). Sind schon im realweltlichen Kontext beide Bereiche nicht trennscharf, sind die Grenzen beider Bereiche im Internet nicht zu trennen. Im Web kommt es zu einer Amalgamierung von privater und öffentlicher Kommunikation – Blogs als öffentlich einsehbare Tagebücher sind ein Beispiel dafür.

In seiner Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ analysiert Habermas den Idealtyp „bürgerlicher Öffentlichkeit“ (Habermas 1962). „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ ist eine historische Analyse des Aufstiegs und Falls bürgerlicher Öffentlichkeit⁷⁸ und auch eine Herausarbeitung der normativen Bedeutung von Öffentlichkeit in Demokratien (Washbourne 2010, S. 13). Zu diesem Zweck verknüpft Habermas historische, philosophische und sozialwissenschaftliche Perspektiven unter Berücksichtigung institutioneller Strukturen, in denen der beschriebene herrschaftsfreie Diskurs ablaufen kann. Im Gegensatz zu seinen späteren Werken, die fast ausschließlich auf einer theoretischen Ebene argumentieren, besitzt die Studie den Vorteil der gesellschaftlichen und organisatorischen Anwendung eines

⁷⁸ Eine Geschichte des Verfalls der Öffentlichkeit findet sich auch bei Sennett (1977).

theoretischen Konzepts (Crossley und Roberts 2004, S. 2).

Zwei Thesen bilden die Grundlage der Studie: der Aufstieg einer bürgerlichen Öffentlichkeit an der Wende zum 18. Jahrhundert und ihr bereits im 19. Jahrhundert einsetzender Zerfall. Die aus dem Mittelalter stammende repräsentative Öffentlichkeit, deren primäre Funktion im Verkünden von Erlassen staatlicher Autoritäten bestand und sich durch eine fehlende Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit auszeichnete, wird ausgehend von England durch eine neue Form der Öffentlichkeit abgelöst (Habermas 1962, S. 71 ff.). Diese charakterisiert Habermas als bürgerliche Öffentlichkeit (Habermas 1962, S. 40 ff.). Ermöglicht wurde die Ablösung durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die er in späteren Werken unter der Begrifflichkeit „Entkopplung von System und Lebenswelt“ durch Differenzierung rubriziert und zu der vor allem die Trennung von Staat und Gesellschaft gehört (Habermas 1995b).

Unter bürgerlicher Öffentlichkeit begreift Habermas die „Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute“ (Habermas 1962, S. 40). Sie grenzt sich von der „obrigkeitlich reglementierten Öffentlichkeit“ dadurch ab, dass Privatpersonen die Öffentlichkeit nutzen, um Kritik an der Staatsgewalt zu üben (Habermas 1962, S. 40). Die neue Öffentlichkeit fungiert als Verbindungsglied zwischen Gesellschaft und Staat, über das staatliche Autoritäten über Wünsche und Bedürfnisse ihrer Bürger informiert werden (Wimmer 2007, S. 73). Im weiteren Verlauf entwickelt sich die bürgerliche Öffentlichkeit zum akzeptierten Kommunikationspartner der Parlamente (Habermas 1962, S. 80). Die Form der Auseinandersetzung und hervorstechendes Merkmal bürgerlicher Öffentlichkeit ist das „öffentliche Raisonement“ auf Grundlage rational vorgetragener Argumente (Habermas 1962, S. 40). Die Herausbildung des „öffentlichen Raisonements“ basiert auf zwei aufeinander aufbauenden Entwicklungen. Erstens einer „publikumsbezogenen Privatheit“, in der sich Bürger in ihren Privathäusern vor einem Publikum versammeln und literarische Werke diskutieren (Habermas 1962, S. 58). Die Grenzen zwischen öffentlich und privat sind zu dem Zeitpunkt noch diffus.

„Die Linie zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit geht mitten durchs Haus. Die Privatleute treten aus der Intimität ihres Wohnzimmers in die Öffentlichkeit des Salons hinaus“ (Habermas 1962, S. 60).

Auf dieser Keimzelle aufsetzend dringt die publikumsbezogene Privatheit im zweiten Schritt nach außen. Sie überschreitet geografisch die Grenzen der Salons und thematisch die Konzentration auf literarische Themen. Bislang in den Salons isoliert diskutierte Themen finden außerhalb privater Räumlichkeiten ihre Fortsetzung in der öffentlichen Diskussion in Tischgesellschaften, Kaffeehäusern oder Vereinen. Der Öffentlichkeitswandel geht einher mit einer Neubestimmung dessen, was als öffentlich und privat betrachtet wird – eine Entwicklung, die sich im Internet heute wiederholt (Neuberger 2011, S. 64). Was öffentlich

und was privat ist, blieb schon damals einem kontinuierlichen Aushandlungsprozess unterworfen (Fraser 2010, S. 19). Eine wichtige Rolle bei der Etablierung einer bürgerlichen Öffentlichkeit spielen Innovationen im Bereich der Printtechnik und der damit verbundene vereinfachte Druck von Zeitungen und Journalen. Sie etablieren einen „Zusammenhang dieser tausendfachen Zirkel“ der Versammlungsöffentlichkeiten, die vorher nur lose verknüpft waren (Habermas 1962, S. 56).

Das Publikum in den unterschiedlichen Formen der Versammlungsöffentlichkeit zeichnet sich durch drei Kriterien aus, die von anderen Autoren aufgegriffen und erweitert wurden und als normativer Maßstab an eine aus deliberativer Werte funktionierende Öffentlichkeit gelten können (Gerhards et al. 1998; Ferree 2002; Hüller 2005b; Peters 2007a). Erstens die Ebenbürtigkeit der Teilnehmer. Der ökonomische und soziale Status, Macht und das Prestige der Teilnehmer spielen idealtypisch keine Rolle. Zweitens eine thematische Offenheit, das heißt, dass alle Themen dem öffentlichen Raisonement unterliegen, auch solche, „die bislang nicht als fragwürdig galten“ (Habermas 1962, S. 97). Schließlich die prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums. Es besteht die Freiheit, alle Themen zu diskutieren, und prinzipiell die Möglichkeit der Teilnahme eines jeden.

Bereits im 19. Jahrhundert, so die zweite These Habermas', setzt der Verfall der bürgerlichen Öffentlichkeit ein. Die „Refeudalisierung der Öffentlichkeit“ führt Habermas auf zwei Gründe zurück: einen sozialen Strukturwandel und einen Wandel der Funktion der Öffentlichkeit (Habermas 1962, S. 158 ff.). Die vor allem in der Frühphase des Internets geäußerten Hoffnungen auf eine Revitalisierung der bürgerlichen Öffentlichkeit im neuen Medium, die von einem schlichten Technikdeterminismus bestimmt waren, hätten schon vor dem Hintergrund deutliche Zweifel hervorrufen müssen. Aufstieg und Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit hingen auf der einen Seite mit technischen Entwicklungen zusammen, vor allem waren sie aber an soziokulturelle Veränderungsprozesse gekoppelt (Schmaltz-Bruns 2001, S. 113). War die konsequente Trennung von Staat und Gesellschaft Ausgangspunkt für die Etablierung der bürgerlichen Öffentlichkeit, markiert ihre zunehmende Überlappung auch den Beginn vom Ende der bürgerlichen Öffentlichkeit. Den Grund für die Aufhebung der strikten Trennung von Staat und Gesellschaft sieht Habermas in der Industrialisierung und der damit verbundenen Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, die den Staat zu einem wachsenden Interventionismus zwingen. Private Akteure und Organisationen werden zunehmend mit staatlichen Aufgaben betraut, sodass eine klare Differenzierung und Aufgabenteilung nicht mehr möglich erscheint (Habermas 1962, S. 165).

Die Folgen sind ambivalent: Auf der einen Seite werden soziale Härten abgemildert, auf der anderen Seite verlieren private Organisationen und individuelle Akteure einen Teil ihrer Unabhängigkeit. Wahlrechtsreformen führen zwar zu einer Erweiterung der

Partizipationschancen, als Folge davon sind Bürgertum und Öffentlichkeit nicht mehr deckungsgleich, womit sich die Öffentlichkeit auch ihres auf Rationalität fokussierten Habitus mehr und mehr entledigt.

„Der Resonanzboden einer zum öffentlichen Gebrauch des Verstandes erzogenen Bildungsschicht ist zersprungen; das Publikum in Minderheiten von nicht-öffentlich rasonierenden Spezialisten und in die große Masse von öffentlich rezipierenden Konsumenten gespalten; womit es überhaupt die spezifische Kommunikationsform eines Publikums einbüßt“ (Habermas 1962, S. 192).

Im Ergebnis führen diese Veränderungsprozesse im 19. Jahrhundert zu einer Neubestimmung der Funktion von Öffentlichkeit. Waren die räumlich greifbaren Versammlungsöffentlichkeiten der bürgerlichen Öffentlichkeit lose gekoppelt durch Periodika, bei denen die Gewinnerzielung nicht im Vordergrund stand, sind die Medienorganisationen der zeit- und ortsungebundenen massenmedialen Öffentlichkeit Gewinnzwängen unterworfen und/oder geraten in Abhängigkeit von organisierten Interessen wie Parteien oder Gewerkschaften. Im Endeffekt kommt es zu einer Privilegierung markt- und/oder mobilisierungsfähiger Themen, was wiederum die prinzipielle Unabgeschlossenheit der Öffentlichkeit untergräbt. Themen und Akteure müssen sich in dem neuen Umfeld den Selektionsregeln der Massenmedien anpassen.

Die von den sich entwickelnden Massenmedien ausgefochtenen Richtungskämpfe entfernen sich von ihrer eigentlichen Bestimmung – dem kritischen Rasonnement – und werden für partikulare Interessen instrumentalisiert. Damit setzt letztlich ein Umkehrprozess „vom kulturrasonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum“ ein (Habermas 1962, S. 177). Statt in Salons und Kaffeehäusern zu debattieren, konsumiert das Publikum schweigend. Öffentliches Rasonnement findet in modernen Massenmedien zwar noch statt, in der Arena finden sich aber Darsteller, die in „Warenform“ „professionalisierte Dialoge“ vortragen. Sporadische Akklamation und Schweigen statt Rasonnement bestimmen das Verhalten des Publikums (Habermas 1962, S. 181 f.).

Habermas' Studie hat seit ihrer Veröffentlichung zahlreiche Kritik auch im Zuge der Übersetzung ins Englische (Habermas 1989) erfahren (Schultz 2006; Kellner 2000; Gestrich 2006; Tobler 2010, S. 32 ff.). Einige der Kritikpunkte an seiner Beschreibung des Aufstiegs und Zerfalls der bürgerlichen Öffentlichkeit wurden im Vorwort seiner Neuauflage aufgegriffen (Habermas 1990). Der eigentliche Kern seiner Gedanken blieb davon unberührt und besitzt für Habermas weiterhin Gültigkeit (Habermas 1990, S. 13 ff.). Eine Revision seines Öffentlichkeitskonzepts findet sich erst in „Faktizität und Geltung“ wieder, in der die historische Perspektive zugunsten einer diskursethischen Begründung der Öffentlichkeit abgelöst wird (Habermas 1992b). Wie Habermas selber hervorhebt, „erfordert die

Herausarbeitung eines epochenspezifischen Begriffs die stilisierte Hervorhebung kennzeichnender Merkmale aus einer sehr viel komplexeren gesellschaftlichen Realität“ (Habermas 1990, S. 13). Gerade diese rigide Idealtypbildung und Dichotomisierung hat aber zahlreiche Kritik hervorgerufen. Einige der zentralen Kritikpunkte werden im Folgenden vorgestellt. Kritisiert wird die von Habermas beschriebene soziale Zusammensetzung der bürgerlichen Öffentlichkeit. Gestrich bemängelt, dass die bürgerliche Öffentlichkeit sich nicht ausschließlich aus Angehörigen des Bürgertums rekrutierte, sondern eine Mischung aus Adelligen und Bürgerlichen war.

„The characteristic mixture was in fact one of élites, of nobility, civil servants, academics, priests, and only a few bourgeois men and women“ (Gestrich 2006, S. 417).

Aufgrund dieser Zusammensetzung zeichnete sich ihr Verhältnis zur Staatsgewalt weniger durch Antagonismus, sondern durch Reformbestrebungen aus, die wiederum von staatlichen Akteuren durchaus unterstützt wurden (Gestrich 2006, S. 416 ff.). Habermas vernachlässigt vor allem aber, dass große Bevölkerungsgruppen von der bürgerlichen Öffentlichkeit ausgeschlossen waren. Bildung und Besitz waren faktisch Zulassungshürden zur bürgerlichen Öffentlichkeit, die beide miteinander korrelieren (Habermas 1962, S. 100). Wenn aber „die bürgerliche Öffentlichkeit [...] mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs steht und fällt“ und eine Öffentlichkeit keine Öffentlichkeit mehr ist, von der bestimmte Gruppen ausgeschlossen sind (Habermas 1990, S. 156), stellt der Ausschluss von Angehörigen der zahlenmäßig dominierenden Unterschicht und von Frauen ein zentrales Problem für seine Beschreibung dar (Schultz 2006).

Neben der Kritik an der Gleichsetzung der Akteure bürgerlicher Öffentlichkeit mit dem gesamten Publikum wird auch der geradlinige Zerfallsprozess vom kulturräsonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum kritisiert. Vor allem diesem Kritikpunkt widmet sich Habermas im Vorwort zur Neuauflage ausführlich und gesteht ein, das Kritikpotenzial sowie die interne Differenzierung des massenmedialen Publikums seinerzeit unterschätzt zu haben (Habermas 1990, S. 30). Die idealtypische Gegenüberstellung von Versammlungsöffentlichkeiten mit ihrem durch öffentliches Rasonnement gekennzeichneten Kommunikationsstil und den durch Konsum geprägten Rezeptionsstil der Massenmedien sei, so die Kritiker, nicht haltbar (Kellner 2000).

So wird von Hallin und Mancini darauf hingewiesen, dass sich innerhalb westlicher Demokratien erhebliche Unterschiede in den Mediensystemen zeigen. Hallin und Mancini differenzieren zu dem Zweck vier Dimensionen:

- 1) die Struktur der Medienmärkte, besonders die Verbreitung von Printmedien und das

öffentlich-rechtliche Rundfunkangebot

- 2) das Ausmaß der Politisierung der Massenmedien
- 3) der Grad der journalistischen Professionalisierung
- 4) die Rolle des Staates und das Ausmaß an Autonomie der Massenmedien (Hallin und Mancini 2004, S. 21)

Auf dieser Grundlage entwickeln die Forscher eine Typologie der Mediensysteme, die zugleich politische Kontextvariablen mitberücksichtigt. Dabei stellten sie fest, dass sich die demokratischen Länder Westeuropas und Nordamerikas signifikant in den vier Dimensionen unterscheiden. Zum anderen, dass bei der Modellbildung vergleichsweise klar abgegrenzte geografische Regionen entstanden, die sie in drei Modelle einteilen: Südeuropa (polarisiert-pluralistisches Modell), Nord- und Mitteleuropa (demokratisch-korporatistisches Modell) sowie Nordamerika und die britischen Inseln (liberales Modell) (Hallin und Mancini 2004, S. 72 ff.).

Fraser wiederum kritisiert, dass Habermas' Öffentlichkeitskonzept die „westfälische Rahmung des politischen Raums als selbstverständlich voraussetzt“ (Fraser 2008, S. 20). Da Themen wie globale Erwärmung, Finanzkrise etc., sowohl was die Mobilisierung der öffentlichen Meinung als auch was die Regelungskompetenz nationaler Regierungen betrifft, die Grenzen des Nationalstaates sprengen, muss die Frage der Inklusivität der von einer Entscheidung Betroffenen neu gestellt werden. Die gleiche Frage stellt sich im Fall der Netzöffentlichkeit. Nationalstaatliche Grenzen haben im Internet prinzipiell keine Bedeutung.

„The core institutional configurations on which the theories of Parsons and Habermas rest – the unitary post-war state, the economy of high industrialism in transition to postindustrialism, and the nuclear family – no longer exist in the form of functional dependencies. The functionalist model, carried forward in *Between Facts and Norms*, no longer operates in the same economic or political environment“ (Friedland et al. 2006, S. 13 f.).

Mit diesem Problem ist die Effektivität einer diskursiv erzeugten öffentlichen Meinung im transnationalen sowie im nationalen Kontext verbunden. Inwiefern besitzt der Nationalstaat überhaupt die Handlungsfähigkeit, um die öffentliche Meinung in wirkungsvolle administrative Handlungen umzusetzen, wenn transnationale Problemlagen betroffen sind? Aber auch die Frage, wie zivilgesellschaftliche kommunikative Macht in administrative Entscheidungen zu übersetzen ist, wird von Habermas nur ungenügend thematisiert. Habermas scheint viertens die Rolle von Journalisten und Medienorganisationen sowie technische Veränderungsprozesse bei der Genese eines neuen Typs von Öffentlichkeit zu unterschätzen. Stattdessen kapriziert er vergleichsweise stark auf sozioökonomische

Veränderungsprozesse. Wie Gestrich unter Bezugnahme auf diverse geschichtswissenschaftliche Studien festhält, ist diese These nicht haltbar.

„It was the media which caused public communication to become institutionalized and permanent, quite independently of the social strengths or weaknesses of the bourgeoisie or unfolding capitalism“ (Gestrich 2006, S. 427).

In seiner kritischen Haltung gegenüber professionalisierten und gewinnorientierten Medienunternehmen ignoriert Habermas, dass Marktkräfte für das Funktionieren von Öffentlichkeit auch positive Entwicklungen anstoßen können. So kann der als wesentlicher Grund für den Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit beschriebene wachsende Staatsinterventionismus und die damit einhergehende Abhängigkeit der gesellschaftlichen Akteure vom Staat durch Marktkräfte unter Umständen ein Stück zurückgenommen werden.

Das Habermas'sche Modell von Öffentlichkeit ist schließlich, so die Kritik von Schrape, in einer „statischen Theorielage“ verhaftet, das heißt von den medialen Strukturen gekennzeichnet, unter denen es entstanden ist (Schrape 2011, S. 412). Diese Kritik scheint überzeichnet. So thematisiert Habermas sozioökonomische Veränderungsprozesse und ihre Auswirkungen auf die Medienstruktur intensiv. Neuere technische Entwicklungen hin zu interaktiven Medienformaten im Social Web behandelt er bislang nur cursorisch. Allerdings wird dieser Mangel durch eine Vielzahl von Arbeiten ausgeglichen, die das Zusammenspiel von deliberativen Demokratiekonzepten und dem Internet thematisieren.

8.2 Die Strukturebene der Öffentlichkeit – das Arenenmodell

Das Arenenmodell von Gerhards und Neidhardt (1991) (vgl. außerdem Wimmer 2007, S. 107 ff.; Jarren und Donges 2006, S. 102 ff.) bietet eine analytisch-deskriptive Beschreibung der Öffentlichkeit vor allem auf der Strukturebene. Es steht damit im Gegensatz zum stärker normativ geprägten Habermas'schen Modell von Öffentlichkeit. Als Startpunkt für eine Analyse der Struktur sowie der Leistungen und Defizite der traditionellen massenmedialen Öffentlichkeit bietet das Arenenmodell einige Vorteile. Seine Differenzierung zwischen Forum und Arena, verschiedenen Akteursgruppen und Öffentlichkeitsebenen ermöglicht eine Beschreibung der Struktur existierender Öffentlichkeit, ihrer Selektionslogiken und ihrer Funktionen. Erst durch die Absteckung dieses Rahmens kann eine elaborierte Analyse des Veränderungspotenzials der Netzöffentlichkeit im Vergleich zur traditionellen Medienstruktur vorgenommen werden (Schrape 2011, S. 408 f.). Auch knüpft das Modell lose an Konzeptionen deliberativer Öffentlichkeit an.⁷⁹ Seine empirische Fundierung erlaubt zudem

⁷⁹ So übernimmt das Arenenmodell beispielsweise mit einer leicht abweichenden Begrifflichkeit die von Habermas vorgeschlagene Differenzierung zwischen verschiedenen Öffentlichkeitsebenen.

Umsetzungsschwierigkeiten normativ geprägter Öffentlichkeitsmodelle aufzuzeigen.

Ausgangspunkt des Arenenmodells sind Defizite der Öffentlichkeitskonzeptionen von Habermas und Luhmann. Während sich das Öffentlichkeitskonzept von Habermas aufgrund seiner normativen und realitätsfernen Fundierung nicht für eine empirische Analyse eignet, „so daß immer wieder ungewiß ist, ob das angesprochene Phänomen eine soziale Bestandsgröße oder aber doch nur eine Art regulativer Idee darstellt“ (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 33), werden an der Luhmann'schen Systemtheorie eine „reduzierte Öffentlichkeitsvorstellung“ und eine Trivialisierung von Öffentlichkeit kritisiert (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 34).

Gerhards und Neidhardt verstehen Öffentlichkeit als ein Kommunikationssystem, das zwischen Bürger und politischem System sowie den einzelnen politischen Akteuren und den Interessen anderer gesellschaftlicher Teilsysteme vermittelt (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 41 f.). Dabei erschöpft sich Öffentlichkeit im Arenenmodell nicht auf eine rein systemische Perspektive, sondern verknüpft sie mit einer handlungstheoretischen Perspektive, da sich aus der „Eigenlogik öffentlicher Kommunikation“ zwar Erwartungen an die Akteure ergeben, die aber nicht zwingend befolgt werden müssen (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 57).

„Insofern ist Gesellschaft mehr als die Summe und das Zusammenspiel ausdifferenzierter Teilsysteme, mehr als ein System funktionalisierter Kommunikationen. Sie ist auch und immer jene Metakommunikation, in der die Akteure allgemeine Sinnfragen stellen, Frustrationen ausdrücken, Schuldprüche fällen, Befürchtungen und Hoffnungen austauschen“ (Neidhardt 1989, S. 30 f.).

Analog zur Differenzierung moderner Gesellschaften hat sich dieses Kommunikationsnetzwerk „hierarchisch, segmentär und funktional“ ausdifferenziert (Imhof 2006, S. 37). Das Arenenmodell unterscheidet entsprechend zwischen

- 1) unterschiedlichen Prozessstufen,
- 2) verschiedenen Öffentlichkeitsebenen sowie
- 3) Akteursgruppen und Rolleninhabern.

Diese primär deskriptiv-analytische Differenzierung ist im weiteren Fortgang der Arbeit instruktiv hinsichtlich der Fragen, welche Funktionen der Öffentlichkeit zukommen und welchen Kommunikationsebenen welche Bedeutung zukommt, sowie der unterschiedlich verteilten Partizipations- und Definitionsmacht des Publikums, der Sprecher und Vermittler. Modelliert man Öffentlichkeit als Prozess, dann werden auf der Inputseite Themen und Meinungen gesammelt, auf der Throughput-Ebene verarbeitet und auf der Output-Ebene

weitergegeben (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 34 f.; Neidhardt 1994, S. 8).⁸⁰ Aufbauend auf dieser Heuristik lassen sich unterschiedliche demokratietheoretische Vorstellungen über eine „gute“ Öffentlichkeit modellieren.

1. Input-Ebene: Öffentlichkeit muss für alle Akteure und alle politischen und gesellschaftliche Vorgänge von Relevanz offen sein. Dafür bedarf es auch in normativ anspruchslosen Öffentlichkeitsvorstellungen der Möglichkeit, dass sich alle relevanten Akteure frei artikulieren können, und der Publizität. Informationen müssen allgemein zugänglich sein (Transparenzfunktion).
2. Throughput-Ebene: Öffentlichkeitsakteure verarbeiten die Themen ihrer Kommunikationspartner diskursiv und revidieren im Lichte besserer Argumente ihre eigene Position (Validierungs- und Diskursfunktion).
3. Output-Ebene: Sind die ersten beiden Bedingungen erfüllt, entsteht eine öffentliche Meinung, die vom Publikum als überzeugend wahrgenommen wird (Orientierungsfunktion) (Neidhardt 1994, S. 8 f.).

Zusammengefasst ist Öffentlichkeit:

„[...] ein intermediäres System, dessen politische Funktion in der Aufnahme (Input) und Verarbeitung (Throughput) bestimmter Themen und Meinungen sowie in der Vermittlung der aus dieser Verarbeitung entstehenden öffentlichen Meinung (Output) einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System besteht“ (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 34 f.).

8.2.1 Formen der Öffentlichkeit

Öffentlichkeit kann als „architektonische Metapher“, als Forum oder Arena konzeptualisiert werden, die unterschiedliche Formen der Öffentlichkeit beschreiben (Habermas 1992b, S. 437). Idealtypisch zeichnet sich ein Forum durch eine Gleichberechtigung der Teilnehmer, Spontaneität der Kommunikation, keine thematische Fixierung, geringe Rollendifferenzierung und einen hohen Interaktivitätsgrad aus. Die rationale Auseinandersetzung mit einem Thema und der gegenseitige Respekt vor den Argumenten des Gegenübers prägen den Kommunikationsstil (Plake et al. 2001, S. 29 ff.; Leggewie 2008, S. 92 ff.). Demgegenüber steht in der Arena analog zu ihrem antiken Vorbild die Inszenierung im Mittelpunkt. Entsprechend ihrer thematischen Fixierung und ihrem choreografierten Ablauf setzt sie einen organisatorischen Unterbau und eine klare Rollendifferenzierung zwischen Publikum und Arenenakteuren voraus. Die Mitwirkung des Publikums beschränkt sich auf Ausnahmefälle

⁸⁰ Imhof verweist in diesem Zusammenhang auf drei „normative Dimensionen des Aufklärungsverständnisses von Öffentlichkeit“: die deliberative Funktion, die politisch-rechtliche Funktion und die Integrationsfunktion (Imhof 2008, S. 69 ff.).

(Plake et al. 2001, S. 30 ff.).

Aufbauend auf der basalen Unterscheidung zwischen Forum und Arena kann zwischen Interaktions-, Versammlungs- und massenmedialen Öffentlichkeiten unterschieden werden. Sie setzen hinsichtlich der skizzierten Öffentlichkeitsfunktionen unterschiedliche Schwerpunkte, besitzen verschiedene Bedeutungen für die Herausbildung einer öffentlichen Meinung und sind historisch zu unterschiedlichen Zeiten entstanden (Habermas 1992b, S. 452; Gerhards und Neidhardt 1991, S. 49 ff.; Jarren und Donges 2006, S. 105 ff.; Imhof 2008, S. 74).⁸¹

„[Öffentlichkeit] stellt ein hochkomplexes Netzwerk dar [...], das sich nach Kommunikationsdichte, Organisationskomplexität und Reichweite nach Ebenen differenziert – von der episodischen Kneipen-, Kaffeehaus- oder Straßenöffentlichkeit über die veranstaltete Präsenzöffentlichkeit von Theateraufführungen, Elternabenden, Rockkonzerten, Parteiversammlungen oder Kirchentagen bis zu der abstrakten, über Massenmedien hergestellten Öffentlichkeit von vereinzelt und global verstreuten Lesern, Zuhörern und Zuschauern“ (Habermas 1992b, S. 452).

Die elementarste Ebene bilden kleine Öffentlichkeiten, sogenannte Encounters. Sie entstehen, wenn Menschen – am Arbeitsplatz, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Café – aufeinandertreffen und spontan ins Gespräch geraten. Die Teilnahme an kleinen Öffentlichkeiten ist nicht beschränkt, die Akteure erkennen sich außerdem als gleichberechtigte Diskussionsteilnehmer an. Bezogen auf die drei oben dargestellten Öffentlichkeitsfunktionen ist die Transparenzfunktion erfüllt. Die Validierungsfunktion ist, weil „Themen fluktuieren und mit dem Wechsel der Teilnehmer sich der Meinungsstand verändert“, nur eingeschränkt gegeben (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 51). Da Encounters untereinander nicht vernetzt sind, die Kommunikation einen Episodencharakter hat und die Zahl der Teilnehmer überschaubar ist, ist auf der Output-Ebene die Wirkung auf die öffentliche Meinung gering. Sie gewinnt erst an Relevanz, wenn die Kommunikation „au trottoir“ (Luhmann) auf höherer Ebene wahrgenommen wird und Anschlusskommunikation auslöst (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 50 ff.).⁸²

Versammlungsöffentlichkeiten in Form öffentlicher Veranstaltungen – beispielsweise Universitätsvorlesungen, Demonstrationen oder Vorträge mit anschließender

⁸¹ Hacker und van Dijk unterscheiden Öffentlichkeitsebenen auf der Mikro-, Meso- und Makroebene. Während sie ähnlich wie Neidhardt und Gerhards auf der Mikroebene interpersonale Kommunikation ansiedeln, findet sich auf der Mesoebene Organisationskommunikation und auf der Makroebene Regierungskommunikation sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene (Hacker und van Dijk 2000, S. 217 f.).

⁸² Bedeutung kann Interaktionskommunikation als „Startpunkt für Autonomisierungsprozesse“ in autoritären Gesellschaften erlangen, da sie nur schwer zu kontrollieren ist (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 51 f.; Rühle 2003, S. 43 f.).

Diskussionsrunde – formen die nächsthöhere Öffentlichkeitsebene. Im Gegensatz zur Encounter-Ebene bilden sie ein strukturiertes Kommunikationsforum, das öffentlich zugänglich und thematisch festgelegt ist. Auch wenn öffentliche Veranstaltungen unvermittelt entstehen können, etwa in Form von spontanen Demonstrationen (Jarren und Donges 2006, S. 104), bewirken ihre thematische Festlegung und der damit einhergehende höhere Organisationsgrad eine Hierarchisierung zwischen den Teilnehmern. Damit einher geht eine Rollendifferenzierung in Publikum und Sprechern, zwischen denen anders als auf der Encounter-Ebene nur schwer gewechselt werden kann. Interaktionsmöglichkeiten sind temporär und erfolgen nicht spontan.

Betrachtet man die drei Öffentlichkeitsfunktionen, ist die Transparenzfunktion aufgrund der thematischen Festlegung unzureichend erfüllt. Auch kann der Zugang zu Versammlungen mehr oder minder restriktiv gehandhabt werden. Aufgrund der vergleichsweise hohen Stabilität von Versammlungen können sie einfacher die Aufmerksamkeit von Journalisten erlangen, sodass es zu einer Synthetisierung und somit auf der Output-Ebene zur Herausbildung einer öffentlichen Meinung kommen kann (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 52 ff.).

Waren die Etablierung von Versammlungsöffentlichkeiten und ihre Vernetzung durch „Periodika der Aufklärungsgesellschaften“ historisch ein wichtiger Schritt für die Herausbildung der modernen Öffentlichkeit (Imhof 2008, S. 74), werden Öffentlichkeit und die Bildung öffentlicher Meinung heute durch Massenmedien bestimmt. Kann man die ersten beiden Öffentlichkeitsebenen als Foren begreifen, stellt sich massenmediale Öffentlichkeit als Arena dar. Dabei erreichen Themen aus der Forumsöffentlichkeit nur breite Gesellschaftsschichten, wenn sie von der massenmedialen Berichterstattung aufgegriffen werden (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 55). Massenmedial vermittelte Öffentlichkeit richtet sich, anders als die zahlenmäßig kleinen Encounter- und Versammlungsöffentlichkeiten, an ein disperses, raum- und zeitunabhängiges Publikum (Schulz 2011a, S. 118).

„Nur unter Verzicht auf Anwesenheitskriterien lässt sich die Chance der Teilnahme aller gewährleisten. Genau diesen Verzicht auf Anwesenheitskriterien können nur die modernen Massenmedien gewährleisten. Sie substituieren die Notwendigkeit von Präsenz und bauen bestehende, sonst unüberbrückbare Distanzen ab“ (Marschall 1999, S. 50).

Öffentlichkeit wird auf diese Weise zu einer „dauerhaft bestimmenden gesellschaftlichen und politischen Größe“ (Neidhardt 1994, S. 10). Massenmediale Öffentlichkeit bildet den heute „dominanten Kommunikationsraum“. Die spezifischen Eigenschaften und Strukturen massenmedialer Öffentlichkeit beeinflussen entscheidend, wie Akteure in der Öffentlichkeit

kommunizieren und wie Themen in der Öffentlichkeit platziert werden (Marschall 1999, S. 24). Allerdings ist massenmediale Öffentlichkeit ohne die beiden anderen Ebenen kaum denkbar. Sie dienen als Impulsgeber für die massenmediale Öffentlichkeit, sodass Öffentlichkeit aus dem Wechselspiel zwischen den drei Ebenen entsteht. Interaktionsprozesse und die Frage, inwiefern die Ebenen durchlässig sind, sind von besonderem Interesse (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 55 f.; Jarren und Donges 2006, S. 104 f.). Die bereits in der Versammlungsöffentlichkeit zu beobachtende Rollendifferenzierung und Distanzierung zwischen Publikum und Sprechern setzt sich in der massenmedialen Öffentlichkeit fort. Eine Sonderrolle nehmen professionelle und institutionalisierte Vermittler wie Journalisten ein. Sie stellen nicht nur die Themen für ein unabgeschlossenes und dauerhaft vorhandenes Publikum bereit, sondern können auch im Gegensatz zum Publikum relativ einfach die Rollen wechseln und von „Vermittlern zu Sprechern“ werden (Ferree 2002, S. 12). Journalisten nehmen in traditionellen Massenmedien eine Schlüsselposition als Diskursvermittler und Diskursteilnehmer ein (Peters et al. 2004, S. 69).

Die Unterscheidung nach verschiedenen Öffentlichkeitsebenen scheint auch für die Beschreibung der Struktur der Netzöffentlichkeit instruktiv zu sein. Auch in der Netzöffentlichkeit können verschiedene Ebenen beobachtet werden, die sich in ihrem Organisationsgrad, ihrer Zugangsmöglichkeit und ihrem Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung unterscheiden, allerdings sind diese Ebenen weitaus weniger trennscharf und verschwimmen in der Netzöffentlichkeit.

Im Unterschied zur Präsenzöffentlichkeit der Encounter und Versammlungen handelt es sich bei den ersten beiden Ebenen der Netzöffentlichkeit notwendigerweise um technisch vermittelte Kommunikation. Sie hat sich von der physischen Anwesenheit des Publikums gelöst. Als ein zentrales Unterscheidungsmerkmal kann somit nicht physische Anwesenheit vs. Nichtanwesenheit herangezogen werden, sondern es müssen verschiedene Formate im Internet betrachtet werden, die idealtypisch verschiedenen Öffentlichkeitsebenen zugeordnet werden können (Zimmermann 2006, S. 138). Auf der Encounter-Ebene finden sich dann Anwendungen der Individualkommunikation wie Instant-Messaging-Dienste und Chat-Kommunikation, die mehr oder weniger zufällig zustande kommen können und weder eine thematische Fixierung noch eine Rollendifferenzierung aufweisen. Newsgroups, Diskussionsforen und Blogs bilden idealtypisch das Onlineäquivalent zur klassischen Versammlungsöffentlichkeit. Eine Fixierung und Strukturierung von Themen zeichnen diese Ebene in der Netzöffentlichkeit ebenso aus wie eine Rollendifferenzierung nach Publikum, Sprechern und Administratoren. Ein Rollenwechsel ist indes mit deutlich weniger Hürden verbunden als in der klassischen Versammlungsöffentlichkeit (Beck 2010a, S. 32 ff.).

Empirische Untersuchungen zeigen jedoch eine Dominanz von passiven, das heißt nur

lesenden Teilnehmern (Stegbauer und Rausch 2001). Grundsätzlich kann zwischen drei Typen von Mitgliedern von Onlinegemeinschaften differenziert werden: einem kleinen Kreis von „Stammitgliedern“, einer Gruppe von Personen, die sich gelegentlich zu Wort melden, und einer Gruppe von passiven Mitgliedern. Diese sogenannten Lurker, die das Geschehen nur beobachten, bilden in den meisten Foren die weitaus größte Gruppe (Döring 2010, S. 177). Massenmediale Öffentlichkeit konstituiert sich im Internet primär im World Wide Web. Hier finden sich vor allem kommerziell ausgerichtete und professionell organisierte und nach journalistischen Standards arbeitende Nachrichtenportale, die im Rahmen eines klassischen Sender-Empfänger-Modells primär eine Einwegkommunikation betreiben (Beck 2010a, S. 32).

Auch wenn die Unterscheidung zwischen Öffentlichkeitsebenen für die Netzöffentlichkeit eine wertvolle Untersuchungsheuristik darstellt, zeigen sich markante Unterschiede. Aufgrund der fehlenden physischen Anwesenheit in der Encounter- und Versammlungsöffentlichkeit im Internet bilden Raum und Zeit weitaus geringere Barrieren als im realweltlichen Kontext. Die Teilnehmer müssen sich weder am selben Ort aufhalten noch in allen Fällen zwingend zur selben Zeit zusammenkommen (Zimmermann 2006, S. 139). Allerdings können sich neue Restriktionen ausbilden, wie beispielsweise das Vorhandensein von speziellen technischen Voraussetzungen und Kompetenzen oder eines Accounts zur Nutzung eines bestimmten Formats. Ein weiterer zentraler Unterschied zur traditionellen Präsenzöffentlichkeit ist ein relativ hohes Maß an Anonymität in einigen Anwendungen der Encounter- und Versammlungsöffentlichkeit im Netz (Sutter 2008, S. 67). Schließlich sind die Grenzen zwischen den drei Ebenen fließend. Partizipative und responsive Elemente können einfach in massenmedial ausgerichtete Angebote im Internet eingebaut und von den Besuchern genutzt werden. Auch Anwendungen des Social Web integrieren alle drei Ebenen auf einer Plattform. Die Unterschiede zwischen Individual-, Gruppen- und Massenkommunikation verschwimmen – es kommt zu einer Amalgamierung der verschiedenen Ebenen (Castells 2009, S. 64).

8.2.2 Leistungen und Defizite der massenmedialen Öffentlichkeit auf der Strukturebene

Aufgrund des hohen technischen und organisatorischen Aufwands zeigen sich Mängel in der Transparenzfunktion auf der Input-Ebene. Offenheit für individuelle und kollektive Akteure – insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure, die nicht durch institutionalisierte Kanäle über das politische System, Parteien und Verbände Einfluss nehmen können – sowie alternative Themen und Meinungen ist in der traditionellen Medienstruktur nicht gewährleistet (Imhof 2008, S. 66 f.). Dabei ist nicht entscheidend, dass alle Individuen oder Gruppen die gleiche

Redezeit erhalten und sich zu Wort melden können. Vielmehr muss die Chance bestehen, dass sich das gesamte relevante Meinungsspektrum in der Öffentlichkeit wiederfindet, und die Möglichkeit existieren, sein Anliegen vorzutragen. Einigen Positionen und Akteuren kann dabei mehr Zeit eingeräumt werden, um ihre Anliegen zu artikulieren, als anderen (Peters 2007c, S. 194). Der Zugang von Akteuren und Themen erfolgt in einer durch traditionelle Massenmedien dominierten Medienstruktur selektiv. Eine Interaktion mit dem Publikum ist technisch nicht möglich und im Normalfall auch nicht gewünscht. Diese Exklusionsmechanismen von Akteuren und Themen in der ersten Phase der Informationssammlung führen wiederum zu Problemen in den Phasen der Verarbeitung und Validierung (Nuernbergk 2013, S. 69).

Während auf der Input-Ebene Informationen und Meinungen gesammelt werden, müssen diese im zweiten Schritt auf der Throughput-Ebene verarbeitet und synthetisiert werden. Eine funktionierende Öffentlichkeit muss den Gegensatz zwischen einer größtmöglichen Offenheit und der damit verbundenen Themenvielfalt bewältigen und die notwendige Reduzierung von Komplexität auf der anderen Seite leisten (Vlasic 2004, S. 50 ff.). Damit diese Validierungsfunktion erfüllt ist, reicht es nicht aus die verschiedenen Informationen und Meinungen nebeneinanderzustellen. Aus deliberativer Warte muss es eine diskursive Auseinandersetzung mit einem Austausch von Argumenten und Gegenargumenten geben, bei der die Informationsmengen gebündelt und Zusammenhänge ersichtlich werden (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 43). Während die erste Ebene somit eine eher quantitative Perspektive einnimmt, lenkt die Throughput-Ebene den Blick auf die qualitative Verdichtung von Informationen. Geht man von den Kommunikationsmustern Verlautbarung, Agitation und Diskurs aus, dominieren empirisch die ersten beiden Formen in traditionellen Massenmedien (Neidhardt 1994, S. 20 ff.).

Zu diesem Ergebnis kommen beispielsweise empirische Studien zum Abtreibungsdiskurs in Deutschland und den USA (Gerhards et al. 1998; Ferree 2002) sowie eine Untersuchung zum Diskurs um Nutzen und Gefahren von Genfood in Deutschland (Rucht et al. 2008). So gelangen Gerhards et al. bei ihrer empirischen Untersuchung zum Abtreibungsdiskurs in Tageszeitungen zu dem Ergebnis, der „Aspekt des Werbens dominiert gegenüber dem der Verständigung“ (Gerhards et al. 1998, S. 185). Allerdings merken Gerhards et al. an, dass dieser Kommunikationsstil durchbrochen werden könnte, wenn sich seine Verbindung mit ökonomischen und konkurrenzdemokratischen Erfordernissen auflöst (Gerhards et al. 1998, S. 185). Auf der Throughput-Ebene weisen traditionelle Massenmedien in der Validierungsfunktion somit erhebliche Mängel auf.

Damit eine wohlbegründete öffentliche Meinung generiert wird, die eine Orientierungsfunktion erfüllt und auf deren Grundlage in der Outputphase Entscheidungen

getroffen werden können, müssen Informationen verdichtet werden und muss das Wissen um die Voraussetzungen und Folgen von Entscheidungen vorliegen. Verzerrungen entstehen hier durch eine Gleichsetzung von öffentlicher Meinung und der Summe der individuellen Meinungen (Wimmer 2007, S. 123 ff.). Öffentliche Meinung ist aber ein „Produkt öffentlicher Kommunikation“, die entsteht, wenn bestimmte Themen oder Meinungen nach Einschätzung einflussreicher Akteure relevant sind und in der Folge von den Massenmedien Aufmerksamkeit gewinnen (Wimmer 2007, S. 123). Finden diese wiederum die Zustimmung von möglichst vielen Bürgern – aufgrund mediengerechter Darstellung und Deutung –, entsteht eine öffentliche Meinung (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 38 f.). Auf der anderen Seite haben Themen und Meinungen, die nicht von den Massenmedien aufgegriffen werden, kaum eine Chance, zur öffentlichen Meinung zu werden. Damit zeigt sich, dass in der traditionellen Medienstruktur auch die Orientierungsfunktion unzureichend gewährleistet ist. Themen, die sich an „medialen Selektions- und Inszenierungslogiken“ orientieren, werden gegenüber anderen Themenbereichen von traditionellen Massenmedien privilegiert und finden weitaus einfacher die Aufmerksamkeit des Publikums. Dies führt wiederum dazu, dass die politische Agenda zunehmend von „Pseudoereignissen, Inszenierungen, Skandalisierungen und symbolische[r] Politik“ bestimmt wird (Nuernbergk 2013, S. 69).⁸³

8.3 Die Akteursebene der Öffentlichkeit

Eine Beurteilung der Funktionen und Leistungen der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit muss neben der Strukturebene von Öffentlichkeit die Akteursebene analysieren. Wie im Bereich der verschiedenen Komplexitätsebenen von Öffentlichkeit ist Öffentlichkeit auch auf der Akteursebene stratifiziert – die verschiedenen Akteure verfügen über unterschiedliche Ressourcenausstattung, Durchsetzungspotenziale und Funktionen (Hüller 2005b, S. 9 f.; Tobler 2010, S. 52). Während in einfachen Interaktionssystemen eine Rollendifferenzierung nicht auszumachen ist, kann auf den Ebenen der Versammlungs- und massenmedialen Öffentlichkeit zwischen Publikum, Sprechern und Medien differenziert werden (Neidhardt 1994, S. 11 ff.; Jarren und Donges 2006, S. 105 f.; Peters 2007a, S. 76 ff.). Während Sprecher den Input in Form kommunikativer Beiträge liefern, wirken Medien als Vermittler und Verstärker der von den Sprechern produzierten Beiträge.

Primärer Adressat der Sprecher ist das Publikum. Der Erfolg der Arenenakteure entscheidet sich durch das auf der Galerie versammelte Publikum (Gerhards und Neidhardt 1991, S. 40 f.; Neidhardt 1994, S. 12 f.). Da Publikumsgunst und Aufmerksamkeit knappe Ressourcen

⁸³ Öffentlichkeit ist schwer kalkulierbar. Welche Akteure Aufmerksamkeit gewinnen, wie sich Themen weiterentwickeln, ist vor dem Hintergrund einer fragmentierten Medienlandschaft kaum abschätzbar.

sind, ist das Verhältnis der Arenenakteure untereinander durch Konkurrenz geprägt. Erfolgsfaktoren in der massenmedialen Kommunikation sind vor allem Prominenz und Prestige (Peters 2007a, S. 82 ff.). Sprecher streben – sofern sie politische Akteure sind – nach Sicherung und Erlangung von politischem Einfluss und Legitimität für ihre Entscheidungen. Massenmedien als Wirtschaftsunternehmen sind wiederum primär am ökonomischen Erfolg interessiert (Imhof 2006, S. 39).⁸⁴ Von diesem Ensemble der etablierten Akteure sind nichtetablierte Öffentlichkeitsakteure abzugrenzen. Sie verfügen über keine traditionelle oder institutionalisierte Form der Prominenz oder des Prestiges und sind nicht in bestehende Netzwerke der Machtallokation zwischen politischem System und Mediensystem eingebunden.

Potenziell ist das Publikum von Massenmedien nicht begrenzt, es kann prinzipiell die Gesamtheit aller Bürger umfassen. Es ist davon auszugehen, dass je nach Verbreitungsmedium und Thema die soziale Stratifikation schwankt (Peters 2007a, S. 76).⁸⁵ Trotz dieser Varianz kristallisieren sich einige gemeinsame Merkmale des Publikums traditioneller Massenmedien heraus (Neidhardt 1994, S. 13 f.): erstens eine Laienorientierung, die umso stärker hervortritt, je disperser das Publikum ist. Experten und Sprecher müssen sich als Folge in ihrer Kommunikation auf dieses Strukturmerkmal einstellen. Zum Zweiten zeichnet sich das Publikum durch ein hohes Maß an Heterogenität aus. Auch wenn in Abhängigkeit vom Medienformat die Zuschauer nur in den wenigsten Fällen einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung bilden, müssen sich die Sprecher aufgrund der Unabgeschlossenheit massenmedialer Kommunikation auf Zuschauer mit unterschiedlichsten sozialen Hintergründen einrichten. Drittens weist das Publikum einen geringen Organisationsgrad auf. Da das Publikum nicht organisiert ist, kann es auch nicht strategisch handeln und Ziele formulieren und verfolgen (Jarren und Donges 2006, S. 106).⁸⁶

„Je öffentlicher öffentliche Kommunikation, das heißt je größer das Publikum, umso stärker ist das Übergewicht von Laien, also von Nicht-Experten im Hinblick auf die Themen, um die es jeweils geht. Die Folge ist, dass sich alle Öffentlichkeitsakteure auf eine begrenzte Verständnissfähigkeit des Publikums einstellen müssen, um erfolgreich sein zu können“ (Neidhardt 1994, S. 13).

⁸⁴ Da sich die meisten Angebote von Medienunternehmen über Werbeeinnahmen finanzieren, deren Höhe an Verkaufszahlen und Einschaltquoten gekoppelt ist, ist die Gewinnung der Aufmerksamkeit des Publikums und weniger die direkte Bezahlung des Angebots ihr Ziel (Zimmermann 2006, S. 41 f.).

⁸⁵ Empirisch ist im Fall der Rezeption politischer Themen eine Verzerrung hin zu gebildeteren Schichten wiederholt nachgewiesen worden (Bonfadelli 2004, S. 37 ff.).

⁸⁶ Dahrendorf differenziert aufbauend auf der Teilhabe der Bürger am politischen Prozess das Publikum noch weiter aus in eine latente, eine passive und eine aktive Öffentlichkeit. Während Erstere nicht an öffentlichen Diskursen teilnimmt, nehmen Bürger aus dem Umfeld der passiven Öffentlichkeit sporadisch an öffentlichen Diskursen teil und beschränken ihre sonstige Teilnahme auf den Wahlakt. Die aktive Öffentlichkeit strebt dagegen die Übernahme von Ämtern an und nimmt kontinuierlich an öffentlichen Diskursen teil (Jarren und Donges 2006, S. 107).

Halten sich die Medienakteure an ihre neutrale Berichterstatterrolle, nehmen die Sprecher, die zu spezifischen Themen Beiträge liefern, eine Schlüsselstellung ein. Analog zur Differenzierung des Publikums zeigen sich verschiedene Typen. Peters unterscheidet bei den Sprechern zwischen Repräsentanten, Advokaten, Experten und öffentlichen Intellektuellen. Repräsentanten sind Sprecher sozialer Gruppen wie Parteien, Verbände oder sozialer Bewegungen, die beanspruchen können die geteilte Position ihrer Gruppe nach außen hin zu vertreten. Dabei kann unterschieden werden zwischen Repräsentanten, die aufgrund eines demokratischen Willensbildungsprozesses innerhalb einer Gruppe zum Sprecher gewählt wurden, und Akteuren, die diese Position eher informell eingenommen haben (Peters et al. 2004, S. 67; Peters 2007a, S. 76 ff.).⁸⁷

Diese informelle Besetzung einer Sprecherrolle weist Überschneidungen zum zweiten Typus von Sprechern auf. Advokaten sind demokratisch nicht legitimierte Sprecher unverfasster sozialer Gruppierungen, die sich selber nicht oder nur schwer in der Öffentlichkeit artikulieren können, wie beispielsweise Kinder, oder sozial marginalisierter Gruppen.⁸⁸ Von den beiden ersten Gruppen sind Experten und öffentliche Intellektuelle abzugrenzen. Erstere sind Angehörige von Professionen mit akademischem Spezialwissen, die auf ihrem Fachgebiet Reputation besitzen und diese Kompetenz in die Öffentlichkeit tragen, indem sie zu bestimmten Tatsachen oder Positionen Stellung nehmen. Öffentliche Intellektuelle treten primär nicht als Angehörige von (akademischen) Institutionen auf, oder als Vertreter von Gruppeninteressen, sondern verstehen sich als eine kritische Instanz, die Reflexionswissen unter Bezugnahme auf normative Standards in einen Diskurs einfließen lässt.

Diese Typen von Sprechern stellen Idealtypen dar, die Übergänge zwischen ihnen sind nicht trennscharf. Ein Universitätsprofessor kann sowohl als Experte – aufgrund seines Fachwissens – als auch als kritischer Zeit- und Sinndeuter in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Ebenso können einige Akteure flexibel zwischen der Rolle des Sprechers einer sozialen Gruppe oder Partei und eines wissenschaftlichen Experten oder Intellektuellen wechseln und so mehrere Rollen einnehmen, was indes zu Glaubwürdigkeitsproblemen führen kann. Idealtypisch übernehmen Sprecher unterschiedliche Funktionen im öffentlichen Diskurs. Während Repräsentanten und Advokaten den Interessen relevanter gesellschaftlicher Gruppen Gehör verschaffen, ist die Rolle von Experten und Intellektuellen eher einordnender Natur. Somit könnte die Aufgabe von Experten darin bestehen, den Input von Advokaten und Repräsentanten durch wissenschaftliche Erkenntnisse zu verifizieren und empirisch zu untermauern. Öffentliche

⁸⁷ Neidhardt fügt als zusätzliche Kategorie noch die des journalistischen Kommentators an, als Akteur, der über seine Berichtsfunktion hinausgehend eigene Meinungen äußert (Neidhardt 1994, S. 14).

⁸⁸ Ulrich Schneider zum Beispiel, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der auch als „Lobbyist der Armen“ titulierte wird, ist solch ein Akteur.

Intellektuelle wiederum können losgelöst von spezifischem Fachwissen bestimmte Ereignisse in einen normativen Sinnzusammenhang einordnen; journalistische Kommentatoren fungieren als Kontrollinstanz und erbringen Synthetisierungs- und Moderationsleistungen für das Publikum (Peters et al. 2004, S. 9).

Kann man in einfachen Interaktionssystemen und Versammlungsöffentlichkeiten noch auf Vermittler verzichten, muss abseits von Präsenzöffentlichkeiten in der massenmedialen Öffentlichkeit eine technische und organisatorische Infrastruktur vorhanden sein, um die weder auf räumliche Anwesenheit noch zeitliche Kontinuität angewiesene Kommunikation allgemein zugänglich zu machen. Medien als Vermittler nehmen auf diese Weise als dritte Akteursgruppe eine Schlüsselstellung ein (Schulz 2011a, S. 124 f.). Unterschieden werden kann zwischen der Person des professionellen Journalisten und Medienunternehmen, in denen Journalisten tätig sind (Jarren und Donges 2006, S. 106). Schulz nennt analytisch-deskriptiv fünf Aufgaben von Massenmedien, ohne näher darauf einzugehen, inwiefern diese demokratietheoretisch wünschenswert sind:

1. „Medien sammeln und selektieren nach medienspezifischen Aufmerksamkeitsregeln politische Informationen und verbreiten diese an ein großes, prinzipiell unbegrenztes Publikum.
2. Medien interpretieren und bewerten in einer medienspezifischen Weise das politische Geschehen. Sie strukturieren damit den Input und den Output des politischen Systems; das gilt sowohl für Ereignisse, Probleme und Akteure wie auch für die Ansprüche der Bürger und die Entscheidungen der Politiker.
3. Medien interagieren bei der Berichterstattung mit dem berichteten Geschehen, unter anderem indem sie Folgeereignisse hervorrufen und ‚Pseudo-Ereignisse‘ stimulieren, die die Berichterstattung antizipieren, sodass es zu einer Rückkopplung von Medien und Politik kommt.
4. Medien entscheiden nach medienspezifischen Relevanzkriterien über den Zugang politischer Akteure zur Öffentlichkeit und bestimmen auf diese Weise deren Handlungs- und Einflussmöglichkeiten.
5. Medien bieten oft die ausschließliche Handlungsbasis für Bürger und die politische Elite und zugleich die Voraussetzung für das Entstehen einer politischen Öffentlichkeit“ (Schulz 2011a, S. 78).

Aufgrund der Vielzahl an Informationen und der begrenzten Rezeptionskapazität des Publikums sowie der limitierten Verarbeitungskapazität der Vermittler besteht die Hauptaufgabe von Massenmedien in der Selektion von Informationen sowie der Reduktion von Komplexität. Für diese Filterfunktion hat sich der Begriff „Medienwirklichkeit“

eingebürgert. Medien sind begrifflicherweise kein bloßer Spiegel der Realität, sondern konstruieren durch Komplexitätsreduktion und Selektion soziale Realität (Tobler 2010, S. 39; Schulz 2011a, S. 80). Geht man davon aus, dass Medienunternehmen und Journalisten eine Schlüsselfunktion als Vermittlungsinstanz einnehmen, stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien sich die Selektion von Informationen in traditionellen Massenmedien wie Rundfunk, Fernsehen und Printmedien gestaltet (Lucht 2006, S. 146). Hierzu haben sich zwei theoretische Erklärungsansätze herausgebildet: erstens die Gatekeeper-Forschung und zweitens die Nachrichtenwertforschung (Lucht 2006, S. 145 ff.; Kunczik und Zipfel 2005, S. 241 ff.; Shoemaker und Vos 2009; Schulz 2011b, S. 89 ff.).⁸⁹

8.3.1 Gatekeeper und Nachrichtenfaktoren

Eine Möglichkeit, die Informationsmenge einzugrenzen, ist die, eine Schleuse oder ein Tor einzubauen, durch die ein Torwächter nach spezifischen Selektionskriterien Informationen hereinlässt. Die Gatekeeper-Forschung beschäftigt sich mit der Frage, welche Eigenschaften diese Tor- oder Schleusenwächter, genauer gesagt Journalisten und Medienunternehmen, in ihrem Entscheidungsprozess beeinflussen (Lucht 2006, S. 146).

„Gatekeeping is the process of culling and crafting countless bits of information into the limited number of messages that reach people each day, and it is the center of the media’s role in modern public life“ (Shoemaker und Vos 2009, S. 1).

Neben Journalisten und Medienunternehmen selektieren Rezipienten Nachrichten, nachdem diese bereits vorselektiert wurden. Dabei müssen Ereignisse, die für Journalisten einen hohen Nachrichtenwert haben, nicht unbedingt auch einen hohen Nachrichtenwert für Rezipienten haben. Gatekeeping kann auf drei Stufen stattfinden: auf der Eingangsstufe, auf der Ausgangsstufe und auf der Antwortstufe. Während Gatekeeping auf der Eingangsstufe vor allem durch einzelne Journalisten gesteuert wird, die einen gewissen Spielraum bei der Auswahl der Nachrichten haben, spielen bei der Ausgangsstufe Redaktionen eine zentrale Rolle. Neben diesen beiden Gatekeeping-Stufen existiert ein Gatekeeping außerdem auf der Antwortstufe, indem Redaktionen selektieren, welche Leserbriefe und andere Reaktionen aus dem Publikum ausgewählt und unter Umständen beantwortet werden (Bruns 2008, S. 2 f.).

Entwickelt wurde der Gatekeeper-Ansatz von White (1964), der bei seinen Forschungen einen Journalisten einer amerikanischen Regionalzeitung über die Kriterien seiner

⁸⁹ Als dritter Ansatz ist die News-Bias-Forschung zu nennen, die sich mit den Kommunikatoren und auch mit den Inhalten der Nachrichten beschäftigt. Aus dem Grund greift dieser sehr heterogene Ansatz sowohl auf die Gatekeeper-Forschung als auch auf die Nachrichtenwertforschung zurück und orientiert sich an den dort herausgearbeiteten grundlegenden Erkenntnissen (Kunczik und Zipfel 2005, S. 266 ff.).

Nachrichtenauswahl interviewte. Dieser bestätigte offenherzig die These von White, dass individuelle Vorurteile einen Einfluss auf die Auswahl von Nachrichten haben (Schulz 2011a, S. 100). Die Selektion von Informationen kann auf mehreren Ebenen – Journalist vor Ort, Journalist in der Redaktion, leitender Redakteur und Herausgeber – ablaufen. Die genannten Akteure treffen wiederum vor dem Hintergrund unterschiedlicher Beweggründe ihre Auswahl. Neben persönlichen Vorlieben und Abneigungen spielen politisch-ideologische Faktoren eine Rolle (Kunczik und Zipfel 2005, S. 242; Lucht 2006, S. 145 ff.).

Die moderne Gatekeeper-Forschung unterscheidet drei Erklärungsansätze der Nachrichtenselektion (Beierwaltes 2002, S. 89 ff.; Kunczik und Zipfel 2005, S. 242 f.). Klassische individualistische Ansätze knüpfen an die Arbeit von White an. Sie postulieren eine Abhängigkeit der Nachrichtenauswahl des Journalisten von der individuellen Persönlichkeit, ideologischen Präferenzen⁹⁰ und pragmatischen Gründen. Kritik erfuhr dieser Ansatz dahingehend, dass er institutionelle Faktoren bei der Nachrichtenauswahl ausblendet, da Journalisten als Angestellte von Medienorganisationen in einen institutionellen Kontext eingebunden sind, der ihnen wenig Spielraum als letzte Instanz nach anderen Gatekeepern lässt. Die wichtigsten Gatekeeper sehen institutionalistische Ansätze deswegen vorrangig bei Nachrichtenagenturen. In den 1970er Jahren entwickelten sich als dritter Ansatz systemtheoretische Erklärungsansätze des Gatekeepings. So argumentiert Robinson, dass persönliche Präferenzen von Gatekeepern in Nachrichtenagenturen nur eine geringe Rolle spielten, da sie durch Feedbackschleifen außerhalb der Redaktion gesteuert würden. Journalisten sind nach diesem kybernetischen Ansatz in ein komplexes Organisationssystem eingebunden, welches sich selbst organisiert und sein inneres Gleichgewicht aufrechterhält und auf äußere Einflüsse reagiert (Robinson 1970).

Trotz der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung, der Vielfältigkeit der Entscheidungsgrundlagen und strukturellen Bedingungen bei der Nachrichtenauswahl kristallisieren sich einige übergreifende Ergebnisse der Gatekeeper-Forschung heraus:

- Die Selektion der Nachrichten ist partiell bedingt durch die subjektiven Erfahrungen und Präferenzen der Journalisten.
- Journalisten orientieren sich bei der Auswahl an den Präferenzen von Bezugsgruppen wie Chefredakteuren oder Kollegen, die eine Form von sozialer Kontrollinstanz darstellen.
- Formell oder informell festgelegte Redaktionslinien sowie das „Werteklima“ einer Redaktion spielen eine Rolle bei der Nachrichtenauswahl (Kunczik und Zipfel 2005, S.

⁹⁰ Eine Reihe von empirischen Studien konnte diese länderübergreifend insofern bestätigen, als sich Journalisten in der Mehrzahl im Vergleich zu ihrer Leser- beziehungsweise Hörerschaft links von der Mitte einordnen (Schulz 2011a, S. 101 ff.).

175 f.).

- Pragmatische Gesichtspunkte (Zeitdruck, Platzmangel etc.) bestimmen die Auswahl der Nachrichten.
- Agenturmeldungen präformieren die Berichterstattung (Schulz 1990, S. 11 f.).

Demokratiethoretisch heikel sind die Ergebnisse, weil Journalisten und Medienunternehmen Selektionsregeln anwenden, die medienintern aus den alltäglichen Routinen und Zwängen oder aus subjektiven Vorurteilen entstehen, sich primär aber nicht von der politischen Bedeutung der Nachricht ableiten (Schulz 2011a, S. 80). Die Gatekeeper-Forschung eruiert, welche Faktoren individuelle und kollektive Akteure wie Journalisten und Medienunternehmen bei der Auswahl von Nachrichten leiten. Die Nachrichtenwertforschung lenkt den Blick hingegen auf bestimmte Merkmale und Eigenschaften von Ereignissen, die deren Nachrichtenwert determinieren (Kunczik und Zipfel 2005, S. 246 ff.; Lucht 2006, S. 146 ff.; Schulz 2011a, S. 89 ff.). Die Abgrenzung zwischen Nachrichtenwerten und journalistischen Selektionskriterien ist nicht trennscharf. Journalisten arbeiten nicht nach einem einfachen Kausalmodell, indem sie Nachrichten nach bestimmten Eigenschaften selektieren. Es spielen vielmehr weitere Faktoren, wie sie in der Gatekeeper-Forschung herausgearbeitet worden sind, eine Rolle, sodass ein komplexes Wechselspiel vermutet werden kann.

„Every newspaper when it reaches the reader is the result of a whole series of selections as to what items shall be printed, in what position they shall be printed, how much space each shall occupy, what emphasis each shall have. There are no objective standards here“ (Lippmann 1922, S. 354).

Nachdem zunächst für den US-amerikanischen Journalismus „branchenbewährte Erkennungs- und Auffälligkeitscodes“ (Lucht 2006, S. 147) empirisch herausgearbeitet wurden, gründete sich in den 1960er Jahren eine europäische Forschungstradition durch die Arbeiten von Östgaard (1965). Da publikationswürdig nur das ist, was „‘newsworthy’, ‘interesting’ or ‘palatable’ to the public“ ist (Östgaard 1965, S. 40), bemisst sich der Nachrichtenwert ⁹¹ Östgaard zufolge an drei übergeordneten Nachrichtenfaktoren: Vereinfachung, Identifikation und Sensationalismus. Meldungen, die die drei Nachrichtenfaktoren erfüllen, werden mit höherer Wahrscheinlichkeit ausgewählt. Die weitere Forschung ergänzte eine Reihe zusätzlicher Nachrichtenfaktoren. Zu nennen ist hier beispielhaft die Arbeit von Galtung und Ruge, die insgesamt zwölf Nachrichtenfaktoren herausarbeiten und dabei zwischen kulturabhängigen und kulturunabhängigen Faktoren unterscheiden. Je größer die Zahl der erfüllten Nachrichtenfaktoren, desto wahrscheinlicher

⁹¹ Merkmale von Ereignissen, die den Nachrichtenwert bestimmen, werden als Nachrichtenfaktoren bezeichnet (Schulz 2011a, S. 90).

ist die Registrierung und Publikation des Ereignisses als Nachricht (Galtung und Ruge 1965, S. 81 ff.). Eine Untersuchung aus dem Jahr 2007 zur Bedeutung von Nachrichtenwertfaktoren in deutschen Redaktionen konnte die Relevanz klassischer Nachrichtenwertfaktoren weitgehend bestätigen. „Reichweite, Kontroverse und Schaden/Nutzen“ wurden als die wichtigsten Nachrichtenfaktoren identifiziert (Ruhrmann und Göbbel 2007, S. 40 f.).

Eine theoretisch anspruchsvolle Konzeption von Nachrichtenfaktoren findet sich in der Luhmann'schen Systemtheorie (1971, S. 10 ff.; 1996, S. 58 ff.). Grundlage der Beobachtungen Luhmanns bildet die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften, die diese, um Überkomplexität entgegenzuwirken, unter Selektionszwang setzt. Eine Möglichkeit zur Selektion bildet die öffentliche Meinung, die auf Grundlage von bestimmten Regeln nicht alle Informationen überträgt, sondern selektiv auswählt, das heißt eine „Vorsortierung“ von Informationen“ vornimmt (Lucht 2006, S. 149). Die Aufgabe von Öffentlichkeit in systemtheoretischer Perspektive besteht darin, nicht Zugang für alle zu gewähren, sondern die unüberschaubare Vielfalt von Themen zu reduzieren und sie einer Bearbeitung zugänglich zu machen (Sarcinelli 2005, S. 55 ff.). Luhmann nennt die Faktoren, die den Prozess steuern, Aufmerksamkeitsregeln, denen er Entscheidungsregeln gegenüberstellt.

„Aufmerksamkeitsregeln steuern die Konstruktion politischer Themen; Entscheidungsregeln steuern die Meinungsbildung, unter anderem in den entscheidungsbefugten Instanzen“ (Luhmann 1971, S. 16).

Akteure, die sich bei ihrer Kommunikation spezifischen Aufmerksamkeitsregeln nicht anpassen, werden nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen. „Überragende[r] Priorität bestimmter Werte“, „Krisen oder Krisensymptome[n]“, „Status des Absenders einer Kommunikation“, „Symptome[n] politischen Erfolgs“, „Neuheit von Ereignissen“ sowie „Schmerzen oder zivilisatorische[n] Schmerzsurrogate[n]“ misst Luhmann als Aufmerksamkeitsregeln besondere Bedeutung zu (Luhmann 1971, S. 16 f.).⁹² Grundsätzlich finden sich ähnliche Aufmerksamkeitsregeln oder Nachrichtenfaktoren ebenso in anderen Studien. Luhmann stellt die These auf, dass Aufmerksamkeitsregeln eine Anpassung der Kommunikation hervorrufen und damit eine Themenstruktur vorgeben, die Möglichkeitsräume festlegt und damit letztlich politische Kommunikation mit konstruiert.

Akteure, welche sich den Selektionskriterien nicht anpassen, laufen Gefahr, kein Gehör in den Massenmedien zu finden, da „nur die von den Massenmedien selektierten und (komplexitäts-)reduzierten Themen behandelt werden können“ (Lucht 2006, S. 149). Die daraus entstehende Medienwahrnehmung resultiert in einem bestimmten konstruierten

⁹² Luhmann erweitert die Liste später noch um weitere Faktoren (Luhmann 1996, S. 58 ff.).

Medienimage, in das sich ein Zerrbild entlang bestimmter Nachrichtenfaktoren einschreibt. Als Resultat entsteht bei den Rezipienten ein Bild, welches durch diese Verzerrungen entscheidend geprägt wird (Schneider 2007, S. 19 f.). Tendenziell steigt die Verzerrung an, umso weiter ein Ereignis von Berichterstatter entfernt liegt, da es umso mehr Selektionsstufen durchlaufen muss (Lucht 2006, S. 148 f.).

8.3.2 Leistungen und Defizite der massenmedialen Öffentlichkeit auf der Akteursebene

Zusammenfassend ist die Aufgabe von Gatekeepern und Nachrichtenfaktoren die Selektion und Synthetisierung von Informationen und damit die Reduktion von Komplexität. Informationsselektion scheint auf der einen Seite zu den „invarianten Grundmerkmalen moderner Gesellschaften“ (Peters 2007a, S. 80) zu gehören. Gründe dafür sind die prinzipielle Zugänglichkeit zur öffentlichen Kommunikation für eine Fülle von Akteuren und die gleichzeitige Knappheit von Aufmerksamkeit der Zuschauer sowie die begrenzte Übertragungskapazität traditioneller Massenmedien. Informationsselektion erfüllt eine zentrale Funktion für moderne Gegenwartsgesellschaften.

„Erst im Rahmen dessen, was überhaupt mit Aufmerksamkeit bedacht wird – also nach Vorsortierung durch die Aufmerksamkeitsregeln –, kann es zu rationalisierbaren Entscheidungen kommen“ (Luhmann 1971, S. 15).

Thematische Zentrierung und Bündelung ermöglicht in der Folge einen gemeinsamen Erfahrungshorizont sowie eine Synchronisierung unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche und ihrer Mitglieder. Diese Form der Informationsselektion weist mehrere Defizite auf. Journalisten und Medienunternehmen treffen eine Vorauswahl und Selektion von Ereignissen nach bestimmten Kriterien, die Ereignisse verzerrt wiedergeben. Dabei besteht wiederum die Gefahr, dass nicht Themen mit der höchsten Relevanz die größte Aufmerksamkeit zukommt, sondern Themen, welche sich am besten dem Raster der Nachrichtenfaktoren anpassen können. Ein hohes Prestige und ein hoher Status des Sprechers erhöhen drittens die Zugangschancen zur medialen Berichterstattung. Akteure, die in der Terminologie von Peters zur äußeren Peripherie gehören (Peters 1993), wie neue soziale Bewegungen oder Bürgerinitiativen, finden in einem durch Selektionszwang und Übertragungsknappheit gekennzeichneten Mediensystem außerhalb von Krisenzeiten nur sporadisch Zugang zu den Foren der öffentlichen Auseinandersetzung (Zimmermann 2006, S. 51 f.; Tobler 2010, S. 53).

„Verzerrt und unausgewogen – das sind ganz allgemein die Charakteristika der aktuellen Berichterstattung, wie eine Reihe von Beobachtungen und Beschreibungen

der Nachrichtenproduktion und des Nachrichtenbildes belegt“ (Schulz 1989, S. 138).

Die oben diskutierten Ansätze der Informationsselektion sind vor dem Hintergrund traditioneller Massenmedien wie Rundfunk, TV und Printmedien entwickelt worden. Ihre spezifische technische und ökonomische Struktur begünstigt eine verzerrende Informationsselektion und schafft Zugangshürden für Akteure und Themen der äußeren Peripherie. Es stellt sich somit die Frage, inwiefern es durch das Internet zu einer Änderung der Selektionskriterien kommt und Zugangsbarrieren für Akteure und Themen der äußeren Peripherie abgebaut werden.

8.4 Zwischenfazit – Defizite der massenmedialen Öffentlichkeit

Die diskurstheoretischen Überlegungen von Habermas zur idealen Sprechsituation stellen vier Anforderungen: (1) Jeder Sprecher ist gleichberechtigt, alle können Diskurse eröffnen, sie durch Rede und Gegenrede, Fragen und Antworten weiterführen. (2) Die Kommunikationschancen müssen effektiv und nicht nur formal gleich verteilt sein, jeder Sprecher muss die gleiche Chance haben, Deutungen, Behauptungen, Empfehlungen, Erklärungen und Rechtfertigungen aufzustellen. (3) Jeder Sprecher muss die gleiche Chance haben, repräsentative Sprechakte zu verwenden, indem er seine Einstellungen, Gefühle und Intentionen zum Ausdruck bringen kann. (4) Der argumentative Prozess muss von Reziprozität geprägt sein, sprich von aufeinander bezogener Rede und Gegenrede (Habermas 1984, S. 177 ff.). Aufbauend auf Habermas haben Autoren wie Peters (2007a) (Neidhardt 1994; Hüller 2005a) drei Anforderungen an eine deliberative Öffentlichkeit gestellt:

- Prinzipielle Gleichheit des Publikums und der Sprecher
- Offenheit für Themen und Ergebnisse
- Diskursive Bearbeitung der Themen

Der erste normative Anspruch, allen Beteiligten eines Kommunikationszusammenhangs die gleiche Redezeit einzuräumen und einen nahtlosen Wechsel zwischen der Rolle des Sprechers und des Publikums zu gewährleisten, ist nicht realisierbar. Ein reformuliertes Verständnis von Gleichheit muss sich auf eine Gleichverteilung von Kommunikationschancen aller betroffenen Akteure beziehen, bei der sich in einem argumentativen Austausch das überzeugendere Argument durchsetzt (Peters 2007a, S. 80 f.). Auch ein abgeschwächtes Verständnis von Gleichheit ist in traditionellen Massenmedien nicht gegeben. Betroffene Akteure haben nicht die gleiche Redezeit und können ebenso nicht nahtlos zwischen der Rolle des Sprechers und des Publikums wechseln. Auch die

gleichen Kommunikationschancen sind meist nicht gegeben.

Hinzu kommt eine weitere Herausforderung, der sich klassische Massenmedien und außerdem das Internet stellen müssen. Neben der Chancengleichheit der Sprecher ist ein annähernd gleiches Niveau des Publikums hinsichtlich seiner kognitiven Kompetenzen notwendig, wenn ihm als kritischer Akteur der äußeren Peripherie bestimmte Aufgaben zukommen sollen. Die formale Gleichheit im Sinne der bloßen Rezeption von Beiträgen ist in Demokratien relativ unproblematisch. Erhebliche Unterschiede bestehen innerhalb des Publikums aber hinsichtlich Kompetenzen, Interessen und Ressourcenausstattung, sodass nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Rezipienten Themen gleichberechtigt aufnehmen können (Hüller 2005a, S. 16 ff.; Peters 2007a, S. 76). Thematische Offenheit, als zweite Anforderungen an eine deliberative Öffentlichkeit, kann verstanden werden als Forderung danach, dass alle relevanten Themen und Gesichtspunkte ihren Weg in die Öffentlichkeit finden, keine gesellschaftlich relevanten Themen ausgeschlossen werden und alle in der Öffentlichkeit ergebnisoffen diskutiert werden können. Die Schwierigkeit, Chancengleichheit der Sprecher und des Publikums zu gewährleisten, könnte durch eine thematische Offenheit behoben werden (Hüller 2005a, S. 13).

In traditionellen Massenmedien zeigen sich schnell die Grenzen dieser Forderung, da die Nachrichtenauswahl durch Gatekeeper und Nachrichtenfaktoren bestimmt ist. Ihre Auswahlfaktoren orientieren sich nicht primär an gesellschaftlicher Relevanz, sondern an Faktoren wie Vereinfachung, Identifikation und Sensationalismus. Hinzu kommt, dass die Forderung nach thematischer Offenheit mit bestimmten Kompetenz- und Kapazitätsanforderungen an professionelle Öffentlichkeitsakteure und das Publikum korrespondiert, um überhaupt relevante Themen erkennen zu können (Peters 2007a, S. 83). Aufgrund dieser bekannten Beschränkungen schlägt Peters vor, thematische Offenheit als „Merkmal des Auswahlprozesses zu verstehen, bei der aus der Vielzahl von Themen in verschiedenen Teilöffentlichkeiten den wichtigsten Themen die größte Aufmerksamkeit zukommt.“ Was als wichtig anzusehen ist, soll wiederum im Rahmen einer „verständigungsorientierten Debatte“ des Publikums seinen Weg an die Spitze der Agenda finden (Peters 2007a, S. 87).

Die von den Akteuren der Öffentlichkeit so gewonnenen Themen müssen schließlich diskursiv bearbeitet werden. Habermas definiert Diskurse als „durch Argumentation gekennzeichnete Form der Kommunikation, in der problematisch gewordene Geltungsansprüche zum Thema gemacht und auf ihre Berechtigung hin untersucht werden“ (Habermas 1984, S. 130). Diskurse unterscheiden sich von anderen Kommunikationsformen dadurch, dass Äußerungen problemorientiert und argumentativ verteidigt und in Frage gestellt werden. Diskursen kommt die Aufgabe zu, die Richtigkeit von Äußerungen sowie die

Legitimität von Normen in einem aufeinander bezogenen Austausch von Argumenten zu überprüfen (Habermas 1984; Müller 1993, S. 61). Die Bedeutung von Nachrichtenfaktoren sowie die Privilegierung bestimmter Akteursgruppen führen dazu, dass komplexe Sachverhalte im Regelfall im Leitmedium Fernsehen nicht diskursiv behandelt werden. In der massenmedialen Öffentlichkeit dominiert der „Aspekt des Werbens gegenüber dem der Verständigung“ (Gerhards et al. 1998, S. 185). Inhalte und Formate vor allem kommerziell ausgerichteter Anbieter orientieren sich primär am Unterhaltungswert, was einer diskursiven Bearbeitung von Themen entgegensteht (Martinsen 2009, S. 53).

9 Grundlagen, Ambivalenzen und Leistungen der Netzöffentlichkeit

Inwiefern das Internet zu einem Strukturwandel der Öffentlichkeit führen kann, kann am sinnvollsten eruiert werden, wenn man zunächst – wie im vorangegangenen Kapitel geschehen – die Struktur, Leistungen und Defizite der bisherigen Medienstruktur bewertet.

„We need to consider the attractiveness of the networked public sphere not from the perspective of the mid-1990s utopianism, but from the perspective of how it compares to the actual media that have dominated the public sphere in all modern democracies“ (Benkler 2006, S. 260).

Dabei wurde festgestellt, dass die Erwartungen an eine funktionierende Öffentlichkeit aus deliberativer Warte auf der Input-, Throughput- und Output-Ebene unzureichend erfüllt werden, in einer durch traditionelle Massenmedien geprägten Medienlandschaft. Inwiefern die Struktur der Netzöffentlichkeit den Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte an eine funktionierende Öffentlichkeit genügt und welche Struktur, Leistungen und Ambivalenzen die Netzöffentlichkeit zeigt, bildet den Gegenstand des folgenden Kapitels.

Einer Analyse der Struktur, Leistungen und Ambivalenzen der Netzöffentlichkeit müssen drei Anmerkungen vorangestellt werden. Erstens kann die Netzöffentlichkeit nicht isoliert betrachtet werden. Sie steht im Austausch und in vielfältigen Verflechtungen mit einer durch Rundfunk, TV und Printmedien konstituierten massenmedialen Öffentlichkeit. Leistungen und Defizite der Netzöffentlichkeit müssen im Zusammenspiel mit anderen Medien betrachtet und vor dem Hintergrund analysiert werden, dass Akteure traditionelle Medien und das Internet parallel nutzen. Zweitens spielen Nachrichten aus traditionellen Massenmedien auch in der Netzöffentlichkeit eine zentrale Rolle (Boyd und Ellison 2008, S. 107; Neuberger 2011, S. 55 f.). So spiegeln Kontakte in sozialen Netzwerken oft realweltlich bestehende Beziehungen wider und dienen der Vertiefung oder Pflege realweltlicher Kontakte. „Das Social Web ist nur vermeintlich virtuell, tatsächlich aber hochgradig real“ (Schmidt 2009a, S. 73). Drittens zeichnet sich das Internet durch ein hohes Maß an interpretativer Flexibilität und schnelle

technologische Weiterentwicklung aus (Castells 2005, S. 12 f.). Das heißt, dass technische Möglichkeiten und der von den Entwicklern angedachte Einsatzzweck einer Anwendung sowie die zu beobachtenden Gebrauchsweisen auseinanderfallen. Besonders Social-Web-Anwendungen ermöglichen es im hohen Maße Anwendungen an individuelle Bedürfnisse anzupassen. Ein hohes Maß an „Nutzungstransparenz“ ermöglicht es wiederum den Betreibern ihre Anwendungen kurzfristig anzupassen (Schmidt 2009a, S. 67 f.). Das folgende Kapitel diskutiert zunächst die Grundlagen der Netzöffentlichkeit und ihre zentralen Unterscheidungsmerkmale zu einer traditionellen Öffentlichkeit. Auf dieser Folie aufbauend, werden die aus deliberativer Warte zentralen Ambivalenzen und Leistungen der Netzöffentlichkeit analysiert. Ziel des Kapitels ist es – analog zu Kapitel 7 – aufbauend auf den Strukturen, Potenzialen und Defiziten zu einer Einschätzung des Potenzials der Netzöffentlichkeit für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte zu kommen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, inwiefern es der Netzöffentlichkeit im Vergleich zu einer durch traditionelle Massenmedien geprägten Öffentlichkeit gelingt den Spagat zwischen Offenheit und Themenvielfalt und einer notwendigen Synthetisierungs- und Selektionsleistung zu gewährleisten und inwiefern die Netzöffentlichkeit Potenziale für eine diskursive Auseinandersetzung bereitstellt.

9.1 Grundlagen der Netzöffentlichkeit

Die Struktur einer durch traditionelle Massenmedien geprägten Öffentlichkeit zeichnet sich zusammenfassend idealtypisch durch fünf zentrale Merkmale aus (Peters 2007a, S. 79 ff.; Schulz 2011a, S. 78).

- 1) Öffentliche Kommunikation wird über ein technisches Verbreitungsmedium an ein disperses Massenpublikum vermittelt, das durch ein hohes Maß an Heterogenität gekennzeichnet ist.
- 2) Öffentliche Kommunikation verläuft einseitig, das heißt, dass ein Rollenwechsel zwischen Sprecher und Publikum technisch nicht möglich und redaktionell nicht gewünscht ist.
- 3) Angebote öffentlicher Kommunikation werden von Journalisten, die in Medienunternehmen tätig sind, erstellt.
- 4) Journalisten sammeln, selektieren und interpretieren Informationen nach medienspezifischen Aufmerksamkeitsregeln und entscheiden anhand spezifischer Relevanzkriterien. Als Gatekeeper entscheiden Journalisten und Medienorganisationen über den Zugang von Akteuren und Themen zur Öffentlichkeit und bestimmen deren Handlungs- und Einflussmöglichkeiten. Gesamtgesellschaftliche Relevanz erlangen Themen erst, wenn sie in der massenmedialen Berichterstattung Aufmerksamkeit finden.

5) Viele der Inhalte, die in traditionellen Massenmedien publiziert werden, sind gesamtgesellschaftlich potenziell von Interesse. Sie orientieren sich an den Interessen eines möglichst großen Publikums. Themen, die in der traditionellen Öffentlichkeit publiziert werden, und Relevanz sind miteinander gekoppelt (Zuber 2012, S. 40).

Nimmt man diese Merkmale als Ausgangspunkt, um anhand eines Vergleichs mit einer durch Rundfunk und Printmedien konstituierten Öffentlichkeit einen Überblick über die Netzöffentlichkeit zu erlangen, fällt zunächst die weitaus größere Bandbreite an Möglichkeiten auf, welche die Netzöffentlichkeit bietet.

Das Internet ist ein multioptionales Medium, das sich technisch kontinuierlich und in hoher Schnelligkeit weiterentwickelt (Neuberger 2004, S. 3). Anders als in traditionellen Massenmedien ist nicht Knappheit das bestimmende Merkmal, sondern Vielfalt (Neuberger 2009a, S. 26 ff.). Diese Vielfalt führt aus deliberativer Perspektive zu einer wünschenswerten Leistungssteigerung. Sie zeigt ebenso eine Fülle von ambivalenten Folgeproblemen (Neuberger 2008b, S. 15 ff.; Margolis und Moreno-Riaño 2009; Hindman 2009). Die Netzöffentlichkeit integriert und kombiniert zahlreiche Leistungen traditioneller Massenmedien, vereint sie zu neuen Formaten, flexibilisiert den Übergang zwischen Sprecher und Rezipientenrolle, eröffnet crossmediale Übergänge zu anderen Medienformaten, schafft potenziell die Möglichkeit für die Sichtbarkeit kleiner Öffentlichkeiten und erschließt die Inhaltsfülle durch technische und soziale Hilfen (Benkler 2006; Beck 2010a; Neuberger 2009c). Viele dieser Möglichkeiten sind für sich alleine genommen nicht neu. Sie finden sich auch in alten Medienformaten wieder. In der Netzöffentlichkeit werden sie aber zum ersten Mal in einem Medium vereint und zu neuen Formaten kombiniert (Boyd 2008, S. 27).

Ein Überblick über die Struktur und das Potenzial der Netzöffentlichkeit sowie ihre Unterschiede zu traditionellen Massenmedien findet sich elaboriert unter anderem bei Benkler (2006), Boyd (2008) und Neuberger (2009a). Die Darstellungen setzen unterschiedliche Schwerpunkte, gelangen aber zu ähnlichen Ergebnissen über die Strukturmerkmale und Leistungen der Netzöffentlichkeit. Neuberger subsumiert die Veränderungen der Netzöffentlichkeit unter die Dimensionen der Sozial-, Kanal- und Zeichendimension sowie der Raum- und Zeitdimension (Neuberger 2009a, S. 23 ff.). Für die vorliegende Arbeit spielen Veränderungen auf der Sozialdimension die größte Rolle.

Auf der Sozialdimension werden zwei wesentliche Veränderungsprozesse sichtbar. Es kommt zu einer Amalgamierung von Kommunikationstypen. Grenzen traditioneller Medienformate werden überwunden und Kommunikationstypen zusammengeführt und rekombiniert. Waren traditionelle Massenmedien One-to-Many-Medien, integriert die Netzöffentlichkeit die Ebenen der Massen, Gruppen und Individualkommunikation und

ermöglicht einen fließenden Wechsel zwischen den Ebenen. Das, was früher privat war, gibt es in dieser Form von Öffentlichkeit genauso wenig wie das, was früher öffentlich war. Ambivalent damit verbunden ist die Aufhebung der Gleichsetzung von öffentlich und gesellschaftlich relevant. Während in traditionellen Massenmedien Inhalte im Vordergrund stehen, die gesamtgesellschaftlich von Interesse sind, löst sich die Koppelung in der Netzöffentlichkeit. Öffentlichkeit ist nicht mehr an gesamtgesellschaftliche Relevanz geknüpft (Zuber 2012, S. 40). Blogs sind dafür eine prototypische Anwendung. In Blogs werden meist persönliche Ereignisse publiziert, die zunächst nur für einen kleinen Benutzerkreis von Interesse sind. Potenziell können die für einen kleinen Benutzerkreis relevanten Botschaften von einem unbegrenzten Publikum rezipiert und kommentiert werden und unter Umständen relevant werden (Neuberger 2009a, S. 23 ff.).

Die Netzöffentlichkeit erleichtert weiterhin den kommunikativen Zugang für die bisherigen Rezipienten von Kommunikation. Ist die Publikation von Inhalten in traditionellen Massenmedien noch durch hohe technische und ökonomische Zugangsbarrieren gekennzeichnet, kann potenziell jeder Internetnutzer mit niedrigen Kosten etwas im Internet publizieren, das dann grundsätzlich weltweit abrufbar ist – sei es, indem er selber Angebote publiziert oder im Rahmen bestehender Angebote Interaktionsmöglichkeiten nutzt, beispielsweise im Rahmen von Kommentaren oder in sozialen Netzwerken. Die Grenzen zwischen Rezipienten und den professionell organisierten Produzenten von Medienangeboten verlieren an Bedeutung. Ebenso verschwimmen die Grenzen zwischen massenmedialer und interpersonaler Kommunikation. Bruns bezeichnet diesen neuen Nutzertyp wie erwähnt als Prodnutzer (Bruns 2008; Bruns 2009a). Prodnutzer nehmen eine hybride Nutzer- und Produzentenrolle ein. Sie sind sowohl Produzenten als auch Konsumenten von Inhalten. Im „Long Tail“ können sich durch Prodnutzer konstituierte Nischenöffentlichkeiten untereinander vernetzen und potenziell über Suchmaschinen oder Empfehlungen größere Aufmerksamkeit erlangen. Benkler fasst diese beiden zentralen Veränderungen pointiert zusammen:

„The first element is the shift from a hub-and-spoke architecture with unidirectional links to the end points in the mass media, to distributed architecture with multidirectional connections among all nodes in the networked information environment. The second is the practical elimination of communications costs as a barrier to speaking across associational boundaries“ (Benkler 2006, S. 212).

Auf der Kanal- und Zeichendimension ist eine Auflösung von Medien- und Angebotsgrenzen zu beobachten. Während in traditionellen Massenmedien die Angebote einzelner Medienformate klar getrennt waren, das heißt beispielsweise Sendungen im Rundfunk abgegrenzt waren von Artikeln in Printmedien, findet in der Netzöffentlichkeit eine

Amalgamierung vorher getrennter Angebote statt. Diese Verschmelzungsprozesse finden auf mehreren Ebenen statt (Schuegraf 2008, S. 26 f.; Kolo 2010, S. 286 ff.; Beckert und Riehm 2012, S. 40 ff.).

Erstens wachsen auf der technischen Ebene Einzelmedien oder Übertragungswege zusammen. So kann man auf der Rezipientenseite zum Beispiel mit dem internetfähigen Fernseher surfen oder Videos über Videoportale wie YouTube abrufen, mit dem Smartphone soziale Netzwerke nutzen und mit dem PC über Programme wie Skype telefonieren und mit dem Tablet-PC Zeitungen lesen. Auf diesem technischen Fundament aufbauend schließen sich Medienunternehmen aus vorher getrennten Bereichen zusammen. Zweitens kommt es auf der inhaltlichen Ebene zu einer teilweisen Angleichung der Inhalte auf den verschiedenen Plattformen. Die Newsrooms vieler Medienhäuser, in denen Nachrichten medienneutral für Print-, Online- und unter Umständen Fernseh- und Hörfunkangebote produziert werden, zeigen auf der Produzentenseite die zunehmende inhaltliche Konvergenz. Inhalt und Übertragungskanal sind idealtypisch voneinander entkoppelt. Drittens eröffnen sich für den Nutzer neue Handlungsoptionen, sodass trotz technischer Integration, medienneutraler Produktion und ähnlicher Inhalte nicht von einheitlichen Nutzungsmustern gesprochen werden kann. Es kommt zu einer zunehmenden Differenzierung und Fragmentierung, bei der die Nutzungsweise sich nicht mehr über die technische Konfiguration des Geräts erschließt. Stattdessen dominieren „Mischformen“ und „partielle Kombinationen und Überschneidungen“ (Beckert und Riehm Ulrich 2012, S. 44 f.). Technische Hilfsmittel wie Hyperlinks, Suchmaschinen und RSS-Feeds erleichtern den Zugriff auf die Vielzahl von früher getrennten Einzelmedien ebenso wie Weiterempfehlungen durch andere Nutzer.

Unterstützt werden diese Prozesse durch eine Ausweitung der Optionen in der Raum- und Zeitdimension. Raum- und zeitliche Restriktionen werden durch das Internet weitgehend überwunden. Sprachliche Hürden bleiben freilich weitgehend bestehen. Anders als in klassischen Massenmedien ist ein Zugriff auf Angebote auf globaler Ebene möglich. Da das Social Web nicht mehr primär auf PC-Anwendungen beschränkt ist, gewinnen internetfähige mobile Anwendungen und ihre Nutzung über Smartphone oder Tablet-PC zunehmend an Bedeutung, sodass Angebote zu jeder Zeit ortsunabhängig verfügbar sind (van Eimeren und Frees 2013, S. 362).

Während in klassischen Massenmedien eine Archivierung und Erschließung früherer Inhalte aufwendig ist und sich der Zugriff auf Nutzerseite noch aufwendiger gestaltet, können ältere Inhalte im Internet relativ problemlos archiviert und vergleichsweise einfach von Internetnutzern durchsucht und unter Umständen auch modifiziert werden. Das Internet ergänzt damit klassische Bibliotheken. Diese Merkmale haben wiederum Auswirkungen auf

die Rezeption von Inhalten. Sie begünstigen tendenziell eine Rezeption kleiner „Informationshäppchen“, entsprechend haben sich auch die Inhalte vieler Angebote im Internet diesem Verhalten angepasst. Die Überwindung raumzeitlicher Restriktionen zeigt sich außerdem in dem Bedeutungszuwachs kleiner Öffentlichkeiten. Während Encounter-Öffentlichkeiten in der Realwelt in der Zeit- und Raumdimension flüchtig und episodenhaft bleiben, da eine Archivierung nicht stattfindet und die Teilnehmer gemeinsam an einem Ort präsent sein müssen, sind diese Beschränkungen im Internet aufgehoben. Auch beispielsweise Blogbeiträge oder Kommentare werden archiviert und durch Suchmaschinen indiziert, was wiederum eine asynchrone Diskussion über einen längeren Zeitraum hinweg ermöglicht (Zuber 2012, S. 41). Diese technischen Möglichkeiten eröffnen in der Folge neue Optionen für die Nutzer und ihren Zugang zu Informationen. Statt sich auf die Einschätzung professioneller Akteure und ihre Auswertung und Interpretation des Quellenmaterials zu verlassen, ist es Bürgern einfach möglich sich selber einen ungefilterten Eindruck zu verschaffen.

„On the Web, linking to original materials and references is considered a core characteristic of communication. The culture is oriented toward see for yourself“ (Benkler 2006, S. 218).

Damit ist das Potenzial einer Netzöffentlichkeit skizziert. Eine bloße Betrachtung dieses Potenzials greift insofern zu kurz, als es zu Folgeproblemen kommen kann. Auch müssen diese Potenziale nicht zwangsläufig von den Nutzern abgerufen werden und können von den Nutzern modifiziert werden. Es muss unterschieden werden zwischen Medien erster und zweiter Ordnung (Kubicek et al. 1997, S. 32) beziehungsweise zwischen technischen und institutionellen Medien (Schweiger 2007). Medien erster Ordnung – wie Telefon, Radio oder das Internet – bilden die technische Basis beziehungsweise Infrastruktur, die bestimmte Rahmenbedingungen bereitstellt. So begünstigt die technische Struktur des Rundfunks ein Sender-Empfänger-Modell. Der Rahmen determiniert nicht automatisch den Inhalt, sodass zwischen ihm und der tatsächlichen Verwendung durch die Nutzer signifikante Unterschiede auftreten können (Kubicek et al. 1997, S. 32).

Bei bestimmten Medien etablieren sich durch ihre Verwendung bestimmte Gebrauchsweisen. Kubicek führt diese Habitualisierung von Gebrauchsweisen vor allem darauf zurück, dass so die Verständlichkeit von Botschaften gewährleistet wird (Kubicek et al. 1997). Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen sind primär Medien zweiter Ordnung. Medien spielen für sozialwissenschaftliche Forschung „über ihre Funktion, die Kommunikation zu vermitteln, eine Rolle“ (Beierwaltes 2002, S. 15). Von Medien im sozialwissenschaftlichen Sinne kann erst dann gesprochen werden, wenn sie von Akteuren genutzt werden, um bestimmte gesellschaftliche Anliegen zu verfolgen (Boos 2008, S. 198).

Beim Internet handelt es sich somit um eine Technologie, deren zentrale Funktion darin besteht, als Medium der Kommunikation zu fungieren. Die Gleichsetzung des World Wide Web mit dem Internet ist deswegen falsch, da das Internet als technische Basis die Plattform für eine weitaus größere Zahl an Anwendungen bereitstellt. Gleichzeitig hat eine Änderung und/oder Erweiterung eines Mediums der ersten Ordnung Auswirkungen auf Medien zweiter Ordnung. Die erweiterten technischen Möglichkeiten des Internets spiegeln sich in erweiterten kommunikativen Optionen für die Nutzer wider (Papsdorf 2013, S. 80 f.). Zum Zweiten macht die Optionsvielfalt des Internets es schwierig die Netzöffentlichkeit anhand tradierter, aber vergleichsweise statischer Modelle der Sozialwissenschaften einzuordnen. Deliberative Öffentlichkeitskonzepte sind ebenso vor dem Hintergrund der Struktur traditioneller Massenmedien und ihrer Defizite entwickelt worden. Sie rekurrieren primär auf die Makroebene von Öffentlichkeit und orientieren sich an den traditionellen unidirektionalen Massenmedien. Nachdem die Struktur und das Potenzial der Netzöffentlichkeit skizziert wurden, werden auf den erweiterten Partizipations- und Interaktionsmöglichkeiten aufbauend die aus deliberativer Warte ambivalenten Folgeprobleme und zentralen Leistungen diskutiert.

9.2 Ambivalenzen der Netzöffentlichkeit

Die erweiterten Partizipations- und Interaktionsmöglichkeiten führen zu einer Reihe von Leistungen und teilweise daraus resultierenden ambivalenten Folgeproblemen für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte. So wie bei der Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte in der Realwelt Zielkonflikte auftreten können (Hüller 2005a), können auch die Leistungssteigerung und vermeintliche Lösungen von Kommunikationsproblemen in der Netzöffentlichkeit nicht intendierte Folgen auslösen (Luhmann 2001, S. 80).

Ein systematisches nacheinander Abarbeiten und Lösen von Kommunikationsproblemen ist nicht möglich (Neuberger 2008b). So kann zwar in einem Diskussionsforum im Internet eine vergleichsweise umfassende Beteiligung aller von einer Entscheidung Betroffenen potenziell gewährleistet werden. Gleichzeitig wirft die Beteiligung einer Vielzahl von Bürgern mit unterschiedlichsten Hintergründen einige neue Probleme auf, beispielsweise was die epistemologische Qualität von Entscheidungen betrifft.

Luhmann fasst Kommunikation entsprechend nicht als „Phänomen“, sondern als „Problem“ auf, er fragt, welche Probleme Kommunikation verhindern kann (Luhmann 2001, S. 78). Die Hindernisse, die Kommunikation überwinden muss, um zustande zu kommen, fasst Luhmann in drei Punkten zusammen: Verstehensprobleme aufgrund der Kontextabhängigkeit des eigenen Gedächtnisses, Distanzprobleme wegen räumlicher und zeitlicher Begrenzungen sowie Erfolgsprobleme. Letztere treten dann auf, wenn der

Empfänger die Botschaft zwar versteht, es aber keine entsprechende Reaktion vom Empfänger gibt (Luhmann 2001, S. 78 ff.).

„Dies Gesetz, daß Unwahrscheinlichkeiten sich wechselseitig verstärken und Problemlösungen in einer Hinsicht die Möglichkeiten in anderen Hinsichten limitieren, bedeutet, daß es keinen direkten Weg zu immer besserer menschlicher Verständigung gibt“ (Luhmann 2001, S. 80).

Die Folgeprobleme, die mit der Leistungssteigerung und Vervielfältigung an Optionen in der Netzöffentlichkeit einhergehen, korrelieren mit den von Kritikern vorgebrachten zentralen Einwänden gegen die Netzöffentlichkeit. Zu diesen aus deliberativer Perspektive zentralen Einwänden zählt die Fragmentierungsthese. Im Internet, so etwa Habermas in einer seiner wenigen Anmerkungen zu den Möglichkeiten einer Neukonfiguration der Öffentlichkeit durch das Internet, fehlen bislang „funktionale Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selektieren und in redigierter Form synthetisieren“ (Habermas 2008a, S. 162). Die zentralen Aussagen der Fragmentierungsthese und die damit verbundenen Konzepte wie Gruppenpolarisierung und Enklaven-Deliberation werden im Anschluss diskutiert und es wird gefragt, inwiefern funktionale Äquivalente eine Synthetisierung der Angebotsvielfalt im Internet gewährleisten können.

Wenn traditionelle Gatekeeper an Relevanz einbüßen und sich die Zahl der Angebote potenziert, müssen die Nutzer aus der Informationsflut selber eine Auswahl treffen oder auf neue Vermittlungsstrukturen zurückgreifen, was wiederum bestimmte kognitive Kompetenzen voraussetzt. So fürchtet Sennett in diesem Zusammenhang, „durch moderne Technologien erzeugte Informationsflut droht deren Adressaten in Passivität versinken zu lassen“ (Sennett 1998, S. 36). Die Kompetenzen zur Bewältigung und Auswahl dieser Informationen sind wiederum in der Gesellschaft unterschiedlich verteilt und meist an sozioökonomische Statusmerkmale gekoppelt. Dieser Einwand wird unter den Stichwörtern Digital Divide und Wissensklufthypothese diskutiert.

9.2.1 Vielfalt oder Fragmentierung?

Deliberative Demokratiekonzepte verlangen eine diskursive Auseinandersetzung, bei der Argumente und Gegenargumente ausgetauscht, abgewogen und verworfen werden. Ziel des Austausches sind die Bündelung von Informationen und die Sichtbarmachung von Zusammenhängen. Thematische Zentrierung und Bündelung von Informationen ermöglichen die Schaffung eines gemeinsamen Erfahrungshorizonts und die Synchronisierung des Hintergrundwissens für unterschiedliche Gesellschaftsbereiche. In modernen Gesellschaften

übernehmen bislang traditionelle Massenmedien und in diesen Organisationen tätige Journalisten diese Funktionen.

Die damit verbundene „gemeinschaftsstiftende Funktion“ von Massenmedien (Münker 2009, S. 42) wird seit den 90er Jahren von einigen Autoren angezweifelt (Holtz-Bacha 1998; Handel 2000; Vlastic 2004). Ausgangspunkt der Hypothese einer Fragmentierung des Publikums war die empirisch zu beobachtende wachsende Zahl an Medienangeboten, die zum Beispiel mit dem Aufkommen des Privatfernsehens in Deutschland in den 80er Jahren zu beobachten war. Von der Annahme ausgehend, dass die wachsende Zahl an Angeboten zu einer wachsenden Nutzung der neuen Angebote führt, wird von einer zunehmenden Fragmentierung des Publikums ausgegangen (Goertz 2009, S. 65). In der Folge einer zunehmenden Fragmentierung der Mediennutzung wird der Vorrat an gemeinsamen Wissens- und Themenbeständen – so die Befürchtung – immer geringer. Es wird immer schwieriger, gemeinsame Gesprächsthemen zu finden, sodass die Integrationsfunktion von Massenmedien erodiert, da den Bürgern der gemeinsame Erfahrungshorizont fehlt (Vlastic 2004, S. 50 ff.).

„Wenn Chef und Putzmann miteinander reden wollen, dann können sie dies nach wie vor tun, und sei es, indem sie sich über den Inhalt von Sendungen austauschen, die einer von beiden nicht gesehen hat“ (Vlastic 2004, S. 225).

Eine Ausweitung des Medienangebots kann ambivalente Wirkungen zeigen. Auf der einen Seite kommt ein umfangreiches und spezialisiertes Medienangebot den Interessen einer individualisierten Gesellschaft entgegen. Potenziell kann die Ausweitung des Medienangebots auch zu einer stärkeren Berücksichtigung peripherer Themen führen. Auf der anderen Seite kann die Vielfalt an Angeboten zum Erodieren eines gemeinsamen Verständigungshorizonts beitragen, sodass „es zunehmender Anstrengungen bedarf, um gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit in komplexen Gesellschaften herzustellen“ (Peters 2007a, S. 95 f.).

Bevor man sich der Frage zuwendet, inwieweit das Internet Fragmentierungstendenzen in der Mediennutzung verstärkt, muss die Bedeutung des vielschichtigen Fragmentierungsbegriffs diskutiert werden. Daran anschließend muss die Plausibilität der These einer zunehmenden Fragmentierung einer durch traditionelle Massenmedien strukturierten Medienlandschaft kritisch hinterfragt werden. Auf diesem theoretischen Gerüst aufbauend kann im zweiten Schritt analysiert werden, inwiefern die Struktur der Netzöffentlichkeit Fragmentierungstendenzen durch die Etablierung neuer vermittelnder Strukturen entgegenwirken kann.

Der Fragmentierungsbegriff ist ähnlich wie der Begriff der Öffentlichkeit unscharf. Wie

Handel herausarbeitet, „wird (stillschweigend) von einem Konsens darüber ausgegangen, was Fragmentierung bedeutet und was darunter verstanden wird“ (Handel 2000, S. 21). Die diffuse Verwendung des Fragmentierungsbegriffs ist mit darin begründet, dass er im sozialwissenschaftlichen Diskurs sowohl für gesellschaftliche Differenzierungsprozesse (Beck 1986) als auch für Entwicklungen im Mediensektor gebraucht wird. Für das vorliegende Kapitel ist der Fragmentierungsbegriff im Zusammenhang mit Medienangeboten bedeutsam, auch wenn beide Aspekte zusammenspielen. Dabei muss unterschieden werden, ob sich Fragmentierung auf die Angebots- oder auf die Nutzungsseite bezieht, und die politiktheoretische Frage beantwortet werden, ab wann eine Fragmentierung der Medienlandschaft gesellschaftlich dysfunktionale Effekte zeigt.

Die Fragmentierung der Mediennutzung wird durch zwei voneinander abhängige Entwicklungen gefördert; auf der Angebotsseite durch die quantitative und qualitative Vergrößerung des Medienangebots. Dazu gehört die bessere Ausstattung der Haushalte mit Medien, das heißt, dass sowohl die Zahl der verfügbaren Geräte zugenommen hat als auch der Zugang zu Angeboten einfacher geworden ist (Handel 2000, S. 54 ff.). Empirisch ist auf der Angebotsseite die Frage einer Fragmentierung eindeutig zu beantworten. Sowohl im Rundfunk- als auch im Printbereich hat die Zahl der verfügbaren Angebote deutlich zugenommen. So stieg die Zahl der Fernsehkanäle in Deutschland zwischen den Jahren 2001 und 2009 von 70 auf 222 frei empfangbare Angebote (Goertz 2009, S. 65). Auf der Nutzungsseite des Medienangebots gehen Vertreter der Fragmentierungshypothese davon aus, dass es aufgrund gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse zu einer Differenzierung und Pluralisierung von Lebensstilen kommt.

„Die Anteile der prinzipiellen entscheidungverschlossenen Lebensmöglichkeiten nehmen ab, und die Anteile der entscheidungsoffenen, selbst herzustellenden Biographie zu“ (Beck 1986, S. 216).

Beck spricht in diesem Zusammenhang von einer Art „Gestaltwandel oder kategorialen Wandel“ im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft“ (Beck 1986, S. 205). Darunter versteht er den „Verlust von traditionellen Sicherheiten in Bezug auf Handlungswissen, Glauben und leitenden Normen“ wie auch die chancenreiche Herauslösung aus vorgegebenen Sozialmustern (Beck 1986, S. 206).

Medien spiegeln diese ambivalenten Tendenzen wider, indem sie entsprechende Rollenvorbilder präsentieren, den Prozess der Reflexion der eigenen Person unterstützen und Möglichkeiten der Selbstpräsentation für Individuen bieten. Soziale Netzwerke, Blogs oder Videoplattformen ermöglichen es im Internet seine eigene individuelle Persönlichkeit einer prinzipiell unabgeschlossenen Öffentlichkeit zu präsentieren und verstärken diese Prozesse (Schmidt 2009a, S. 76). Wenn realweltliche Gemeinschaften aufgrund gesteigerter

Mobilität zunehmend schwerer aufrechtzuerhalten sind, können soziale Netzwerke im Internet den Zusammenhalt von ursprünglich realweltlich entstandenen Gemeinschaften fördern. Zusammenfassend führen somit die Ausdifferenzierung der Medienangebote und gesellschaftliche Individualisierungstendenzen zu einer Individualisierung der Nutzung von Medienangeboten. Beide Faktoren verstärken sich gegenseitig (Gerhards und Klingler 2006, S. 75).

McQuail hat die zunehmende Fragmentierung der Medienlandschaft anhand eines Vier-Phasen-Modells nachgezeichnet. Die erste Phase beschreibt idealtypisch die Struktur des TV-Marktes bis zum Aufkommen des Privatfernsehens in der 80er Jahren, bei dem eine kleine Zahl von Sendern die gesamte Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zog. In der zweiten Phase, dem integrierten Pluralismusmodell, steigt infolge der Kommerzialisierung des Fernsehens die Zahl der Sender. Die Aufmerksamkeit des Publikums konzentriert sich aber auf eine überschaubare Anzahl von Sendern. Massenmedien erfüllen im Pluralismusmodell ihre integrative Funktion weiterhin. In den letzten beiden Phasen ist diese Integrationsleistung nicht mehr gegeben. Im „Core-Periphery Model“ bewegen sich die Teilpublika vom Zentrum weg. Die Zahl der thematischen Überschneidungen zwischen den Zuschauergruppen sinkt deutlich. McQuail zufolge befinden sich die meisten entwickelten Staaten momentan in der dritten Phase. Im Breakup-Modell fallen die letzten Überschneidungen weg. Es existiert kein Zusammenhang mehr zwischen den jetzt unverbunden nebeneinanderstehenden Zuschauergruppen (McQuail 2010, S. 444 f.).

Diese Vermutungen McQuails sind kritisch zu hinterfragen, da Vertreter der Fragmentierungshypothese implizit davon ausgehen, dass eine zunehmende Angebotsvielfalt automatisch zu einer verstärkten Nutzung der neuen Angebote führt. „Wer durch Kabelanschluss oder Satellitenschüssel viele Programme zur Auswahl hat, der nutzt sie auch“, fasst Holtz-Bacha die grundlegende Annahme der Vertreter der Fragmentierungsthese zusammen (Holtz-Bacha 1998, S. 219). Dies muss allerdings nicht zwangsläufig sein. Es wäre möglich, dass trotz steigenden Angebots und gleichbleibender Mediennutzungsdauer sich das Interesse des Publikums weiter auf die bestehenden Angebote konzentriert. Neue Angebote im Internet würden in diesem Fall kaum genutzt werden, da sich die Rezipienten weiterhin bei Ablegern bestehender Angebote im Internet informieren.

Zum anderen muss – selbst wenn sich die Aufmerksamkeit des Publikums breiter streut – die integrative Funktion der Medien nicht zwangsläufig abnehmen. Vielmehr könnte ein Kern an Medienangeboten existieren, der von einem Großteil der Rezipienten gemeinsam genutzt wird, oder das neue Angebote Inhalte der bestehenden Angebote weiterverbreiten, anstatt neue Inhalte zu produzieren oder bestehende zu modifizieren (Goertz 2009, S. 67 f.). Auch

könnte sich die Nutzungsdauer von Massenmedien ausgeweitet haben, womit die Vielfalt der neuen Angebote aufgefangen werden könnte. Empirisch ist die letzte These plausibel, da der Medienkonsum – gemessen in Nutzungsminuten pro Tag – in Deutschland seit Jahren ansteigt (van Eimeren und Frees 2013, S. 369). Schließlich ist es theoretisch denkbar, dass es zwar zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung des Medienangebots kommt, die Nutzer sich aber gleichmäßig über die neuen Medienangebote hin ausdifferenzieren. Vor dem Hintergrund der Integrationsleistung der Massenmedien wäre dies relativ unproblematisch, da weiterhin thematische Überschneidungen in der Nutzung von Medien vorhanden sind (Handel 2000, S. 25).

Fragmentierung ist vor diesem Hintergrund ein quantitativer Begriff. Es gibt keine binäre Unterscheidung zwischen Fragmentierung und Nichtfragmentierung. Bei einer Nichtfragmentierung müssten alle Rezipienten ein einziges Medienangebot nutzen – eine Vorstellung, die selbst in den 60er Jahren realitätsfremd war (Handel 2000, S. 21). Die Frage muss also lauten, wie hoch der Grad an Fragmentierung ist, und daran anknüpfend ist die normative Frage zu diskutieren, wie viele „große Themen, über die viele Rezipienten sprechen“ eine Gesellschaft braucht, damit Medien ihre Integrationsleistung erfüllen (Goertz 2009, S. 68). Wie eine sinnvolle Balance zwischen gewünschter Vielfalt und Synthetisierung erreicht werden kann, ist indes eine normative Frage. Aufbauend auf dem quantitativen Hintergrund des Begriffs der Fragmentierung hat Handel eine idealtypische Vier-Felder-Matrix entwickelt. Die Matrix zeigt Überschneidungen zu dem Modell von McQuail, differenziert den unscharfen Begriff der Fragmentierung aber in Polarisierung, Ausdifferenzierung und Fragmentierung, die vor dem Hintergrund der Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte und der Struktur der Netzöffentlichkeit von Relevanz sind (Handel 2000, S. 26 f.).

Mediennutzung kann vier verschiedene Formen annehmen. Zum einen können sich Rezipienten auf wenige spezielle Angebote konzentrieren, welche andere Rezipienten nicht nutzen. Hier würde eine Fragmentierung vorliegen, die die Form einer Polarisierung annimmt. Im zweiten Feld nutzen Rezipienten viele verschiedene Medienangebote, ohne sich allerdings auf bestimmte Angebote zu spezialisieren. Von allen genutzte Angebote gibt es in diesem Modell nicht. Hier liegt eine Form der Fragmentierung vor, wie im Breakup-Modell von McQuail beschrieben. Drittens könnten die Rezipienten alle das gleiche Angebot nutzen und andere existierende Angebote ignorieren. Auch in dem Fall würde die Gefahr von Polarisierungsprozessen beziehungsweise „Informationskokons“ bestehen, „in denen wir nur zu hören bekommen, was wir auswählen und was uns beruhigt und zusagt“ (Sunstein 2009a, S. 20). Viertens schließlich kann das umfangreiche Medienangebot von allen gleichmäßig genutzt werden, sodass ein hoher Grad an Themenüberschneidung vorhanden ist (Handel

2000, S. 26 f.).

Folgt man der Fragmentierungshypothese, müsste sich erstens das Publikum, aufgrund des umfangreicheren Medienangebots und des zunehmenden Bedürfnisses nach einer individualisierten Mediennutzung, stärker ausdifferenzieren. Als Folge davon müsste zweitens die Integrationsfunktion der Massenmedien abnehmen. Empirisch untersucht wurden diese beiden Hypothesen für Deutschland in Studien von Goertz und Gehrau in den Jahren 1997 und 2007 (Goertz 2009; Gehrau und Goertz 2010). Zur Überprüfung der Frage, inwiefern sich das Publikum innerhalb von zehn Jahren ausdifferenziert hat, wurde erstens analysiert, inwiefern sich die Zahl der Themen in Gesprächen über Medieninhalten zwischen den beiden Befragungszeiträumen erhöht hat. Um zweitens eine abnehmende integrative Funktion der Massenmedien zu verifizieren, wurde untersucht, ob die Anzahl der „großen Themen“, über die viele der Befragten sprechen, zwischen den beiden Erhebungswellen geringer geworden ist (Goertz 2009, S. 67 f.).

Beide Hypothesen wurden empirisch bestätigt. Während es in den Jahren 1996 und 1997 nur 115 verschiedene Themen gab, über die die Befragten sprachen, stieg die Zahl im Jahr 2007 auf 149 an (Gehrau und Goertz 2010, S. 168). Ebenso wurde die „großen Themen“ seltener. Waren es in den Jahren 1996 und 1997 drei zentrale Themen, auf die fast 50 % der Nennungen entfielen, gab es im Jahr 2007 nur noch ein Topthema, das von 19 % der Befragten genannt wurde. Parallel stieg die Zahl der Themen, die nur von einem einzigen Befragten genannt wurden, deutlich an (Goertz 2009, S. 67 f.). Die Themenvielfalt ist innerhalb von zehn Jahren deutlich gestiegen, die Zahl der gemeinsamen Themen gesunken. Empirisch scheint eine Abnahme der Integrationsfunktion der Massenmedien in den Studien von Goertz und Gehrau bestätigt, da die Zahl der großen Themen kontinuierlich zurückgegangen ist. Dieser Befund muss indessen nicht unbedingt negativ sein. Wie viel „großer Themen“ eine Gesellschaft bedarf und wie viel Integration ein demokratisches Staatwesen benötigt, kann nicht a priori festgelegt werden. So könnte die wachsende Zahl an Themen eine größere gesellschaftliche Offenheit gegenüber alternativen Themen andeuten und einen größeren Meinungspluralismus signalisieren (Handel 2000, S. 13 f.).

Nischenöffentlichkeiten, in denen eine kleine Gruppe gleichgesinnter Personen diskutiert, könnten ferner neue und kreative Sichtweisen entwickeln, die dann zu einem späteren Zeitpunkt in die breitere Öffentlichkeit getragen werden. Die vom Konzept der Schweigespirale postulierte Annahme, dass Vertreter einer Minderheitsposition in der Öffentlichkeit eher schweigen, um sich nicht zu isolieren (Noelle-Neumann 1989), kann in einer stärker differenzierten Medienlandschaft unter Umständen abgemildert werden. Personen sind in Nischenöffentlichkeiten gegebenenfalls eher bereit eigene Meinungen zu äußern und dominante Meinungen der etablierten Öffentlichkeit kritisch zu hinterfragen. Auch

aus empirischer Warte beurteilen Goertz und Gehrau eine Bestätigung der Fragmentierungshypothese skeptisch. Sie diagnostizieren ungeachtet der steigenden Themenvielfalt und des sinkenden gemeinsamen Themenvorrats weiterhin einen Kern an Medienangeboten, der eine hohe Reichweite besitzt. Diese Kernangebote – wie die Tagesschau oder auch populäre Webangebote wie Spiegel Online – sind für einen Großteil des Publikums die wichtigste Informationsquelle für Themen, die von allgemeinem Interesse sind. Sie fungieren als „Verteilerplattform“ für andere Angebote, die Themen aus den Kernangeboten in unterschiedlicher Form weiterverarbeiten (Goertz 2009, S. 71 f.). Es kommt damit zu einem „Dualismus zwischen Kernangebot und „Long-Tail-Angebot“ (Goertz 2009, S. 72).

Mit dem Aufkommen des Internets in den 90er Jahren erhielt die Fragmentierungshypothese neuen Auftrieb (Holtz-Bacha 1998). Gestützt wurde diese Vermutung durch den vereinfachten Zugang für private und kommerzielle Akteure, die relativ einfach publizistische Angebote im Internet offerieren konnten. Der Pull-Charakter des Internets spielte darüber hinaus eine wichtige Rolle. Traditionelle Rundfunkangebote besitzen einen Push-Charakter. Es ist vergleichsweise schwer sich bei der Rezeption von Push-Medien wie TV und Radio gesellschaftsweit diskutierten Themen gegenüber komplett abzukapseln, denn Push-Medien stellen Themen meist zu einem festgelegten Zeitpunkt und für eine gewisse Dauer bereit, die damit allen Rezipienten in der gleichen Form verfügbar sind (Jarren 2008, S. 333).

„Mittels der [traditionellen] Massenmedien kennt der Einzelne die Themen, die er auch bei anderen als bekannt unterstellen kann, und er kann das Entscheidungsverhalten anderer Gesellschaftsmitglieder zumindest prognostizieren“ (Jarren 2008, S. 335).

Der Pull-Charakter des Internets erlaubt es hingegen ein selektiv auf eigene Bedürfnisse zugeschnittenes Medienangebot zu erstellen, was wiederum potenziell Fragmentierungstendenzen Vorschub leisten kann. Brisanz gewann die Vermutung einer verstärkten Fragmentierung darüber hinaus durch die unter anderem von Sunstein ausgearbeitete Polarisierungsthese (Sunstein 2009b, S. 43 ff.). Auch deliberative Theoretiker wie Habermas sehen die Emergenz der Netzöffentlichkeit kritisch, da „funktionale Äquivalente“ fehlen, die wie in traditionellen Massenmedien die Vielzahl an Botschaften synthetisieren.

„Dieses Publikum zerfällt im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen. Auf diese Weise scheinen die bestehenden nationalen Öffentlichkeiten eher unterminiert zu werden. Das Web liefert die Hardware für die Enträumlichung einer verdichteten und beschleunigten Kommunikation, aber von sich aus kann es der zentrifugalen Kraft

nichts entgegensetzen. Vorerst fehlen im virtuellen Raum die funktionalen Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selektieren und in redigierter Form synthetisieren“ (Habermas 2008a, S. 162).

Habermas erkennt somit auf der einen Seite die Vorteile der Netzöffentlichkeit in der Raum- und Zeitdimension, sieht aber durch das Fehlen von Intermediären die Gefahr einer Zersplitterung des öffentlichen Raums. Die Annahme einer verstärkten Fragmentierung des öffentlichen Raums und in der Folge eine Polarisierung des Diskurses sind aus deliberativer Warte zweifach problematisch. Eine zunehmende Fragmentierung belastet den gemeinsamen Verständigungshorizont als Grundvoraussetzung eines Diskurses. Dies macht es schwierig einen Dissens aus verschiedenen Meinungen und Ansprüchen in eine kollektive Meinungs- und Willensbildung zu überführen (Peters 2007b, S. 69). Weiterhin verstärkt eine Polarisierung die Fehleranfälligkeit von Gruppenentscheidungen und führt zum Ausschluss nichtdominanter Präferenzen, Themen und Akteure, was wiederum aus Effizienz- und Partizipationsgründen problematisch ist (Sunstein 2009a, S. 95 ff.).

Wie überzeugend ist die Vermutung, dass es aufgrund der spezifischen Eigenschaften des Internets zu einer Fragmentierung des Diskurses kommt und in der Folge zu einer Polarisierung? Zur Beantwortung dieser Fragen wird im ersten Schritt analysiert, welche Folgen der Wegfall der in klassischen Massenmedien bestehenden ökonomischen, technischen und kognitiven Barrieren zum Publizieren von Medienangeboten zeigt. Daran anschließend wird die Frage diskutiert, inwiefern die Fülle an Medienangeboten einer Fragmentierung der Mediennutzung durch das Internet Vorschub leistet und inwieweit sich neue intermediäre Strukturen im Internet herausgebildet haben, die als „funktionale Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen“ (Habermas 2008a, S. 162) klassischer Massenmedien fungieren. Vor diesem Hintergrund wird abschließend die Frage nach einer Polarisierung des Diskurses im Internet thematisiert.

Klassische Massenmedien ermöglichen einen kostengünstigen und fast überall verfügbaren Zugang zu Medienangeboten für breite Bevölkerungsschichten. Sie lösen die Zugangsproblematik zu Informationen, die vor dem Aufkommen der Massenpresse für viele Bevölkerungsteile bestanden hatte (Neuberger 2004, S. 6). Das Merkmal klassischer Massenmedien ist Knappheit. Journalisten als Gatekeeper sammeln, selektieren und interpretieren in klassischen Massenmedien anhand spezifischer Relevanzkriterien Informationen und steuern diese Knappheit. Knappheit herrscht in traditionellen Massenmedien aufgrund technischer Restriktionen wie der Begrenztheit von Sendekanälen oder des Platzangebots in Zeitungen. Knappheit existiert ferner in der Hinsicht, dass die Zahl der Themen begrenzt ist, die journalistisch relevant sind, und sich die Menge der Akteure auf

eine relativ überschaubare Anzahl professioneller Journalisten beschränkt. Diese wachen als Gatekeeper darüber, welche Informationen aufgenommen werden (Neuberger 2009a, S. 38 f.). Die Knappheitsproblematik klassischer Massenmedien hat insofern Vorteile, als sie zur Integrationsfunktion der Massenmedien beiträgt. Aufgrund dieser Restriktionen schließt sie freilich auch eine Vielzahl von Themen und Akteuren aus. Traditionelle Massenmedien bieten somit eine Lösung für den Zugang zur Informationen und zu ihrer Bündelung für das Publikum. Sie bieten keinen „kommunikativen Zugang“, das heißt, es besteht kaum eine Möglichkeit des Publikums selber zum Sprecher zu werden (Neuberger 2004, S. 6 f.).

Das Internet löst das Problem des kommunikativen Zugangs. Die in klassischen Massenmedien bestehenden Barrieren zur Erstellung eigener Medienangebote sind im Internet nur in stark abgeschwächter Form zu finden. Bisherige Rezipienten von Medienangeboten können im Internet die Rollen wechseln und zu Anbietern von Medienangeboten werden (Benkler 2006, S. 212). Die Lösung des Problems des kommunikativen Zugangs führt zu Folgeproblemen. Die passiven Rezipienten traditioneller Massenmedien müssen im Internet aktiv Selektions- und unter Umständen Interpretationsleistungen erbringen, was wiederum bestimmte kognitive Kompetenzen voraussetzt. Nicht mehr der Mangel, sondern ein Zuviel an Informationen wird in der Netzöffentlichkeit zum Problem, was zu Glaubwürdigkeits- und Relevanzproblemen führen kann (Neuberger 2008b, S. 16 ff.). Die steigende Anzahl von Themen birgt darüber hinaus aber die Gefahr einer zunehmenden Fragmentierung der Mediennutzung des Publikums, bei der sich kleine Gruppen auf spezielle Angebote konzentrieren, welche andere nicht nutzen, womit die Integrationsfunktion von Massenmedien erodiert.

Die Spezifika der Netzöffentlichkeit untermauern zunächst die Vermutungen einer verstärkten Fragmentierung durch das Internet. Während in klassischen Massenmedien die Synthetisierung von Informationen entlang eines Gatekeeping-Regimes erfolgt, bei dem Journalisten Informationen nach bestimmten Relevanzkriterien auf der Eingangs-, Ausgangs- und Antwortseite überwachen, ist diese Kontrolle im Internet weit weniger relevant und kann umgangen werden. Treffender ist es deswegen im Internet von Gatewatching zu sprechen, bei dem die Tore nicht kontrolliert, sondern nur noch beobachtet werden, da alle drei Tore umgangen werden können (Brunns 2009b, S. 7 f.). Auf der Eingangsseite ist das Gatekeeping im Internet ineffektiv, da potenziell jeder selber Informationen veröffentlichen kann, wenn diese nicht von etablierten Akteuren angenommen werden. Die „See for yourself“-Kultur (Benkler) des Internets ermöglicht Rohinformationen zu veröffentlichen, um so auf Defizite der Interpretationsleistung von Journalisten aufmerksam zu machen (Brunns 2009b, S. 5). Bislang wenig sichtbare Angebote im Internet können durch Verlinkungen oder Empfehlungen auf Social Network Sites für eine breite Öffentlichkeit sichtbar werden und

besondere Beachtung finden. Da Informationen im Internet außerdem mit Hilfe von Suchmaschinen leicht auffindbar sind, erhöht sich die potenzielle Sichtbarkeit von bislang weniger beachteten Angeboten.

Zwar gab es auch in einer durch traditionelle Massenmedien geprägten Medienlandschaft kleine und spezialisierte Öffentlichkeiten, die sich beispielsweise in Form von Demonstrationen, Vorträgen und Flugblättern konstituierten. Diese Form von Öffentlichkeit war aber auf den vergleichsweise unwahrscheinlichen Fall angewiesen, Aufmerksamkeit durch die Gatekeeper klassischer Massenmedien zu finden. Im Internet können Nischenangebote potenziell gesamtgesellschaftlich relevant werden, Aufmerksamkeit erlangen und entsprechende Anschlusskommunikation in etablierten journalistischen Angeboten auslösen. Herrschten in traditionellen Massenmedien „schlechte Sichtverhältnisse“ (Neuberger 2011, S. 66), gewinnen Nischenangebote im Internet im Vergleich zu massenmedialen Angeboten potenziell an Bedeutung. Auf der Ausgangsseite entfallen die technischen Restriktionen wie Frequenzmangel oder Seitenknappheit. Eine Steuerung durch Journalisten, welche Informationen veröffentlicht werden, ist hier aber noch am ehesten möglich (Bruns 2009b, S. 5). Auf der Antwortstufe wiederum können Nutzer Beiträge kommentieren, teilweise Angebote selber erweitern und bearbeiten. Auch hier büßt das Gatekeeping-Regime klassischer Medien – wo Redaktionen zum Beispiel Leserbriefe selektieren können – seine dominante Stellung weitgehend ein (Bruns 2009b, S. 3).

Obwohl die klassischen Intermediäre im Gatekeeper-Regime das Monopol auf Auswahl, Aufbereitung und Publikation von Informationen weitgehend einbüßen, steht die neue Vielfalt der Angebote einer Synthetisierung von Informationen nicht im Wege (Neuberger 2009b, S. 49). Die von Neuberger als „integrierte Netzöffentlichkeit“ skizzierte Netzöffentlichkeit vereint auf einer Plattform die bislang getrennten verschiedenen Ebenen der Öffentlichkeit. Sie macht damit Angebote, die auf der Encounter- oder Versammlungsebene zu finden sind, sichtbar (Neuberger 2009b, S. 49). Kombiniert mit Werkzeugen zum persönlichen Informationsmanagement (Schmidt 2009a, S. 95 ff.), der Linkverteilung und Empfehlungen auf sozialen Netzwerken sowie etablierten Selektionsmechanismen durch Journalisten, kann es zu einer Synthetisierung der Vielfalt kommen. In der Einschätzung Benklers ist diese „not too concentrated and not too chaotic, but rather, if not ‘just right’, at least structures a networked public sphere more attractive than the mass-media-dominated public sphere“ (Benkler 2006, S. 239). Zu einer Synthetisierung der Angebotsvielfalt trägt außerdem die Verlinkungsstruktur der Netzöffentlichkeit bei, die im Folgenden skizziert wird.

Die Fragmentierungsthese geht implizit davon aus, dass die vermehrte Angebotsvielfalt im Internet annähernd gleichmäßig genutzt wird und jedes Angebot die gleiche Aufmerksamkeit findet. Die Rezipienten würden sich dieser Vermutung folgend auf eine Vielzahl von

Angeboten verstreuen, bei der eine thematische Überschneidung nicht mehr gegeben ist. Gegen diese Annahme führt Benkler mehrere Argumente an, die als Grundlage die Netzwerkstruktur des Internets haben. Sie bewirken Benkler zufolge, dass infolge der Verlinkungsstruktur in der Netzöffentlichkeit auf der einen Seite das Potenzial für periphere Themen und Akteure aus dem Long Tail steigt, Aufmerksamkeit zu gewinnen. Auf der anderen Seite ist aufgrund einer „Power-Law Distribution“ (Barabási und Albert 1999) ein Mindestmaß an Synthese der Informationsflut sichergestellt, sodass sich ein „system of intake, filtering, and synthesis“ entwickelt (Benkler 2006, S. 254).

Benkler identifiziert verschiedene Cluster, die jeweils eine besondere Verlinkungsstruktur besitzen. Betrachtet man jeden einzelnen dieser Cluster, weist er für sich alleine genommen eine problematische Verlinkungsstruktur auf. Im Zusammenspiel der verschiedenen Cluster zeigt sich im Vergleich zur Struktur traditioneller Massenmedien ein ausgewogenes Verhältnis von Angebotsvielfalt und Synthetisierung von Informationen. Auf der Mikroebene des Internets finden sich thematische und interessen geleitete Cluster, die untereinander stark verlinkt sind und eher selten zu thematisch fremden Angeboten verlinken. Benkler führt hier als Beispiel politische Blogs aus den USA an, die ihrer politischen Richtung folgend untereinander stark verlinken und teilweise auch über ideologische Gräben hinweg verlinken (Benkler 2006, S. 248). Diese interessen geleiteten Cluster liegen im Long Tail, können aber potenziell gesamtgesellschaftlich Aufmerksamkeit erlangen.

Diesen Annahmen Benklers widerspricht Hindman. Er kommt auf Basis eigener empirischer Studien zu dem Ergebnis, dass die aus den klassischen Massenmedien bekannten Exklusionsmechanismen auch im Internet Wirkung entfalten. Zwar existiert eine Vielzahl von alternativen Angeboten, anhand der Überprüfung der Verlinkungsstrukturen ausgewählter politischer Themenbereiche kommt er jedoch zu dem Ergebnis einer ausgeprägten Power-Law Distribution. Eine kleine Zahl von Internetseiten vereint einen Großteil der Links auf sich, während der große Rest keine Verlinkung und Hindman folgend keine Beachtung erfährt (Hindman 2009, S. 12 f.). Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen Zimmermann (2006) sowie Gerhards und Schäfer in ihrer vergleichenden Untersuchung des Diskurses zur Genomforschung in Deutschland und den USA (Gerhards und Schäfer 2010). Die Linkstruktur weist „klare hierarchische Aufmerksamkeitsstrukturen“ auf, bei der die Akteure im Zentrum deutlich bessere Chancen auf Sichtbarkeit besitzen (Zimmermann 2006, S. 276 f.). Gerhards und Schäfer kommen bezogen auf die Suchalgorithmen der Suchmaschine von Google zu dem Ergebnis, dass dieser „tends to favour large, institutionalized actors, who can link their websites with other, similarly important actor“ (Gerhards und Schäfer 2010, S. 155 f.).

Diese Annahmen stehen indes nicht grundsätzlich im Widerspruch zu den Annahmen

Benklers. Dass etablierte Angebote weitaus stärker verlinkt werden und leichter aufzufinden sind, kann als sicher gelten. Gerade dadurch, dass Suchmaschinen wie Google Suchergebnisse hierarchisch anordnen, erzeugen sie eine „internetspezifische Form von massenmedialer Öffentlichkeit“ (Zimmermann 2006, S. 172). Suchalgorithmen von Suchmaschinen wie Google sowie Empfehlungsalgorithmen tragen zur Synthetisierung von Informationen bei, die unter Umständen neutraler ist als entsprechende Leistungen von Journalisten. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit von Nischenangeboten, im Internet Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit zu finden, weitaus höher als in traditionellen Massenmedien. Dazu tragen flankierend die durch das Social Web, die Verbesserung von Suchmaschinen und Werkzeuge des Informationsmanagements induzierten Veränderungsprozesse bei. Sie machen es für Angebote aus dem Long Tail leichter möglich Aufmerksamkeit zu finden und können als „Klammer“ für die Netzöffentlichkeit fungieren (Neuberger 2011, S. 82).

Auf der Makroebene findet sich eine kleinere Anzahl Knotenpunkte, die im hohen Umfang auf andere zentrale Knotenpunkte verlinken und das Ziel von Verlinkungen sind. Hier erfolgt die Verteilung der Hyperlinks einer sogenannten Power-Law Distribution, bei der eine kleine Zahl von Internetseiten einen Großteil der Aufmerksamkeit auf sich vereint (Benkler 2006, S. 249 ff.). So gesehen leistet Wikipedia einen Beitrag zur Synthetisierung von Informationen im Internet, indem es vielen Nutzern eine einheitliche und qualitativ vergleichsweise hohe Wissensquelle zur Verfügung stellt. Diese kleine Gruppe von Angeboten in dem Cluster – zu denen die Ableger klassischer etablierter Medienangebote genauso gehören können wie sogenannte A-List-Blogs (Schmidt 2008, S. 32) – ziehen eine hohe Aufmerksamkeit auf sich. Diese dienen als „focal points“, über die Aufmerksamkeit gebündelt wird, sowie als Austauschplattform, an der sich weitere Diskussionen anschließen können (Schmidt 2008, S. 32). Die „strongly Connected Cores“ können trotz ihrer Bedeutung nicht den Informationsfluss im Internet in dem Maße kontrollieren, wie es Gatekeeper in traditionellen Massenmedien vermögen. Es existiert eine Vielzahl redundanter Pfade, die eine Umgehung etablierte Angebote möglich machen (Benkler 2006, S. 249 ff.). Dazu trägt ebenfalls der von Benkler angeführte „small-worlds effect“ bei. Dieser bewirkt, dass die Anzahl der Links, die ein Nutzer anklicken muss, um von einem Punkt des Netzwerks zu einem anderen zu gelangen, relativ klein ist. Mit geringem Aufwand ist es demnach möglich sich potenziell einen Großteil der Inhalte im Long Tail zu erschließen (Benkler 2006, S. 252).

Zusammenfassend beschreibt Benkler die Struktur der Netzöffentlichkeit als die eines Systems, das – im Vergleich zur traditionellen Öffentlichkeit – deutlich durchlässiger ist und Verbindungen zu den getrennten Angeboten der unterschiedlichen Öffentlichkeitsebenen schafft sowie kleine Öffentlichkeiten sichtbar macht. Angebote im Long Tail haben so die

Chance, weitaus leichter Aufmerksamkeit zu finden als alternative Angebote in traditionellen Massenmedien, die erst eine Vielzahl von Barrieren überwinden müssen. Werkzeuge des Informationsmanagements und die Eigenschaften des Social Web, auf die Benkler noch nicht tiefergehend eingehen konnte, verstärken diese Tendenz.

„There is a big difference between a situation where no one is looking at any of the sites on the low end of the distribution, because everyone is looking only at the superstars, and a situation where dozens or hundreds of sites at the low end are looking at each other, as well as at the superstars“ (Benkler 2006, S. 252).

Die Struktur der Netzöffentlichkeit und der Pull-Charakter der Internets begünstigen potenziell die Entstehung eines auf die eigenen Bedürfnisse und Interessen zugeschnittenen hochselektives Medienangebots in der Art eines „Daily Me“ (Sunstein 2009b, S. 7). Ferner tragen die Perfektionierung von Algorithmen, Suchmaschinen wie Google oder auch personalisierte Nachrichtenangebote und Onlineshops wie Amazon, die den Nutzern nur die Informationen zeigen, die mit den bisherigen Präferenzen übereinstimmen, unter Umständen dazu bei, dass sich Internetnutzer in einer Art Filterblase bewegen. In dieser Filter- oder Informationsblase können neue Informationen ausgeschlossen und bisherige Präferenzen der Nutzer verstärkt werden (Pariser 2012). Diese Form der Mediennutzung begünstigt „information cocoons“ oder „echo chambers“, bei denen sich primär Personen mit gleichen Ansichten austauschen. In der Folge verfestigen sich extreme Positionen, entgegengesetzte Vorstellungen finden keinen Eingang mehr in diese Enklaven (Sunstein 2009b, S. 43 ff.).

Empirisch und theoretisch sind die Annahmen kritisch zu werten. Auf der einen Seite können Enklaven positive Effekte für die Meinungsbildung zeigen. Sie können ein Ort sein, an dem sich eine kleine Gruppe Gleichgesinnter austauscht und eine gemeinsame Position findet, bevor sie auf eine höhere Öffentlichkeitsebene wechselt (Fung 2004, S. 52). Ebenso kann sich eine Gruppe gleichgesinnter deliberierender Personen zu neuen und kreativen Handlungen untereinander antreiben und ihre Entschlossenheit bekräftigen (Myers 2008, S. 654). Deliberation unter Gleichgesinnten kann schließlich dazu beitragen, dass Personen, die in einem anderen Kontext ihre Stimme eher selten erheben, bereit sind in einer ihnen vertrauten Umgebung ihre Meinung und Positionen zu äußern. Die Teilnahme an homosexuellen Onlineforen kann beispielsweise identitätsstärkend wirken und ein Coming-out im realen Leben vorbereiten (Döring 2010, S. 166). Auch eine aktuelle empirische Studie des Data Science Teams von Facebook, bei dem das Klickverhalten von 10 Millionen US Nutzern von Facebook analysiert wurde, kommt hinsichtlich der Existenz einer Filterblase zu ambivalenten Ergebnissen. Nicht der Algorithmus, sondern die Zusammensetzung und Größe des Freundeskreises entscheidet über die Bandbreite an Meinungen, die Nutzer des sozialen Netzwerkes sehen. Im Umkehrschluss bedeutet dies indes auch, dass anscheinend

der Algorithmus von Facebook nicht maßgeblich dazu beiträgt, dass die Nutzer verstärkt Nachrichten konsumieren, denen sie selber zustimmen, dafür aber die Filterblase durch die Nutzer selbstgemacht ist.

„How much cross-cutting content individuals encounter depends on who their friends are and what information those friends share (Baskshy, Messing, Adamic, 2015, S. 2).“

Neuberger wiederum vermutet, dass die Vertreter der Fragmentierungsthese einer „optischen Täuschung“ (Neuberger 2009c, S. 194) unterliegen. Auch jenseits der klassischen massenmedialen Öffentlichkeit existierte vor dem Aufkommen des Internets bereits eine Vielzahl von kleinen und spezialisierten realweltlichen Teilöffentlichkeiten, nur war die Kommunikationswissenschaft blind für diese. Im Internet setzt sich dieser Trend fort. Spezialisierte Teilöffentlichkeiten verlagern sich in das Internet, werden dort gesamtgesellschaftlich indes sichtbar, was wiederum zu der These einer zunehmenden Fragmentierung führt, die so nicht haltbar ist (Neuberger 2009c, S. 194 f.). Computervermittelte Kommunikation und damit oft verbundene Anonymität erleichtern im Gegensatz zu Face-to-Face-Situationen kritische Diskussionen und kontroverse Meinungsäußerungen (Emmer und Wolling 2010, S. 49 f.).

Enklaven können damit als Experimentier- und Übungsraum für die Akzeptanz von Entscheidungen fungieren, die bei positiver Rückmeldung in einem breiten Kontext vorgetragen werden. Würde es folglich keine Enklaven-Deliberation geben, bestünde die Gefahr, dass diese Positionen überhört werden. Allerdings müssen die unterschiedlichen Enklaven untereinander kommunikationsfähig bleiben.

„we often need enclaves of likeminded individuals who egg one another on to new heights of imagination (and new heights of absurdity), try to live a new kind of life, and resist the pressure to think like everyone else. Most of the important ideas of social movements (such as black power) arose from deliberation within such enclaves“ (Fung 2004, S. 52).

Auch die von Benkler beschriebene Verlinkungsstruktur spricht gegen eine Abschottung kleiner Gruppen und eine damit verbundene Polarisierung. Würde das Internet einer Polarisierung – im Vergleich zu klassischen Massenmedien – Vorschub leisten, müssten Belege dafür gefunden werden, dass sich die Themenagenden zwischen Offlinern und Onlinern deutlich unterscheiden und die Zahl der selten diskutierten Themen im Internet größer ist. Empirisch lässt sich dies nicht belegen. So kann Nuernbergk in einer Betrachtung verschiedener empirischer Studien keinen eindeutigen Beleg dafür finden, dass sich auf der Rezipientenseite die Themenagenden zwischen Offlinern und Onlinern deutlich

unterscheiden (Nuernbergk 2013, S. 167 ff.). Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangen die empirischen Untersuchungen von Gehrau und Goertz. Zwar steigt die Themenvielfalt zwischen 1997 und 2007 an, die Zahl der selten genannten Themen ist, wenn sie aus der „Quelle Internet“ stammen, jedoch niedriger als bei Zeitungen (Gehrau und Goertz 2010, S. 168 f.). Eine zentrale Leistung sozialer Netzwerke – die erleichterte Pflege bestehender, realweltlicher sozialer Beziehungen und der einfache Aufbau neuer Beziehungen – spricht darüber hinaus gegen eine Abschottung kleiner Personengruppen, ebenso wie die bessere Sichtbarkeit von alternativen Angeboten, die dem hegemonialen Diskurs entgegenstehen.

Eine bloße Gleichsetzung der in der Netzöffentlichkeit zu beobachtenden Angebotsvielfalt mit der Vermutung einer dysfunktionalen Fragmentierung der Angebotsnutzung greift zu kurz. Vielmehr haben die beschriebenen Mechanismen und Strukturen der Netzöffentlichkeit dazu geführt, dass auf der einen Seite eine Vielfalt von Nischenangeboten weitaus einfacher Sichtbarkeit erlangen kann als in traditionellen Massenmedien. Gleichzeitig haben sich neue Äquivalente zur Synthetisierung der Angebotsvielfalt etabliert, sodass die Gefahr einer verstärkten Fragmentierung durch die Struktur der Netzöffentlichkeit gering eingeschätzt werden kann. Die Linkverteilung erfolgt im Internet anhand einer Power-Law Distribution, bei der ein Kern an Angeboten eine große Anzahl der eingehenden Links und damit der Aufmerksamkeit auf sich vereint (Benkler 2006, S. 254).

Im Unterschied zur Struktur traditioneller Massenmedien ist es den Rezipienten jedoch weiterhin relativ leicht möglich Nischenangebote aufzufinden. Das strikte Gatekeeping-Regime traditioneller Massenmedien funktioniert in der Netzöffentlichkeit nicht mehr. Sinnvoller ist es deswegen von einem Gatewatching zu sprechen, bei dem Selektionsentscheidungen nicht endgültig sind, da alternative Meinungen und Akteure weiter sichtbar bleiben, die in traditionellen Massenmedien leicht durch das Raster professioneller Journalisten fallen (Neuberger 2009a, S. 49). Die Gefahr, dass Gatekeeper ihre Selektionsmacht strategisch nutzen, um Argumente oder Meinungen bevorzugt zu publizieren, ist im Internet nicht gebannt. In einer „See for yourself“-Kultur (Benkler), bei der auf Originalquellen verlinkt werden kann und neben den etablierten Angeboten eine Vielzahl alternativer Angebote existiert, ist diese Gefahr aber geringer. Indes sind die Potenziale ambivalent. Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass Quellen, auf die nicht verlinkt werden kann, da sie nicht digital vorliegen, ignoriert werden.

9.2.2 Partizipationsungleichheiten im Internet

Eine möglichst uneingeschränkte Partizipationsmöglichkeit aller von einer Entscheidung Betroffenen bildet den Dreh- und Angelpunkt deliberativer Demokratiekonzepte (Habermas 1992b, S. 367 ff.; Thompson 2008). Nicht nur das „Was“ – die Themenauswahl – soll offen

sein, sondern auch das „Wer“ muss offen sein, sodass allen von einer Entscheidung Betroffenen die Möglichkeit zur Partizipation eingeräumt wird.

Deliberationsforscher unterscheiden in realweltlichen Deliberationsverfahren zwischen externer und interner Partizipationsgleichheit. Externe Partizipationsgleichheit rekurriert auf die Zusammensetzung der Teilnehmer. In realweltlichen Diskursverfahren ist diese abhängig von institutionellen Regelungen, die beispielsweise das Wahlsystem betreffend. Interne Partizipationsgleichheit bezieht sich auf das diskursinterne Niveau der Teilnehmer, das vom Wissens- und Bildungsstand sowie damit oft verknüpft von sozioökonomischen Status der Teilnehmer abhängig ist (Bächtiger et al. 2010, S. 198). Sind bestimmte Bevölkerungsschichten aufgrund institutioneller Regelungen oder mangelnden Qualifikationsniveaus von einer Teilnahme ausgeschlossen, ist eine adäquate Partizipation an politischen Entscheidungen nur ungenügend gewährleistet (Schulz 2011a, S. 34).

Moderne Gesellschaften, die durch eine Trennung von Raum und Zeit sowie des Raums vom Ort gekennzeichnet sind (Giddens 1997, S. 28 ff.), haben Raumüberwindungstechniken und Verbreitungsmedien wie Zeitungen, Radio, Fernsehen und das Internet entwickelt, um raum-zeitliche Restriktionen zu überwinden (Hörisch 2009). Raumüberwindungstechniken haben das Potenzial, die Verbreitung von Wissen, Informationen, Meinungen und Erfahrungen über zeitliche, räumliche und soziale Grenzen hinweg zu ermöglichen. Sie tragen damit zur Integration und Funktion moderner Gesellschaften wesentlich bei (Marr und Zillien 2010, S. 258). Damit das Leistungspotenzial abgerufen werden kann, bedarf es – wie in realweltlichen Deliberationsverfahren – des Zugangs und zum anderen der kompetenten Nutzung von Medien. Zugang und Nutzung von Angeboten der massenmedialen Öffentlichkeit sind somit nicht nur aufgrund der diskutieren reaktionsinternen Selektionsmechanismen der Massenmedien und ihrer spezifischen technischen Möglichkeiten ungleich verteilt.

Die Frage nach dem Verwirklichungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte im Internet muss deswegen thematisieren, welche Teile der Bevölkerung das Internet nutzen, welche Angebote sie im Internet nutzen und welche Wirkungen die Internetnutzung auf den Grad politischer Informiertheit und Partizipation hat. Vor diesem Hintergrund kann die Frage beantwortet werden, inwieweit die Internetnutzung das Potenzial hat, realweltliche bestehende Wissensunterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu nivellieren, und zu einer verstärkten Partizipation von Bürgern beitragen kann. Diese Fragen werden im Folgenden vor dem Hintergrund der Diffusionstheorie, der Wissensklufthypothese und des Digital Divide diskutiert. Zunächst werden die zentralen Annahmen der Diffusionstheorie und der Wissensklufthypothese vorgestellt. Sie bilden den theoretischen Unterbau der Forschung zum Digital Divide. Für die Umsetzung deliberativer

Demokratiekonzepte im Internet kommen sie mit ihren Annahmen zur Wirkung von Massenmedien auf den Wissensstand der Bevölkerung zu konträren Annahmen. Der multidimensionale Begriff des Digital Divide wird zunächst konzeptualisiert und anhand der Spaltung auf der Zugangs-, Nutzungs- und Wirkungsseite differenziert. Inwiefern die theoretischen Annahmen der Diffusionstheorie, der Wissenskluthypothese und der These des Digital Divide Evidenz besitzen, wird abschließend anhand ausgewählter empirischer Studien skizziert.

9.2.3 Die Diffusionstheorie

Die Frage, ob Massenmedien realweltlich ungleich verteilte Partizipationschancen verstärken oder abschwächen, ist bei der Verbreitung jedes neuen Mediums zu stellen (Zillien 2009, S. 70). In der „Dialektik von Apokalypse und Euphorie“ (Kolb und Schemer-Reinhard 2008, S. 85) überwogen bei der Einführung neuer Medien die Erwartungen, dass bestehende Ungleichheiten abgemildert werden (Krotz 2007, S. 278). So hoffte man beispielsweise bei der Einführung des Kabelfernsehens und des Bildschirmtextes, dass sie den Dialog der Bürger untereinander und mit der Politik und Verwaltung fördern könnten und Partizipationschancen für die Bürger ausgeweitet werden (Huber 2009, S. 67). Der theoretische Unterbau dieser optimistischen Hoffnungen ist die Diffusionstheorie, die von positiven Auswirkungen der Verbreitung von Innovationen, wie beispielsweise dem Internet und den mit dem Internet verbundenen Anwendungen, ausgeht.

Die Diffusionstheorie setzt sich mit den Prozessen der Verbreitung von Innovationen in der Gesellschaft auseinander (vgl. Rogers 2003; außerdem Karnowski 2011; Karnowski 2013). Die Wurzeln der Diffusionstheorie liegen in der Anthropologie und der Soziologie. In der Soziologie erarbeitete der französische Soziologe und Jurist Tarde im 19. Jahrhundert Grundlagen der Diffusionstheorie, indem er Nachahmung und Wiederholung als Basis sozialen Wandels identifizierte und die Bedeutung von Meinungsführern bei der Übernahme von Innovationen erkannte (Karnowski 2013, S. 33 f.). Der Kommunikationswissenschaftler und Agrarsoziologe Rogers führte schließlich die verschiedenen Erkenntnisse des Forschungsfeldes in den 50er und 60er Jahren systematisch zusammen. Er definiert den Prozess einer Diffusion folgendermaßen:

„Diffusion is the process by which an innovation is communicated through certain channels over time among the members of a social system. It is a special type of communication, in that the messages are concerned with new ideas“ (Rogers 2003, S. 5).

Eine Innovation kann alles sein, was von individuellen oder kollektiven Akteuren als neu

angesehen wird (Rogers 2003, S. 12). Der Begriff der Innovation ist breit gefasst. Die Diffusionstheorie erhebt den Anspruch, den Prozess der Verbreitung von neuen technischen Produkten, wie auch die Diffusion beispielsweise von neuen Medienformaten oder Nachrichten, zu beschreiben (Karnowski 2013, S. 513 f.). Ziel der Diffusionstheorie ist es zu erklären, wieso sich bestimmte Neuerungen – wie Mobiltelefone, das Internet oder Internetanwendungen – innerhalb relativ kurzer Zeit verbreiten, während andere Innovationen, obwohl sie unter Umständen Vorteile gegenüber bestehenden Produkten besitzen, Nischenprodukte bleiben. Um diesen Prozess zu untersuchen, stellt die Diffusionstheorie die Faktoren Zeit, Innovation, Kommunikationskanäle sowie soziale Systeme in das Zentrum ihrer Untersuchungen (Karnowski 2011, S. 11). Ausgangspunkt der Diffusionstheorie ist die These, dass Innovationen einen Vorteil gegenüber bestehenden Verfahren besitzen, weswegen sich eine Innovation mit der Zeit durchsetzt und verbreitet (Rogers 2003, S. 212).

Der zeitliche Prozess der Übernahme von Innovationen folgt in Form einer S-Kurve. Idealtypisch lassen sich im Zeitverlauf der Kurve verschiedene Akteursgruppen identifizieren, welche die Innovation übernehmen. Zuerst sind es die sogenannten „Innovators“, die zwar nur 2,5 % der Gesamtbevölkerung stellen. Aufgrund ihrer „Gatekeeping role in the flow of new ideas into a system“ (Rogers 2003, S. 264) hat diese Gruppe aber einen prägenden Einfluss auf den weiteren Verlauf der Übernahme einer Innovation. Ihnen folgen die „Early Adopters“ sowie die „Early Majority“ und die „Late Majority“, die zusammen fast 70 % der Bevölkerung stellen. Danach kommen schließlich die „Laggards“. Die Position der Nachzügler ist, wie die der „Innovators“, mit Risiken behaftet. Müssen die „Innovators“ fürchten auf die falsche Innovation gesetzt zu haben, sehen sich die Nachzügler unter Umständen mit dem Problem konfrontiert, dass bereits neuere und bessere Lösungsansätze existieren (Rogers 2003, S. 262 ff.). Die verschiedenen Gruppen unterscheiden sich signifikant nach ihren soziodemografischen Merkmalen. Personen, die Innovationen später übernehmen, zeigen tendenziell eine geringere Risikobereitschaft, sind eher traditionell orientiert, weniger mobil und haben einen niedrigeren Bildungsgrad (Rogers 2003, S. 264 ff.). Im Laufe des Übernahmeprozesses, der zeitlich nicht fixiert ist, können sich entsprechend soziale Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Gruppen weiter verstärken, je nachdem ob sie eine Innovation übernommen haben oder noch nicht.

Während zu Anfang des Prozesses die Diffusionskurve noch flach verläuft, steigt sie ab dem Punkt, an dem die Innovation eine kritische Masse erreicht, stark an, da zunehmend auch Meinungsführer die Innovation übernehmen und verbreiten. Für den Verlauf der Kurve ist weiterhin von Bedeutung, ob es sich bei der Neuerung um singuläre Güter oder Netzwerküter handelt. Erstere haben einen Nutzen unabhängig davon, ob andere dieses

Gut besitzen. Netzwerküter sind umso wertvoller, je mehr andere Menschen die Neuerung nutzen. Zum Beispiel steigt der Nutzen der Innovation E-Mail für den Einzelnen, je mehr Menschen diese Kommunikationsform verwenden (Karnowski 2011, S. 45 f.).

Der Verlauf der Innovation wird weiterhin durch die Eigenschaften der Innovation beeinflusst. Hier spielt vor allem der relative Vorteil, den eine Person aus der Übernahme einer Innovation generiert, eine Rolle. Zu relativen Vorteilen gehören Faktoren wie ökonomischer Gewinn, eine Steigerung des Komforts oder die Erhöhung des sozialen Prestiges. Daneben erhöhen die Kompatibilität einer Innovation mit bereits bestehenden Lösungen und die Möglichkeit des Ausprobierens und Beobachtens die Wahrscheinlichkeit der Übernahme einer Innovation, während eine hohe Komplexität einer Neuerung gegenteilige Effekte zeigt (Karnowski 2011, S. 23 f.).

Die Diffusionstheorie hat Anknüpfungspunkte in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, Rogers verortet sie aber primär in der Kommunikationswissenschaft (Karnowski 2011, S. 39). Interpersonale und massenmediale Kommunikation spielen in allen Phasen des Diffusionsprozesses eine zentrale Rolle. Zu Beginn eines Innovationsprozesses erweisen sich Massenmedien als wirkungsvollerer Mechanismus zur Verbreitung einer Neuerung als interpersonale Kommunikation. Für die Verbreitung der Innovation Mobiltelefon eignet sich in der Anfangsphase ein Werbespot in Massenmedien wie Zeitungen oder Fernsehen am besten. Im weiteren Verlauf gewinnt die interpersonale Kommunikation an Bedeutung. Hier sind vor allem, wenn eine kritische Masse an Nutzern erreicht ist, Meinungsführer entscheidend, die weitere potenzielle Nutzer in persönlichen Gesprächen überzeugen (Karnowski 2011, S. 29 ff.).

Die Diffusionstheorie ist ein modernisierungstheoretischer und technikedeterministischer Ansatz. Folgt man den Annahmen der Diffusionstheorie, ist das Phänomen der digitalen Spaltung ein zeitlich begrenztes. Da die Innovation des Internets offenkundige Vorteile gegenüber bestehenden Ansätzen besitzt, übernehmen auf Dauer alle Bevölkerungsgruppen die entsprechende Innovation. Aus der Sicht der Diffusionstheorie wäre ein anderes Verhalten irrational.

„Die Theorie der Diffusion von Innovationen ist verführerisch, weil sie einen klaren Prozess behauptet, der sich in bestimmten Grenzen auch steuern lässt“ (Krotz 2007, S. 281).

Die Diffusionstheorie weist verschiedene Schwachpunkte auf (Karnowski 2013, S. 69 ff.). Ungenügend thematisiert die Diffusionsforschung das Problem, dass es während des Prozesses der Diffusion zu einer Spaltung zwischen den Nutzern einer Innovation und den Nichtnutzern kommt. Die gesellschaftlichen Folgen einer Nichtübernahme, oder auch die unter Umständen relativ lange Zeitspanne, die es dauert, bis sich eine Neuerung verbreitet,

werden nicht thematisiert. Daran anschließend entzündet sich auch ein weiterer Kritikpunkt. Die Nichtübernahme einer Innovation wird aus Sicht der Diffusionstheorie als irrational und als Defizit betrachtet (Marr und Zillien 2010, S. 267). Die deutschen Offliner, die im Rahmen der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013 angegeben haben im Internet keinen Mehrwert gegenüber bestehenden Medienangeboten zu sehen, handeln aus Sicht der Diffusionstheorie irrational (van Eimeren und Frees 2013, S. 359). Eine andere Erklärung, etwa die einer alternativen Mediennutzungsstrategie, ist für die Diffusionstheorie außerhalb der möglichen Erklärungsansätze. Kommt es bei der Übernahme einer Innovation zu Problemen, werden die Schwierigkeiten beim Individuum gesucht, während gesamtgesellschaftliche Probleme, die der Verbreitung von Neuerungen entgegenstehen, ausgeblendet werden (Karnowski 2013, S. 70).

Schließlich thematisiert die Diffusionstheorie nicht die konkrete Nutzung einer Innovation und unterscheidet rein binär zwischen Übernahme und Ablehnung einer Neuerung. Sie ignoriert die komplexen Aneignungs- und Nutzungsprozesse, die sich nicht allein an technologischen Vor- oder Nachteilen festmachen lassen (Krotz 2007, S. 286). Die teilweise Übernahme einer Innovation oder auch die Modifikation einer Neuerung durch ihre Nutzer werden von der Diffusionsforschung nicht thematisiert. Der Übernehmer einer Diffusion verharrt in einer passiven Rolle, in der er nur zwischen der Übernahme einer Neuerung oder einer negativ zu bewertenden Ablehnung wählen kann (Karnowski 2013, S. 69). Ob Jugendliche soziale Netzwerke nutzen, um persönliche Freundschaften pflegen, oder ob sie diese verwenden, um politische Informationen abzurufen und über Politik zu diskutieren, spielt keine Rolle. Die Wirkung der Diffusion von neuen Medien auf die Qualität von Diskursen unterschlägt die Diffusionstheorie bislang ebenso wie die Wissensklufthypothese.

Die theoretischen Annahmen der Diffusionstheorie sind für das Verwirklichungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte zusammenfassend als positiv einzuschätzen. Folgt man ihren Annahmen, ist die digitale Spaltung primär ein zeitlich begrenztes Phänomen. Wie das vorliegende Kapitel gezeigt hat, weist die Theorie jedoch verschiedene Schwachpunkte auf, so dass ihre Aussagekraft als begrenzt einzustufen ist. Zwar steigt die Zahl der Onlinenutzer in Deutschland immer noch an, allerdings scheint inzwischen eine gewisse Sättigung erreicht. So waren im Jahr 2013 bei den über 60-Jährigen nur knapp 43 % online, auch wenn diese Gruppe die mit Abstand höchsten Steigerungsraten aufweist. Aufschlussreich sind aber die Gründe, die für eine Nichtnutzung des Internets angeführt werden. Neben dem Kostenaspekt und mangelnden technischen Kompetenzen ist unter einem Teil der Offliner die Verweigerungshaltung ein bewusster Akt, da man im Internet keinen Mehrwert gegenüber bestehenden Medienangeboten erkennen kann (van Eimeren und Frees 2013, S. 359).

9.2.4 Die Wissensklufthypothese

Die Diffusionstheorie postuliert, dass Innovationen offenkundige Vorteile gegenüber bestehenden Lösungsansätzen haben. Im Falle von Medieninnovationen könnte dies bedeuten, dass das Medium Internet aufgrund der im Vergleich zu bestehenden massenmedialen Angeboten vielfältigeren Optionen zu einem Zuwachs an Wissen in der Bevölkerung führt. Die optimistische Vermutung eines Wissenszuwachses der Bevölkerung durch damals neue Medien und in der Folge ein verbessertes politisches Meinungs- und Willensbildungsverfahren der Bürger wurde in den 70er Jahren in Zweifel gezogen. Statt einer Angleichung des Wissensstands der Gesamtbevölkerung durch Massenmedien wie Fernsehen, Radio und Zeitungen gingen Tichenor, Donohue und Olien von dysfunktionalen Effekten eines erweiterten Medienangebots auf bestimmte Bevölkerungsgruppen aus (Tichenor et al. 1970; Bonfadelli 1994; Zillien 2009, S. 70 f.).

„As the infusion of mass media information into a social system increases, segments of the population with higher socioeconomic status tend to acquire this information at a faster rate than the lower status segments, so that the gap in knowledge between these segments tends to increase rather than decrease“ (Tichenor et al. 1970, S. 159 f.).

Die Wissensklufthypothese basiert auf der normativen Prämisse, dass eine vergleichsweise homogene Wissensverteilung innerhalb der Bevölkerung für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie von Vorteil ist. Die Kampagnenforschung – als Ausgangspunkt der Theorie der „Increasing Knowledge-Gap“ – stellte diese optimistische Hoffnung in Frage. Bei der Untersuchung von Gesundheitskampagnen, Kampagnen zur Veränderung von landwirtschaftlichen Anbaumethoden und Kampagnen zu Volksabstimmungen zeigte sich, dass massenmediale Informationskampagnen die Kluft zwischen den bereits gut informierten Bevölkerungsteilen und den weniger gut informierten nicht schließen, sondern vergrößern (Jäckel 2011, S. 334 ff.). Wieso eignen sich Bevölkerungsgruppen mit höherem sozio-ökonomischem Status und höherer Bildung Informationen, die über Massenmedien verbreitet werden, schneller und gründlicher an? Tichenor, Donohue und Olien nennen dafür fünf Faktoren (Tichenor et al. 1970, S. 162):

- 1) „Communication Skills“: Menschen mit höherer Bildung verfügen über bessere Lese- und Verständnisfähigkeiten und können mehr Wissen aus Informationen extrahieren.
- 2) „Amount of stored information“: Aufgrund ihres Vorwissens können Akteure mit höherer Bildung neue Themen besser einordnen und neue Informationen adäquater verarbeiten.
- 3) „Relevant social contact“: Personen mit höherer Bildung verfügen im Regelfall über mehr soziale Kontakte, mit denen sie sich über komplexe Themen austauschen können.

- 4) „Selective exposure, acceptance and retention of information“: Menschen mit höherer Bildung suchen aktiv und gezielt nach Informationen.
- 5) „Nature of the mass media system“: Besser ausgebildete Personen nutzen zur Informationsaufnahme tendenziell Medien wie Printmedien, die eine höhere Informationsdichte aufweisen.

Mediennutzung, so zusammenfassend die Ergebnisse, die Tichenor, Donohue und Olien in mehrere empirischen Studien untermauerten, zeigt einen sogenannten „Matthäus-Effekt“ (Merton 1985, S. 147 f.). Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer Vorbildung über viel Wissen verfügen und Techniken des Wissenserwerbs gezielt nutzen, profitieren überdurchschnittlich stark von neuen Informationen (Tichenor et al. 1970, S. 167 f.).

Medien tragen aus dieser Warte nicht zu einer Nivellierung von sozialen Unterschieden in der Informiertheit der Bevölkerung bei. Sie verstärken bestehende Unterschiede. Ob die Diffusion neuer Medien zu einem höheren Grad an politischer Informiertheit in der Gesamtbevölkerung führt, lässt sich dann nur beantworten, wenn weitere Faktoren wie Bildung und der sozioökonomische Status der Bevölkerung mitberücksichtigt werden. Je privilegierter ein Akteur, desto höher ist auch der Gewinn, den er aus der Nutzung von Medieninnovationen zieht, so zusammenfassend die zentrale Erkenntnis der Wissensklufthypothese. Die Wissensklufthypothese betrachtet indes nicht absolute, sondern relative Wissensunterschiede. Die relativen Wissensunterschiede, das heißt Wissensunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, können sich durch die Nutzung einer Medieninnovation verschärfen. Absolut dagegen kann ein Wissenszuwachs durch neue Medien erfolgen.

Kritik wurde an der Wissensklufthypothese vor allem aufgrund unpräziser Formulierungen und Definitionen sowie ihrer methodischen Vorgehensweise geübt (Zillien 2009, S. 73 f.). Zur Präzisierung der Annahmen wurde die Wissensklufthypothese nach Art der Themen, Bedeutung des Wissens für verschiedene Bevölkerungsschichten und Art der Medien differenziert (vgl. für das Folgende Zillien 2009, S. 74 ff.). Wie stark Wissensklüfte ausgeprägt sind, unterscheidet sich in Abhängigkeit vom Thema. Während sich nur relativ geringe Wissensunterschiede bei Themen aus dem Umfeld der Betroffenen zeigen, dazu gehören beispielsweise auch lokale politische Themen mit Konfliktpotenzial, sind bei abstrakteren Themenbereichen wie Außenpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft die Klüfte deutlich größer. Weiterhin ist der Wissensbegriff unpräzise gefasst. Je nach Form des Wissens sind Wissensklüfte unterschiedlich stark ausgeprägt. Unterscheidet man zwischen Faktenwissen, das heißt Wissen, welches danach fragt was, wann, wo, wem passiert ist, und Strukturwissen, das verlangt entsprechende Tatsachen intellektuell einzuordnen, zeigen sich deutliche Wissensklüfte beim Strukturwissen. Die Wissensklufthypothese gewichtet

außerdem Wissen in verschiedenen Themenbereichen unterschiedlich stark. Wissensklüfte werden an politisch relevantem Wissen festgemacht, eine Kluft in diesem Bereich wird als Benachteiligung identifiziert.⁹³ Schließlich wird von einem „Deckeneffekt“ ausgegangen, das heißt, mit der Zeit kommt es je nach Thema zu einer Grenze der Wissensvermehrung, womit auf Dauer Wissensunterschiede eingeebnet werden könnten.

Die Differenzhypothese hingegen geht davon aus, dass bestimmtes Wissen je nach Bevölkerungsschicht unterschiedlich bedeutsam ist. Für Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status, so die These der Differenzhypothese, ist Wissen über politische Inhalte weniger relevant für ihren Lebensalltag.⁹⁴ Ungeachtet dessen wird ein Fehlen in dem Bereich jedoch als Defizit in der Wissensklufthypothese angesehen, obwohl Menschen mit niedrigerem sozioökonomischem Status in anderen für sie relevanten Bereichen gegenüber höher Gebildeten unter Umständen einen Wissensvorsprung haben (Jäckel 2011, S. 337 ff.). Schließlich existieren Wissensklüfte in Abhängigkeit vom präferierten Medium. Printmedien sind voraussetzungsvoller bei der Aufnahme von Informationen als audiovisuelle Medien. Sie sind auf der anderen Seite aber tendenziell informationsreicher als audiovisuelle Medien. Printmedien wenden sich eher an soziale Gruppen, die besser ausgebildet sind. Audiovisuellen Medien wie dem Fernsehen wird eine „Spotlight“-Funktion zugeschrieben, die keine in die Tiefe gehende Informationsvermittlung ermöglicht. Gleichzeitig wird das Fernsehen als „knowledge levler“ von allen sozialen Schichten gleichermaßen konsumiert, sodass trotz seines vergleichsweise geringen Informationsreichtums eine Abschwächung der Wissenskluft durch das Fernsehen zu vermuten ist (Jäckel 2011, S. 335).

Die Wissensklufthypothese geht deutlich weiter als die Diffusionstheorie, die auf den Kontext des Internets bezogen eine bloße Unterscheidung zwischen Onlinern und Offlinern trifft. Wissen, das über neue Medien transportiert wird, verbreitet sich nicht homogen über alle Bevölkerungsschichten. Vor dem Hintergrund der digitalen Spaltung haben ihre Erkenntnisse zu einem „Comeback der Wissensklufthypothese“ geführt, da bereits privilegierte Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich stark von der Nutzung neuer Medien profitieren (Zillien 2009, S. 70). Für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte im Internet sind die Annahmen der Wissensklufthypothese eher negativ zu bewerten. Realweltlich vorhandene Wissensunterschiede können sich durch die Nutzung von Medien unter Umständen weiter verstärken.

⁹³ Analog dazu werden auch implizit Unterschiede bei der Nutzung verschiedener Medien oder Innovationen unterschiedlich stark gewichtet. So wird die zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Nutzung von Printmedien oder dem Internet negativ angesehen, während beispielsweise dies bei Mobiltelefonen oder der Nutzung von bestimmten Internetanwendungen wie Chat-Programmen nicht als Defizit betrachtet wird (Krotz 2007, S. 282).

⁹⁴ Damit wird indes auf ein elitentheoretisches Demokratiekonzept rekurriert, das es als ausreichend ansieht, wenn eine kleine Elite den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess steuert.

9.2.5 Formen der digitalen Spaltung

Wie kann vor dem Hintergrund der Diffusionstheorie und der Wissensklufthypothese das Internet eingeordnet werden? Folgt man der Diffusionstheorie, sind die Vorteile des Internets gegenüber bisherigen Medien offensichtlich. Die neue Technologie müsste deswegen der üblichen S-Kurve der Diffusion neuer Technologien folgen. Da das Internet vergleichsweise kostengünstig genutzt werden kann, zumindest in westlichen Industrieländern fast flächendeckend Breitbandzugänge vorhanden sind und sich die Angebotsvielfalt und Qualität der Informationen auf einem ähnlichen Niveau bewegt wie in klassischen Massenmedien, müsste im Zeitverlauf, so die Verfechter dieser These, eine nahezu hundertprozentige Verbreitung des Internets gegeben sein (Compaine 2001). Empirisch belegbar ist, dass die Diffusion des Internets vergleichsweise schnell stattgefunden hat. Waren im Jahr 1997 erst 6,5 % der Erwachsenen in Deutschland online, hatten 2013 über 77 % der Deutschen einen Internetzugang. Inzwischen scheint jedoch eine Sättigungsphase erreicht, da sich die Wachstumskurve seit einigen Jahren deutlich abgeflacht hat (van Eimeren und Frees 2013, S. 358 f.).

Mit der Verbreitung des Internets kam es zu einer „Renaissance der kommunikationswissenschaftlichen Ungleichheitsforschung“ (Marr und Zillien 2010, S. 258). Norris hat an die Arbeiten der Diffusionstheorie und Wissensklufthypothese anknüpfend die Mobilisierungs- und Reinforcement-These entwickelt (Norris 2001). Die Mobilisierungstheorie vermutet, dass die bislang unterdurchschnittlich partizipierenden Bevölkerungsteile durch die vereinfachte Informationssuche, die zielgruppenspezifische, innovative und unkonventionelle Aufbereitung der Information, besser politisch informiert werden. Damit kommt es zu einer Angleichung des Wissensstands der verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch das Internet. Für das Gelingen deliberativer Prozesse wären diese Annahmen von Vorteil. Im Zeitverlauf würden sich durch das Internet realweltlich bestehende Wissensklüfte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen nivellieren. Hoffnungen auf eine erweiterte Inklusion und einen höheren politischen Informationsstand aller Bürger durch das Internet würden dadurch bestätigt.

Demgegenüber geht die Reinforcement-These von einer Vertiefung der Unterschiede zwischen bildungsaffinen und politisch interessierten Bürgern sowie bildungsfremden Schichten aus. Da das Internet im Vergleich zum Fernsehen ein voraussetzungsvolleres Medium ist, aufgrund seiner Textbasiertheit und als Pull-Medium einen aktiven Nutzer benötigt, sind die Anforderungen an die Informationsaufnahme im Internet tendenziell noch höher als die in Printmedien. Aus der Perspektive der Wissensklufthypothese müssten sich die relativen Wissensunterschiede zwischen bessergestellten und schlechtergestellten Gruppen verstärken. Die realweltlichen Umsetzungsprobleme deliberativer Verfahren

aufgrund unterschiedlich verteilter Merkmale wie Bildung potenzieren sich dieser These zufolge im Internet.

Beide Theorien argumentieren einseitig. Sie betonen einzig wie die Diffusionstheorie den Zugangsaspekt oder wie die Wissenskluftforschung den Nutzungsaspekt. Aus der Zugangsperspektive lässt sich das Problem der digitalen Spaltung durch die technische Bereitstellung von kostengünstigen Internetzugängen für alle Bevölkerungsgruppen lösen. Das Grundversorgungsprinzip in Deutschland im Bereich Rundfunkmedien könnte beispielsweise um die garantierte Bereitstellung eines Breitbandinternetzugangs für alle Bürger erweitert werden (Grassmuck et al. 2013). Steht der Nutzungsaspekt im Vordergrund, ist die Diffusion des Internets erst der Startpunkt. Statt sich auf die Frage nach der Verbreitung der Internettechnologie zu konzentrieren, lenkt die Nutzungsforschung den Blick auf die konkrete Verwendung der Technologie. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass sich realweltliche Statusunterschiede online fortsetzen. Staatliche Maßnahmen müssten darauf ausgerichtet sein realweltlich bestehende Ungleichheiten zu beseitigen, damit sich diese durch das Internet nicht verschärfen (Zillien 2009, S. 85). Noch einen Schritt weiter gehen Modelle, die den Wirkungsaspekt der Internetnutzung thematisieren. Sie stellen grundsätzlich die Frage, ob eine digitale Spaltung überhaupt zu Nachteilen bei Offlinern führt, die sich in Informationsdefiziten oder geringerer politischer Partizipation zeigen. Modelle, die den Wirkungsaspekt der Internetnutzung thematisieren, beschäftigen sich mit komplexen Wirkungen der Internetnutzung (Mason und Hacker 2003, S. 41; DiMaggio et al. 2003, S. 39 ff.).

„From the stand point of public policy, the digital divide is only a problem insofar as going online shapes Internet users' life chances and capacity for civic engagement. What do we know about the effects of Internet access and use on such things as educational achievement and attainment, labor force participation, earnings or voting? To what extent, if at all, do returns vary for different types of users? If there are no effects or if the benefits for use are restricted to the already advantaged, then the case for government intervention to reduce inequality in access to digital technologies is correspondingly weaker“ (DiMaggio et al. 2003, S. 2).

DiMaggio et al. schlagen ein multidimensionales Konzept mit fünf Formen digitaler Spaltung vor, das versucht die Komplexität des Phänomens einzufangen. Ungleichheiten können sich erstens bei der technischen Ausstattung der Internetnutzer in Bezug auf Hardware, Software und Bandbreite des Zugangs ergeben. So kann eine ungenügende technische Ausstattung zu einer geringeren Nutzungsintensität führen oder dem Nutzer den Zugang zu bestimmten Internetanwendungen wie Videoportalen verwehren. Zweitens existieren Ungleichheiten in der Autonomie der Nutzung. Die Nutzungsweise und der Freiheitsgrad der Internetnutzung

sind abhängig vom Ort, an dem das Internet verwendet wird. An öffentlichen Zugangsstellen und am Arbeitsplatz kann die Zugangsautonomie durch Filtersoftware, Zeitlimitierungen oder andere formelle und informelle Restriktionen eingeschränkt sein, während sie tendenziell zu Hause deutlich höher ist. Je größer die Autonomie der Nutzung, desto größer dürfte der Informationsgewinn der Nutzer sein.

Die dritte Form der Spaltung rekurriert auf die unterschiedliche Kompetenz der Nutzer. Darunter subsumieren DiMaggio et al. unter dem Begriff „digital competence“ (DiMaggio et al. 2003, S. 33) technisches Wissen über Hardware und Software und kognitive Kompetenzen, um im Internet verfügbare Informationen zu finden, aufzunehmen und einzuordnen. Viertens spielt die technische und soziale Unterstützung eine Rolle, damit primär neue User motiviert bleiben das Internet in seiner Vielfalt zu nutzen. Schließlich ist fünftens die Nutzungsart des Internets ein zentraler Faktor digitaler Ungleichheit. DiMaggio et al. diskutieren hierbei, inwiefern Faktoren wie Einkommen, Bildung etc. die Internetnutzung beeinflussen. Mit Rückgriff auf verschiedene empirische Studien kommen sie zu dem Ergebnis, dass ein höherer sozioökonomischer Status in der Realwelt mit einer intensiveren Internetnutzung und einer erhöhten Nutzung von politischen Informationsangeboten im Internet korreliert (DiMaggio et al. 2003, S. 30 ff.). Jeder dieser Faktoren beeinflusst die Internetnutzung. Die Faktoren sind allerdings nicht nebeneinander zu betrachten, sondern in einer Rangfolge. Für DiMaggio et al. zentral sind sozioökonomische Faktoren sowie der Grad der Bildung. Sie beeinflussen alle vier übrigen Faktoren (DiMaggio et al. 2003, S. 38).

„Ultimately, in this model, increases in human capital (including educational attainment), social capital (including political agency) and earnings are direct functions of the efficacy, intensity, and purposes of use, and indirect consequences (through these mediating variables) of apparatus quality, autonomy, skill, and support“ (DiMaggio et al. 2003, S. 38).

DiMaggio et al. vereinen in ihrem Modell technische und soziale Aspekte und ermöglichen so einen elaborierteren theoretischen Zugang zur digitalen Ungleichheitsforschung als rein technisch zentrierte Ansätze oder auch die Wissenskluthypothese, die den technischen Aspekt vernachlässigt.

9.2.6 Die empirische Dimension der digitalen Spaltung auf der Zugangs-, Nutzungs- und Wirkungsebene

Die Frage nach dem Ausmaß und den Konsequenzen einer digitalen Spaltung sowie der Haltbarkeit der vorgestellten Theorien lässt sich letztlich nur empirisch überprüfen. Im

Folgenden werden primär anhand der empirischen Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie zur Onlinenutzung in Deutschland der Zugangs- und Nutzungsaspekt der digitalen Spaltung diskutiert (van Eimeren und Frees 2013). Die ARD/ZDF-Onlinestudie bietet sich als Grundlage für eine Überprüfung der These der digitalen Spaltung an. Seit dem Start der Studie im Jahr 1997 können aufgrund eines konstanten Standardteils langfristige Entwicklungen der Internetnutzung in Deutschland identifiziert werden. Ferner ermöglicht der variable Fragebogenteil aktuelle Veränderungsprozesse abzubilden. Damit analysiert die ARD/ZDF-Onlinestudie wie keine andere Untersuchung im deutschsprachigen Raum die Verbreitung und Nutzung des Internets von einem Nischenmedium hin zu einem Massenmedium mit ubiquitärer Verbreitung. Studien, die die daraus resultierenden Auswirkungen auf die politische Informiertheit und Partizipation analysieren, sind relativ selten. Nicht zuletzt dürfte dies darin begründet liegen, dass Medienwirkungen durch ein komplexes Geflecht von Gründen gesteuert werden, die schwieriger empirisch zu fassen sind als der Zugangs- und Nutzungsaspekt. Für den Wirkungsaspekt wird Bezug genommen auf die empirische Studie von Emmer und Vowe (2011a) sowie auf die Dissertation von Marr (2005).

Die ARD/ZDF-Onlinestudie 2013 wurde von Mitte März bis Ende April 2013 durchgeführt. Die Untersuchungseinheit bildet die deutschsprachige Bevölkerung, aus der eine Stichprobe von 1800 Personen befragt wurde, die repräsentativ für die Bundesbürger ab 14 Jahre sind (van Eimeren und Frees 2013, S. 358). Im Frühjahr 2013 waren danach 77,2 % der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahre online. Die Diffusion des Internets hat damit ein enormes Wachstum seit dem Jahr 1997 durchlaufen, in dem erst 6,5 % der Bevölkerung online waren (van Eimeren und Frees 2013, S. 360). Folgt man den Annahmen der Diffusionstheorie, dass sich im Zuge der Übernahme einer Innovation verschiedene Akteursgruppen identifizieren lassen, haben die „Early Majority“ und die „Late Majority“ die Innovation Internet übernommen. Einzig die „Laggards“, die laut der Diffusionstheorie 16 % der Bevölkerung stellen, verweigern sich bislang dem Internet.

Den Annahmen der Diffusionstheorie folgend müsste im Zeitverlauf die Gruppe der Nachzügler die neue Technologie aufgrund ihrer offensichtlichen Vorteile übernehmen, sodass sich bestehende Klüfte perspektivisch schließen. Trotz sinkender Kosten für einen Internetzugang, niedriger technischer Hürden und einer wachsenden Attraktivität des Angebots scheint die Diffusion des Internets inzwischen in eine Sättigungsphase eingetreten zu sein. Seit dem Jahr 2006 ist ein deutliches Abflachen der Wachstumskurve zu beobachten (van Eimeren und Frees 2013, S. 359). Als Gründe für die niedrigen Zuwachsraten macht die ARD/ZDF-Onlinestudie vor allem das Ausschöpfen des Potenzials der an einer Internetnutzung interessierten Bevölkerungskreise aus. Besonders die Gruppe

der über 60-Jährigen ist im Vergleich mit skandinavischen Staaten relativ schwach repräsentiert.

Vor dem Hintergrund dieser Aussage ist eine vollständige Onlinedurchdringung nicht zu erwarten. Darüber hinaus existieren hinsichtlich soziodemografischer Faktoren wie Bildungsgrad, Berufstätigkeit und Geschlecht deutliche Unterschiede. Berufstätige oder in Ausbildung befindliche Personen sind deutlich häufiger Internetnutzer als Rentner und Nichtberufstätige. Ebenso ist die Zahl der männlichen Internetnutzer mit 83,5 % immer noch höher als die Zahl der weiblichen Internetnutzer mit 71,1 %. Bei der Gruppen der 14- bis 39-jährigen Bevölkerung ist unabhängig vom Geschlecht und soziodemografischen Status eine vollständige Onlinedurchdringung gegeben. Mit der zunehmenden Onlinedurchdringung rückt der Aspekt der Nutzung verstärkt in den Fokus. Die bloße Verfügbarkeit eines Internetzugangs sagt wenig über die Intensität der Nutzung der verschiedenen Nutzergruppen aus.

„Wenn jede Internetnutzung positiv zu bewerten ist, weil man damit Erfahrungen auf der richtigen Seite der digitalen Kluft macht – sind dann Jugendliche, die stundenlang durch das Netz surfen, viel Zeit in Chats aller Art verbringen oder Onlinespiele spielen, besser für die Notwendigkeiten der kommenden Informationsgesellschaft gerüstet als andere, die statt dessen lieber lesen“ (Krotz 2007, S. 283)?

Stagnierte die Nutzungsdauer in den Jahren von 2003 bis 2012 bei ca. 130 Minuten am Tag, ist sie im Jahr 2013 auf 169 Minuten angestiegen. Während sich zwischen Männern und Frauen keine signifikanten Unterschiede zeigen, ist die Gruppe der 14- bis 29-Jährigen mit 237 Minuten täglich mehr als doppelt so lange online wie die Gruppe der über 50-Jährigen. Signifikante Umschichtungen im Medienbudget hat es trotz der steigenden Nutzungsdauer des Internets nicht gegeben. Mit 242 Minuten Nutzungsdauer ist das Fernsehen weiterhin das am meisten konsumierte Medium, der Hörfunk folgt mit 191 Minuten. Trotz des signifikanten Anstiegs der Internetnutzung ist dieser Zeitzuwachs somit auf den gesteigerten Medienkonsum der Bevölkerung zurückzuführen (van Eimeren und Frees 2013, S. 369).

Die Nutzung des Internets zeigt im Vergleich zu klassischen Massenmedien drei Besonderheiten. Zum einen ist die Nutzung des Internets, die einen aktiven User voraussetzt, im Unterschied zum Fernsehen oder Hörfunk als Hintergrundmedium nur schwer möglich. Zum Zweiten ersetzt die Nutzung des Internets teilweise Tätigkeiten, die früher offline erledigt werden mussten, wie beispielsweise Einkaufen, Telefonieren etc. Zum Dritten integriert das Internet klassische Massenmedien wie Radio, Fernsehen und Zeitungen. Die Zeit, die man früher mit dem Lesen der Printausgabe einer Zeitung verbracht hat, könnte sich beispielsweise ins Internet verlagert haben, indem dort entsprechende Onlineangebote rezipiert werden.

Die Durchdringung der Internetnutzung in allen Lebensbereichen wird verstärkt durch die zunehmende Verwendung von mobilen Geräten wie Smartphones und Tablet-PCs (van Eimeren 2013, S. 386). Vor allem die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen nutzt diesen Zugangsweg und bleibt dank mobiler Internetnutzung deutlich länger online. In der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen verwenden inzwischen nur noch 65 % einen stationären PC als Zugangsgerät (van Eimeren 2013, S. 388). Die Wahl des Zugangsgeräts ist dabei abhängig vom aktuellen Ort und von der Art der Anwendung, das heißt nicht ausschließlich auf *ein* Gerät beschränkt.

Bei den am häufigsten verwendeten Anwendungen zeigen sich im Zeitverlauf vergleichsweise geringe Änderungen. Seit Erhebung der ersten Studie im Jahr 1997 nehmen E-Mail und Nutzung von Suchmaschinen die Spitzenpositionen ein. Die zunehmende Bedeutung von sozialen Netzwerken spiegelt sich bei der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen wider. In dieser Altersgruppe nutzen 76 % soziale Netzwerke mindestens einmal wöchentlich, während es bei der Gruppe der über 50-Jährigen erst 16 % sind (van Eimeren 2013, S. 391 f.). Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) identifiziert in einer Studie aus dem Jahr 2013 allerdings ein nur noch geringes Wachstumspotenzial für soziale Netzwerke in Deutschland. Nur 8 % der Nichtnutzer geben an, dass sie in Zukunft an einer Nutzung von sozialen Netzwerken interessiert seien (Grimm und Hampe 2013, S. 45).

Zu den Inhalten, die unabhängig vom Alter am häufigsten abgerufen werden, gehören aktuelle Nachrichten und Serviceinformationen. Im Zeitverlauf hat die Rezeption von Nachrichten über das Internet seit dem Jahr 2004 deutlich an Bedeutung gewonnen (van Eimeren und Frees 2013, S. 364). Das Informieren über das Tagesgeschehen und das Verfolgen von Nachrichten ist der BITKOM-Studie zufolge für 38 % der User ein wichtiges Motiv für die Nutzung sozialer Netzwerke. Auch die Studie von Gehrau und Goertz, die sich mit der Frage beschäftigt, aus welchen Medienkanälen sich Face-to-Face-Gespräche über Medien speisen, unterstreicht die wachsende Bedeutung des Internets als Informationsquelle. Sie kommen zu dem Schluss, dass sich im Jahr 2007 bereits 13 % der Gespräche auf Informationen aus dem Internet stützen (Gehrau und Goertz 2010, S. 165). Bei der Nutzung sozialer Netzwerke dominieren indes primär persönliche Aspekte. 73 % der Nutzer verwenden soziale Netzwerke zur Vernetzung mit Freunden, weitere 47 % um mit Familienangehörigen in Kontakt zu bleiben (Grimm und Hampe 2013, S. 29).

Ungeachtet der steigenden Bedeutung sozialer Medien bleibt die aktive Nutzung sozialer Medien auf einem geringen Niveau. Zwar findet auf primär am persönlichen Austausch orientierten sozialen Netzwerken wie Facebook eine Diskussion unter Bekannten statt. Bei Angeboten wie Wikipedia, YouTube oder Twitter ist die Zahl der aktiven Nutzer indes

deutlich niedriger. So kommt die ARD/ZDF-Onlinestudie zu dem Schluss, dass zwar die Nutzerzahlen des Microblogging-Dienstes Twitter deutlich gestiegen ist, aber lediglich 6 % der aktiven Nutzer twittern zumindest einmal die Woche und nur 8 % aller Onliner zeigen sich überhaupt offen für eine aktive Beteiligung (van Eimeren und Frees 2013, S. 364). Auf die Frage nach dem Informationsverhalten von Onlinern und Offlinern kristallisieren sich drei zentrale Ergebnisse heraus: Erstens erhalten Onliner häufiger Informationen als Offliner. Zum Zweiten ist sowohl bei Onlinern als auch bei Offlinern das Fernsehen das Medium, über das beide Gruppen am häufigsten Informationen erhalten. Drittens werden die verschiedenen Medienkanäle bislang additiv und nicht substitutiv genutzt. Onliner verwenden das Fernsehen oder Tageszeitungen ähnlich häufig zur Informationsaufnahme wie Offliner (van Eimeren und Frees 2013, S. 362). Indes zeigt sich auch, dass sich jüngere Zielgruppen, die darüber hinaus über eine hohe Erfahrung im Bereich des Internets verfügen, vor allem von Tageszeitungen abwenden und auf die entsprechenden Nachrichtenseiten im Internet ausweichen (Kolo 2010, S. 289).

Der Zugangs- und Nutzungsaspekt konzentriert sich auf die Frage, welche Bevölkerungsgruppen Zugang zum Internet haben und welche Angebote sie im Internet nutzen. Dabei wurden auf der Zugangs- und auf der Nutzungsseite signifikante Unterschiede diagnostiziert. Ob das „Fundamentaltheorem der digitalen Spaltung“ zutrifft, das heißt, dass digitale Klüfte auf der Zugangs- und Nutzungsseite zu einer Schlechterstellung der Offliner führen, ist empirisch vergleichsweise aufwendig zu untersuchen. Die elaborierten Studien von Marr (Marr 2005) sowie von Emmer und Vowe (2011a) bieten hier für den deutschsprachigen Raum Anknüpfungspunkte.

Die Studie von Emmer und Vowe, die sich auf eine telefonische Befragung in sechs Wellen von zufällig ausgewählten 1500 Personen im Zeitraum 2002 bis 2009 stützt, kommt zu verhalten optimistischen Ergebnissen. Politische Kommunikation wird sowohl für traditionelle Massenmedien als auch für das Internet operationalisiert als „politische Informationskommunikation“ (Nutzung von Zeitungen, Nachrichten im TV oder Suchen von politischen Informationen im Internet), „interpersonale politische Kommunikation“ (Gespräche über Politik in der Realwelt oder Diskussionen über Politik in Foren, Chats) und „Partizipationskommunikation“ (Leserbriefe schreiben, Teilnahme an Demonstrationen oder Onlinepetitionen, Onlineleserbriefe).

Die Forscher kommen zu positiven Ergebnissen der Wirkung der Internetnutzung für die Informationskommunikation. Für 60 bis 80 % der Befragten ist das Internet für die Beschaffung politischer Informationen relevant. Auch bildet diese Gruppe keine „sozialstrukturell homogene Gruppe“ mehr (Emmer et al. 2011a, S. 118 ff.). Schwächer positiv fallen die Ergebnisse bei aktiven Partizipationsformen wie der interpersonalen

politischen Kommunikation aus. Werden Face-to-Face-Gespräche über Politik vor allem von der Altersgruppe der mittleren und älteren Generation mit höherem Einkommen und höherer Bildung geführt, nutzen politische Onlinegespräche primär jüngere Altersgruppen. Auch spielen spezifische soziodemografische Merkmale online eine geringere Rolle. Eine Mobilisierung politisch weniger interessierter Gruppen ist online nicht zu beobachten. Auch Onlinegespräche über Politik werden überwiegend von bereits politisch Interessierten geführt, die online indes deutlich jünger sind. Im Vergleich mit realweltlichen Gesprächen über Politik werden Gespräche über Politik online – zumindest im Untersuchungszeitraum 2002 bis 2009 – bislang nur von einer Minderheit genutzt. Face-to-face tauscht sich dagegen eine Mehrzahl aller Befragten zumindest gelegentlich über politische Themen aus (Emmer et al. 2011a, S. 143 ff.).

Das Internet und besonders das Social Web erscheinen für eine Ausweitung anspruchsvoller politischer Partizipationsformate potenziell ein geeignetes Medium zu sein. Das Internet senkt die Transaktionskosten politischer Partizipation wie Informations-, Koordinations- und Beteiligungskosten (Kersting 2008a, S. 15). Mit dem Aufkommen von Social-Web-Anwendungen in den letzten Jahren erweitert sich dieses Potenzial. Statt des bloßen Abrufens von Informationen besteht nun vermehrt die Option, unmittelbar an Onlineangeboten teilzuhaben, indem man Inhalte beisteuert, Kommentare verfasst oder sich mit Gleichgesinnten über soziale Netzwerke vernetzt, um bestimmte Ziele zu verfolgen (Niedermaier 2008, S. 61). Partizipation bedeutet im Social Web dann nicht mehr nur die Möglichkeit, Informationen zu rezipieren, sondern eröffnet die Option, als Plattform zu dienen, auf der sich die Nutzer selber einbringen können, beispielsweise in Form von Diskussionen. Betreiber von Onlineangeboten sind somit zunehmend eine technische Plattform, die die Nutzer selber mit Inhalten füllen.⁹⁵

Anspruchsvolle Partizipationskommunikation wird im Internet im Vergleich zu realweltlichen Angeboten zurückhaltend genutzt. Trotz des niedrigen Ressourcenaufwands werden Partizipationsformen wie Onlineunterschriftensammlungen oder Onlineeingaben an Behörden seltener genutzt als ihre Offlinependants. Momentan spricht auch anscheinend wenig für eine signifikante Steigerung. So ging die Zahl der Onlineeingaben an Behörden nach einem Hoch im Jahr 2004 zwischen den Jahren 2007 und 2009 zurück. Auch hier nutzen jüngere Altersgruppen Angebote der Partizipationskommunikation deutlich häufiger als ältere. Aufgrund des Untersuchungszeitraums der Studie bleibt indes unklar, inwiefern die Verbreitung von sozialen Netzwerken nach Ende des Untersuchungszeitraums 2009 eine Veränderung bewirkt hat (Emmer et al. 2011a, S. 161 ff.). Die Studie von Marr, die die Wirkung der Internetnutzung auf den Grad politischer Informiertheit unter Onlinern und

⁹⁵ Wikipedia ist hierfür das bekannteste Beispiel.

Offlinern in der Schweiz untersucht, bestätigt zentrale Ergebnisse der Untersuchung von Emmer und Vowe. „Onliner sind deutlich besser über das politische Geschehen informiert als die Offliner“ (Marr 2005, S. 224). Der höhere Grad an Informiertheit von Onlinern liegt aber an realweltlich erworbenen Kompetenzen bei der Informationsaufnahme und -verarbeitung (Marr 2005, S. 225). Einen eigenständigen Einfluss auf den Grad politischer Informiertheit von Internetnutzern kann die Studie nicht belegen (Marr 2005, S. 216 ff.). Marr bestätigt im Wesentlichen die Aussagen der Wissensklufthypothese. Diejenigen Bevölkerungsgruppen, die realweltlich privilegiert sind, profitieren von der Nutzung des Internets am deutlichsten. Eine Lösung des Problems der digitalen Spaltung durch eine bloße Lösung der Zugangsproblematik greift somit zu kurz.

9.2.7 Zwischenfazit

Betrachtet man die Ergebnisse der empirischen Analysen dahingehend, 1) wie verbreitet welche Art von Internetzugang ist, 2) welche Inhalte von wem genutzt werden sowie 3) hinsichtlich der Wirkung des Internets auf den Grad politischer Informiertheit der Nutzer, zeigt sich die digitale Spaltung in unterschiedlichen Ausprägungen. Somit erfasst eine rein binäre Differenzierung zwischen Onlinern und Offlinern das multidimensionale Phänomen der digitalen Spaltung nicht ausreichend, wie die diskutierten empirischen Ergebnisse auf der Nutzungs- und Wirkungsseite zeigen. Ähnlich wie beim Zugangsaspekt offenbaren sich zunächst auf der Nutzungsseite deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Zwar steigt in allen Altersgruppen die tägliche Nutzungsdauer des Internets an, trotzdem verweilen jüngere Nutzer deutlich länger im Internet als ältere. Auch bei der Ausschöpfung des Anwendungspotenzials des Internets sind ältere Personen zurückhaltender. Während bei ihnen klassische Internetanwendungen wie E-Mail und Suchmaschinen dominieren, kann in den letzten Jahren bei der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen eine starke Zuwendung zu sozialen Netzwerken beobachtet werden. Das Interesse an Themen, die über das Internet veröffentlicht werden, ist übergreifend gestiegen, die Nutzung von Onlinenachrichten hat entsprechend an Bedeutung gewonnen. Das Internet spielt heute eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von politischen Informationen.

Onliner informieren sich weiterhin über klassische Medienkanäle. Das Internet wird additiv genutzt, nicht substitutiv, was die These tendenziell stützt, dass Onliner breiter informiert sind als Offliner. Nachrichtenangebote im Internet werden darüber hinaus von jüngeren Zielgruppen intensiver genutzt, die nicht zu den in der Realwelt politisch Interessierten gehören. Grundsätzlich bietet das Internet das Potenzial, das politische Interesse jüngerer Zielgruppen zu fördern. Von besonderer Relevanz für die vorliegende Fragestellung werden die diskutierten Befunde, wenn empirische Evidenz dafür gefunden würde, dass

Internetnutzer gegenüber der Vergleichsgruppe der Offliner privilegiert sind, weil sie politisch besser informiert sind oder stärker politisch partizipieren (Zillien 2009, S. 86 f.). Empirische Studien, die sich mit der Wirkung der Nutzung des Internets auseinandersetzen, sind indes relativ selten. Die beiden betrachteten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die Wirkung der Internetnutzung für die Informationskommunikation positiv ist. Onliner sind über das politische Geschehen besser informiert als Offliner.

Für deliberative Demokratiekonzepte spielt neben dem Grad politischer Informiertheit die aktive Mitwirkung der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung eine zentrale Rolle. Deliberative Demokratiekonzepte brauchen nicht nur passiv Medien konsumierende Bürger, bei denen ein Sender zu einem dispersen Publikum spricht, sondern Akteure, die miteinander kommunizieren und aufeinander argumentativ Bezug nehmen (Bohman 2004; Peters 2007d, S. 119 ff.; Bächtiger et al. 2010, S. 199). In medienvermittelter Kommunikation setzt dies die Interaktivität eines Mediums, das heißt die Existenz eines Rückkanals, voraus (Neuberger 2007). Mittels eines Rückkanals können die Bürger auf Äußerungen reagieren und so potenziell von der Rolle des Zuschauers in die des Sprechers wechseln. Der aus der Soziolinguistik stammende Begriff des „turn taking“, des Rollentauschens und der Sicherung des Rederechts für andere Nutzer ist damit eng verbunden (Sacks et al. 1974).

Eine positive Wirkung der Internetnutzung auf anspruchsvollere aktive Partizipationsformen wie Onlinepetitionen, das Verfassen von Diskussionsbeiträgen oder auch das Publizieren von Beiträgen in Blogs können die Studien nicht nachweisen. Auffällig ist, dass im Untersuchungszeitraum der Studien interpersonale politische Kommunikation, das heißt Gespräche über Politik online, sowie anspruchsvollere elektronische Partizipationsformate trotz niedriger Zugangshürden weiterhin selten genutzt werden. Während somit die Rezeption von Informationen durch die Internetnutzung positiv beeinflusst wird, scheinen aktive Partizipationsformate ähnlichen Einflussfaktoren wie traditionelle Formen der Partizipation unterworfen zu sein. Individuelles Vorwissen, Faktoren wie Medienkompetenz und sozioökonomische Faktoren sind dafür entscheidend, wie schnell und intensiv der einzelne Nutzer virtuell politische Prozesse nutzt. Menschen mit einem höheren Bildungsstatus und höherem Einkommen nutzen in der Realwelt politische Partizipationsangebote stärker. Ergänzt man diese Merkmale um den Faktor des niedrigeren Alters, ist von einer verstärkten Nutzung von anspruchsvollen elektronischen Partizipationsangeboten auszugehen. Für diese Vermutung spricht auch die Verwendung von elektronischen Beteiligungsformaten wie LiquidFeedback.

Der Diffusionstheorie und der Wissensklufthypothese ist gemeinsam, dass sie von einem mobilisierenden Effekt der Nutzung neuer Medien auf das Ausmaß an politischer Informiertheit ausgehen. Sie unterscheiden sich grundlegend darin, welche

Bevölkerungsgruppen von dem Internet profitieren. Den Annahmen der Wissensklufthypothese folgend, können sich trotz der Verbreitung des Internets die relativen Wissensunterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen erhöhen, da bessergestellte Personen stärker von der Nutzung des Internets profitieren als schlechtergestellte. Die Vermutungen der Wissensklufthypothese scheinen sich durch die empirischen Studien auf der Wirkungsebene zu bestätigen, auch wenn sich absolut gesehen der Grad an politischer Informiertheit und Partizipation erhöht. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie viel Gleichheit für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte erforderlich ist. Während beim Zugang die Klüfte vergleichsweise kleiner werden und unter Umständen durch gezielte staatliche Steuerung weiter geschlossen werden könnten, dürfte dies beim Nutzungsaspekt schwieriger sein, da dieser stark von realweltlich erworbenen Faktoren abhängt.

Für das Verwirklichungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte im Internet sind die Ergebnisse zusammenfassend ambivalent. Ein signifikanter Bevölkerungsanteil hat weiterhin keinen Zugang zum Internet oder nutzt es nur sporadisch. Bei Personen über 60 Jahren liegt die Onlinedurchdringung bei nur ca. 50 %, während bei der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen die Zahl der Onlinenutzer fast 100 % beträgt. Die zurückgegangenen Zuwachsraten bei der Konversion von Offlinern zu Onlinern lassen vermuten, dass sich diese Lücke nicht vollständig schließen wird. Die deutlichen Steigerungsraten bei Älteren sprechen für eine Verkleinerung der Zugangskluft. Deliberative Verfahren, die ausschließlich über das Internet durchgeführt werden, können nicht davon ausgehen einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung abzubilden. Die Nutzung und Wirkung des Internets baut auf realweltlich erworbenen Praktiken auf. Sozioökonomisch Bessergestellte profitieren damit überdurchschnittlich stark von der Nutzung der Möglichkeiten des Internets im Vergleich zu statusniedrigeren Personen, weswegen von einer Verfestigung bestehender Ungleichheiten auszugehen ist. Ähnliche Probleme, wie sie sich bei der Umsetzung von deliberativen Demokratiekonzepten in der Realwelt aufgrund der Exklusion bestimmter Bevölkerungsschichten zeigen, sind somit auch im Internet anzutreffen.

Auch wenn zwischen realweltlich erworbenen Kompetenzen und realweltlich existierenden Ungleichheiten und der Nutzung des Internets ein signifikanter Zusammenhang besteht, bleibt das langfristige Potenzial des Internets als Medium zur politischen Information und Partizipation festzuhalten. Das zeigt sich vor allem darin, dass Onliner in der Breite umfassender informiert sind als die Vergleichsgruppe der Offliner. Die verstärkte Nutzung des Internets und seiner Möglichkeiten in der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen lässt vermuten, dass Kohorteneffekte die positiven Wirkungen der Internetnutzung auf Dauer verstärken. Die zunehmende Nutzung sozialer Netzwerke kann darüber hinaus positive Effekte hinsichtlich

der Nutzung aktiver Partizipationsformate zeigen. In sozialen Netzwerken werden Funktionen wie Kommentare und eigene Beiträge zu schreiben oder auch Bilder oder Videos hochzuladen stärker genutzt als in anderen Angeboten (Neuberger 2011, S. 55). Soziale Netzwerke können als eine Art „Klammer“ für die Netzöffentlichkeit dienen, die die verschiedensten Kommunikationsmöglichkeiten des Internets an einem Ort vereint (Neuberger 2011, S. 82 f.). Die relativ hohen Wachstumsraten der Internetnutzung bei älteren Bürgern lassen die Hoffnung aufkommen, dass auch diese Generation diese Optionen stärker nutzen wird.

Das Problem des zurückgehenden politischen Interesses der Bürger an politischer Teilhabe kann mit erweiterten technischen Werkzeugen allein zwar nicht gelöst werden, aber durch die Senkung von Transaktionskosten kann politische Partizipation erleichtert und der Grad politischer Informiertheit erhöht werden.

„Eine apathische Bürgerschaft wird das Internet genauso kalt lassen wie alle anderen suboptimal genutzten Beteiligungschancen. Erst wenn die politische Konjunktur von Enttäuschung (oder Abwanderung) auf Engagement umschaltet und dieses sich nicht auf aggressive Bekundungen von Politikverdrossenheit oder Sanktionswahlen beschränkt, stehen interaktive, horizontale Netzwerkmedien bereit, sofern sie, zweitens, die Transaktionskosten im Vergleich zu konventionellen Medien senken“ (Leggewie 1998, S. 38).

9.3 Leistungen der Netzöffentlichkeit – professionelle und partizipative Angebote

Die Vervielfältigung und Leistungssteigerung von Optionen kann neben den im vorangegangenen Kapitel diskutierten ambivalenten Folgeproblemen für die Umsetzung deliberativer Demokratieprozesse positive Folgen zeigen. Der Zuwachs an Partizipationsmöglichkeiten führt zu einem Disintermediationsprozess beziehungsweise zu einem „Decline of Middlemen“ (Shapiro 1999, Kap. 6), bei dem der Einfluss klassischer Gatekeeper zurückgeht. Mit den erweiterten Partizipations- und Interaktionsmöglichkeiten des Internets hat sich damit die Chance einer Revitalisierung zivilgesellschaftlicher Gegenöffentlichkeit potenziert. Neben professionell-redaktionell erstellten Inhalten, wie in traditionellen Massenmedien, finden sich im Internet neue partizipative Formate. Dazu gehören Blogs und als Hybride professionell-partizipative Formate, die in unterschiedlich hohem Umfang journalistische Nutzerbeteiligung ermöglichen (Engesser und Wimmer 2009, S. 53 ff.).

Die Struktur dieser „integrierten Netzwerköffentlichkeit“ (Neuberger 2009a, S. 49), die

Leistungsfähigkeit von partizipativen Formaten und ihr Verhältnis zu professionellen Vermittlungsstrukturen werden im Weiteren diskutiert. Den Hintergrund bildet die aus deliberativer Werte zentrale Frage, welchen Einfluss die aus traditionellen Massenmedien bekannten Exklusionsmechanismen für periphere Akteure und Themen in der Netzöffentlichkeit besitzen. Eng mit den Fragen verbunden sind die Phänomene des „Long Tails“ und des User Generated Contents, die ebenfalls vorgestellt und analysiert werden. Partizipativ orientierte Formate sind in einer Medienlandschaft, in der traditionelle Massenmedien weiterhin eine zentrale Position einnehmen, auf Anschlusskommunikation angewiesen. Inwieweit neue Formate Aufmerksamkeit und Resonanz in klassischen Massenmedien finden und inwiefern sie Einfluss auf bestehende Angebote nehmen, wird ebenso untersucht.

Die skizzierten Strukturen der Netzöffentlichkeit beschreiben auf einem hohen Abstraktionsniveau die Struktur einer Netzöffentlichkeit, in der Angebotsvielfalt und eine Synthetisierung von Informationen gewährleistet sind. Damit diese Potenziale genutzt werden können, bedarf es Vermittlungsleistungen, die die Angebotsvielfalt kanalisieren und synthetisieren (Dahlgren 2005; van Dijk 2005; Neuberger und Quandt 2010). Selektions- und Filterleistungen übernehmen in einer traditionellen Öffentlichkeit professionelle Akteure, die in ihrer Selektion von Informationen aus deliberativer Werte Defizite zeigen. Die Struktur der Netzöffentlichkeit ist, um ihr Potenzial zu entfalten, darauf angewiesen, dass zwischen den verschiedenen Clustern eine Vernetzung stattfindet. Auch bedarf die Netzöffentlichkeit zur Reduktion der Angebotsvielfalt Vermittlungsinstanzen, die der Vielfalt gerecht werden und eine Synthetisierung vornehmen und gleichzeitig Exklusionsprozesse vermeiden. Leistungen und Defizite dieser Vermittlungsinstanzen werden im folgenden Kapitel aus deliberativer Werte diskutiert.

In der Literatur wird für die Netzöffentlichkeit grundlegend zwischen professionell-redaktionellen und partizipativen Formaten unterschieden (Neuberger 2009a, S. 60 ff.). Zur professionellen Vermittlung gehören Redaktionen mit professionell tätigen Journalisten, die als Vertreter etablierter traditioneller Medien die Internetableger entsprechender Angebote pflegen. Zur zweiten Gruppe zählen Individualformate wie Blogs und Kollektivformate wie Indymedia (Neuberger 2009a, S. 64). Neben diesen beiden grundlegenden Vermittlungsformaten haben sich im Internet weitere Formate etabliert. So existieren professionell-partizipative Nachrichtensites, die redaktionelle und partizipative Elemente verknüpfen (Engesser 2008b). Weiterhin haben sich technisierte Formate wie allgemeine Suchmaschinen oder Nachrichtensuchmaschinen wie Google News, die durch Algorithmen gesteuert werden,⁹⁶ sowie partizipative Navigationshilfen, die auf Weiterempfehlungen durch

⁹⁶ Technisierte Formate werden in der vorliegenden Arbeit nicht gesondert untersucht, sondern im

Nutzer basieren, etabliert.

Eine Beteiligung der Bürger an den oben genannten Formaten kann auf unterschiedlichen Ebenen geschehen. In traditionellen Massenmedien findet eine Einbindung der Bürger über die Zuschauerforschung statt beziehungsweise indem das Publikum bei bestimmten Formaten die Exitoption wählt. Eine indirekte institutionelle Einbindung erfolgt über die Gremien der Rundfunkaufsicht. Daneben existieren zwei weitere Formen der Einbindung von Bürgern, die für den nächsten Teil der Arbeit von besonderer Relevanz sind: eine eher indirekte Beteiligung, bei der Bürger verschiedene Hilfestellungen für professionelle journalistische Akteure leisten, und schließlich Formate, bei denen Bürger selber publizistische Angebote erstellen (Welker 2013, S. 2 f.).

9.3.1 Professionell-redaktionelle Formate

Professionell-redaktionelle Formate finden sich im Internet bislang fast ausschließlich als Ableger etablierter Medienangebote. Die Produktionsweise traditioneller journalistischer Angebote, bei denen professionelle Journalisten Themen recherchieren, selektieren und präsentieren, „die neu, faktisch und relevant sind“ (Meier 2013, S. 13), wird weitgehend bei professionellen journalistischen Internetangeboten übernommen (Neuberger und Quandt 2010, S. 64). Internetangebote mit einer eigenständigen professionellen Redaktion ohne Anbindung an ein Medienhaus sind in Deutschland selten.⁹⁷

Die Dominanz des professionellen Internetjournalismus erklärt sich primär aus ökonomischen Vorteilen. Da auf bereits bestehende redaktionelle Strukturen zurückgegriffen werden kann, sind die Kosten für einen Markteintritt deutlich niedriger als für neue Formate. Die im Internet gering ausgeprägte Bereitschaft, für Inhalte zu bezahlen, aufgrund der sich die meisten professionellen journalistischen Angebote im Internet nicht eigenständig finanzieren können und auf eine Quersubventionierung ihres Mutterhauses angewiesen sind (Neuberger et al. 2009, S. 180), stellt einen wichtigen Vorteil für professionell-redaktionelle Formate als Ableger traditioneller Angebote dar (Neuberger et al. 2009, S. 181; Nuernbergk 2013, S. 191). Darüber hinaus ist der „Transfer beruflich-journalistischer Marken von alten Medien ins Internet“ auch wegen einer höheren Glaubwürdigkeit und Bekanntheit erfolgreicher als die Etablierung neuer Angebote. Gerade im Internet mit seiner Vielzahl an journalismusähnlichen Angeboten, wie Public-Relations-Angeboten, die journalistische Merkmale imitieren, bilden Ableger traditioneller Massenmedien im Internet „Inseln der

Zusammenhang mit professionell-redaktionellen und partizipativen Formaten dargestellt.

⁹⁷ Die von 2000 bis Ende 2009 erschienene Netzzeitung war ein Beispiel für eine ausschließlich im Internet erschienene Zeitung mit einer Vollredaktion, der es nicht gelang ausreichende Erlöse zur Finanzierung einer Vollredaktion zu erwirtschaften (<http://www.sueddeutsche.de/digital/netzeitung-aus-fuer-ein-urgestein-1.152066>).

Glaubwürdigkeit“ (Neuberger 2013, S. 234 ff.).

Wenn professionelle journalistische Angebote im Internet im wesentlichen ähnlichen Strukturen folgen wie der klassische Journalismus, stellt sich aus deliberativer Perspektive die Frage, ob auf inhaltlicher Ebene sichtbare Unterschiede zwischen traditionellen journalistischen Angeboten und professionellem Internetjournalismus existieren. Die These eines „more of the same“ (Neuberger et al. 2010, S. 13), bei dem professionelle journalistische Internetangebote existierende Inhalte übernehmen, statt genuin neue Inhalte für das Internet zu schaffen, wird auf der einen Seite durch die oben skizzierten ökonomischen Zwänge untermauert.

Professionelle, partizipative und technische Angebote werden in dieser Sichtweise aber isoliert, als konkurrierende Formate betrachtet, die ähnliche Leistungen erbringen. Professionelle journalistische Angebote im Internet bewegen sich indes im Spannungsfeld von Profession, Partizipation und Technik (Neuberger 2009a, S. 60 ff.). Da im Internet Angebots- und Formatgrenzen gekittet werden können, ist eine isolierte Betrachtung nicht ausreichend, um das Potenzial professioneller journalistischer Angebote abzuschätzen. Professioneller Internetjournalismus muss deswegen im Zusammenspiel und in Ergänzung mit partizipativen und technischen Formaten betrachtet werden, um sein Leistungspotenzial adäquat zu verorten.

Nuernbergk nennt verschiedene mögliche Ergänzungsverhältnisse für die Beziehung von professionellen und partizipativen Formaten. Erstens können sich professionelle und partizipative Formate aufeinander beziehen und gegenseitig als Quelle für Informationen und Meinungen dienen. Zum Zweiten können partizipative Formate als Resonanzraum der etablierten Massenmedien fungieren, in dem die Kommunikation des Publikums sichtbar wird (Nuernbergk 2013, S. 185 f.). Professioneller Internetjournalismus kann als Quelle oder Rezipient partizipativer und technischer Formate agieren. So können Journalisten neue Formate wie Blogs, Foren etc. zur Recherche nutzen, um Themen und Informationen aufzugreifen. Auf der anderen Seite können partizipative Formate Themen aus dem professionellen Journalismus aufnehmen und unter neuen Gesichtspunkten diskutieren. In dem Fall fungieren sie als Resonanzraum der Massenmedien, in dem die Anschlusskommunikation des Publikums deutlich wird. Drittens können sich professionelle und partizipative Angebote gegenseitig beobachten, thematisieren und kritisieren. Das in Deutschland bekannteste Beispiel hierfür ist das BILDblog, das sich als sogenanntes „Watchblog“ mit der Berichterstattung der Bild-Zeitung kritisch auseinandersetzt (Mesch 2010). Ebenso stehen technische Nachrichtensuchmaschinen wie Google News in einem Ergänzungsverhältnis zu professionellen Angeboten. Journalisten nutzen diese zum einen als Recherche- und Beobachtungswerkzeug, zum anderen produzieren sie anhand dieser

Quellen Inhalte (Neuberger 2007, S. 32).

Potenziell werden die aus deliberativer Warte bestehenden Defizite traditioneller Massenmedien und ihrer Ableger im Internet durch die skizzierten Ergänzungsmöglichkeiten abgemildert. Es ist für den professionellen Internetjournalismus heute einfacher Informationen aus kleinen Öffentlichkeiten zu berücksichtigen und so das mögliche Spektrum an Meinungen zu vergrößern. Ebenso sind die Reaktionen, welche die Berichterstattung durch professionelle Journalisten auslöst, im Internet weitaus sichtbarer als in traditionellen Massenmedien, was die Qualität professioneller Angebote steigern kann. Hinzu kommt, dass durch die technischen Eigenschaften des Internets die Zugänglichkeit und Informationstiefe von professionellen journalistischen Angeboten erhöht wird. So können Nachrichten durch Audio- und Videodokumente angereichert und Verlinkungen zu Originalquellen oder anderen Webseiten gesetzt werden. Ebenso haben die räumlichen und zeitlichen Restriktionen klassischer Massenmedien im Internet keine Relevanz (Neuberger und Quandt 2010, S. 65).

Wenn auf inhaltlicher Ebene indessen weitgehend ein „Nachrichtenrecycling“ (Neuberger und Tonnemacher 2003) zu beobachten ist, stellt sich im zweiten Schritt die Frage, inwiefern partizipatorische und technische Elemente in professionelle Angebote integriert werden und welche Auswirkungen neue Beteiligungsmöglichkeiten auf professionelle Angebote haben. Um Potenzial auszunutzen, müssen professionelle journalistische Angebote die im Vorangegangenen skizzierten Möglichkeiten in der Berichterstattung aufgreifen und integrieren. Die empirischen Ergebnisse zur Einbindung partizipativer Elemente durch den professionellen Journalismus sind ambivalent. Neuberger, Nuernbergk und Rischke kommen in dem von 2006 bis 2008 durchgeführten DFG-Forschungsprojekt „Vermittlungsakteure, -strukturen und -leistungen der aktuellen Internetöffentlichkeit“ zu dem Ergebnis, dass die inhaltliche Nähe zwischen Internetangeboten und ihren Muttermedien aus der traditionellen Medienlandschaft hoch ist. Besonders deutlich fällt die Abhängigkeit im Bereich der Tageszeitungen auf. Die Hälfte der befragten Anbieter übernimmt 50 % und mehr der Artikel vom Muttermedium, weitere 25 % der Artikel speisen sich aus Agenturmeldungen. Nur 3 % der Inhalte werden exklusiv für das Internet erstellt. Eigenständiger agieren die Internetredaktionen der Publikumszeitschriften, was unter anderem durch den unterschiedlichen Produktionsrhythmus erklärbar ist (Neuberger et al. 2009, S. 178 f.).

Auch wenn auf der inhaltlichen Ebene somit ein Nachrichtenrecycling zu beobachten ist, spielt das Internet als Recherchewerkzeug für Journalisten eine wichtige Rolle. Das Internet hat dadurch sowohl den Internetjournalismus als auch den traditionellen Journalismus in seiner Arbeitsweise verändert. Allerdings sind Journalisten, die für Internetangebote arbeiten, deutlich aufgeschlossener gegenüber partizipativen Formaten wie Blogs. So nutzen fast ein Viertel der Internetredaktionen Blogs als „Inspirationsquelle“, die Suchmaschine

Google wird übergreifend von fast allen Befragten zur Recherche und zum Themenmonitoring eingesetzt. Auch für den traditionellen Journalismus ist sie inzwischen neben traditionellen Recherchewegen zu einem zentralen Werkzeug geworden (Neuberger et al. 2009, S. 183 ff.).

Ernüchternder fallen die empirischen Ergebnisse bei der Einbindung von Rezipienten in professionellen journalistischen Angeboten aus. Zwar ermöglichen zum Zeitpunkt der Erhebung 40 % der journalistischen Angebote im Internet ihren Leser Beiträge zu kommentieren oder auch eigene Fotos einzubinden. Direkt in den Produktionsprozess eingebunden, beispielsweise indem die Leser selber Beiträge verfassen können, Beiträge benoten können oder entscheiden können, ob Beiträge anderer Leser veröffentlicht werden sollen, ermöglicht nur ungefähr ein Fünftel aller Angebote (Neuberger et al. 2009, S. 182 f.).

Zusammenfassend folgen professionelle journalistische Angebote im Internet bislang weitgehend tradierten Mechanismen der Inhaltserstellung, wie sie in traditionellen Massenmedien zu finden sind. Erweitert und ergänzt werden professionelle journalistische Angebote allerdings graduell durch die Einbindung technischer und partizipativer Formate. Sie können als Werkzeug zur Themenrecherche für Journalisten und als Resonanzraum für professionelle journalistische Angebote dienen. Die Vertreter etablierter Akteure erleiden damit im Internet einen aus deliberativer Warte wünschenswerten Kontrollverlust (Neuberger 2009c, S. 196). Das Internet und das Social Web stehen somit nicht in Konkurrenz zueinander, sondern in einem ergänzenden Verhältnis. Bei der weiterhin hohen Bedeutung professioneller journalistischer Angebote im Internet und in traditionellen Massenmedien besteht ein erhebliches Potenzial neuerer partizipativer Angebote wie Blogs etc. in der Diffusion alternativer Angebote an die Akteure bestehender professioneller journalistischer Angebote. Diese Anbieter verschaffen dann unter Umständen neuen Sinndeutungen erst gesamtgesellschaftliche Relevanz und sorgen damit für eine Erweiterung des Themenspektrums (Schrape 2011, S. 423).

Die aus deliberativer Perspektive bestehenden Defizite des traditionellen Journalismus werden dadurch abgemildert; das problematische Gatekeeper-Regime traditioneller Massenmedien funktioniert jedoch weiterhin vergleichsweise effektiv. Eine stärkere mit der Zivilgesellschaft verbundene Öffentlichkeit, die sich von der dominierenden Öffentlichkeit dauerhaft absetzt, ist auch bei professionellen journalistischen Angeboten im Internet nicht zu erwarten.

9.3.2 Partizipative Angebote

Aus deliberativer Warte kann „die politische Öffentlichkeit ihre Funktion,

gesamtgesellschaftliche Probleme wahrzunehmen und zu thematisieren, nur in dem Maße erfüllen, wie sie sich aus den Kommunikationszusammenhängen der potentiell Betroffenen bildet“ (Habermas 1992b, S. 441). Um die in traditionellen Massenmedien fehlende kritische Funktion wiederherzustellen, rekurrieren Habermas und andere deliberative Theoretiker (Fraser 1990; Bohman 1996; Peters 2007b) auf die Zivilgesellschaft. Ihren „institutionale[n] Kern“ bilden „jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern“ und „die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten“ (Habermas 1992b, S. 443 f.). Eine mit der Zivilgesellschaft verbundene Öffentlichkeit, die sich von der dominierenden Öffentlichkeit mit ihrer aus deliberativer Perspektive defizitären Struktur abhebt, stellt einen zentralen Baustein einer funktionierenden Öffentlichkeit dar. Mit dem Konzept einer kritischen, an die Belange der Zivilgesellschaft orientierten Teilöffentlichkeit ist der Begriff der Gegenöffentlichkeit eng verbunden (vgl. grundlegend Negt und Kluge 1977).

„Gegenöffentlichkeit bezeichnet Aktivitäten zur Verbreitung von Informationen und Meinungen, die [...] die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf weitgehend unbeachtete, nichtsdestoweniger für die Allgemeinheit als bedeutsam angesehene Themen zu richten versuchen“ (Plake et al. 2001, S. 25).

Der Bedeutungszuwachs von Angeboten der Gegenöffentlichkeit erklärt sich unter anderem aufgrund einer Komplexitätszunahme und daraus erwachsenden Steuerbarkeitsproblemen, die zunehmend Kritik an hierarchischen Problemlösungsansätzen hervorrufen, sowie Pluralisierungstendenzen auf der gesellschaftlichen Ebene (vgl. Kapitel 4). Das Internet ist mit diesen Wandlungsprozessen eng verbunden. Es ist Katalysator dieser Entwicklungen, zum anderen finden sie sich in der Ausgestaltung des Internets wieder (Slevin 2000, S. 5 ff.).

Neue Medien wie das Internet können potenziell für kritische Teilöffentlichkeiten verschiedene Funktionen übernehmen. Sie können eine alternative Publikations- und Diskussionsplattformen bieten, indem sie alternative Informationen und Meinungen veröffentlichen, oder die etablierte Medienberichterstattung kritisch begleiten und als alternative Informations- und Recherchequelle fungieren. Auch kann das Internet als Mobilisierungs- und Koordinationszentrum dienen, um beispielsweise Adressaten einer Protestaktion anzusprechen und zu steuern. Soziale Netzwerke unterstützen diese Funktionen, indem kritische Teilöffentlichkeiten über Facebook Unterstützer gewinnen und mobilisieren können oder diese als Distributionskanal nutzen (Neuberger 2011, S. 51). Schließlich können alternative Angebote im Internet eine identitätsstiftende Funktion für die Mitglieder einer Teilöffentlichkeit ausüben (Wimmer 2007, S. 217).

Verbunden mit diesen Potenzialen ist die Hoffnung auf eine „Renaissance der Gegenöffentlichkeit“ durch das Internet (Wimmer 2007, S. 14). Zwar hatten auch die sogenannte „Alternativmedien“ früherer Jahrzehnte fallweise Einfluss auf die Wahrnehmung peripherer Themen und Meinungen. Die Chance auf gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung erhielten frühere Alternativmedien jedoch meist erst, wenn sie von den professionellen Akteuren etablierter Massenmedien aufgegriffen wurden. Diese Hürde ist potenziell im Internet deutlich niedriger, da dort weitaus einfacher marginalisierte Themen und Akteure publiziert werden können und für alle Internetnutzer verfügbar sind (Plake et al. 2001, S. 95; Jarren 2008, S. 331).

Von den skizzierten Funktionen von besonderem Interesse ist die Nutzung des Internets als alternative Diskussions- und Publikationsplattform, die das größte Potenzial für Angebote der Gegenöffentlichkeit bietet. Partizipative Vermittlungsformen, die unter anderem unter dem Begriff des Laien- und Bürgerjournalismus, Peer-to-Peer-Journalismus oder Open-Source-Journalismus firmieren, sind bislang nicht eindeutig definiert (Engesser 2008a, S. 63). Ansetzend an dieser begrifflichen Unschärfe schlägt Engesser für partizipative Formen der Vermittlung im Internet den Begriff „partizipativer Journalismus“ vor. In Abgrenzung zum professionellen Journalismus definiert Engesser ihn wie folgt:

„Partizipativer Journalismus beteiligt die Nutzer zumindest am Prozess der Inhaltsproduktion, wird außerhalb der Berufstätigkeit ausgeübt und ermöglicht die aktive Teilhabe an der Medienöffentlichkeit“ (Engesser 2008a, S. 48).

Zentrales Unterscheidungsmerkmal zu professionellen journalistischen Angeboten ist die Beteiligung der Nutzer an der Erstellung der Inhalte, die über die bloße nachträgliche Kommentierung professionell erstellter Inhalte hinausgeht. Partizipativer Journalismus findet man in der Netzöffentlichkeit in Blogs, Kollektivformaten wie Indymedia sowie professionell-partizipativen Nachrichtensites. Mit dem Begriff des partizipativen Journalismus eng verbunden ist das Konzept der Gegenöffentlichkeit. Partizipativer Journalismus, ob im Internet oder in traditionellen Medien, ist „in erster Linie als Artikulationsmöglichkeit oder Plattform für Gegenöffentlichkeit“ anzusehen (Engesser 2008a, S. 66). Aufbauend auf dieser Definition kann partizipativer Journalismus verschiedene Formate umfassen, die nach dem Umfang der journalistischen Nutzerbeteiligung differenzieren lassen. Engesser und Wimmer identifizieren drei Ebenen der Beteiligung, die eine immer höhere Beteiligung der Nutzer ermöglichen. Auf der ersten Ebene ist es Nutzern möglich einzelne Beitragselemente und Ergänzungen – wie Themenvorschläge, Kommentare und Bilder – zu bestehenden journalistischen Angeboten beizusteuern. Auf der zweiten Ebene liefern Nutzer Beiträge, die von professionellen Redakteuren überprüft werden. Professionell-partizipative

Nachrichtensites sind hier ein Beispiel. Schließlich finden sich auf der dritten Ebene partizipative Angebote wie Blogs oder Wikis, die vollständig von Nutzern gesteuert werden (Engesser und Wimmer 2009, S. 50).⁹⁸

Mit partizipativem Journalismus im Internet verbunden sind verschiedene Forschungsfragen, die gleichzeitig für eine funktionierende Öffentlichkeit von Bedeutung sind. Erstens stellt sich die Frage, inwiefern in professionellen Massenmedien vernachlässigte Themen und Akteure in partizipativen Angeboten im Internet Berücksichtigung finden. Zweitens nach der Nutzungsintensität dieser Angebote beziehungsweise inwiefern diese zur Anschlusskommunikation in professionellen Angeboten führen. Drittens stellt sich schließlich die Frage nach der Qualität und Reichweite der zahlreichen Formen, die unter dem Label des partizipativer Journalismus subsumiert werden (Engesser 2008b, S. 115 ff.; Engesser und Wimmer 2009, S. 49).

Betrachtet man partizipative Angebote im Internet auf der untersten Ebene, die es Nutzern ermöglicht einzelne Beitragselemente bei professionellen journalistischen Angeboten zu ergänzen, ist das Potenzial für eine Ausweitung der Themenvielfalt gering. Durch die Beschränkung, bestehende Inhalte punktuell zu erweitern, beispielsweise durch Fotos oder Hinweise, findet eine eigenständige Inhaltsproduktion nicht statt (Ammann et al. 2010). Denkbar wäre eine Unterstützung professioneller Angebote durch Nutzer bei komplexen Recherchen oder Datenbankauswertungen (Nuernbergk 2013, S. 202).⁹⁹ Alternative Themen oder Diskurse finden durch diese marginalen Ergänzungsmöglichkeiten kaum Eingang in professionelle Angebote. Darüber hinaus bleibt unklar, welche Beitragselemente von den Redaktionen veröffentlicht werden und welche nicht. Thematisch bewegen sich die Angebote, die es Nutzern ermöglichen Beitragselemente wie Fotos beizusteuern, oft im Bereich des Boulevardjournalismus. Ihre Reichweite ist aufgrund der Einbindung in etablierte Angebote und ihre leichte Zugänglichkeit relativ hoch (Engesser und Wimmer 2009, S. 52).

Professionell-partizipative Nachrichtensites nehmen eine Hybridposition zwischen professionellen Angeboten und vollständig partizipativen Formaten wie Blogs ein. Während auf der inhaltlichen Ebene die Nutzer für die Erstellung der Beiträge verantwortlich sind, finden die Selektion und das Redigieren der eingereichten Beiträge durch eine professionelle Redaktion statt (Engesser 2008b, S. 117 ff.). Professionell-partizipative Nachrichtensites versprechen so die Vorteile professioneller Angebote mit denen partizipativer zu vereinen (Engesser 2008b, S. 115). Das bekannteste dieser Angebote ist die südkoreanische OhmyNews (Kim und Hamilton 2006). In Deutschland existiert ein ähnliches Format, die

⁹⁸ Eine ähnliche, noch tiefergehende Unterteilung findet sich bei Bruns (2009b, S. 17 f.).

⁹⁹ In der Astronomie existieren beispielsweise verschiedene Projekte, bei denen Laien Wissenschaftlern helfen Galaxien zu klassifizieren.

Readers Edition, die allerdings nicht den Bekanntheitsgrad von OhmyNews erreicht (Engesser 2008b, S. 121). Eine Zwitterstellung nimmt die Huffington Post ein, die seit 2013 auch eine deutsche Ausgabe besitzt. Bei der Huffington Post wird ein Großteil der Beiträge von freiwilligen Autoren erstellt, daneben existiert ein kleines Kernteam von Journalisten, das eigenständige Beiträge verfasst. Da bei professionell-partizipativen Nachrichtensites die Nutzer vollständig in Eigenregie erstellte Beiträge publizieren können, ist das Potenzial für eine Publikation bislang vernachlässigter Themen und Akteure größer als in professionellen Formaten. Die Filterfunktion einer professionellen Redaktion sichert auf der anderen Seite die Einhaltung sprachlicher und ethischer Standards. Die Transparenz ist insofern gewährleistet, als bei OhmyNews nicht angenommene Beiträge in einer speziellen Rubrik sichtbar bleiben (Engesser 2008b, S. 117).

Trotz der Erfolge von OhmyNews bleiben ähnliche Erfolge in anderen Ländern aus.¹⁰⁰ Es besteht außerdem die Gefahr, dass die Grenzen zwischen neutraler journalistischer Darstellung und Werbung oder PR verschwimmen beziehungsweise für den Leser nicht erkennbar sind. Ob ein kleiner Kreis von professionellen Redakteuren, oder Mechanismen wie Nutzerbewertungen, dies gewährleisten kann, ist bislang offen. So wird von etablierten Journalisten befürchtet, dass sich Formate wie die Huffington Post aufgrund ihres Geschäftsmodells zu „Einfallstoren für den Lobbyismus“ entwickeln (Sorge 2013). Unklar bleibt so die Frage nach einer transparenten Finanzierung professionell-partizipativer Nachrichtensites und ob sich ein primär durch Werbung finanziertes Angebot dauerhaft trägt.

Partizipative Formate wie Blogs oder Wikis bilden die dritte Ebene. Sie unterscheiden sich von den vorangegangenen Angeboten grundlegend darin, dass Beiträge ohne eine vorherige Prüfung publiziert werden. Die Qualitätssicherung erfolgt indirekt durch eine Kommentarfunktion, in der die publizierten Aussagen bewertet und kritisiert werden, was unter Umständen zu einer Korrektur der ursprünglichen Inhalte führen kann (Nuernbergk 2013, S. 215). Sie bieten Nutzern im Vergleich zu den vorangegangenen Angeboten ein Höchstmaß an inhaltlicher Freiheit und damit potenziell auch die größte Chance, Themen zu publizieren, die in dieser Form in anderen Formaten keine Aufmerksamkeit finden. Unterscheiden kann man zwischen Individualformaten, die von einer Person oder einer kleinen Anzahl von Personen betrieben werden, und Kollektivformaten wie Indymedia oder Slashdot (Neuberger 2007, S. 96). Unter Blogs versteht man kontinuierlich aktualisierte Webseiten, die Texte und andere Medieninhalte in chronologischer Reihenfolge veröffentlichen (Schmidt 2009a, S. 24). Blogs erlauben Privatpersonen Beiträge kostenneutral zu publizieren und bieten ihren Lesern die Möglichkeit, Beiträge zu

¹⁰⁰ Eine japanische Version von OhmyNews wurde aufgrund verschiedener Probleme im August 2008 eingestellt (vgl. <http://globalvoicesonline.org/2008/09/18/japan-the-end-of-ohmynews-japan/>).

kommentieren, zu verlinken oder weiterzuempfehlen. Der aus Zeitungen bekannte Leserbrief wird in Blogs damit zum Normalfall, wobei er anders als in traditionellen Massenmedien zeitlich und räumlich nicht mehr getrennt ist, sondern direkt unter dem Artikel zu finden ist. Kritik an dem Artikel, Fehler oder Unstimmigkeiten sind so direkt für andere Leser sichtbar. Für die Verfasser von Blogbeiträgen wiederum bilden sie eine Feedbackschleife zur Verbesserung eigener Artikel. Kommentare und Rückmeldungen sind darüber hinaus eine wichtige Motivationsquelle zum Erstellen eines Blogs (Schmidt 2006a, S. 160).

„Auf diese Weise kristallisieren sich um Online-Journale herum soziale Netzwerke mit geteilten Lebenswelten oder zumindest geteilten partikularen Interessen“ (Schmidt 2006a, S. 91).

Da viele Firmen und professionelle journalistische Angebote eigene Blogs betreiben (Schmidt 2011), sind die Grenzen zu professionellen Angeboten indes unscharf und für den Nutzer nicht immer auf den ersten Blick erkennbar (Schmidt 2009a, S. 24). Thematisch decken Blogs ein breites Feld ab, nur eine geringe Zahl beschäftigt sich mit politischen Themen. Die meisten Blogs liegen im Long Tail. Nur eine Minderheit der Blogger strebt überhaupt an ein Massenpublikum zu erreichen (Neuberger et al. 2007, S. 103). Nur einer kleinen Gruppe von sogenannten A-List-Bloggern gelingt es eine vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen (Schmidt 2008, S. 32). Die geringe Reichweite vieler Blogs lässt vermuten, dass eines der Potenziale – neben der Publikation eigener Inhalte – vor allem im Bereich der Anschlusskommunikation und als Recherchepool für professionelle Akteure zu suchen ist. Sie bieten die Möglichkeit, als Resonanzraum vertiefend und erweiternd Themen darzustellen, kritisch zu kommentieren, zu diskutieren und weiterzuempfehlen, die in professionellen Angeboten vorher publiziert wurden. Außerdem können sie von Journalisten zur Recherche sowie zur Ideen- und Themensuche und zur Eruierung von neuen Entwicklungen genutzt werden (Neuberger et al. 2007, S. 109).

Blogs und Kollektivformate haben den Vorteil, dass sie im Vergleich zu professionellen Angeboten ökonomisch und redaktionell unabhängiger agieren können. Bloghoster ermöglichen die kostenlose Einrichtung und einfache Administration und Gestaltung des eigenen Blogs (Nuernbergk 2013, S. 227). Sie gestatten es potenziell jedem Internetnutzer kostenneutral und mit geringem technischem Aufwand Inhalte zu veröffentlichen und über bestehende Inhalte zu diskutieren. Durch die Option, einzelne Beiträge zu adressieren und damit zu verlinken, können sich potenziell thematische Netzwerke ergeben, denen man eine „synchronisierende Funktion“ hin zu einer „gemeinsamen Blogosphäre“ unterstellen kann (Niedermaier 2008, S. 67). Permalinks¹⁰¹ können potenziell den von Habermas bereits in

¹⁰¹ Ein Permalink ist ein eindeutiger, dauerhafter Identifikator in Form einer URL. Ein Permalink schafft

seinem Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ skizzierten „Zusammenhang dieser tausendfachen Zirkel“ (Habermas 1962, S. 56) schaffen. „The permalink was the first - and most successful - attempt to build bridges between weblogs“ (Coates 2003). Entstanden ist so ein Netzwerk verknüpfter Blogs, die sogenannte Blogosphäre (Hippner 2006, S. 11).

Die Reichweite von Blogs ist international unterschiedlich groß. Während deutsche Internetnutzer im internationalen Vergleich lange Zeit eher zurückhaltende Leser von Blogs waren, scheint sich dieser Trend inzwischen umzukehren. Bezeichneten sich im Zeitraum 2008 bis 2012 nur 6 bis 8 % der Internetnutzer als zumindest gelegentliche Leser von Blogs, hat sich im Jahr 2013 die Zahl auf 16 % mehr als verdoppelt. Die Anzahl der aktiven Blogbetreiber ist indes deutlich geringer (van Eimeren und Frees 2013, S. 364). Eine quantitative Inhaltsanalyse, die vergleichend untersuchte, inwiefern sich deutschsprachige politische Blogs und die massenmediale Berichterstattung in Printmedien (Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung) unterscheiden, findet sich bei Eilders et al. (2010). Die empirische Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Topthemen von Printmedien und Blogs ähnlich sind. Blogs setzen insofern andere Schwerpunkte, als sie zum einen die Berichterstattung traditioneller Massenmedien kritisch begleiten. Sie korrigieren Meldungen und zeigen Fehler der untersuchten Medien auf. Zum anderen greifen sie, trotz ähnlicher Topthemen, häufiger Nischenaspekte auf. Komplexe Themen, wie etwa Steuerpolitik, werden von politischen Blogs seltener aufgegriffen als von professionellen Angeboten (Eilders et al. 2010, S. 73 ff.). Ambivalenter fällt das Ergebnis in Bezug auf Auswahl- und Darstellungskriterien aus. Nachrichtenfaktoren wie „negative Realitätsaspekte“, die Betonung „punktuelle Ereignisse“ und „personalisierte Darstellungen“, spielen in Blogs eine ähnlich große Rolle wie in Printmedien (Eilders et al. 2010, S. 75 ff.).

Blogs, so das Resümee der Studie, „erweitern damit den politischen Diskurs wahrnehmbar“ (Eilders et al. 2010, S. 77). Bei der Auswahl und Darstellung von Themen sind indes ähnliche Faktoren wie in professionellen Formaten von Bedeutung. Dieser negative Befund ist insofern aber – wie die Autoren der Studien hervorheben – zu relativieren, da Nachrichtenfaktoren nicht grundsätzlich als ein die Realität verzerrender Mechanismus wahrgenommen werden dürfen, sondern auch komplexitätsreduzierende Funktionen erfüllen. Auch müssen der jeweilige Kontext und der jeweilige Nachrichtenfaktor unterschieden werden. Interessant in dem Zusammenhang ist die Frage, ob sich neben den bekannten Nachrichtenfaktoren in politischen Blogs neue Faktoren wiederfinden (Eilders et al. 2010, S. 77 f.).

damit einen festen Bezug beispielsweise zu einem bestimmten Blogbeitrag, unabhängig vom Zeitpunkt des Blogbeitrags.

9.3.3 Zwischenfazit: Vielfalt und Synthetisierung in professionellen und partizipativen Formaten

Deliberative Demokratiekonzepte und an sie angelehnte Vorstellungen über eine funktionierende Öffentlichkeit fordern eine adäquate Berücksichtigung der Vielfalt an Meinungen, Akteuren und Themen, die sich aus den „Kommunikationszusammenhängen der potentiell Betroffenen bildet“ (Habermas 1992b, S. 441). Zum anderen bedarf es aus deliberativer Warte Synthetisierungs- und Selektionsleistungen, die einen „Zusammenhang dieser tausendfachen Zirkel“ (Habermas 1962, S. 56) schaffen. Eine funktionierende Öffentlichkeit muss den Spagat zwischen Offenheit und Themenvielfalt und einer notwendigen Synthetisierungs- und Selektionsleistung auf der anderen Seite schaffen (Vlasic 2004, S. 50 ff.). Darüber hinaus muss es aus deliberativer Warte eine diskursive Auseinandersetzung mit einem Austausch von Argumenten und Gegenargumenten geben, bei der Zusammenhänge ersichtlich werden.

Professionell-redaktionelle Angebote im Internet zeichnen sich auf der inhaltlichen Ebene durch ähnliche Produktionsweisen aus wie traditionelle journalistische Angebote. In vielen Fällen findet ein „Nachrichtenrecycling“ statt, bei dem beispielsweise Themen aus dem Printmedium übernommen werden. Während professionell-redaktionelle Angebote damit eine Synthetisierungsfunktion übernehmen, ist davon auszugehen, dass sich auf der inhaltlichen Ebene die aus deliberativer Perspektive zu beobachtenden Defizite der traditionellen Massenmedien fortsetzen. Professionelle journalistische Angebote im Internet folgen grundsätzlich denselben Selektionsmechanismen wie traditionelle Massenmedien. Die Qualität der traditionellen Print- und Rundfunkmedien ist damit entscheidend für die Qualität der professionell-redaktionellen Angebote im Internet (Washbourne 2010, S. 146).

Die Defizite werden abgemildert durch zwei Entwicklungen. Zum einen haben sich durch das Internet die Recherchemöglichkeiten für Journalisten erweitert. Die Chance für periphere Meinungen, Akteure und Themen, Sichtbarkeit zu erlangen und berücksichtigt zu werden, ist gestiegen. Zum Zweiten ist das Potenzial der Publikumsbeteiligung im Vergleich zu traditionellen Medien gewachsen. Ausgeschöpft wird dieses Potenzial bislang nur insoweit, als Nutzer nachträglich vorgegebene Inhalte kommentieren können und einen Resonanzraum für professionelle journalistische Angebote darstellen. Professionell-redaktionelle und partizipative Angebote stehen deswegen nicht in einem Konkurrenz-, sondern in einem Ergänzungsverhältnis, bei dem das Publikum den professionellen Journalismus beispielsweise unterstützen kann (Nuernbergk 2013, S. 185).

Neben professionell-redaktionellen Angeboten bietet das Internet ein erhebliches Potenzial für partizipative Angebote, bei denen das Publikum im unterschiedlichen Umfang an der

Inhaltserstellung involviert ist. Sie bieten die Möglichkeit, einer kritischen, an die Belange der Zivilgesellschaft orientierten Öffentlichkeit alternative Diskussions- und Publikationsplattformen bereitzustellen. Partizipativer Journalismus kann im Internet verschiedene Formen annehmen, die eine unterschiedlich hohe Nutzerbeteiligung ermöglichen. Während partizipative Angebote auf der Ebene der Beitragselemente zwar eine hohe Beteiligung aufweisen und als Übungsfeld für weitergehende Aktivitäten dienen können, ist ihre Möglichkeit zur Ausweitung der Themenvielfalt aufgrund restriktiver Vorgaben der Redaktion gering. Viele dieser Angebote sind „Marketingmaßnahmen mit pseudo-partizipativem Anstrich“ (Engesser und Wimmer 2009, S. 59). Einen Mittelweg zwischen professionellen und partizipativen Angeboten wie Blogs gehen professionell-partizipative Nachrichtensites. Hier kann sich unter Aufsicht einer professionellen Redaktion ein alternatives Diskussions- und Publikationsforum etablieren. Es verspricht die Vorteile professioneller Angebote, was die Einhaltung bestimmter Standards und die Bündelung von Angeboten auf einer Plattform angeht, mit der Möglichkeit der Publikation eigener Artikel durch das Publikum zu verbinden. Problematisch ist die bislang geringe Reichweite professionell-partizipativer Nachrichtensites in Deutschland im Vergleich zu etablierten massenmedialen Angeboten.

Individualformate wie Blogs haben gegenüber den beiden anderen Formaten den Vorteil, jedem Internetnutzer die Möglichkeit zu eröffnen, eigene Inhalte unabhängig und mit geringem Aufwand zu veröffentlichen und in einen Austausch mit den Rezipienten zu treten, der unmittelbar mit dem Blogeintrag verknüpft ist. Nutzer übernehmen somit die Produktion von Inhalten, darüber hinaus die Evaluation und teilweise Organisation der Inhalte. Eine synchronisierende Funktion der zahlreichen Blogs ist insofern gewährleistet, als Beiträge direkt adressiert und verlinkt werden können. So ist ein System entstanden, in dem sich Blogs von einem Werkzeug der bloßen Publikation in ein dialogorientiertes System überlappender Gemeinschaften gewandelt haben. In der Blogosphäre kann über spezielle Beiträge oder Kommentare auf verschiedensten Blogs diskutiert werden. Themen aus einzelnen Blogs können unter Umständen außerdem in der gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit wahrgenommen werden (Schmidt 2006a, S. 134).

Eine Synthetisierung und diskursive Auseinandersetzung mit einem Austausch von Argumenten und Gegenargumenten, bei dem Zusammenhänge ersichtlich werden, ist so möglich. Blogsuchmaschinen und populäre Blogs können diesen Vernetzungsprozess unterstützen und als Knotenpunkt für die Bündelung von Aufmerksamkeit dienen (Schmidt 2008, S. 32). Mit der Verbreitung sozialer Netzwerke wie Facebook kann durch Empfehlungen Aufmerksamkeit auf bestimmte Blogs gelenkt werden, sodass publizistische Angebote im Long Tail potenziell eine hohe Aufmerksamkeit erlangen können (Neuberger

2011, S. 66 f.). Problematisch erscheint bei den diskutierten partizipativen Formaten die bislang nur geringe aktive Beteiligung der Internetnutzer. Die große Mehrzahl der User beschränkt sich bislang darauf Inhalte zu konsumieren, statt selber aktiv zu werden (Sutter 2010, S. 97). Der Erfolg partizipativer Formate ist damit eng an die erfolgreiche Einbindung und das Engagement ihrer Nutzer gekoppelt. Schließlich hängt bei Blogs, wie auch bei anderen Medienformaten, die Vielfalt nicht nur davon ab, ob sich Internetnutzer beteiligen, sondern auch welche Nutzer sich aktiv einbringen. Repräsentieren die partizipierenden Nutzer von Blogs nur eine kleine Vielfalt an Perspektiven, können diese Formate im Vergleich zu traditionellen Formaten zu einer Einschränkung der Vielfalt an Meinungen und Themen führen (Bruns 2009, S. 14).

Auch beim Vertrauen und bei der Glaubwürdigkeit, die Leser Blogs entgegenbringen, schneiden diese schlechter ab als die Internetableger etablierter traditioneller Angebote. Eine aktuelle Onlinebefragung von Neuberger, in der unter anderem die Frage thematisiert wurde, welche Merkmale das Publikum vom Journalismus erwartet, sieht Glaubwürdigkeit, Sachlichkeit, Unabhängigkeit und Themenkompetenz als die zentralen Merkmale des Journalismus an – Merkmale, die man den Internetablegern etablierter traditioneller Angebote stärker zuschreibt als Blogs. Diskussionsmöglichkeiten und die persönliche Perspektive des Autors, die in Blogs eine zentrale Rolle spielen, sind für die Befragten hingegen nur nachrangig (Neuberger 2013, S. 241 f.). Dies liegt nicht zuletzt daran, dass der Journalismus in traditionellen Massenmedien wie auch bei den professionell-redaktionellen Formaten im Internet auf ein erprobtes Set an Normen und Regeln wie den Pressekodex des Deutschen Presserates zurückgreifen kann, ein System, das für partizipativ ausgerichtete Formate bislang in dieser Form nicht existiert (Beck 2010b, S. 140 f.).

10 Zusammenfassung und abschließende Diskussion

Diese Abhandlung untersuchte das Verwirklichungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte im Internet. Aufbauend auf einer Darstellung der Kerngedanken deliberativer Demokratiekonzepte und der kommunikationswissenschaftlichen Grundlagen des Internets wurde anhand der Standards der Interaktivität und Partizipation analysiert, inwiefern die computervermittelte Kommunikation und Netzöffentlichkeit einen deliberationsförderlichen Kontext bilden. Es wurde festgestellt, dass das Potenzial des Internets sowohl positive als auch negative Auswirkungen für das Umsetzungspotenzial deliberativer Demokratieprozesse hat. Das Internet als heterogene Plattform, die wachsenden Bedeutung der Netzöffentlichkeit mit ihrer Optionensteigerung und computervermittelte Kommunikation führen nicht zu unidirektionalen Kausaleffekten, sondern müssen differenziert betrachtet werden. Das Potenzial des Internets bietet indes eine

Optionensteigerung, die eher positiv für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte zu werten ist.

Die Arbeit wurde als theoriegeleitete Analyse konzipiert. Primär wurde das Potenzial des Internets für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte analysiert. Theoretische Beiträge auf diesem Gebiet wurden als sinnvoll erachtet, da sie auf einem vergleichsweise hohen Abstraktionsgrad argumentieren und sich damit von der raschen technologischen Weiterentwicklung des Internets ein Stück weit entkoppeln und die Potenziale des Internets ganzheitlicher ausloten können. Diese theoretischen Annahmen wurden fallweise unter Zuhilfenahme von empirischen Studien rückgekoppelt. Um die widersprüchlichen Behauptungen über die Entstehung neuer Muster medienvermittelter Kommunikation und der Netzöffentlichkeit besser in den Blick zu nehmen, bedurfte es eines gewissen Maßes an Abstraktion. Diese Herangehensweise führte zu eher grundsätzlicheren Aussagen. Sicherlich können Studien auf einem höheren Abstraktionsniveau wenig daran ändern, dass sich der Forschungsgegenstand schnell ändert. Eine Kluft zwischen wissenschaftlicher Bearbeitung und der schnellen Entwicklung des Internets erscheint unvermeidlich. Trotz der Forderung nach zügiger Behandlung aktueller Themen binden die wissenschaftliche Arbeits- und Schreibroutine Wissenschaftler für mehrere Jahre an den Schreibtisch. Die (Fach-)Öffentlichkeit sieht sich nach Ende des Schreib-, Druck- und Lektoratsprozesses und der Rezeption mit Material konfrontiert, das neuen Entwicklungen nicht mehr ganz gerecht werden kann (Bieber 2008).

Soll politische Theorie kein Glasperlenspiel bleiben, so muss sie einen substanziellen Beitrag zur Klärung von Fragen liefern, die allesamt in der Politikwissenschaft beantwortet werden müssen. Das bedingt, dass empirisches Wissen in sie einfließt. So sind auch Argumente von Vertretern der politischen Theorie zwar nicht empirisch, aber „empiriegeladend“ (Göhler 2007, S. 85). Empirische Erkenntnisse sind „die Ankerpunkte von Deutungsversuchen“ (Schulze 1993, S. 563). Sie verarbeiten Erfahrungen, welche die Empirie untersucht, aber nicht in der weiterführenden Diskussion immer adäquat verarbeiten kann. Theoriegeleitete deliberative Demokratiekonzepte sind in Auseinandersetzung mit bestimmten realweltlichen Erfahrungen und Problemlagen entstanden und waren nie als bloß normative Theorie eines leeren Sollens gedacht. Sie waren immer auch auf die Praxis bezogen (Gastil 2008).¹⁰² In diesem Sinne verstanden ist politische Theorie eine „Erfahrungswissenschaft“, da sie an diese rückgebunden bleibt (Göhler 2007, S. 87). Mit einer kritischen Arbeitsteilung ist unvereinbar, dass empirisches Wissen nicht zur Kenntnis genommen und/oder abgewertet wird. Gleiches gilt für die Loslösung empirischer Forschung von normativen

¹⁰² So verarbeitet auch Habermas in seinen Werken Erfahrungen der letzten Dekaden der bundesdeutschen Gesellschaft.

politiktheoretischen Fragestellungen. Das bedeutet auch, dass sich Wertungen pragmatisch bewähren oder an der Erfahrung scheitern können. Die Abhandlung versteht sich entsprechend als normativ geleitete politiktheoretische Arbeit, die rückgebunden ist an empirische Einsichten auf dem Feld deliberativer Demokratiekonzepte und des Internets.

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst, vor dem Hintergrund der Fragestellung abschließend bewertet und wird ein kurzer Ausblick auf weitere Forschungsmöglichkeiten gegeben.

10.1 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Nach der Darstellung des Forschungsstands wurde im ersten Teil zunächst in die beiden für die Arbeit zentralen Konzepte eingeführt: deliberative Demokratiekonzepte und das Internet. Eine demokratietheoretische Annäherung an deliberative Demokratiekonzepte leisteten Kapitel 2 und 3 in Form von zwei Ansätzen. In Kapitel 2 wurden zwei dominierende Demokratietheorien miteinander verglichen, die den Ausgangspunkt für deliberative Demokratiekonzepte bilden: liberale, outputorientierte und republikanische, inputorientierte Demokratiemodelle. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass weder liberale noch republikanische Konzepte in einer Absolutsetzung geeignet erscheinen Legitimität und Effektivität in modernen demokratischen Staaten zu gewährleisten.

Ein Schwerpunkt der Analyse lag auf den normativen Ansprüchen, die liberale und republikanische Ansätze an eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit stellen. Darauf aufbauend wurde die Frage diskutiert, wie liberale und republikanische Ansätze Veränderungsprozessen der Medienstruktur gegenüberstehen. Dabei konnte gezeigt werden, dass liberale Ansätze das Internet als eine Verbesserung der Möglichkeiten der Informationsvermittlung ansehen. Primär verstehen sie das Internet als Ergänzung der Funktionen traditioneller Massenmedien. Mögliche Fragmentierungstendenzen und ein Zuviel an Partizipation sind aus liberaler Warte problematisch, da sie die Synthetisierungsfunktion der Massenmedien gefährden. Republikanische Ansätze beurteilen den Wandel der Medienstruktur ambivalent. Aufgrund der niedrigen Zugangsschwellen zur Publikation eigener Beiträge schafft das Internet zunächst aus republikanischer Warte die chancenreichen Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung. Befürchtet wird indes, dass das Internet einer Kommerzialisierung der Medienlandschaft weiter Vorschub leistet, sodass partizipatorisch orientierte Angebote nur insofern eine Rolle spielen, wie sie sich in eine an Gewinn orientierte Medienwelt einfügen können.

Während Kapitel 2 zwei der dominierenden normativen politischen Theorien verglich, wurden in Kapitel 3 unter den Stichworten Steuerungsprobleme, Globalisierung, Pluralisierung und

wachsende Komplexität zentrale Herausforderungen diskutiert, denen sich moderne demokratische Staaten gegenübersehen. Während ein steigendes Bedürfnis nach Teilhabe und wachsender Pluralisierung den Impuls bildet, die Grenzen staatlicher Steuerung die Problemstellung, sind steigende Komplexität und Globalisierung der Kontext, in dem sich deliberative Demokratiekonzepte bewähren müssen (Feindt 2001, S. 367). Aus deliberativer Warte ist bei den diskutierten Herausforderungen eine Ausweitung demokratischer Teilhabe ein normatives und funktionales Gebot. In Abhängigkeit von spezifischen Problemstellungen erscheinen aber bestimmte Entscheidungsfindungsverfahren geeigneter als andere. Zentral aus der Warte deliberativer Demokratiekonzepte ist, dass innerhalb der Entscheidungsfindung eine Deliberation stattfindet.

Deliberative Demokratiekonzepte erheben vor diesem Hintergrund nicht den Anspruch, ein neues Konzept moderner Demokratietheorie zu entwickeln. Sie kombinieren und ergänzen als „Mitte der Demokratie“ (Palazzo 2002) liberale und republikanische Ansätze und versuchen eine Neujustierung zwischen den Zielgrößen der Legitimität, Gleichheit und Effizienz vorzunehmen. Eine Unterscheidung zwischen Demokratiekonzepten mit und ohne anspruchsvolle Beratungsprozesse ist damit unplausibel. Eine funktionierende Demokratie kann es weder ohne deliberative Prozesse geben, noch kann eine Demokratie allein auf Deliberation beruhen. Deliberation ist vielmehr eine Phase im Prozess der politischen Entscheidungsfindung (Hüller 2012, S. 145 ff.).

Wie andere politische Begriffe sind auch deliberative Demokratiekonzepte mit vielfältigen Vorstellungen verknüpft. Es existieren verschiedene Definitionen von Deliberation, die unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Ihnen gemeinsam ist die Abgrenzung gegenüber Modellen, in denen nicht die öffentliche Deliberation, sondern die bloße Aggregation individueller Interessen im Vordergrund steht. Die öffentliche Deliberation zwingt die Akteure Argumente, die aus purem Eigeninteresse vertreten werden, zu transformieren. In Kapitel 4 wurden folgende grundlegende Elemente deliberativer Demokratiekonzepte dargestellt: die Verwendung rationaler Argumente, die Vorläufigkeit der Ergebnisse, Themenoffenheit ohne Konsenszwang und der öffentliche Vernunftgebrauch.

Deliberative Demokratiekonzepte sind vergleichsweise anspruchsvoll. Sie weisen bestimmte Leistungen auf. Ebenso zeigen sich unter bestimmten Bedingungen Probleme bei der Durchführung deliberativer Verfahren. In Kapitel 4 wurde der Schwerpunkt auf die instrumentellen Leistungen deliberativer Demokratiekonzepte gelegt. Als Argumente, die die Leistungsfähigkeit von Deliberationsprozessen gegenüber anderen Verfahren verdeutlichen, wurden folgende Punkte hervorgehoben: die Aufdeckung bislang nur privat vorhandener Informationen, die Entschärfung des Problems begrenzter Rationalität, die Einnahme eines gemeinwohlorientierten Standpunkts zur Rechtfertigung eigener Ansprüche sowie die

Erhöhung der Akzeptanz kollektiv verbindlicher Entscheidungen.

Ungeachtet ihrer Leistungen sind deliberative Entscheidungsfindungsverfahren mit Schwierigkeiten bei der Umsetzung behaftet. Kapitel 4 analysierte deswegen zentrale Kritikpunkte an deliberativen Demokratiekonzepten. Unterschieden wurde zwischen Kritikern, die deliberativen Demokratiekonzepten inhärente Probleme vorwerfen, und kontextspezifischen Problemen. Letztere übernehmen eine wichtige Irritationsfunktion für die folgenden Kapitel. Sie lenken die Frage darauf, inwiefern sich durch eine Änderung des Kontextes, beispielsweise durch eine Durchführung deliberativer Verfahren im Internet, die diskutierten Probleme weiterhin zeigen oder inwieweit neue Probleme zu beobachten sind. Zu den diskutierten Kritikpunkten gehörten, dass anspruchsvolle, am Ideal des rationalen Austausches orientierte deliberative Verfahren sozioökonomisch bessergestellte Gruppen bevorzugen. Walzer wiederum vertritt die Meinung, dass für das Gemeinwohl sinnvollere Aktivitäten existieren als zeit-, arbeits- und unter Umständen kostenintensive deliberative Verfahren. Beide Kritikpunkte setzen am rationalen Bias deliberativer Demokratiekonzepte an. Geht man davon aus, dass deliberative Demokratiekonzepte ein höheres Rationalitätsniveau von Entscheidungen beanspruchen, erscheinen eine Selektion und ein begründeter Ausschluss bestimmter Präferenzen sinnvoll. Moderne Demokratietheorien müssen entsprechend berücksichtigen, dass in Gesellschaften dauerhafte sozioökonomische Statusunterschiede existieren,

Das Potenzial des Internets für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte lässt sich besser einschätzen, wenn es in die Entstehungsgeschichte des Internets eingeordnet wird und die kommunikationswissenschaftlichen Grundlagen des Internets skizziert werden. Kapitel 5 leistete diesen Überblick. Ziel war es, ein Fundament zu legen für eine weitergehende Diskussion der Besonderheiten der computervermittelten Kommunikation und der Netzöffentlichkeit. Zunächst wurde die Entstehungsgeschichte des Internets anhand dreier Phasen rekapituliert. Dabei wurde deutlich, dass sich bereits in der Frühphase des Internets bestimmte organisatorische, technische und gesellschaftliche Merkmale entwickelt haben, die zentral für die heutige Struktur und Nutzungsweise des Internets sind. Zum Zweiten konnte gezeigt werden, dass das Internet auch in seiner Frühphase ein langfristiger Entwicklungsprozess war. User modifizierten oder nutzten anders als von den Entwicklern angedacht neue Anwendungen und schufen eigenständig Möglichkeiten zum sozialen Austausch über das Internet. Dies hat dazu geführt, dass der Schließungsprozess im Internet bis heute durch eine „fortlaufende Reinvention“ (Höflich 2003, S. 101) immer wieder aufgebrochen wurde. Auch wenn zentrale Entwicklungen des Internets seit den 90er Jahren vor allem von kommerziell orientierten Firmen erfolgten, hat sich eine einflussreiche Gegenbewegung etabliert, die unter dem Begriff der Open-Source-Software zentrale

Anwendungen des Internets entwickelt.

Bis in die 1990er Jahre war das Web, als die mit Abstand populärste Anwendung des Internets, ein eher passives Erlebnis. Mit dem Aufkommen des Social Web ab 2005 änderte sich dieser Zustand. Die Potenziale zur Schaffung kollaborativ erstellter Inhalte und die Möglichkeiten der sozialen Vernetzung durch seine Nutzer wurden deutlich ausgeweitet. Kapitel 5 diskutierte diese Veränderungsprozesse und stellte die Charakteristika des Social Web dar. Dabei wurde hervorgehoben, dass das Schlagwort Web 2.0 im wissenschaftlichen Kontext nicht sinnvoll ist. Stattdessen wurde für die Verwendung des Begriffs Social Web plädiert. Dafür sprechen vor allem drei Gründe: Es wird erstens auf die Zentralität des Web für die neuen Internetanwendungen hingewiesen. Zweitens unterscheidet er keine abgeschlossenen zeitlichen Phasen, wie es durch die Versionsbezeichnung 2.0 vorgenommen wird. Drittens betont der Terminus Social Web den sozialen Kontext stärker als der am Softwarezyklus orientierte Begriff des Web 2.0.

Kapitel 6 bildete die Brücke vom ersten Teil, in dem primär die beiden grundlegenden Konzepte der Arbeit analysiert wurden, zum zweiten Teil der Abhandlung, in dem das Potenzial der Netzöffentlichkeit und computervermittelten Kommunikation für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte erörtert wurde. Zunächst wurde der Begriff der Öffentlichkeit im Kontext der Mikro-Makro-Problematik analysiert. Den Hintergrund bildete die Frage nach den Auswirkungen einer Amalgamierung der Mikro-, Meso- und Makroebene von Öffentlichkeit im Internet. Da die Trennung zwischen Massen- und Individualkommunikation im Internet verschwimmt, mussten die öffentlichkeitstheoretischen Modelle der Sozialwissenschaft mit ihrem Schwerpunkt auf der Makroebene von Öffentlichkeit durch eine stärkere Berücksichtigung der Merkmale der Gruppen- und Individualkommunikation ergänzt werden.

Um im Hybridmedium Internet eine möglichst breite Betrachtung der verschiedenen Kommunikationsformen im Internet zu gewährleisten, wurden zwei zentrale Merkmale deliberativer Demokratiekonzepte diskutiert: Interaktivität und Partizipation. Diese wurden abgeleitet aus zwei zentralen Versprechungen deliberativer Demokratiekonzepte: die Qualität getroffener Entscheidungen zu verbessern und die Legitimität der Entscheidungsfindung zu erhöhen. Der Begriff der Interaktivität wurde schwerpunktmäßig für die Analyse der computervermittelten Kommunikation herangezogen. Der Terminus der Partizipation stand im Fokus der Analyse der Netzöffentlichkeit.

Es wurde argumentiert, dass Interaktivität im Zusammenspiel von Technologie und Nutzungsverhalten entsteht. Weiterhin können verschiedene Interaktivitätsgrade abgestuft werden, da das Hybridmedium Internet über unterschiedliche Anwendungen verfügt, die kombiniert werden und unterschiedliche Interaktionsgrade aufweisen können. Für die

Analyse computervermittelter Kommunikation wurden darauf aufbauend folgende Merkmale für das aus deliberativer Warte erforderliche Mindestmaß an Interaktivität herangezogen: die Möglichkeit eines flexiblen Rollentausches zwischen Sender und Empfänger, die gleichberechtigte Festlegung des Inhalts der Kommunikation durch die Teilnehmer, die Möglichkeit, auf vorangegangene Nachrichten argumentativ Bezug zu nehmen, sowie die Einhaltung argumentativer Mindeststandards.

Abschließend wurden in Kapitel 6 der Begriff und die Bedeutung der Partizipation für deliberative Demokratiekonzepte erörtert. Dabei wurden verschiedene Formen und Intensitätsgrade von Partizipation vorgestellt und anhand dieser Systematisierung ihre Bedeutung für deliberative Demokratiekonzepte dargestellt. Interaktivität und Partizipation bedingen sich gegenseitig. Ohne ein Mindestmaß an Partizipation ist die Interaktivität von Internetanwendungen bloßes technisches Potenzial. Gleichzeitig kann ein Zuviel an Interaktivität und Partizipation dysfunktionale Effekte zeigen, da beispielsweise die epistemologische Qualität von Entscheidungen beeinträchtigt wird. Kapitel 6 arbeitete eine Übertragung der unterschiedlichen Erscheinungsformen politischer Partizipation auf den Kontext des Internets heraus und begründete das Vorliegen von ähnlichen Einflussfaktoren von elektronischer Partizipation und realweltlichen Formen der Partizipation.

Wenn die Individual- und Gruppenkommunikation im Internet an Bedeutung gewinnen und Botschaften auf diesen Ebenen unter Umständen gesamtgesellschaftliche Relevanz erlangen können, müssen die Merkmale der Individual- und Gruppenkommunikation analysiert werden. Tradierte Öffentlichkeitsmodelle der Sozialwissenschaften eignen sich dafür nur bedingt, da sie den Schwerpunkt auf die Makroebene von Kommunikation legen. In Kapitel 7 wurden vor diesem Hintergrund die zentralen Charakteristika computervermittelter Kommunikation diskutiert. Die Spezifika und das Neue der computervermittelten Kommunikation sowie ihre Potenziale und Beschränkungen wurden dabei schwerpunktmäßig diskutiert. Zunächst wurde herausgearbeitet, dass der Begriff der computervermittelten Kommunikation nicht zuletzt deswegen, weil er einem kontinuierlichen Wandel unterworfen ist, unklar definiert ist. Diverse Systematisierungsvorschläge computervermittelter Kommunikation ermöglichen eine idealtypische Differenzierung verschiedener Formen computervermittelter Kommunikation. Systematisierungsvorschläge computervermittelter Kommunikation ignorieren jedoch die durch das Social Web induzierten Veränderungsprozesse. Diese Veränderungen machen es aber noch schwieriger einzelne Formate anhand des Kriteriums Zeit oder Zahl der Kommunikationspartner zu verorten.

Da die bestehenden Systematisierungsvorschläge nicht ausreichten, um das Umsetzungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte zu überprüfen, wurde zunächst die Universalpragmatik von Habermas diskutiert und wurden daran anschließend Regeln für ein

angemessenes Verhalten innerhalb der computervermittelten Kommunikation abgeleitet. Ziel der Habermas'schen Universalpragmatik ist es, universal gültige Regeln kommunikativen Handelns aufzuzeigen, die für eine Verständigung zwischen Sprecher und Hörer notwendig sind. Da die Theorie keine Vorfestlegung trifft auf den Mikro- oder Makrobereich von Kommunikation, eignet sie sich gut für eine Analyse von Kommunikationsformen, bei denen die verschiedenen Öffentlichkeitsebenen schwimmen. Die Universalpragmatik von Habermas diente vor allem als kritischer Maßstab für die Umsetzung deliberativer Prozesse, an dem sich das Potenzial der computervermittelten Kommunikation messen muss. An die Herausarbeitung von Regeln kommunikativen Handelns bei Habermas schloss die Rahmenanalyse Goffmans an. Anhand dieser wurden übergreifende Kommunikationsmerkmale dargestellt. Ein Schwerpunkt der Darstellung der Rahmenanalyse Goffmans lag auf der Frage, wie Interaktionsprozesse zustande kommen und auf welche Weise mit vorhandenen Restriktionen in kommunikativen Kontexten umgegangen wird.

Goffman und Habermas haben sich schon aufgrund der Entstehungszeit ihrer Studien nicht mit computervermittelter Kommunikation beschäftigt. Ihr Schwerpunkt lag auf Interaktionsformen, in denen Akteure physisch präsent sind. Ein Modell, welches eng an die Rahmenanalyse Goffmans anknüpft, sie aber auf die computervermittelte Kommunikation überträgt, existiert mit dem Modell des Computerrahmens des Kommunikationswissenschaftlers Höflich. Ausgehend von der Annahme des Computers als „Hybridmedium“ mit „multiplen Medienrahmen“, der in einem Medium bislang getrennte Medien vereint (Höflich 2003, S. 75), wurden zwei zentrale Punkte herausgestellt. Die technische Konfiguration des Internets unterstützt bestimmte kommunikative Gebrauchsweisen und damit bestimmte Erwartungen der Kommunikationsteilnehmer. Nutzer sind in verschiedene Computerrahmen eingebunden, die zu einer Stabilisierung von Kommunikation führen. Für die Nutzung dieser Computerrahmen existieren zum einen Adäquanzregeln, die den Zweck eines Kommunikationsmediums festlegen. Zum anderen gibt es prozedurale Regeln, die den Ablauf der Kommunikation innerhalb des Mediums bestimmen. Gemeinsam geteilte Regeln sind zentral für die Teilnahme an einer Kommunikationsgemeinschaft.

Ferner wurden, um die Auswirkungen computervermittelter Kommunikation auf die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte zu fassen, verschiedene Theorien und Modelle computervermittelter Kommunikation diskutiert. Die skizzierten Modelle zeichnen aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausgangspunkte und Schwerpunkte ein heterogenes Bild über die Leistungen und Auswirkungen computervermittelter Kommunikation auf die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte. Aufgrund dieser Vielschichtigkeit wurden die Modelle nicht als konkurrierende Ansätze betrachtet, sondern als Theorien, die einen

bestimmten Teilaspekt computervermittelter Kommunikation erklären helfen können. Überdies konnten die verschiedenen Ansätze differenziert werden in Modelle, die von den technischen Eigenschaften eines Mediums her argumentieren und aufgrund dessen computervermittelte Kommunikation wegen ihrer eingeschränkten Kanalvielfalt als defizitär gegenüber der Face-to-Face-Kommunikation einstufen. Kompensatorische Modelle lösen sich von der technikdeterministischen Defizitanalyse und konzentrieren sich auf die Nutzerseite computervermittelter Kommunikation. Sie fragen danach, wie die Nutzer den technischen und sozialen Rahmen ihren Bedürfnissen anpassen und wie Restriktionen kompensiert werden.

Aus der Perspektive der Defizitmodelle ist computervermittelte Kommunikation für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte nicht geeignet, da sie nicht das notwendige Maß an sozialer Präsenz erzeugen kann. Aus der Warte dieser Ansätze bedarf es eines Mediums, welches eine ähnlich hohe Kanalvielfalt besitzt wie die Face-to-Face-Kommunikation. Es wurde argumentiert, dass die pauschale Defizitanalyse, die primär auf den Faktor Kanalvielfalt rekurriert, nicht sinnvoll ist. Inwiefern computervermittelte Kommunikation soziale Präsenz erzeugt, muss im Zusammenspiel mit anderen Faktoren analysiert werden. Die Erzeugung sozialer Präsenz ist keine Eigenschaft eines Mediums, sondern durch seine Nutzer beeinflussbar. Vertrautheit mit dem Medium ist ein zentrales Merkmal, wie die Darstellung kompensatorischer Modelle darlegte.

Für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte im Kontext der computervermittelten Kommunikation wurden nach der Diskussion der Defizitmodelle und kompensatorischen Modelle folgende Auswirkungen computervermittelter Kommunikation herausgearbeitet. Computervermittelte Kommunikation ist technisch bedingt kanalreduziert im Vergleich zu Face-to-Face-Interaktionen. Hinsichtlich der Auswirkungen der Kanalreduktion kommen Defizitmodelle und kompensatorische Modelle zu unterschiedlichen Einschätzungen. Für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte ist die Kanalreduktion allerdings kein unbedingter Nachteil. Dafür sprechen drei Gründe. Nutzer können technische Restriktionen partiell kompensieren, auch entwickeln sie mit der Zeit und Gewöhnung ein an die „Medien angepasstes Verhalten“ (Wende 2007, S. 108), welches vorhandene Restriktionen partiell ausgleicht. Schließlich ist die Kanalreduktion computervermittelter Kommunikation unter Umständen von Vorteil, da es zu einer Fokussierung auf den Inhalt der Botschaft führt. Computervermittelte Kommunikation ist heute je nach Format durch Pseudonymität gekennzeichnet. Diese Form der Anonymität computervermittelter Kommunikation ist insofern von Vorteil, als sie durch die Ausblendung von Statuskategorien wie Alter, Geschlecht, Klasse und ethnischer Zugehörigkeit eine vergleichsweise egalisierende Kommunikationsform darstellt.

Die durch das Social Web induzierten Veränderungsprozesse bewirken, dass die Inhalte computervermittelter Kommunikation in sozialen Netzwerken ein relativ hohes Maß an Verbindlichkeit und Verlässlichkeit erreicht haben. Die Identität der Realwelt mit der virtuellen überschneidet sich in sozialen Netzwerken. Normen und soziale Verhaltensmuster aus der Realwelt gewinnen damit in der virtuellen Welt an Bedeutung. Computervermittelte Kommunikation stellt weiterhin einen hybriden Kommunikationsstil dar, der zwischen schriftlich und mündlich oszilliert. Der geringe Formalisierungsgrad der Sprache, der Gebrauch umgangssprachlicher Ausdrücke, innovative Zeichenverwendung sowie das Benutzen einfacher Satzstrukturen sind für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte von Vorteil. Während Vorzüge schriftlicher Kommunikation, wie beispielsweise ihre Archivierbarkeit und Zitierbarkeit, erhalten bleiben, werden auf der anderen Seite die Hürden für einen Austausch von Botschaften von Personen mit geringeren schriftlichen Ausdrucksvermögen gesenkt. Für die Umsetzung expansiver Deliberationskonzepte, die über den rationalen Austausch hinausgehende Kommunikationsformen wie „story-telling“ und Narrative propagieren, stellt computervermittelte Kommunikation ein geeignetes Medium dar. Vor dem Hintergrund der spezifischen Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte besitzt die computervermittelte Kommunikation ein beachtliches Potenzial für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte. Eine Orientierung medienvermittelter Kommunikation am Vorbild der Face-to-Face-Interaktion als idealer Kommunikationsform scheint hingegen zweifelhaft.

Das Potenzial der Netzöffentlichkeit für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte wurde anhand der normativen Kriterien deliberativer Öffentlichkeitskonzepte beurteilt. Neben diesen idealtypischen Kriterien wurde das Potenzial mittels des Vergleichsmaßstabs der traditionellen massenmedialen Öffentlichkeit gemessen. Um die Frage elaboriert diskutieren zu können, inwiefern die Spezifika der Netzöffentlichkeit zu einem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit führen, wurden deswegen in Kapitel 8 zuerst die Strukturen einer über traditionelle Massenmedien vermittelten Öffentlichkeit analysiert. Dabei wurde theoretisch eruiert, welche demokratietheoretischen Funktionen Öffentlichkeit aus deliberativer Warte einnimmt und welche Vermittlungsleistungen und Defizite die traditionelle massenmediale Öffentlichkeit aufweist.

Dazu wurden zunächst die zentrale Bedeutung und die Anforderungen an eine funktionierende Öffentlichkeit aus deliberativer Perspektive analysiert. Anhand des Habermas'schen Modells von Öffentlichkeit wurden die Bedeutung einer funktionierenden Öffentlichkeit sowie die historische Analyse des Aufstiegs und Falls der bürgerlichen Öffentlichkeit nachgezeichnet. Aufbauend auf den diskurstheoretischen Überlegungen zur idealen Sprechsituation von Habermas und den daran anschließenden Arbeiten von Peters

wurden drei Anforderungen an eine deliberative Öffentlichkeit hervorgehoben: 1) prinzipielle Gleichheit des Publikums und der Sprecher, 2) Offenheit für Themen und Ergebnisse sowie 3) diskursive Bearbeitung der Themen. Gleichheit wurde als Gleichverteilung von Kommunikationschancen aller betroffenen Akteure verstanden. Allen Beteiligten die gleiche Redezeit einzuräumen, ist unter den strukturellen Bedingungen moderner Gesellschaften nicht möglich. Thematische Offenheit wurde als Forderung spezifiziert, dass alle relevanten Themen und Gesichtspunkte ihren Weg in die Öffentlichkeit finden können und problemorientiert und argumentativ verteidigt und in Frage gestellt werden.

Inwiefern diese anspruchsvollen Anforderungen in traditionellen Massenmedien erfüllt werden, wurde aufbauend auf den Beiträgen von Gerhards und Neidhardt diskutiert, indem verschiedene Akteursgruppen, Komplexitätsebenen, die Selektionslogiken von professionellen Medienakteuren sowie abschließend die aus deliberativer Warte zentralen Defizite dieser Strukturen auf der Struktur- und Akteursebene herausgearbeitet wurden. Festgehalten wurden im ersten Schritt zentrale Charakteristika einer traditionellen massenmedialen Öffentlichkeit. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass über ein technisches Verbreitungsmedium Kommunikation an ein disperses Massenpublikum vermittelt wird, ein Rollenwechsel zwischen Sprechern und Publikum kaum möglich ist, die Angebote öffentlicher Kommunikation von professionellen Anbietern erstellt werden und Journalisten eine zentrale Funktion bei der Filterung und Interpretation von Themen zukommt.

Auf der Strukturebene zeigten sich auf der Input-Ebene Defizite bei der Transparenzfunktion. Der Zugang und die Offenheit für Themen und Akteure erfolgen in einer durch traditionelle Massenmedien dominierten Medienstruktur selektiv. Akteure, die nicht durch institutionalisierte Kanäle über das politische System, Parteien oder Verbände Einfluss nehmen können, haben häufig keine Chance, ihre Meinung zu artikulieren. Diese Exklusionsmechanismen auf der Input-Ebene verstärken die Probleme auf der Throughput- und Output-Ebene. Aus deliberativer Perspektive muss es eine diskursive Auseinandersetzung geben, bei der Argumente und Gegenargumente ausgetauscht und Informationen gebündelt werden. Traditionelle Massenmedien weisen auf der Throughput-Ebene zentrale Defizite auf, da der Aspekt der Verständigung gegenüber dem des Werbens eine untergeordnete Rolle spielt. Schließlich zeigen sich ebenso auf der Output-Ebene und in der damit verbundenen Orientierungsfunktion Mängel. Themen, die sich an bestimmten medialen Selektions- und Inszenierungslogiken orientieren, werden in traditionellen Massenmedien privilegiert. Dies führt zu einem Übergewicht von „Pseudoereignissen, Inszenierungen, Skandalisierungen und symbolischer Politik“ (Nuernbergk 2013, S. 69).

Defizite der traditionellen massenmedialen Öffentlichkeit zeigten sich ebenso auf der Akteursebene. Rollendifferenzierung und Distanzierung zwischen Publikum, Sprechern und

Vermittlern sind Charakteristika der traditionellen Massenmedien. Von besonderer Bedeutung sind dabei Gatekeeper und Nachrichtenfaktoren. Sie leisten eine Selektion und Synthetisierung von Informationen und damit die Reduktion von Komplexität. Thematische Zentrierung und Bündelung von Informationen ermöglicht die Bildung eines gemeinsamen Erfahrungshorizonts sowie eine Synchronisierung unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche. In traditionellen Massenmedien weist diese Form der Informationsselektion eine Reihe von Defiziten auf.

Journalisten und Medienunternehmen treffen eine Selektion aufgrund von Regeln, die medienintern aus Routinen und Zwängen oder aus subjektiven Vorurteilen entstehen, sich aber nicht grundsätzlich von der politischen Bedeutung der Nachricht ableiten lassen. Damit werden Themen bevorzugt, die am besten in das Raster von Nachrichtenfaktoren passen. Ansehen und ein hoher Status der Sprecher erhöhen die Zugangschancen zur medialen Berichterstattung in traditionellen Massenmedien. Akteure der Peripherie finden in einem solchen System nur sporadisch Zugang zu den Foren der öffentlichen Auseinandersetzung. Die Erwartungen an eine funktionierende Öffentlichkeit auf der Input-, Throughput- und Output-Ebene wurden aus deliberativer Warte in einer durch traditionelle Massenmedien vermittelten Öffentlichkeit unzureichend erfüllt. Gleichzeitig wurde jedoch festgestellt, dass zentrale Leistungen traditioneller Massenmedien darauf beruhen, dass es zu einer „Abkopplung von sozialer Interaktion“ kommt (Sutter 2010, S. 83).

Inwiefern die Struktur der Netzöffentlichkeit den Anforderungen deliberativer Demokratiekonzepte an eine funktionierende Öffentlichkeit entgegenkommt, sowie die Frage, welche ambivalenten Folgen sich aufgrund der gesteigerten Interaktivitäts- und Partizipationspotenziale der Netzöffentlichkeit ergeben, wurde in Kapitel 9 diskutiert. Zunächst wurden die Grundlagen der Netzöffentlichkeit dargestellt. Aufbauend auf diesem Fundament wurden die aus deliberativer Warte zentralen Ambivalenzen und Leistungen der Netzöffentlichkeit analysiert. Hervorstechendes Merkmal der Netzöffentlichkeit ist die Bandbreite an Möglichkeiten, die die Netzöffentlichkeit bietet. Die Netzöffentlichkeit integriert und kombiniert Leistungen traditioneller Massenmedien, vereint sie zu neuen Formaten, flexibilisiert den Übergang zwischen Sprecher und Rezipienten, eröffnet crossmediale Übergänge zu anderen Medienformaten, schafft potenziell die Möglichkeit für die Sichtbarkeit kleiner Öffentlichkeiten und erschließt die Inhaltsfülle durch technische und soziale Hilfen. Diese Optionenvielfalt führt zu einer wünschenswerten Leistungssteigerung. Sie zeigt jedoch bei einer näheren Betrachtung ebenso ambivalente Folgeprobleme aus deliberativer Perspektive. Im Internet können im Vergleich zu traditionellen Massenmedien nicht mehr die Grenzen, sondern die Vielzahl an Möglichkeiten zum Problem werden.

Subsumiert man die Veränderungen unter die Dimensionen der Sozial-, Kanal- und

Zeichendimension, so zeigten sich zusammenfassend folgende Veränderungen. Auf der Sozialdimension integriert die Netzöffentlichkeit die Ebenen der Massen-, Gruppen- und Individualkommunikation und ermöglicht einen fließenden Wechsel zwischen den Ebenen. Potenziell kann jeder Internetnutzer mit niedrigen Kosten im Internet Angebote publizieren, die grundsätzlich weltweit abrufbar sind, womit die strikte Rollendifferenzierung traditioneller Massenmedien schwimmt. Auf der Kanal- und Zeichendimension wurde ebenso eine Aufhebung von Medien- und Angebotsgrenzen in technischer und sozialer Dimension diagnostiziert. Unterstützt werden diese Prozesse durch eine Aufhebung von Raumrestriktionen und zeitlichen Einschränkungen. Anders als in klassischen Massenmedien ist ein Zugriff auf Angebote auf globaler Ebene zeitlich unabhängig möglich.

Nachdem die Potenziale der Netzöffentlichkeit in den Blick genommen worden sind, wurden die aus den erweiterten Partizipations- und Interaktionsmöglichkeiten resultierenden ambivalenten Folgeprobleme kritisch diskutiert. Dazu gehörten die von Kritikern monierten fehlenden „funktionalen Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selektieren und in redigierter Form synthetisieren“ (Habermas 2008a, S. 162). Dieser Kritikpunkt wurde unter dem Stichwort der Fragmentierung und anhand der damit verbundenen Konzepte wie Gruppenpolarisierung und Enklaven-Deliberation analysiert. Zunächst konnte festgestellt werden, dass eine Fragmentierung der Mediennutzung bereits vor dem Aufkommen des Internets, unter anderem durch die Etablierung des Privatfernsehens, zu beobachten war. Der Anspruch, alle oder wenigstens einen Großteil der Publikumsaufmerksamkeit zu vereinen, erodierte flankierend zu diesen technischen und ökonomischen Entwicklungen aufgrund gesellschaftlicher Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen.

Eine Gleichsetzung der in der Netzöffentlichkeit zu beobachtenden Angebotsvielfalt mit einer Fragmentierung kann weder normativ noch empirisch überzeugen. Es haben sich in der Netzöffentlichkeit vielmehr Mechanismen und Strukturen gebildet, die dazu führen, dass auf der einen Seite eine Vielfalt von Nischenangeboten weitaus einfacher Sichtbarkeit erlangen kann. Gleichzeitig wirken neue Äquivalente zur Synthetisierung der Angebotsvielfalt einer verstärkten Fragmentierung entgegen. Empirisch zeigt sich, dass eine Mehrheit der Internetnutzer die politische Berichterstattung weiterhin in traditionellen Massenmedien parallel verfolgt. Traditionelle Massenmedien erbringen somit weiterhin wichtige Synthetisierungsleistungen.

Ob die Nutzung des Internets realweltlich ungleich verteilte Partizipationschancen verstärkt oder abschwächt, wurde vor dem theoretischen Hintergrund der Diffusionstheorie und der Wissensklufthypothese diskutiert. Beide Ansätze unterscheiden sich darin, inwiefern verschiedene Bevölkerungsgruppen vom Internet profitieren. Der Wissensklufthypothese

folgend können sich die relativen Wissensunterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch das Internet erhöhen, da bessergestellte Personen stärker von der Nutzung des Internets profitieren als schlechtergestellte. Folgt man den Annahmen der Diffusionstheorie, ist das Phänomen der digitalen Spaltung zeitlich begrenzt. Da die Innovation des Internets Vorteile gegenüber anderen Lösungen hat, müssten auf Dauer alle Bevölkerungsgruppen diese Innovation übernehmen.

Mit ihren unterschiedlichen Annahmen bilden die Diffusionstheorie und die Wissenskluthypothese den Unterbau der Forschung zur digitalen Spaltung, der theoretisch und empirisch analysiert wurde. Die digitale Spaltung wurde zunächst als ein multidimensionales Konzept eingeführt, das besser geeignet ist die Komplexität des Phänomens zu fassen als die rein binäre Differenzierung zwischen Internetnutzern und Offlinern. Eine einseitige Betonung des Zugangsaspekts, wie es die Diffusionstheorie leistet, oder des Nutzungsaspekts, wie es die Wissensklutforschung postuliert, wurde zurückgewiesen. Das Ausmaß und die Konsequenzen einer digitalen Spaltung wurden empirisch anhand der Fragen eruiert, wie verbreitet welche Art von Internetzugang ist und welche Inhalte von wem genutzt werden. Überprüft wurden diese Fragen primär anhand der empirischen Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013 zur Onlinenutzung in Deutschland.

Im Frühjahr 2013 waren 77,2 % der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahre online. Besonders die Gruppe der über 60-Jährigen war allerdings unterrepräsentiert. Nur 42,9 % der über 60-Jährigen waren online. Ebenso existieren hinsichtlich soziodemografischer Faktoren wie Bildungsgrad, Berufstätigkeit und Geschlecht deutliche Unterschiede. Den Annahmen der Diffusionstheorie folgend müsste es auf Dauer zu einer vollständigen Onlinedurchdringung kommen. Dies erscheint unwahrscheinlich. Vielmehr konnte gezeigt werden, dass trotz sinkender Kosten und technischer Hürden sowie einer wachsenden Attraktivität der Angebote im Internet die Diffusion der Internetverbreitung in eine Sättigungsphase eingetreten zu sein scheint. Für einen Teil der Offliner ist die Verweigerungshaltung ein bewusster Akt, da diese im Internet keinen Mehrwert gegenüber bestehenden Medienangeboten erkennen können.

Ein ähnliches Muster zeigte sich auf der Nutzungsseite. Übergreifend über alle Altersgruppen steigt die tägliche Nutzungsdauer des Internets an, trotzdem verweilen jüngere Nutzer deutlich länger im Internet als ältere. Auch bei der Ausschöpfung des Anwendungspotenzials des Internets sind ältere Personen bislang zurückhaltender. Die Nutzung von Nachrichtenangeboten im Internet hat in allen Altersgruppen an Bedeutung gewonnen. Für die Vermittlung politischer Informationen spielt das Internet heute eine wichtige Rolle.

Die Frage, welche Wirkung die diagnostizierten digitalen Klüfte auf der Zugangs- und

Nutzungsseite zeigen, das heißt, ob es zu einer Schlechterstellung von Offlinern gegenüber Onlinern führt, weil Letztere politisch besser informiert sind und/oder stärker politisch partizipieren, ist schwierig empirisch zu fassen. Anhand der Studien von Marr sowie von Emmer und Vowe konnten für den deutschsprachigen Raum wichtige Anknüpfungspunkte gewonnen werden. Positive Wirkungen konnten beide Untersuchungen hinsichtlich der Informationskommunikation nachweisen. Onliner sind besser informiert über das politische Geschehen als Offliner. Eine positive Auswirkung auf anspruchsvollere aktive Partizipationsformen, wie beispielsweise Onlinepetitionen oder das Verfassen von Diskussionsbeiträgen, konnte nicht bestätigt werden. Es konnte gezeigt werden, dass aktive virtuelle Partizipationsformate ähnlichen Einflussfaktoren wie realweltliche Formen der Partizipation unterworfen sind. Individuelles Vorwissen, Medienkompetenz und sozioökonomische Faktoren sowie im Internet das Alter der Nutzer bestimmen das Ausmaß der Nutzung anspruchsvoller aktiver Partizipationsformen online und realweltlich maßgeblich. Die Ergebnisse der Forschung zur digitalen Spaltung sind für das Verwirklichungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte im Internet ambivalent. Exklusionsmechanismen, die in der Realwelt zu finden sind, setzen sich im Internet fort. Sozioökonomisch bessergestellte Akteure profitieren stärker von der Nutzung der Möglichkeiten des Internets als statusniedrigere Personen. Kohorteneffekte, die zunehmende Nutzung von sozialen Netzwerken und deutliche Zuwachsraten bei älteren Internetnutzern, offenbaren die Potenziale der Internetnutzung für den Grad politischer Informiertheit und politischer Partizipation. Es zeigt sich vor allem bei der Analyse der digitalen Spaltung, wie eng Realwelt und Onlinewelt miteinander verknüpft sind. Realweltliche sozioökonomische Statusunterschiede spiegeln sich im Internet wider. Diese unterschiedlichen Startbedingungen bei der Nutzung des Internets belegen, dass viele der Probleme bei der Herstellung einer annähernd gleichberechtigten Nutzung des Internets zunächst offline gelöst werden müssen.

Im Anschluss wurden die Leistungsfähigkeit von partizipativen Formaten, ihr Verhältnis zu professionellen Vermittlungsstrukturen sowie die Unterschiede zwischen professionellen journalistischen Angeboten im Internet und ihren realweltlichen Pendanten diskutiert. Den Hintergrund bildete die Frage, inwiefern periphere Akteure und Themen in der Netzöffentlichkeit leichter Aufmerksamkeit gewinnen können als in traditionellen Massenmedien. Dabei wurde zunächst auf die Zentralität von Synthetisierungs- und Selektionsleistungen in der Netzöffentlichkeit verwiesen. Während in einer traditionellen Medienlandschaft Synthetisierungs- und Selektionsleistungen von professionellen Redaktionen übernommen werden, existieren im Internet professionell-redaktionelle und partizipative Formate nebeneinander und überschneiden sich.

Professionell-redaktionelle Angebote im Internet zeichnen sich durch ähnliche Produktionsweisen aus wie traditionelle journalistische Angebote. Häufig findet ein „Nachrichtenrecycling“ statt, bei dem Themen aus dem Muttermedium übernommen werden. Die aus deliberativer Perspektive diagnostizierten Defizite traditioneller journalistischer Angebote setzen sich damit im Internet fort. Die Qualität traditioneller Print- und Rundfunkmedien ist mitentscheidend für die Qualität der professionell-redaktionellen Angebote im Internet. Da professionell-redaktionelle Angebote im Internet durch die Einbindung technischer und partizipativer Formate ergänzt werden, indem diese als Werkzeug zur Themenrecherche für Journalisten und als Resonanzraum fungieren, ist von einer graduellen Verbreiterung des Spektrums an Meinungen, Themen und Akteuren auszugehen.

Die Möglichkeiten des Internets, als partizipative Diskussions- und Publikationsplattform zu fungieren, auf der alternative Informationen und Meinungen veröffentlicht werden, oder die etablierte Medienberichterstattung kritisch zu begleiten, wurden im Folgenden diskutiert. Den Hintergrund bildete die Frage, inwiefern in professionellen Formaten vernachlässigte Themen und Akteure in partizipativen Angeboten im Internet Berücksichtigung finden, wie intensiv partizipative Angebote genutzt werden und welche Qualität sie aufweisen. Partizipative Angebote, bei denen das Publikum an der Inhaltserstellung involviert ist, weisen im Internet verschiedene Grade der Nutzerbeteiligung auf. Entsprechend wurden Angebote betrachtet, die Nutzer auf der Ebene der Beitragselemente einbinden, professionell-partizipative Nachrichtensites sowie Individualformate wie Blogs.

Angebote auf der Ebene der Beitragselemente weisen eine hohe Nutzungsintensität auf. Sie können als Praxisraum für tiefergehende Aktivitäten dienen. Ihre Möglichkeiten zur Ausweitung der Themenvielfalt sind aufgrund restriktiver Vorgaben der Redaktion gering. Eine Vielzahl dieser Angebote erscheint als „Marketingmaßnahmen mit pseudo-partizipativem Anstrich“ (Engesser und Wimmer 2009, S. 59). Potenziell vereinen professionell-partizipative Nachrichtensites die Vorteile professioneller Angebote, was die Einhaltung journalistischer Standards und Synthetisierungsleistungen angeht, mit der Möglichkeit der Publikation eigener Artikel durch das Publikum. Problematisch ist jedoch neben der unklaren Finanzierungsfrage der bislang geringe Nutzerkreis von professionell-partizipativen Nachrichtensites.

Als drittes Element wurden abschließend Individualformate wie Blogs analysiert. In ihnen ist es möglich Beiträge ohne Prüfung zu publizieren und in einen Austausch mit den Rezipienten zu treten. Eine Qualitätssicherung erfolgt indirekt durch eine Kommentarfunktion. Aussagen können bewertet, kritisiert und korrigiert werden. Eine Synchronisierung erfolgt durch direkte Verlinkung einzelner Beiträge, sodass ein System

entstanden ist, in dem sich Blogs von einem Werkzeug der bloßen Publikation in ein dialogorientiertes System überlappender Gemeinschaften gewandelt haben. Angebote aus dem Long Tail können potenziell eine hohe Aufmerksamkeit erlangen. Problematisch erscheint bei Individualformaten wie Blogs eine relativ geringe aktive Beteiligung der Internetnutzer.

Grundsätzlich haben in den untersuchten Formaten in der Netzöffentlichkeit Akteure des politischen Zentrums bessere Chancen zur Erlangung von Sichtbarkeit als Akteure der Peripherie. Setzt man die normativ anspruchsvollen Kriterien deliberativer Öffentlichkeitskonzepte als Maßstab an, kann auch in der Netzöffentlichkeit nicht davon ausgegangen werden, dass eine prinzipielle Gleichheit des Publikums und der Sprecher, eine Offenheit für gesellschaftlich relevante Themen und Gesichtspunkte sowie eine diskursive Bearbeitung dieser Themen gegeben sind. Deutlich positiver fällt das Ergebnis indes aus, wenn man das Potenzial der Netzöffentlichkeit für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte mit dem traditioneller Massenmedien vergleicht. In unterschiedlichem Umfang haben in den drei diskutierten Formaten Akteure der politischen Peripherie bessere Chancen auf Sichtbarkeit. Da sich die Netzöffentlichkeit und eine durch traditionelle Massenmedien konstituierte Öffentlichkeit wechselseitig beeinflussen und ein zentrales Informations- und Recherchewerkzeug von Journalisten darstellen, hat die Netzöffentlichkeit das Potenzial, als Impulsgeber und Innovationsfaktor zu fungieren, sodass alternative Akteure und Themen in traditionellen Massenmedien stärkere Berücksichtigung finden. Problematisch erscheinen das bislang immer noch relativ geringe Interesse an der aktiven Beteiligung an partizipativen Formaten sowie die entlang sozioökonomischer Kriterien unterschiedlich verteilte Nutzung partizipativer Formate.

10.2 Abschließende Bewertung

Das Internet ist zu einem ubiquitären Phänomen geworden, das Auswirkungen auf politische Beteiligungsmuster, Willensbildungsprozesse, Interessenvermittlung und die Öffentlichkeit zeigt. In mehrfacher Hinsicht hat das Internet in den letzten zwei Jahrzehnten eine ungeahnte Expansion vollzogen. Es hat zum einen eine kostengünstige und einfache Kommunikation über geografische Grenzen hinweg ermöglicht. Selbst in entlegenen Weltregionen ist inzwischen ein Zugang zum Internet möglich. Neben einer Expansion in der Breite ist das Internet vor allem tiefer in viele Sphären der Gesellschaft vorgestoßen. Zunehmend mehr Lebensbereiche besitzen Berührungspunkte zum Internet. Zentrale gesellschaftswissenschaftliche Fragen lassen sich kaum noch ohne eine Mitberücksichtigung des Internets umfassend beantworten. Vertreter deliberativer Demokratiekonzepte sollten somit die Bedeutung des Internets und ihre Auswirkungen auf verschiedene Formen der

Kommunikation und Öffentlichkeit systematisch integrieren.

Die wachsende Relevanz des Internets muss als Potenzial wahrgenommen werden, um deliberativen Verfahren einen Institutionalisierungsrahmen zu bieten. Dabei geht es nicht darum, dass deliberative Demokratiekonzepte für sich alleine genommen gewährleisten können, dass eine politische Ordnung funktioniert. Innerhalb der von Elster (1998a, S. 5 f.) beschriebenen drei grundlegenden Optionen zur Entscheidungsfindung (Argumentieren, Verhandeln und Abstimmen) muss vielmehr über innovative Verfahren nachgedacht und diskutiert werden, die ein „adäquates Mischungsverhältnis“ (Hüller 2012, S. 145) zwischen den drei genannten Optionen ermöglichen. Die Netzöffentlichkeit und die computervermittelte Kommunikation bieten das Potenzial, die Option „Argumentieren“ zu stärken.

Diese wachsende Bedeutung des Internets zeigt für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte positive wie auch dysfunktionale Effekte. Da das Internet eine technische Plattform unterschiedlichster Medien ist, ist es wie andere Medien mit Vor- und Nachteilen verbunden. Die Veränderungen in der Medienstruktur, die einhergehen mit einem Bedeutungszuwachs der Netzöffentlichkeit und der computervermittelten Kommunikation, führen folglich nicht zu unidirektionalen Kausaleffekten in Richtung mehr oder weniger Demokratie. Eine Ambivalenz ist dem Internet besonders inhärent aufgrund seiner Gestaltungsoffenheit, welche unterschiedliche Effekte auf demokratische Prozesse ebenso wie auf das Umsetzungspotenzial deliberativer Demokratiekonzepte zeigt. Ignorieren kann man die Bedeutung des Internets heute nicht mehr. Man konnte vielleicht in der Gründerzeit des Internets noch fragen, ob eine von digitalen Medien durchdrungene Gesellschaft mehr oder weniger Demokratie bringt. Heute gilt es für Sozialwissenschaftler zu fragen, welche demokratieförderlichen oder ambivalenten Potenziale eine unumkehrbar vom Internet geprägte Gesellschaft auf demokratische Arrangements haben kann.

Das Internet unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von traditionellen Massenmedien. Traditionelle Massenmedien haben zweifelsfrei im hohen Maße die Struktur der Öffentlichkeit geprägt. Ein zentraler Unterschied sind aber das Entwicklungstempo, die Wandelbarkeit und die spezifische Struktur des Internets im Vergleich zu bislang dominierenden Massenmedien. Diese Vielfalt und das Tempo der Veränderungen führen zu Unsicherheiten und einer Unübersichtlichkeit in Bezug auf seine Auswirkungen (Jarren 2013, S. 54 ff.). Vergleicht man als ein Aspekt das Entwicklungstempo des Internets mit dem traditioneller Massenmedien, wird dies besonders deutlich. Die Pressefreiheit wurde gegen den Widerstand staatlicher Strukturen in einem langandauernden Prozess erkämpft, bei dem allmählich bestimmte Regeln etabliert wurden, die den Handlungsspielraum der Presse festlegen. Die Einführung des Radios und später des Fernsehens erfolgte durch einen Top-down-Prozess von

staatlicher Seite. Dies zeigt sich in der Etablierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland, der durch die Politik und andere etablierte gesellschaftliche Interessengruppen dominiert wird. Trotzdem überwogen die Gemeinsamkeiten zwischen Printmedien und Rundfunk. In beiden Fällen haben die Einführung, Verbreitung und Herausbildung von Medienorganisationen, sozialen Normen, bekannten Sendeformaten und damit verbundenen Persönlichkeiten Jahrzehnte gedauert. Grundsätzlich konnte sich der nachfolgende Rundfunkjournalismus an etablierten Normen der Printmedien orientieren. Auch das Publikum konnte allmählich mit den damals neuen Formaten vertraut werden und den verschiedenen Angeboten bestimmte Qualitätsmerkmale zuschreiben. Der Begriff des Leitmediums spiegelt diesen Prozess wider (Jarren 2013, S. 56 ff.).

Die Produktion von Inhalten ist wie Synthetisierungs- und Selektionsleistungen in traditionellen Massenmedien auf relativ wenige professionelle Akteure beschränkt, die sich auf die Einhaltung bestimmter journalistischer Standards verpflichteten und Nachrichten nach bestimmten Faktoren selektierten. Hinter traditionellen Massenmedien stehen professionelle Organisationen mit klaren publizistischen Verantwortlichkeiten, die nationalstaatlichen Gesetzen unterworfen sind. Das Publikum konnte nur insofern Einfluss nehmen, als es eine Exitoption wählte, indem es bestimmte Publikationen nicht mehr konsumierte (Jarren 2013, S. 57 f.). Auch wenn sich das Internet und die verschiedenen im Internet publizierten Formate nicht völlig von den oben skizzierten Vorgaben lösen, zeigen sich doch signifikante Unterschiede zu traditionellen Massenmedien. Sie lassen darauf schließen, dass mit der Etablierung des Internets ein signifikanter „Regel- und Normwandel“ verbunden ist (Jarren 2013, S. 58). Das Videoportal YouTube ist ein prototypisches Beispiel. Videos auf YouTube können zeitunabhängig von jedem Ort und zu jeder Zeit konsumiert werden. Die Inhalte werden von Amateuren ebenso wie von professionellen Anbietern erstellt und können kommentiert und in sozialen Netzwerken weiterempfohlen und mit Hilfe der verschiedensten technischen Geräte abgespielt werden.

Aus deliberativer Warte eröffnet sich damit eine Options- und Angebotssteigerung in der Netzöffentlichkeit, die den Anforderungen einer prinzipiellen Gleichheit des Publikums und der Sprecher, einer Offenheit für alle relevanten Themen und Meinungen sowie der diskursiven Bearbeitung dieser Themen entgegenkommt. Die Auswirkungen und Charakteristika computervermittelter Kommunikation unterstützen diesen Prozess, indem sie in räumlicher, zeitlicher und sozialer Perspektive eine Vermehrung kommunikativer Möglichkeiten und damit ein Innovationspotenzial bieten. Inwiefern durch partizipative Angebote im Internet journalistische Leistungen erbracht werden, inwiefern diese qualitative Mindeststandards erfüllen und wie sie finanziert werden können, bedarf einer empirischen Prüfung. Bislang genießen traditionelle Qualitätsmedien bei den Bürgern ein höheres Maß

an Glaubwürdigkeit, was aber nicht dauerhaft so bleiben muss (Neuberger und Quandt 2010, S. 73).

Diese Offenheit des Internets spricht potenziell dafür, dass sich Meinungsmacht im Internet weniger leicht herausbilden kann als in einer Medienstruktur, die durch klassische Massenmedien dominiert wird. Gleichzeitig ist indes zu beobachten, dass neben den alten Gatekeepern im Internet neue auftreten: Neben Suchmaschinen wie Google nehmen soziale Netzwerke wie Facebook eine dominierende Stellung bei der Nachrichtenauswahl vieler Nutzer ein. Inwiefern wirtschaftliche Interessen dieser Unternehmen, ihrer Werbepartner oder ihre technische Struktur Einfluss auf die Nachrichtenauswahl nehmen und inwiefern diese den Bedürfnissen der Nutzer stärker entgegenkommt, ist offen. Auch welche Auswirkungen der Prozess der Anschlusskommunikation journalistischer Artikel im Internet auf den Grad politischer Informiertheit zeigt und inwiefern Rückkoppelungseffekte zu erwarten sind, ist bislang empirisch unzureichend untersucht (Machill und Beiler 2014, S. 58). Hat sich das Internet zunächst aus der Realwelt heraus entwickelt, hat es inzwischen selber zunehmend Auswirkungen auf die Realwelt. Wurden zuerst primär realweltlich existierende Kommunikationsformate ins Internet quasi übertragen, wie beispielsweise die E-Mail, finden sich im Internet inzwischen Kommunikationsformate, die in der Form und Kombination realweltlich keine Entsprechung besitzen wie etwa der Kurznachrichtendienst Twitter.

Vermittlungsleistungen werden in der Netzöffentlichkeit nicht überflüssig. Der Journalist Heribert Prantl sieht die Bedeutung von „gutem Journalismus“ im Zeitalter des Internets sogar wachsen.

„Es gibt daher ein besonderes Bedürfnis nach einem orientierenden, aufklärenden, einordnenden und verlässlichen Journalismus. Die Ausweitung des wissbaren Wissens, seine horizontale Erweiterung, wird auf Kosten ihrer Vertikalisierung, ihrer Vertiefung, erwirtschaftet. Die Datenmenge nimmt zu, aber die Datenverarbeitung bleibt bisher aus. Gegen Datentrash helfen nur Reflexion und Hintergrundbildung. Das ist die gemeinsame Aufgabe von Publizistik und Wissenschaft“ (Prantl 2010, S. 92).

Eine bloße Gleichsetzung der in der Netzöffentlichkeit zu beobachtenden Angebotsvielfalt mit einer Fragmentierung greift zu kurz. Vielmehr haben die beschriebenen Mechanismen und Strukturen der Netzöffentlichkeit dazu geführt, dass auf der einen Seite eine Vielfalt von Nischenangeboten weitaus einfacher Sichtbarkeit erlangen kann als in traditionellen Massenmedien. Gleichzeitig haben sich jedoch neue Äquivalente zur Synthetisierung der Angebotsvielfalt etabliert, sodass die Gefahr einer verstärkten Fragmentierung durch die Netzöffentlichkeit als gering eingeschätzt werden kann.

Diese skizzierten strukturellen Defizite traditioneller Massenmedien aus deliberativer Perspektive müssen indes auch in der Netzöffentlichkeit zur Vorsicht ermahnen. Trotz niedrigerer Koordinations-, Beteiligungs- und Vernetzungskosten kann die Netzöffentlichkeit nicht isoliert betrachtet werden. Auch stehen das Internet und traditionelle Massenmedien in einem komplementären Verhältnis zueinander. Partizipative Angebote im Internet ersetzen bislang keine professionellen journalistischen Angebote. Das Innovationspotenzial von publizistischen Angeboten im Internet und ihr Mehrwert für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte bestehen nicht ausschließlich darin, dass Bürger eigene Angebote im Internet publizieren. Vor allem die Möglichkeit für professionelle Journalisten, alternative Quellen zu nutzen, sowie der Austausch von professionellen Journalisten und dem Publikum bieten vergleichsweise einfache Optionen, die aus deliberativer Sicht bestehenden Defizite der existierenden Struktur der Öffentlichkeit abzumildern. Für die Bewertung des Umsetzungspotenzials deliberativer Demokratiekonzepte im Internet ist die Frage zentral, welchen Maßstab man anlegt. Setzt man eine durch traditionelle Massenmedien konstituierte Öffentlichkeit als Maßstab an, fällt die Bewertung der Möglichkeiten der Netzöffentlichkeit und der Besonderheiten computervermittelter Kommunikation für die Umsetzung deliberativer Demokratiekonzepte vergleichsweise positiv aus. Allerdings sind Wissens- und Bildungsstand sowie der sozioökonomische Status der Teilnehmer auch in der Onlinewelt entscheidend für die Frage, in welchem Umfang die Möglichkeiten des Internets genutzt werden. Diese Möglichkeiten des Internets können sozialen Wandel befördern und schneller reflektieren, aber nicht aus sich selber heraus initiieren.

Als eine mögliche Institutionalisierungsform deliberativer Demokratiekonzepte im Internet hat in den letzten Jahren das Konzept der Liquid Democracy an Bedeutung gewonnen. Liquid Democracy verspricht vermittelt über das Internet zeit- und ortsunabhängig Diskurse für eine Beteiligung vieler Menschen mit unterschiedlicher Beteiligungsintensität zu organisieren. Die Attraktivität des Konzepts speist sich zum einen aus den – inzwischen wieder verblassende – Erfolgen der Piratenpartei, die das Konzept mittels der Software LiquidFeedback versucht umzusetzen. Zum anderen sprechen für die Attraktivität die zunehmende Ubiquität des Internets sowie gesellschaftliche Faktoren, die tradierte Institutionen und Entscheidungsverfahren unter Druck setzen (Reichert und Panek 2014, S. 302).

Die Affinität und Überschneidungen der Liquid Democracy zu deliberativen Demokratiekonzepten werden schnell ersichtlich, wenn man ihre Grundideen betrachtet (Reichert und Panek 2014, S. 304). Ebenso wie deliberative Demokratiekonzepte verschließt sich auch Liquid Democracy einer eindeutigen Zuordnung zu repräsentativen oder direkten Entscheidungsverfahren. Vielmehr ist es ein Verfahren, bei dem die Beteiligten selber flexibel entscheiden können, in welchem Umfang und bei welchen Themen sie sich

einbringen möchten. Die Möglichkeiten reichen vom Sich-Informieren und von der Delegation der eigenen Stimme zu einem bestimmten Thema an eine andere Person über die aktive Teilnahme an politischen Diskussionen, beispielsweise in elektronischen Foren, bis hin zur Ausarbeitung politischer Anträge.

Zentraler Baustein der „verflüssigten Demokratie“ ist das „Delegated Voting“. Beide Begriffe werden teilweise synonym verwendet. Mittels des „Delegated Votings“ werden Bestandteile direkter und repräsentativer Demokratie vereint und damit Entscheidungsfindungsverfahren flexibel organisiert. Zu diesem Zweck kann jeder Beteiligte seine Stimme entweder direkt abgeben oder an einen einzelnen Repräsentanten oder eine Gruppe delegieren (Paetsch und Reichert 2015, S. 509 f.). Die Delegation kann wiederum nach Themenfeldern flexibel gehandhabt werden. So kann die Stimme nur bei einer Entscheidung übertragen werden oder zu einen ganzen Politikfeld wie der Außenpolitik. Hinzu kommt, dass eine Person oder Gruppierung, die eine Stimme übertragen bekommen hat, diese delegieren kann, ebenso kann die Stimmübertragung zu jedem Zeitpunkt zurückgenommen werden (Reichert und Panek 2014, S. 305).

Wie deliberative Demokratiekonzepte versteht sich auch Liquid Democracy nicht als Ersatz für bestehende Entscheidungsfindungsverfahren, sondern als Ergänzung. Entsprechend stellt sich auch hier die Frage nach dem richtigen Mischungsverhältnis zwischen neuen elektronischen Beratungsprozessen und etablierten Entscheidungsprozessen. Vermittelt über entsprechende webbasierte und quelloffene Software, stellt Liquid Democracy ein Verfahren dar, das den Bedürfnissen der Bürger nach flexiblen niedrighwelligen Beteiligungsformaten entgegenkommt. „Delegated Voting“ kann als flexibles, aber gleichzeitig bei einer großen Anzahl von Themen und Beteiligten sehr komplexes Verfahren im realweltlichen Bereich nicht praktikabel abgebildet werden.

Die verflüssigte Demokratie zeigt indes einige aus traditionellen Partizipationsangeboten bekannte Probleme sowie elektronischen Partizipationsformaten eigene Barrieren. Sozioökonomische Statusunterschiede spielen bei der Nutzung der Liquid Democracy eine zentrale Rolle. Auch ältere Personen, die es gewohnt sind face-to-face zu kommunizieren, dürften elektronischen Beteiligungsformaten eher zurückhaltend gegenüberstehen (Paetsch und Reichert 2015, S. 504 f.). Unabhängig von der Zusammensetzung der Teilnehmerschaft stellt sich die Frage nach der Sicherheit von Systemen wie Liquid Democracy. Wird dieses Verfahren zu Entscheidungen genutzt, ist die Frage nach der Möglichkeit der Manipulierbarkeit von Ergebnissen von erheblicher Bedeutung.

Das Konzept der Liquid Democracy zeigt, dass Institutionalisierungsformate im Internet existieren, die eine hohe Affinität zu deliberativen Demokratiekonzepten besitzen. Freilich existieren sowohl innerhalb der Institutionalisierungsformate wie auch auf der

gesellschaftlichen Ebene Defizite, die bei einer momentanen Anwendung problematisch erscheinen. Diese Schwierigkeiten sind aber prinzipiell behebbar. Gerade aufgrund seiner hohen Flexibilität und des vergleichsweise einfachen Zugangs eröffnet sich die Chance für Bürger, elektronische Beteiligungsformate kennenzulernen und zu erfahren, dass ihre Expertise in Entscheidungen einfließt. Problematisch erscheint vor allem, dass trotz der niedrigen Beteiligungskosten auch dieses Verfahren vergleichsweise zurückhaltend genutzt wird.

Als möglichen Grund für die zurückhaltende Nutzung neuer Partizipationsverfahren weist Vowe auf die von Weber entwickelten Idealtypen sozialen Handelns hin. Während zweckrationales Handeln Handlungsformen umfasst, bei denen Akteure rational Zweck, Ziel, Mittel und Folgen abwägen, um sich dann für die bestmögliche Lösung zu entscheiden, bildet Gewohnheitshandeln das Gegenstück. Unter Gewohnheitshandeln werden häufig wiederholte Handlungen subsumiert, die quasi automatisch reproduziert werden können. Der Vorteil liegt darin, dass diese ohne großen Aufwand ausgeführt werden können und auf das Individuum entlastend und komplexitätsreduzierend wirken. Nachteilig sind sie insofern, als sich diese Handlungsmuster mit der Zeit so verfestigen, dass auch vorteilhaftere Handlungsmuster nicht genutzt werden. Individuen habitualisieren bestehende Handlungsmuster mit der Zeit, sodass sie gegenüber Veränderungen zunehmend immun werden (Vowe 2013, S. 90 f.).

Zweckrationales Handeln und Gewohnheitshandeln stehen in einem Spannungsfeld zueinander. Computervermittelte Kommunikation senkt auf der einen Seite die Kosten für die Information, Diskussion und Partizipation politischer Inhalte signifikant. Aus einer Kosten-Nutzen-Perspektive müsste die Nutzung des Internets für politische Kommunikation deutlich ansteigen. Dass dies bislang nicht im vollen Umfang und je nach Altersklasse und sozioökonomischem Status sehr unterschiedlich geschieht, kann wiederum auf habitualisierte Handlungsformen zurückgeführt werden.

Die „Habitualisierung des Kommunikationsverhaltens“ ist – neben dem sozioökonomischen Status der Akteure – ein wichtiger Erklärungsfaktor für das Ausbleiben einer intensiveren Nutzung des Internets für die politische Partizipation. Diese Habitualisierung ist bei Älteren besonders stark ausgeprägt. Sie sind mit traditionellen Massenmedien aufgewachsen und nutzen entsprechend häufig das Internet primär als Abrufmedium. Bei jüngeren Altersgruppen, die wiederum bereits mit den Möglichkeiten des Internets aufgewachsen sind, hat sich entsprechend ein Kommunikationsverhalten habitualisiert, das die Möglichkeiten des Internets und des Social Web weitaus intensiver nutzt (Vowe 2013, S. 92). Kohorteneffekte dürften die positiven Wirkungen der Internetnutzung auf Dauer verstärken.

Die Phase der allgemeinen Euphorie über die Möglichkeiten des Internets scheint verfliegen.

Zunehmend werden auch die Gefahren und Risiken des Internets, wie beispielsweise das Thema Datenschutz im Internet, intensiv diskutiert. In der breiten Öffentlichkeit werden im Regelfall jedoch bestimmte Internetanwendungen, wie etwa das soziale Netzwerk Facebook oder die Suchmaschine Google, diskutiert und repräsentativ für das Internet angesehen. Das Internet stellt aber nur eine technische Infrastruktur dar. Die Kommunikation im Internet kann über verschiedenste Kanäle und Anwendungen ablaufen, die wiederum miteinander kombiniert werden können. Zwischen dem Internet als technischer Infrastruktur und den darauf basierenden Medien muss deswegen differenziert werden. Pauschal das Internet für Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen, ist deswegen genauso verfehlt, wie dem Internet in seiner Gesamtheit positive Eigenschaften zuzuschreiben.

Literaturverzeichnis

- Abbate, Janet (2000): *Inventing the Internet*. Cambridge: MIT Press.
- Abels, Heinz (2010): *Interaktion, Identität, Präsentation. Kleine Einführung in interpretative Theorien der Soziologie*. 5. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Abromeit, Heidrun (2002): *Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Ackerman, Bruce (1989): *Why dialogue?* In: *Journal of Philosophy* 86 (1), S. 5–22.
- Ackerman, Bruce A. (1993): *We the people*. Volume 1. Foundations. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- Albrecht, Steffen (2010): *Reflexionsspiele. Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Alby, Tom (2008): *Web 2.0. Konzepte, Anwendungen, Technologien*. München: Hanser.
- Alby, Tom (2010): *Technikgeschichte des Web*. In: Konrad Scherfer (Hg.): *Webwissenschaft. Eine Einführung*. 2. Auflage. Münster: LIT-Verlag, S. 102–114.
- Alonzo, Mei; Aiken, Milam (2004): *Flaming in electronic communication*. In: *Decision Support Systems* 36 (3), S. 205–213.
- Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (1999): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. 4. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ammann, Ilona; Krämer, Benjamin; Engesser, Sven (2010): *Bildhafte Themen und kuriose Typen. Die Bedeutung der Fotos der Bild-Leserreporter*. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 58 (1), S. 83–101.
- Anderson, Ashley A.; Brossard, Dominique; Scheufele, Dietram A.; Xenos, Michael A.; Ladwig, Peter (2013): *The “Nasty Effect:” Online Incivility and Risk Perceptions of Emerging Technologies*. In: *Journal of Computer-Mediated Communication*.
- Anderson, Chris (2009): *The long tail. Nischenprodukte statt Massenmarkt: das Geschäft der Zukunft*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Arenhövel, Mark (1998): *Neubeschreibungen der Demokratie: Konflikte um Differenz und Integration*. In: Franz Neumann (Hg.): *Handbuch politische Theorien und Ideologien*. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich, S. 115–158.
- Austin, J. L. (1962): *How to do things with words*. Oxford: Clarendon Press.
- Avermaet, Eddy van (2003): *Sozialer Einfluss in Kleingruppen*. In: Wolfgang Stroebe (Hg.): *Sozialpsychologie. Eine Einführung*. 4. Auflage. Berlin: Springer, S. 451–495.
- Bächtiger, A.; Hangartner, D. (2010): *When Deliberative Theory Meets Empirical Political Science: Theoretical and Methodological Challenges in Political Deliberation*. In: *Political Studies* 58 (4), S. 609–629.
- Bächtiger, André; Pedrini, Seraina; Ryser, Mirjam (2010): *Prozessanalyse politischer Entscheidungen: Deliberative Standards, Diskurstypen und Sequenzialisierung*. In: Joachim Behnke, Thomas Bräuninger und Susumu Shikano (Hg.): *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193–226.
- Bächtiger, André/Tschentscher Axel (2008): *Deliberative Demokratie zwischen Faktizität und Geltung*. Hg. v. Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Luzern. Online verfügbar unter <http://www.servat.unibe.ch/jurisprudencia/lit/luzern2008.pdf>, zuletzt geprüft am 08.05.2014.
- Bächtiger, André /Spöndli, Markus /Steenbergen, Marco /Steiner Jürg (2007): *Deliberation in legislatures: antecedents and outcomes*. In: Shawn W Rosenberg (Hg.): *Deliberation, participation and democracy. Can the people govern?* Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 82–100.
- Ball-Rokeach, S. J.; Reardon, K. (1988): *Monologue, dialogue, and telelog*. In: Robert P. Hawkins und John M. Wiemann (Hg.): *Advancing communication science. Merging mass and interpersonal processes*. Newbury Park: SAGE, S. 135–161.

- Barabási, Albert-László; Albert, Réka (1999): Emergence of Scaling in Random Networks. In: *Science* 286 (5439), S. 509–512.
- Barber, Benjamin R. (1984): *Strong democracy. Participatory politics for a new age*. Berkeley: University of California Press.
- Barber, Benjamin R. (2002): Die ambivalenten Auswirkungen digitaler Technologie auf die Demokratie in einer sich globalisierenden Welt. Online verfügbar unter <http://www.wissensgesellschaft.org/themen/demokratie/ambivalenz.pdf>, zuletzt geprüft am 08.05.2014.
- Baringhorst, Sigrid; Kneip, Veronika; Niesyto, Johanna (2009): *Political campaigning on the Web*. Bielefeld: transcript.
- Barnes, Samuel H.; Kaase, Max (1979): *Political action. Mass participation in five western democracies*. Beverly Hills: SAGE.
- Bakshy, Eytan; Messing, Solomon; Adamic, Lada (2015): Exposure to ideologically diverse news and opinion on Facebook. Online verfügbar unter <http://www.sciencemag.org/content/early/2015/05/06/science.aaa1160.full.pdf>
- Bauman, Zygmunt (2000): *Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt (2005): *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Beck, Klaus (2006): *Computervermittelte Kommunikation im Internet*. München: Oldenbourg.
- Beck, Klaus (2010a): Soziologie der Online-Kommunikation. In: Wolfgang Schweiger und Klaus Beck (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15–35.
- Beck, Klaus (2010b): Ethik der Online-Kommunikation. In: Wolfgang Schweiger und Klaus Beck (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 130–155.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1994): *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beckert, Bernd; Riehm, Ulrich (2012): Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft. TAB-Arbeitsberichts Nr. 149. Hg. v. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Online verfügbar unter <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab149.pdf>, zuletzt geprüft am 08.06.2014.
- Beierwaltes, Andreas (2002): *Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa*. Baden-Baden: Nomos.
- Bell, Daniel (1985): *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Benhabib, Seyla (1995): Ein deliberatives Modell demokratischer Legitimität. In: *Deutsche Zeitschrift fuer Philosophie* 43 (1), S. 3–39.
- Benhabib, Seyla (1996): *Democracy and difference. Contesting the boundaries of the political*. Princeton: Princeton University Press.
- Benkler, Yochai (2006): *The wealth of networks. How social production transforms markets and freedom*. New Haven: Yale University Press.
- Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (Hg.) (2007): *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berger, Peter A.; Hitzler, Ronald (2010): *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert "jenseits von Stand und Klasse"?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berners-Lee, Tim (1999): *Weaving the Web. The past, present and future of the World Wide Web by its inventor*. London: Orion Business.
- Bessette, Joseph M. (1980): *Deliberative Democracy: The Majority Principle in Republican*

- Government. In: Robert A. Goldwin (Hg.): How democratic is the constitution. Washington: American Enterprise Institute for Public Policy Research, S. 102–116.
- Bessette, Joseph M. (1994): The mild voice of reason. Deliberative democracy and American national government. Chicago: University of Chicago Press.
- Beste, Simon (2013): Contemporary Trends Of Deliberative Research: Synthesizing A New Study Agenda. In: *Journal of Public Deliberation* 9 (2). Online verfügbar unter <http://www.publicdeliberation.net/jpd/vol9/iss2/art1>, zuletzt geprüft am 01.06.2014.
- Bettel, Sonja (2009): Warum Web 2.0? Oder: Was vom Web 2.0 wirklich bleiben wird. In: Andreas Blumauer und Tassilo Pellegrini (Hg.): Social Semantic Web. Web 2.0 - Was nun? Berlin: Springer, S. 23–41.
- Beyme, Klaus von (2000): Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bieber, Christoph (Hg.) (2004): Interaktivität. Ein transdisziplinärer Schlüsselbegriff. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Bieber, Christoph (2008): Netzbürger suchen den Anschluss. Neuere Publikationen beschreiben elektronische Partizipationschancen und entwickeln digitale Bürgermodelle. In: *Publizistik* 53 (1), S. 118–122.
- Bieber, Christoph (2009): Der andere Bolognaprozess. Online verfügbar unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/31/31669/1.html>, zuletzt geprüft am 08.03.2014.
- Bieber, Christoph (2010): politik digital. Online zum Wähler. Salzhemmendorf: Blumenkamp Verlag.
- Bijker, Wiebe E.; Hughes, Thomas Parke; Pinch, Trevor J. (1989): The Social construction of technological systems. New directions in the sociology & history of technology. Cambridge: MIT Press.
- Blatter, Joachim (2007): Demokratie und Legitimation. In: Arthur Benz, Susanne Lütz, Uwe Schimank und Georg Simonis (Hg.): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 271–284.
- Bobbio, Luigi (2010): Types of Deliberation. In: *Journal of Public Deliberation* 6 (2). Online verfügbar unter <http://www.publicdeliberation.net/cgi/viewcontent.cgi?article=1117&context=jpd>, zuletzt geprüft am 08.03.2014.
- Bohman, James (1996): Public deliberation. Pluralism, complexity, and democracy. Cambridge: MIT Press.
- Bohman, James (1998): The Coming of Age of Deliberative Democracy. In: *Journal of Political Philosophy* 6 (4), S. 400–425.
- Bohman, James (2004): Expanding Dialogue: the Internet, Public Sphere, and Transnational Democracy. In: Peter M. Shane (Hg.): Democracy online. The prospects for political renewal through the Internet. New York: Routledge, S. 47–61.
- Bohman, James (2010): Democracy across borders. From Dêmos to Dêmoi. Cambridge: MIT Press.
- Bohman, James; Rehg, William (Hg.) (1999): Deliberative democracy. Essays on reason and politics. 2. Auflage. Cambridge: MIT Press.
- Bolter, J. David (1984): Turing's man. Western culture in the computer age. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Bonacker, Thorsten (2006): Die politische Theorie des freiheitlichen Republikanismus: Hannah Arendt. In: Klaus von Beyme (Hg): Politische Theorien der Gegenwart: eine Einführung. 2. Auflage. Opladen: Budrich, S. 183–219.
- Bonfadelli, Heinz (1994): Die Wissenskluft-Perspektive. Massenmedien und gesellschaftliche Information. Stuttgart: UTB.
- Bonfadelli, Heinz (2004): Medienwirkungsforschung II. Anwendungen. Stuttgart: UTB.
- Boos, Margarete; Jonas Kai J.; Sassenberg, Kai (2000): Computervermittelte Kommunikation in Organisationen. Göttingen: Hogrefe.
- Boos, Margarete; Jonas Kai J. (2008): Medienvermittelte Kommunikation. In: Bernad Batinic und

- Markus Appel (Hg.): Medienpsychologie. Berlin: Springer, S. 195–217.
- Bora, Alfons (2005): Einleitung: Partizipation als politische Inklusionsformel. In: Christoph Gusy (Hg.): Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 15–34.
- Boulding, Kenneth Ewart (1989): Three faces of power. Newbury Park: SAGE.
- boyd, Danah M. (2008): Taken Out of Context. American Teen Sociality in Networked Publics. University of California, Berkeley. Online verfügbar unter <http://www.danah.org/papers/TakenOutOfContext.pdf>, zuletzt geprüft am 08.05.2014.
- boyd, Danah M. (2011): Social Network Sites as Networked Publics: Affordances, Dynamics, and Implications. In: Zizi Papacharissi (Hg.): A networked self. Identity, community and culture on social network sites. New York: Routledge, S. 39–58.
- boyd, Danah M.; Ellison, Nicole B. (2007): Social Network Sites: Definition, History, and Scholarship. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 1 (13), S. 210-230.
- Bray, Robert M.; Noble, Audrey M. (1978): Authoritarianism and decisions of mock juries: Evidence of jury bias and group polarization. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 36 (12), S. 1424–1430.
- Bredow, Wilfried von; Noetzel, Thomas (2009): Politische Urteilskraft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brodocz, André; Llanque, Marcus; Schaal, Gary S. (Hg.) (2009a): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brodocz, André; Llanque, Marcus; Schaal, Gary S. (2009b): Demokratie im Angesicht ihrer Bedrohungen. In: André Brodocz, Marcus Llanque und Gary S. Schaal (Hg.): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–26.
- Brüggemann, Michael; Hepp, Andreas; Kleinen-von Königslöw, Katharina; Wessler, Hartmut (2009): Transnationale Öffentlichkeit in Europa: Forschungsstand und Perspektiven. In: *Publizistik* 54 (3), S. 391-414.
- Bruns, Axel (2008): Blogs, Wikipedia, Second Life, and beyond. From production to produsage. New York,: P. Lang.
- Bruns, Axel (2009a): Prodnutzung: Von medialer zu politischer Partizipation. In: Christoph/Eifert Martin/Groß Thomas/Lamla Jörn Bieber (Hg.): Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 65–84.
- Bruns, Axel (2009b): Vom Gatekeeping zum Gatewatching : Modelle der journalistischen Vermittlung im Internet. In: Christoph Neuberger (Hg.): Journalismus im Internet. Profession, Partizipation, Technisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107–128.
- Buchstein, Hubertus (1996): Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 44 (4), S. 583–607.
- Buchstein, Hubertus (1997): Demokratietheorie - Sammelbesprechung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 37 (3), S. 129–148.
- Buchstein, Hubertus (2009): Bausteine für eine aleatorische Demokratietheorie. In: *Leviathan* 37 (3), S. 327–352.
- Buchstein, Hubertus; Jörke, Dirk (2003): Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: *Leviathan* 31 (4), S. 470–495.
- Bühl, Achim (2000): Die virtuelle Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Sozialer Wandel im digitalen Zeitalter. 2. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bunz, Mercedes (2009): Vom Speicher zum Verteiler. Die Geschichte des Internet. 2. Auflage. Berlin: Kultur-Verlag Kadmos.
- Burkart, Roland; Lang, Alfred (2012): Die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas - Eine kommentierte Textcollage. In: Roland Burkart und Walter Hömberg (Hg.): Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. 6. Auflage. Wien: new academic press, S. 42–71.

- Burkhalter, Stephanie; Gastil, John; Kelshaw, Todd (2002): A Conceptual Definition and Theoretical Model of Public Deliberation in Small Face to Face Groups. In: *Communication Theory* 12 (4), S. 398–422.
- Busemann, Katrin; Fisch, Martin; Frees, Beate (2012): Dabei sein ist alles - zur Nutzung privater Communitys. Ergebnisse der ZDF-Studie Community 2011. In: *Media Perspektiven* (5), S. 258–267.
- Button, Mark; Mattson, Kevin (1999): Deliberative Democracy in Practice: Challenges and Prospects for Civic Deliberation. In: *Polity* 31 (4), S. 609–637.
- Castells, Manuel (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Castells, Manuel (2005): Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Castells, Manuel (2007): Mobile communication and society. A global perspective. Cambridge: MIT Press.
- Castells, Manuel (2009): Communication power. Oxford: Oxford University Press.
- Chambers, Simone (2003): Deliberative Democratic Theory. In: *Annual Review of Political Science* (Vol. 6), S. 307–326.
- Christiano, Thomas (1996): The Rule of The Many: Fundamental Issues in Democratic Theory. Boulder: Westview Press.
- Christiano, Thomas (1999): The significance of public deliberation. In: James Bohman und William Rehg (Hg.): *Deliberative democracy. Essays on reason and politics*. 2. Auflage. Cambridge: MIT Press, S. 243–278.
- Clark, H. H.; Brennan, S. A. (1991): Grounding in communication. In: Lauren B. Resnick, John M. Levine und Stephanie D. Teasley (Hg.): *Perspectives on socially shared cognition*. Washington: American Psychological Association, S. 127–149.
- Clark, Herbert H.; Schaefer, Edward F. (1989): Contributing to Discourse. In: *Cognitive Science* 13 (2), S. 259–294. DOI: 10.1207/s15516709cog1302_7.
- Coates, Tom (2003): On Permalinks and Paradigms... Online verfügbar unter http://www.plasticbag.org/archives/2003/06/on_permalinks_and_paradigms/, zuletzt geprüft am 08.05.2014.
- Coates, Tom (2005): An addendum to a definition of Social Software. Online verfügbar unter http://www.plasticbag.org/archives/2005/01/an_addendum_to_a_definition_of_social_software/, zuletzt geprüft am 08.05.2014.
- Cohen, Joshua (1999): Deliberation and Democratic Legitimacy. In: James Bohman und William Rehg (Hg.): *Deliberative democracy. Essays on reason and politics*. 2. Auflage. Cambridge: MIT Press, S. 67–91.
- Cohen, Joshua (2007): Deliberative Democracy. In: Shawn W Rosenberg (Hg.): *Deliberation, participation and democracy. Can the people govern?* Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 219–236.
- Compaine, Benjamin M. (2001): Declare the War Won. In: Benjamin M. Compaine (Hg.): *The Digital divide. Facing a crisis or creating a myth?* Cambridge: The MIT Press, S. 315–336.
- Cooke, Bill; Kothari, Uma (2007): Participation. The new tyranny? London: Zed Books.
- Cooke, Maeve (2000): Five Arguments for Deliberative Democracy. In: *Political Studies* 48 (5), S. 947–969.
- Crossley, Nick; Roberts, John Michael (2004): Introduction. In: Nick Crossley (Hg.): *After Habermas. New perspectives on the public sphere*. Oxford: Blackwell, S. 1–27.
- Crozier, Michel; Huntington, Samuel Philipps; Watanuki, Joji (1975): The crisis of democracy. Report on the governability of democracies to the Trilateral Commission. New York: New York University Press.
- Culnan, M. J.; Markus, M. L. (1987): Information Technologies. In: Fredric M. Jablin (Hg.): *Handbook of organizational communication. An interdisciplinary perspective*. Newbury Park: SAGE, S. 420–443.
- Daft, R. L.; Lengel, R. H. (1984): Information Richness: A New Approach to Managerial Behaviour and

Organizational Design. In: *Research in Organizational Behaviour* 6, S. 191–233.

Dahl, Robert Alan (1998): *On democracy*. New Haven: Yale University Press

Dahlberg, Lincoln (2001): *Computer-Mediated Communication and The Public Sphere: A Critical Analysis*. In: *Journal of Computer-Mediated Communication*. URL: http://is.muni.cz/el/1423/jaro2012/ZURs203/um/Literatura/Dahlberg_-_Computer-Mediated_Communication_and_the_Public_Sphere.pdf, zuletzt geprüft am 07.04.2015.

Dahl, Robert Alan (2006): *On Political Equality*. New Haven: Yale University Press

Dahlgren, Peter (2005): *The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation*. In: *Political Communication* 22 (4), S. 147–162.

Davies, Todd (2009): *Online deliberation. Design, research, and practice*. Stanford: CSLI Publications.

Deth, Jan W. (2009): *Politische Partizipation*. In: Viktoria Kaina; Andrea Römmele (Hg.): *Politische Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.

Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. 5. Auflage. Weinheim: Beltz.

DGPuK (2004): *Selbstverständnis der Fachgruppe Computervermittelte Kommunikation der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft*. (beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 27.02.2004 in Dortmund). Online verfügbar unter http://www2.dgpuk.de/fg_cvk/selbstverstaendnis_2004.htm, zuletzt geprüft am 10.03.2014.

Dienel, Peter C. (1992): *Die Planungszelle: Der Bürger Plant Seine Umwelt. Eine Alternative Zur Establishment-Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dijk, Jan van (2005): *The network society. Social aspects of new media*. 2. Auflage. London: SAGE.

DiMaggio, Paul; Hargittai, Eszter; Celeste, Coral; Shafer, Steven (2003): *From Unequal Access to Differentiated Use: A Literature Review and Agenda for Research on Digital Inequality*. Online verfügbar unter <http://www.eszter.com/research/pubs/dimaggio-et-al-digitalinequality.pdf>, zuletzt geprüft am 08.03.2014.

DiMaggio, Paul; Hargittai, Eszter; Neuman, W. Russell; Robinson, John P. (2007): *Social Implications of the Internet*. In: *Annual Review of Sociology* 27 (1), S. 307–336.

Dittmar, Jakob F. (2009): *Grundlagen der Medienwissenschaft*. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.

Döring, Nicola (2003): *Sozialpsychologie des Internet. Die Bedeutung des Internet für Kommunikationsprozesse, Identitäten, soziale Beziehungen und Gruppen*. 2. Auflage. Göttingen: Hogrefe.

Döring, Nicola (2010): *Sozialkontakte online: Identitäten, Beziehungen, Gemeinschaften*. In: Wolfgang Schweiger und Klaus Beck (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 159–183.

Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.

Dryzek, John (2002): *Deliberative democracy and beyond. Liberals, critics and contestations*. Oxford: Oxford University Press.

Dryzek, John; Christian List (2003): *Social Choice Theory and Deliberative Democracy: A Reconciliation*. In: *British Journal of Political Science* 33 (1), S. 1–28.

Dryzek, John (2006): *Deliberative global politics. Discourse and democracy in a divided world*. Cambridge: Polity.

Dryzek, John (2007): *Theory, Evidence, and the Tasks of Deliberation*. In: Shawn W Rosenberg (Hg.): *Deliberation, participation and democracy. Can the people govern?* Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 237–250.

Dryzek, John S. (2012): *Foundations and frontiers of deliberative governance*. Oxford: Oxford University Press.

Dryzek, John S; Niemeyer, Simon (2006): *Reconciling Pluralism and Consensus as Political Ideals*. In:

American Journal of Political Science 50 (3), S. 634–649.

Dürscheid, Christa (2003): Medienkommunikation im Kontinuum von Mündlichkeit und Schriftlichkeit. Theoretische und empirische Probleme. In: *Zeitschrift für angewandte Linguistik* (38), S. 37–56.

Dyson, Esther (1997): *Release 2.0 - die Internet-Gesellschaft. Spielregeln für unsere digitale Zukunft.* München: Droemer Knauer.

Easton, David (1965): *A systems analysis of political life.* New York: Wiley.

Ebersbach, Anja; Glaser, Markus; Heigl, Richard (2010): *Social Web.* Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft

Eilders, Christiane; Geißler, Sebastian; Hallermayer, Michael; Noghero, Michael (2010): Zivilgesellschaftliche Konstruktionen politischer Realität: Eine vergleichende Analyse zu Themen und Nachrichtenfaktoren in politischen Weblogs und professionellem Journalismus. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 58 (1), S. 63-82.

Elster, Jon (1987): *Sour grapes. Studies in the subversion of rationality.* Cambridge: Cambridge University Press.

Elster, Jon (Hg.) (1998a): *Deliberative democracy.* Cambridge: Cambridge University Press.

Elster, Jon (1998b): Introduction. In: Jon Elster (Hg.): *Deliberative democracy.* Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–18.

Elster, Jon (1999): The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory. In: James Bohman und William Rehg (Hg.): *Deliberative democracy. Essays on reason and politics.* 2. Auflage. Cambridge: MIT Press, S. 3–33.

Emmer, Martin; Vowe, Gerhard; Wolling, Jens (Hg.) (2011a): *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland.* Konstanz: UVK.

Emmer, Martin; Vowe, Gerhard; Wolling, Jens (2011b): Eroberung einer neuen Welt. Profil des Forschungsprogramms "Politische Online-Kommunikation". In: Martin Emmer, Gerhard Vowe und Jens Wolling (Hg.): *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland.* Konstanz: UVK.

Emmer, Martin; Wolling, Jens (2010): Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit. In: Wolfgang Schweiger und Klaus Beck (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 36–58.

Engesser, Sven (2008a): Partizipativer Journalismus: Eine Begriffsanalyse. In: Ansgar Zerfaß, Martin Welker und Jan Schmidt (Hg.): *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web.* Köln: von Halem, S. 47–71.

Engesser, Sven (2008b): Professionell-partizipative Nachrichtensites. In: Thorsten Quandt und Wolfgang Schweiger (Hg.): *Journalismus online - Partizipation oder Profession?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111–128.

Engesser, Sven; Wimmer, Jeffrey (2009): Gegenöffentlichkeit(en) und partizipativer Journalismus im Internet. In: *Publizistik* 54 (1), S. 43–63.

Estlund, David M. (2009): *Democratic authority. A philosophical framework.* 2. Auflage. Princeton: Princeton University Press.

Fearon, James D. (1998): Deliberation as Discussion. In: Jon Elster (Hg.): *Deliberative democracy.* Cambridge: Cambridge University Press, S. 45–68.

Feindt, Peter Henning (2001): *Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion.* Frankfurt am Main: P. Lang.

Ferree, Myra Marx (2002): *Shaping abortion discourse. Democracy and the public sphere in Germany and the United States.* Cambridge: Cambridge University Press.

Ferree, Myra Marx; Gamson, William A.; Gerhards, Jürgen; Rucht, Dieter (2002): Four models of the public sphere in modern democracies. In: *Theory and Society* 31 (3), S. 289–324.

Fishkin, James S (2009a): Dissensus on Consensus. Online verfügbar unter <http://www.cato-unbound.org/2009/02/24/james-fishkin/dissensus-on-consensus/>, zuletzt geprüft am 08.05.2014.

- Fishkin, James S (2009b): *When the people speak. Deliberative democracy and public consultation.* Oxford: Oxford University Press.
- Fishkin, James S. (1992): *Beyond Teledemocracy: America on the Line.* In: *The Responsive Community* (2), S. 13–19.
- Fishkin, James S. (1995): *The voice of the people. Public opinion and democracy.* New Haven: Yale University Press.
- Forst, Rainer (2007): *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraas, Claudia; Meier, Stefan; Pentzold, Christian (2012): *Online-Kommunikation. Grundlagen, Praxisfelder und Methoden.* München: Oldenbourg.
- Franklin, Ursula (1990): *The real world of technology.* Montréal: CBC Enterprises.
- Franzen, Axel; Pointner, Sonja (2007): *Sozialkapital: Konzeptualisierungen und Messungen.* In: Axel Franzen und Franzen-Freitag (Hg.): *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 66–90.
- Fraser, Nancy (1990): *Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy.* In: *Social Text* (25/26), S. 56–80.
- Fraser, Nancy (1996): *Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie.* In: Elvira Scheich (Hg.): *Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie.* Hamburg: Hamburger Edition, S. 151–182.
- Fraser, Nancy (2005): *Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit.* Online verfügbar unter http://www.republicart.net/disc/publicum/fraser01_de.htm, zuletzt geprüft am 02.05.2014.
- Fraser, Nancy (2010): *Kritische Theorie im neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit.* In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 23 (3), S. 18–26.
- Frey, Siegfried (1984): *Die nonverbale Kommunikation.* Stuttgart: SEL-Stiftung.
- Friedewald, Michael (2000): *Vom Experimentierfeld zum Massenmedium: Gestaltende Kräfte in der Entwicklung des Internet.* In: *Technikgeschichte* 67 (4), S. 331–364.
- Friedewald, Michael (2010): *Ubiquitäres Computing. Das "Internet der Dinge" - Grundlagen, Anwendungen, Folgen.* Berlin: Edition Sigma.
- Friedland, Lewis A.; Hove, Thomas; Rojas Hernando (2006): *The Networked Public Sphere.* In: *Javnost* 13 (4), S. 5–26.
- Friedman, Will (2006): *Deliberative Democracy and the Problem of Scope.* In: *Journal of Public Deliberation* 2 (1).
- Frindte, Wolfgang; Köhler, Thomas (1999): *Kommunikation im Internet.* Frankfurt am Main: P. Lang.
- Fromkin, A. Michael (2003): *Habermas@discourse.net: Toward a Critical Theory of Cyberspace.* In: *Harvard Law Review* 116 (3), S. 751–873.
- Fuchs, Christian (2008): *Internet and society. Social theory in the information age.* New York: Routledge.
- Fuchs, Dieter (2000): *Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen.* In: Oskar Niedermayer (Hg.): *Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 250–280.
- Fung, Archon (2004): *Deliberation's darker side: Six questions for Iris Marion Young and Jane Mansbridge.* In: *National Civic Review* 93 (4), S. 47–54.
- Galtung, Johan; Ruge, Mari Holmboe (1965): *The Structure of Foreign News.* In: *Journal of Peace Research* 2 (1), S. 64–90.
- Gambetta, Diego (1998): *"Claro!" An Essay on Discursive Machismo.* In: Jon Elster (Hg.): *Deliberative democracy.* Cambridge: Cambridge University Press, S. 19–43.
- Gastil, John (2008): *Political communication and deliberation.* Los Angeles: Sage Publishing
- Gebhardt, Julian (2001): *Inszenierung und Verortung von Identität in der computervermittelten*

Kommunikation. Rahmenanalytische Überlegungen am Beispiel des „Online - Chat“. Online verfügbar unter http://www.uni-frankfurt.de/fb03/K.G/B7_2001_Gebhardt.pdf, zuletzt geprüft am 08.03.2014.

Gebhardt, Julian (2008): Telekommunikatives Handeln im Alltag. Eine sozialphänomenologische Analyse interpersonalen Medienkommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gehrau, Volker; Goertz, Lutz (2010): Gespräche über Medien unter veränderten medialen Bedingungen. In: *Publizistik* 55 (2), S. 153-172.

Geißel, Brigitte (2008): Wozu Demokratisierung der Demokratie? — Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. In: Angelika Vetter (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29–48.

Geißler, Rainer; Meyer, Thomas (2011): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. 6. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gerhards, Jürgen (1995): Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gerhard Göhler (Hg.): Macht der Öffentlichkeit - Öffentlichkeit der Macht. Baden-Baden: Nomos, S. 149–177.

Gerhards, Jürgen (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (49), S. 1–39.

Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm (1991): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze. In: Stefan Müller-Doohm und Klaus Neumann-Braun (Hg.): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, S. 31–90.

Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gerhards, Jürgen; Schäfer, Mike S. (2010): Is the internet a better public sphere? Comparing old and new media in the USA and Germany. In: *New Media & Society* 12 (1), S. 143–160.

Gerhards, Jürgen/Schäfer Mike S. (2007): Demokratische Internet Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung. In: *Publizistik* 52 (2), S. 210–228, zuletzt geprüft am 08.05.2014.

Gerhards, Maria; Klingler, Walter (2006): Mediennutzung in der Zukunft. Traditionelle Nutzungsmuster und innovative Zielgruppen. In: *Media Perspektiven* (2), S. 75–90.

Gestrich, Andreas (2006): The Public Sphere and the Habermas Debate. In: *German History* 24 (3), S. 413–430.

Giddens, Anthony (1997): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Giddens, Anthony (1999): Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Giddens, Anthony (2002): Runaway world. How globalisation is reshaping our lives. 2. Auflage. London: Profile Books.

Gimmler, Antje (2001): Deliberative democracy, the public sphere and the internet. In: *Philosophy & Social Criticism* 27 (4), S. 21–39.

Glaab, Manuela (2010): Politische Partizipation versus Enthaltung. In: Manuela Glaab, Werner Weidenfeld und Michael Weigl (Hg.): Deutsche Kontraste. 1990 - 2010: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 101–136.

Goertz, Lutz (1995): Wie interaktiv sind Medien? Auf dem Weg zu einer Definition von Interaktivität. In: *Rundfunk und Fernsehen* 43, S. 477–493.

Goertz, Lutz (2009): Wie die Medien die Fragmentierung des Publikums verhindern. In: Christina Holtz-Bacha, Gunter Reus und Lee B. Becker (Hg.): Wissenschaft mit Wirkung: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65-72.

Goffman, Erving (1969): Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. München: Piper.

- Goffman, Erving (1971). *Verhalten in sozialen Situationen. Strukturen und Regeln der Interaktion im öffentlichen Raum*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Goffman, Erving (1994): *Interaktion und Geschlecht*. Frankfurt Main: Campus-Verlag.
- Goffman, Erving (2008): *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Göhler, Gerhard (2007): *Theorie als Erfahrung. Über den Stellenwert von politischer Philosophie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft*. In: Hubertus Buchstein und Gerhard Göhler (Hg.): *Politische Theorie und Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 80–104.
- Göler, Daniel (2006): *Deliberation - ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002 - 2003*. Baden-Baden: Nomos.
- Goodin, Robert E (1992): *Laundering Preferences*. In: Jon Elster und Aanund Hylland (Hg.): *Foundations of social choice theory*. Cambridge: Cambridge University, S. 75–102.
- Goodin, Robert E (2000): *Democratic Deliberation Within*. In: *Philosophy & Public Affairs* 29 (1), S. 81–109.
- Goodin, Robert E. (2003): *Reflective democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Görke, Alexander (2012): *Woher, Weshalb, Wohin. Auf dem Weg zu einer Evolutionstheorie öffentlicher Kommunikation*. In: Thorsten Quandt und Bertram Scheufele (Hg.): *Ebenen der Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55-84.
- Granovetter, Mark S. (1973): *The Strength of Weak ties*. In: *American Journal of Sociology* 78 (7), S. 1360–1380.
- Grassmuck, Volker; Grzeszyk, André; Hagen, Wolfgang; Heidenreich, Stefan; Królikowski, Agata; Novy, Leonard et al. (2013): *Grundversorgung 2.0. Thesen zur medialen Grundversorgung im Internet-Zeitalter*. Online verfügbar unter <http://digitale-grundversorgung.de/thesen/>, zuletzt geprüft am 08.05.2014.
- Grimm, Franz; Hampe, Katja (2013): *Soziale Netzwerke 2013. Eine repräsentative Untersuchung zur Nutzung sozialer Netzwerke im Internet*. Online verfügbar unter http://www.bitkom.org/files/documents/SozialeNetzwerke_2013.pdf.
- Grimm, Rüdiger (2005): *Digitale Kommunikation*. München: Oldenbourg.
- Grunwald, Armin (2006): *Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet*. Berlin: Edition Sigma.
- Gutmann, Amy; Thompson, Dennis (2002): *Deliberative democracy beyond process*. In: *Journal of Political Philosophy* 10 (2), S. 153–174.
- Gutmann, Amy; Thompson, Dennis (2004): *Why deliberative democracy?* Princeton: Princeton University Press.
- Gutmann, Amy; Thompson, Dennis (1996): *Democracy and disagreement*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied: Luchterhand.
- Habermas, Jürgen (1976): *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1984): *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1986): *Der philosophische Diskurs der Moderne. 12 Vorlesungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1987): *Wie ist Legitimität durch Legalität möglich?* In: *Kritische Justiz* 20 (1), S. 1–16.
- Habermas, Jürgen (1988): *Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Aufsätze*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen (1989): *The structural transformation of the public sphere. An inquiry into a category of bourgeois society.* Cambridge: MIT Press.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft.* unveränderter Nachdruck der 1962 erschienen Ausgabe, ergänzt um ein Vorwort. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992a): *Drei normative Modelle der Demokratie. Zum Begriff deliberativer Politik.* In: Herfried Münkler (Hg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie.* München: Piper, S. 11–24.
- Habermas, Jürgen (1992b): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1995a): *Die Normalität einer Berliner Republik.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1995b): *Theorie des kommunikativen Handelns.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2001): *Erläuterungen zur Diskursethik.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2005): *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2006a): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2006b): *Political Communication in Media Society: Does Democracy Still Enjoy an Epistemic Dimension? The Impact of Normative Theory on Empirical Research.* In: *Communication Theory* 16 (4), S. 411–426.
- Habermas, Jürgen (Hg.) (2008a): *Ach, Europa.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2008b): *Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie.* In: Jürgen Habermas (Hg.): *Ach, Europa.* Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 138–191.
- Habermas, Jürgen; Friedeburg, Ludwig von; Oehler, Christoph; Wetz, Friedrich (1961): *Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten.* Neuwied: Luchterhand.
- Hacker, Kenneth; Van Dijk, Jan (2000): *Summary.* In: Kenneth Hacker und Jan Van Dijk (Hg.): *Digital democracy. Issues of theory and practice.* London: SAGE, S. 209–224.
- Hacker, Kenneth/ Van Dijk Jan (Hg.) (2000): *Digital democracy. Issues of theory and practice.* London: SAGE.
- Hallin, Daniel Clark; Mancini, Paolo (2004): *Comparing media systems. Three models of media and politics.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Hamilton, Alexander; Madison, James; Jay, John (2009): *The Federalist papers.* Edited and with an introduction by Michael A. Genovese. New York: Palgrave Macmillan.
- Handel, Ulrike (2000): *Die Fragmentierung des Medienpublikums. Bestandsaufnahme und empirische Untersuchung eines Phänomens der Mediennutzung und seiner Determinanten.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hartmann, Jürgen (1997): *Wozu politische Theorie? Eine kritische Einführung für Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hasebrink, Uwe (2004): *Mediennutzung in konvergierenden Medienumgebungen.* München: Fischer.
- Hauptmann, Stefan (2012): *Social Media in Organisationen. Strukturierung und computervermittelte Kommunikation.* Wiesbaden: Gabler.
- Heeter, Carrie (1989): *Implications of New Interactive Technologies for conceptualizing communication.* In: Jerry Lee Salvaggio (Hg.): *Media use in the information age. Emerging patterns of adoption and consumer use.* Hillsdale: Erlbaum, S. 217–235.
- Heeter, Carrie (2000): *Interactivity in the Context of Designed Experiences.* In: *Journal of Interactive Advertising* (1).
- Heinrichs, Johannes (2005): *Demokratiemanifest für die schweigende Mehrheit. Die "Revolution der*

Demokratie" in Kürze. Varna: Steno.

Held, David (2006): *Models of democracy*. 3. Auflage. Cambridge: Polity Press.

Hellige, Hans Dieter (2006): Die Geschichte des Internet als Lernprozess. Bremen (artec-paper, 138). Online verfügbar unter http://www.artec.uni-bremen.de/files/papers/paper_138.pdf, zuletzt geprüft am 07.05.2014.

Heming, Ralf (2007): Systemdynamiken, Lebenswelt und Zivilgesellschaft — Zeitdiagnostische Aspekte der Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas. In: Uwe Schimank und Ute Volkmann (Hg.): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen I*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 57–73.

Hibbing, John R.; Theiss-Morse, Elizabeth (2002): *Stealth Democracy: American's Beliefs about How Government Should Work*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hindman, Matthew (2009): *The myth of digital democracy*. Princeton: Princeton University Press.

Hippner, Hajo (2006): Bedeutung, Anwendungen und Einsatzpotenziale von Social Software. In: *HMD - Praxis der Wirtschaftsinformatik* 43 (252), S. 6–16.

Höflich, Joachim R. (1997): Zwischen massenmedialer und technisch vermittelter interpersonaler Kommunikation - der Computer als Hybridmedium und was die Menschen damit machen. In: Klaus Beck und Gerhard Vowe (Hg.): *Computernetze - ein Medium öffentlicher Kommunikation?* Berlin: Wissenschaftsverlag Volker Spiess, S. 85–104.

Höflich, Joachim R. (1998a): Computerrahmen und die undifferenzierte Wirkungsfrage. Warum erst einmal geklärt werden muß, was die Menschen mit dem Computer machen. In: Patrick Rössler (Hg.): *Online-Kommunikation. Beiträge zu Nutzung und Wirkung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 47–64.

Höflich, Joachim R. (1998b): Computerrahmen und Kommunikation. In: Elizabeth Prommer und Gerhard Vowe (Hg.): *Computervermittelte Kommunikation. Öffentlichkeit im Wandel*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 141–171.

Höflich, Joachim R. (2003): *Mensch, Computer und Kommunikation. Theoretische Verortungen und empirische Befunde*. Frankfurt am Main: P. Lang.

Holtz-Bacha, Christina (1998): Fragmentierung der Gesellschaft durch das Internet. In: Winand Gellner und Fritz von Korff (Hg.): *Demokratie und Internet*. Baden-Baden: Nomos, S. 219–226.

Honneth, Axel (2000): *Das Andere der Gerechtigkeit. Aufsätze zur praktischen Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hörisch, Jochen (2009): *Eine Geschichte der Medien. Von der Oblate zum Internet*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Huber, Sandra (2009): Das Internet als Erweiterung des politischen Kommunikationsraums: Nutzerakzeptanz und Nutzungsprofile und ihre Folgen für die politische Partizipation. Otto-Friedrich-Universität, Bamberg. Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Online verfügbar unter <http://d-nb.info/1000378284/34>, zuletzt geprüft am 07.03.2014.

Hüller, Thorsten (2005a): *Deliberative Demokratie: Normen, Probleme und Institutionalisierungsformen*. Münster: Lit Verlag.

Hüller, Thorsten (2005b): *Deliberative Öffentlichkeit*. In: IIS-Arbeitspapier Nr. 32. Online verfügbar unter <http://d-nb.info/985786612/34>, zuletzt geprüft am 01.05.2014.

Hüller, Thorsten (2012): Deliberation oder Demokratie? Zur egalitären Kritik an deliberativen Demokratiekonzeptionen. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 2(2), S. 129-150

Ijsselsteijn, W.A (2004): *Presence in Depth*. University of Technology, Eindhoven.

Imhof, Kurt (2006): Der normative Horizont der Freiheit. Deliberation und Öffentlichkeit: Zwei zentrale Begriffe der Kommunikationswissenschaft. fög discussion paper GL-2006-0006. Online verfügbar unter http://www.foeg.uzh.ch/analyse/publikationen/Horizont_der_Freiheit.pdf, zuletzt geprüft am 07.03.2014.

Imhof, Kurt (2008): Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne. In: Carsten Winter, Andreas Hepp und Friedrich Krotz (Hg.): *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–89.

Innis, Harold A. (2007): *Empire and communications*. Lanham: Rowman & littlefield publishers.

- Jäckel, Michael (1995): Interaktion. Soziologische Anmerkungen zu einem Begriff. In: *Rundfunk und Fernsehen* 43 (4), S. 463–475.
- Jäckel, Michael (2011): Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. 5. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Janis, Irving Lester (1972): Victims of groupthink. A psychological study of foreign-policy decisions and fiascoes. Boston: Houghton Mifflin.
- Janssen, Davy; Kies, Raphael (2005): Online Forums and Deliberative Democracy. In: *Acta Politica* 40 (3), S. 317–335.
- Jarren, Otfried (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, Otfried; Bonfadelli, Heinz (2001): Einführung in die Publizistikwissenschaft. Stuttgart: UTB.
- Jarren, Otfried; Donges, Patrick (Hg.) (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jarren, Otfried (2008): Massenmedien als Intermediäre. Zur anhaltenden Relevanz der Massenmedien für die öffentliche Kommunikation. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 56 (3-4), S. 329–346.
- Jarren, Otfried (2013): Neue Medien - Neue Regeln! Publizistische Verantwortungskultur durch Diskurse. Zum Zusammenhang zwischen Medienpolitik und Politischer Kommunikation. In: Edwin Czwerwick (Hg.): Politische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 53-66.
- Jesse, Eckhard; Sturm, Roland (2003): Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In: Eckhard Jesse und Roland Sturm (Hg.): Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S. 477–502.
- Joinson, Adam N. (2001): Self-disclosure in computer-mediated communication: The role of self-awareness and visual anonymity. In: *European Journal of Social Psychology* 31 (2), S. 177–192.
- Joisten, Martina (2007): Multimediale Gespräche in Skype: Hybridisierung von Gebrauchsweisen in der interpersonalen Kommunikation. In: Simone Kimpeler, Michael Mangold und Wolfgang Schweiger (Hg.): Die digitale Herausforderung. Zehn Jahre Forschung zur computervermittelten Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149–158.
- Jones, Steven G (1997): Virtual culture. Identity and communication in cybersociety. London: SAGE.
- Jörke, Dirk (2011): Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 20 (3-4).
- Kaase, Max (1992): Politische Beteiligung. In: Manfred G. Schmidt und Dieter Nohlen (Hg.): Die westlichen Länder. München: Beck, S. 339–346.
- Karnowski, Veronika (2011): Diffusionstheorien. Baden-Baden: Nomos.
- Karnowski, Veronika (2013): Diffusionstheorie. In: Wolfgang Schweiger und Andreas Fahr (Hg.): Handbuch Medienwirkungsforschung: Springer, Wiesbaden, S. 513-528.
- Keen, Andrew; Dierlamm, Helmut (2008): Die Stunde der Stümper. Wie wir im Internet unsere Kultur zerstören. München: Hanser.
- Kellner, Douglas (2000): Habermas, the Public Sphere and Democracy: A critical Intervention. Online verfügbar unter <http://gseis.ucla.edu/faculty/kellner/papers/habermas.htm>, zuletzt geprüft am 26.12.2010.
- Keohane, Robert O; Nye, Joseph S (2004): Power and interdependence. 3. Auflage. New York: Longman.
- Kersting, Norbert (2008a): Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–39.
- Kersting, Norbert (Hg.) (2008b): Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kielmansegg, Peter (1994): Volkssouveränität. Eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kiesler, Sara; Siegel, Jane; Timothy, W. McGuire (1988): Social psychological aspects of computer-mediated communication. In: Irene Greif (Hg.): Computer-supported cooperative work: a book of readings. San Francisco: Morgan Kaufmann Publishers Inc, S. 657–682.
- Kim, Eun-Gyoo; Hamilton, James W. (2006): Capitulation to capital? OhmyNews as alternative media. In: *Media, Culture & Society* 28 (4), S. 541–560.
- Kim, Ji-Young (2006): The impact of Internet use patterns on political engagement: A focus on online deliberation and virtual social capital. In: *Information Polity: The International Journal of Government & Democracy in the Information Age* 11 (1), S. 35–49.
- Kiousis, Spiro (2002): Interactivity: a concept explication. In: *New Media & Society* 4 (3), S. 355–383.
- Kleinsteuber, Hans J. (1994): Vom Zwei-Wege-Fernsehen zu den ‚interactive media‘. Der Mythos vom Rückkanal. In: Otfried Jarren (Hg.): Medienwandel - Gesellschaftswandel? 10 Jahre dualer Rundfunk in Deutschland. Eine Bilanz. Berlin: Vistas, S. 106–118.
- Klinke, Andreas (2007): Deliberative Politik in entgrenzten Räumen. Demokratische Legitimation und Effektivität im nordamerikanischen Große Seen-Regime. Papier für die Offene IB-Sektionstagung 2007 der DVPW. Online verfügbar unter http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/Sektionstagung_IB/Klinke_Papier.pdf, zuletzt geprüft am 27.02.2014.
- Koch, Michael; Richter, Alexander (2009): Enterprise 2.0. Planung, Einführung und erfolgreicher Einsatz von Social Software in Unternehmen. 2. Auflage. München: Oldenbourg.
- Kolb, Andreas; Schemer-Reinhard, Timo (2008): Interaktivität. Ein Begriff im Netz der Wissenschaften. In: *Navigationen: Zeitschrift für Medien- und Kulturwissenschaften* (8), S. 81–101.
- Kolo, Castulus (2010): Online-Medien und Wandel: Konvergenz, Diffusion, Substitution. In: Wolfgang Schweiger und Klaus Beck (Hg.): Handbuch Online-Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283–307.
- Korte, Karl-Rudolf; Fröhlich, Manuel (2004): Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen. Paderborn: Schöningh.
- Koschmann, Timothy; LeBaron, Curtis D.: Reconsidering common ground: examining Clark's contribution theory in the OR. Online verfügbar unter http://www.ecscw.uni-siegen.de/2003/005Koschmann_ecscw03.pdf, zuletzt geprüft am 02.03.2014.
- Krotz, Friedrich (2007): Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kruse, Peter (2010): "Schwimmen, nicht filtern": Peter Kruse im Interview. Online verfügbar unter http://carta.info/24656/schwimmen-nicht-filtern-peter-kruse-im-interview/?utm_source=feedburner&utm_medium=feed&utm_campaign=Feed%3A+carta-standard-rss+%28Carta%29, zuletzt geprüft am 25.03.2014.
- Kubicek, Herbert; Schmid, Ulrich; Wagner, Heiderose (1997): Bürgerinformation durch "neue" Medien? Analysen und Fallstudien zur Etablierung elektronischer Informationssysteme im Alltag. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kübler, Hans-Dieter (2009): Mythos Wissensgesellschaft. Gesellschaftlicher Wandel zwischen Information, Medien und Wissen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kuhlen, Rainer (2010): Einzelrezension von Cass R. Sunstein: Infotopia. Hg. v. kommunikation:medien. Online verfügbar unter <http://www.rkm-journal.de/archives/646>, zuletzt geprüft am 25.03.2014.
- Kuhn, Frank (2006): Elektronische Partizipation. Digitale Möglichkeiten - Erklärungsfaktoren - Instrumente. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kunczik, Michael; Zipfel, Astrid (2005): Publizistik. Ein Studienhandbuch. 2. Auflage. Köln: Böhlau.
- Kymlicka, Will (1990): Contemporary political philosophy. An introduction. Oxford: Clarendon Press.
- Kymlicka, Will (2002): Contemporary political philosophy. An introduction. 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press.

- Lacy, Dean (2001): A Theory of Nonseparable Preferences in Survey Responses. In: *American Journal of Political Science* 45 (2), S. 239–258.
- Ladwig, Bernd (2007): Politische Theorie, politische Philosophie und Gesellschaftstheorie. In: Hubertus Buchstein und Gerhard Göhler (Hg.): *Politische Theorie und Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 175–191.
- Landa, Dimitri; Meirowitz, Adam (2009): Game Theory, Information, and Deliberative Democracy. In: *American Journal of Political Science* 53 (2), S. 427–444.
- Lanier, Jaron (2006): Digital Maoism: The Hazards of the New Online Collectivism. Online verfügbar unter http://www.edge.org/3rd_culture/lanier06/lanier06_index.html, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Leggewie, Claus (1998): *Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?* Köln: Bollmann.
- Leggewie, Claus (2009): Die Medien der Demokratie. Eine realistische Theorie der Wechselwirkung von Demokratisierung und Medialisierung. In: Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 70–83.
- Leggewie, Claus; Bieber, Christoph (2008): Webforum. In: Norbert Kersting (Hg.): *Politische Beteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 92–103.
- Leguizamón, Fernando Mauricio García (2009): Vom klassischen zum virtuellen öffentlichen Raum: Das Konzept der Öffentlichkeit und ihr Wandel im Zeitalter des Internet. Freie Universität Berlin, Berlin. Fachbereich Philosophie. Online verfügbar unter http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000015529, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Lessing, Lawrence (2006): *Freie Kultur. Wesen und Zukunft der Kreativität*. München: Open Source Press.
- Lindner, Ralf (2007): Politischer Wandel durch digitale Netzwerkkommunikation? Strategische Anwendung neuer Kommunikationstechnologien durch kanadische Parteien und Interessengruppen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lingenberg, Swantje (2010): Mediatisierung und transkulturelle Öffentlichkeiten: Die Aneignung des Politischen im Kontext multi-lokaler und mobiler Lebenswelten. Die Mediatisierung der Alltagswelt. In: Maren Hartmann und Andreas Hepp (Hg.): *Die Mediatisierung der Alltagswelt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 147–162.
- Lippmann, Walter (1922): *Public opinion*. New York: Harcourt.
- List, Christian (2002): Two Concepts of Agreement. In: *The Good Society* 11 (1), S. 72–79.
- List, Christian; Sliwka, Anne (2004): "Deliberative Polling" als Methode zum Erlernen des demokratischen Sprechens. In: *Zeitschrift für Politik* 51 (1), S. 87–105.
- Lösch, Bettina (2005): *Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit Demokratie und politischer Partizipation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lübcke, Eileen (2011): "It's too funny to be science". Goffmans Rahmenanalyse und die Untersuchung von interkulturellen Videokonferenzen. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Lucht, Jens (2006): Die Rolle der (elektronischen) Massenmedien bei der Herstellung von Öffentlichkeit und der Vermittlung von Politik. In: Jens Lucht (Hg.): *Der öffentlich-rechtliche Rundfunk: ein Auslaufmodell?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 91–176.
- Luhmann, Niklas (1971): *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1991): *Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 6. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1993): Quod omnes tangit... Anmerkungen zur Rechtstheorie von Jürgen Habermas. In: *Rechtshistorisches Journal* (12), S. 36–56.
- Luhmann, Niklas (1996): *Die Realität der Massenmedien*. 2. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (2001): Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation. In: Niklas Luhmann (Hg.): *Aufsätze und Reden*, Stuttgart: Reclam, S. 76–93.

- Luhmann, Niklas (2005): *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (1998): *Die Gesellschaft der Gesellschaft* (2 Bd.). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luna, Riccardo; Krause, Joachim (2010): Friedensnobelpreis fürs Internet? Das Internet sei ein Werkzeug des Friedens, schwärmt eine Initiative – das sollte angemessen gewürdigt werden. ZEIT Online. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2010/02/Internet-Friedensnobelpreis-Pro-Contra>, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Macedo, Stephen (Hg.) (1999): *Deliberative politics. Essays on democracy and disagreement*. Oxford: Oxford University Press.
- Machill, Marcel/Beiler, Markus (2014): *Das neue Gesicht der Öffentlichkeit. Wie Facebook und andere soziale Netzwerke die Meinungsbildung verändern*. Düsseldorf: Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen.
- Macintosh, Anee (2006): eParticipation in Policy-making: the research and the challenges. In: Paul M. Cunningham und Miriam Cunningham (Hg.): *Exploiting the knowledge economy. Issues, applications and case studies*. Amsterdam: IOS Press, S. 364–369.
- Mambrey, Peter; Jeners, Nils (2010): Zur Appropriation sozio-technischer Systeme am Beispiel des Microblogging Systems Twitter. Online verfügbar unter <http://dbis.rwth-aachen.de/cms/publications/twitter>, zuletzt geprüft am 03.06.2014.
- Manin, Bernhard (1987): On Legitimacy and Political Deliberation. In: *Political Theory* 15 (3), S. 338–368.
- Mansbridge, Jane (1994): Using Power/Fighting Power. In: *Constellations* 1 (1), S. 53–73.
- Mansbridge, Jane (2007): "Deliberative Democracy" or "Democratic Deliberation"? In: Shawn W Rosenberg (Hg.): *Deliberation, participation and democracy. Can the people govern?* Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 251–271.
- Mansbridge, Jane (2010): The Place of Self-Interest and the Role of Power in Deliberative Democracy. In: *Journal of Political Philosophy* 18 (1), S. 64–100.
- Mansbridge, Jane J (1983): *Beyond adversary democracy*. Chicago: University of Chicago Press.
- Marcinkowski, Frank; Pfetsch, Barbara (Hg.) (2009): *Politik in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Margolis, Michael; Moreno-Riaño, Gerson (2009): *The prospect of Internet democracy*. Farnham: Ashgate.
- Marr, Mirko (2005): *Internetzugang und politische Informiertheit: Zur digitalen Spaltung der Gesellschaft*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Marr, Mirko; Zillien, Nicole (2010): Digitale Spaltung. In: Wolfgang Schweiger und Klaus Beck (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 257–282.
- Marschall, Stefan (1999): *Öffentlichkeit und Volksvertretung. Theorie und Praxis der Public Relations von Parlamenten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Martinsen, Renate (2006): *Demokratie und Diskurs. Organisierte Kommunikationsprozesse in der Wissensgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos.
- Martinsen, Renate (2009): Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37-69.
- Mason, Shana M.; Hacker, Kenneth (2003): Applying Communication Theory to Digital Divide Research. In: *IT&Society* (1), S. 40–55.
- McCarthy, John C.; Miles, Victoria C.; Monk, Andrew F. (1991): An experimental study of common ground in text-based communication. In: Scott P. Robertson, Gary M. Olson und Judith S. Olson (Hg.): *Proceedings of the SIGCHI conference on Human factors in computing systems: Reaching through technology*. New Orleans: ACM, S. 209–215.
- McLuhan, Marshall (1969): *Understanding Media*. London: Sphere Books.

- McQuail, Denis (2010): *McQuail's mass communication theory*. 6. Auflage. London: SAGE.
- Meier, Christian (1993): *Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte*. Berlin: Siedler.
- Meier, Klaus (2013): *Journalistik*. 3. Auflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Mendelberg, Tali (2002): *The deliberative citizen: Theory and evidence*. In: *Political Decision Making, Deliberation and Participation* (6), S. 151–193.
- Merten, Klaus (1977): *Kommunikation. Eine Begriffs- und Prozeßanalyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merton, Robert K. (1985): *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mesch, Stefan (2010): *Watchblogs. Wächter über dem Mainstream*. ZEIT Online. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/digital/internet/2010-07/watchblogs-deutschland/komplettansicht>, zuletzt geprüft am 03.05.2014.
- Meyer, Thomas (2009): *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Milbrath, Lester W.; Goel, M. L. (1977): *Political participation. How and why do people get involved in politics*. 2. Auflage. Chicago: Rand McNally.
- Mill, John Stuart (2009): *Über die Freiheit*. Hamburg: Meiner.
- Miller, David (1992): *Deliberative Democracy and Social Choice*. In: *Political Studies* 40, S. 54–67.
- Min, Seong-Jae (2007): *Online vs. Face-to-Face Deliberation: Effects on Civic Engagement*. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 12 (4), S. 1369–1387.
- Misoch, Sabina (2006): *Online-Kommunikation*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Morris, Merrill; Ogan, Christine (1996): *The Internet as Mass Medium*. In: *Journal of Communication* 46 (1), S. 39–50.
- Mouffe, Chantal (2000): *Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism*. Hg. vom Institut für höhere Studien, Wien. Online verfügbar unter http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_72.pdf, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Mouffe, Chantal (2009): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Muhlberger, Peter; Weber Lori M. (2006): *Lessons from the Virtual Agora Project: The Effects of Agency, Identity, Information, and Deliberation on Political Knowledge*. In: *Journal of Public Deliberation* 2. Online verfügbar unter <http://services.bepress.com/jpd/vol2/iss1/art13>, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Mühlenfeld, Hans-Ullrich (2004): *Der Mensch in der Online-Kommunikation*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts Verlag.
- Müller, Jörg P. (1993): *Demokratische Gerechtigkeit. Eine Studie zur Legitimität politischer und rechtlicher Ordnung*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.
- Münch, Richard (1995): *Dynamik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münker, Stefan (2009): *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die sozialen Medien im Web 2.0*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münkler, Herfried; Straßenberger, Grit (2007): *Was das Fach zusammenhält. Die Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft*. In: Hubertus Buchstein und Gerhard Göhler (Hg.): *Politische Theorie und Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45–79.
- Münz, Stefan; Nefzger, Wolfgang (2002): *HTML & Web-Publishing Handbuch*. Poing: Franzis'.
- Musch, J. (2000): *Die Geschichte des Netzes: ein historischer Abriss*. In: Bernad Batinic (Hg.): *Internet für Psychologen*. 2. Auflage. Göttingen: Hogrefe, S. 15–37.
- Mutz, Diana C. (2008): *Is Deliberative Democracy a Falsifiable Theory?* In: *Annual Review of Political Science* 11 (1), S. 521–538.

- Myers, David G. (2008): Sozialpsychologie. In: David G. Myers (Hg.): Psychologie. Berlin: Springer, S. 635–690.
- Neblo, Michael A. (2007): Family Disputes: Diversity in Defining and Measuring Deliberation. In: *Swiss Political Science Review* 13 (4), S. 527–557.
- Neblo, Michael A.; Esterling, Kevin; Kennedy, Ryan; Lazer, David; Sokhe, Anand (2010): Who Wants To Deliberate? And Why? In: *American Political Science Review* 104 (3), S. 566–583.
- Negroponte, Nicholas (1996): Being digital. New York: Vintage Books.
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1977): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. 5. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neidhardt, Friedhelm (1989): Auf der Suche nach Öffentlichkeit. In: Walter Nutz (Hg.): Kunst, Kommunikation, Kultur. Festschrift zum 80. Geburtstag von Alphons Silbermann. Frankfurt am Main: P. Lang, S. 25–35.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7–41.
- Neidhardt, Friedhelm (2010): Funktionen politischer Öffentlichkeit. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 23 (3), S. 26–34.
- Neuberger, Christoph (2004): Wandel der aktuellen Öffentlichkeit im Internet. Unter Mitarbeit von Christoph Kaletka, Daniel Meyering und Inga Schlichting. Online verfügbar unter http://www.ifkw.uni-muenchen.de/personen/professoren/neuberger_christoph/technikfolgen/tab_gutachten.pdf, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Neuberger, Christoph (2006): Über den Strukturwandel der Öffentlichkeit im Internet. In: Arnold Picot und Tim Fischer (Hg.): Weblogs professionell. Grundlagen, Konzepte und Praxis im unternehmerischen Umfeld. Heidelberg: dpunkt.Verlag, S. 113–129.
- Neuberger, Christoph (2007): Interaktivität, Interaktion, Internet. In: *Publizistik* 52 (1), S. 33–50.
- Neuberger, Christoph (2008a): Neue Medien als Herausforderung für die Journalismustheorie: Paradigmenwechsel in der Vermittlung öffentlicher Kommunikation. In: Carsten Winter, Andreas Hepp und Friedrich Krotz (Hg.): Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 251–267.
- Neuberger, Christoph (2008b): Öffentlichkeitsparadoxien. Kommunikation, Rezeption und Vermittlung im Medienwandel. Online verfügbar unter http://www.ifkw.uni-muenchen.de/personen/professoren/neuberger_christoph/publikationen/paradoxien.pdf, zuletzt geprüft am 03.05.2014.
- Neuberger, Christoph (2009a): Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs. In: Christoph Neuberger (Hg.): Journalismus im Internet. Profession, Partizipation, Technisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19–105.
- Neuberger, Christoph (Hg.) (2009b): Journalismus im Internet. Profession, Partizipation, Technisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neuberger, Christoph (2009c): Versuch über das Internet. In: Vanessa Diemand, Uwe Hochmuth und Christina Lindner (Hg.): Ich, Wir und Die Anderen. Neue Medien zwischen demokratischen und ökonomischen Potenzialen II. Hannover: Heise Zeitschriften Verlag, S. 188–198.
- Neuberger, Christoph (2011): Soziale Netzwerke im Internet. In: Christoph Neuberger und Volker Gehrau (Hg.): StudiVZ. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–96.
- Neuberger, Christoph (2014): Die Identität und Qualität des Journalismus im Internet aus der Sicht des Publikums. In und Marco Dohle (Hg.): Journalismus und (sein) Publikum. Schnittstellen zwischen Journalismusforschung und Rezeptions- und Wirkungsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 229–251.
- Neuberger, Christoph; Lobigs, Frank; Herbers, Martin R.; Karthaus, Anne; Nuernbergk, Christian (2010): Die Bedeutung des Internets im Rahmen der Vielfaltssicherung. Gutachten im Auftrag der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich. Online verfügbar unter http://www.vprt.de/sites/default/files/documents/o_document_20100804124303_stud_2010_07_13_ke

k_internet_und_Vielfaltsicherung.pdf, zuletzt geprüft am 03.03.2014.

Neuberger, Christoph; Nuernbergk, Christian; Rischke, Melanie (2007): Weblogs und Journalismus: Konkurrenz, Ergänzung oder Integration? Eine Forschungssynopse zum Wandel der Öffentlichkeit im Internet. In: *Media Perspektiven* (2), S. 96–112.

Neuberger, Christoph; Nuernbergk, Christian; Rischke, Melanie (2009): Journalismus im Internet: Zwischen Profession, Partizipation und Technik. In: *Media Perspektiven* (4), S. 174–188.

Neuberger, Christoph; Quandt, Thorsten (2010): Internet-Journalismus: Vom traditionellen Gatekeeping zum partizipativen Journalismus? In: Wolfgang Schweiger und Klaus Beck (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59–79.

Neuberger, Christoph; Tonnemacher, Jan (2003): Online – Die Zukunft der Zeitung? Zur Einführung. In: Christoph Neuberger und Jan Tonnemacher (Hg.): *Online - die Zukunft der Zeitung? Das Engagement deutscher Tageszeitungen im Internet*. 2. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9–14.

Neyer, Jürgen (2009): Die Stärke deliberativer politischer Theorien und das Elend der orthodoxen Demokratietheorie. Eine Replik auf Marcus Höreth. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 19 (3), S. 331–358.

Niedermaier, Hubertus (2008): Können interaktive Medien Öffentlichkeit herstellen? Zum Potenzial öffentlicher Kooperation im Internet. In: Christian Stegbauer und Michael Jäckel (Hg.): *Social Software. Formen der Kooperation in computerbasierten Netzwerken*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49–69.

Niedermayer, Oskar (Hg.) (2000): *Demokratie und Partizipation*. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Niesen, Peter (2007): Politische Theorie als Demokratiewissenschaft. In: Hubertus Buchstein und Gerhard Göhler (Hg.): *Politische Theorie und Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 126–155.

Niesen, Peter (2008): Deliberation ohne Demokratie? Zur Konstruktion von Legitimität jenseits des Nationalstaats. In: Regina Kreide und Andreas Niederberger (Hg.): *Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 240–259.

Noelle-Neumann, Elisabeth (1989): *Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale*. Frankfurt am Main: Ullstein.

Nohlen, Dieter (2007): *Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme*. 5. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.

Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1-2), S. 5–12.

Norris, Pippa (2001): *Digital divide. Civic engagement, information poverty, and the Internet worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press.

Nuernbergk, Christian (2013): Anschlusskommunikation in der Netzwerköffentlichkeit. Ein inhalts- und netzwerkanalytischer Vergleich der Kommunikation im "Social Web" zum G8-Gipfel von Heiligendamm. Baden-Baden: Nomos.

Nullmeier, Frank; Hurrelmann, Achim; Liebsch, Katharina (2002): Wie ist argumentative Entscheidungsfindung möglich? In: *Leviathan* 30 (4), S. 544–564.

Nutz, Daniel (2008): *Cyberdemokratie? Öffentlichkeit, Deliberation und Internet*. Saarbrücken: Vdm Verlag Dr. Müller.

O'Reilly, Tim (2005): *What Is Web 2.0: Design Patterns and Business Models for the Next Generation of Software*. Online verfügbar unter <http://oreilly.com/web2/archive/what-is-web-20.html>, zuletzt geprüft am 03.03.2014.

O'Reilly, Tim; Battelle, John (2009): *Web Squared: Web 2.0 Five Years On*. Online verfügbar unter <http://www.web2summit.com/web2009/public/schedule/detail/10194>, zuletzt geprüft am 03.03.2014.

Obama, Barack (2006): *The audacity of hope. Thoughts on reclaiming the American dream*. New York: Crown Publishers.

- Offe, Claus (1992): Wider scheinradikale Gesten – Die Verfassungspolitik auf der Suche nach dem „Volkswillen“. In: Gunter Hofmann (Hg.): Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion. Frankfurt am Main: Eichborn, S. 126–142.
- Opp, Karl-Dieter (2005): Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theorienbildung und praktischen Anwendung. 6. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Östgaard, Einar (1965): Factors Influencing the Flow of News. In: *Journal of Peace Research* 2 (1), S. 39–63.
- Ottersbach, Markus (2003): Außerparlamentarische Demokratie. Neue Bürgerbewegungen als Herausforderung an die Zivilgesellschaft. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Ottmann, Henning (2006): Liberale, republikanische, deliberative Demokratie. Online verfügbar unter <http://hrcak.srce.hr/file/19120>, zuletzt geprüft am 13.05.2014.
- Paetau, Michael (1999): Computernetzwerke und die Konstitution des Sozialen. In: Claudia Honegger (Hg.): Grenzenlose Gesellschaft? Opladen: Leske + Budrich, S. 270–284.
- Paetsch, Jennifer; Reichert, Daniel (2014): Potenziale nutzen mit Liquid Democracy. In: Mike Friedrichsen; Roland A. Kohn (Hg.), *Liquid Democracy: Digitale Politikvermittlung - Chancen und Risiken interaktiver Medien*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften., S. 499-515.
- Palazzo, Guido (2002): Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberativer Demokratie von Jürgen Habermas. Baden-Baden: Nomos.
- Papacharissi, Zizi (2002): The virtual sphere: The internet as a public sphere. In: *New Media Society* 4 (1), S. 9–27.
- Papacharissi, Zizi (2010): *A Private Sphere Democracy in a Digital Age*. Cambridge: Polity.
- Papsdorf, Christian (2013): *Internet und Gesellschaft. Wie das Netz unsere Kommunikation verändert*. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Pariser, Eli (2012): *Filter Bubble. Wie wir im Internet entmündigt werden*. München: Hanser.
- Parkinson, John (2006): *Deliberating in the real world. Problems of legitimacy in deliberative democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Pelinka, Anton (2004): *Grundzüge der Politikwissenschaft*. Wien: Böhlau.
- Perlot, Flooh (2008): *Deliberative Demokratie und Internetforen - nur eine virtuelle Diskussion?* Baden-Baden: Nomos.
- Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Peters, Bernhard (2007a): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Bernhard Peters (Hg.): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 55–102.
- Peters, Bernhard (Hg.) (2007b): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Peters, Bernhard (2007c): Die Leistungsfähigkeit heutiger Öffentlichkeiten. Einige theoretische Kontroversen. In: Bernhard Peters (Hg.): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 187–202.
- Peters, Bernhard (2007d): Über öffentliche Deliberation und öffentliche Kultur. In: Bernhard Peters (Hg.): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 103–187.
- Peters, Bernhard; Schultz, Tanjev; Wimmel, Andreas (2004): *Publizistische. Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit. Eine themenübergreifende Inhaltsanalyse deutscher Zeitungen und Zeitschriften*. InIIS-Arbeitspapier Nr. 30. Online verfügbar unter http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2008/505/pdf/AP_30_2004.pdf, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Pettit, Philip (2004): Depoliticizing Democracy. In: *Ratio Juris* 17 (1), S. 52–65.
- Pias, Claus; Vogl, Joseph; Engell, Lorenz; Fahle, Oliver; Neitzel, Britta (2008): *Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard*. 6. Auflage. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Pitkin, Hanna Fenichel (1972): *The concept of representation*. Berkeley: University of California Press.

- Plake, Klaus; Jansen, Daniel; Schuhmacher, Birgit (2001): Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Polletta, Francesca/Chen, Pang Ching Bobby/Anderson, Christopher (2009): Is Information Good for Deliberation? Link Posting in an Online Forum. In: *Journal of Public Deliberation* 5 (1). Online verfügbar unter <http://www.publicdeliberation.net/cgi/viewcontent.cgi?article=1074&context=jpd>, zuletzt geprüft am 09.03.2014.
- Posner, Richard A. (2005): Law, Pragmatism, and Democracy. Cambridge, Harvard University Press.
- Postman, Neil (1999): Die zweite Aufklärung. Vom 18. ins 21. Jahrhundert. Berlin: Berlin-Verlag.
- Prantl, Heribert (2010): Das tägliche Brot der Demokratie. Was Wissenschaft, Publizistik und Politik miteinander zu tun haben. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (6), S. 81–92.
- Putnam, Robert D (2000): Bowling alone the collapse and revival of American community. Simon & Schuster: New York.
- Rafaeli, Sheizaf (1988): Interactivity. From New Media to Communication. In: Robert P. Hawkins (Hg.): Advancing communication science. Merging mass and interpersonal processes. Newbury Park: SAGE, S. 110–134.
- Rafaeli, Sheizaf; Sudweeks, Fay (1997): Networked Interactivity. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 2 (4).
- Rammert, Werner (1993): Technik aus soziologischer Perspektive. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rammert, Werner (2007): Technik - Handeln - Wissen. Zu einer pragmatistischen Technik- und Sozialtheorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rammert, Werner; Schubert, Cornelius (2006): Technografie. Zur Mikrosoziologie der Technik. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reichert, Daniel; Panek, Eva (2013): Alles im Fluss - die fließenden Ebenen einer Liquid Democracy. In: Kathrin Voss: Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 299-310
- Reuter, Norbert (2000): Ökonomik der "Langen Frist". Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Rheingold, Howard (1994): Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. Bonn: Addison-Wesley.
- Rheingold, Howard (2008): Smart mobs. The next social revolution. Cambridge: Basic Books.
- Rice, Ronald E.; Shook, Douglas E. (1990): Relationships of job categories and organizational levels to use of communication channels, including electronic mail. A meta-analysis and extension. In: *Journal of Management Studies* 27 (2), S. 195–229.
- Richter, Alexander; Koch, Michael (2007): Social Software – Status quo und Zukunft. Fakultät für Informatik der Universität der Bundeswehr München. Online verfügbar unter <http://www.kooperationssysteme.de/docs/pubs/RichterKoch2007-bericht-socialsoftware.pdf>, zuletzt geprüft am 03.05.2014.
- Richter, Daniel; Riemer, Kai; vom Brocke, Jan (2011): Internet Social Networking. In: *Wirtschaftsinformatik* 53 (2), S. 89–103.
- Riethmüller, M.; Boos, M. (2014): Interpersonale Kommunikation. In: M. Blanz, A.; Florack, U. Piontkowski (Hg.): Kommunikation: Eine interdisziplinäre Einführung, Stuttgart: Kohlhammer, S. 76-90.
- Riethmüller, M.; Hardwig, T.; Boos, M. (2013): Verteilte Teams - eine große Herausforderung für Führungskräfte. *Wirtschaftspsychologie aktuell*, 1/2013. 52-56.
- Risse, Thomas (2000): "Let's Argue!": Communicative Action in World Politics. In: *International Organization* 54 (1), S. 1–39.
- Robinson, Gertrude (1970): Foreign News Selection is Non-Linear in Yugoslavia's Tanjug Agency. In: *Journalism Quarterly* 47, S. 340–355.
- Roesler, Alexander (1997): Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit. In: Stefan Münker

- (Hg.): Mythos Internet. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 171–192.
- Rogers, Everett M. (2003): Diffusion of innovations. 5. Auflage. New York,: Free Press.
- Rorty, Richard (1999): Philosophy and social hope. London: Penguin Books.
- Rosa, Hartmut (1994): Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie. Der Beitrag der ‚Cambridge School‘ zur Metatheorie. In: *Politische Vierteljahresschrift* 35 (2), S. 197–223.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit - Reflexivität - Nähe. Hamburg: Hamburger Edition.
- Rosenberg, Shawn W (Hg.) (2007): Deliberation, participation and democracy. Can the people govern? Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Rosenberg, Shawn W. (2002): The not so common sense. Differences in how people judge social and political life. New Haven: Yale University Press.
- Rössler, Beate (2001): Der Wert des Privaten. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rössler, Patrick (Hg.) (1998): Online-Kommunikation. Beiträge zu Nutzung und Wirkung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Roth, Gerhard (1997): Das Gehirn und seine Wirklichkeit. Kognitive Neurobiologie und ihre philosophischen Konsequenzen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rousseau, Jean-Jacques (2006): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart: Reclam.
- Rucht, Dieter; Yang, Mundo; Zimmermann, Ann (2008): Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen. Das Beispiel Genfood. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rucht, Dieter (2014): Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste: In: Kathrin Voss: Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 115-128.
- Rüb, Friedbert W. (2009): Über das Organisieren der Regierungsorganisation und über Regierungsstile. Eine praxeologische Perspektive. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 38, S. 43-60.
- Rüggerberg, Sabine (2007): So nah und doch so fern. Soziale Präsenz und Vertrauen in der computervermittelten Kommunikation, Köln. Online verfügbar unter http://kups.ub.uni-koeln.de/volltexte/2007/2136/pdf/Dissertation_rueggenberg.pdf, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Rühle, Ray (2003): Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig. Münster: LIT-Verlag.
- Ruhrmann, Georg; Göbbel, Roland (2007): Veränderung der Nachrichtenfaktoren und Auswirkungen auf die journalistische Praxis in Deutschland. Abschlussbericht für netzwerk recherche e.V. Online verfügbar unter <http://www.netzwerkrecherche.de/docs/ruhrmann-goebbel-veraenderung-der-nachrichtenfaktoren.pdf>, zuletzt geprüft am 03.03.2014.
- Ryfe, David M. (2005): Does Deliberative Democracy Work? In: *Annual Review of Political Science* 8 (1), S. 49–71.
- Sacks, Harvey; Schegloff, Emanuel; Jefferson, Gail (1974): A Simplest Systematics for the Organization of Turn-Taking for Conversation. In: *Language* 50 (4), S. 696–735.
- Sampath Kumar, N.; Karthik Chandran, U.; ArunKumar, N.; Karnavel, K. (2013): Social Networking Site For Self Portfolio. In: *International Journal of Research in Engineering & Advanced Technolog* (1), S. 1–4. Online verfügbar unter <http://arxiv.org/ftp/arxiv/papers/1307/1307.3399.pdf>.
- Sandbothe, Mike (1997): Interaktivität - Hypertextualität - Transversalität. Eine medienphilosophische Analyse des Internet. In: Stefan Münker (Hg.): Mythos Internet. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 56–82.
- Sanders, Lynn M. (1997): Against deliberation. In: *Political Theory* 25 (3), S. 1–17.
- Sarcinelli, Ulrich (1997): Demokratiewandel im Zeichen medialen Wandels? Politische Beteiligung und politische Kommunikation. In: Ansgar Klein (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Baden-Baden: Nomos, S. 314–345.

Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Saretzki, Thomas (2014): Deliberative Politik und demokratische Legitimität: Perspektiven der Kritik zwischen empirischer Deliberationsforschung und reflexiver Demokratie. In: Oliver Flügel-Martinsen, Daniel Gaus, Tanja Hitzel-Cassagnes, Franziska Martinsen (Hg.): Deliberative Kritik - Kritik der Deliberation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 24–48.

Saretzki, Thomas (2010): Strategie als Herausforderung für die deliberative Demokratietheorie. In: Joachim Raschke und Ralf Tils (Hg.): Strategie in der Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 121–150.

Sartori, Giovanni (1992): Demokratietheorie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Schaal, Gary S.; Heidenreich, Felix (2009): Einführung in die politischen Theorien der Moderne. 2. Auflage. Opladen: Budrich.

Schaal, Gary S.; Ritzi, Claudia (2009): Empirische Deliberationsforschung. Hg. v. MPIfG Working Paper 09/9. Online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-9.pdf>, zuletzt geprüft am 03.04.2014.

Schäfer, Armin (2010): Kompensiert bürgerliches Engagement den Rückgang der Wahlbeteiligung? Online verfügbar unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/02/nl4_schaefer.pdf, zuletzt geprüft am 03.03.2014.

Schäfers, Bernhard; Kopp, Johannes; Lehmann, Bianca (2006): Grundbegriffe der Soziologie. 9. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Scharpf, Fritz W. (1972): Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz: Universitäts-Verlag.

Scharpf, Fritz W. (2002): Regieren im europäischen Mehrebenensystem — Ansätze zu einer Theorie. In: *Leviathan* 30 (1).

Scharpf, Fritz W. (1997): Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie. Hg. v. MPIfG Working Paper 97/9. Online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp97-9/wp97-9.html>, zuletzt geprüft am 03.03.2014.

Scharpf, Fritz W. (2009): Legitimität im europäischen Mehrebenensystem. In: *Leviathan* 37 (2), S. 244–280.

Scharpf, Fritz W.; Schmid, Christoph (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt: Campus-Verlag.

Scherfer, Konrad (2010): Ist das Web ein Medium? In: Konrad Scherfer (Hg.): Webwissenschaft. Eine Einführung. 2. Auflage. Münster: LIT-Verlag, S. 10–30.

Scheuch, Michael (2003): Demokratie per Mausklick. Neue Informationstechnologien und ihre Auswirkungen auf Demokratietheorie. Stuttgart: ibidem.

Schmaltz-Bruns, Rainer (2001): Internet-Politik. Zum demokratischen Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien. In: Georg Simonis, Renate Martinsen und Thomas Saretzki (Hg.): Politik und Technik. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 108–131.

Schmaltz-Bruns, Rainer; Hitzel-Cassagnes, Tanja (2003): Normative und ökonomische politische Theorie. In: Herfried Münkler (Hg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs. Hamburg: Rowohlt, S. 132–171.

Schmalz-Bruns, Rainer (1995): Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik. Baden-Baden: Nomos.

Schmidt, Jan (2004): Rezension: Joachim R. Höflich (2003): Mensch, Computer und Kommunikation. Theoretische Verortungen und empirische Befunde. Online verfügbar unter <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/620/1343>, zuletzt geprüft am 03.03.2014.

Schmidt, Jan (2006a): Weblogs. Eine kommunikationssoziologische Studie. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Schmidt, Jan (2008): Was ist neu am Social Web? Soziologische und

- kommunikationswissenschaftliche Grundlagen. In: Ansgar Zerfaß, Martin Welker und Jan Schmidt (Hg.): Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Köln: von Halem, S. 18–40.
- Schmidt, Jan (2009a): Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Schmidt, Jan (2011): Weblogs in Unternehmen. In: Gianfranco Walsh, Berthold H. Hass und Thomas Kilian (Hg.): Web 2.0. Neue Perspektiven für Marketing und Medien. Berlin: Springer, S. 97-108.
- Schmidt, Jan; Pellegrini, Tassilo (2009): Das Social Semantic Web aus kommunikationssoziologischer Perspektive. In: Andreas Blumauer und Tassilo Pellegrini (Hg.): Social Semantic Web. Web 2.0 - Was nun? Berlin: Springer, S. 453–468.
- Schmidt, Manfred G. (2000a): Demokratietheorien. Eine Einführung. 3. Auflage. Wiesbaden, VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G. (2006b): Die Zukunft der Demokratie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4, S. 812–822.
- Schmidt, Manfred G. (2009b): Zur Leistungsfähigkeit von Demokratien – Befunde neuerer vergleichender Analysen. In: André Brodocz, Marcus Llanque und Gary S. Schaal (Hg.): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 30–41.
- Schmidt, Siegfried J. (2000b): Kalte Faszination. Medien, Kultur, Wissenschaft in der Mediengesellschaft. Weilerswist, Velbrück Wissenschaft.
- Schmitt, Carl (1928): Verfassungslehre. München: Duncker und Humblot.
- Schneider, Irmela (2007): Formationen der Mediennutzung. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Schönberger, Klaus (2000): Internet und Netzkommunikation im sozialen Nahbereich. Anmerkungen zum langen Arm des real life. In: *forum medienethik* (2), S. 33–42. Online verfügbar unter <http://www.fatk.uni-tuebingen.de/files/ethik.pdf>, zuletzt geprüft am 03.06.2014.
- Schrabe, Jan-Felix (2011): Social Media, Massenmedien und gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion. In: *Berliner Journal für Soziologie* 21 (3), S. 407–429.
- Schrabe, Jan-Felix (2012): Wiederkehrende Erwartungen an interaktive Medien. Online verfügbar unter <http://www.medialekontrolle.de/beitraege/wiederkehrende-erwartungen-an-interaktive-medien/>, zuletzt geprüft am 03.06.2014.
- Schudson, Michael (1978): The Ideal of Conversation in the Study of Mass Media. In: *Communication Research* (5), S. 320–329.
- Schuegraf, Martina (2008): Medienkonvergenz und Subjektbildung. Mediale Interaktionen am Beispiel von Musikfernsehen und Internet. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schultz, Tanjev (2001): Mediatisierte Verständigung. In: *Zeitschrift für Soziologie* 30 (2), S. 85–102.
- Schultz, Tanjev (2006): Geschwätz oder Diskurs? Die Rationalität politischer Talkshows im Fernsehen. Köln: von Halem.
- Schultze, Rainer-Olaf (2005): Partizipation. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. 3. Auflage. München, Beck
- Schulz, Winfried (1989): Massenmedien und Realität. Die "ptolemäische" und die "kopernikanische" Auffassung. In: Max Kaase und Winfried Schulz (Hg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 135–149.
- Schulz, Winfried (1990): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg: Alber.
- Schulz, Winfried (2011a): Die Medienrealität der Politik. In: Winfried Schulz (Hg.): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67–153.
- Schulz, Winfried (Hg.) (2011b): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulze, Gerhard (1993): Die Erlebnis-Gesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart. 3. Auflage. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

- Schumpeter, Joseph Alois (2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 8. Auflage. Tübingen: Francke.
- Schützeichel, Rainer (2004): *Soziologische Kommunikationstheorien*. Paderborn: Schöningh.
- Schweiger, Wolfgang (2007): *Theorien der Mediennutzung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schweiger, Wolfgang; Beck, Klaus (Hg.) (2010): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schweiger, Wolfgang; Weihermüller, Miriam (2008): Öffentliche Meinung als Online-Diskurs – ein neuer empirischer Zugang. In: *Publizistik* 53 (4), S. 535-559.
- Sennett, Richard (1977): *The fall of public man. The forces eroding public life and burdening the modern psyche with roles it cannot perform*. New York: Knopf.
- Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berlin-Verlag.
- Shane, Peter M (Hg.) (2004): *Democracy online. The prospects for political renewal through the Internet*. New York: Routledge.
- Shapiro, Ian (1999): Enough of Deliberation. Politics is about Interests and Power. In: Stephen Macedo (Hg.): *Deliberative politics. Essays on democracy and disagreement*. New York: Oxford University Press, S. 28–38.
- Shapiro, Andrew L. (1999): *The control revolution. How the internet is putting individuals in charge and changing the world we know*. New York: PublicAffairs.
- Shirky, Clay (2003): *Power Laws, Weblogs, and Inequality*. Online verfügbar unter http://www.shirky.com/writings/herecomeseverybody/powerlaw_weblog.html , zuletzt geprüft am 10.05.2014.
- Shoemaker, Pamela J.; Vos, Tim P. (2009): *Gatekeeping theory*. New York: Routledge.
- Short, John; Williams, Ederyn; Christie, Bruce (1976): *The social psychology of telecommunications*. London: Wiley & Sons.
- Siegert, Paul Ferdinand (2008): *Die Geschichte der E-Mail*. Bielefeld: transcript Verlag. Online verfügbar unter http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3039514&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm , , zuletzt geprüft am 03.07.2014.
- Silver, David (2006): Internet/Cyberculture/ Digital Culture/New Media/ Fill-in-the-Blank Studies. In: *New Media & Society* 6 (1), S. 55–64.
- Simon, Herbert A. (1959): Theories of Decision-Making in Economics and Behavioral Science. In: *The American Economic Review* 49 (3), S. 253–283.
- Slevin, James (2000): *The internet and society*. Cambridge: Polity Press.
- Sorge, Petra (2013): *Die PR-Postille*. Online verfügbar unter: <http://www.cicero.de/berliner-republik/huffington-post-pr-postille-onlinejournalismus-arianna-huffington-kostenlos/56086>, zuletzt geprüft am 03.07.2014.
- Spears, Russel; Lea, Martin (1994): Panacea or Panopticon? The Hidden Power in Computer-Mediated Communication. In: *Communication Research* 21 (4), S. 427–459.
- Spiwox, Markus; Bizer, Kilian; Hein, Oliver (2006): Informational Cascades: Erklärung für rationales Herdenverhalten oder nur eine Fata Morgana? sofia-Diskussionsbeiträge. Online verfügbar unter http://www.sofia-darmstadt.de/fileadmin/Dokumente/Diskussion/2006/BD_06-3_Kaskaden.pdf, zuletzt geprüft am 03.07.2014.
- Spörndli, Markus (2004): *Diskurs und Entscheidung. Eine empirische Analyse kommunikativen Handelns im deutschen Vermittlungsausschuss*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sproull, Lee; Kiesler, Sara (1986): Reducing Social Context Cues: Electronic Mail in Organizational Communications. In: *Management Science* 32 (11), S. 1492–1512.
- Stegbauer, Christian (2008): Weak und Strong Ties. Freundschaft aus netzwerktheoretischer Perspektive. In: Christian Stegbauer (Hg.): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues*

- Paradigma in den Sozialwissenschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stegbauer, Christian; Rausch, Alexander (2001): Die schweigende Mehrheit - "Lurker" in internetbasierten Diskussionsforen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 30 (1), S. 48–64.
- Stegbauer, Christian; Rausch, Alexander (2009): Wikipedia. Das Rätsel der Kooperation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Steinbrecher, Markus: Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden, Nomos.
- Steiner, Jürg (2004): *Deliberative politics in action. Analyzing parliamentary discourse*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Steiner, Jürg (2008): Concept Stretching: The Case of Deliberation. In: *European Political Science* 7 (2), S. 186–190.
- Sulkin, T.; Simon, A. F. (2001): Habermas in the Lab: A Study of Deliberation in an Experimental Setting. In: *Political Psychology* 22 (4), S. 809–826.
- Sunstein, Cass R (2002): The Law of Group Polarization. In: *Journal of Political Philosophy* 10 (2), S. 175–195.
- Sunstein, Cass R (2009a): *Infotopia. Wie viele Köpfe Wissen produzieren*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sunstein, Cass R (2009b): *Republic.com 2.0*. Princeton: Princeton University Press.
- Surowiecki, James; Gardner, Grover (2004): *The wisdom of crowds. Why the many are smarter than the few and how collective wisdom shapes business, economies, societies and nations*. New York: Doubleday.
- Sutter, Tilmann (2008): "Interaktivität" neuer Medien - Illusion und Wirklichkeit aus der Sicht einer soziologischen Kommunikationsanalyse. In: Herbert Willems (Hg.): *Weltweite Welten. Internet-Figurationen aus wissenssoziologischer Perspektive*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 57–73.
- Sutter, Tilmann (2010): *Medienwandel als Wandel von Interaktionsformen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tajfel, Henri (1978): *Differentiation between social groups. Studies in the social psychology of intergroup relations*. New York: Academic Press.
- Talisso, Robert B (2005a): Deliberative democracy defended: A response to Posner's political realism. In: *Res Publica* 11 (2), S. 185–199.
- Talisso, Robert B. (2005b): Deliberativist responses to activist challenges. In: *Philosophy & Social Criticism* 31 (4), S. 423–444.
- Taylor, Charles (1994): *Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Teorell, Jan (2006): Political participation and three theories of democracy: A research inventory and agenda. In: *European Journal of Political Research* 45 (5), S. 787–810.
- Thaa, Winfried (2006): Rationalität und Repräsentation in der deliberativen Demokratietheorie von Jürgen Habermas. Arbeitspapier 2/06 des Projekts C7 im SFB 600. Online verfügbar unter [http://www.sfb600.uni-trier.de/filebase/C7/rationalitaet_und_repraesentation\[1\]\[1\].pdf](http://www.sfb600.uni-trier.de/filebase/C7/rationalitaet_und_repraesentation[1][1].pdf), zuletzt geprüft am 11.05.2014.
- Thiedeke, Udo (2003): *Virtuelle Gruppen. Charakteristika und Problemdimensionen*. 2. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Thimm, Caja; Einspänner, Jessica; Dang-Anh, Mark (2012): Politische Deliberation online – Twitter als Element des politischen Diskurses. In: Friedrich Krotz und Andreas Hepp (Hg.): *Mediatisierte Welten: Beschreibungsansätze und Forschungsfelder*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283-305.
- Thompson, Dennis (2008): Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science. In: *Annual Review of Political Science* 11, S. 497–520.
- Thurlow, Crispin; Lengel, Laura B.; Tomic, Alice (2005): *Computer mediated communication. Social*

interaction and the Internet. Thousand Oaks, SAGE.

Tichenor, P.J.; Donohue, G. A.; Olien C. N. (1970): Mass Media Flow and Differential Growth in Knowledge. In: *Public Opinion Quarterly* 34 (2), S. 159–170.

Tobler, Stefan (2010): Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

van den Daele, Wolfgang; Neidhardt, Friedhelm (1996): Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren. Berlin: Edition Sigma.

van Eimeren, Birgit/Frees, Beate (2013): Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013. Rasanter Anstieg des Internetkonsums - Onliner fast drei Stunden täglich im Netz. In: *Media Perspektiven* (7-8), S. 373–385.

van Eimeren, Birgit (2013): "Always on" - Smartphone, Tablet & Co. als neue Taktgeber im Netz. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013 In: *Media Perspektiven* (7-8), S. 386–390.

Vegh, Sandor (2003): Classifying Forms of Online Activism: The Case of Cyberprotests against the World Bank. In: Martha McCaughey und Michael D. Ayers (Hg.): *Cyberactivism. Online activism in theory and practice*. New York, NY: Routledge, S. 71–95.

Vitouch, Peter; Winterhoff-Spurk, Peter (1989): Mediale Individualkommunikation. In: Jo Groebel und Peter Winterhoff-Spurk (Hg.): *Empirische Medienpsychologie*. München: Psychologie Verlags Union, S. 247–257.

Vlasic, Andreas (2004): Die Integrationsfunktion der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Voigt, Rüdiger (Hg.) (1995): Der kooperative Staat. Krisenbewältigung durch Verhandlung? Baden-Baden: Nomos.

Volpers, Helmut (2010): Warum und zu welchem Zweck benötigen wir eine Webwissenschaft? In: Konrad Scherfer (Hg.): *Webwissenschaft. Eine Einführung*. 2. Auflage. Münster: LIT-Verlag, S. 31–51.

Vorländer, Hans (2010): Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien. 2. Auflage. München: Beck.

Voss, Kathrin (Hg.) (2013): Internet & Partizipation – Einleitung: In: Kathrin Voss: *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-23.

Vowe, Gerhard (2013): Politische Kommunikation in der Online-Welt. Welchen Einfluss hat das Internet auf die politische Information, Diskussion und Partizipation? In: Edwin Czerwick: *Politische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Festschrift für Ulrich Sarcinelli*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 87-102.

Vögele, Wolfgang (2002): Soziale Milieus und Kirche. Würzburg: Ergon-Verlag.

Wallsten, Kevin (2008): Political Blogs: Transmission Belts, Soapboxes, Mobilizers, or Conversation Starters? In: *Journal of Information Technology & Politics* Vol. 4 (3), S. 19–40.

Walther, Joseph B. (1992): Interpersonal Effects in Computer-Mediated Interaction. In: *Communication Research* 19 (1), S. 52–90.

Walther, Joseph B. (2007): Selective self-presentation in computer-mediated communication: Hyperpersonal dimensions of technology, language, and cognition. In: *Computers in Human Behavior* 23 (5), S. 2538–2557.

Walther, Joseph B. (1996): Computer-Mediated Communication. In: *Communication Research* 23 (1), S. 3–43.

Walzer, Michael (1998): Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Walzer, Michael (1999): Vernunft, Politik und Leidenschaft. Defizite liberaler Theorie. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Warnke, Martin (2011): Theorien des Internet zur Einführung. Hamburg: Junius.

Warren, Mark E. (2007): Institutionalizing deliberative democracy. In: Shawn W Rosenberg (Hg.): *Deliberation, participation and democracy. Can the people govern?* Basingstoke: Palgrave Macmillan,

S. 272-288.

Washbourne, Neil (2010): *Mediating politics. Newspaper, radio, television and the Internet*. Maidenhead: Open University Press.

Weber, Max (1921): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Welker, Martin (2013): Inklusions- und Partizipationsleistungen im Journalismus: theoretische Grundlinien und Heuristik aktueller Erscheinungsformen. In: *kommunikation @ gesellschaft* 14, Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-327804>, zuletzt geprüft am 01.06.2014.

Wellman, Barry (2001): Physical Place and Cyberplace: The Rise of Personalized Networking. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 25 (2), S. 227–252.

Wellman, Barry/Hogan Bernie (2004): The Immanent Internet. Online verfügbar unter <http://homes.chass.utoronto.ca/~wellman/publications/immanent/immanent.pdf>, zuletzt geprüft am 02.03.2014.

Welsch, Wolfgang (2008): *Unsere postmoderne Moderne*. 7. Auflage. Berlin: Akademischer-Verlag.

Welsch, Wolfgang; Baudrillard, Jean (1994): *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*. Berlin: Akademischer-Verlag.

Wende, Tim (2007): *Erfolgsfaktoren und Gestaltungsperspektiven der unternehmensinternen (Medien-)Kommunikation*. Universität Lüneburg. Online verfügbar unter <http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=985441577>, zuletzt geprüft am 02.03.2014.

White, David Manning (1964): The 'Gatekeeper': A Case Study In the Selection of News. In: Lewis Anthony Dexter und David Manning White (Hg.): *People, society, and mass communications*. New York: Free Press, S. 160–172.

Wilke, Henk; Wit, Arjaan (2003): Gruppenleistung. In: Wolfgang Stroebe (Hg.): *Sozialpsychologie. Eine Einführung*. 4. Auflage. Berlin: Springer, S. 497–532.

Willems, Herbert (1997): *Rahmen und Habitus. Zum theoretischen und methodischen Ansatz Erving Goffmans : Vergleiche, Anschlüsse und Anwendungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, zuletzt geprüft am 02.05.2014.

Williams, Melissa S. (2000): The Uneasy Alliance of Group Representation and Deliberative Democracy. In: Will Kymlicka (Hg.): *Citizenship in diverse societies*. Oxford: Oxford University Press, S. 124–152.

Wimmer, Jeffrey (2007): (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wimmer, Jeffrey (2012): Zwischen Subjekt und System. Politische Öffentlichkeit als multidimensionaler Kommunikationsprozess und Mehrebenenphänomen. In: Thorsten Quandt und Bertram Scheufele (Hg.): *Ebenen der Kommunikation. Mikro-Meso-Makro-Links in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163–191.

Winter, Rainer; Kutschera-Groinig, Sonja (2010): *Widerstand im Netz? Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation*. Bielefeld: transcript.

Witschge, Tamara (2004): Online deliberation: Possibilities of the Internet for deliberative democracy. In: Peter M Shane (Hg.): *Democracy online. The prospects for political renewal through the Internet*. New York: Routledge, S. 109–122.

Witschge, Tamara (2007): (In)difference online : the openness of public discussion on immigration. Hg. FMG: Amsterdam School of Communication Research. Online verfügbar unter <http://dare.uva.nl/en/record/292549>, zuletzt geprüft am 02.07.2014.

Young, Iris Marion (2001): Activist challenges to deliberative democracy. In: *Political Theory* 29 (5), S. 670–690.

Young, Iris Marion (2002): *Inclusion and democracy*. Oxford: Oxford University Press.

Zillien, Nicole (2009): *Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zimmermann, Ann (2006): *Demokratisierung und Europäisierung online? Massenmediale politische*

Öffentlichkeiten im Internet. Online verfügbar unter http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000003532, zuletzt geprüft am 02.05.2014.

Zittel, Thomas (2010): Mehr Responsivität durch neue digitale Medien? Die elektronische Wählerkommunikation von Abgeordneten in Deutschland, Schweden und den USA. Baden-Baden: Nomos.

Zuber, Martin (2012): Anschlusskommunikation in der Blogosphäre. Eine empirische Überprüfung der Wirkung inhaltlicher Merkmale auf die Selektion von A-List-Blogs beim Kommentieren und Verlinken. Online verfügbar unter http://www.tackelberz.de/wp-content/uploads/2012/02/Dissertation_END1.pdf, zuletzt geprüft am 17.07.2014.